Emotionen und internationale Beziehungen im Kalten Krieg

Max Weber Stiftung

Deutsche
Geisteswissenschaftliche
Institute im Ausland

Historisches Kolleg

Schriften des Historischen Kollegs

Herausgegeben von Martin Schulze Wessel

Kolloquien
104

Emotionen und internationale Beziehungen im Kalten Krieg

Herausgegeben von
Hélène Miard-Delacroix und Andreas Wirsching

Redaktion: Jörn Retterath

DE GRUYTER
OLDENBOURG

Schriften des Historischen Kollegs
herausgegeben von
Martin Schulze Wessel
in Verbindung mit
Florian Albert, Birgit Emich, Thomas O. Höllmann, Hartmut Leppin, Susanne Lepsius,
Bernhard Löffler, Frank Rexroth, Willibald Steinmetz und Gerrit Walther

Das Historische Kolleg fördert im Bereich der historisch orientierten Wissenschaften Gelehrte, die sich durch herausragende Leistungen in Forschung und Lehre ausgewiesen haben. Es vergibt zu diesem Zweck jährlich bis zu drei Senior Fellowships und bis zu drei Junior Fellowships sowie alle drei Jahre den „Preis des Historischen Kollegs".

Das Historische Kolleg wird seit dem Kollegjahr 2000/2001 – im Sinne einer Public-private-Partnership – in seiner Grundausstattung vom Freistaat Bayern finanziert, die Mittel für die Stipendien kamen bislang unter anderem von der Fritz Thyssen Stiftung, dem Stiftungsfonds Deutsche Bank, der Gerda Henkel Stiftung, der C.H.Beck Stiftung und dem Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft. Träger des Historischen Kollegs, das vom Stiftungsfonds Deutsche Bank und vom Stifterverband errichtet und zunächst allein finanziert wurde, ist die „Stiftung zur Förderung der Historischen Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften und des Historischen Kollegs".

In Kooperation mit der Max Weber Stiftung verleiht das Historische Kolleg zudem seit 2012 den „Internationalen Forschungspreis der Max Weber Stiftung beim Historischen Kolleg". Im Jahr 2017 wurde die französische Zeithistorikerin Hélène Miard-Delacroix mit dieser Auszeichnung geehrt. Der vorliegende Band geht auf die Tagung „Internationale Beziehungen und ‚emotional regimes'. Neue Fragen an die Geschichte des Kalten Krieges" zurück, die die Preisträgerin zusammen mit Andreas Wirsching vom 14. bis 16. März 2018 im Rahmen ihres dreimonatigen Forschungsaufenthaltes am Historischen Kolleg in München abgehalten hat. Die Max Weber Stiftung hat die Preisverleihung, den Forschungsaufenthalt, das Kolloquium und die Publikation des Sammelbandes großzügig unterstützt.

www.historischeskolleg.de
Kaulbachstraße 15, 80539 München
Tel.: +49 (0) 89 2866 380 Fax: +49 (0) 89 2866 3863
Email: joern.retterath@historischeskolleg.de

ISBN 978-3-11-067954-0
e-ISBN (PDF) 978-3-11-068052-2
e-ISBN (EPUB) 978-3-11-068057-7

Library of Congress Control Number: 2020941654

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über https://portal.dnb.de abrufbar.

© 2020 Walter de Gruyter GmbH, Berlin/Boston

Coverbild: picture alliance/Bildagentur-online/Begsteiger (Mediennummer: 93753270)
Satz: Typodata GmbH, Pfaffenhofen/Ilm
Druck und Bindung: CPI books GmbH, Leck

www.degruyter.com

Inhalt

Vorwort IX

Verzeichnis der Abkürzungen XI

Hélène Miard-Delacroix/Andreas Wirsching
Emotionen und internationale Beziehungen im Kalten Krieg 1

Die „Gefühle der Staaten" – oder: Was Staaten mit Gefühlen machen

Ute Frevert
Die Gefühle der Staaten. Völkerrecht und politische Praxis 25

Birgit Aschmann
Der „Faktor Gefühl" – Zum *emotional regime* des Franquismus 45

Martin Schulze Wessel
„Mit der Sowjetunion auf ewige Zeiten – aber keinen Tag länger!".
Emotionalisierung und Ernüchterung in den tschechoslowakisch-sowjetischen Beziehungen während des Prager Frühlings 63

Bernhard Gotto
„Enttäuschung" als Bewertungskategorie und Beziehungsmarker.
Emotionale Dissensvokabeln in der diplomatischen Korrespondenz des Auswärtigen Amtes zwischen 1949 und 1987 75

Philipp Gassert
„Vertrauen" als Code für Einfluss, Recht auf Mitsprache und Macht.
Zur Rhetorik westdeutscher Außenbeziehungen (1949–1991) 101

Emotionen um Deutschland in der Ost-West-Konfrontation

Ilse Dorothee Pautsch

Von „unvorstellbarer Katastrophe“ zu „Flohbiss an einem Elefanten“. Gefühlsäußerungen in verbaler und nonverbaler Kommunikation von Politikern und Diplomaten in den Tagen des Berliner Mauerbaus 125

Corine Defrance

Reaktionen und Emotionen in Frankreich auf den Kalten Krieg in Berlin ... 143

Jost Dülffer

Multiple Ängste vor dem Nichtverbreitungsvertrag von Atomwaffen in den 1960er-Jahren 161

Krzysztof Ruchniewicz/Pierre-Frédéric Weber

Die Angst vor Deutschland in Polens „Wiedergewonnenen Gebieten“ nach 1945 183

Emotionale Wirkungspotenziale individueller Akteure im Kalten Krieg – oder: Der menschliche Faktor

Jessica Gienow-Hecht

Vertrauen ist gut, Kontrolle ist besser. Ein Blick in die Geschichte der US-Außenpolitik 203

Thomas Freiberger

Getting „stingy with an ally“ – Eisenhowers emotive Reaktionen in der Suezkrise 1956 223

Frederike Schotters

Gefühlsstrategien und Erwartungsmanagement. Die *équipe Mitterrand* und die deutsch-französischen Beziehungen 1981–1983 237

Dominik Geppert

Beziehungsprobleme. Margaret Thatcher, Helmut Kohl und die schlechte Chemie 255

Emotionen in der ideologischen Auseinandersetzung an der Peripherie

Joachim Scholtyseck

„Unter der Fahne der heiligen Sache der Erlösung der Menschheit". Dekolonisierung, Revolutionsbegeisterung und romantische Verklärungen bei der Neuen Linken 277

Frank Bösch

Euphorie, Angst und Enttäuschung. Die bundesdeutsche Solidarität mit dem sandinistischen Nicaragua 301

Agnes Bresselau von Bressensdorf

Von Flüchtlingen und Freiheitskämpfern. Humanitäre Kommunikation westdeutscher Akteure im Afghanistan-Krieg 323

Humanität jenseits des Kalten Kriegs?

Laurence Badel

Die Niederschlagung der Proteste auf dem Pekinger Tian'anmen-Platz 1989 und die Subjektivität der Diplomaten. Ein Plädoyer für die Berücksichtigung von Emotionen in der Geschichte der internationalen Beziehungen 341

Claudia Kemper

„Wir können und dürfen diesen Wahnsinn nicht mehr dulden, wenn unsere Erde überleben soll". Nichtregierungsorganisationen als „Emotionsagenturen" im Kalten Krieg 365

Kommentare

Reiner Marcowitz

Kommentar: „Vertrauen und Misstrauen" 387

Hermann Wentker

Kommentar: „Begeisterung und Empörung" 399

Ulrich Pfeil

Kommentar: „Humanität und Emotionen im Kalten Krieg" 405

Kurzbiografien der Autorinnen und Autoren 417

Personenregister 425

Vorwort

Die Beiträge dieses Bandes sind aus einer explorativen Tagung hervorgegangen, die im März 2018 im Historischen Kolleg in München stattfand. Ziel war es, Emotionen als integrativen Teil der Geschichte der internationalen Beziehungen zu begreifen und damit einen methodisch innovativen Beitrag zur Erforschung der internationalen Geschichte insgesamt zu leisten. Herausgeber und Autoren waren von den Ergebnissen angetan, und wir hoffen, dass der vorliegende Konferenzband viele interessierte Leser findet.

Unser Dank geht an das Historische Kolleg mit Martin Schulze Wessel und Karl-Ulrich Gelberg sowie an die Max Weber Stiftung mit Hans van Ess und Harald Rosenbach. Beide Institutionen schufen im Rahmen des gemeinsam verliehenen Internationalen Forschungspreises das Ambiente und finanzierten die Konferenz. Ferner danken wir den Teilnehmern, die sich trauten, die Komfortzone des Bekannten zu verlassen und sich auf etwas Neues einzulassen. Schließlich geht unser ganz besonderer Dank an Jörn Retterath, der die Tagung mustergültig begleitete und diesen Band sorgfältig redigierte.

Paris und München, im März 2020

Hélène Miard-Delacroix und Andreas Wirsching

https://doi.org/10.1515/9783110680522-203

Verzeichnis der Abkürzungen

a. D.	außer Dienst
AA	American Anthropologist
AA	Auswärtiges Amt
AAAG	Annals of the American Association of Geographers
AAPD	Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland
Abb.	Abbildung
Abt.	Abteilung
Acc.	Account
ADMAE	Archives diplomatiques du ministères des Affaires étrangères
AfS	Archiv für Sozialgeschichte
AGG	Archiv Grünes Gedächtnis, Berlin
AHR	The American Historical Review
AHS	Annales d'histoire sociale
AJPS	American Journal of Political Science
AKW	Atomkraftwerk
ALICE	Association de liaison avec les intellectuels chinois en exil
AMAE	Archives du ministère des affaires étrangères
AMEAE (LC)	Archives du ministère de l'Europe et des Affaires étrangères (La Courneuve)
AMR	Academy of Management Review
AN	Archives Nationales, Paris
Anm.	Anmerkung
APO	Außerparlamentarische Opposition
APUZ	Aus Politik und Zeitgeschichte
ARD	Arbeitsgemeinschaft der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten der Bundesrepublik Deutschland
ARP	Annual Review of Psychology
ASA	Atomic Scientists' Association
AStA	Allgemeiner Studierendenausschuss
AUC	Acta Universitatis Carolinae Studia Territorialia
BASF	Badische Anilin- & Soda-Fabrik
BBC	British Broadcasting Corporation
Bd.	Band
BDI	Bundesverband der Deutschen Industrie
Benelux	Belgien, Niederlande, Luxemburg

https://doi.org/10.1515/9783110680522-204

bes.	besonders
Blätter	Blätter für deutsche und internationale Politik
BM	Bundesminister
BMI	Bundesministerium des Innern
BMZ	Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit
BRD	Bundesrepublik Deutschland
bzw.	beziehungsweise
CA	Current Anthropology
CAB	Cabinet Office
CADN	Centre des archives diplomatiques de Nantes
CARE	Cooperative for Assistance and Relief Everywhere
CCC	Churchill Archives Centre, Cambridge
CCOO	Comisiones Obreras
CDC	Coordination pour la démocratie en Chine
CDU	Christlich Demokratische Union Deutschlands
CEH	Contemporary European History
CIA	Central Intelligence Agency
CIEEMG	Commission interministérielle pour l'étude des exportations de matériels de guerre
CISAC	National Academy of Sciences Committee on International Security and Arms Control
CJIP	Chinese Journal of International Politics
CND	Campaign for Nuclear Disarmament
ČSSR	Československá Socialistická Republika
CSU	Christlich-Soziale Union
CWH	Cold War History
d. h.	das heißt
DA	Deutschland Archiv
DDEL	Dwight D. Eisenhower Library
DDF	Documents Diplomatiques Francais
DDR	Deutsche Demokratische Republik
DED	Deutscher Entwicklungsdienst
DFG	Deutsche Forschungsgemeinschaft
DH	Diplomatic History
DJZ	Deutsche Juristen-Zeitung
DM	Deutsche Mark
Dok.	Dokument
DVPA	Demokratische Volkspartei Afghanistans
e. V.	eingetragener Verein
E & D	Extremismus & Demokratie
EA	Erstauflage
EC	European Community
EG	Europäische Gemeinschaft(en)
eg.	exempli gratia (zum Beispiel)

EGKS	Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl
EGO	Europäische Geschichte Online
EIA	Ethics & International Affairs
EJIR	European Journal of International Relations
ENA	Ecole nationale d'administration
ENDC	Eighteen Nation Disarmament Committee
EPZ	Europäische Politische Zusammenarbeit
ERH	European Review of History/Revue européenne d'histoire
ERP	European Recovery Program
EURATOM	Europäische Atomgemeinschaft
EVG	Europäische Verteidigungsgemeinschaft
EWG	Europäische Wirtschaftsgemeinschaft
EWS	Europäische Währungssystem
FAS	Federation of American Scientists
FAZ	Frankfurter Allgemeine Zeitung
FCO	Foreign and Commonwealth Office
FDC	Fédération pour la démocratie en Chine
FDP	Freie Demokratische Partei
FRG	Federal Republic of Germany
FRUS	Foreign Relations of the United States
FSLN	Frente Sandinista de Liberación Nacional
FU	Freie Universität
GDR	German Democratic Republic (Deutsche Demokratische Republik)
GEPA	Gesellschaft zur Förderung der Partnerschaft mit der Dritten Welt
GG	Geschichte und Gesellschaft
GMCC	Guerres Mondiales et Conflits Contemporains
GWU	Geschichte in Wissenschaft und Unterricht
GYCH	German Yearbook of Contemporary History
H & T	History and Theory
HA	Historische Anthropologie
HC	History Compass
HELP	HELP. Hilfe zur Selbsthilfe e. V.
hg.	herausgegeben
HIS	Hamburger Institut für Sozialforschung
HOAC	Hermandad Obrera de Acción Católica
HOACF	Hermandad Obrera de Acción Católica Femenina
HPM	Historisch-Politische Mitteilungen
Humanity	Humanity. An International Journal of Human Rights, Humanitarism and Development
i. e.	id est (das heißt)
IA	International Affairs
IEG	Institut für Europäische Geschichte

IHR	The International History Review
INA	Institut national de l'audiovisuel
INALCO	Institut national des langues et civilisations orientales
insbes.	insbesondere
IPPNW	International Physicians for the Prevention of Nuclear War
ISQ	International Studies Quarterly
ISR	International Studies Review
IT	International Theory
JAP	Journal of Applied Psychology
JCH	Journal of Contemporary History
JCR	Journal of Conflict Resolution
JEP	Journal of Economic Psychology
JGH	Journal of Global History
JHPE	Journal of the History and Philosophy of the Emotions
JHR	Journal of Human Rights
JILAS	Journal of Iberian and Latin American Research
JTR	Journal of Trust Research
Kap.	Kapitel
KP	Kommunistische Partei
KPC	Kommunistische Partei Chinas
KPdSU	Kommunistische Partei der Sowjetunion
KSČ	Komunistická strana Československa (Kommunistische Partei der Tschechoslowakei)
KSZE	Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
KUPFA	Komitee zur Unterstützung der politischen Flüchtlinge in Afghanistan e. V.
KZ	Konzentrationslager
KZfSS	Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie
LAP	Latin American Perspectives
MBFR	Mutual and Balanced Force Reductions
MdB	Mitglied des Bundestages
ME	Motivation and Emotion
MGZ	Militärgeschichtliche Zeitschrift
MLF	Multilateral Force
Monde(s)	Monde(s). Histoire, espaces, relations
MSF	Médecins sans Frontières (Ärzte ohne Grenzen)
Nach Feierabend	Nach Feierabend. Zürcher Jahrbuch für Wissensgeschichte
NATO	North Atlantic Treaty Organization
NGC	New German Critique
NGO	Non-governmental organization (Nichtregierungsorganisation)
NPT	Non-Proliferation Treaty
NRDC	Natural Resources Defense Council
NS	Nationalsozialismus/nationalsozialistisch
NSC	National Security Council

NSEQ	Nankai Social and Economic Quarterly
NYT	The New York Times
NZZ	Neue Zürcher Zeitung
OAS	Organisation Amerikanischer Staaten
OBS	Otto-Benecke-Stiftung
OSPAAAL	Organisation der Solidarität mit den Menschen in Asien, Afrika und Lateinamerika
PAAA	Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes, Berlin
PAC	Polish American Congress
PCF	Parti communiste français
PDF	Portable Document Format
PE	Politique Etrangère
PM	Prime Minister
Pos.	Position
PSPB	Personality and Social Psychology Bulletin
PSR	Physicians for Social Responsibility
PVAP	Polnische Vereinigte Arbeiterpartei
PZPR	Polska Zjednoczona Partia Robotnicza
RAF	Rote Armee Fraktion
Red.	Redaktion
Ref.	Referat
RFHIP	Revue française d'histoire des idées politiques
RHD	Revue d'histoire diplomatique
RIAS	Rundfunk im amerikanischen Sektor
RSQ	Refugee Survey Quarterly
S.	Seite
SACEUR	Supreme Allied Commander Europe
SACLANT	Supreme Allied Commander Atlantic
SALT	Strategic Arms Limitation Talks
SANE	National Committee for a Sane Nuclear Policy
SBZ	Sowjetische Besatzungszone
SDI	Strategic Defense Initiative
SDS	Sozialistischer Deutscher Studentenbund
SED	Sozialistische Einheitspartei Deutschlands
SOWI	Sozialwissenschaftliche Informationen
Sp.	Spalte
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
SSQ	Social Science Quarterly
SU	Sowjetunion
Supp.	Supplement
Tab.	Tabelle
TAJB	Tel Aviver Jahrbuch für deutsche Geschichte
taz	die tageszeitung
Teilbde.	Teilbände

THCR	The Papers of Baroness Thatcher
TNA	The National Archives
Traverse	Traverse. Zeitschrift für Geschichtswissenschaft
TTD	Temporary Travel Document
UAAR	Union Aid for Afghan Refugees
übers.	übersetzt
UdSSR	Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken
UN	United Nations
UNESCO	United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization
UNHCR	United Nations High Commissioner for Refugees
UNO	United Nations Organization
unpag.	unpaginiert
US	United States
USA	United States of Amerika
USIA	United States Information Agency
VAF	Verein für Afghanische Flüchtlingshilfe/Verein für Afghanistan-Förderung
VfZ	Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte
VÖEST	Vereinigten Österreichischen Eisen- und Stahlwerke
WEU	Westeuropäische Union
z. Z.	zurzeit
ZDF	Zweites Deutsches Fernsehn
ZeitRäume	ZeitRäume. Potsdamer Almanach des Zentrums für Zeithistorische Forschung
ZF	Zeithistorische Forschungen/Studies in Contemporary History
ZfG	Zeitschrift für Geschichtswissenschaft
ZfP	Zeitschrift für Politik
ZIB	Zeitschrift für internationale Beziehungen
ZK	Zentralkomitee
ZZF	Leibniz-Zentrum für Zeithistorische Forschung

Hélène Miard-Delacroix/Andreas Wirsching

Emotionen und internationale Beziehungen im Kalten Krieg

Was haben der Zornausbruch des amerikanischen Präsidenten Dwight D. Eisenhower in der Suezkrise 1956, die Verweigerung des Bruderkusses zwischen Leonid Breschnew und Alexander Dubček nach dem Prager Frühling 1968 und die 1979 für die Sandinisten in Nicaragua demonstrierenden Westdeutschen gemeinsam? In allen drei Fällen handelt es sich nicht nur um wichtige Ereignisse des Kalten Kriegs, es geht auch um den Ausdruck von Emotionen und eine entsprechende gefühlsbasierte Kommunikation.

Die Erforschung von Emotionen hat seit über drei Jahrzehnten Konjunktur.[1] Inzwischen fehlt sie auf kaum einer geistes- und sozialwissenschaftlichen Agenda und hat auch in die Geschichtswissenschaften Eingang gefunden.[2] Zwar hat der *cultural turn* das Interesse für Wahrnehmungen, Perzeptionen und Konstruktionen auf fast alle Felder der Geschichte erweitert, doch stößt die Emotionsforschung bei vielen Historikerinnen und Historikern nach wie vor auf Skepsis. Der Vorbehalt, Emotionen seien schwierig zu definieren, zu fassen und zu messen, wiegt weiterhin schwer. Und es lässt sich nicht leugnen, dass Gefühle häufig wenig präzise, in sehr unterschiedlichen Kontexten und variierenden Kombinationen aufscheinen. Würde man sich indes von diesen Einwänden abschrecken lassen, so blieben wichtige Felder der Geschichte weitgehend unerforscht. Sowohl individuelle – beispielsweise bei Entscheidungsträgern – als auch kollektive emotionale Phänomene – beispielsweise bei internationalen Protestbewegungen – könnten nicht systematisch analysiert werden.

In diese Lücke stößt der vorliegende Band. Seine Beiträge beruhen auf einer explorativen Tagung, die im März 2018 im Historischen Kolleg in München stattfand. Ihre Absicht richtete sich darauf, Emotionen als integrativen Teil der Geschichte der internationalen Beziehungen zu begreifen und damit einen metho-

[1] Bereits 1985 prägten Peter N. Stearns und Carol Z. Stearns das Wort *Emotionology*. Peter N. Stearns/Carol Z. Stearns: Emotionology. Clarifying the History of Emotions and Emotional Standards. In: AHR 90 (1985), S. 813–836.

[2] Ute Frevert: Was haben Gefühle in der Geschichte zu suchen?. In: GG 35 (2009), S. 183–208; Anna Wierzbicka: The „History of Emotions" and the Future of Emotion Research. In: Emotion Review 2 (2010), S. 269–273. Vgl. der Literaturüberblick bei Susan J. Matt: Current Emotion Research in History: Or, Doing History from the Inside Out. In: Emotion Review 3 (2011), S. 117–124.

https://doi.org/10.1515/9783110680522-001

disch innovativen Beitrag zur Erforschung der internationalen Geschichte insgesamt zu leisten. Die Begriffe „Emotionen“ und „Gefühle“ werden im Folgenden synonym verwendet, wobei sie jeder Beitrag selbst eingehender definiert. Mit ihnen werden individuelle Gefühle, aber auch kollektive Gemütsbewegungen bezeichnet. Letztgenannte resultieren aus einer bestimmten Situation, in der gleichsam eine spontane „Ansteckung“ stattfindet, oder sie entstehen innerhalb einer Gruppe, die ein gemeinsames Wertesystem mit angelernten emotionalen Konventionen oder *standards* besitzt.[3] In der Forschung besteht ein gewisser Konsens darüber, dass sich Emotionen, vereinfacht gesagt, aus einer angeborenen physiologischen und einer sozial erlernten Komponente zusammensetzen. Hieran anknüpfend hat Barbara Rosenwein für die Geschichte des Mittelalters das Konzept der *emotional communities* geprägt. Demzufolge kann es innerhalb einer Gesellschaft eine Vielzahl von diesen mehr oder weniger festgefügten Gemeinschaften geben und jeder Einzelne kann, auch situativ, mehreren solcher Gemeinschaften angehören. Rosenwein versteht darunter „groups in which people adhere to the same norms of expression and value – or devalue – the same or related emotions“.[4] Als Ergebnis kognitiver Vorprägungen fügen sich also die Emotionen des Einzelnen in überindividuelle Gefühlskonventionen ein, die als normative Sets verstanden werden können. Sie verfügen über einen emotionalen Stil, der durch die sichtbare Mobilisierung von Codes geprägt wird.[5] Nicht nur stützen sich diese Codes auf soziale, kulturelle und emotionale Erfahrungsräume, sie haben auf der Grundlage von gemeinsamen Interpretationsrahmen beziehungsweise -mustern auch eine kommunikative Funktion.[6]

Eine andere Begriffsprägung stammt von William Reddy, der die Formel des *emotional regime* schuf. Am Beispiel der Geschichte der Französischen Revolution verstand er darunter die „normative Ordnung von Emotionen“ eines politischen Systems, das heißt: ein „set of normative emotions and the official rituals, practices, and emotives that express and inculcate them; a necessary underpinning of any stable political regime“.[7] Zentral ist in diesem emotionsgeschichtlichen Konzept der Begriff der „Norm“, womit sich die Frage nach dem Zusammenhalt und der Gruppenbildungsfunktion von Emotionen stellt. Die Formel des *emotional regime* spielte denn auch in den Diskussionen der hier dokumentierten Tagung eine wichtige Rolle und wird daher in diesem Band mehrfach verwendet, wenngleich in unterschiedlicher, jeweils zu erläuternder Konnotation. So versteht Birgit Aschmann das Konzept im Hinblick auf Franco-Spanien strikt politisch

[3] Stearns/Stearns: Emotionology (wie Anm. 1).
[4] Barbara H. Rosenwein: Emotional Communities in the Early Middle Ages. Ithaca 2006, S. 2.
[5] Benno Gammerl: Emotional Styles – Concepts and Challenges. In: Rethinking History 16 (2012) 2, S. 161–175; Jan Plamper: Geschichte und Gefühl. Grundlagen der Emotionsgeschichte. München 2012. Vgl. den Beitrag von Joachim Scholtyseck in diesem Band, S. 277–300.
[6] Vgl. Matthias Kuhnert: Humanitäre Kommunikation. Entwicklung und Emotionen bei britischen NGOs 1945–1990. Berlin/Boston 2017, S. 14.
[7] William Reddy: The Navigation of Feeling. A Framework for the History of Emotions. Cambridge 2001, S. 129.

und zwar im Sinne eines oppressiven Regiments bestehend aus Zwang, Weisung und Kontrolle.[8] Eine Variation dieser Interpretation bietet der Beitrag von Krzysztof Ruchniewicz und Pierre-Frédéric Weber über den polnischen Staat als „Angst-Manager" im Hinblick auf das deutsche Gefahrenpotenzial an der Oder-Neiße-Grenze.[9] Wiederum anders wird mit dem Konzept im deutsch-französischen Kontext operiert, in dem sich infolge des Elysée-Vertrags von 1963 normative Gefühlserwartungen gegenüber dem jeweils anderen Staat etablierten. Sie bildeten zwar keinen Zwang, aber wohl ein erwünschtes Set an positiv aufgeladenen Gefühlen, die im zwischenstaatlichen Verkehr eingesetzt werden konnten.

Ferner lassen sich als *emotional regime* jene gefühlsbasierten politischen Einschätzungen begreifen, in denen klar definiert wird, was gut und zu schätzen sei, und wovor man sich ekeln oder Angst haben solle. Ein solches bestand insbesondere im bipolaren System des Kalten Kriegs. Die beiden ideologisch-weltanschaulichen Blöcke artikulierten sich mittels gefühlsbetonter Grundmotive, die sich um Emotionen wie den Antikommunismus im Westen und – spiegelbildlich – den Antikapitalismus im Osten gruppierten. Noch breiter lässt sich schließlich ein „Emotionsregime" analog zum französischen Begriff des *régime* verstehen, das heißt: als ein kohärentes System von Verhältnissen und damit als eine Ordnung zur Wahrnehmung und Deutung der Wirklichkeit.[10]

Untersuchungen mit emotionsgeschichtlichem Ansatz müssen sauber unterscheiden zwischen den Empfindungen, denen man als Historiker auf die Spur kommen kann (wie etwa einem Zornausbruch in Worten und Verhalten), und den Aussagen über eigene Empfindungen und Gefühle der Akteure, die selbst Quellen produzieren, oder auch diejenigen Dritter, wie sie in den Quellen vielfältig vorkommen. Bei Letzteren verfügen wir über eine große Palette von Fällen mit Variationen und Nuancen im Vokabular. Umso wichtiger ist es, die Funktion oder auch den strategischen Einsatz solcher Äußerungen genau zu studieren, insbesondere im Hinblick darauf, an wen sie sich richten: Warum, für wen und in welchen Situationen rekurrierten die Akteure der internationalen Beziehungen auf eine gefühlsbetonte Sprache? Wurde sie in der internen Kommunikation oder gegenüber externen Gesprächspartnern verwendet? Eine entsprechende Analyse kann – dies soll der vorliegende Band zeigen – eine substanzielle Bereicherung für die Erforschung der internationalen Beziehungen sein. Diese galten lange Zeit und mit wechselnden Konjunkturen als Domäne nüchterner Interessenpolitik. Der gebotenen Nüchternheit einer Realpolitik schien jede Emotion als unkontrollierte Gefühlsregung fremd. Insbesondere der verbreitete *rational choice*-Ansatz hat lange die Beschäftigung mit Gefühlen verhindert. Allerdings lassen sich die internationalen Beziehungen nicht allein durch die Untersuchung von Machtverhältnissen und rationaler Interessenverfolgung erklären. Dass auch

[8] Vgl. den Beitrag von Birgit Aschmann in diesem Band, S. 45–62.

[9] Vgl. den Beitrag von Krzysztof Ruchniewicz und Pierre-Frédéric Weber in diesem Band, S. 183–200.

[10] Vgl. in diesem Sinne auch François Hartog: Régimes d'historicité. Présentisme et expériences du temps. Paris 2012.

kulturelle und psychologische Faktoren mit im Spiel sind, dass Gefühle in der zwischenstaatlichen Politik überhaupt eine Rolle spielen, ist mittlerweile Konsens; selbst in neorealistischen Ansätzen hat diese Einsicht schon entsprechende Spuren hinterlassen.[11] Lange vor dem *cultural turn* hatte etwa die französische Schule der Geschichte der internationalen Beziehungen (Renouvin/Duroselle) mit dem Begriff der *forces profondes* neue Maßstäbe gesetzt. Neben Gegebenheiten wie der Geografie oder den Finanzen sollten vor allem auch die Mentalitäten als Untersuchungsgegenstand der internationalen Beziehungen Berücksichtigung finden. Während die Politik- und Sozialwissenschaften schon seit längerer Zeit mit entsprechenden Konzeptionen und Modellbildungen hervorgetreten sind,[12] finden sich ähnliche Ansätze in den Geschichtswissenschaften eher dünn gesät.[13]

Selbstverständlich ist es nicht möglich, hier die Forschung über den Kalten Krieg zusammenzufassen, auch wenn sich einige Grundzüge dieses „Fünfzigjährigen Kriegs"[14] resümieren lassen. Hierzu gehören die scheinbar einfache, bipolare Ordnung sowie die wechselseitig als aggressiv gedeuteten ideologischen Auseinandersetzungen zwischen den USA und der Sowjetunion mit ihren jeweiligen Verbündeten. Zugleich markiert der Ost-West-Konflikt einen klar abgeschlossenen Zeitraum, innerhalb dessen der Wettbewerb zwischen den sozio-ökonomischen Systemen und der Kampf um Einfluss und Macht eine überragende strukturierende Kraft entwickelten. Diesem System waren kontinuierliche Drohungen inhärent: real mit Waffenarsenal und Zerstörungspotenzial, sprachlich mit Rechtfertigungs- und Einschüchterungssemantiken. In dieser zumindest der Anlage

[11] Neta C. Crawford: The Passion of World Politics. Propositions on Emotion and Emotional Relationships. In: International Security 24 (2000) 4, S. 116–156; Yohan Ariffin/Jean-Marc Coicaud/Vesselin Popovski (Hg.): Emotions in International Politics. Beyond Mainstream International Relations. Cambridge 2016.

[12] Brent E. Sasley: Theorizing States' Emotions. In: ISR 13 (2011), S. 452–476; Janice Bially Mattern: A Practice Theory of Emotion for International Relations. In: Emanuel Adler/Vincent Pouliot (Hg.): International Practices. Cambridge 2011, S. 63–86; Emma Hutchison/Roland Bleiker: Theorizing Emotions in World Politics. In: IT 6 (2014), S. 491–514, hier: S. 499; Todd H. Hall: Emotional Diplomacy. Official Emotion on the International Stage. Ithaca 2015; Ariffin/Coicaud/Popovski (Hg.): Emotions (wie Anm. 11); Brian Christian Rathbun: Trust in International Relations. In: Eric M. Uslaner (Hg.): The Oxford Handbook of Social and Political Trust. [Online-Veröffentlichung] 2017; Robin Markwica: Emotional Choices. How the Logic of Affect Shapes Coercive Diplomacy. Oxford 2018.

[13] Der Appell des französischen Historikers Lucien Febvre 1941, sich mit Emotionen auseinanderzusetzen, wurde zunächst für die Geschichte des Mittelalters und der Frühen Neuzeit befolgt. Vgl. Jean Delumeau: La Peur en Occident 16e–18e siècles. Paris 1978. Zur Konzeptionalisierung vgl. Quentin Deluermoz u. a.: Écrire l'histoire des émotions. De l'objet à la catégorie d'analyse. In: Revue d'histoire du XIXe siècle 47 (2013), S. 155–189. Zur Geschichte der internationalen Beziehungen vgl. Robert Frank: Emotions mondiales, internationales et transnationales, 1822–1932. In: Monde(s) 1 (2012) 1, S. 47–70; Lucien Febvre: La sensibilité et l'histoire. Comment reconstituer la vie affective d'autrefois?. In: AHS 3 (1941), S. 5–20; deutsch: ders.: Sensibilität und Geschichte. Zugänge zum Gefühlsleben früherer Epochen. In: Claudia Honegger (Hg.): Schrift und Materie der Geschichte. Frankfurt a. M. 1977, S. 313–334.

[14] Georges-Henri Soutou: La Guerre de Cinquante ans. Paris 2001.

nach gefährlichen Konstellation erlangte der Status der jeweils eigenen Sicherheit höchste Bedeutung, womit bereits ein hochemotional codierter Begriff evoziert war. Dem entsprachen umgekehrt die regelmäßigen Versuche auf beiden Seiten, den Konflikt zu rationalisieren, ihn damit zu entemotionalisieren und kalkulierbar zu machen.

Damit ist bereits angedeutet, dass eine Geschichte der internationalen Beziehungen zur Zeit des Kalten Kriegs kaum ohne die Berücksichtigung der emotionalen Komponente auskommen kann. Waren indes bestimmte Gefühle für diese Epoche spezifisch? Bereits gut erforscht ist die im Kalten Krieg sehr präsente Angst, verstanden als das Gefühl einer bedrohlichen, spezifische oder unspezifische Gefahren bergenden Gegenwart und Zukunft.[15] Auch das Vertrauen als eine der Angst entgegengesetzte Haltung und emotional positiv besetzte Erwartung für die Zukunft wurde bereits eingehender untersucht.[16] Aber in der Forschung bestehen enorme Lücken im Hinblick auf andere Gefühle und deren Funktion für die internationalen Beziehungen jenseits der Blockkonfrontation. Dabei bedeutet die Bereitschaft, emotionale Ausdrücke und Ereignisse in der internationalen Geschichte unter die Lupe zu nehmen, keine Bekehrung zu einem rein konstruktivistischen Ansatz. Auch wird die Geschichte der internationalen Beziehungen keineswegs auf eine „Gefühlsgeschichte" reduziert. Vielmehr gilt es, diese mit durchaus bewährten Problemstellungen zu kombinieren, die nach Strukturen, Interessen und Kosten-Nutzen-Kalkulationen suchen. Welchen Platz nehmen Emotionen in diesem Zusammenhang ein? Sind sie gleichsam „Ausrutscher", verkörpern sie das Eindringen des Zufälligen in ein ansonsten von konkreten Intentionen geprägtes Handeln der um Kontrolle bemühten Akteure? Oder werden – ganz im Gegenteil – Emotionen bewusst eingesetzt, also kontrolliert und als Teil einer Politik oder sogar einer Strategie? Von Interesse sind daher das Vorhandensein emotionaler Diskurse und emotionsgeleiteter Handlungen auf einem vermeintlich rationalen Gebiet und der Einsatz von Emotionen als Ressource und Strategie in den internationalen Beziehungen. Neben dem „Emotionsmanagement" werden also „Emotionspolitik"[17] und „Emotionsarbeit"[18] im Sinne einer Emotionalisierung zur Beeinflussung der „Emotionshaushalte" anderer in den Blick genommen.

[15] Bernd Greiner/Christian Müller/Dirk Walter (Hg.): Angst im Kalten Krieg. Hamburg 2009; Patrick Bormann/Thomas Freiberger/Judith Michel (Hg.): Angst in den internationalen Beziehungen. Bonn 2010; Frank Biess: Die Republik der Angst. Eine andere Geschichte der Bundesrepublik. Berlin 2019. Vgl. insbesondere die Beiträge von Jost Dülffer sowie von Krzysztof Ruchniewicz und Pierre-Frédéric Weber in diesem Band, S. 161–181 u. S. 183–200.

[16] Reinhild Kreis (Hg.): Diplomatie mit Gefühl: Vertrauen und die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland. München 2015; Ute Frevert: Vertrauensfragen. Eine Obsession der Moderne. München 2013.

[17] Ute Frevert: Gefühlspolitik: Friedrich II. als Herr über die Herzen?. Göttingen 2012. Vgl. auch den Beitrag von Birgit Aschmann in diesem Band, S. 45–62.

[18] Arlie Russell Hochschild: Das gekaufte Herz. Zur Kommerzialisierung der Gefühle. Frankfurt a. M. 1990.

In dem Maße, in dem diskursive Phänomene in den Mittelpunkt rücken, besteht eine methodische Verwandtschaft mit der Historischen Semantik und der Diskursanalyse. Aber neben dem Gesagten, das zur Handlung wird (und das Gefühlsvokabular ist sehr reich), und neben den Sprechakten, die von William Reddy *emotives* genannt wurden,[19] sind auch die von Monique Scheer vorgeschlagenen *emotional practices*, das heißt: die Praktiken des Gefühlsausdrucks, von Interesse.[20]

Mithin sind die in der Forschung vorgeschlagenen Herangehensweisen einer Emotionsgeschichte variantenreich und methodisch offen. Auch im vorliegenden Band wird keine theoretische Festlegung auf ein Modell oder eine bestimmte Lesart der Emotionsgeschichte angestrebt. Vielmehr geht es darum, die emotionsgeschichtliche Dimension eines eher klassischen Forschungsfelds zu vermessen und exemplarisch zu erproben. Im Mittelpunkt stehen dabei Fragen danach, wo und inwieweit normative Sets von emotionalen Gemeinschaften im staatlichen Handeln konkret eingesetzt werden, welche Rolle Individuen spielen und welche Funktion den Gefühlen im Verhältnis zur konkreten Aktion zukommt, beziehungsweise wie sich „Emotionalität“ und „Rationalität“ in den internationalen Beziehungen zueinander verhalten. Bei aller Vorläufigkeit der Befunde und im Lichte der Beiträge in diesem Band lassen sich hierzu einige Schwerpunktthemen formulieren.

Komplexitätsreduktion durch Emotionen

Dass Gefühle dem Menschen dazu verhelfen, die ihn umgebende Komplexität handlungsorientiert zu reduzieren, ist spätestens seit Niklas Luhmann eine plausible Annahme.[21] Im Hinblick auf die Systemkonfrontation des Kalten Kriegs gilt dies ganz besonders. In der bipolaren Weltordnung ging es darum, das eigene Lager zu erkennen und sich entsprechend einzuordnen. Emotionen dienten in diesem Rahmen als Mittel, sich zu positionieren und sich zu engagieren, gleichsam „Farbe zu bekennen“. Damit ging die wohl wichtigste und nachhaltigste emotionale Komplexitätsreduktion des Kalten Kriegs, nämlich die moralische Dichotomisierung zwischen Ost und West, einher. Sie formte die Fremd- und Eigenwahrnehmung und spiegelte sich in den Gefühlswelten wider: Das „Gute“ stand dem „Bösen“, das „Moderne“ dem „Rückständigen“ und die Freunde der Eigengruppe

[19] Reddy definiert *emotives* als „[a] type of speech act different from both performative and constative utterances, which both describes (like constative utterances) and changes (like performatives) the world, because emotional expression has an exploratory and a self-altering effect on the activated thought material of emotion“. Reddy: Navigation (wie Anm. 7) S. 128.

[20] Monique Scheer: Are Emotions a Kind of Practice (And Is That What Makes Them Have a History)?. A Bourdieuian Approach to Understanding Emotion. In: H & T 51 (2012), S. 193–220.

[21] Niklas Luhmann: Vertrauen. Ein Mechanismus der Reduktion sozialer Komplexität. Stuttgart 1968.

dem feindlichen „anderen“ entgegen.[22] Entlang dieser Linien prägten regelmäßig rhetorische Zuspitzungen und emotionale Dramatisierungen die Geschichte des Kalten Kriegs. Emotionen oder der Appell an sie erfüllten dabei unterschiedliche Funktionen: sei es zum Beispiel im Sinne einer Gruppenbildung zum Zwecke des Blockzusammenhalts, sei es im Sinne einer Mobilisierung, um etwa die Angst vor der Bombe auszudrücken. Auf beiden Seiten kam dabei die Semantik der gegenseitigen Freundschaft und des Vertrauens innerhalb der Blöcke zum Ausdruck.[23] In einer solcherart komplexitätsreduzierten Wirklichkeit entstanden stark divergierende *emotional regimes*, die aufeinanderprallten und sich letztlich als inkompatibel erwiesen.

Das Individuelle im Allgemeinen

Individuelles Handeln blieb im Kalten Krieg stark mit kommunikativen Codes verflochten, die eine politisch-moralische und damit emotionale Verbindlichkeit beanspruchten. Solche zur Verallgemeinerung tendierenden Sets von Normen waren angelernt, zu einem beträchtlichen Teil kulturell geprägt und bildeten eine langfristig wirksame Basis für die Stiftung von Gemeinschaft. Relativ feste emotionale Gemeinschaften, in die sich die Individuen einfügen, können in Staaten existieren.[24] Mit Blick auf den Kalten Krieg lassen sich auch transnationale kommunikative Codes innerhalb der Blöcke identifizieren, was für die Auffassung der jeweiligen Blöcke als Gemeinschaften, als *emotional communities,* spricht. Vor diesem Hintergrund gilt es zu analysieren, wie sich Emotionen in den jeweiligen Staaten beziehungsweise Blöcken bildeten und verstärkten; wie sie funktionierten und zirkulierten und wie sie zu unterschiedlichen Zwecken, darunter vor allem dem Blockzusammenhalt, instrumentalisiert wurden. Dazu gehört der Diskurs über sich selbst, inszeniert beispielsweise in der „warmen“ Semantik der Freundschaft, in der Solidarität der freien Völker oder durch den kommunistischen Bruderkuss.[25] Insofern als alle diese symbolischen Ausdrucksformen vom Individuum emotionale Loyalität einforderten, stellt sich zugleich die Frage, welche Rolle dissentierende Emotionen auf individueller Ebene und im Hinblick auf heteronome *emotional communities* spielten.[26] Zu denken ist etwa an die dezidiert gegen die westliche Nachrüstung gerichtete Friedensbewegung, in der der Appell an die Emotionen entscheidende Bedeutung hatte; oder an die Dissidentenzirkel in den kommunistischen Ländern. Je pluralistischer ein politisches Regime ist, so könnte

[22] Vgl. die Beiträge von Agnes Bresselau von Bressensdorf, S. 323–338 sowie von Joachim Scholtyseck in diesem Band, S. 277–300.
[23] Vgl. den Beitrag von Philipp Gassert in diesem Band, S. 101–121.
[24] Vgl. den Beitrag von Ute Frevert in diesem Band, S. 25–43.
[25] Vgl. den Beitrag von Martin Schulze Wessel in diesem Band, S. 63–74.
[26] Vgl. die Beiträge von Birgit Aschmann, S. 45–62, sowie von Corine Defrance in diesem Band, S. 143–160. Vgl. auch die Beiträge von Joachim Scholtyseck, S. 277–300 sowie von Frank Bösch in diesem Band, S. 301–321.

eine Hypothese lauten, desto schwerer fällt es, inszenierte und propagandistisch instrumentalisierte Gefühle wie die nationale Ehre oder der Hass gegen den „anderen“ im öffentlichen „Emotionshaushalt“ durchzusetzen.

Ein anderer Untersuchungsgegenstand betrifft die emotionalen Komponenten, welche in die Kontakte zwischen den Blöcken Eingang fanden. Die Frage, welche Bedeutung ihnen in den Konfrontations- oder Verhandlungsphasen zukam, ist in dem Maße offen, in dem unklar bleibt, inwieweit Emotionen als Teil einer Strategie beziehungsweise als Teil einer für rational gehaltenen Entscheidung eingesetzt wurden.[27] Dabei gilt es zu unterscheiden zwischen den Akteursgruppen in den internationalen Beziehungen, insbesondere den zwischenstaatlichen Akteuren selbst, und den Vertretern einer breiteren Öffentlichkeit. Für Berufspolitiker und Diplomaten, die als Individuen und Entscheidungsträger in den internationalen Beziehungen fungierten, besaßen Gefühlswörter als Codes zweifellos eine sehr spezifische Bedeutung.[28] Sie konnten in Verhandlungen ebenso eingesetzt werden wie zur Behauptung von Positionen, womit Emotionen eine andere, gewissermaßen „rationalere“ Funktion gewinnen konnten, als es für Emotionen als Gefühlsausdrücke in der Öffentlichkeit, zum Beispiel in den Kirchen oder in NGOs, galt.[29] Welche Bedeutung der „Emotionshaushalt“ von handelnden Individuen besaß, lässt sich letztendlich nur im konkreten historischen Kontext beurteilen. Sicherlich spielten Gefühle zum Beispiel in der Amtszeit Gorbatschows eine größere Rolle als etwa zu Zeiten Breschnews. Generell zu warnen ist aber, dies haben die Diskussionen auf der Tagung gezeigt, vor einer Überschätzung des Individuellen. Die Überbetonung individueller Emotionen kann im Extremfall zu einem Revival einer historischen Betrachtung „großer Männer“, gleichsam jetzt auch mit Gefühlen, führen.

Emotion und Rationalität

Lange Zeit galten Emotion und Rationalität als gegensätzlich. Gerade die internationale Geschichte scheint hierfür viele Beispiele zu liefern. Hier gelten Gefühle als gefährlich, drohen sie doch die Eskalationsgefahr zu erhöhen. In der Suezkrise von 1956 lässt sich etwa von „unglücklichen emotionalen Verkettungen“ sprechen.[30] Zwar bleibt das genaue Verhältnis zwischen Emotionalität und Rationalität im Einzelnen umstritten – und selbstverständlich muss die jeweilige Situation genau analysiert werden –; dass aber beide nicht einfach antagonistisch das menschliche Verhalten konditionieren, ist schon seit Längerem Gemeingut der interdisziplinären Forschung. Zugespitzt ließe sich sogar argumentieren, dass ein Akteur

[27] Vgl. den Beitrag von Jessica Gienow-Hecht in diesem Band, S. 203–222. Zur Emotionalisierungsstrategie bei NGOs vgl. den Beitrag von Agnes Bresselau von Bressensdorf in diesem Band, S. 323–338.
[28] Vgl. den Beitrag von Bernhard Gotto in diesem Band, S. 75–100.
[29] Vgl. den Beitrag von Claudia Kemper in diesem Band, S. 365–384.
[30] Vgl. den Beitrag von Thomas Freiberger in diesem Band, S. 223–236.

die Komplexität seiner Umwelt erst aufgrund einer bestimmten emotional basierten Vorentscheidung soweit reduzieren muss, dass er eine „rationale" Entscheidung zu treffen vermag. Insofern stellt sich die grundsätzliche Frage, wieweit eine „rationale" Wahl durch Emotionen beeinflusst wird. Wieweit wirken alarmierende Nachrichten erregend? Steigert das Gefühl der Angst bereits existierende, rational vermittelte Befürchtungen? Oder untermauern Emotionen ein bestehendes Misstrauen, das sehr wohl vernunftmäßig begründet sein kann?

Wie diese Fragen schon andeuten, lassen sich Rationalität und Emotionalität kaum trennen. Vielmehr handelt es sich um ein Zusammenspiel mit unterschiedlichen Dynamiken. Wenn etwa Diplomaten eine Krisenentwicklung beobachten und die Stimmung in den Beratungsgremien von einem „Gefühl" zunehmender Gefahr beherrscht wird, dann kann sich ein Teil der Befürchtung durchaus auf eine rationale Analyse von Bedrohungselementen stützen.[31] Insofern führen Emotionen keineswegs notwendig zum Kontrollverlust. Gefühle können intellektuell verarbeitet und kontrolliert ausgedrückt werden, sie können sogar zur Kontrolle beitragen: Vertrauen etwa rationalisiert und erleichtert damit das Leben. Mithin handelt es sich um jeweils spezifische Kombinationen von rationaler Analyse und emotionalen Komponenten. Emotionen sind subjektiv, aber sie können stets in rationales Handeln eingebracht werden.[32] Gerade in der Zeit des Kalten Kriegs konnten artikulierte Gefühle als Argument eingesetzt werden; Emotionen werden in diesem Sinne gleichsam zu einem Register der Verhandlungsstrategie. Dabei wird freilich der Ausdruck von Gefühlsregungen gerne dem jeweils „anderen" zugeschrieben, während das eigene Verhalten als rational und nicht gefühlsgeleitet dargestellt wird. Insofern sind auch die internationalen Beziehungen durch eine evaluative Wertschätzung der Ratio bei der Eigengruppe geprägt, während das Emotionale gerne dem Gegner überlassen wird.

Die Zeitbedingtheit von Emotionen

Basierend auf den Erkenntnissen der Wissenssoziologie,[33] lassen sich Gefühle als soziale Konstruktionen von Wirklichkeit begreifen. Sie sind infolge langer Einübung sedimentiert und werden damit zum a priori nicht leicht bestreitbaren „Gefühlswissen".[34] Solches „Gefühlswissen" ist stark verbunden mit erlebter Erfahrung und der Erinnerung daran, insbesondere dann, wenn sie traumatischen Charakter hat. Im Kalten Krieg lebten solche Erinnerungen etwa als Angst oder Furcht vor Deutschland fort, so insbesondere in Polen, aber auch in den angel-

[31] Vgl. den Beitrag von Ilse Dorothee Pautsch in diesem Band, S. 125–141.
[32] Vgl. die Beträge von Frederike Schotters, S. 237–254 sowie von Dominik Geppert in diesem Band, S. 255–274. Vgl. auch den Beitrag von Thomas Freiberger in diesem Band, S. 223–236.
[33] Peter L. Berger/Thomas Luckmann: Die gesellschaftliche Konstruktion der Wirklichkeit. Eine Theorie der Wissenssoziologie. Frankfurt a. M. 1980.
[34] Ute Frevert u. a. (Hg.): Gefühlswissen. Eine lexikalische Spurensuche in der Moderne. Frankfurt a. M. 2011.

sächsischen Staaten im Hinblick auf eine mögliche Atombewaffnung der Bundesrepublik.[35] Besonders förderlich für das Aufkommen von Gefühlen sind in der Vergangenheit konstruierte Mythen wie zum Beispiel der „Rapallo-Komplex" in Frankreich, der eine geradezu reflexhafte Skepsis gegenüber der bundesdeutschen Ostpolitik erzeugte. Selbst sehr lang zurückliegende nationale Mythen können eine immense emotionale Gegenwartsbedeutung haben, wie das Beispiel Alexander Dubčeks zeigt. Als er 1968 nach Moskau vorgeladen wurde, provozierte dies in Prag eine emotionale Entrüstung, in der die mythologisierte Figur des böhmischen Märtyrers Jan Hus evoziert wurde.[36] 1961 schließlich wusste Willy Brandt sehr genau, dass der Mauerbau die Emotionen der Berlin-Blockade von 1948 wiederbelebte. Als sedimentiertes „Gefühlswissen" konnten solche Emotionen leicht reaktiviert werden.[37] Bei aller Ehrlichkeit im Ausdruck eigener Betroffenheit verflocht sich bei Brandt der persönliche Gefühlsausdruck doch mit der „rational" analysierten Interessenlage. Die von ihm betriebene Emotionalisierung war Teil eines performativen Abrufs von Gefühlen, der die *emotional community* der Westberliner – und damit seine eigene Position als Regierender Bürgermeister – politisch stärken sollte.

Vereinfacht gesagt lässt sich zwischen zwei Schichten und temporalen Richtungen abgelagerter Gefühle unterscheiden: Zum einen fungiert die Ansammlung von Erfahrung prospektiv als Formkraft und Stabilisator von Gefühlen bis hin zur Stereotypisierung.[38] Emotionen geben insofern Zugang zu den Erwartungen der Menschen. Das gilt exemplarisch für die Angst, die dem Kalten Krieg wesenseigen war. Im atomaren Zeitalter war der Erfahrungsraum angefüllt von angsteinflößenden (Kriegs-)Erinnerungen, die leicht mobilisiert werden konnten.[39] Dagegen erzeugte Vertrauen – das Schlüsselkonzept der Entspannungspolitik – eine positive Erwartungshaltung für die Zukunft.[40] Zum anderen gestalten Emotionen retrospektiv die Erinnerungen an das Vergangene. Damit stellt sich unmittelbar die zentrale Frage nach der Wandelbarkeit von (sedimentierten) Gefühlen. Emotionen können sich durch die persönliche Begegnung, durch das Kennenlernen des anderen, verändern. Die Geschichte des Kalten Kriegs ist voll von solchen blockübergreifenden Veränderungen. So standen die durch individuelle Erfahrung und persönlichen Kontakt erzeugten Gefühle von internationalen Akteuren häufig quer zum längerfristig sedimentierten kollektiven „Emotionshaushalt". Beispiele hierfür sind die persönlich-politischen Beziehungen zwischen John F. Kennedy und Nikita Chruschtschow, Willy Brandt und Leonid Breschnew sowie zwischen Michail Gorbatschow und Helmut Kohl beziehungsweise Ronald Reagan. Aller-

[35] Vgl. den Beitrag von Jost Dülffer in diesem Band, S. 161–181. Zur Sedimentierung vgl. auch die Beiträge von Krzysztof Ruchniewicz und Pierre-Frédéric Weber, S. 183–200 sowie von Martin Schulze Wessel in diesem Band, S. 63–74.
[36] Vgl. den Beitrag von Martin Schulze Wessel in diesem Band, S. 63–74.
[37] Vgl. den Beitrag von Corine Defrance in diesem Band, S. 143–160.
[38] Vgl. den Beitrag von Dominik Geppert in diesem Band, S. 255–274.
[39] Vgl. den Beitrag von Jost Dülffer in diesem Band, S. 161–181.
[40] Vgl. den Beitrag von Jessica Gienow-Hecht in diesem Band, S. 203–222.

dings darf die Bedeutung dieser sehr individuellen Gefühlsdimension „großer Männer“ – wie bereits erwähnt – nicht überschätzt werden. Immer muss konkret danach gefragt werden, wie sich individuelle Akteure und ihre Referenzgruppe zueinander verhalten. Sind die auf Emotionen setzenden Akteure bahnbrechende „Präzeptoren“ einer neuen Gefühlsregung oder lediglich ein Spiegel, ein Echo, bestehender kollektiver Gefühle? In Krisensituationen wie dem Mauerbau 1961 oder dem Sommer nach dem Prager Frühling 1968 vermochten Politiker Emotionen der Bevölkerung eine Stimme zu geben, das gilt für Willy Brandt ebenso wie für Alexander Dubček. Unzweifelhaft wirkten sie dabei zumindest als Verstärker und als Medien für den Wandel in der Grammatik des Kalten Kriegs.

Emotionen in den internationalen Beziehungen unterliegen also einer langen Dauer – so war die Angst eindeutig in beiden Blöcken ein fester Bestandteil im „Emotionshaushalt“. Neben solchen „Emotionsstrukturen“ existieren aber auch „Emotionsereignisse“, bei denen sich Gefühle und die Rollen, in denen sie erlebt werden, sehr kurzfristig verändern können. Dies erfolgt punktuell, situativ im Zusammenhang mit einer bestimmten Konjunktur und bei bestimmten Handlungen. Interessant ist dabei die Frage, ob diesem punktuellen Wandel auch bestimmte Formen von Gefühlen entsprechen. Zu denken ist zum Beispiel an Empörung (wie etwa über die Ereignisse auf dem Tian’anmen-Platz in Peking im Juni 1989), an Zorn oder auch an Begeisterung (wie etwa über die sandinistische Revolution in Nicaragua im Jahr 1979).[41] Solche „starken“ Emotionen wirken offensichtlich nur kurzfristig. Der Grund hierfür dürfte darin zu suchen sein, dass sie sich – anders als langfristig wirksame Emotionen wie Angst, Sicherheitsbedürfnis, Überlegenheitsgefühl, aber auch Vertrauen – kaum sedimentieren und damit rationalisieren lassen.[42]

Universalisierende und partikulare Tendenzen

Die Frage nach dem Wesen oder der „Natur“ von Emotionen beschäftigt die Emotionswissenschaftler mit anthropologischem und ethnologischem Zugriff schon lange: Sind Gefühle allgemeinmenschlich, das heißt: mit basalen Erfahrungen verbunden? Oder sind sie per se partikular: Konstruktionen auf der Basis eines kulturellen Anlern- und Aneignungsprozesses? Die von Paul Ekman bereits in den 1960er-Jahren aufgestellte Theorie universaler Gefühle, die überall gleich

[41] Vgl. die Beiträge von Laurence Badel, S. 341–364 sowie von Frank Bösch in diesem Band, S. 301–321.

[42] Einen interessanten Fall stellt in diesem Zusammenhang das Gefühl der Enttäuschung dar. Scheint es einerseits eher spontan und punktuell zu entstehen, so lässt sich andererseits zeigen, dass Enttäuschung durchaus längerfristig rationalisierbar und auch strategisch einsetzbar ist. Vgl. Bernhard Gotto: Enttäuschung in der Demokratie. Erfahrung und Deutung von politischem Engagement in der Bundesrepublik Deutschland während der 1970er und 1980er Jahre. Berlin 2018. Vgl. die Beiträge von Ilse Dorothee Pautsch, S. 125–141 sowie von Thomas Freiberger in diesem Band, S. 223–236.

ausgedrückt und verstanden würden, wird heute wegen methodischer Schwächen allgemein verworfen.[43] Demgegenüber dominiert derzeit die Erkenntnis, dass Gefühle in Artikulation und Wahrnehmung sozial und kulturell konstruiert (und damit wandelbar) sind. Auch wenn die Emotionsforschung keine einfachen Erklärungsmodelle bereithält, ist es dennoch sinnvoll, für die Geschichte des Kalten Kriegs die Frage nach universaler und partikularer Geltungskraft von Gefühlen noch einmal zu stellen. Denn in diesem fast 50 Jahre währenden Konflikt standen sich nicht nur zwei grundsätzlich antagonistische *emotional communities* gegenüber; der Kalte Krieg förderte zugleich auch innerhalb der jeweiligen Blöcke die Bildung unterschiedlicher, durch gemeinsame Gefühle zusammengehaltener Kreise. Hinzu kamen blockübergreifende Gefühle, beispielsweise die Begeisterung über die sandinistische Revolution,[44] oder auch die Empörung bei der Verletzung gemeinsam geteilter Normen. Solche Gefühle entwickelten sich auf der Basis von beiderseits anerkannten und in einem wechselseitig respektierten Kodex installierten Verhaltensregeln.[45] Spätestens mit der nuklearen Pattsituation ab Ende der 1950er-Jahre hatte sich ein solcher Kodex des Kalten Kriegs etabliert. Einer kommunikationspolitischen Interpretation zufolge gab es daher auch im Ost-West-Konflikt „internationale Regime, also Foren, auf denen Werte und die Regeln ihrer Umsetzung zwischen internationalen Akteuren abgesprochen werden".[46]

Bedeutsame symbolische Handlungen wie Brandts Kniefall 1970 in Warschau oder das Treffen zwischen Gorbatschow und Reagan 1986 in Reykjavik evozierten allgemein geteilte Emotionen, die offenkundig auf ein universales Wertesystem verwiesen. Die Akteure bewegten Teilnehmer wie Beobachter, indem sie ganz bewusst emotional-performative Momente der Wärme und des Entgegenkommens erzeugten. Dabei soll durch das „Emotionsmanagement" eine Wirkung erzielt werden – sowohl bei den (Verhandlungs-)Partnern als auch im Resonanzraum der Öffentlichkeit. In der Ost-West-Konfrontation war der Rückgriff auf solche emotionalen Argumente und Ausdrucksformen eindeutig ein Instrument. Sowohl bei der Herstellung einer Gemeinschaft im Inneren als auch in der Konfrontation mit dem Gegner stand die Gefühlszuschreibung der anderen Seite im Dienst einer auf das Partikulare gerichteten Kommunikation. Jedoch zeigen die Beispiele auch, wie bisweilen ein blockübergreifender emotionaler Gleichklang als mögliche Vorstufe für eine politische Annäherung wirken konnte.

Die Geschichte des Kalten Kriegs stellt die Frage nach der universalisierenden oder trennenden Funktion von Gefühlen aber auch ganz grundsätzlich. Wer die universalisierenden Potenziale der Emotionen unterstreicht, stellt sich in Konkur-

[43] Paul Ekman: Expression and Nature of Emotion. In: Klaus Scherer/Paul Ekman (Hg.): Approaches to Emotions. Hillsdale 1984, S. 319–343. Kritik u. a. daran von Anne Schmidt: Gefühle zeigen, Gefühle deuten. In: Ute Frevert u. a. (Hg.): Gefühlswissen. Eine lexikalische Spurensuche in der Moderne. Frankfurt a. M. 2011, S. 65–91.

[44] Vgl. den Beitrag von Frank Bösch in diesem Band, S. 301–321.

[45] Vgl. den Beitrag von Bernhard Gotto in diesem Band, S. 75–100.

[46] Wilfried von Bredow/Thomas Jäger: Neue deutsche Außenpolitik. Nationale Interessen in internationalen Beziehungen. Opladen 1993, S. 14.

renz zu der Annahme, dass allein die justizielle Kodifizierung – im Rahmen des Völkerrechts oder internationaler Organisationen – internationale Verhaltensformen rationalisieren könne. Nach dieser Lesart sind Regeln mit universalem Geltungsanspruch erforderlich, um emotional getriebene Konflikte einzuhegen. Anders gesagt: Emotionen wären demzufolge nichts anderes als Störelemente im vertrauensbildenden Konfliktmanagement. Dagegen kann durchaus argumentiert werden, dass Emotionen die internationale Kommunikation fördern können. Im Grunde ist beides möglich und beides lässt sich auch in der Geschichte des Kalten Kriegs auffinden: So verwies insbesondere der Humanitarismus schon zu Zeiten des Ost-West-Gegensatzes auf eine höhere allgemeingültige Moral und nutzte damit die universalisierende Funktion von Gefühlen.[47] „Emotionshaushalte" und „-regime", die wie Vertrauen, Mitleid, Empathie und Humanität eine allgemeinmenschlich-universalisierende Tendenz in sich tragen, können internationale Kommunikation und Verständigung durchaus fördern. Umgekehrt ist es wahrscheinlich, dass Emotionen, die eine partikulare Tendenz bergen, die internationale Kommunikation stören, beenden oder sogar unmöglich machen. Darunter zählen verletztes Ehrgefühl, Angst, Misstrauen, Wut und Empörung, aber auch Begeisterung, die fast regelmäßig in Ernüchterung oder Enttäuschung umschlägt. Künftige Forschungen könnten daher konkret untersuchen, wie sich emotionale Homogenität und Diversität auf unterschiedlichen Ebenen entwickelten und darstellten. Auf diese Weise wird man emotionale Partikularität ebenso erkennen wie universal geteilte Gefühle, die möglicherweise eine anthropologische Konstante widerspiegeln.

Der Zugang zu Emotionen und die Rolle der Medien

Zuletzt gilt es auf die Vermittlung und Repräsentation von Emotionen durch Sprache und Bilder hinzuweisen. Damit ist ein heuristisch und methodisch höchst relevantes Thema angeschnitten, das hier nur gestreift werden kann. Emotionen sind zugleich Quellen- wie Analysebegriffe. Der Historiker beziehungsweise die Historikerin muss also gezielt nach dem Ausdruck von Emotionen suchen und die in Text, Ton und Bild enthaltenen gefühlsmäßigen Botschaften entdecken und erschließen. Wie konkrete Emotionen zum Ausdruck kommen, hängt dabei natürlich von der jeweiligen Quellengattung ab und muss entsprechend kritisch analysiert und interpretiert werden. Dies gilt insbesondere für die Bildsprache in den Medien, die häufig die emotionale Dimension politischer Botschaften verstärkt. Seit den 1960er-Jahren erfolgte der Durchbruch zu einer überwiegend auf visuellen Codes beruhenden Medienöffentlichkeit; Bilder wurden zum integralen Bestandteil eines Narrativs, das stets quellenkritisch zu betrachten ist. So dienten Fotografien und die Abbildung der Akteure zunehmend der „Emotionspolitik" und der mit Gefühlen unterlegten Inszenierung.

[47] Vgl. den Beitrag von Claudia Kemper in diesem Band, S. 365–384.

Manche der in den folgenden Beiträgen behandelten Gegenstände und Quellen sind bekannt, andere völlig neu. Die Quellen werden gegen den Strich gelesen, was Originalität und Innovationsgehalt des Bandes ausmacht. Dabei fehlen einige zu erwartende Themen wie etwa die recht gut erforschte Friedensbewegung und deren Kampf gegen die Dislozierung der Mittelstreckenraketen in Europa. In einigen Beiträgen haben sich die Autorinnen und Autoren mit den methodischen Herausforderungen des Themas auseinandergesetzt. Dies unterstreicht die Absicht der Herausgeber, Schneisen zu schlagen. Der Band soll als Einladung verstanden werden, mit dem hier verfolgten Ansatz weitere Studien zu initiieren.

Die „Gefühle der Staaten" – oder: Was Staaten mit Gefühlen machen

Selbstverständlich haben Staaten an sich keine Gefühle. Emotionen bedürfen des Vorhandenseins eines Gehirns und eines Körpers; sie sind somit Menschen und Tieren vorbehalten. Die Formel „Gefühle der Staaten" kann daher zu Missverständnissen führen. Emotionen sind individuell. Unter Umständen können sie jedoch geteilt werden. Zudem gibt es in staatlichen Organisationen Diskurse, Stile und Praktiken, die in den Beziehungen mit dem Äußeren den Ausdruck von Gefühlen zulassen und zur emotionalen Artikulation von Inhalten führen. In diesem Sinne beschäftigen sich die fünf Beiträge dieses Teils mit der Frage nach dem Umgang der Staaten mit Emotionen.

Die Vorstellung vom Staat als einer Person war in der Frühen Neuzeit üblich. Der Staat wurde als ein lebendiger Organismus betrachtet, der auch Gefühle und insbesondere eine Ehre habe, die verletzt werden könne. Diese heute etwas befremdende Annahme ist das Leitmotiv von **Ute Frevert**, die einen weiten Bogen von der Frühen Neuzeit bis in die Gegenwart spannt. Wenn das Völkerrecht bei Staatenkonflikten Lösungen wie Genugtuung und Schadensersatz vorschlägt, dann zeugt das, so Frevert, von der Übernahme der Vorstellung, dass Staaten durchaus eine Ehre haben. Die Autorin zeigt auf, wie solche Gefühle in den internationalen Beziehungen in einem Verständigungssystem moderiert werden konnten. Schon vor dem Kalten Krieg lieferte die Geschichte der internationalen Beziehungen im 19. und 20. Jahrhundert eine Reihe von Beispielen für eine kollektive Empfindlichkeit und Reizbarkeit unter nationalistischen Zeichen. Das Wort „Versailles" etwa fungierte in der Zwischenkriegszeit in Deutschland als Chiffre für eine tief empfundene Demütigung und ein verletztes nationales Ehrgefühl.

Auch in den nationalistischen Diktaturen des 20. Jahrhunderts dominierte die Vorstellung einer „Volks-Gemeinschaft" und somit des Staates als Körper. Zu den Spezifika dieser Regime gehörte es, dass sie sehr genau mit dem Einsatz von Emotionen zu spielen wussten – von der Angst bis zur Begeisterung. **Birgit Aschmanns** Beitrag beleuchtet anhand des Franquismus im Spanischen Bürgerkrieg die „Emotionspolitik" als Herrschaftstechnik des Franco-Regimes. Sie analysiert damit ein Beispiel für die Schaffung eines emotionalen Zwangsregimes im Sinne von William Reddy, sofern unter der „normativen Ordnung von Emotionen" eine

repressive verstanden wird. Unter einem politischen Gewaltregime der Unfreiheit kann ein Staat eine effiziente „Gefühlspolitik“ durchsetzen, da er über Ressourcen zur Erzwingung von emotionalen Verhaltensweisen verfügt. Mit dem antikommunistisch angeheizten Kampf gegen die linken Kräfte des republikanischen Lagers lieferte Franco-Spanien ein Vorspiel für den Antikommunismus des Kalten Kriegs nach 1945. Der Beitrag behandelt die Herausbildung der Vorstellung von den „Kommunisten“ als innere Feinde Spaniens. Aschmann zeigt auf, wie die pseudowissenschaftliche Theoretisierung von „richtigen“ und „falschen“ Gefühlen nicht nur zur Identifizierung und Ausgrenzung von als „Kommunisten“ bezeichneten Regimegegnern, sondern auch zur Rechtfertigung ihrer gewaltsamen Beseitigung diente.

Die imperiale Logik innerhalb des Ostblocks erforderte die Aufrechterhaltung der sowjetischen Macht über ihr Einflussgebiet. Entsprechende Machtdemonstrationen vollzogen sich auf sehr unterschiedlichen Ebenen. Wie **Martin Schulze Wessel** am Beispiel der Beziehungen zwischen Moskau und Prag im Sommer 1968 ausführt, gehörte hierzu auch die Erzwingung einer „Emotionsgemeinschaft“ zwischen den sozialistischen Bruderstaaten. Das Register der aufgerufenen Gefühle konzentrierte sich auf Freundschaft und Solidarität. Schulze Wessel erläutert, wie komplex die verschiedenen Ebenen und Referenzräume der emotionalen Kommunikation innerhalb des Ostblocks waren. Insbesondere etablierten sich mehrere, von der Sowjetunion auferlegte Formen von *emotional regimes* im Sinne Reddys. Schulze Wessel beobachtet sie im zwischenstaatlichen Verkehr, im Verkehr zwischen den Schwesterparteien, in der marxistischen Ideologiesprache des Imperiums und im nationalen Kommunikationsraum. Darüber hinaus wird in diesem Beitrag ersichtlich, dass der anscheinend individuelle und persönliche Einsatz von Breschnew mit seiner Praxis der emotionalen Bekenntnisse und der Einforderung von Emotionen lediglich funktional als die Veranschaulichung der Asymmetrie zwischen Zentrum und Peripherie zu verstehen ist. Emotionszuschreibung als Mittel der Rollenverteilung war ein Machtinstrument in den Händen des Kreml-Chefs.

Ein sehr spezifischer Kommunikationsraum, in dem die Staaten in allen Situationen und insbesondere in Konfliktkonstellationen wie dem Kalten Krieg handeln, ist die Diplomatie. Entgegen der Annahme, dass zum Zweck der rationalen Kontrolle des diskursiven Verkehrs mit dem Ausland in allen Ländern die sehr normierte Amtssprache sachlich, knapp und möglichst emotionslos bleiben müsse und geblieben sei, kommt **Bernhard Gotto** mit seinem Beitrag über die diplomatische Korrespondenz des Auswärtigen Amtes von 1949 bis 1987 dem Ausdruck von emotionalem Dissens auf die Spur. Bereits die hohe Anzahl von emotionsbezogenen Wörtern – sogenannte *emotives* in Reddys Sinne – ist überraschend. Aus ihrer Analyse ergeben sich zum einen Erkenntnisse über die kommunikative Funktion solcher Codes, die standardisierten Signalen zur Vermittlung subtiler Botschaften gleichen, zum anderen wird die performative Qualität des Ausdrucks von Dissens zwischen Akteuren der internationalen Beziehungen deutlich. Insbesondere war die Nennung von „Enttäuschung“ ein akzeptierter Übermittlungs-

code von unfreundlichen Inhalten, der zugleich die Markierung von Verhandlungsspielräumen und -grenzen ermöglichte. Der Rekurs auf das Emotionsvokabular musste im Kalten Krieg also keineswegs bedeuten, dass die Politik emotionalisiert war. Wenn die Diplomaten im Kalten Krieg eine standardisierte Emotionssprache anwandten, verwies das auf die Existenz einer transnationalen *emotional community*, die den Rahmen für konkrete Verhandlungen bildete.

In seinem Beitrag über Vertrauen als Code für Einfluss, Macht und Recht auf Mitsprache legt **Philipp Gassert** dar, dass jeder Staat einen außenpolitischen Stil hat, der sich zum Teil durch seinen Umgang mit Emotionen charakterisieren lässt. Dass „Vertrauenspolitik" ein markantes Erkennungszeichen westdeutscher Diplomatie war, ist dank bereits vorliegender Arbeiten bekannt.[48] Wie wenig es dabei um Gefühle oder – im Falle von Vertrauen – um eine emotionale Einstellung ging, die subjektiv einladend wirkte, und es vielmehr Rhetorik war, zeigt Gassert anhand der Analyse des „Über-sich-Redens", das die Kanzler der alten Bundesrepublik in ihren großen Regierungserklärungen praktizierten. Diese besondere Quellengattung erlaubt es, die kommunikationsgeschichtliche Dimension der Außenpolitik eines Staates zu analysieren, unter Einschluss der parlamentarischen und medialen Öffentlichkeit.

Emotionen um Deutschland in der Ost-West-Konfrontation

Die vier Beiträge dieses Teils sind dem psychologischen Faktor in der Systemkonfrontation des Kalten Kriegs gewidmet. Alle Beiträge konzentrieren sich auf spontane Ausdrucksformen von Emotionen; gemeinsam ist diesen indes, dass sie auf längerfristig abgelagerten „Emotionsschichten" beruhten, die in der konkreten Situation wieder hervorbrachen.

In ihrem Beitrag zeigt **Ilse Dorothee Pautsch**, wie Politiker und Diplomaten in den Tagen des Berliner Mauerbaus 1961 ihre Gefühle in verbaler und nonverbaler Kommunikation äußerten. Am Beispiel dieser höchst angespannten und wegen des Gefahrenpotenzials emotional besonders aufgeheizten Situation unternimmt die Autorin einen Vergleich zwischen den Gefühlsäußerungen westdeutscher Politiker und Diplomaten und denen ihrer ausländischen Kollegen sowie der Bevölkerung. Die kurze untersuchte Zeitspanne ermöglicht es, den Wandel sprachlicher Ausdrucksformen und somit die Zeitlichkeit von Emotionen zu beobachten. Ein wichtiger Ertrag der Fallstudie ist die Erkenntnis, dass Emotionen bei der Wahrnehmung und der Nennung von Gefahren eng mit einer rationalen Analyse verflochten sind. Pautsch relativiert in ihrem Beitrag die Annahme, dass die Verbündeten desselben Blocks durch große Krisen zusammengeschweißt worden seien.

[48] Philipp Gassert: „Vertrauen, Einsicht und guten Willen zu wecken". Überlegungen zu einem Zentralbegriff westdeutscher Außenpolitik. In: Reinhild Kreis (Hg.): Diplomatie mit Gefühl. Vertrauen und die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland. München 2015, S. 17–31.

Dies war bei der Berlin-Krise nicht der Fall. Vielmehr übernahm eine andere Emotion die Oberhand: die Enttäuschung.

Im Beitrag von **Corine Defrance** geht es ebenfalls um Berlin, die Frontstadt des Kalten Kriegs, deren „Emotionalisierungspotenzial" sich als besonders groß erwies. An den drei krisenhaften Momenten 1948/1949, 1958/1961 und 1989/1990 analysiert die Autorin im Längsschnitt die Bedeutung von Emotionen als treibender Faktor der internationalen Beziehungen. Mithilfe der Unterscheidung von Ebenen wie Regierungspersonal, Medien und Populärkultur, die jeweils eigene Ausdruckskanäle und Stile besaßen, werden in der Fallstudie die emotionalen Gemeinschaften und ihre Wandelbarkeit untersucht. Keineswegs reduzierten sich Gefühle auf die Vorstellung einer nationalen Gemeinschaft. Im Rahmen des Kalten Kriegs bestimmte auch die jeweilige weltanschauliche Ausrichtung von Gruppen innerhalb der Staaten das eigene *emotional regime*. So stand etwa die emotionale Reaktion innerhalb der kommunistischen Partei Frankreichs (PCF) quer zu der in der übrigen Gesellschaft. Der emotionsgeschichtliche Ansatz bietet somit einen Zugang zu fein auszudifferenzierenden Schichten von gruppenspezifischen bis hin zu globalen Perspektiven. Er lässt zugleich Entwicklungen innerhalb eines bilateralen (hier: des deutsch-französischen) „Emotionshaushalts" erkennen, der selber komplex und von schnell reaktivierbaren Erinnerungen gekennzeichnet ist.

Damit ist eine Grundemotion der internationalen Beziehungen adressiert, die in der Forschung bereits Niederschlag gefunden hat und auch in diesem Band eine wichtige Rolle spielt, nämlich die „Angst". Selbst im realistischen Verständnis der internationalen Beziehungen hat das „Dem-Rivalen-Angst-Einflößen" einen Platz in der Instrumentenpalette der Akteure in Interessen- und Machtkonflikten. **Jost Dülffer** beschäftigt sich mit dieser Emotion des Kalten Kriegs in spezifischer Weise, die den Gegenstand gewissermaßen gegen den Strich bürstet. In seinem Beitrag über multiple Ängste vor dem Nichtverbreitungsvertrag von Atomwaffen in den 1960er-Jahren geht es nicht um die gleichsam „klassische" Angst zwischen den beiden Blöcken. Vielmehr arbeitet er die Angst *vor* Deutschland innerhalb der westlichen Allianz heraus, was einerseits überrascht, andererseits aber nicht verwunderlich ist angesichts der Tatsache, dass das im Rahmen des Kalten Kriegs konstituierte westliche Bündnis ehemalige Feinde der beiden Weltkriege zusammenführte. Dülffers Untersuchung verfolgt die Konjunktur der verschiedenen Komponenten einer sedimentierten Angst, die sich durch die dem nuklearen Zeitalter inhärente hohe Gefahr potenzierte.

Demgegenüber ist die Annahme verbreiteter, dass eine gemeinsam geteilte Angst die Partner dazu anhält, Bündnisse zu schmieden. Einmal mehr lässt sich dies an der Angst vor der „deutschen Gefahr" erkennen, die im Kalten Krieg dem emotionalen Zusammenhalt des Ostblocks zugutekam. Allerdings kannte diese Angst im kommunistischen Polen eine eigene Wendung. Am Beispiel der Oder-Neiße-Grenze zeigen dies **Krzysztof Ruchniewicz** und **Pierre-Frédéric Weber** in ihrem Beitrag über die Angst vor einem deutschen Revanchismus beziehungsweise Grenzrevisionismus in den „Wiedergewonnenen Gebieten", das heißt: den ehemaligen deutschen Ostgebieten, die „unter polnische Verwaltung" gestellt worden

waren. Ein Gefühl der Fremdheit in der unbekannten Landschaft, das die hier neu angesiedelten, teilweise aus den von der Sowjetunion annektierten ostpolnischen Gebieten stammenden Menschen empfanden, nährte die Angst und befeuerte die Tendenz zu nationalen Narrativen als Widerstands- oder Siegeskonstruktionen. Der Beitrag veranschaulicht wichtige Phänomene wie das Gewicht sedimentierten „Gefühlswissens", die auch unabhängig von der ideologischen Konstellation des Kalten Kriegs wirken.

Emotionale Wirkungspotenziale individueller Akteure im Kalten Krieg – oder: Der menschliche Faktor

Wie schon geschildert verspricht der emotionsgeschichtliche Ansatz neue Einsichten in das Verhältnis von Allgemeinem zu Individuellem in der Geschichte zu liefern. Über die bereits genannten Themen hinweg zeigt der vorliegende Band daher exemplarisch auch die Relevanz der Emotionen handelnder Individuen im Kalten Krieg.

So widmet sich **Jessica Gienow-Hecht** in ihrem Beitrag den Umständen, unter denen sich der US-amerikanische Präsident Ronald Reagan 1986 intuitiv dafür entschied, auf dem Gipfel in Reykjavik Gorbatschow persönlich zu vertrauen. Der paradoxe Hintergrund bildete nicht zuletzt die langfristig in der amerikanischen Geschichte angelegte Zurückhaltung und fehlende Vertrauensbereitschaft der USA gegenüber ausländischen Staaten und Gesellschaften, unabhängig davon, ob es sich bei diesen um Verbündete oder Gegner handelte. Entsprechend skizziert Gienow-Hecht ein emotionales Muster in der außenpolitischen Grundhaltung der Vereinigten Staaten, das auf dem dichotomischen Modell beruhte, wonach die Welt voller Menschen und Mächte sei, die den Amerikanern Böses antun wollten. Die plötzliche Bereitschaft Ronald Reagans, einen potenziellen Kontrollverlust zu riskieren, indem er Gorbatschow vertraute, war besonders überraschend angesichts eines Präsidenten, der noch kurz zuvor von der Sowjetunion als dem „Reich des Bösen" gesprochen hatte. Seine Entscheidung wird im Zusammenspiel von persönlicher Affinität, Wahrnehmung der Motive des anderen und staatlichem Interesse analysiert. Nach dieser Erkenntnis konnte der individuelle menschliche Faktor im Rahmen bestehender Handlungsoptionen durchaus wirkungsvoll sein.

Mit einer anderen Art von Gefühlsäußerung beschäftigt sich **Thomas Freiberger** in seinem Beitrag über Eisenhowers emotionale Reaktionen in der Suezkrise im Oktober und November 1956. Die Untersuchung mit der Leitfrage, wie stark Emotionen die Handlungen des US-Präsidenten gegenüber Großbritannien beeinflussten, zeigt, wie die Vielzahl der Gefühle in der Suezkrise dazu beitrug, dass diese in einem bündnispolitischen Kommunikationsdesaster endete. Den Ausschlag dafür gab die individuelle Enttäuschung Eisenhowers über die als „spätkolonial" gedeutete Politik Großbritanniens und Frankreichs in der Region. Gerade wegen der freundschaftlichen Beziehungen zu den westeuropäischen Mäch-

ten und der von ihm unterstellten Wertegemeinschaft innerhalb einer *emotional community* und eines geteilten Erfahrungsraums wurde Eisenhower angesichts des „Verrats" Großbritanniens und Frankreichs an den gemeinsamen westlichen Positionen „vom Zorn übermannt". Die Wandelbarkeit einer Emotion in ein rationales Kalkül wird auch an diesem Beispiel exemplifiziert.

Im Unterschied zur Suezkrise spielen Emotionen im Beitrag von **Frederike Schotters** über die „Gefühlsstrategien" und das Erwartungsmanagement der Mitarbeiter des französischen Staatspräsidenten François Mitterrand in den deutsch-französischen Beziehungen 1981 bis 1983 eine ganz andere Rolle. Hier war der Rekurs auf Gefühle als Bekenntnis des eigenen guten Willens und als Achtung der Empfindlichkeit des deutschen Partners wohl kalkuliert. Es wird gezeigt, wie Mitterrands Berater in Anlehnung an alte Erfahrungen und kollektive Traumata die vermeintliche deutsche Reizbarkeit analysierten, andere Emotionen zu erzeugen versuchten und so Gefühle instrumentalisierten, um eine den französischen und gemeinsamen Interessen günstige Stimmung zu schaffen.

Die Bedeutung eines grundsätzlichen, nicht zu beseitigenden Missmuts und das Scheitern jedes emotionalen Verständigungsversuchs illustriert hingegen der Beitrag von **Dominik Geppert** über das schlechte Verhältnis zwischen Margaret Thatcher und Helmut Kohl. Dieses steht beispielhaft für eine trotz einer weitgehenden Interessengemeinsamkeit und vieler persönlicher Ähnlichkeiten existierenden starken Antipathie innerhalb desselben Blocks während des Kalten Kriegs. Die unterschiedlichen Vorstellungen von Geschlechterrollen, die Last der Geschichte und differierende Weltbilder führten emotional zur Bestätigung von Voreingenommenheiten und auch zu Enttäuschungen. Gepperts Beitrag zeigt, wie der emotionsgeschichtliche Ansatz die psychologische Komponente des internationalen Handelns und insbesondere das „Knirschen" innerhalb der Allianz zu verstehen hilft.

Emotionen in der ideologischen Auseinandersetzung an der Peripherie

Der Kalte Krieg stellte vor allem eine Auseinandersetzung innerhalb des „Globalen Nordens" und besonders in Europa dar. Aber auch entfernte Regionen der „Dritten Welt" waren für die Politiker und Gesellschaften der im Kalten Krieg involvierten Länder ein Schauplatz, um die Gegnerschaft und den Wettkampf à distance zu führen. Nähe und Distanz können somit als Faktoren emotionaler Erfahrungen analysiert werden.

In seinem Beitrag über die politische Jugendbewegung der 1960er-Jahre und ihre Unterstützung der Befreiungskämpfe in der „Dritten Welt" analysiert **Joachim Scholtyseck** das Zusammenspiel von in Gruppen und auf Massenkundgebungen erlebten positiven Gefühlen. Sie erzeugten einen romantisierend-verklärenden Blick auf revolutionäre Regime im „Globalen Süden". Der ideologische Kampf des Ost-West-Konflikts wurde auf entferntere Weltregionen, die sich im Prozess der Dekolonisation befanden, ausgeweitet. Der Beitrag zeigt insbesonde-

re, wie die euphorisierende Teilhabe am Kampf um die Entkolonisierung aus der Ferne es ermöglichte, sich mittels der Artikulation von Empörung zugleich erhaben, stolz und glücklich zu fühlen. Dies erzeugte einen emotionalen Mehrwert für die Mitglieder der Bewegung. Die Koppelung von emotionalen Erlebnissen und weltanschaulicher Überzeugung fundierte ein besonderes, kohärentes und höchst stabiles „Emotionsregime". Das eigene Erscheinungsbild und Auftreten war getragen von einem emotionalen Stil, der eine Generation prägte und zusammenhielt. Scholtysecks Fallstudie bestätigt nicht nur die Erkenntnis, dass Utopien starke Gefühle entfesseln, sondern zeigt auch, wie wirkmächtig Emotionen für die partizipierenden Subjekte sein können.

Diese Erkenntnis wird auch am Beispiel Nicaraguas deutlich, das etwa zehn Jahre später zum emotional aufgeladenen Sehnsuchtsort der ernüchterten 68er-Bewegung wurde. Der Beitrag von **Frank Bösch** beschäftigt sich mit der Form, den Inhalten und den Phasen der Begeisterung des westdeutschen links-alternativen Milieus für das mittelamerikanische Land Ende der 1970er- und in den 1980er-Jahren. Die politischen Polarisierungen des eigenen Landes – links gegen konservativ, „revolutionär" gegen „kapitalistisch" – wurden auf den weit entfernten Staat transferiert. In Westdeutschland war das Engagement für die sandinistische Sache emotional besonders aufgeladen. Böschs Analyse zeigt die mobilisierende Kraft der Gefühle im sprachlichen Diskurs und in Bildern. Überdies unterstreicht der Beitrag in neuer Weise die Bedeutung der räumlichen Dimension der Gefühlsgeschichte. Zur „souffrance à distance"[49] fügt sich die durch Emotionen unterfütterte Intensität der physischen Erfahrung derer, die als europäische Brigadisten das sandinistische Aufbauwerk vor Ort selbst zu unterstützen suchten. Von Bedeutung für die Geschichte des Kalten Kriegs ist, dass die Faszination für den idealisierten Sandinismus den Antiamerikanismus innerhalb des westlichen Blocks nährte und damit die Kohärenz seines emotionalen Regimes untergrub. In dem Maße, in dem die Begeisterung über die sandinistische Revolution auch in der DDR existierte, gewann die Bewegung zum Teil auch den Charakter einer gesamtdeutschen blockübergreifenden Gemeinschaft.

Nicht gegen die Kohäsion des westlichen Lagers, sondern vielmehr mit der Polarisierung zwischen den Blöcken spielend, gestaltete sich die humanitäre Kommunikation westdeutscher Akteure im Afghanistan-Krieg. In ihrem Beitrag zu diesem Thema bietet **Agnes Bresselau von Bressensdorf** eine andere Variation des Zusammenhangs zwischen der Entfernung des Kampfgebiets einerseits und der Aushandlung des ideologischen Konflikts andererseits. Die Autorin zeigt nicht nur, wie das normative „Gefühlswissen" der westlichen Öffentlichkeit die Narrative der NGOs um die Figuren des Flüchtlings als Opfer eines kommunistischen Aggressors und als Held des Widerstands gegen die unmenschliche Sowjetmacht formte, ihr Beitrag legt auch dar, wie die Kampagnen der NGOs an zeitge-

[49] Luc Boltanski: La souffrance à distance. Morale humanitaire, médias et politique. Paris 1993; Susan Sontag: Regarding the Pain of Others. New York 2003; Lilie Chouliaraki: The Spectatorship of Suffering. London 2006.

nössische westdeutsche Debatten im Kontext der Friedensbewegung anknüpften. Der Rekurs auf westdeutsche kommunikative Codes trug zu einer simplifizierenden Darstellung der weltpolitischen Situation bei. Die Emotionalisierungsstrategie der NGOs versuchte, durch die Artikulation von Gefühlen explizit positive Reaktionen bei möglichen Spendern und Helfern hervorzurufen, um humanitäres Engagement für die in pakistanischen Lagern untergebrachten afghanischen Flüchtlinge zu erzeugen.

Humanität jenseits des Kalten Kriegs?

Die Beiträge dieses letzten Abschnitts des Sammelbandes setzen sich mit der Frage nach einer emotionsgestützten Kommunikation über humanitäre Aktionen unabhängig vom und jenseits des Kalten Kriegs auseinander. Humanität ist per se universal und kennt keine Grenzen. Es stellt sich daher die Frage, ob das Gefühl für das Leid anderer – gleichgültig, in welcher politischen Machtkonstellation sie leben, – auf die Existenz einer blockübergreifenden allgemeingültigen Moral hinweist. Aus dieser Perspektive erscheint der Kalte Krieg als künstliche weltanschauliche Polarisierung, gegen deren Logik Humanität möglicherweise erst hergestellt werden müsse.

In ihrem Beitrag über französische Reaktionen auf die Niederschlagung des chinesischen Studentenaufstands auf dem Platz des Himmlischen Friedens (Tian'anmen) Anfang Juni 1989 befasst sich **Laurence Badel** mit nationalen Komponenten des Humanitätsdiskurses, der die internationale Empörung durchzog. Während die vom Gebot der Achtung der Menschenrechte geleitete Ärzte-NGO *Médecins sans frontières* (MSF) vor Ort humanitär eingriff, reagierten die europäischen Staaten in ihren offiziellen Verlautbarungen unterschiedlich. Nicht nur spielte die Blockzugehörigkeit – beziehungsweise die blinde Ideologietreue wie im Falle der DDR und Rumäniens – eine Rolle bei der Wahl der Worte, auch waren die diskursiven Reaktionen der Staaten unterschiedlich emotionsgeladen. Anhand der Betrachtung der konkurrierenden Pole „Humanität" und „Wirtschaftsinteressen" lässt sich ein interessantes Zusammenspiel von Emotion und rationalem Handeln erkennen.

Der Beitrag von **Claudia Kemper** befasst sich mit dem „emotionalen Geschäft" blockübergreifender Nichtregierungsorganisationen, die sich gegen die atomare Rüstung im Kalten Krieg engagierten, und verortet sich in der aktuellen, zum Teil sehr kritischen Forschung über humanitäre Organisationen und ihre Handlungsmodi.[50] Der internationale Menschenrechtsdiskurs in den 1970er-Jahren wirkte für die Gründung und die Ausdifferenzierung von NGOs beschleunigend. Zahlreiche Organisationen konnten sich zum Teil gegen die bipolare Logik des Kalten Kriegs entwickeln. Gemein war ihnen das „Geschäft mit Emotionen", also die Emotionalisierung als Instrument der Aktion. Das Beispiel der von Ärzten aus den USA und der Sowjetunion gegründeten und gegen das atomare Wettrüsten

[50] Kuhnert: Kommunikation (wie Anm. 6).

aktiven Vereinigung *International Physicians for the Prevention of Nuclear War* (IPPNW) veranschaulicht die blockübergreifende Funktionsweise von NGOs als Übersetzungs- und Kommunikationsanstalten zwischen Ost und West.

Alle diese Themen, die am Ende noch einmal von **Reiner Marcowitz**, **Ulrich Pfeil** und **Hermann Wentker** kommentiert werden, schlagen neue Schneisen in die Geschichte der internationalen Beziehungen und des Kalten Kriegs. Unnötig zu sagen ist aber, dass damit keineswegs alle möglichen Aspekte des Forschungsfelds angeschnitten sind. So stellt sich nicht nur die Frage, die auch auf der Tagung diskutiert wurde, ob Gefühle gleichsam ein „Geschlecht" haben, ob es „weibliche" „Gefühlsregime" gibt und wie sie gegebenenfalls konstruiert werden, auch das Problem der mehrfachen Stoßrichtung und Funktion eines Gefühls bedarf näherer Untersuchung. So lässt sich etwa fragen, inwieweit das Gefühl der Ehre beziehungsweise der Ehrverletzung sowohl Prozesse der Entfesselung als auch der Einhegung von Krieg freisetzen oder befördern konnte. Und last, but not least gilt es möglicherweise noch viele weitere Gefühle zu entdecken, die jenseits von Vertrauen und Misstrauen, Angst und Ehre, Empörung und Enttäuschung, Zorn und Mitgefühl, Begeisterung und humanitärer Solidarität die internationalen Beziehungen begleiteten, beeinflussten oder sogar veränderten.

Abstract

The study of emotions has been in high demand over the past three decades. Few historians would now deny that emotions have significant historical relevance. The problem does, however, remain that emotions are difficult to define and to grasp, making it all the more challenging for historians to approach the subject. International relations represent a particularly innovative field of investigation in this regard. This volume ties in with various models of interpretation such as the concept of emotional communities that Barbara Rosenwein developed for medieval history. It is also of interest to the history of the Cold War, as the period was characterized by very different communities seeking to reassure themselves of their own status while at the same time communicating with one another. William Reddy's concept of "emotional regimes" also plays an important role here. The volume critically discusses the idea of supra-individual emotional conventions that can be understood as normative sets. Beyond these concepts, sources must be examined for how they reflect feelings – in language, semantics, and gestures. The introduction deals with hypotheses and questions: Do emotions serve to reduce complexity? How do the individual and the general interact? We discuss the temporality and changeability of emotions as well as the universalizing and particularistic tendencies they transport. Finally, we discuss the question of how to gain access to emotions and what role the media play in this regard. The volume is organized into six parts: The "Feelings of States" – or: What states do with emotions; Emotions in Germany during the East-West confrontation; the "human factor"; Emotions in the ideological debate over the periphery; Humanity beyond the Cold War.

Die „Gefühle der Staaten“ – oder: Was Staaten mit Gefühlen machen

Ute Frevert

Die Gefühle der Staaten

Völkerrecht und politische Praxis

Haben Staaten Gefühle? Gegenwartsmenschen, seien sie Historiker, Psychologen oder Neurowissenschaftler, finden bereits die Frage abwegig, ihre Antwort fällt entsprechend negativ aus. Denn Gefühle, darin ist man sich einig, werden individuell empfunden. Sie sind nur lebenden Organismen höherer Ordnung eigen und zugänglich. Gefühle setzen ein Gehirn voraus, das sie verschaltet und koordiniert, ebenso wie sie einen Körper benötigen, der ihr Erleben zum Ausdruck bringt und an dessen Transformation sie sich ablesen lassen. Einen solchen Körper haben ausschließlich Menschen (und Tiere), und jeder dieser Körper ist, bei allen gemeinsamen Merkmalen, außerordentlich individuell und subjektiv. Was den einen schmerzt, tut dem anderen nicht weh; was den einen in Verzückung setzt, lässt den anderen kalt.

Jenseits solcher höchst eigenen und persönlichen Empfindungen existiert die Sprache als intersubjektives Verständigungsmedium. Über Sprache in Gestalt eines hochdifferenzierten semantischen Systems verfügen wiederum nur Menschen. Die Sprache gibt ihnen Wörter und Begriffe an die Hand, deren Bedeutung allgemein festgelegt ist. Wäre das nicht so, würde jeder am anderen vorbeireden, Verständigung fände nicht statt. Wörter und Begriffe erlauben es Menschen, das, was sie empfinden, zu verbalisieren. Gefühle werden auf diese Weise überhaupt erst debattier- und theoriefähig. Man kann sogar noch weiter gehen: Um erfahrbar, erkennbar und kommunizierbar zu sein, muss eine Empfindung als solche benannt werden. Gefühlswörter wie „Liebe“ oder „Hass“, „Stolz“ oder „Scham“, „Sehnsucht“ oder „Ekel“ tun dreierlei: Erstens definieren sie das, was empfunden wird; zweitens deuten sie es; und drittens erlauben sie Anschlusskommunikation, indem sie einen von Sprechern und Hörern geteilten Benennungs- und Erfahrungsraum herstellen.

In diesem historisch variablen Raum werden nicht nur individuelle, subjektiv empfundene Gefühle vermittelt und mitgeteilt. Hier ist es auch möglich, kollektive Gefühle im Sinne geteilter Gefühle zu entdecken. Ob Gefühle über ihre Mit-Teilung hinaus geteilt werden, hängt weniger von dem ab, was die frühe Massenpsychologie „Ansteckung“ nannte: die körperliche Übertragung des Gefühls von einer Person auf eine andere.[1] Es hat eher damit zu tun, welche emotionalen Stile,

[1] Vgl. dazu den Klassiker von 1895: Gustave Le Bon: Psychologie der Massen. Stuttgart 2008.

https://doi.org/10.1515/9783110680522-002

Regime oder Praktiken in einem bestimmten Raum heimisch sind. Wer sich heute auf eine Demonstration der rechten Szene begibt, findet dort ein anderes Stimmungsbild vor als bei den Bayreuther Wagner-Festspielen. Wieder andere „Gefühlsregeln" dominieren auf Konzerten angesagter Popbands oder bei Fußballspielen. Die Menschen, die sich in entsprechende Räume und Institutionen begeben, kennen den jeweiligen Code. Sie haben ihn gelernt, beobachten ihn bei anderen und üben ihn selber ein. Und sie lassen sich von ihm in ihren eigenen, persönlichen Empfindungen leiten. Der Code und die ihm zugeordneten Körpertechniken – stille Hingabe oder lautes Schreien, das Recken der Fäuste oder ein kerzengerader Rücken, Marsch- oder Tanzschritte – produzieren eine überindividuelle Synchronie des Fühlens.

Auch der Staat ist eine Institution und bespielt politische Räume. Auch er kennt spezifische emotionale Regeln und Repertoires, auf deren Einhaltung er pocht und deren Nichteinhaltung er sanktioniert. Im Unterschied zu anderen Institutionen aber – Militär, Schulen, Universitäten, Familien, Museen et cetera – erlegt er solche Regeln und Repertoires nicht nur denjenigen auf, die sich in ihm aufhalten oder für ihn arbeiten. Er begreift sich auch selber, so die erste These, als eine fühlende Institution. Er reklamiert für sich Gefühle und erwartet, dass andere Staaten sie respektieren und nicht verletzen.

Solche emotionalen Deutungen und Ansprüche sind seit der Frühen Neuzeit dokumentiert und rufen bis heute internationale Spannungen hervor. Um jene Spannungen einzuhegen und zu bearbeiten, entwickelte sich, etwa zeitgleich mit der Entstehung moderner Staatlichkeit, das Völkerrecht. Es fungierte, zweite These, als ein Mechanismus, der dem staatlichen Gefühl für Ehre nicht nur Rechnung trug, sondern es zugleich legitimierte und verstärkte. Mit seiner Rückendeckung agierten Fürsten, Staaten und, dritte These, auf der vorerst letzten Eskalationsstufe Nationen und ihre Bürger, wenn sie andere der Ehrverletzung beschuldigten und dafür Satisfaktion verlangten.

Das reizbare Ehrgefühl und seine völkerrechtliche Nobilitierung

Noch vor hundert Jahren hätte es keiner umständlichen Herleitung bedurft, um Menschen davon zu überzeugen, dass Staaten Gefühle haben. Es war für sie selbstverständlich. Das lag nicht zuletzt an der alten, bis in die Frühe Neuzeit zurückreichenden Tradition, den Staat als Person zu denken. Selbst wenn diese Vorstellung, wie sie paradigmatisch von Thomas Hobbes ausbuchstabiert wurde, Masken- und Rollenmodelle des antiken Theaters aufnahm, erlaubte sie es, der Staatsperson und ihrer Verkörperung, dem Souverän, ein gewisses Maß an Lebendigkeit und Dynamik zuzuschreiben. Wenn der Staat, so Gottfried Wilhelm Leibniz, eine *persona civilis* sei und einen Willen habe, wenn er, so Carl von Rotteck, als „lebendige Gesamtpersönlichkeit" sogar eine „eigene Seele" besitze, konnte er auch Gefühle empfinden. Dieses Vermögen wurde vor allem in seinem Verhältnis nach außen aufgerufen. Als „lebendigen Organismus", ausgestattet mit einem

„Gesamtwillen“ und einer „Gesamtkraft“, sah Robert von Mohl den Staat in erster Linie gegenüber anderen Staaten in Erscheinung treten.[2]

Auch ein Historiker wie Heinrich von Treitschke, der Generationen deutscher Studenten seit den 1860er-Jahren über „Politik“ aufklärte, sprach vom Staat nicht als einer abstrakten Institution, sondern als einem lebendigen „Wesen“. Kern dieses Wesens sei die machtgestützte Ehre, die sich auf internationalem Parkett, in der Konkurrenz mit anderen Staaten, zu entfalten habe. Ihr entspreche ein „reizbares Ehrgefühl“, das es zu kultivieren und unter Beweis zu stellen gelte: „Ein Staat muß ein sehr hoch entwickeltes Ehrgefühl besitzen, wenn er seinem Wesen nicht untreu werden will. Er ist kein Veilchen, das im Verborgenen blüht; seine Macht soll stolz und leuchtend dastehen, auch symbolisch darf er sie nicht bestreiten lassen. Ist seine Flagge verletzt, so ist es seine Pflicht, Genugthuung zu fordern und wenn sie nicht erfolgt, den Krieg zu erklären, mag der Anlaß noch so kleinlich erscheinen; denn er muß unbedingt darauf halten, die Achtung, die er in der Staatengesellschaft besitzt, sich auch zu bewahren.“[3]

In Kurzform: Staaten basierten auf Macht, die sich in der Währung „Ehre“ und deren Wahrung ausdrückte. Wer die Ehre antastete, zweifelte auch die Macht an. Nicht zufällig erwähnte Treitschke symbolische Äußerungen wie die mangelnde Ehrerbietung gegenüber staatlichen Hoheitszeichen (Flagge). Gerade solche Ehrverletzungen kamen in der Praxis häufig vor und beschworen Konflikte herauf, für deren Beilegung das zeitgenössische Völkerrecht einschlägige Verfahren bereithielt. Hier erhielt das Ehrgefühl eine sprachliche Form, die es international kommunikabel und politisch folgenreich machte.

Die Sprache der völkerrechtlich kodifizierten Ehre war im 18. Jahrhundert das Französische. 1758 veröffentlichte Emer de Vattel, geboren im schweizerischen, damals zu Preußen gehörenden Neuchâtel/Neuenburg, das Buch „Le droit des gens“, das rasch ins Deutsche und Englische übersetzt wurde. Vattel sah die Dinge ähnlich wie Treitschke ein Jahrhundert später. Das „Ansehen“, der „Ruhm“, eines Staates verkörpere die Macht jenes Staates und verschaffe ihm einen „glänzenden Vorteil“, nämlich die „Hochachtung der Völkergemeinschaft und den Respekt“ der Nachbarn. Dieser Ruhm sei keine Chimäre, sondern „ein wirkliches Gut“, „un bien très réel“. Der Staat habe das Recht, jenes Gut wie alle anderen Vorzüge zu verteidigen. Wer den Ruhm antaste, beleidige den Staat, der daraufhin „mit Waffengewalt Genugtuung fordern“ dürfe, „une juste réparation“.

Worauf jeder Staat zu achten habe, hieß es in Paragraf 323, sei seine „Sicherheit und Ehre“. Beide gestatteten es ihm nicht, „eine Unbill“, „une injure“, einfach hinzunehmen, zu übersehen oder zu verzeihen. Denn „unter annähernd gleichen

[2] Ulrich Häfelin: Die Rechtspersönlichkeit des Staates. 1. Teil: Dogmengeschichtliche Darstellung. Tübingen 1959, S. 31–35 (Hobbes), S. 42 (Leibniz), S. 71 (Rotteck), S. 76 (Mohl). Vgl. auch Henning Uhlenbrock: Der Staat als juristische Person. Berlin 2000; Albrecht Koschorke u. a.: Der fiktive Staat. Konstruktionen des politischen Körpers in der Geschichte Europas. Frankfurt a. M. 2007, S. 110f., S. 319–382.

[3] Heinrich von Treitschke: Politik. Vorlesungen gehalten an der Universität zu Berlin. Bd. 2. Hg. von Max Cornicelius. Leipzig 1898, S. 550.

Mächten“ bedeute „die Hinnahme einer Unbill ohne Forderung einer völligen Genugtuung in den Augen der anderen fast immer Schwäche oder Feigheit“.

Was stellte man sich damals unter einer „völligen Genugtuung“, einer „satisfaction complète“, vor? Vattel nannte mehrere Mittel: materielle Entschädigungsleistungen, das Schuldbekenntnis der anderen Seite, Wiedergutmachung, symbolische Gesten der Anerkennung und Wertschätzung. Er sprach, noch nicht ganz trennscharf, von „réparation“ und „satisfaction“; Letztgenannte reservierte er für „une injure qui ne peut être réparée“. Die deutsche Übersetzung nutzte dafür den schwammigen Begriff der „irreparablen Unbill“, anstatt von einer „Kränkung“, „Verletzung“ oder „Beleidigung“ zu reden, die nicht wiedergutzumachen sei.[4]

Spätere Völkerrechtsquellen differenzierten genauer zwischen dem Recht auf „Reparation“ und dem auf „Satisfaktion“. Unter „Reparationen“ verstand man finanzielle Kompensationen für materielle Schädigungen; „Satisfaktion“ war dann geboten, wenn dem Staat moralische oder politische Kränkungen widerfahren waren.[5] Solche Kränkungen, das wurde immer wieder betont, seien prinzipiell schädlicher und gefährlicher als materielle Einbußen oder Zerstörungen. Beleidigungen, unterstrich 1868 der an der Universität Heidelberg lehrende Völkerrechtler Johann Caspar Bluntschli, unterschieden sich kategorial von anderen Verletzungen des Völkerrechts. Könne man für jene Schadenersatz fordern, gelte dann, wenn ein Staat die „Ehre eines andern Stats verletzt, oder seine Würde mißachtet“, das Prinzip der „Genugthuung und Sühne“. Bluntschli verwies in diesem Zusammenhang explizit auf „den *idealen* Charakter des gekränkten Rechts“ auf Ehre und auf die „tiefere Empfindung des *beleidigten Statsbewußtseins*“. Diese Empfindung rechtfertige das Verlangen nach einer angemessenen Genugtuung. Allerdings, fügte der angesehene Jurist hinzu (er gehörte 1873 zu den Mitbegründern des *Institut de Droit International*), dürfe die Genugtuung nichts „Unsittliches“ beinhalten. Eine „mit der Fortdauer und Würde eines selbständigen States unverträgliche Demüthigung“ sei unzumutbar.[6]

Eine solche Sorgfalt im Umgang mit staatlicher Ehre und Sitte scheint seit der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts der Vergangenheit anzugehören, und Völkerrechtler halten sich mit Begriffen wie „beleidigtes Staatsbewusstsein“ zurück.

[4] Emer de Vattel: Le droit des gens, ou principes de la loi naturelle, appliqués à la conduit & aux affaires des nations & des souverains. Bd. 1. Neufchatel 1773, S. 178, S. 452 f.; ders.: Das Völkerrecht oder Grundsätze des Naturrechts. Übers. von Wilhelm Euler. Tübingen 1959, S. 131, S. 133 f., S. 348 f., S. 356.

[5] Franciszek Przetacznik: Protection of Officials of Foreign States According to International Law. Den Haag 1983, S. 217–226. Borzu Sabahi geht den Quellen der internationalen Doktrin staatlicher Verantwortung und Reparationsverpflichtung lediglich für materielle Restitutionen und Kompensationen nach, nicht für moralische Satisfaktion in Fällen „such as an insult to the dignity of the state, eg. its flag“. Borzu Sabahi: Compensation and Restitution in Investor-State Arbitration. Oxford 2011, S. 7–42, Zitat: S. 12.

[6] Johann Caspar Bluntschli: Das moderne Völkerrecht der civilisirten Staten. Nördlingen 1868, S. 260, S. 263 (Hervorhebungen im Original). Zum Konzept der „Demütigung“ vgl. Bertrand Badie: Humiliation in International Relations. Oxford 2017; Joselyn Barnhart: The Consequences of Humiliation. Anger and Status in World Politics. Ithaca 2020.

1961 konstatierte der Kieler Juraprofessor Georg Dahm in seinem dreibändigen Standardwerk eine durchgreifende „Rationalisierung und Entzauberung der Staatsgewalt in der heutigen Welt". Sie hätten das „Bedürfnis nach Wiedergutmachung des immateriellen Schadens im Verhältnis der Staaten untereinander" erheblich vermindert.[7] Dass Dahm diese Entwicklung nicht guthieß, stand zwischen den Zeilen. Schließlich hatte er sich während des Nationalsozialismus, damals noch als Strafrechtler, entschieden von der „rationalistischen Auffassung vom Staate als äußerer Ordnung des Zusammenlebens" distanziert. Stattdessen hatte er Ehre als „Wertbegriff und Ausdruck des jeder Gemeinschaft Wesentlichen" betont und die unantastbare „Würde des völkischen Staates" hervorgehoben.[8] Den Staat zu entidealisieren und entemotionalisieren, ging ihm auch nach 1945 deutlich gegen die Gesinnung.

Aber offenbar war es mit jener „Rationalisierung" und „Entzauberung" gar nicht so weit her, wie Dahm argwöhnte. Denn das internationale Recht kennt bis heute materielle und immaterielle Kränkungen, Verletzungen, Verwundungen (*injuries*), die Staaten einander zufügen. Dafür können Staaten gewohnheitsrechtlich zur Rechenschaft gezogen und schadenersatzpflichtig werden. Wie kompliziert es ist, dieses Gewohnheitsrecht zu kodifizieren, zeigt die Arbeit der UN-Völkerrechtskommission. Seit 1949 beschäftigte sie sich mit der Staatenverantwortlichkeit für die Verletzung völkerrechtlicher Verpflichtungen. Doch erst 2001 legte sie Artikelentwürfe vor, die die UN-Generalversammlung noch im gleichen Jahr annahm (Resolution 56/83) und den Regierungen zur Beachtung empfahl. Artikel 33 bis 37 bestimmen die konkreten Folgen, die aus dem Bruch des Völkerrechts entstehen. Dabei firmiert Reparation als Oberbegriff, unter den sich Maßnahmen der Restitution, Kompensation und Satisfaktion subsumieren. Während Restitution und Kompensation eher finanzielle Aspekte berühren, geht es bei einer Satisfaktion darum, dass der verantwortliche Staat den von ihm verursachten Schaden anerkennt, sein Bedauern darüber ausdrückt oder sich formal dafür entschuldigt. Keinesfalls aber darf die Satisfaktion eine für den Betroffenen „erniedrigende" (*humiliating*) Form annehmen – Bluntschli hatte 1868 von „Demüthigung" gesprochen.[9]

Selbst zu Beginn des 21. Jahrhunderts betrachtet das Völkerrecht Staaten demzufolge als Akteure, die man beleidigen, erniedrigen, verletzen, demütigen kann und die selber beleidigen, erniedrigen, verletzen und demütigen.

Auch wenn der Begriff der Ehre in den neuen Dokumenten nicht mehr auftaucht, sind seine Semantik und Pragmatik allgegenwärtig. Dafür bürgt schon der Begriff „Satisfaktion" oder, im Deutschen, „Genugtuung". Er stammt aus einem neuzeitlichen, in ganz Europa verbreiteten Lexikon der Ehre. Gelesen und befolgt wurde es nicht nur von staatlichen Akteuren, sondern auch von Privatleuten, vor-

[7] Georg Dahm: Völkerrecht. Bd. 3. Stuttgart 1961, S. 241.
[8] Ders.: Die Erneuerung der Ehrenstrafe. In: DJZ 39 (1934), Sp. 821–832, Zitate: Sp. 826 f., Sp. 832.
[9] International Law Commission: Draft Articles on Responsibility of States for Internationally Wrongful Acts, 11/2001, Supp. Nr. 10 (A/56/10), Kap. IV.E. 1, https://www.refworld.org/docid/3ddb8f804.html (letzter Zugriff am 26. 3. 2020).

zugsweise von Männern aus adligen und bürgerlichen Kreisen. Ihnen gab es exakte Fühl- und Handlungsanweisungen, die sie in ihrer Lebensführung zu berücksichtigen und zu befolgen hatten. Da Ehre für diese Lebensführung von zentraler Bedeutung war, rankte sich alles um die Frage, wie man sie erhalten, bewahren und beschützen konnte. Besondere Aufmerksamkeit fand der Umgang mit Ehrverletzungen und denen, die sie begangen hatten. Diejenigen, die die Ehre verletzt hatten, waren dem Beleidigten vollgültige Genugtuung schuldig, und dafür gab es im Wesentlichen zwei Optionen: eine Entschuldigung oder ein mit tödlichen Waffen ausgefochtenes Duell.[10]

Die Wesensverwandtschaft von staatlicher und männlicher Ehre springt nicht erst heutigen Historikern ins Auge. Für Zeitgenossen des 19. und frühen 20. Jahrhunderts war es selbstverständlich, vom Staat als einem männlichen Wesen zu sprechen. Der Staat, verkündete der konservative und vielgelesene Volkskundler Wilhelm Heinrich Riehl 1855, sei eindeutig „männlichen Geschlechts" und habe „ein rein *männliches* Wesen".[11] Auch für den Liberalen Bluntschli war der Staat „unzweifelhaft ein männliches Wesen", weshalb ihn die „herkömmliche Sitte aller Völker […] als die Aufgabe und Sorge der Männer betrachtet".[12]

Nach der mithilfe männlicher Bürgersoldaten erstrittenen deutschen Reichsgründung war daran erst recht nicht zu rütteln. „Obrigkeit", impfte Treitschke seinen Berliner Studenten ein, „ist männlich. Das ist ein Satz, der sich eigentlich von selbst versteht." Um dem Verständnis nachzuhelfen, betonte der nationalliberale Professor „das rein physische Moment, daß Regieren bedeutet: bewaffneten Männern gebieten, und daß bewaffnete Männer sich den Befehl eines Weibes nicht gefallen lassen".[13] Solche Argumente fielen unabhängig von der Parteizugehörigkeit ihrer Autoren. Was „Meyers Konversations-Lexikon" 1894 in dem Appell zusammenfasste „Dem Manne der Staat, der Frau die Familie!", begründete der konservative Publizist Max Lorenz 1906 so: „Wohl aber ist die Politik darum auf alle Fälle Männersache, weil das Wesen des Staates und seine eigentliche und innerste Aufgabe nicht etwa das möglichst grosse Glück der möglichst Vielen ist, sondern die *Entfaltung der Macht nach aussen hin* und das Bestehen des Kampfes ums Dasein im Ringen der Nationen untereinander. Politische Fragen sind in Wahrheit und letzten Endes Machtfragen und es sind die Kriege, in denen das Dasein der Staaten und das Leben der Völker kulminiert. *Darum muss die Gesetzgebung eines Staates auch schon in Friedenszeiten von männlichem Geiste getragen sein*".[14]

[10] Ute Frevert: Ehrenmänner. Das Duell in der bürgerlichen Gesellschaft. München 1991.
[11] Wilhelm Heinrich Riehl: Die Familie. Stuttgart [3]1861, S. 6, S. 13 (Hervorhebung im Original).
[12] Johann Caspar Bluntschli/Karl Brater: Deutsches Staats-Wörterbuch. Bd. 11. Stuttgart 1870, S. 130. Vgl. auch Johann Caspar Bluntschli: Allgemeines Statsrecht. Bd. 1. München [4]1868, S. 196–200.
[13] Treitschke: Politik. Vorlesungen gehalten an der Universität zu Berlin. Bd. 1. Hg. von Max Cornicelius. Leipzig 1897, S. 252f.
[14] Meyers Konversations-Lexikon. Bd. 6. Leipzig [5]1894, S. 822; Max Lorenz: Das Deutschland der Gegenwart. Vier Reden. Berlin 1906, S. 43f. (Hervorhebungen im Original).

Auf der Männlichkeit des Staates und seiner Macht zu bestehen, war kein deutsches Monopol. Überall in Europa hielt man an dem Argument fest und nutzte es, um Forderungen nach dem Frauenstimmrecht abzulehnen. Aber auch jenseits innenpolitischer Herausforderungen blieb die Vorstellung eines männlichen Staates, wie sie sich in der Trias von Ehre, Macht und Krieg abbildete, virulent. Ließ ein Staat es zu, dass seine Ehre angegriffen und verletzt wurde, begab er sich seiner Macht. Im Notfall musste er die Ehre mit Waffengewalt verteidigen, ebenso wie es adlige und bürgerliche Duellanten bis ins 20. Jahrhundert hinein taten.

Das verletzte Ehrgefühl und seine politischen Folgen

Der Notfall trat nicht erst 1914 ein. Bereits 1870 hatte der Konflikt zwischen Preußen und Frankreich gezeigt, wie eng staatliche Ehre und militärische Gewalt miteinander verknüpft waren. Napoleon III., dessen autoritäre Herrschaft plebiszitär gestützt wurde, ließ in den 1860er-Jahren keine Gelegenheit verstreichen, publikumswirksam auf die angeblich beleidigte Ehre Frankreichs zu pochen und eine *satisfaction éclatante* für die Beleidigungen zu verlangen, die Preußen dem Land zugefügt habe. In Otto von Bismarck fand er einen Gegenspieler, der sich mit Ehre und Genugtuung mindestens ebenso gut auskannte. Der duellerfahrene preußische Ministerpräsident wusste genau, was er tat, als er das Verhalten des französischen Botschafters gegenüber König Wilhelm öffentlich bloßstellte. Paris betrachtete die Bloßstellung denn auch sofort als einen Affront gegen die nationale Ehre und erklärte den Krieg.[15] Fortan sprachen die Waffen.

Nach dem militärischen Sieg Preußens und der verbündeten deutschen Staaten setzte sich der Kampf um Ehre in anderer Form fort. Ein Doppelaquarell des Malers Wilhelm Camphausen, der die preußische Armee nach Frankreich begleitet hatte, kontrastiert „Tilsit 1807“ und „Sedan 1870“.[16] Auf der linken Bildseite bittet Königin Luise Kaiser Napoleon I., mindestens einen Kopf kleiner als sie und in herrisch-abweisender Pose, mit flehend erhobenen Händen um einen milden Frieden – der ihr bekanntlich nicht gewährt wurde. Auf der rechten Seite steht Luises Sohn Wilhelm kerzengerade dem Neffen Bonapartes gegenüber, der ihm sein Schwert überreicht und damit seine Niederlage eingesteht und besiegelt. „Sedan“ verkörpert hier die preußische „Vergeltung“, so der Bildtitel, für die tiefe

[15] Michael Jeismann: Das Vaterland der Feinde. Studien zum nationalen Feindbegriff und Selbstverständnis in Deutschland und Frankreich 1792–1918. Stuttgart 1992, S. 174–185; Birgit Aschmann: Ehre – das verletzte Gefühl als Grund für den Krieg. Der Kriegsausbruch 1870. In: dies. (Hg.): Gefühl und Kalkül. Der Einfluss von Emotionen auf die Politik des 19. und 20. Jahrhunderts. Stuttgart 2005, S. 151–174; dies.: Preußens Ruhm und Deutschlands Ehre. Zum nationalen Ehrdiskurs im Vorfeld der preußisch-französischen Kriege des 19. Jahrhunderts. München 2013, S. 367–465. Allgemeiner: Barry O'Neill: Honor, Symbols, and War. Ann Arbor 1999, S. 139–163.

[16] Abgebildet in Hohenzollern-Jahrbuch 14 (1910), S. 101, online zugänglich unter: https://digital.zlb.de/viewer/image/14192918_1910_14_204/45/ (letzter Zugriff am 26. 3. 2020).

Demütigung und Ehrverletzung, die Preußen zu Beginn des 19. Jahrhunderts erlitten hatte.[17]

Eine ähnliche Botschaft vermittelt Anton von Werners berühmtes und vielfach reproduziertes Gemälde von der Proklamierung des deutschen Kaiserreichs im Spiegelsaal von Versailles 1871. An der Saaldecke sind die Malereien zu erkennen, die die Siege und Triumphe Ludwigs XIV. feiern. Darunter befindet sich auch die Einverleibung des Elsass als französische Provinz, und ebendiese wurde 1871 rückgängig gemacht. Indem Deutschland das Elsass als „Reichsland" zurückeroberte, habe es, so der Potsdamer Militärgeistliche Bernhard Rogge in seiner Predigt vor Ort, „die Schmach gesühnt, die von dieser Stätte und von diesem Königssitze aus dereinst auf unser Deutsches Volk gehäuft worden ist".[18]

Schmach und Schande: Das waren die geläufigen Gegenbegriffe zu Ehre, wie sie das „Staatsbewußtsein" (Bluntschli) des 19. Jahrhunderts für sich reklamierte. Auch die Dritte Französische Republik, die auf das *Second Empire* Napoleons III. folgte, verschrieb sich dieser Semantik. Für den Gelehrten Ernest Renan kam Bismarcks Triumph Frankreichs Ende gleich. „Ein geschwächtes und gedemütigtes Frankreich", schrieb er 1870, „würde nicht überleben".[19] Aber gerade die Erfahrung der Demütigung und Schwäche entfachte, dank eines breit angelegten Propagandafeldzugs, ungeahnte Widerstandskräfte. Neben vielen anderen war es Victor Hugo, der die französische Nation im März 1871 zur hasserfüllten Revanche aufrief, um Ruhm (*gloire*) und Ehre (*honneur*) des Vaterlandes wiederherzustellen und die verlorenen Provinzen Elsass und Lothringen zurückzugewinnen: „Von morgen an wird Frankreich nur noch einen Gedanken kennen: […] seine Kinder großziehen und sie, die einstmals groß sein werden, mit heiligem Zorn nähren; Kanonen gießen und Bürger schmieden, eine Armee erschaffen, die zum Volk wird".[20]

Vor allem die Schulen nahmen ihre patriotische Aufgabe sehr ernst. Das bekannteste Schulbuch der Dritten Republik, 1900 in sechs Millionen Exemplaren verbreitet, erzählte die Geschichte von André und Julien, vierzehn und sieben Jahre alt, und ihrem Weg aus dem von Deutschen annektierten Lothringen in „la vieille France". Die Brüder erfüllten den letzten Wunsch ihres Vaters, der 1871 an den Spätfolgen einer Kriegsverletzung gestorben war: Franzosen zu bleiben, koste es, was es wolle. In Notre-Dame beteten sie für „la grandeur de la France", und in

[17] Zur Schwertübergabe Napoleons III. vgl. Verena Steller: Diplomatie von Angesicht zu Angesicht. Diplomatische Handlungsformen in den deutsch-französischen Beziehungen 1870–1919. Paderborn 2011, S. 34–37.

[18] Theodor Toeche-Mittler: Die Kaiserproklamation in Versailles am 18. Januar 1871. In: Beihefte zum Militär-Wochenblatt (1896), S. 1–106, hier: S. 21; Thomas W. Gaethgens: Anton von Werner. Die Proklamierung des Deutschen Kaiserreiches. Ein Historienbild im Wandel preußischer Politik. Frankfurt a. M. 1990.

[19] Wolfgang Schivelbusch: Die Kultur der Niederlage. Der amerikanische Süden 1865, Frankreich 1871, Deutschland 1918. Frankfurt a. M. 2003, S. 132.

[20] Œuvres Complètes de Victor Hugo. Actes et Paroles. Bd. 3: Depuis l'exil 1870–1876. Paris 1884, S. 95–104, Zitat: S. 102 (Übersetzung durch die Verfasserin).

der Nähe von Orléans bauten sie einen vom Krieg zerstörten Bauernhof wieder auf. Der Fleiß, das Pflichtbewusstsein und die Vaterlandsliebe seiner „Kinder", so die Autorin des erstmals 1877 erschienenen Buchs, hätten Frankreich trotz großer Kriegsschäden in kürzester Zeit wieder wohlhabend gemacht. Die Wunde der verlorenen Provinzen aber blutete weiter, und die Landkarte, die die Reiseroute der beiden nachzeichnete, zeigte Elsass und Lothringen weiterhin als Teile Frankreichs (wenn auch mit gestrichelten Grenzlinien).[21] Selbst der 1905 geborene Jean-Paul Sartre, der bei seinem Großvater, einem Deutschlehrer, aufwuchs und dort nur „nette, gutmütige Deutsche" kennen und lieben lernte, konnte den „Heldenepen" des besiegten Frankreichs nicht entkommen. „Ich bin gezeichnet" als „Enkel einer Niederlage", schrieb er 1963 in dem autobiografischen Text „Les mots". Zeit seines Lebens würde er „eine Beleidigung kompensieren müssen, die mir nicht zugefügt wurde, eine Schmach, unter der ich nicht gelitten habe: den Verlust von zwei Provinzen, die wir längst zurückerhalten haben".[22]

Die Rückgabe erfolgte 1918, nach der deutschen Niederlage im Ersten Weltkrieg. Dieser war von allen Beteiligten unter dem Banner der Ehre begonnen worden und endete für die Verlierer mit einer Demütigung. Alle Kriegsparteien hatten 1914 unisono betont, dass sie um der Ehre willen nicht anders könnten, als zu den Waffen zu greifen.[23] Als sie diese vier Jahre später niederlegten, erklärten die Sieger die Besiegten zu Schuldigen und taten etwas, vor dem Völkerrechtler immer gewarnt hatten: Sie erlegten Deutschland, Österreich und Ungarn Friedensbedingungen auf, die als demütigend empfunden wurden. Der Marineoffizier Adolf von Trotha – sein Vater war 1870 im Deutsch-Französischen Krieg gefallen – blieb nicht der einzige, der im Juni 1919 von den „Schmachparagraphen" des Versailler Vertrags sprach und diese als „mit Ehre der Marine und des Vaterlandes unvereinbar" erachtete.[24] Auch Sozialdemokraten und Liberale lehnten das von den Alliierten ausgehandelte Vertragswerk als „Schandfrieden" ab, sahen aber angesichts der angedrohten Sanktionen keine Möglichkeit, die Unterschrift zu verweigern.

Dass die Unterzeichnung im Spiegelsaal des Versailler Schlosses stattfand, wo knapp ein halbes Jahrhundert zuvor das deutsche Kaiserreich proklamiert worden war, ging auf die Initiative des französischen Ministerpräsidenten Georges Clemenceau zurück. Er hatte 1871 als Abgeordneter der Nationalversammlung gegen den demütigenden Frieden mit Deutschland gestimmt und den Gedanken an Ver-

[21] G. Bruno [= Augustine Fouillée]: Le Tour de la France par deux enfants. Paris 1877, online zugänglich unter http://www.demassieux.fr/Site/Tour_de_la_France.html (letzter Zugriff am 30. 4. 2020). Vgl. dazu Jacques Ozouf/Mona Ozouf: La république des instituteurs. Paris 1992, S. 134–144; dies.: Le tour de la France par deux enfants. In: Pierre Nora (Hg.): Les lieux de mémoire. Bd. 1: La république. Paris 1984, S. 291–321.

[22] Jean-Paul Sartre: Die Wörter. Reinbek 1965, S. 90f.

[23] Ute Frevert: Honor, Gender, and Power. The Politics of Satisfaction in Pre-War Europe. In: Holger Afflerbach/David Stevenson (Hg.): An Improbable War. The Outbreak of World War I and European Political Culture before 1914. New York 2007, S. 233–255; Paul Robinson: Military Honour and the Conduct of War. London 2006, S. 138–163.

[24] Adolf von Trotha: Volkstum und Staatsführung. Briefe und Aufzeichnungen aus den Jahren 1915–1920. Berlin 1928, S. 167.

geltung niemals aufgegeben. Mit Rückendeckung der Alliierten und Assoziierten inszenierte er 1919 die ultimative Revanche für die Niederlage von damals.

Längst nicht alle Anwesenden waren stolz darauf. Edward House, Berater des US-Präsidenten, fühlte sich an einen römischen Triumphzug erinnert, bei dem die Besiegten zu Fuß und mit gesenktem Haupt den Wagen der Eroberer folgten. Mitleid empfand der britische Diplomat Harold Nicolson für die beiden deutschen Minister, die als Repräsentanten der jungen Weimarer Republik weder politische noch persönliche Verantwortung für die Kriegspolitik des Kaiserreichs trugen. Für den sozialdemokratischen Außenminister Hermann Müller war es die „schlimmste Stunde" seines Lebens, der ein Nervenzusammenbruch folgte.[25]

Gerade die völkischen und rechtsradikalen Gruppen in Deutschland suchten aus dem Versailler Vertrag Kapital zu schlagen. Sie hielten, ähnlich wie in Frankreich nach 1871, die Erinnerung an den sogenannten Schandfrieden wach und nutzten diese für eine antirepublikanische Propaganda, die den Vorwurf verletzter Ehre in den Mittelpunkt stellte. Die Nationalsozialisten versprachen, diese Ehre zurückzugewinnen und zu behaupten. 1936 rechtfertigte Hitler die militärische Besetzung des Rheinlandes und den Bruch des Versailler Vertrags als Kampf um „Gleichberechtigung" und Wiederherstellung der „nationalen Ehre und Freiheit". Auf dem Nürnberger „Parteitag der Ehre" erklärte er, das ehrliebende deutsche Volk habe damit *„die Zeit seiner geschichtlichen Ehrlosigkeit"* beendet.[26] Vier Jahre später sorgte er seinerseits dafür, dass der Sieg über Frankreich besonders ehrverletzend ausfiel. So bestand er darauf, die Waffenstillstandsverhandlungen an dem Ort zu führen, wo Frankreich „am 11. November 1918 Deutschland demütigte".[27] Er ließ den Salonwagen aus dem Museum holen und auf die Lichtung bei Compiègne stellen. Zur großen Überraschung der französischen Delegation war er persönlich anwesend, um die Dramatik der Situation zu steigern: „Kein Haß und keine Rache leiten uns", notierte Propagandaminister Joseph Goebbels in seinem Tagebuch. „Aber die Schmach von 1918 muß ausgelöscht werden. Darum diese Zeremonie."[28]

Auch auf französischer Seite ging es um Ehre. Staatschef Philippe Pétain und Außenminister Paul Baudouin verwahrten sich gegen Waffenstillstandsbedingungen, die die Ehre Frankreichs in Mitleidenschaft zögen. Der kapitulationsbereite Marschall und Weltkriegsheld Pétain sprach zugleich dem britischen Premier Winston Churchill in einer Rundfunkrede das Recht ab, sich als Richter über „l'honneur français" aufzuspielen: „Notre drapeau reste sans tâche".[29] Charles de

[25] Margaret MacMillan: Paris 1919. Six Months that Changed the World. New York 2003, S. 474–477.
[26] Max Domarus (Hg.): Hitler. Reden und Proklamationen 1932–1945. Bd. I/2. München 1965, S. 583–597 (Reichstagsrede vom 7. 3. 1936); Reden des Führers am Parteitag der Ehre 1936. München 1936, S. 24 (Hervorhebung im Original).
[27] Joseph Goebbels: Die Tagebücher. Teil I. Bd. 4. Hg. von Elke Fröhlich. München 1987, S. 212f.
[28] Ebd., S. 212f. Am 1. Juli 1940 besuchte Goebbels selber Compiègne und notierte in sein Tagebuch: „Schandstätte und Stätte der nationalen Auferstehung" (ebd., S. 224).
[29] Le Matin, 19. 6. 1940, S. 1; Le Matin, 24. 6. 1940, S. 1.

Gaulle, Staatssekretär im Kriegsministerium, schlug sich hingegen auf die Seite Churchills, der den Krieg gegen Deutschland fortsetzen wollte, und warf aus seinem Londoner Exil der Regierung Pétain vor, die Ehre Frankreichs vergessen zu haben und das Land der Knechtschaft auszuliefern. Die von der BBC ausgestrahlten Radiosendungen der *France Libre* standen unter dem Motto „Honneur et Patrie", das auch die Plakate der Bewegung zierte.[30]

Aber auch Pétain machte sich dieses Motto zu eigen.[31] Dies bewog den Historiker Lucien Febvre 1945, der Geschichte und Deutungsmacht der Begriffe „Ehre" und „Vaterland" nachzuspüren. Beide waren für ihn „mots-force", die starke, geschichtsbeladene Gefühle transportierten. Selbst um die Mitte des 20. Jahrhunderts sei das „sentiment" der Ehre in den Herzen der Franzosen noch lebendig. Es finde Ausdruck in einer „sensibilité", die sich allen Verkleinerungen und Erniedrigungen der Person widersetze und „un grand sens de la beauté de sa vie" kultiviere. Dieser Sinn könne sich bis zur „passion la plus ardente" steigern und in die Selbstverpflichtung münden, jeden Angriff, jede „Beschmutzung" sofort zu parieren.[32]

Träger der Ehre: Fürst, Staat, Nation

Lucien Febvre sprach in seinen Nachkriegsvorlesungen vornehmlich von der Ehre einer männlichen Person (*personne*, *homme*). Der semantische Bezug auf das Vaterland legt jedoch nahe, das Ehrgefühl auch in größeren und abstrakteren Einheiten zu verorten. Das entspricht einer historischen Entwicklung, in der die Ehre des Fürsten seit den Staatsbildungsprozessen der Frühen Neuzeit auf den Staat übertragen wurde. Von dort geht sie dann seit dem 19. Jahrhundert auf die Nation über.

Bereits 1788, ein Jahr vor der Französischen Revolution, adressierte der Breslauer Aufklärungsphilosoph Christian Garve den souveränen Fürsten als „Stellvertreter einer Nation" und als Vorsteher des „ganzen Staatskörpers". Seine Aufgabe sei es nicht nur, den Staat gut zu verwalten und das „Wohlseyn" der Untertanen zu fördern. Er dürfte darüber hinaus nicht zögern, „Beleidigungen" seiner Ehre sofort zu „rächen". Denn „von dem Ansehn welches du persönlich genießest", hänge auch die Achtung ab, „welche andre Nationen gegen die deinige haben sollen".[33] Ein Jahrhundert später war die Einheit von monarchischer, staat-

[30] Aufruf de Gaulles, 18. 6. 1940, https://www.dhm.de/lemo/bestand/objekt/aufruf-de-gaulles-1940.html (letzter Zugriff am 26. 3. 2020); Julian Jackson: France. The Dark Years 1940–1944. Oxford 2001, S. 43; Luc Capdevila: The Quest for Masculinity in a Defeated France, 1940–1945. In: CEH 10 (2001), S. 423–445.

[31] So in einer Ansprache vom 28. 11. 1942, zitiert nach Jean-Claude Barbas: L'idée de patrie et de nation dans les discours de Philippe Pétain. In: GMCC 177 (1995), S. 31–61, hier: S. 35.

[32] Lucien Febvre: „Honneur et Patrie". Paris 1996, S. 30f., S. 54, S. 67f.

[33] Christian Garve: Abhandlung über die Verbindung der Moral mit der Politik. Breslau 1788, S. 143f., S. 150.

licher und nationaler Ehre besiegelt. In der politischen Kommunikation, die der französischen Kriegserklärung an Preußen 1870 voranging, wurden die Ehre des Fürsten und die der Nation stets in eins gedacht. Ebenso wie Napoleon III. und seine Minister die preußische Haltung als Angriff auf die Ehre Frankreichs werteten, sah Wilhelm I. „meine persönliche und die Ehre der Nation" durch die Interventionen der Pariser Regierung verletzt. Und ebenso wie die französische reagierte auch die preußische „Nation" in Gestalt der öffentlichen Meinung empört und pochte auf die Wiederherstellung ihrer gekränkten Ehre.[34]

Mit der Emanzipation der Staatsbürgernation als Trägerin von Ehre gewannen internationale Staatenkonflikte eine neue Qualität. Sie spielten sich vor einem zunehmend größeren und selbstbewussteren Publikum ab, das regen Anteil daran nahm, mit Kommentaren nicht geizte und oftmals eigenhändig an der Eskalationsschraube drehte. Regierungspolitiker wussten um die Macht der Öffentlichkeit und setzten dieses Wissen strategisch ein. Aber sie fürchteten diese auch und waren – je länger, desto mehr – darauf bedacht, außenpolitische Interpretationen und Entscheidungen „mundgerecht" an „Presse und Publikum" weiterzureichen.[35]

Die Formulierung findet sich in einem Pro Memoria des Staatssekretärs im Auswärtigen Amt, Oswald von Richthofen, aus dem August 1901. Sie stand am Ende einer Krise, die die diplomatische Welt von Berlin über London und St. Petersburg bis nach Peking mehrere Wochen lang in Atem gehalten hatte, – einer Krise, in der es um Ehre und Demütigung, um die Gefühle der Staaten und ihrer Bürger und um das Völkerrecht ging.

Am Anfang war der chinesische Boxeraufstand von 1900, dem unter anderen der deutsche Botschafter Clemens von Ketteler und der japanische Diplomat Akira Sugiyama zum Opfer fielen. Völkerrechtlich stellten die Morde an ausländischen Würdenträgern einen schwerwiegenden Rechtsbruch dar, für den die Pekinger Regierung zur Verantwortung gezogen wurde. Die deutsche Seite sah darin „eine nationale Ehrensache von Kaiser und Reich". Die „Frage der Genugtuung" berühre „für uns den Ehrenpunkt", so Richthofens Vorgänger, Bernhard von Bülow. Dem deutschen Kaiser versicherte Bülow, „das öffentliche Gewissen in allen Ländern" und speziell die öffentliche Meinung in Deutschland stehe hinter der Haltung des Auswärtigen Amtes. Dieser Auffassung schlossen sich ohne weitere Diskussionen auch die übrigen alliierten Mächte an, die den chinesischen Kaiser nach der Niederschlagung des Aufstands dazu verpflichteten, sich für die Ermordung des Gesandten zu entschuldigen.[36]

Das entsprach völkerrechtlichen Gepflogenheiten. Einen ähnlichen „Entschuldigungsbrief" hatte 1870, im Konflikt um die spanische Thronfolge und den An-

[34] Aschmann: Ruhm (wie Anm. 15), Zitat: S. 454; zu den Pressereaktionen: ebd., S. 417–421, S. 457–465.

[35] Pro Memoria Richthofen, 28. 8. 1901, PAAA, R 18506.

[36] Auswärtiges Amt (Hg.): Die Grosse Politik der Europäischen Kabinette 1871–1914. Sammlung der Diplomatischen Akten des Auswärtigen Amtes. Bd. 16: Die Chinawirren und die Mächte 1900–1902. Berlin 1924, S. 55, S. 131, S. 155.

spruch der Hohenzollern, der französische Außenminister Antoine de Gramont von Wilhelm I. gefordert. Darin sollte der preußische König die Ambitionen seines Hauses dementieren und versichern, „weder den Interessen noch der Würde der französischen Nation zu nahe zu treten". Damals hatte Wilhelm empört reagiert: „Hat man je eine solche Insolenz gesehen? Ich soll als reuiger Sünder vor der Welt auftreten." Er fand dies „erniedrigend", Bismarck sprach von „beleidigenden Zumuthungen", und der verlangte Brief wurde nie geschrieben.[37] Die chinesische Regierung jedoch konnte sich eine solche widerständige Haltung nicht leisten. Bereits in den 1870er-Jahren hatte sie mehrfach Emissäre nach Paris und London entsenden müssen, um sich für Übergriffe zu entschuldigen.

1870 hatten Aufständische in Tianjin das französische Konsulat, die Kathedrale und ein von französischen Nonnen geführtes Waisenhaus attackiert. Dabei töteten sie zahlreiche Europäer und noch mehr Chinesen, die zum Christentum übergetreten waren. Die europäischen Botschafter wandten sich daraufhin in einer gemeinsamen Note an die Pekinger Regierung und verlangten die Bestrafung der Schuldigen sowie Schritte zum Schutz ausländischer Bürger und Einrichtungen. Vor allem aber forderten sie Satisfaktion für das, was die Franzosen als größte Beleidigung empfanden: die Zerstörung der Trikolore, den Angriff auf die Ehre der Nation. Für den Fall, dass die Satisfaktion – in Form eines persönlich überbrachten Entschuldigungsschreibens – ausbliebe, drohte Frankreich China mit einer militärischen Intervention.[38]

1875 war Großbritannien an der Reihe, Satisfaktion für die Tötung eines britischen Dolmetschers zu fordern. Nach längerem Tauziehen schickte der chinesische Kaiser schließlich einen Beamten nach London, der dort als erster Botschafter Chinas seinen Dienst aufnahm. Vorher aber überbrachte er der britischen Regierung einen Brief, in dem geschrieben stand, der Kaiser bedauere und betrauere den Mord und weise den Gesandten an, den kaiserlichen Gefühlen seinerseits Ausdruck zu verleihen. Für den britischen Geschäftsträger in Peking war es wichtig, dies als eine „mission of apology" kenntlich zu machen, und auch die Londoner „Times" beobachtete genau, wie sich jene Mission abspielte. Mit Bedauern stellte sie fest, dass „few among the many millions of Chinese have been allowed to know that twice with the last seven years the Imperial Government has been compelled to make formal reparation for murderous outrages".[39]

[37] Aschmann: Ruhm (wie Anm. 15), S. 443f. Zum Zusammenhang von Ehre, Gesichtswahrung und Entschuldigung vgl. O'Neill: Honor (wie Anm. 15), Teil II.

[38] Knight Biggerstaff: The Ch'ung Hou Mission to France, 1870–1871. In: NSEQ 8 (1935), S. 633–647; Immanuel C. Y. Hsü: The Rise of Modern China. New York ^{6}2000, S. 304–306; Zhang Xiaomin/Xu Chunfeng: The Late Qing Dynasty Diplomatic Transformation. In: CJIP 1 (2007), S. 405–445.

[39] House of Commons Parliamentary Papers. China. Nr. 3 (1877), S. 80, S. 91; The Times, 9. 2. 1877; Deyi Zhang/John David Frodsham (Hg.): The First Chinese Embassy to the West. The Journals of Kuo Sung-T'ao, Liu Hsi-Hung and Chang Te-Yi. Oxford 1974, S. 187; Shên-tsu Wang: The Margary Affair and the Chefoo Agreement. London 1940, S. 70, S. 79, S. 96f., S. 99.

In der Tat gab es in China keine funktionierende bürgerliche Öffentlichkeit, keine freie Presse und keine unabhängige öffentliche Meinung. Wenn es sie gegeben hätte, wäre die Austragung der internationalen Streitigkeiten allerdings wohl kaum harmonischer verlaufen. Denn dort, wo sich die Nation als eigentlicher Träger staatlicher Ehre begriff und aufführte, nahm sie auch gesteigerten Anteil an allen Vorkommnissen, die ihrer Meinung nach geeignet waren, diese Ehre zu mindern. Damit verstärkte sich die Tendenz, Staatenkonflikte als Ehrkonflikte zu dramatisieren.

Das zeigte sich 1900/1901 auch in Deutschland. „Unsere öffentliche Meinung", notierte Bülow, mittlerweile zum Reichskanzler aufgestiegen, sei zwar „China-müde und China-satt, aber sie ist nach wie vor chauvinistisch". In der Tat äußerten sich Zeitungen wie der auflagenstarke „Berliner Lokal-Anzeiger" höchst erfreut darüber, die „materielle Züchtigung der Asiaten durch eine moralische Demüthigung zu verstärken". Auch das „Berliner Tageblatt" berichtete ausführlich über den chinesischen „Kanossagang nach Berlin" und pochte darauf, den „lächerlich anmaßlichen Chinesen in ihrem Hochmuth" einen gehörigen Denkzettel zu verpassen. Die „Berliner Damen-Zeitung" mokierte sich über den „Sühneprinzen", dessen „knabenhafte, ja mädchenhafte Erscheinung […] mit seiner auffallend kleinen Figur" große Enttäuschung hervorgerufen habe. Für den „Bayerischen Curier" war die „Demütigung" der chinesischen Delegation eine angemessene „Genugtuung des beleidigten deutschen Nationalgefühls".[40]

Auch Wilhelm II. wollte den Emissären und der Pekinger Regierung deutlich zu verstehen geben, „daß man nicht ungestraft den deutschen Kaiser beleidigt". Wer ihm die Idee mit dem Kotau, den die Chinesen vor seinem Thron absolvieren sollten, einflüsterte, ist nicht zweifelsfrei zu klären. Aber der Kaiser fand sie ausgezeichnet und wies den Oberhofmarschall an, ein Protokoll darüber aufzusetzen. Als die Delegation davon erfuhr, weigerte sie sich, die schweizerisch-deutsche Grenze zu überqueren, denn sie empfand das Zeremoniell als Angriff auf die „Ehre des Landes". Man telegrafierte und reiste hin und her, das Auswärtige Amt stand Kopf. Reichskanzler Bülow unterbrach seinen Sommerurlaub, um den Kaiser umzustimmen. Das gestaltete sich alles andere als einfach, denn Wilhelm fürchtete nichts so sehr wie einen Gesichtsverlust. Verzichtete er auf die Kotauforderung, würde er sich seiner Meinung nach politisch „desavouieren". Die Reaktionen des Auslands – wo man die deutsche Haltung durchweg als übertrieben missbilligte – seien ihm „ganz egal", und wenn die Chinesen nicht einlenkten, würde er eben „das Panzer-Geschwader wieder nach China" schicken.[41]

[40] Auswärtiges Amt (Hg.): Die Grosse Politik der Europäischen Kabinette 1871–1914. Sammlung der Diplomatischen Akten des Auswärtigen Amtes. Bd. 17: Die Wendung im Deutsch-Englischen Verhältnis. Berlin 1924, S. 44; Berliner Lokal-Anzeiger, 5. 1. 1901 (Abendausgabe), S. 1; Berliner Tageblatt, 28. 8. 1901 (Morgenausgabe), S. 1; Berliner Tageblatt, 30. 8. 1901 (Morgenausgabe), S. 1; Berliner Damen-Zeitung, 8. 9. 1901; Preußische Gesandtschaft in Bayern, 6. 9. 1901 (Presseschau), PAAA, R 18507.

[41] Telegramme Heinrich von Tschirschkys, 23. 8. 1901 u. 26. 8. 1901, PAAA, R 18506.

Nur mit großer Mühe ließ sich der Kaiser schließlich doch davon überzeugen, beim Zeremoniell nachzugeben. Als ihm Staatssekretär Richthofen bescheinigte, dass dies „mit einem vollen, nach Außen und Innen eindrucksvollen Erfolg Deutschlands“ einhergehe, entsprach das allerdings nicht den Tatsachen. Die „kotow comedy“, wie sie die „Daily News“ nannte, nahm für den deutschen „Ehrenpunkt“ ein unrühmliches Ende. Was als Demütigung Chinas gedacht war, endete mit einer Demütigung Deutschlands, das, wie ein Kenner der Szenerie kommentierte, „das Gelächter der europäischen Welt hervorgerufen“ habe.[42]

In China feierte man den Rückzieher des deutschen Kaisers als Rettung der nationalen Ehre und als diplomatischen Sieg. Gerade vor dem Hintergrund eines verbreiteten Bewusstseins, von den Europäern (und Japanern) fortwährend gedemütigt zu werden, war dieser Sieg wichtig. Aber auch er konnte nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Regierung am 7. September 1901, drei Tage nach der kotaulosen Audienz in Potsdam, mit dem Pekinger Schlussprotokoll ein weiteres Dokument der Niederlage unterzeichnen musste. Als der darin vereinbarte Gedenkbogen für den getöteten deutschen Botschafter 1903 mit einem Trankopfer eingeweiht wurde, empfand man das als steinernes Zeichen der Entehrung und Erniedrigung. 1924 erklärte die republikanische Regierung Chinas den 7. September zum „Tag der nationalen Schande“. Anfang der 1940er-Jahre zählte der chinesische Kalender mehr als hundert solcher Tage. Bis heute spricht man in China vom „Jahrhundert der Demütigung“ und meint damit die Zeit vom Ersten Opiumkrieg 1839 bis zur kommunistischen Revolution 1949.[43]

Ehre und Demütigung nach 1945

Wenn chinesische Partei- und Regierungsstellen gegenwärtig von nationaler Demütigung reden, verbinden sie damit in der Regel strategische Interessen und Ziele. Das Leitmotiv, nie wieder gedemütigt zu werden, legitimiert eine selbstbewusste, die eigene Macht und Stärke betonende Politik. Ähnliches lässt sich in vielen arabischen Staaten beobachten, die eine „Kultur der Demütigung“ zelebrieren, oder in Russland, wo Präsident Wladimir Putin sorgfältig und gezielt ein „Demütigungs-Syndrom“ gegenüber dem Westen pflegt.[44]

[42] Ebd.; The Daily News, 3. 9. 1901; Otto Franke: Erinnerungen aus zwei Welten. Berlin 1954, S. 111.

[43] Klaus Mühlhahn: Zwischen Sühne und nationaler Schande. Die Sühnebestimmungen des Boxerprotokolls 1901 und der Aufstieg des chinesischen Nationalismus. In: Susanne Kuß/Bernd Martin (Hg.): Das Deutsche Reich und der Boxeraufstand. München 2002, S. 245–270; Alison Adcock Kaufman: The „Century of Humiliation“, Then and Now. Chinese Perceptions of the International Order. In: Pacific Focus 25 (2010), S. 1–33; William A. Callahan: China. The Pessoptimist Nation. Oxford 2010, S. 31–125; Zheng Wang: Never Forget National Humiliation. Historical Memory in Chinese Politics and Foreign Relations. New York 2012.

[44] Dominique Moïsi: Kampf der Emotionen. Wie Kulturen der Angst, Demütigung und Hoffnung die Weltpolitik bestimmen. München 2009, S. 88–133; Lilia Shevtsova: Russia and the West.

Wer die Begriffe „Demütigung“ und „Erniedrigung“ im Mund führt, bedient sich aus dem Lexikon der Ehre, das die Akteure internationaler Politik zuweilen immer noch gern konsultieren. Auch in der neuen bipolaren Weltordnung, die der Zweite Weltkrieg hinterließ, wurde es nicht einfach zugeklappt und zur Seite gelegt. Zwar hielten sich die USA und die Sowjetunion, trotz feindlich-polemischer Rhetorik und Propaganda, mit ehrgetränkten Überbietungswettbewerben eher zurück. Dass beide Supermächte über nukleares Vernichtungspotenzial verfügten, garantierte eine Beziehung „auf Augenhöhe“.[45] Dennoch spielten, vor allem aus sowjetischer Perspektive, Fragen des Respekts, der Wertschätzung und der ausdrücklichen Achtung in den späten 1950er- und in den 1960er-Jahren eine große Rolle.

Die Angst, von den Amerikanern „erniedrigt“ und „gedemütigt“ zu werden, saß tief, besonders bei Nikita Chruschtschow. So selbstbewusst er sich im Umgang mit US-amerikanischen Politikern und Journalisten gab, so hartnäckig beharrte er darauf, als gleichrangig akzeptiert zu werden. Erzürnt über die amerikanischen Spionageflüge im sowjetischen Luftraum, die er als „schwerwiegende Beleidigung der Sowjetunion“ bezeichnete, verlangte er von US-Präsident Dwight D. Eisenhower, sich dafür zu entschuldigen, die Flüge einzustellen und die Verantwortlichen zu bestrafen. Hier befand sich Chruschtschow im Einklang mit dem internationalen Recht, das für derartige Rechtsbrüche entsprechende Satisfaktionsleistungen vorsah. Für den sowjetischen Politiker aber ging es um mehr: Er wollte Eisenhower „auf den Knien“ rutschen sehen, um dem „gerechten Zorn der Regierung und der gesamten Bevölkerung der Sowjetunion über die Unverschämtheit der amerikanischen Regierung“ Genüge zu tun. Eisenhower seinerseits lehnte es ab, „dass ich vor Chruschtschow auf Knien rutschen werde“, und entschuldigte sich nicht.[46] Den Vorwurf, „unseren Staat erniedrigen“ zu wollen, erhob Chruschtschow 1961 auch gegen Eisenhowers Nachfolger John F. Kennedy. Kennedy nahm den Ball allerdings ebenso wenig auf wie sein Vorgänger.[47]

Diese Haltung resultierte nicht nur aus der Gewissheit eigener politischer und wirtschaftlicher Dominanz. Es war darüber hinaus ein Akt staatspolitischer Klugheit, jene Überlegenheit im Umgang mit der anderen, militärisch hochgerüsteten Supermacht nicht offensiv und wertmindernd auszuspielen. Immer dann jedoch, wenn sich die USA selber als Unterlegene wahrnahmen, griffen auch sie auf den bewährten Wortschatz von Ehre und Demütigung zurück. Nach dem Ende des überaus verlust- und wenig siegreichen Vietnamkriegs verteidigte US-Präsident

Humiliation as a Tool of Blackmail. In: The American Interest, 2. 6. 2015, https://www.the-american-interest.com/2015/06/02/humiliation-as-a-tool-of-blackmail (letzter Zugriff am 26. 3. 2020); Erhard Eppler: Demütigung als Gefahr. In: Blätter 7 (2015), S. 69–77; Barnhart: Consequences (wie Anm. 6), S. 140–144.

[45] Michael Donelan: Honor in Foreign Policy. New York 2007, S. 169f.

[46] Susanne Schattenberg: Die Angst vor Erniedrigung. Die U-2-Krise und das Ende der Entspannung. In: Bernd Greiner u. a. (Hg.): Angst im Kalten Krieg. Hamburg 2009, S. 220–251.

[47] Gerhard Wettig (Hg.): Chruschtschows Westpolitik 1955–1964. Bd. 3. München 2011, S. 242, S. 249, S. 258.

Richard Nixon das Pariser Abkommen 1973 als „peace with honor".[48] Als sechs Jahre später iranische Studenten die amerikanische Botschaft in Teheran besetzten, um die Auslieferung des nach der Islamischen Revolution in die USA geflüchteten Schahs zu erzwingen, betrachtete die amerikanische Regierung dies als Angriff auf die nationale Ehre. Die als unerträglich empfundene „international humiliation" suchte sie durch eine militärische Rettungsmission zu parieren – was gründlich schiefging.[49]

Demgegenüber nahmen sich die angeblichen Achtungsverletzungen, die amerikanischen Präsidenten seitens ihrer ausländischen Gastgeber widerfuhren, wie Lappalien aus. Dennoch wurden sie von der nationalen Presse mindestens ebenso aufmerksam registriert wie vom Protokollamt der Regierung. Die Reaktionen der öffentlichen Meinung fielen dabei in aller Regel sehr viel heftiger aus. Als Barack Obama 2016 nach seiner Landung im chinesischen Hangzhou auf einer improvisierten Flugzeugtreppe ohne roten Teppich aufs Rollfeld treten musste, witterten US-Medien darin eine bewusste Brüskierung und Erniedrigung.[50] Umgekehrt beobachteten Journalisten sehr genau, ob sich der Präsident selber an die Usancen ehrenvollen Betragens hielt. Bill Clinton, der 1994 den japanischen Kaiser im Weißen Haus empfing, zog sich den Zorn der konservativen Presse zu, weil er sich viel zu tief verbeugt und in seiner Körpersprache nachgerade unterwürfig verhalten habe. Fünfzehn Jahre später wurde Obama gerügt, er habe vor dem Tenno geradezu einen Kotau vollführt. Auch dem saudischen König Abdullah gegenüber sei seine Kopfneigung deutlich zu devot ausgefallen. Damit habe er die Macht der USA herabgesetzt und ihre Ehre beschädigt.[51] 2010 war das Fass gefühlter Demütigung voll, und die rechtskonservative *Tea Party*-Bewegung rief zu einem Marsch auf Washington unter dem Motto „Restore Honor" auf. Ehrverletzend war aus Sicht der Marschierer das Verhalten des Präsidenten, der sich andauernd für alles, was die Nation je getan habe, entschuldige und ihr damit Stolz und Selbstachtung raube.[52]

[48] Peace with Honor: Nixons's Broadcast on Vietnam, online zugänglich unter http://watergate.info/1973/01/23/nixon-peace-with-honor-broadcast.html (letzter Zugriff am 26. 3. 2020).

[49] Zbigniew Brzezinski: Power and Principle. Memoirs of the National Security Adviser 1977–1981. New York 1983, S. 492f.

[50] Mark Landler: Confrontations Flare as Obama's Traveling Party Reaches China, NYT, 3. 9. 2016, https://www.nytimes.com/2016/09/04/world/asia/obama-xi-staff-shouting-match.html (letzter Zugriff am 26. 3. 2020); ders./Jane Perlez: Obama Plays Down Confrontation With China Over His Plane's Stairs, NYT, 5. 9. 2016, https://www.nytimes.com/2016/09/05/world/asia/china-obama-group-of-20-summit-airport-arrival.html (letzter Zugriff am 26. 3. 2020).

[51] The President's Inclination: No, It Wasn't a Bow-Bow. In: NYT, 19. 6. 1994, online zugänglich unter https://www.nytimes.com/1994/06/19/weekinreview/the-world-the-president-s-inclination-no-it-wasn-t-a-bow-bow.html (letzter Zugriff am 26. 3. 2020); Obama Draws Fire for Bow to Japanese Emperor. In: Fox News, 16. 11. 2009, https://www.foxnews.com/politics/obama-draws-fire-for-bow-to-japanese-emperor (letzter Zugriff am 26. 3. 2020); Editorial: Barack Takes a Bow. In: The Washington Times, 7. 4. 2009, https://www.washingtontimes.com/news/2009/apr/07/barack-takes-a-bow/ (letzter Zugriff am 26. 3. 2020).

[52] Glenn Beck's Restoring Honor' Rally Draws Thousands, http://www.washingtonpost.com/wp-dyn/content/gallery/2010/08/28/GA2010082800047.html (letzter Zugriff am 21. 12. 2018).

Ehre, das zeigen die angeführten Beispiele – die durch viele andere, auch aus Europa, ergänzt werden könnten – dient noch heute als ein „mot-force“ (Lucien Febvre), das nationale Leidenschaften entfachen, mobilisieren und dirigieren kann. Als Gefühl ist sie nicht mehr nur, wie zu Beginn der Neuzeit, den höchsten Repräsentanten des Staates eigen. Vielmehr wird sie seit dem 19. Jahrhundert auch von Bürgerinnen und Bürgern reklamiert, die sich mit ihrer Nation und deren staatlicher Verfasstheit identifizieren. Völkerrechtlich legitimiert und geschützt, fordert das verletzte Ehrgefühl Satisfaktion, die allerdings, darin war und ist man sich einig, keine demütigenden Formen annehmen darf. Was als demütigend empfunden wird, ist jedoch Ansichtssache. Die Ansicht verändert sich mit der Machtlage. Diejenigen, die Macht haben und sich anderen überlegen fühlen, lehnen es in der Regel ab, sich für angebliche Ehrverletzungen zu entschuldigen. Aber sie verlangen ihrerseits Entschuldigungen von denen, die weniger mächtig sind, wie der Umgang mit China im 19. Jahrhundert zeigt. Dass man den Spieß auch umdrehen konnte, beweist die Ära Chruschtschow.

Nach wie vor sind Entschuldigungen ein „heißes Eisen“ nationaler und internationaler Politik. 1970 löste der Warschauer Kniefall Willy Brandts in Deutschland erbitterte Kontroversen aus. Fast die Hälfte der Befragten hielt die Demutsgeste des Bundeskanzlers für „übertrieben“, manche nannten sie „würdelos“ und verglichen sie mit dem Canossagang Heinrichs IV. Ein kniender Staatschef passte damals ebenso wenig ins Bild aufrechter, selbst- und ehrbewusster Staatlichkeit wie ein Politiker, der im Ausland „Beschämung“ über die deutschen Verbrechen im Zweiten Weltkrieg äußerte und sie als „deutsche Schande“ bezeichnete; auch ihm warf man daheim vor, gegen die „nationale Würde“ verstoßen zu haben.[53]

Dahinter stand die Vorstellung von Ehre (zunehmend synonym verwendet mit „Würde“) als Aus- und Eindruck staatlicher Souveränität und Behauptungsmacht. Sie forcierte eine Politik unbeugsamer Stärke und war umgekehrt darauf bedacht, jedes Anzeichen von Schwäche und Nachgiebigkeit zu vermeiden. Vor allem das 19. Jahrhundert mit seinem „Nationalitäten-Wahnsinn“ (Friedrich Nietzsche) setzte dieser Politik ein Denkmal und erklärte das „reizbare Ehrgefühl“ für sakrosankt. Auch in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts hielten Fragen von Ehre und Schande den Erregungspegel nationaler Öffentlichkeiten auf hohem Niveau, vor allem dort, wo man sich von den Friedensschlüssen 1919/1920 benachteiligt und ungerecht behandelt fühlte. In der Epoche des Kalten Kriegs fand dann eine deutliche semantische Abrüstung statt, gerade weil in ihr die militärische Parität der beiden Hauptkontrahenten nicht in Zweifel gezogen und deshalb auf eine Politik geharnischter Ehre verzichtet werden konnte.

[53] Zu Carlo Schmids Besuch in Warschau 1958 vgl. Petra Weber: Carlo Schmid 1896–1979. München 1996, S. 599. Zu Brandt vgl. Alexander Behrens (Hg.): „Durfte Brandt knien?“. Der Kniefall in Warschau und der deutsch-polnische Vertrag. Bonn 2010, S. 51–127; Kniefall angemessen oder übertrieben?. Spiegel-Umfrage über Willy Brandts Totenehrung am Ehrenmal im früheren Warschauer Getto. In: Der Spiegel 51/1970, S. 27; Leserbriefe. In: ebd., S. 7.

Zeitgleich erodierte – zumindest im Westen – auch das soziokulturelle Fundament einer solchen Politik. Die von agonalen Männlichkeitsbildern gespeiste Kultur der Ehre, wie sie im langen 19. Jahrhundert gepflegt wurde, hielt den Prozessen gesellschaftlicher Liberalisierung und Informalisierung seit den 1960er-Jahren nicht stand. Die feministisch reformierte Geschlechterordnung privilegierte Modelle männlicher Identität, in denen aggressive Selbstbehauptung um jeden Preis keine dominante Rolle mehr spielte. Dieser Wandel trug mit dazu bei, dass sich auf internationalem Parkett, wenn auch zeitverzögert, andere Umgangsformen etablieren konnten. Die neue „Moralpolitik" der Abbitte und des Schuldeingeständnisses, wie sie im *age of apologies* seit den 1990er-Jahren gesellschaftsfähig wurde, bemühte sich, aus angeblicher Schwäche moralische Stärke zu gewinnen.[54] Dass sie in der nationalen Öffentlichkeit des abbittenden Staates auf große, meist im rechtskonservativen und populistischen Lager beheimatete Widerstände stieß und stößt, zeigt, dass Ehrgefühl nach wie vor reiz- und mobilisierbar ist – wenngleich nicht mehr in der Intensität und Konsequenz, wie sie Vattel und Treitschke ihrerzeit vor Augen standen.

Abstract

States have specific emotional rules and repertoires, not unlike people. They expect that other states follow the same rules and violation of those rules can lead to international tensions. International law emerged in the early modern era as a means of preventing and overcoming such friction. It was supposed to help states defend their sense of honour – represented in human leaders or made visible through symbols and emblems – against encroachments, and it spelled out how restitution was to be attained when violations did occur. International law thus legitimized and bolstered the honour of princes and, later, of states. Even today, states and nations continue to be perceived as actors that can offend, demean, injure, and humiliate one another. The issue of national honour continues to have the ability to kindle, steer, and exploit national passions, and functions as a currency of international power. There are countertendencies, however, whereby in societies, states, and communities of states have sought to establish other rules of coexistence beyond aggression and self-assertion.

[54] O'Neill: Honor (wie Anm. 15), S. 177–192; Melissa Nobles: The Politics of Official Apologies. Cambridge, MA 2008; Michael R. Marrus: Official Apologies and the Quest for Historical Justice. In: JHR 6 (2007), S. 75–105; Ute Frevert: Die Politik der Demütigung. Schauplätze von Macht und Ohnmacht. Frankfurt a. M. 2017, S. 200–206.

Birgit Aschmann

Der „Faktor Gefühl“ – Zum *emotional regime* des Franquismus

Im September 1936 hätte der aufständische General Francisco Franco womöglich die von den Republikanern gehaltene spanische Hauptstadt Madrid einnehmen können, wenn er nicht kostbare Zeit verloren hätte und mit seinen Truppen Richtung Toledo geschwenkt wäre. „Sie wissen, mein General, dass Toledo Sie Madrid kosten kann?“, hatte ihn vor der Entscheidung einer seiner ranghohen Offiziere gewarnt.[1] Franco wusste das. In voller Kenntnis dieses Risikos rechtfertigte er seinen Entschluss: „In jedem Krieg, und mehr noch in den Bürgerkriegen, spielen geistige Elemente eine außerordentliche Rolle.“[2] Mit diesen *factores espirituales* meinte Franco Emotionen. Die brauchte er dringend – und erhielt sie nach der „Befreiung“ des Alcázars von Toledo im Überfluss.

Die Anhänger der aufständischen Generale, die für den Ausbruch des Bürgerkriegs im Juli 1936 verantwortlich waren, inszenierten den Sieg Francos in Toledo als Anlass für alle Spanier des „nationalen Lagers“, stolz zu sein.[3] Die besondere Relevanz der Stadt ergab sich aus deren symbolischer Bedeutung in der spanischen Geschichte. Als letzte Königsresidenz der Westgoten vor der Eroberung durch islamische Araber und Berber 711 galt sie während der Reconquista als Sehnsuchtsort derjenigen, die auf eine christliche Vorherrschaft setzten. So kam der Rückeroberung 1086 ein besonderer Wert innerhalb der späteren Geschichte des katholischen Spanien zu. Dies wurde bis in das 20. Jahrhundert dadurch tradiert, dass der Bischof von Toledo zugleich der Primas des spanischen Episkopats war. Dass es Francos Truppen gelang, in dieser Stadt die Parteigänger der Putschisten zu „befreien“, die sich vor der Belagerung durch die überlegenen republikanischen Kräfte in die Festung der Stadt, den Alcázar, geflüchtet hatten, ließ sich als Wiederholung der Reconquista feiern. In das Mythenreservoir der Franquisten ging diese Sequenz umso leichter ein, als spezifische Helden- und Märtyrererzählungen aus dem Umfeld der Alcázar-„Befreiung“ schnell eine breite Popularität erlangten.[4] Darüber

[1] Alfredo Kindelán: Mis cuadernos de guerra. Edición íntegra con todos los pasajes suprimidos por la censura en 1945. Barcelona 1982, S. 86. Alle Übersetzungen im vorliegenden Aufsatz aus dem Spanischen wurden durch die Verfasserin vorgenommen.

[2] Ebd.

[3] Zur Bedeutung von Toledo vgl. u. a. Guillermo Cabanellas: Cuatro Generales. Bd. 2: La Lucha por el Poder. Barcelona 1977, S. 308–316.

[4] Vgl. u. a. Isabelo Herreros: Mitología de la cruzada de Franco. El Alcázar de Toledo. Madrid 1995.

https://doi.org/10.1515/9783110680522-003

hinaus dürfte die Entsetzung des Alcázars für Franco schon deshalb ein Anliegen gewesen sein, weil er in der Infanterieschule von Toledo zum Offizier ausgebildet worden war.

Für den Verlauf des Spanischen Bürgerkriegs war die Entscheidung Francos, zunächst Toledo zu erobern und erst danach auf Madrid vorzurücken, von folgenschwerer Bedeutung: Wie prognostiziert, verhinderte der Zeitverlust die frühe Einnahme der Hauptstadt. Ehe die franquistischen Truppen anrückten, hatten die Internationalen Brigaden die republikanischen Kräfte hinreichend verstärken können, sodass der Angriff abgewehrt werden konnte. Madrid blieb daraufhin bis zum Ende des Bürgerkriegs im März 1939 in republikanischer Hand. Dennoch hatte sich der Schwenk auf Toledo für Franco gelohnt: Der immense Prestigegewinn durch die als Heldentat glorifizierte Aktion war letztlich ausschlaggebend dafür, dass sich innerhalb des nationalen Lagers der letzte Konkurrent um die politische und militärische Vormacht geschlagen gab: Am 1. Oktober 1936 wurde Francisco Franco zum Staats- und Regierungschef sowie zum Oberbefehlshaber ernannt, womit eine vierzigjährige Diktatur ihren Anfang nahm.[5]

Die Bilder, auf denen der Caudillo sich als „Befreier" des Alcázars inszenieren konnte, waren umso wichtiger, als seine Truppen zuletzt für ganz andere Eindrücke standen. „Toledo" wurde das Gegenstück zu „Badajoz" – jener Stadt der Extremadura, in der kurz zuvor Massenexekutionen stattgefunden hatten.[6] Auf ihrem Weg von Andalusien über die Sierra Morena Richtung Madrid hatten die Truppenteile aus dem Afrika-Heer Praktiken der kolonialen Kriegführung angewandt.[7] Besonders brutal ging die „Todeskolonne" in Badajoz vor, wo sich republikanischer Widerstand formiert hatte. In Scharen waren Menschen erschossen worden, die für „Rote" gehalten wurden. Am 18. August 1936 hatte der Afrika-Offizier Juan Yagüe Blanco, dem von Franco die Verantwortung für die Kolonne übertragen worden war, ungerührt einem amerikanischen Journalisten berichtet: „Of course we shot them. What do you expect? Was I supposed to take 4000 reds with me as my column advanced, racing against time? Was I expected to turn them loose in my rear and let them make Badajoz red again?"[8]

„Badajoz" und „Toledo" wurden sofort medial größtmöglich inszeniert.[9] Die beiden Orte standen für Terror und Triumph des franquistischen Regimes. Die

[5] Cabanellas: Cuatro Generales (wie Anm. 3), S. 337.

[6] Paul Preston: The Spanish Holocaust. Inquisition and Extermination in Twentieth-Century Spain. London 2013, S. 319f.

[7] Vgl. ebd., S. 303–340; Sebastian Balfour: Deadly Embrace. Marocco and the Road to the Spanish Civil War. Oxford 2002. Die *africanistas* waren unter den spanischen Offizieren jene, die nicht allein auf der iberischen Halbinsel, sondern in Afrika eingesetzt worden waren. Der dortige Kolonialkrieg hatte durch seine Brutalität zu einer besonderen Verrohung sowie einem spezifischen Korpsgeist der Offiziere geführt. Franco gehörte ebenso wie die meisten der in den Putsch involvierten Generale dieser Gruppe an. Vgl. u. a. Miguel Alonso Baquer: Franco y sus generales. Madrid 2005.

[8] John T. Whitaker: We Cannot Escape History. New York 1945, S. 113.

[9] Zur Medialisierung der Ereignisse von Badajoz und dem dortigen „Propagandakrieg" vgl. Francisco Pilo Ortiz/Moisés Domínguez Núñez/Fernando de la Iglesia Ruiz: La matanza de Badajoz ante los muros de la propaganda. Madrid 2010, v. a. S. 173–226.

emotionalen Botschaften, die sie ins In- und Ausland trugen, waren so geteilt wie das Land, aber gehörten zusammen wie die zwei Seiten einer Medaille: Während sich die einen freuen sollten, von den „marxistischen Horden“ befreit worden zu sein, mussten diejenigen um ihr Leben bangen, die in Verdacht gerieten, zu den „Roten“ zu gehören. Das galt im Übrigen auch für Toledo: Auf die „Befreiung“ folgte unmittelbar die Repression. Im Monat nach der Einnahme des Alcázars wurden mehr als 800 Personen exekutiert.[10]

Diese beiden Botschaften stehen repräsentativ für zentrale Bestandteile des emotionalen Regimes des Franquismus. Wer es verstehen will, muss im Jahr 1936 ansetzen, also lange vor dem Kalten Krieg.

Das Konzept des *emotional regime* wurde vom Emotionshistoriker William Reddy im Jahr 2001 in einer Studie über die Französische Revolution in die Geschichtswissenschaft eingeführt.[11] Der Kern dieses Konzepts basiert auf der Annahme, dass sich politische Systeme in besonderer Weise anhand der Rigidität ihrer Emotionslenkung charakterisieren lassen. Sowohl eine subtilere Analyse von Herrschaftsmechanismen als auch ein moralisches Urteil seien durch die Untersuchung des Ausmaßes von Repressivität politischer Systeme möglich. So könne der Grad an emotionaler Freiheit, der den Einzelnen gewährt wird, als Maßstab für die Bewertung eines Systems genutzt werden.

Der vorliegende Beitrag nutzt das analytische Potenzial dieses Konzepts. Letztlich geht es um die Frage, inwiefern der Franquismus als *emotional regime* noch umfassender als allein anhand sozioökonomischer oder politischer Kategorien analysiert werden kann. Dafür werden Strategien repressiver Emotionspolitik aufgespürt und nach Techniken und Praktiken gefragt, die den Druck zur emotionalen Anpassung so groß werden ließen, dass es kaum ein Entkommen, kaum emotionale Zufluchtsorte (*emotional refuges*) gab, an denen alternativen emotionalen Verhaltensweisen hätte Raum gegeben werden können. Je weniger dieser Zufluchtsorte existierten, so Reddy, desto wahrscheinlicher war ein hohes Maß emotionalen Leidens (*emotional suffering*).[12]

Reddys Konzept scheint insoweit vor allem für Staaten als Untersuchungsobjekte geeignet, da diese in besonderem Maß über Ressourcen zur Erzwingung von emotionalen Verhaltensweisen verfügen. Auf die Gestaltung internationaler Beziehungen hat ein Staat selten einen solchen Einfluss, dass das Konzept eines *emotional regimes* angebracht zu sein scheint.[13] Gleichwohl gibt es insoweit eine enge Verflechtung von internationalen Beziehungen und *emotional regimes*, als

[10] Im Oktober 1936 wurden 835, im November 1936 72 und im Dezember 1936 18 Exekutionen registriert, vgl. Herreros: Mitología (wie Anm. 4), S. 95.

[11] William M. Reddy: The Navigation of Feeling. A Framework for the History of Emotions. Cambridge 2001.

[12] Vgl. ebd., S. 122–130.

[13] Als ein Beispiel für die Durchsetzung eines *emotional regimes* in außenpolitischen Fragen könnte das Vorherrschen von Ehrkonzepten angesehen werden, vgl. u. a. Birgit Aschmann: Preußens Ruhm und Deutschlands Ehre. Zum nationalen Ehrdiskurs im Vorfeld der preußisch-französischen Kriege des 19. Jahrhunderts. München 2013.

der internationale Kontext auf die Emotionspolitik des Regimes zurückwirken kann. Das *emotional regime* des Franquismus ist hierfür ein gutes Beispiel. So blieb zwar der Antikommunismus ein Kontinuum während der Herrschaftszeit Francos,[14] aber der physische und emotionale Umgang mit Kommunisten beziehungsweise denjenigen, die dafür gehalten wurden, veränderte sich je nach der internationalen politischen Gesamtkonstellation.

Im vorliegenden Beitrag wird die These vertreten, dass das Regime erst nach dem Zweiten Weltkrieg, bedingt durch die Notwendigkeiten der Franco-Diktatur, sich im Umfeld der westlichen Demokratien zu behaupten, eine stärkere emotionale Freiheit (*emotional liberty*) zuließ. Von da an duldete es vermehrt Räume, in denen nun doch Emotionen gelebt, geteilt und verstärkt wurden, die im offiziellen Franquismus keinen Platz hatten. Die aus außenpolitischen Gründen erforderliche Teilliberalisierung manifestierte sich nach 1945 auch auf der Ebene der Emotionen.

Der Beitrag betritt in zweifacher Hinsicht Neuland: Zum einen ist der Franquismus noch kaum emotionsgeschichtlich in den Blick genommen worden.[15] Zum anderen ist auch das Konzept des *emotional regimes* über Reddys Analyse der Französischen Revolution hinaus noch niemals systematisch angewandt worden. Schon deshalb ist es hier nur möglich, schlaglichtartig anzudeuten, dass diesem Konzept ein spezifischer Erklärungscharakter zukommen kann. Entsprechend sollen im Folgenden zunächst Leitlinien der offiziellen Emotionspolitik, des *emotional regimes,* des Franquismus untersucht werden. Paradigmatisch dafür werden die expliziten Positionierungen des spanischen Psychiaters Antonio Vallejo-Nágera zur Emotionspolitik herangezogen. Neben diesen diskursiven Konzepten werden in einem zweiten Schritt exemplarisch Praktiken aufgezeigt, die solche emotionalen Vorgaben umsetzen und die das *emotional regime* mit repressiven Maßnahmen verwirklichen sollten. Hier gilt es, unter den verschiedenen Gruppen von Repressionsopfern eine Gruppe beispielhaft herauszugreifen. Den Blick auf (vermeintlich) kommunistische Frauen und deren *emotional suffering* zu richten, schließt an aktuelle Studien zum Franquismus an, die erst unlängst Frauen und Kinder als spezifische Opfergruppen in den Blick genommen haben.[16] Schließlich werden im letzten Schritt erste Möglichkeiten in den 1960er-Jahren aufgezeigt, sich dem hegemonialen Regime insoweit emotional zu entziehen, indem man sich Gruppen anschloss, die Emotionsräume boten, die konträr zum hegemonialen, herrschenden Franquismus standen. Der höhere Grad an *emotional liberty* soll anhand der neu entstandenen Möglichkeiten gezeigt werden, sich auch als Kom-

[14] Vgl. u. a. Stefanie Schüler-Springorum: Antikommunismus in Spanien. In: Norbert Frei/Dominik Rigoll (Hg.): Der Antikommunismus in seiner Epoche. Weltanschauung und Politik in Deutschland, Europa und den USA. Berlin 2017, S. 175–185.

[15] Eine der wenigen Ausnahmen ist Eduardo Romanos: Emotions, Moral Batteries and High-Risk Activism. Understanding the Emotional Practices of the Spanish Anarchists under Franco's Dictatorship. In: CEH 23 (2014) 4, S. 545–564.

[16] Ricard Vinyes: Irredentas. Las presas políticas y sus hijos en las cárceles franquistas. Madrid 2010; ders./Montse Armengou/Ricard Belis: Los niños perdidos del franquismo. Barcelona 2002.

munist beziehungsweise Kommunistin zu artikulieren und sich damit auch in Gefühlsräumen zu bewegen, die sich den Zwängen des Regimes entzogen.

Das *emotional regime* des Franquismus

Reddy versteht unter einem *emotional regime* die „normative Ordnung von Emotionen“ eines politischen Systems.[17] Als zentrale Emotion in der Herrschaftspraxis des Franquismus erwies sich vom Ausbruch des Bürgerkriegs an die Angst. Schon die Relevanz des Antikommunismus als Eckstein des Regimes legt das nahe. Anselm Doering-Manteuffel zufolge ist der Antikommunismus vor allem eine „Haltung […], die einerseits von Angst getragen und von Bedrohungsgefühlen bestimmt ist und die andererseits mit Ängsten spielt und Bedrohungen beschwört“.[18] Tatsächlich bemühten sich die Aufständischen immer wieder mithilfe rhetorischer und visueller Strategien, Ängste vor dem Kommunismus zu schüren. Dafür kamen ihnen die auf republikanischer Seite verübten Gräueltaten gelegen, dienten diese doch zur Plausibilisierung der emotionalisierenden Dramatisierung. Als Retter konnte Franco jedenfalls nur dann gefeiert werden, wenn zuvor eine Bedrohung wahrgenommen wurde. Angst aber sollten vor allem diejenigen empfinden, die als Gegner der Aufständischen galten.

Es sei notwendig, so General Mola gleich am Tag nach dem Ausbruch des Bürgerkriegs, Angst und Schrecken zu verbreiten: „una atmósfera de terror“.[19] Dabei war Mola nicht irgendein Offizier, sondern der Spiritus Rector des Putschs von 1936.[20] Dem in Kuba geborenen und in Afrika militärisch sozialisierten General war bereits früh bewusst geworden, dass die spanische Tradition der *Pronunciamientos* der Vergangenheit angehörte. Diese im 19. Jahrhundert häufigen und regelmäßig von Militärs ausgehenden Putsche waren kurze Interventionen gewesen, die Regierungswechsel herbeigeführt hatten. Jetzt aber ging es um eine Umgestaltung größeren Formats. Mola war sich von Beginn an darüber im Klaren, dass es nötig sei, hierbei die Bevölkerung einzubeziehen. So warb er mit einem Programm für „Ordnung, Frieden und Gerechtigkeit“ und flankierte dieses Angebot mit einem Regime der Angst für Unentschlossene oder Gegner. Dies war umso wirksamer, als bei der sofort einsetzenden Repression durchaus unklar war, wer zur Zielgruppe zählte. Die Bezeichnung „Kommunist“ war eine Chiffre, die für alles stehen konnte, was irgendwie „links“ erschien. Das reichte von Mitgliedern der kommunistischen Partei über Sozialisten bis hin zu Intellektuellen und adeligen Landbesitzern, die sich kritisch gegenüber der Kirche geäußert und wohlwollend

[17] Reddy: Navigation (wie Anm. 11), S. 124.
[18] Anselm Doering-Manteuffel: Der Antikommunismus in seiner Epoche. In: Frei/Rigoll (Hg.): Antikommunismus (wie Anm. 14), S. 11–29, hier: S. 14.
[19] So Mola am 19. 7. 1936, zitiert nach Hugh Thomas: La Guerra Civil Española. Bd. 2: Alzamiento y Revolución. Madrid 1979, S. 88.
[20] Zu Mola vgl. u. a. Hugh Thomas: The Spanish Civil War. New York 1986, S. 173 f.

gegenüber Arbeitern verhalten hatten. Begriffe wie „Linke“, „Republikaner“, „Rote“, „Marxisten“ oder „Gottlose“ wurden völlig undifferenziert als Synonyme verwendet. Wer „offen“, aber auch „im Geheimen“ im Verdacht stand, die Volksfront zu unterstützen und abweichende Überzeugungen zu haben, sollte – so Mola – erschossen werden.[21]

Als „Kommunist“ galt nicht nur, wer eine „linke“ Gesinnung vertrat, sondern auch, wer abweichende Gefühle zeigte. Gerade wenn sich der Gegner nicht zu erkennen gab, griffen Franquisten auf Gefühle als Indikatoren vermeintlich richtiger oder falscher Gesinnung zurück. Federführend dabei wurde der oberste Militärpsychiater Antonio Vallejo-Nágera.[22]

Vallejo-Nágera war nach dem Medizinstudium 1910 dem Sanitätsdienst der Armee beigetreten und von 1912 bis 1915 in Afrika im Einsatz gewesen. Danach wurde er als Attaché an die spanische Botschaft in Berlin versetzt und nahm in dieser Zeit an der Inspektion von Kriegsgefangenenlagern teil. Zudem vertiefte er seine Kenntnisse durch Kontakte zu den deutschen Psychiatern Hans Walter Gruhle oder Emil Kraepelin. Texte von Gruhle übersetzte er ins Spanische. Auch die Schriften von Ernst Kretschmer prägten Vallejo-Nágera. Das internationale Ansehen Kretschmers ging nicht zuletzt auf seine Lehre zurück, wonach der Körperbau eines Menschen auf dessen Charakter beziehungsweise psychische Störungen schließen lasse. Für diese Theorie war er 1929 für den Nobelpreis in Medizin nominiert worden.[23] Vallejo-Nágeras eigene Studien zeichneten sich durch eine Verbindung von rassistischen Selektionsgedanken mit Moralvorstellungen der katholischen Kirche aus. Wenn er sich zu Möglichkeiten einer Verbesserung der spanischen „Rasse“ (*raza*) äußerte, hatte er deren „Moralpool“ im Blick. Die spanische „Rasse“ als Wertegemeinschaft, als „geistige Gemeinschaft“, sollte durch Selektion und Heiratslenkung gehoben und damit die Degeneration, die Spanien durch das antisoziale Verhalten der „Roten“ drohe, abgewendet werden.[24]

Nachdem er zwischenzeitlich die psychiatrische Klinik des Militärs in Ciempozuelos im Süden von Madrid geleitet hatte, wurde Vallejo-Nágera nach dem Ausbruch des Spanischen Bürgerkriegs zum Leiter der psychiatrischen Dienste der franquistischen Armee ernannt. 1938 gründete er das „Forschungsbüro der Inspektion der Konzentrationslager für Kriegsgefangene“[25]. Offenbar in Kooperation mit einigen Nationalsozialisten und unter Anwendung der von Kretschmer etablierten Kategorien begannen Untersuchungen an den Angehörigen der Inter-

[21] Hugh Thomas: La Guerra Civil Española. Bd. 2: Alzamiento y Revolución. Madrid 1979, S. 88.
[22] Zu Antonio Vallejo-Nágera vgl. u. a. Javier Bandrés/Rafael Llavona: Psychology in Franco's Concentration Camps. In: Psychology in Spain 1 (1997) 1, S. 3–9. Der Psychiater wird in vielen Schriften auch unter der Schreibweise „Vallejo-Nájera“ geführt.
[23] Ernst Kretschmer: Körperbau und Charakter. Untersuchungen zum Konstitutionsproblem und zur Lehre von den Temperamenten. Berlin 1921.
[24] Dieses Konzept brachte Vallejo-Nágera als *Eugamia* in die Diskussion ein. Vgl. Antonio Vallejo Nágera: Eugamia. Selección de novios. San Sebastián 1938. Das Vorwort stammt bezeichnenderweise vom Bischof aus Vitoria. Vgl. auch Antonio Vallejo Nágera: Eugenesia de la Hispanidad y regeneración de la raza. Burgos 1937.
[25] Vgl. Bandrés/Llavona: Psychology (wie Anm. 22), S. 5.

nationalen Brigaden, die in der Nähe von Burgos im Lager von San Pedro de Cardeña interniert waren. Das erklärte Ziel der Wissenschaftler war, dem Zusammenhang von biopsychologischen Konstellationen und dem *Fanatismo Marxista* auf die Spur zu kommen.[26]

Im selben Jahr veröffentlichte Vallejo-Nágera die Schrift „Der Faktor Emotion im Neuen Spanien“.[27] Diese Publikation ist einer der seltenen Fälle, in denen sich führende Repräsentanten des franquistischen Lagers auf einer Metaebene mit der Relevanz von Emotionen auseinandersetzten. In ihr wurde unter dem Begriff „Emotion“ eine ganze Bandbreite affektiver Phänomene subsumiert. Vorzugsweise aber ging es Vallejo-Nágera um eher strukturelle, emotionale Dispositionen: um wertegeleitete Gefühlshaltungen und Einstellungen, auf denen wiederum andere, flüchtigere Emotionen aufsatteln könnten. Unstrittig war für ihn die Notwendigkeit, in den Massen weniger Ideen als vielmehr „Gefühle zu säen“ (*sembrar sentimientos*).[28]

Die Bevölkerung in Spanien unterteilte Vallejo-Nágera dabei in zwei Großgruppen, die er als konträre emotionale Gemeinschaften konzipierte: die nationale Bewegung und ihre Gegner. Diese Dichotomisierung entsprach weniger der realen Heterogenität der spanischen Gesellschaft als vielmehr der kriegsbedingten Notwendigkeit, große Gruppen in ideologische Lager zu zwingen. Umso problematischer war die konkrete Grenzziehung.

Dass ein solches polares Konzept trotz einer Realität, die mit ihm nicht in Deckung zu bringen war, große Überzeugungskraft entwickelte, lag daran, dass dieser manichäische Diskurs an drei Traditionssträngen anknüpfte: *erstens* an die seit Beginn des 19. Jahrhunderts geführte Debatte darüber, welches der „Zwei Spanien“ das „wahre Spanien“ sei;[29] *zweitens* an den Regenerationsdiskurs der spanischen Intellektuellen seit 1898, die seit dem Verlust der letzten Kolonien nach Ursachen des Untergangs fragten und auf Mittel und Methoden sannen, wie Spaniens Größe wiederhergestellt werden könnte;[30] und *drittens* an die Bestätigung des Konzepts der „Zwei Spanien“ durch die katholische Kirche Spaniens, die den Bürgerkrieg

[26] So berichteten ehemalige Kriegsgefangene später von der Anwesenheit deutscher Soziologen, die mit einem 200 Fragen umfassenden, ins Englische, Französische und Spanische übersetzten Fragebogen die soziale Herkunft, die politische Einstellung und das sexuelle Verhalten der Gefangenen untersuchen wollten, vgl. Carl Geiser: Prisoners of the Good Fight. The Spanish Civil War, 1936–1939. Westport 1986, S. 154. Zum erklärten Ziel Vallejo-Nágeras, die Zusammenhänge zwischen einer „biopsychischen Persönlichkeit“ und einer Prädisposition für den Marxismus herauszufinden, vgl. Antonio Vallejo-Nágera: Biopsiquismo del Fanatismo Marxista. In: Revista Española de Medicina y Cirugía de Guerra 4 (1938), S. 267–277.

[27] Antonio Vallejo-Nágera: El factor emoción en la España nueva (1937). In: Res Publica. Revista de Historia de las Ideas Políticas 18 (2015) 2, S. 529–544, hier: S. 535–544. Die Schrift stammt aus dem Dezember 1937 und wurde 1938 von der *Federación de Amigos de la Enseñanza* veröffentlicht.

[28] Ebd., S. 536.

[29] Zur langfristigen Entwicklung der „Zwei Spanien“ vgl. Santos Juliá: Historias de las dos Españas. Madrid 2004.

[30] Zur umfangreichen Literatur vgl. die Bibliografie des Centro de Información y Documentación Científica (Hg.): La crisis del ’98 (= Bibliografías de Historia de España 8 (1998)), S. 48–60.

als Kreuzzug gegen die „Linken“ nobilitierte. Die Polarisierung wurde nicht zuletzt durch den Bischof von Salamanca, Pla y Deniel, forciert, der noch im September 1936 in einem berühmten Hirtenbrief Spanien als Ort der unvermeidlichen Kollision der „zwei Lebenskonzepte“, der „zwei Gefühle“, charakterisiert hatte, die im Bürgerkrieg aufeinanderträfen: die gottlose „irdische Stadt“ und die gottgefällige „himmlische Stadt“. Folgerichtig sei dieser Krieg ein „Kreuzzug für die Religion, für das Vaterland, für die Zivilisation“.[31]

Der *Factor emoción* diente Vallejo-Nágera dazu, sowohl die Degeneration, mit der sich die spanischen Intellektuellen seit 1898 auseinandersetzten, zu erklären, als auch einen Ausweg aus dieser zu weisen. Er nutzte den Ansatz damit für analytische und therapeutische Ziele. Verantwortlich für den Niedergang machte er die niederen Gefühle der „Marxisten“, die er wiederum aus ihrer biopsychischen Minderwertigkeit erklärte: Ressentiment, Verbitterung, Groll, Neid sowie Inferioritäts- und Rachegefühle. Diese Gefühlsdispositionen hielt er für die Ursachen der Entwicklung von spezifisch moralischen Verhaltensmustern, religiösen Vorstellungen und Werten. So korrespondierten die „minderwertigen“ Gefühle der „fanatischen Marxisten“ mit einem unmoralischen Sexualleben, dem Abfall vom Glauben und einer materialistischen Grundeinstellung. Den „Materialismus“ der „Marxisten“ kontrastierte der Psychologe mit dem *espíritu*[32] der „Nationalen“. Seien die „Kommunisten“ von Gefühlen der Zersetzung dominiert, pflegten die „Nationalen“ Gefühle der Einheit. Letztere seien psychoaffektive Komplexe, die es zu fördern gelte, um das Werk der Regeneration Spaniens zu vollenden: Religiosität, Patriotismus und Verantwortungsgefühl. Kein anderes Gefühl, so Vallejo-Nágera, könne es dabei an „psychoaffektiver Energie“ mit dem religiösen, insbesondere dem „katholischen“ Gefühl aufnehmen.[33]

Gemessen an der Wirkmächtigkeit folge gleich darauf die psychoaffektive Energie des *sentimiento patriótico*. Spanien müsse „gefühlt, geliebt und respektiert“ werden – in guten wie in schlechten Zeiten.[34] Verantwortlich fühlen müssten sich die Spanier vor Gott, vor Spanien und nicht zuletzt vor Franco, der allen als Identifikationsfigur vor Augen gehalten werden müsse. Gerade das „Lächeln des Cau-

[31] Zur Haltung der Kirche im Spanischen Bürgerkrieg und insbesondere der Interpretation von Enrique Pla y Deniel vgl. u. a. Hilari Raguer: La pólvora y el incienso. La Iglesia y la Guerra Civil Española (1936–1939). Barcelona 2008, S. 101; Julián Casanova: La Iglesia de Franco. Madrid 2005, S. 51f. An diese drei Diskurse schließt Vallejo-Nágera insofern explizit an, als es ihm um das „wahre spanische Volk“ und „alle guten Spanier“ ging beziehungsweise um die Suche nach „geeigneten affektiven Komplexen für die Wiederherstellung eines großen Spaniens“ vgl. Vallejo-Nágera: Factor (wie Anm. 27), S. 536f.

[32] *Espíritu* ist ein Schlüsselbegriff in den Schriften des Psychiaters, er setzt ihn mit Spanien, der Rasse und der Hispanität gleich: „La raza es espíritu, España es espíritu, la Hispanidad es espíritu“. Ders.: Eugenesia de la Hispanidad y regeneración de la raza. Burgos 1937, S. 114 (Kap. 36), online zugänglich unter: http://www.filosofia.org/bol/bib/nb063.htm#p36 (letzter Zugriff am 26. 3. 2020).

[33] Ebd., S. 538.

[34] So erinnert die Beschwörung, an Spanien festzuhalten in „Größe und Niederlagen“, bei „Erfolg und Fehlern“, an die Heiratsformel, die ewige Bündnisse besiegelt.

dillo“ stehe repräsentativ für das, woran sich die Emotionen der Spanier halten könnten: „Vertrauen in den Triumph der Waffen, Sicherheit von Wohlstand und Gerechtigkeit, Kommen des Friedens, Hoffnung auf Rückeroberung des Imperiums der Hispanidad.“[35]

Auch nach dem Ende des Bürgerkriegs blieb Vallejo-Nágera als Professor für Psychiatrie an der Universität von Madrid die zentrale Instanz der franquistischen Psychologie. Seine Publikationen waren während wie nach dem Bürgerkrieg nicht zuletzt wegen ihrer praktischen Relevanz von Bedeutung. Fließend ging seine wissenschaftliche in eine politische Psychologie über.[36] So nutzte er die umfangreichen empirischen Studien an Häftlingen, um seine fragwürdigen Thesen von der biopsychischen Degeneration der Arbeiter zu „belegen“ und prägte mit diesen „Ergebnissen“ das franquistische Gefangenensystem. Sowohl seine Empfehlung, die religiösen und patriotischen Gefühle als Kriterium für die „richtigen“ Haltungen zu nehmen, als auch sein Rat, die „richtigen“ Spanier strikt von den „falschen“ zu trennen, um die Zukunft der spanischen Gesellschaft nicht durch schädliche Sozialisationserfahrungen zu gefährden, zeitigten Folgen im Lager- beziehungsweise Gefängnisregime des Franquismus.[37]

Im Laufe des Bürgerkriegs drohte das franquistische Haftregime immer dann zu kollabieren, wenn Territorien eingenommen wurden oder feindliche Truppen kapitulierten: Hunderttausende „Marxisten“, „Linke“, „Republikaner“, „Rote“ wurden in Gefängnisse und Konzentrationslager gebracht.[38] Gerade in den letzten Monaten, als Katalonien und Madrid eingenommen wurden, zwangen die Sieger alle Mitglieder des republikanischen Heeres und ihre Angehörigen, derer man habhaft werden konnte, in Lager. Zwangsläufig musste, schon weil das Haftsystem an der schieren Masse zu kollabieren drohte, schnell entschieden werden: Zeigte jemand die „richtigen“ Emotionen, konnte er oder sie bald entlassen werden. Wer hingegen eine führende politische oder militärische Position in der Republik eingenommen hatte oder von seinen Überzeugungen nicht abwich, musste ausgelöscht – das heißt: entweder exekutiert oder für sehr lange Zeit inhaftiert – werden.[39] So hatten die Untersuchungen von Vallejo-Nágera unter den Gefangenen einen hohen Prozentsatz von „angeborenen Revolutionären“ ergeben, deren Prognose ungünstig ausfiel. Problematisch blieb die Gruppe, deren Emotionen zweifelhaft waren: die mit *afección dudosa*.[40] Die Testreihen des Teams von Vallejo-Nágera hatten schließlich eine gewisse Prozentzahl von Personen ergeben, die ihre politischen Ansichten während der Haft geändert hätten. Mit Blick auf die Möglichkeit, diese Personen in die spanische Gesellschaft zu resozialisieren, wur-

[35] Vallejo-Nágera: Eugenesia (wie Anm. 32), S. 543.
[36] Vgl. Bandrés/Llavona: Psychology (wie Anm. 22), S. 9.
[37] Vgl. Vinyes: Irredentas (wie Anm. 16), S. 14.
[38] Javier Rodrigo: Cautivos: Campos de concentración en la España franquista, 1936–1947. Barcelona 2005.
[39] Vgl. Enrique González Duro: Los psiquiatras de Franco. Los rojos no estaban locos. Barcelona 2008, S. 123f.
[40] Ebd., S. 124.

den sie einem Umerziehungsprogramm unterworfen, welches die Verinnerlichung der „richtigen Gefühle" – Religiosität und Patriotismus – sicherstellen sollte.[41] Wenn Betroffene einen Gesinnungswandel behaupteten, muss in Rechnung gestellt werden, dass die Rahmenbedingungen nicht für freie Willensbekundungen geeignet waren. Wer mit Religion oder der spanischen Nation nichts anfangen konnte, aber nicht den Rest seines Lebens im Gefängnis verbringen wollte, litt an einem gravierenden Zielkonflikt. Entweder galt es, die wahren Gefühle aus pragmatischen Gründen zu verbergen und andere vorzutäuschen, oder zugunsten der wahren Gefühle auf eine Lebensperspektive zu verzichten. Es sind innere Konflikte wie diese, die nach William Reddy als *emotional suffering* bezeichnet werden können.[42]

Emotional suffering

Es hat lange gedauert, bis sich Betroffene dieses Repressionsregimes zu Wort meldeten und ihre Stimme auf Interesse stieß.[43] Dazu bedurfte es nicht zuletzt eines allgemein veränderten Blicks auf Opfergruppen innerhalb Europas.[44] Inzwischen liegen zahlreiche Ego-Dokumente vor, die es ermöglichen, zu rekonstruieren, in welch verschiedenen Formen Männern, Frauen und Kindern physisches, aber auch emotionales Leid zugefügt wurde. Männer berichteten von der unerträglichen Angst vor der drohenden Exekution;[45] andere von der Furcht, in ihrem Versteck entdeckt zu werden. Alle Nuancen der Angst, schrieb später ein Betroffener, habe er durchlitten. Schrecken, Furcht oder Panik hätten zu seinem Alltag gehört und sich in Schweißausbrüchen, Zittern, Schwindel oder Brechreiz manifestiert.[46]

Frauen litten in besonderer Weise im Spanischen Bürgerkrieg. Sie hatten spezifische Mehrfachbelastungen durch Krieg, Beruf und Familie zu tragen. Gleichzeitig wurde ihnen auf beiden Seiten ein inferiorer Status zugewiesen. Kommunistische Frauen galten nach der Studie von Vallejo-Nágera als doppelt degenerativ. Biopsychische Merkmale, die mit der politischen Disposition korrelierten, würden durch die Geschlechtsmerkmale potenziert. Eigentlich hatte die Studiengruppe um den Psychologen sowohl die Ausländer in den Internationalen Brigaden als

[41] Vgl. u. a. ebd., S. 107–109.
[42] Zur Kurzdefinition von *emotional suffering* als „an acute form of goal conflict, especially that brought on by emotional thought activations" vgl. Reddy: Navigation (wie Anm. 11), S. 129.
[43] Zwar hatte Tomasa Cuevas schon 1975 die Aussagen von Zeitzeuginnen, die wie sie Jahre in den Gefängnissen des Franquismus verbracht hatten, gesammelt und in drei Bänden publiziert, aber dieses beeindruckende Dokument wurde lange Zeit kaum wahrgenommen. Vgl. Tomasa Cuevas Gutiérrez: Mujeres en las cárceles franquistas. Madrid 1982.
[44] Vgl. Svenja Goltermann: Opfer – Die Wahrnehmung von Krieg und Gewalt in der Moderne. Frankfurt a. M. 2017.
[45] Vgl. Victoriano Crémer: El libro de San Marcos. Leon 1982.
[46] Luis Elio: Soledad de ausencia. Pamplona 2002, zitiert nach Duro: Psiquiatras (wie Anm. 39), S. 34f.

auch Spanier, Spanierinnen, nationalistische Basken und marxistische Katalanen separat in den Blick nehmen wollen. Publiziert wurden schließlich nur die Studien über die verschiedenen Nationalitäten innerhalb der Internationalen Brigaden sowie eine Studie über gefangene Frauen.[47] Im Gefängnis von Málaga waren 50 „Marxistinnen“ untersucht worden, von denen wegen des Deliktes, die „Rebellion“ unterstützt zu haben, 33 Frauen zum Tode und 10 Frauen zu lebenslänglicher Haftstrafe verurteilt worden waren.[48] Anlass der Verhaftung war in den meisten Fällen, dass sich die Frauen öffentlich gegen den „Faschismus“ ausgesprochen hatten.[49]

Ausgangspunkt der Studie bildete die von den Autoren als „Tatsache“ präsentierte Annahme, dass das weibliche Geschlecht in der spanischen „kommunistischen Revolution“ durch besonderen Enthusiasmus und „ungewöhnliche Wildheit“ hervorgetreten sei. Viele „Marxistinnen“ seien extrem grausam bei Plünderungen, Brandstiftungen und Mordtaten vorangegangen und hätten Männer zu weiteren Bestialitäten angestachelt.[50] Erklärt wurde dieses vermeintlich sadistische Vorgehen mit der in der Natur der Frau angelegten leichten Erregbarkeit. Das emotionale Verhalten von Frauen gleiche demjenigen von Kindern und Tieren. Ihr natürlicher Grausamkeitsinstinkt werde – da ihnen die Zügel von Intelligenz und Logik fehlten – nur durch soziokulturelle Kontrolle eingehegt. Doch diese soziale Unterdrückung schüre wiederum Gefühlscharakteristika der Schwachen: Neid, Schlechtigkeit, Rachsucht. Wenn, wie jetzt im revolutionären Spanien, die Bremsen fehlten, die die Emotionen der Frauen zurückhalten könnten, käme es zu den besagten sadistischen Exzessen. Frauen, so Vallejo-Nágera und sein Kollege, würden sich dabei nicht aus politischer Überzeugung, sondern aus (pathologischen) Gefühlen in die Politik einmischen und versprächen sich in revolutionären Umstürzen nicht zuletzt eine Befriedigung ihrer latenten sexuellen Gelüste.[51]

[47] Antonio Vallejo-Nágera/Eduardo M. Martínez: Psiquismo del fanatismo marxista. Investigaciones psicológicas en marxistas femeninas delincuentes. In: Semana Médica Española. Revista Técnica y Profesional de las Ciencias Médicas (2. 9. 1939), S. 194–200.

[48] Ebd., S. 195. Zugleich wurde im Text hervorgehoben, dass durch die „Großherzigkeit des Caudillo“ die Todesstrafe bei allen untersuchten Frauen in lebenslängliche Haft umgewandelt werden konnte. Indem die Franquisten eine Unterstützung der Republik als „Rebellion“ kriminalisierten, stellten sie die Rechtsverhältnisse auf den Kopf. Mit dem „Gesetz für politische Verantwortlichkeit“ („Ley de Responsabilidades Políticas“) vom 9. Februar 1939 wurden alle Verhaltensweisen, durch die von 1934 bis 1936 die Republik unterstützt und nach 1936 das neue Regime behindert worden war, rückwirkend zu möglichen Straftaten erklärt. Vgl. u. a. Enrique Moradiellos: La España de Franco (1939–1975). Madrid 2000, S. 70; Esperanza Yllán Calderón: El Franquismo (1939–1975). Madrid 2006, S. 19.

[49] 16 der Frauen waren für diese *actuación liberaría* verurteilt worden, 14 wegen Beteiligung an Plünderungen, Brandstiftungen, Morden, 5 wegen „Nekrophagie“ genannter Leichenschändung, 8 aufgrund ihrer Aktivität als Milizionärinnen und 7, weil sie Angehörige des nationalen Lagers – aus niederen Gründen wie Ressentiment – denunziert hatten. Vgl. Vallejo-Nágera/Martínez: Psiquismo (wie Anm. 47), S. 195.

[50] Ebd., S. 194.

[51] Ebd., S. 195.

Wissenschaftlich war die Studie naheliegenderweise nicht weiterführend. Ihre eigentliche Wirkung entfaltete sie im politischen Bereich – trug sie doch letztlich dazu bei, sowohl die psychosoziale Stigmatisierung des politischen Gegners als auch eine misogyne Perspektive auf die spanischen Frauen zu verfestigen. Beides senkte die Hemmschwellen im franquistischen Lager. Gegenüber Frauen wurde besonders gewalttätig vorgegangen, wenn sie für Kommunistinnen gehalten wurden.

Der Frauenkörper wurde auch in diesem Krieg zum spezifischen Austragungsort von Machtdemonstrationen. In den von den Franquisten eroberten Territorien mussten Frauen immer wieder symbolische Demütigungsrituale über sich ergehen lassen, zum Beispiel wenn ihnen die Haare geschoren wurden. Oftmals wurden dabei Haarbüschel stehen gelassen, um welche – als Zeichen der Stigmatisierung der „roten" Frauen – rote Bänder gewickelt wurden, mit denen sie bei erhobener Faust Spießruten laufen und dabei laut „Wir sind Kommunistinnen" rufen mussten.[52] Mit dem Verlust der Ästhetik und der Autonomie über ihr Äußeres sollte den Frauen die Würde genommen werden. Die triumphalen Machtgefühle siegreicher Männer speisten sich aus den Schamgefühlen unterlegener Frauen.

Sexueller Druck wurde ausgeübt, wenn Frauen genötigt wurden, ihre Körper den Wachposten hinzugeben, um die Überlebenschancen ihrer verhafteten Männer zu erhöhen.[53] In der Haft war sexuelle Gewalt an der Tagesordnung.[54] Der Verlust über die Autonomie des Körpers gipfelte in sexueller Fremdbestimmung. In mannigfaltiger Weise mussten Frauen ihre Ohnmacht immer wieder leidvoll neu erfahren. Die Gefühle, die diese Behandlungen mit sich brachten, waren von langfristigerer Wirkung als die physische Folter.[55] Auf die Vergewaltigungen folgten Schwangerschaften, die wiederum neben der Beeinträchtigung der Physis eine Fülle spezifischer Emotionen für die Frauen bedeuteten. Das Verhältnis zu dem durch Vergewaltigung gezeugten Kind war umso prekärer, als die Schwangerschaft für Frauen, die zum Tode verurteilt worden waren, immerhin einen Aufschub bedeutete. Wurden im katholischen Regime des Franquismus Schwangere (meist) nicht erschossen, so war oftmals die gewaltsame Wegnahme des Neugeborenen dann die sichere Ankündigung der Hinrichtung. Die Emotionen, die mit der Trennung vom Kind verbunden waren, wurden durch diejenigen potenziert, die durch die Furcht vor der bevorstehenden Exekution ausgelöst wurden.

Mütter, die zu längeren Haftstrafen verurteilt worden waren, konnten ihre Kinder – wenn sie ihnen nicht unter Vortäuschung einer Totgeburt weggenommen wurden – vorerst bei sich behalten, aber der Kontakt war insbesondere für stillende Mütter streng limitiert und die Verfügung darüber wurde als Sanktionsinstru-

[52] Vgl. Enrique González Duro: Las rapadas. El franquismo contra la mujer. Madrid 2012; ders.: Psiquiatras (wie Anm. 39), S. 76.
[53] So unter anderem die Beobachtungen des Dichters Victoriano Crémer aus den ersten Kriegstagen in León, wiedergegeben in Duro: Psiquiatras (wie Anm. 39), S. 23.
[54] Vinyes: Irredentas (wie Anm. 16), S. 20f.
[55] Schon Reddy hatte bemerkt: „Torture victims thus continue to suffer emotionally long after the physical pains have ended". Reddy: Navigation (wie Anm. 11), S. 124.

ment eingesetzt. Die Verletzlichkeit von Müttern, die im Kontakt zu ihren Kindern ihren emotionalen Zufluchtsort suchten, wurde vom repressiven System skrupellos ausgenutzt: Bei mangelndem Wohlverhalten wurden die Begegnungsmöglichkeiten mit den Kindern rigoros eingeschränkt. Waren die Kinder vier Jahre alt, wurden sie vielfach von den Müttern getrennt und in staatliche oder religiöse Einrichtungen gegeben. Dort orientierte sich die Erziehung vollständig an den Leitlinien des *emotional regimes*: Die Kinder sollten ganz für Religion und Patriotismus gewonnen werden. Mütter, die sich bemühten, über Briefkontakt die Erinnerung ihrer Kinder an die Herkunftsfamilie wachzuhalten, konnten in dieser Loyalitätskonkurrenz oftmals nicht bestehen. „Mama, ich werde dich enttäuschen“, schrieb eine Tochter aus einer Klosterschule, in die sie nach der Trennung von der Mutter gebracht worden war: „Sprich mir nicht mehr von Papa, ich weiß schon, dass mein Vater ein Krimineller war. Ich gehe ins Kloster.“[56] Für die Mütter, die derartige Briefe zu lesen bekamen, bedeutete dies eine doppelte Verlusterfahrung. Auf die physische Trennung folgte die emotionale Distanzierung. An die Stelle eines Zusammengehörigkeitsgefühls mit der Familie trat in den Fällen gelungener Umerziehung die regimekonforme Loyalität zu Religion und (franquistischem) Vaterland.

Das Regime ließ den „Kommunistinnen“ keinen Platz für private Gefühle. Raum, in dem die affektive Zugehörigkeit zu politischen Gruppen artikuliert werden konnte, gab es ohnehin nicht. Schon Gespräche, in denen Kritik am Regime geübt wurde, konnten Anlass für Denunziationen sein. Es gab für „Dissidenten“ keinerlei *emotional refuges*.[57]

Emotional refuges als Kriterium für *emotional liberty*

Der „Antikommunismus“ des Franco-Regimes entwickelte sich aus innenpolitischen Faktoren, aber stets in Rückkoppelung mit der außenpolitischen Lage. Schon drei Jahre vor Beginn des Spanischen Bürgerkriegs hatte Hitler die Ausrottung des Kommunismus angekündigt.[58] In Rhetorik und Praxis standen die Repressionen des franquistischen Regimes in einem engen Zusammenhang mit dem europäischen Faschismus. Der Antikommunismus war im Lager der „Nationalen“ tief verankert – unabhängig von der Tatsache, dass die kommunistische Partei zu Bürgerkriegsbeginn eine zu vernachlässigende Größe darstellte. Der Antikommunismus diente als Folie, die sämtliche Probleme der Zweiten Spanischen

[56] Zitiert nach Vinyes: Irredentas (wie Anm. 16), S. 81.

[57] Zum Konzept des *emotional refuge* vgl. Reddy: Navigation (wie Anm. 11), S. 128f. Gemäß der Kurzdefinition verbirgt sich dahinter „a relationship, ritual, or organziation (whether informal or formal) that provides safe release from prevailing emotional norms and allows relaxation of emotional effort“. Ebd., S. 129.

[58] So Hitler in seiner Rede vom 3. Februar 1933, vgl. Andreas Wirsching: „Man kann nur Boden germanisieren“. Eine neue Quelle zu Hitlers Rede vor den Spitzen der Reichswehr am 3. Februar 1933. In: VfZ 49 (2011), S. 517–550.

Republik sowie das Verhalten der Republikaner im Bürgerkrieg zu erklären schien. Darüber hinaus fungierte der Antikommunismus als Legitimation, die selbst die rigidesten Maßnahmen gegen die politischen Gegner rechtfertigte. Dabei konnte sich das franquistische Regime einer doppelten Unterstützung sicher sein: Innerhalb Spaniens war im Kampf gegen den atheistischen Kommunismus die katholische Kirche ein zuverlässiger Partner und im Ausland wurde die antikommunistische Orientierung zur Voraussetzung für die Unterstützung durch den italienischen und deutschen Faschismus.[59]

In der Nachkriegszeit entwickelte sich die Rigidität des spanischen Antikommunismus analog zu den Konjunkturen des Kalten Kriegs. Dabei lässt sich folgende Relation nachweisen: Je etablierter der westeuropäische Antikommunismus war, desto weniger Zufluchtsorte ließ das Franco-Regime den Oppositionellen. Die Jahre unmittelbar nach 1945 waren eine Zeit der Verunsicherung, in der die Zukunft des Systems auf dem Spiel stand.[60] Die Unterstützung der faschistischen Regime fiel in der Nachkriegszeit nicht nur weg, die einstige Kooperation wurde jetzt gar zum Stigma, waren die Siegermächte doch entschlossen, keine faschistischen Diktaturen mehr zu dulden.[61] Hinter dem gemeinsamen Kampf gegen den Faschismus war die bindende Kraft des Antikommunismus der Westmächte zurückgetreten. Auch wenn eine militärische Intervention in Spanien ausgeschlossen wurde, so sollten doch alle diplomatischen Mittel genutzt werden, um das franquistische Regime zu stürzen. Dieses versuchte, den Druck durch politische Zugeständnisse zu mildern: Das „Grundgesetz der Spanier" sollte Rechtsstaatlichkeit suggerieren und infolge von Massenbegnadigungen kehrten 1945 Tausende von Häftlingen aus den Gefängnissen nach Hause zurück.[62] Gleichwohl spitzte sich die Situation im Jahr 1946 zu. Nachdem die vorangegangenen Erklärungen keine Wirkung gezeigt hatten, beschloss die Vollversammlung der UNO im Dezember 1946, Spanien durch einen kollektiven Botschafterabzug zu isolieren.[63] Im selben Jahr hatte Pius XII. die spanischen Bischöfe zu einem *Ad-limina*-Besuch nach Rom geladen und dort auf die unhaltbare Situation verwiesen, in der sich die spanische Arbeiterschaft befände. So war der Episkopat nun gezwungen, sich dieser Bevölkerungsgruppe anzunehmen, zumal es nach der Eliminierung der

[59] Vgl. Josef Goebbels: Die Wahrheit über Spanien. Berlin 1937. Zu den Motiven Hitlers, sich im Spanischen Bürgerkrieg zu engagieren, vgl. Walther L. Bernecker: Krieg in Spanien 1936–1939. Darmstadt ²2005, S. 49–62; Angel Viñas: Franco, Hitler y el estallido de la guerra civil. Antecedentes y consecuencias. Madrid 2001.

[60] Vgl. u. a. Pedro Antonio Martínez Lillo: La política exterior de España en el marco de la Guerra Fría. Del aislamiento limitado a la integración parcial en la sociedad internacional, 1945–1953. In: Javier Tusell/Juan Avilés/Rosa Pardo (Hg.): La política exterior de España en el siglo XX. Madrid 2000, S. 323–340, S. 323 f.

[61] Zur Kollaboration mit dem Faschismus als *pecado original* des Franquismus vgl. Ángel Viñas: La Política Exterior del Franquismo. In: Historia 16 (1986) 121, S. 15–22.

[62] Vinyes: Irredentas (wie Anm. 16), S. 29.

[63] Vgl. Alberto J. Lleonart y Amselem/Fernando María Castiella y Maíz: España y UNO. Bd. I (1945–1946): La „cuestión española". Documentación básica, sistematizada y anotada. Madrid 1978.

Führung der Arbeiterbewegung galt, Einfluss auf die Orientierung der Massen zu nehmen. In der Folge kam es zur Gründung einer katholischen Arbeiterorganisation, der *Hermandad Obrera de Acción Católica* (HOAC).[64] Doch anders als gewünscht wurde die HOAC kein Transmissionsriemen staatlicher und kirchlicher Direktiven, vielmehr bildete sich hier ein Freiraum, in dem sich ehemalige Gewerkschafter, Sozialisten und Kommunisten zusammenfanden. Das aus der Perspektive des Franco-Staates Skandalöse dieser Berührungspunkte von Katholiken und Kommunisten kann nicht genug betont werden – schließlich herrschte das Regime in besonderem Maße im Einklang mit der katholischen Kirche. Das Fundament dieser Allianz lag im gemeinsamen Kampf gegen den atheistischen Kommunismus.

Doch in der kurzen Zeitspanne zwischen dem Zweiten Weltkrieg und dem Beginn des Kalten Kriegs hatte der spanische Antikommunismus bedingt durch die internationale Konstellation an Relevanz eingebüßt. Das *emotional regime* des Franquismus verlor dabei an Konsistenz und ließ an Repressivität nach, was Organisationen, mit denen sich auch Kommunisten identifizieren konnten, Auftrieb gab. So setzte sich die HOAC nun ernsthaft mit dem Kommunismus auseinander. 1948 – also hundert Jahre nach dem „Kommunistischen Manifest“ – schrieb der Vorsitzende Guillermo Rovirosa ein „Manifiesto comunitarista“, in dem er die Kirche anklagte, sich auf die Seite der Reichen geschlagen und die Armen im Stich gelassen zu haben.[65] Schon dass überhaupt an einer solchen Schrift gearbeitet werden konnte, zeigt, dass sich plötzlich ein *refuge* aufgetan hatte, in dem sich bisherige Repressionsopfer relativ angstfrei bewegen konnten. Hier fanden auch Emotionen Raum, die mit dem *emotional regime* des Franquismus nicht vereinbar waren: Empörung über die Reichen und Mächtigen in Gesellschaft, Politik und Kirche sowie Empathie mit den Mittellosen.

Der Wind aber sollte sich schnell drehen. In den militärstrategischen Überlegungen des Pentagon wurde Spanien bald ein wichtiger Platz eingeräumt. Gegenüber den Argumenten des Militärs verblassten schließlich die Prinzipien des demokratischen US-Präsidenten Truman. Schon 1949 reisten amerikanische Regierungsvertreter zu Vorbesprechungen über ein militärisches Bündnis nach Spanien, welches nach langen Verhandlungen im September 1953 abgeschlossen wurde.[66] Die Amerikaner schätzten die strategische Lage und die ideologische Zuverlässigkeit des Franco-Staates, der sich als das zentrale Bollwerk des christlichen Abendlandes präsentierte. Als solches wurde Spanien in den 1950er-Jahren von konservativen Europapolitikern aus dem Umfeld der Abendländischen Akademie hofiert, die das ständestaatliche Modell schätzten und sich an der autoritären

[64] Basilisa López García: Aproximación a la historia de la HOAC 1946–1981. Madrid 1995, S. 27f.

[65] Guillermo Rovirosa: Manifiesto comunitarista. Madrid 1966, S. 13.

[66] Vgl. Angel Viñas: Los pactos secretos de Franco con Estados Unidos. Bases, ayuda económica recortes de soberanía. Barcelona 1981. Erleichtert wurde dieses Abkommen durch den Wechsel im Präsidentenamt vom Demokraten Truman zum Republikaner Eisenhower, vgl. Boris Liedtke: Embracing a Dictatorship: US Relations with Spain (1945–1953). London 1998, S. 177–179.

Ordnung nicht störten.[67] In dieser Zeit erklärte Vallejo-Nágera einem internationalen Publikum, dass mit dem Sieg der Franquisten und der Ausschaltung politischer Parteien „Ruhe und Frieden" nach Spanien zurückgekehrt wären, zumal die Strafen milde und die Amnestien umfassend gewesen seien.[68] Im Rahmen eines von den USA ausgehenden internationalen Kooperationsprojekts von Psychiatern und Psychologen, die den Ursachen der weltweiten politischen Spannungen nachgehen wollten, die zum Zweiten Weltkrieg geführt hatten, war Vallejo-Nágera als Repräsentant Spaniens um einen Beitrag gebeten worden. Internationales Renommee hatte sich der Spanier nicht zuletzt als Präsident des Ersten Internationalen Psychiatriekongresses in Paris im Jahr 1950 erworben.[69] Jetzt ergriff er die Gelegenheit, aus einer „rein wissenschaftlichen"[70] Perspektive über die Pathologie der mentalen Bedingungen zu berichten, die durch die Angst während des Spanischen Bürgerkriegs bedingt sei. Als eigentliche Opfer und berechtigterweise von Zukunftsangst Geplagte hob er die Besitzenden hervor, die durch den Krieg Hab und Gut verloren hätten. Die Angehörigen der Arbeiterklasse hingegen könnten nicht als Leidtragende, sondern als Profiteure des neuen Regimes gelten, kämen sie doch endlich in den Genuss von Sozialpolitik, höheren Löhnen und kürzerer Arbeitszeit – außerdem seien sie befreit von Arbeitskämpfen, Streiks und dem politischen Gezänk.[71] *World tensions* der Gegenwart interpretierte Vallejo-Nágera als Resultat eines aktuellen Angstzustands, ausgelöst durch die Furcht vor einem neuen, durch den russischen Kommunismus entfesselten Krieg.[72]

In dieser Zeit hatte auch der Vatikan seine Zurückhaltung gegenüber dem Franquismus überwunden und – noch einen Monat vor dem Stützpunktabkommen mit den USA – ein Konkordat mit dem Franco-Regime abgeschlossen. „Alle Völker haben ihren Kurs geändert, weil sie sich geirrt hatten. Nur das Steuer Spaniens blieb fest", triumphierte die falangistische Zeitschrift „Arriba".[73] Franco konnte jetzt darauf hinweisen, dass er sein Regime immer auf antikommunistischem Kurs gehalten habe. Damit gewann der Antikommunismus erneut an Bedeutung und der Veränderungsdruck im Franquismus ließ nach.

Für die Spielräume der HOAC hatte das unmittelbare Folgen: Das kommunitaristische Manifest durfte nicht gedruckt werden, die Kontrolle durch die Falange nahm zu, die Zeitschrift „Tu", die fünf Jahre lang die einzige Arbeiterzeitschrift in

[67] Vgl. u. a. Birgit Aschmann: „Treue Freunde …"?. Westdeutschland und Spanien 1945–1963. Stuttgart 1999, S. 425–435; Johannes Großmann: Die Internationale der Konservativen. Transnationale Elitenzirkel und private Außenpolitik in Westeuropa seit 1945. München 2004, S. 145–202; Siegfried Weichlein: Antikommunismus im westdeutschen Katholizismus. In: Frei/Rigoll (Hg.): Antikommunismus (wie Anm. 14), S. 124–138.

[68] Antonio Vallejo-Nágera: Spain. In: George W. Kisker: World Tension. The Psychopathology of International Relations. New York 1951, S. 244–255, hier: S. 245.

[69] Vinyes: Irredentas (wie Anm. 16), S. 70.

[70] Ebd.

[71] Ebd., S. 249.

[72] Ebd., S. 255.

[73] Arriba, 1. 10. 1953.

Spanien gewesen war, wurde 1951 verboten. Schließlich wurde Guillermo Rovirosa, der charismatische Gründer, unter dem Vorwurf, Verbindungen zum Kommunismus zu unterhalten, zum Rücktritt gezwungen.[74]

Erst in den 1960er-Jahren entwickelte sich wieder eine neue Dynamik in dieser Institution, forciert einerseits durch das Zweite Vatikanische Konzil und andererseits durch die nachlassende Relevanz des Antikommunismus in Europa.[75] Rovirosa konnte jetzt ein Buch über „Christen und Kommunisten“ schreiben, in dem er um Verständnis für Kommunismus und Kommunisten warb.[76] Schließlich konnte 1966 sogar das „Manifiesto comunitarista“ ungeachtet der klaren Kritik an der spanischen Gesellschaft und Politik gedruckt werden, und die HOAC entwickelte sich zu einem wichtigen Laboratorium der Opposition, aus dem Impulse für die Gründung der kommunistischen Gewerkschaft *Comisiones Obreras* (CCOO) hervorgingen und in dem demokratische Haltungen und Emotionen eingeübt wurden. Zu diesen Emotionen gehörten Empathie mit den Armen, Empörung über Unterdrückung und Furchtlosigkeit gegenüber der Obrigkeit. In einem solchen, vom Regime abweichenden emotionalen Verhalten wurden Arbeiter, aber auch Arbeiterinnen bestärkt. Innerhalb der Frauenorganisation der HOAC, der *Hermandad Obrera de Acción Católica Femenina* (HOACF), lernten katholische Arbeiterinnen aufzubegehren. So notierte sich die Arbeiterin Remedios Jover Mitte der 1960er-Jahre in einem kleinen Schulheft, was sie sich vorgenommen hatte: Jede Ungerechtigkeit anzuklagen und sich nicht einschüchtern zu lassen, selbst nicht von einem Vorgesetzten. Im gegebenen Moment gelte es, „keine Angst zu haben“.[77]

Mit solchem Emotionsmanagement stand die HOAC quer zum *emotional regime* des Franquismus, dem an den disziplinierenden Effekten der Angst durchaus lag. Zwar wurden auch bei der HOAC religiöse Gefühle angesprochen, aber ohne eine Koppelung an den vom Regime gewünschten Patriotismus. Welche Rolle diese emotional andere Ausrichtung dabei spielte, zentrale Säulen des franquistischen Staates wie die Syndikate ins Wanken zu bringen und den Weg zur Transition zu bahnen, muss erst noch untersucht werden.

Zugleich zeigen aktuelle Debatten über die spanische Vergangenheit, wie langlebig die emotionalen Strukturen sind, die in der frühen Franco-Zeit angelegt wurden. Das Regime der Angst beziehungsweise seine Folgen haben den Franquismus lange überdauert – sei es, weil die Opfer erst spät ihre Ängste überwanden (was die Voraussetzung dafür war, dass sie von dem Erlittenen berichteten),

[74] García: Aproximación (wie Anm. 64), S. 41, S. 81–83. Die Argumentation der *Acción Católica* bediente sich zudem moralischer Verunglimpfung: Ein Mann, der von seiner Frau getrennt lebte – sie hatte ihn verlassen –, könne nicht die Leitung der Institution innehaben; vgl. ebd., S. 85.

[75] Vgl. Doering-Manteuffel: Antikommunismus (wie Anm. 18), S. 24–26.

[76] Guillermo Rovirosa: Comunistas y cristianos (1966), https://de.scribd.com/document/178682758/Rovirosa-Comunistas-y-Cristianos (letzter Zugriff am 26. 3. 2020).

[77] Zitiert nach Mónica Moreno Seco: Mujeres, trabajadoras y católicas. La HOACF en el Franquismo. In: Manuel Ortiz Heras/Damián A. González (Hg.): De la cruzada al desenganche: la Iglesia española entre el franquismo y la transición. Madrid 2011, S. 133–159, hier: S. 133.

oder sei es, weil die Schrecken der Vergangenheit einen gesellschaftlichen Konsens schufen, wonach es besser sei, nicht daran zu rühren.[78] Es war nicht zuletzt die Nachhaltigkeit der franquistischen Emotionspolitik, die Strukturelemente aus der Diktatur bis weit in die Zeit nach Franco übertrug.

Abstract

William Reddy introduced the concept "emotional regime" to the history of emotions. With it, he sought to delineate and clarify the rigidity of political systems. This article presents the concept's specific significance to the Spanish dictatorship of Francisco Franco. Franco was very much aware of the importance of "emotional factors" in asserting his rule. The "emotional regime" established during his dictatorship aimed at creating fear and, at the same time, ensuring the population's adherence to a specific set of national and religious feelings. During the Civil War, "correct" emotions became a selective criterion for the treatment of prisoners. Particularly influential was the work of Antonio Vallejo-Nágera, a military psychiatrist, who engaged with the "factor of emotion" both in theory and practice. The emotional repression practised by the regime, moreover, had different consequences for men and women. After 1945, the highly rigid emotional regime was replaced by a more liberal one, with dissidents being able to find emotional refuges within the wider sphere of the Catholic Church. Such refuges, however, became more restricted again with the rise of Cold War anti-Communism. Looking at the regime from an emotional historical approach can open up new perspectives, first, on the rigidity of the early phase of the dictatorship, second, on the suffering of the victims, and third, on shifts and changes over the forty years of Franco's rule.

[78] „Die Angst vor den Schrecken der Vergangenheit überdauerte während vieler Jahre", vgl. Herreros: Mitología (wie Anm. 4), S. 81.

Martin Schulze Wessel

„Mit der Sowjetunion auf ewige Zeiten – aber keinen Tag länger!“

Emotionalisierung und Ernüchterung in den tschechoslowakisch-sowjetischen Beziehungen während des Prager Frühlings

Der Prager Frühling begann im Januar 1968 mit dem Machtwechsel von Antonín Novotný zu Alexander Dubček an der Spitze der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei (KSČ) als eine zunächst tastende „Reform von oben“. Mit der Aufhebung der Zensur im März 1968 entstand in der tschechoslowakischen Gesellschaft eine grundstürzende Dynamik, von der die Architekten des Prager Frühlings selbst überrascht wurden. Der Sozialismus erlebte als „Sozialismus mit menschlichem Antlitz“ ein letztes Mal eine utopische Aufladung und erfuhr eine Renaissance in der Wertschätzung durch die Bevölkerung. Welche Entwicklung der Reformprozess nehmen würde, war in den Frühjahrs- und Sommermonaten des Jahres 1968 offen. Zwar bestand über bestimmte Elemente der sozialistischen Ordnung, zum Beispiel über das sozialistische Eigentum an Produktionsmitteln, weiterhin Konsens. Auch die Zugehörigkeit der Tschechoslowakei zum Warschauer Pakt wurde nur vereinzelt öffentlich infrage gestellt. Nicht mehr als selbstverständlich erschien dagegen die „führende Rolle der KSČ“. Damit stand in der ČSSR die Grundlage der politischen Steuerung zur Diskussion.[1]

Währenddessen veränderten sich die außenpolitischen Bedingungen der Tschechoslowakei: Die sowjetische Führung war in die innere Entwicklung der ČSSR – auch in den Machtwechsel von Novotný zu Dubček – von Anfang an involviert. Seit dem März 1968 intensivierte sie ihre Beobachtung der Prager Ereignisse, stimmte sich mit anderen Warschauer-Pakt-Staaten ab und lud die Führung der

[1] Allgemein zum Prager Frühling vgl.: Alexej Kusák/Franz Peter Künzel: Der Sozialismus mit menschlichem Gesicht. Experiment und Beispiel der sozialistischen Reformation in der Tschechoslowakei. München 1969; Rudolf Urban: Der verwegene Geist. Der IV. Kongress tschechoslowakischer Schriftsteller und seine Folgen. In: Osteuropa 18 (1968) 3, S. 176–198; Jiří Gruša/Tomas Kosta: Prager Frühling – Prager Herbst. Blicke zurück nach vorn. Köln 1988; Gordon H. Skilling: Czechoslovakia's Interrupted Revolution. Princeton 1976; Reinhard Veser: Der Prager Frühling 1968. Erfurt 1998; Norbert Frei: 1968. Jugendrevolte und globaler Protest. München 2008; Kevin McDermott: Communist Czechoslovakia, 1945–89. A Political and Social History. Basingstoke 2015; Pavel Kolář: Der Poststalinismus. Ideologie und Utopie einer Epoche. Köln 2016; Martin Schulze Wessel: Der Prager Frühling. Aufbruch in eine neue Welt. Stuttgart 2018.

https://doi.org/10.1515/9783110680522-004

KSČ beziehungsweise die der anderen Schwesterparteien von März bis August mehrfach zu internationalen oder auch bilateralen Treffen nach Dresden, Warschau, Moskau, Čierna nad Tisou und Bratislava ein. Die Intervention am 20./21. August war aus sowjetischer Sicht das Ergebnis gescheiterter Bemühungen um eine Verständigung mit Prag und mit enorm hohen politischen, militärischen sowie finanziellen Kosten verbunden. Aus tschechoslowakischer Sicht stellte die Okkupation des Landes eine Katastrophe dar, die viele Menschenleben kostete und für lange Zeit alle Reformhoffnungen begrub.[2] Obwohl die militärische Planung der Invasion gründlich war und die Besetzung der Tschechoslowakei zunächst wie vorgesehen verlief, stellte sie zumindest kurz- und mittelfristig einen Fehlschlag dar. Die Moskauer Politik hatte nicht mit der Renitenz der Prager Führung und vor allem nicht mit dem Widerstand des Volkes gerechnet. Auch die Spitze der KSČ sah sich einem Desaster gegenüber: Eine direkte Konfrontation mit Moskau hatte die tschechoslowakische Partei- und Staatsführung bis zuletzt zu vermeiden versucht.

Die Außenpolitik der Sowjetunion und der mit ihr verbündeten Warschauer-Pakt-Staaten inklusive der Tschechoslowakei zu erklären, bedarf eines komplexeren Ansatzes, als ihn die *rational choice*-Theorie bereitstellen kann. Mithilfe der Emotionsgeschichte ist die außenpolitische Entwicklung, die zum 20./21. August 1968 hinführte, angemessener zu erklären. Dabei zielt die Analyse nicht darauf ab, vordergründige psychologische Interpretationen von Außenpolitik zu geben. Es geht vielmehr darum, das emotionale Regime in den internationalen Beziehungen zu ergründen, das die Strategien und das Handeln der Akteure rahmt. Emotionale Regime schaffen eine spezielle Motivation für die Akteure der internationalen Politik und begrenzen auch deren Ungebundenheit, wie sie in der älteren „realistischen" Theorie der internationalen Politik vorausgesetzt wird.

Protokolle der Konferenzen zwischen den Staaten des Ostblocks, Briefwechsel zwischen den sowjetischen und tschechoslowakischen Parteiführern, diplomatische Noten, die über die Botschafter ausgetauscht wurden, sowie die Mitschriften von Telefonaten zwischen Leonid Breschnew und Alexander Dubček sind die Hauptquellen zur Untersuchung des emotionalen Regimes in den Beziehungen zwischen der Sowjetunion, den anderen Warschauer-Pakt-Staaten und der Tsche-

[2] Zu außenpolitischen Aspekten des Prager Frühlings vgl. Jan Pauer: Prag 1968. Der Einmarsch des Warschauer Paktes. Bremen 1995; Mark Kramer: The Czechoslovak Crisis and the Brezhnev Doctrine. In: Carole Fink/Philipp Gassert/Detlef Junker (Hg.): 1968. The World Transformed. Cambridge 1998, S. 111–173; Stefan Karner u. a. (Hg.): Prager Frühling. Das internationale Krisenjahr 1968. Bd. 1: Beiträge. Köln 2008; Als Studie zum Begriff des Vertrauens mit emotionsgeschichtlichen Bezügen vgl. Susanne Schattenberg: „Sascha, ich würde Dir gern glauben, aber versteh auch Du mich …". Breschnew, Dubček und die Frage von Kadern und Vertrauen im Konflikt um den Prager Frühling 1968. In: HA 21 (2013) 2, S. 227–250; Birgit Hofmann: Der Prager Frühling und der Westen. Frankreich und die Bundesrepublik in der internationalen Krise um die Tschechoslowakei 1968. Göttingen 2015; Hannes Lachmann: Die „Ungarische Revolution" und der „Prager Frühling". Eine Verflechtungsgeschichte zweier Reformbewegungen zwischen 1956 und 1968. Essen 2018; Elitestudiengang Osteuropastudien (Hg.): Sprung ins Ungewisse: Der Prager Frühling im Spiegel der internationalen Presse, https://www.osmikon.de/themen/prager-fruehling/ (letzter Zugriff am 9. 4. 2020).

choslowakei. Internationale Politik ist aber gerade im Verhältnis zwischen den sozialistischen Staaten des Warschauer Pakts nicht nur als eine solche zwischen den Hauptstädten, sondern auch im Hinblick auf die multinationalen Treffen zwischen regionalen Parteigliederungen, aus denen das sowjetische Politbüro zuweilen Aufschlüsse über die tschechoslowakische Außenpolitik gewann, zu untersuchen. Eine weitere wichtige Instanz wurde im Prager Frühling die tschechoslowakische Öffentlichkeit. Nicht nur der innenpolitische Reformkurs der ČSSR, sondern auch deren Außenpolitik musste sich vor ihr rechtfertigen – das emotionale Regime der Tschechoslowakei wurde durch die Öffentlichkeit mitgeprägt.

Die Beziehungen zwischen Moskau und Prag hatten vier verschiedene Dimensionen, die mit spezifischen Emotionsregimen verbunden waren:

1. Traditionell vollzieht sich außenpolitische Kommunikation auf einer zwischenstaatlichen Ebene, in der die Kommunikationsformen und -stile der klassischen Diplomatie dominieren. Auch zwischen Moskau und Prag bestand die geregelte Kommunikation zwischen Regierungen, die sich bestimmter Kanäle (Regierungstreffen, Kommunikation über Botschafter) bediente und die über die spezielle Sprache der Diplomatie sowie einen festgelegten Comment verfügte, dessen Zweck gerade die Zügelung von Emotionen war.
2. Daneben bestand zwischen Moskau und Prag eine weitere Ebene, auf der sich die kommunistischen „Schwesterparteien“ untereinander verständigten. Diese Kommunikation überschnitt sich mit dem Austausch auf der Regierungsebene, da Regierungs- und Parteispitzen in den sozialistischen Ländern de facto identisch waren. Die Parteichefs in Moskau und Prag, Leonid Breschnew und Alexander Dubček, beanspruchten eine tonangebende Rolle auch in Bezug auf die Regierungspolitik ihrer Staaten. Die Sprechrolle des Parteivorsitzenden war aber eine andere als die des Staatschefs, denn sie unterlag nicht dem Comment der Diplomatie, sondern war von gemeinsamen Überzeugungen und Zielen geprägt. Da man das grundsätzliche Bestreben teilte, dem Sozialismus zum Sieg zu verhelfen, und Staaten offiziell nur als Vehikel auf dem Weg dorthin galten, drängte die Parteikommunikation die zwischenstaatliche Kommunikation zurück: Von Parteichef zu Parteichef war der Kontakt näher, und es bestanden Erwartungen in Bezug auf Vertrauen und Loyalität, die im zwischenstaatlichen Verkehr ungewöhnlich waren. Mit der gemeinsamen Ideologie verfügte man zwar über eine Sprache, die wie die der Diplomatie die Kommunikation tendenziell versachlichte, zugleich bestand aber aufgrund der gemeinsamen Ziele und der wechselseitigen Loyalitätserwartungen ein hohes Potenzial der Emotionalisierung. Das Symbol der emotional fundierten Gemeinsamkeit war der Bruderkuss zwischen Parteiführern.[3]
3. Der Austausch zwischen Moskau und Prag war nicht nur eine Kommunikation zwischen Staaten und Parteien, sondern auch innerhalb eines Imperiums, das eine Kommunikationsfähigkeit durch eine *lingua franca*, nämlich die marxistische Ideologiesprache, herstellte und zugleich von einer Asymmetrie zwi-

[3] Schattenberg: Sascha (wie Anm. 2).

schen Zentrum und Peripherie gekennzeichnet war. Das Emotionsregime in der Kommunikation zwischen Moskau und Prag war dadurch zutiefst geprägt. Der Führungsanspruch des Stärkeren wurde durch emotional codierte Gesten gestützt. Die paternalistische Vertraulichkeit, die Breschnew mit Dubček pflegte, war Ausdruck der Asymmetrie der Machtbeziehungen, da sie nicht reziprok erwidert werden konnte. So war der sozialistische Bruderkuss nicht nur als Symbol der (egalitären) Solidarität zwischen im Prinzip gleichrangigen Parteichefs zu verstehen, sondern auch als Unterwerfungsgeste unter die Macht des Imperiums. Die Performanz von Nähe und Emotionen zu verweigern, forderte das bestehende imperiale Gefüge heraus.

4. Im Prager Frühling entstand ein nationaler Kommunikationsraum, in dem alte nationale Mythen, die Erinnerung an Jan Hus und an die Erste Tschechoslowakische Republik, auf neue Weise lebendig wurden. Die kommunistischen Spitzenpolitiker fühlten sich zunehmend nicht mehr nur ihrer Partei, sondern auch ihrer Nation gegenüber verantwortlich. Diese neue Verpflichtung war in hohem Maße emotional grundiert und beeinflusste auch die internationale Kommunikation.

Für das Entstehen eines emotionalen Regimes in den internationalen Beziehungen war es ausschlaggebend, welche Register von den Akteuren gezogen wurden. In einem gerafften zeitlichen Überblick kann man folgende Beobachtungen machen:

1. *Sowjetische Loyalitätserwartungen an den neuen Parteichef der KSČ*
   Mit dem Machtwechsel von Novotný zu Dubček war für die sowjetische Führung am 4. Januar 1968 eine ungewisse Lage entstanden. Aus diesem Grund lud Breschnew am 18. Januar das sowjetische Politbüro ein, um über die Situation in der ČSSR zu beraten. Der Hauptreferent war der sowjetische Botschafter in Prag, Stepan Černovenko. Sein Fazit konzentrierte sich angesichts der gegebenen unsicheren Lage auf die emotionale Eignung Dubčeks: Dieser sei „zweifellos ein ehrlicher, hingebungsvoller Mensch, ein sehr ergebener Freund der Sowjetunion“, so Černovenko.[4] Während seines Antrittsbesuchs in Moskau am 29./30. Januar 1968 sprach Dubček nicht von konkreten Reformplänen, sondern bat nur allgemein um Vertrauen für seine Politik.[5] Damit war das emotionale Regime in den Beziehungen zwischen der UdSSR und der ČSSR bezeichnet: Moskaus Erwartungen an das Emotionsregime des tschechoslowakischen Parteichefs (Hingabe an die Aufgaben des Sozialismus und die Ergebenheit gegenüber der Sowjetunion) und das von diesem in Moskau erbetene Vertrauen machten von Anfang an klar, dass das beiderseitige Verhältnis mehr durch Loyalitätserwartungen zwischen Schwesterparteien und durch die imperiale Asymmetrie zwischen Moskau und Prag als durch die formale völkerrechtliche Gleichheit zwischen Staaten gekennzeichnet war.

[4] Zitiert nach Pauer: Prag (wie Anm. 2), S. 35.
[5] Ebd.

2. *Versachlichung auf ideologischer Basis: Die internationalen Parteikonferenzen*
Als das sowjetische Politbüro durch Dubčeks neue Kaderpolitik und durch seine ersten Reformen – vor allem durch die Abschaffung der Zensur am 8. März – alarmiert wurde, rief Breschnew die Parteiführungen des Ostblocks (mit Ausnahme Rumäniens) zu einem Gipfeltreffen am 23./24. März in Dresden zusammen. Die Spitze der tschechoslowakischen KP erhielt eine Einladung, wurde aber über den Zweck des Treffens getäuscht: Angeblich sollte es um Wirtschaftsfragen gehen, tatsächlich drehte sich die Zusammenkunft ausschließlich um die Entwicklung in der ČSSR.[6]
Das Format des Treffens hatte einen versachlichenden Effekt, denn die Beratungen bewegten sich überwiegend in der Begriffssprache des Marxismus als der *lingua franca* der Parteiführungen. Auf dieser Grundlage war es für den ungarischen Parteichef János Kádár möglich, Rationalität in der Diskussion über die Tschechoslowakei einzufordern. Er äußerte sich ganz unverhohlen kritisch über das Diskussionsniveau seiner Kollegen aus den anderen Ostblockstaaten: Durch die Vergabe von Etiketten – Mao nicht normal, Castro ein Kleinbürger, die Tschechoslowaken durchgedreht – könne man die Situation nicht angemessen beschreiben.[7]
Noch sehr viel deutlicher wurde dieser rationale Grundzug der Parteiführertreffen bei der Warschauer Konferenz am 14./15. Juli, an dem die KSČ nicht teilnahm. Der einzige Tagesordnungspunkt war die „Einschätzung der Lage in der Tschechoslowakei“. Bei der Erörterung ließen sich die Warschauer und die Ostberliner Parteiführung von ihrem politischen Interesse leiten, ein Übergreifen der tschechoslowakischen Demokratiebewegung auf ihre Länder zu verhindern. Zweifellos sollte die Zusammenkunft aus sowjetischer Sicht die Funktion erfüllen, die tschechoslowakische Parteiführung durch kollektiven Druck in die Knie zu zwingen. Im Kern ging es um die Frage, ob die KPČ-Spitze einer Abweichung von der Linie der kommunistischen Parteien schuldig sei, was den Tatbestand der Konterrevolution erfüllt hätte. Die Diskussion darüber folgte einer spezifischen Logik, denn die „Einschätzung der Lage in der Tschechoslowakei“ musste im Begriffssystem des Marxismus-Leninismus formuliert werden. Der Selbstanspruch des Treffens, wie Breschnew ihn formulierte, lautete: Die Entwicklung in der ČSSR „im kollektiven Rahmen darzulegen und analysieren“.[8] Die Parteichefs aus Polen und Ungarn, Władysław Gomułka und János Kádár, hielten lange Vorträge, in denen sie mit vielen Argumenten in einer rationalen Beweisführung belegten, weshalb die Tschechoslowakei sich auf den Weg einer Konterrevolution begeben hätte. So formulierte Gomułka, der auf dem Warschauer Treffen als erster das Wort ergriff, seine „Hauptthese“ im Stil eines wissenschaftlichen Referats: „In der Tsche-

[6] Zum Folgenden vgl. Schulze Wessel: Prager Frühling (wie Anm. 1), S. 225f., S. 268f.
[7] Pauer: Prag (wie Anm. 2), S. 66.
[8] Zitiert nach Stefan Karner (Hg.): Prager Frühling. Das internationale Krisenjahr 1968. Bd. 2: Dokumente. Köln 2008, Dok. 82, S. 577–657, hier: S. 619.

choslowakei findet ein friedlicher Prozess des Übergangs von einem sozialistischen Staat […] in eine Republik bürgerlichen Charakters statt". Seine zweite, „sehr eng mit der ersten verbundene These" lautete, dass sich die KPČ in eine Partei sozialdemokratischen Typs wandle. Daraus zog der polnische Parteichef die „generelle Schlussfolgerung, dass wir es bei der Tschechoslowakei mit einer neuen Erscheinung zu tun haben, die bisher in einem solchen Maße in der Geschichte der sozialistischen Staaten noch nicht angetroffen wurde". Den von ihm beschriebenen Prozess nannte er die „friedliche Umgestaltung vom Sozialismus zum Neokapitalismus". Gomułka gelangte zu dem Schluss, es finde in der Tschechoslowakei eine Konterrevolution statt, die neue Mittel und Methoden einsetze, „sie arbeitet auf lange Sicht".[9]

Nach Gomułkas langem Referat ergriff János Kádár das Wort. Auch seine Rede klang streckenweise wie ein Fachvortrag: „Sollen wir nun feststellen, dass in der Tschechoslowakei eine Konterrevolution stattfindet, oder sollen wir eine andere Bezeichnung anwenden? Wir können uns mit einer derartig globalen Bezeichnung, dass eine Konterrevolution stattfindet, nicht einverstanden erklären." Er lehnte es folglich ab, von der Verwandlung der KSČ in eine sozialdemokratische Partei zu sprechen. Doch schloss er angesichts der aktuellen Entwicklung in der Tschechoslowakei eine „bürgerliche Restauration" nicht mehr aus und stimmte Gomułka insofern zu, als er eine Zuspitzung der Lage in der Tschechoslowakei seit dem Mai beobachtete.[10]

Die im Korsett theoretischer Begrifflichkeit hochgradig rational geführte Auseinandersetzung erhob den Anspruch, auf der wissenschaftlichen Grundlage des Marxismus ein Urteil über die Legitimität der tschechoslowakischen Entwicklung zu treffen. Nur auf dieser Basis konnte nach dem Selbstverständnis der kommunistischen Parteiführer eine außenpolitische Entscheidung getroffen werden.

3. *Emotionalisierung der tschechoslowakischen Politik durch nationale Mythen*

So sachlich sich die Diskussion der Parteichefs der Warschauer-Pakt-Staaten gab, so entzündeten sie doch Emotionen in der tschechoslowakischen Politik und Öffentlichkeit. Bereits nach dem ersten Treffen in Dresden empörten sich einige Mitglieder der tschechoslowakischen Delegation. Sie fühlten sich, wie der Reformkommunist František Kriegel formulierte, „wie vor einem Gericht".[11] Damit spielte er unverkennbar auf ein tschechisches Trauma an, nämlich auf die Anklage von Jan Hus vor dem Konstanzer Konzil, die trotz der kaiserlichen Zusagen des freien Geleits 1415 zu seiner Verurteilung und Verbrennung geführt hatte. Die nationale Mythologie des Häresie-Prozesses und Opfertods entfaltete große Wirksamkeit – sie ergriff nicht nur einzelne Parteifunktionäre, sondern auch die tschechische (und in minderem Maße die slowakische) Öffentlichkeit. Schon nach dem Dresdner Gipfeltreffen vom März

[9] Zitiert nach ebd., Dok. 82, S. 577–657, hier: S. 581–583.
[10] Zitiert nach ebd., Dok. 82, S. 577–657, hier: S. 599–603.
[11] Pauer: Prag (wie Anm. 2), S. 111.

hatte Dubček gesagt, dass er sich „wie Jan Hus“ vor dem Gericht des Konstanzer Konzils gefühlt habe.[12] Jetzt hielt er ungeachtet des massiven Drucks, den Moskau auf ihn ausübte, an seiner Weigerung fest, ein zweites Mal vor einem Tribunal zu erscheinen. In der Tschechoslowakei zählte die Frage, ob Hus richtig handelte, als er dem kaiserlichen Geleitbrief vertraute und nach Konstanz fuhr, zur „lebendigen Vergangenheit“.[13] Vor dem Hintergrund des nationalen Traumas des Konstanzer Prozesses schrieben besorgte Bürger an Dubček, er solle nicht zu einem Gipfeltreffen ins Ausland fahren.[14] Es spricht viel dafür, dass der Erste Parteisekretär sich nicht zuletzt von solchen historischen Mythologien leiten ließ. Auch für den Vorsitzenden der Nationalen Front, František Kriegel, verschmolzen Geschichte und Gegenwart, wenn er sich über die Einladung zum Gipfeltreffen als einer „Vorladung vor ein Gericht“ entrüstete.[15] Vergeblich beschwor der ungarische Parteichef János Kádár, der eine Zuspitzung des Konflikts verhindern wollte, seinen tschechoslowakischen Amtskollegen, die Einladung der Bruderparteien anzunehmen: Dubček begehe sonst seinen schwersten Fehler seit dem Januar 1968.[16] Die rationale Argumentation Kádárs zeigte beim tschechoslowakischen Parteichef keine Wirkung, Dubček hielt an seiner emotionalen und mythengeleiteten Entscheidung fest, sich nicht nach Warschau zu begeben.

In der tschechoslowakischen Politik existierte seit der Weigerung der Prager Politik, am Gipfeltreffen teilzunehmen, ein neues Emotionsregime, das sich dem sowjetischen Verständnis entzog. Vor dem Hintergrund der kollektiven Erinnerung an 1415 war eine nationale Verbundenheit zwischen der Parteiführung und dem Volk entstanden, welche im sowjetischen Imperium so nicht vorstellbar war.

In der dramatischen Situation des Juli 1968, als die tschechoslowakische Parteiführung wenige Wochen vor der Invasion das sowjetische Politbüro zu Verhandlungen im slowakischen Grenzort Čierna nad Tisou traf, steigerte sich die nationale Erwartung an die Außenpolitik der ČSSR. Eine Welle der Sympathie und Anteilnahme begleitete die tschechoslowakische Verhandlungsdelegation. Die „Literaturzeitung“ („Literární listy“) gab ein Extrablatt mit einer von dem Schriftsteller Pavel Kohout verfassten „Botschaft der Bürger an das ZK der KPČ“ heraus, die nicht nur von der intellektuellen Szene, sondern auch von zahlreichen Arbeitskollektiven unterstützt wurde. Die Botschaft enthielt keine brave Loyalitätsadresse an die Parteiführung, sondern eine messianisch anmutende und universale Aussage: „Es ist der Moment gekommen, in dem unsere Heimat zum ersten Mal seit Jahrhunderten wieder die Wiege der Hoffnungen

[12] Ebd., S. 38.
[13] František Graus: Lebendige Vergangenheit. Überlieferung im Mittelalter und in den Vorstellungen vom Mittelalter. Köln 1975.
[14] Kusák/Künzel: Sozialismus (wie Anm. 1), S. 199.
[15] Pauer: Prag (wie Anm. 2), S. 111.
[16] Ebd., S. 113.

ist, und zwar nicht nur unserer. Es ist der Moment gekommen, in dem wir der Welt den Beweis liefern können, dass der Sozialismus die einzige wirkliche Alternative für die gesamte Zivilisation ist […]. Alles was wir anstreben, kann in vier Worten zusammengefasst werden: *Sozialismus! Bündnis! Souveränität! Freiheit!*" Das Manifest endete mit einem Appell, der sich als geflügeltes Wort auch auf Ansteckern verbreitete, „Wir denken an Euch! Denkt Ihr an uns!", und mit der Forderung an die Parteispitze: „Sie schreiben eine schicksalhafte Seite der Geschichte der Tschechoslowakei. Schreiben Sie sie mit Besonnenheit, aber vor allem mit Mut! […] Wir glauben an Sie!"[17] Der Text wurde als Aufruf verbreitet und während der Verhandlungen in Čierna nad Tisou von über einer Million Bürgern unterzeichnet. Aus dem ganzen Land gingen Resolutionen zur Unterstützung Dubčeks ein. Arbeiter aus den Prager Fabriken schickten Delegationen zum Ersten Parteisekretär und versicherten ihm ihre Solidarität. Dubček empfing die Arbeiter und bestärkte sie im „Glauben an die gute Sache".[18]

Die Emotionalisierung der tschechoslowakischen Außenpolitik erreichte ihren Höhepunkt in der Fernsehansprache Alexander Dubčeks kurz vor der Abreise nach Čierna nad Tisou. Er griff Kohouts Losung „Wir denken an Euch! Denkt Ihr an uns!" auf und beschwor die Einheit von Volk und Parteiführung: „Ich habe Hunderte und Aberhunderte Briefe erhalten, ich habe sie sorgsam gelesen und mir die lebendigen Gesichter dieser Menschen vorgestellt. Ich habe mir ihre Befürchtungen und Hoffnungen vorgestellt. Mit Dank habe ich zur Kenntnis genommen, dass alle den Standpunkt teilen, den die Partei zur gegenwärtigen Situation eingenommen hat."[19] Durch die Zustimmung des Volkes bestärkt, versprach Dubček, in den Verhandlungen keine Kompromisse zu machen. Dabei überhöhte er den Kurs des Prager Frühlings zu einem messianischen Projekt, das vor allem unbeirrte Standhaftigkeit verlangte: „Im Interesse der sozialistischen Zukunft unseres Landes, im Interesse eines vollwertigen und freien Lebens unseres Volkes, im Interesse der gemeinsamen sozialistischen Sache in der Welt sind wir verpflichtet, konsequent diesen Weg zu Ende zu gehen und nicht einen einzigen Schritt von ihm abzuweichen."[20] Zwar hatte die Rede sicherlich auch den rationalen Zweck, der sowjetischen Führung vor dem Treffen die Entschlossenheit der tschechoslowakischen Seite zu signalisieren, gleichwohl schränkte Dubček mit der bekenntnishaften, an Märtyrerschicksale erinnernden Ankündigung, „diesen Weg zu Ende zu gehen", seinen Verhandlungsspielraum erheblich ein.

[17] Poselství občanů předsednictvu Ústředního Výboru Komunistické Strany Československa. In: Literární listy 1 (1968) Extraausgabe, 26. 7. 1968, S. 1 (Hervorhebung im Original).
[18] Pracující pražských závodů u soudruha Dubčeka. Jednomyslnost předsednictva ÚV KSČ před nadcházejícím setkání, Rudé právo, 27. 7. 1968, S. 1.
[19] Rede Dubčeks vor TV, 27. 7. 1968, Státní Ústřední Archiv, Fond KSČ 07/15, sv. 1, ar.j. 24, 15 S., hier: S. 1.
[20] Ebd. S. 13.

Es gibt eine denkwürdige Parallele zwischen Dubčeks Ansprache und der berühmten „Peace for our time“-Rede Neville Chamberlains. Als der britische Premier am 30. September 1938 von der Münchner Konferenz zurückkehrte, wandte er sich auf dem Heston Aerodrome bei London mit folgenden Worten an sein Volk: „First of all, I have received an immense number of letters during all these anxious times, and so has my wife. Letters of support, and approval, and gratitude and I can't tell you what an encouragement that has been to me. I want to thank the British people for what they have done.“[21] Das Münchner Abkommen mit seiner schicksalhaften Bedeutung für die Tschechoslowakei gehörte zum historischen Grundwissen der Tschechen und Slowaken – auch in den 1960er-Jahren. Es ist nicht ausgeschlossen, dass Dubček Chamberlains Rede kannte und bewusst darauf Bezug nahm.

4. *Emotionale Nähe und emotionale Distanz*

In den bilateralen sowjetisch-tschechoslowakischen Treffen der Partei- und Staatsführungen standen sich zwei emotionale Regime gegenüber: Während die tschechoslowakische Seite aufgrund des Hus-Mythos immer mehr auf Widerstandstugenden wie Standhaftigkeit und Bekennermut festgelegt war und zugleich dem Martyrium entgegenblickte, forderte die sowjetische Seite Gefolgschaft ein, die durch Emotion grundiert sein sollte. Der Mythos, den die sowjetische Diplomatie bemühte, war der vom opferreich erkämpften Sieg im Zweiten Weltkrieg – demnach schuldete die Tschechoslowakei der Sowjetunion nicht nur bloße Unterordnung, sondern Dankbarkeit. Diese Haltung vertrug sich mit einer Semantik der gegenseitigen Freundschaft und des Vertrauens, die Breschnew gegenüber Dubček immer wieder verwendete: „Wir bitten Genossen Dubček und die ganze Delegation, uns richtig zu verstehen“, wandte sich Breschnew am 23. Mai in Dresden an die tschechoslowakische Verhandlungsführung, die er zuvor über den Zweck des Treffens getäuscht hatte, „wir meinen es als ehrliche Freunde, als ehrliche Brüder, die mit Ihnen […] freundschaftlich verbunden sind“.[22] Breschnew schuf zu Dubček eine psychische Nähe, die für seine Außenpolitik grundlegend war. Am deutlichsten wurde Breschnews Emotionalisierungsstrategie in dem berühmten „Nachtbrief“, den er am 11. April an Dubček schrieb: „Lieber Alexander Stepanovič! Es ist schon tiefe Nacht und ich schlafe nicht […]. Unser gegenseitiges Vertrauen war immer stark. Es ist auch jetzt noch stark. Was uns vor allem beunruhigt, so wie es auch Dich und Deine Kameraden beunruhigt, ist die Existenz eines ‚zweiten Zentrums‘ in der KSČ.“[23] Dass Breschnew das gegenseitige Vertrauen betonte, war weit mehr als eine Nebensächlichkeit. Vielmehr stand die Durchsetzung seines emotionalen Regimes im Zentrum seiner Politik. Ergab sich Dubček vollkommen der emotionalisierten Verhandlungsrahmung Breschnews, dann waren angesichts des gegenseitigen Vertrauens

[21] Zitiert nach David Faber: Munich. The 1938 Appeasement Crisis. London 2008, S. 5.
[22] Schattenberg: Sascha (wie Anm. 2), S. 235.
[23] Ebd., S. 236.

und der innigen Übereinstimmung Fragen der staatlichen Souveränität und territorialen Integrität hinfällig. So durfte, wer Moskau vollständig vertraute, nicht nach dem Zweck der großen Manöver fragen, die die Sowjetunion zusammen mit ihren Verbündeten im Sommer 1968 in der Tschechoslowakei abhielt.

Wegen der hohen emotionalen Aufladung von Breschnews Politik stellte die Absage der tschechoslowakischen Parteiführung, an den internationalen Beratungen von Warschau im Juli 1968 teilzunehmen, eine tiefe Zäsur in den sowjetisch-tschechoslowakischen Beziehungen dar. Deshalb hatte János Kádár die Absage Dubčeks als seinen größten Fehler seit seinem Amtsantritt im Januar 1968 bezeichnet.[24] Nicht der Dissens in einer bestimmten Sachfrage, sondern die Verweigerung von Gemeinsamkeit und emotionaler Loyalität bedeutete den Bruch mit Moskau. Breschnew meinte es gut mit Dubček, dieses Selbstverständnis drängte der sowjetische Generalsekretär seinem tschechoslowakischen Amtskollegen immer wieder auf. Nach der Absage der Teilnahme am Warschauer Treffen hingegen kühlten die Beziehungen ab, aus „Sascha", wie Breschnew Dubček paternalistisch nannte, wurde in der schriftlichen Kommunikation „Aleksandr Stepanovič". Beim nächsten Treffen in Čierna nad Tisou wurde sogar der sozialistische Bruderkuss verweigert. Damit hatte die tschechoslowakische Seite tatsächlich Distanz gewonnen. Die Verhandlungen in Čierna nad Tisou wurden wie zwischen Staaten – nicht wie zwischen befreundeten Parteien – sogar mit Dolmetschern geführt. Der Preis dafür war ein tiefes Misstrauen, das die Gesprächsatmosphäre im tschechoslowakisch-sowjetischen Grenzort beherrschte.[25]

5. *Das emotionale Regime des Imperiums*

In den sowjetisch-tschechoslowakischen Beziehungen spiegelte sich auf vielfältige Weise das Machtgefälle zwischen dem Zentrum eines Imperiums und seiner Kolonie wider. Zunächst betraf dies die ungleiche Verteilung von Machtmitteln und von Wissen. Seit März sammelte die Sowjetführung systematisch Informationen über die Entwicklung in der Tschechoslowakei. Bei den Verhandlungen präsentierte sich die Sowjetführung stets als überragend informiert, wobei die Performanz von umfassendem Wissen in den Verhandlungen wichtiger war als das Wissen selbst.

Die Asymmetrie der Beziehungen drückte sich aber auch darin aus, dass die Sowjetführung souverän unterschiedliche Register ihres emotionalen Regimes ziehen konnte – auch wenn sich daraus Dissonanzen ergaben. Die tschechoslowakische Parteiführung verfügte hingegen nur über wenige Mittel, auf die Moskauer Angriffe zu reagieren: den sachlichen Hinweis auf ihre dem Sozialismus nicht zuwiderlaufenden Absichten sowie ihre begrenzten Möglichkeiten, dem von Moskau verlangten Kurswechsel durch eine restriktive Medienpolitik oder durch eine Absetzung von Kadern rasch nachzukommen.

[24] Pauer: Prag (wie Anm. 2), S. 113.

[25] Schattenberg: Sascha (wie Anm. 2), S. 238ff.; Schulze Wessel: Prager Frühling (wie Anm. 1), S. 274f.

In einem Telefonat, das Breschnew und Dubček am 13. August 1968, also wenige Tage vor der längst vorbereiteten Intervention, führten, kamen die unterschiedlichen Bandbreiten an Emotionalisierungsmöglichkeiten, über die Moskau und Prag verfügten, deutlich zum Ausdruck.

Breschnew schlug in dem Telefongespräch abermals eine hochemotionale Saite an und betonte das gegenseitige Vertrauen und die Nähe zu Dubček: „Aber verstehe Du, dass ich mit Dir wie mit einem Freund rede, ich will für Dich nur Gutes“. Konkreter Gegenstand des Gesprächs war die Erfüllung der Verpflichtungen, die Dubček gegenüber Breschnew in Čierna nad Tisou eingegangen war, nämlich eine – nach sowjetischer Lesart – antisowjetische Berichterstattung in den tschechoslowakischen Medien zu verhindern und bestimmte Kader wie František Kriegel und Čestmír Císář zu ersetzen. Diese Ziele versuchte Breschnew mit einer Dringlichkeit zu erreichen, welche die Integrität des Gegenüber infrage stellte: „Nun gut, Sascha, dann erlaube mir, Dir ganz direkt die Frage zu stellen: Stehst Du persönlich zu der Erfüllung der Verpflichtungen, die in Čierna nad Tisou eingegangen wurden oder nicht?“. Der „ganze Sinn“ des Treffens bestand laut Breschnew im „ungeheuren gegenseitigen Vertrauen“: „Alle unsere Entscheidungen sind auf der Basis des riesigen Vertrauens getroffen worden“. „Riesiges Vertrauen“ bedeutete aus Breschnews Sicht nichts anderes als die riesige Schuld, in der die Tschechoslowakei und Dubček persönlich gegenüber der Sowjetunion seit 1945 standen.[26]

Emotionale Bekenntnisse und die Einforderung von Emotionen war das Leitmotiv in Breschnews Gesprächsführung. An zwei Stellen vermochte er allerdings auch das Register der Sachlichkeit zu ziehen. So spielte er sehr nüchtern sein überlegenes Wissen aus. Auf Dubčeks Beteuerungen, dass es seit dem Treffen in Čierna nad Tisou keine antisowjetischen Presseartikel in der ČSSR mehr gegeben habe, konterte Breschnew mit der Nennung von vier Zeitungen, die aus seiner Sicht antisowjetische Propaganda betrieben hatten. Auch Dubčeks Versicherung, dass die entsprechenden Artikel vor dem Treffen von Čierna nad Tisou erschienen seien, verfing bei ihm nicht, denn er wusste einen konkreten Artikel aus den „Literarischen Blättern“ („Literarní listy“) vom 8. August zu nennen, der „erzfeindlich gegen die Sowjetunion“ gewesen sei, womit Breschnew nicht völlig Unrecht hatte.[27]

Dubček blieb in dem etwa neunzigminütigen Telefonat meist nur die immer wiederholte sachliche Feststellung, dass die gewünschten Veränderungen in der ČSSR nicht so schnell zu realisieren seien, sondern die Einberufung eines Parteitags erforderten. Der Hinweis auf die Rationalität des Parteiverfahrens hielt Breschnew aber nicht davon ab, Dubček immer wieder emotional in Bedrängnis zu bringen, bis dieser tatsächlich die Tonlage wechselte und gereizt

[26] Schattenberg: Sascha (wie Anm. 2), S. 245; Schulze Wessel: Prager Frühling (wie Anm. 1), S. 224.

[27] Zitiert nach Karner (Hg.): Prager Frühling (wie Anm. 8), Dok. 57, S. 328–343, hier: S. 329. Vgl. den Artikel von Josef Válka: Od Varsavy k Bratislave. In: Literání listy, 8. 8. 1968, S. 8.

reagierte. Breschnews imperiale Position kam nun darin zum Ausdruck, dass er plötzlich den erfahrenen, rationalen Staatsmann geben konnte: „Alexandr Stepanovič, ich bedaure, dass Du so gereizt mit mir sprichst. In großen Dingen können die Emotionen die Lage nicht retten. Hier braucht es gesunden Menschenverstand, die Vernunft, den Willen. Emotionen dagegen helfen hier nicht.“[28]

Abstract

The August 1968 invasion of Czechoslovakia by the Soviet Union and several other Warsaw Pact states put an end to the Prague Spring reform project. The intervention entailed enormously high political costs, not only for Alexander Dubček and the Czechoslovak reformers, but also for the Kremlin: Socialism, as practiced in Eastern Europe, lost much of its appeal among the advanced industrial states of the West. It is therefore difficult to describe the path to intervention exclusively following the assumptions of rational choice theory. It instead makes sense to analyse the interactions between the political leadership in Moscow and Prague as well as the Czechoslovak public within the framework of emotional history. The interpretation presented here focuses on the different emotional regimes of the Moscow Politburo and the Prague Spring political leadership, as well as on the expectations of Czechoslovak citizens, which can also only be understood in terms of emotional history.

[28] Zitiert nach Karner (Hg.): Prager Frühling (wie Anm. 8), Dok. 57, S. 328–343, hier: S. 337.

Bernhard Gotto

„Enttäuschung“ als Bewertungskategorie und Beziehungsmarker

Emotionale Dissensvokabeln in der diplomatischen Korrespondenz des Auswärtigen Amtes zwischen 1949 und 1987

Der langjährigen Schweizer Diplomat Paul Widmer veröffentlichte 2014 ein Werk über Diplomatie, das er in erster Linie als Praxishandbuch für seine Studierenden im Fach „Internationale Beziehungen“ an der Universität St. Gallen konzipiert hatte. Darin schärfte er seinen Leserinnen und Lesern die Grundzüge diplomatischer Nuancierungskunst ein: „[D]ie viel belächelten Formen, wonach ein Staat etwas ‚mit Bedauern‘, ‚mit Besorgnis‘, oder gar ‚mit Entrüstung‘ zur Kenntnis nimmt, haben ihren Sinn. Sie drücken mit einfachster Wortwahl eine unterschiedliche Einstellung aus. Das ist ausreichend – und notwendig. Der Adressat hört die Unterschiede heraus.“[1] Nicht allein Widmers Praxiserfahrung als hochrangiger Diplomat, seine Ausbildung als Historiker und seine Lehrtätigkeit verleihen seiner Aussage Gewicht, sondern auch die Tatsache, dass er 1983 ein Fellowship am Bielefelder Zentrum für Interdisziplinäre Studien bei Reinhart Koselleck verbrachte und so in Kontakt zur Begriffsgeschichte kam.

Allerdings bedurfte es nicht Widmers besonderer Kompetenzen und Erfahrungen, um auf die Aussagekraft von Gefühlsvokabular im diplomatischen Sprachgebrauch aufmerksam zu werden. Wilhelm Grewe, eine Schlüsselfigur der deutschen Außenpolitik in der frühen Bundesrepublik, illustrierte sie 1967 in einem Vortrag am Beispiel von „mit Sorge“ und „mit großer Sorge“.[2] Dabei stützte sich Grewe, ohne dies kenntlich zu machen, auf ein international renommiertes Handbuch, nämlich den 1917 erstmals aufgelegten „Guide to Diplomatic Practice“ von Ernest Mason Satow (1843–1925), dessen bis dato letzte Aktualisierung aus dem Jahr 2017 noch immer als Referenzwerk gilt. Satow verwendete darin die Ausdrücke „with concern“ und „with great concern“ als Beispiele für Signale im diplomatischen Jargon, die in verbindlicher Form eine klare Botschaft transportieren – in diesem Falle eine Warnung.[3] Auch Stanko Nick, der als außenpolitischer Berater und Diplomat zunächst Jugoslawien und ab 1992 Kroatien diente,

[1] Paul Widmer: Diplomatie. Ein Handbuch. Zürich 2014, S. 271.
[2] Wilhelm Grewe: Die Sprache der Diplomaten. Hamburg 1967, S. 25.
[3] Vgl. Ivor Roberts (Hg.): Satow’s Diplomatic Practice. Oxford 2017, S. 86.

https://doi.org/10.1515/9783110680522-005

veranschaulichte die Feinheiten seines Handwerks anhand von Gefühlswörtern.[4] Dass ein Schweizer zu Beginn des 21. Jahrhunderts, ein bundesdeutscher Außenpolitiker der ersten Nachkriegsjahrzehnte, ein Diplomat eines multiethnischen Staates in Ostmitteleuropa nach dem Fall des Eisernen Vorhangs und ein britischer Diplomat des 19. Jahrhunderts einen differenzierten Gefühlswortschatz als Teil diplomatischer Kommunikationspraxis auffassten, lässt darauf schließen, dass die Verwendung von Gefühlswörtern in einer langen und bemerkenswert stabilen Tradition steht, und dass es sich dabei um ein transnationales Phänomen handelt.

Wenngleich es also kein Zufall ist, dass Widmer als Beispiel für die Relevanz von Bedeutungsschattierungen Gefühlswörter wählte, so ist dies dennoch bemerkenswert. Lange Zeit galten die internationalen Beziehungen als Domäne nüchterner Interessenpolitik. Dies sollte sich auch in der Sprache widerspiegeln, die die einschlägige Ratgeberliteratur als Norm ausgab. Noch 1964 griff die bis zum Erscheinen von Widmers Handbuch letzte deutschsprachige Einführung in das Handwerk der Diplomatie auf ein Werk des französischen Historikers Gaëtan de Raxis de Flassan zurück, um den angemessenen Sprachgebrauch auf internationalem Parkett zu charakterisieren. Dieser hatte in seiner zwischen 1808 und 1811 veröffentlichten „Histoire générale et raisonnée de la diplomatie française“ außenpolitischen Akteuren den Kommunikationsstil „des kalten Vernunftsmenschen“ anempfohlen, der seine „unbeirrbare Logik“ in „reine und genaue Ausdrücke“ kleide und dabei jene „Wärme, die der Beredsamkeit den Erfolg sichert“, tunlichst vermeide.[5] Dieses aufklärerische Rationalitätsideal atmete auch das 1939 im Auftrag des Auswärtigen Amtes zusammengestellte „Handbuch des Auswärtigen Dienstes“. Es hielt lapidar fest, ein Bericht solle „sachlich, knapp und klar sein“.[6] Im Abschnitt über den angemessenen „Amtsstil“ warb der Verfasser für eine moderne Sprache, die umständliche, gespreizte und weitschweifige Ausdrücke eines überkommenen Kanzleistils vermeide.[7] Als das Auswärtige Amt 1957 eine bereinigte Neuausgabe vorlegte (an der der Autor der ersten Auflage, Erich Kraske, noch mitgearbeitet hatte), blieben diese Empfehlungen erhalten. Ihnen schloss sich zehn Jahre später Grewe in seinem Vortrag ebenfalls an.[8]

[4] Stanko Nick: Use of Language in Diplomacy. In: Jovan Kurbalija/Hannah Slavik (Hg.): Language and Diplomacy. Msida 2001, S. 39–47, hier: S. 43.

[5] Zitiert nach Pietro Gerbore: Formen und Stile der Diplomatie. Hamburg 1964, S. 143–159.

[6] Erich Kraske: Handbuch des Auswärtigen Dienstes. Halle a. d. S. 1939, S. 142. Diese Norm galt allgemein für den inneren wie äußeren Schriftverkehr; vgl. ebd., S. 149. Erich Kraske (1881–1954) hatte lange Zeit in der Rechtsabteilung des Auswärtigen Amtes gewirkt. 1936 wurde er in den einstweiligen Ruhestand versetzt und leitete seit 1946 das „Kaiser-Wilhelm-Institut für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht“, das 1949 in das „Max-Planck-Institut für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht“ übergeleitet wurde. Vgl. Eckart Conze u. a.: Das Amt und die Vergangenheit. Deutsche Diplomaten im Dritten Reich und in der Bundesrepublik. München 2010, S. 435. Die Überarbeitung des Handbuchs übernahm nach Kraskes Tod Botschafter a. D. Wilhelm Nöldeke.

[7] Kraske: Handbuch (wie Anm. 6), S. 152–155.

[8] Vgl. Erich Kraske/Wilhelm Nöldeke: Handbuch des Auswärtigen Dienstes. Tübingen 1957, S. 102, S. 109; Grewe: Sprache (wie Anm. 2), S. 20. Nöldeke (1889–1971) hatte genau wie Kraske einige Jahre in der Rechtsabteilung des Auswärtigen Amtes zugebracht. Nachdem er 1939 eine

Bereits diese Schlaglichter illustrieren eine Diskrepanz zwischen der Norm einer nüchternen Amtssprache und einer kommunikativen Praxis, die Gefühlsausdrücke ganz selbstverständlich einschloss und dies bis heute tut.[9] Das gilt generell für die politische Sprache im Westdeutschland der Nachkriegszeit, denn ungeachtet der vorherrschenden Norm, dass allein ein „Stil der Sachlichkeit“ einer demokratischen Debattenkultur angemessen und zuträglich sei, waren Appelle an Gefühle in der politischen Kommunikation der Bundesrepublik von Beginn an allgegenwärtig.[10] Die weitverbreiteten Vorbehalte gegen das Ausspielen von kollektiven Gefühlen im demokratischen Wettstreit hat die Zeitgeschichtsforschung als Abgrenzung gegen die emotionale Vereinnahmung und Verführung der Deutschen durch die NS-Propaganda gedeutet. Demgegenüber weisen die eingangs skizzierten Indizien für transnational gültige Konventionen für den Gebrauch von Gefühlsvokabular in der Diplomatie in eine andere Richtung. Darum stellt sich die Frage, welche länger zurückreichenden kulturgeschichtlichen Entwicklungen diese Konventionen geprägt haben.

Darüber hinaus stößt man rasch auf eine ganze Reihe von weiteren Fragen und Problemen, von denen hier nur zwei umrissen werden sollen:

Erstens ist unklar, von wessen Gefühlen außenpolitische Akteure sprechen. Haben Staaten Gefühle, wie Ute Frevert behauptet?[11] Verbergen sich dahinter emotionale Regeln, die die kollektive Identität von Staaten verbürgen und denen Individuen im Sinne eines „feeling like a state“ folgen?[12] Sind dafür in erster Linie die Gefühle der Staats- und Regierungschefs relevant, und in welchem Verhältnis stehen sie zu den Empfindungen der außenpolitischen Akteurinnen und Akteure, die das Alltagsgeschäft der zwischenstaatlichen Beziehungen betreiben und dabei die hier zugrunde gelegten Quellen produzieren? Wie werden solche individuellen Gefühle kollektiv verbindlich und damit politisch relevant – eine Frage, die Emma Hutchinson und Roland Bleiker als „key challenge“ für die Konzeptualisierung von Gefühlen in der Theorie der internationalen Beziehungen bezeichnet haben?[13]

Kommission für die Rücksiedlung der „Volksdeutschen“ aus Estland in Reval/Tallinn geleitet hatte, verbrachte er die restlichen Kriegsjahre in der kulturpolitischen Abteilung der Berliner Zentrale. Von 1951 bis zu seiner Pensionierung 1954 war er Botschafter in Dänemark.

[9] Vgl. Ute Frevert: Emotions in History – Lost and Found. Budapest 2011, S. 3–11.

[10] Vgl. Bernhard Gotto: Enttäuschung in der Demokratie. Erfahrung und Deutung von politischem Engagement in der Bundesrepublik Deutschland während der 1970er und 1980er Jahre. Berlin 2018, S. 59. Zum Stil der Sachlichkeit vgl. Thomas Mergel: Der mediale Stil der Sachlichkeit. Die gebremste Amerikanisierung des Wahlkampfs in der politischen Selbstbeobachtung der alten Bundesrepublik. In: Bernd Weisbrod (Hg.): Die Politik der Öffentlichkeit – die Öffentlichkeit der Politik. Politische Medialisierung in der Bundesrepublik. Göttingen 2003, S. 29–53; ders.: Propaganda nach Hitler. Eine Kulturgeschichte des Wahlkampfs in der Bundesrepublik 1949–1990. Göttingen 2010, S. 262, S. 296–308.

[11] Vgl. dazu Ute Freverts Beitrag in diesem Band; aus sozialkonstruktivistischer Perspektive bejaht diese Frage Alexander Wendt: Social Theory of International Politics. Cambridge 1999, S. 215.

[12] Jonathan Mercer: Feeling Like a State. Social Emotion and Identity. In: IT 6 (2014), S. 515–535; so argumentiert auch Brent E. Sasley: Theorizing States' Emotions. In: ISR 13 (2011), S. 452–476.

[13] Emma Hutchison/Roland Bleiker: Theorizing Emotions in World Politics. In: IT 6 (2014), S. 491–514, hier: S. 499.

Und: Verweisen Gefühlswörter überhaupt auf personale Empfindungen oder haben sie als „offizielle Gefühle auf der internationalen Bühne“[14] gar kein individuelles Substrat, wie der Politikwissenschaftler Todd Hall annimmt?

Zweitens stößt die Vermutung, dass Gefühlswörter Teil einer transnationalen Verständigungspraxis außenpolitischer Akteurinnen und Akteure sind, auf ein schwerwiegendes theoretisches Hindernis: Ausdruck und Wahrnehmung von Gefühlen werden kulturell geformt.[15] Ältere Ansätze haben versucht zu belegen, dass bestimmte Gefühlswörter sich in unterschiedlichen Sprachen gleichen beziehungsweise dass sich das gesamte Gefühlsvokabular auf eine semantische Struktur zurückführen lässt, die auf eine begrenzte Anzahl von Basisemotionen rekurriert.[16] Die von Paul Ekman seit den 1960er-Jahren aufgestellte Theorie universaler Gefühle, die überall gleich ausgedrückt und verstanden würden, gilt vor allem wegen ihrer unreflektierten Vorannahmen und methodischer Schwächen als überholt.[17] Gefühlsgeschichte ist nur unter der Grundannahme sinnvoll, dass Wahrnehmung, Ausdrucksformen und Wertigkeiten von Gefühlen sozial und kulturell konstruiert sind und sich im Laufe der Zeit wandeln. Doch auch dann, wenn man von universalen Basisgefühlen ausgehen würde, bliebe das Problem ungelöst, wie sich außenpolitische Akteurinnen und Akteure aus unterschiedlichen Kulturen über die subtilen Unterschiede von semantisch ähnlichen Gefühlswörtern wie etwa „besorgt“ und „beunruhigt“ verständigen können.

Solche Fragen wird der vorliegende Beitrag nicht erschöpfend beantworten können. Er setzt sich das Ziel, am Beispiel von „Enttäuschung“ die Funktionen von Emotionsvokabular im diplomatischen Kommunikationsraum zu untersuchen. Dieses Beispiel bietet sich aufgrund einer noch produktiv zu machenden Irritation an, denn in der alltagssprachlichen Semantik bezeichnet „Enttäuschung“ die emotionale Reaktion darauf, dass eine Erwartung sich nicht erfüllt.[18] Doch wo ist der Platz für ein solches Element von Hoffen oder Spekulieren auf eine günstige Entwicklung in den internationalen Beziehungen? Dass Ziele nicht erreicht werden, gehört zum außenpolitischen Geschäft dazu. Warum sprechen dann diejeni-

[14] Todd H. Hall: Emotional Diplomacy. Official Emotion on the International Stage. Ithaca 2015.

[15] Vgl. die Forschungsüberblicke von David Matsumoto u. a.: Cultural Influences on the Expression and Perception of Emotion. In: William B. Gudykunst (Hg.): Cross-Cultural and Intercultural Communication. Thousand Oaks 2003, S. 91–110 und Jean-Marc Dewaele: Culture and Emotional Language. In: Farzad Sharifian (Hg.): The Routledge Handbook of Language and Culture. London 2015, S. 357–370.

[16] Philip N. Johnson-Laird/Keith Oatley: The Language of Emotions. An Analysis of a Semantic Field. In: Cognition and Emotion 3 (1989), S. 81–123; Carmella C. Moore u. a.: The Universality of the Semantic Structure of Emotion Terms. Methods for the Study of Inter- and Intra-Cultural Variability. In: AA 101 (1999), S. 529–546.

[17] Vgl. Anne Schmidt: Gefühle zeigen, Gefühle deuten. In: Ute Frevert u. a. (Hg.): Gefühlswissen. Eine lexikalische Spurensuche in der Moderne. Frankfurt a. M. 2011, S. 65–91, hier: S. 88–91; Barbara H. Rosenwein: Problems and Methods in the History of Emotions. In: Passions in Context 1 (2010), online zugänglich unter: https://www.passionsincontext.de/uploads/media/01_Rosenwein.pdf (letzter Zugriff am 6. 4. 2020), S. 1–32, hier: S. 2–10.

[18] Vgl. Marcel Zeelenberg/Wilko W. van Dijk/Antony S. R. Manstead: The Experience of Regret and Disappointment. In: Cognition and Emotion 12 (1998), S. 221–230, hier: S. 221–224.

gen, die dieses Geschäft professionell betreiben, überhaupt von „Enttäuschung“? Die in diesem Beitrag vertretene These lautet, dass sie damit Einschätzungen und Appelle kommunizieren. Enttäuschung ist kein Gefühl, Enttäuschung ist eine Botschaft. Sie bezieht sich sowohl auf den Moment als auch auf die langfristigen Beziehungen staatlicher Akteure.

Um diese Botschaft zu entschlüsseln, wird im Folgenden die Edition „Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland“ (AAPD) quantitativ und qualitativ ausgewertet. Quellengrundlage sind die 30 bislang vorliegenden Jahresbände, in denen über 12 000 Briefe, Gesprächsnotizen, Erlasse und Aufzeichnungen dokumentiert sind. Gegenstand der Analyse sind die darin enthaltenen Gefühlswörter. Diese Quellenbegriffe sind nicht mit den Empfindungen der Akteurinnen und Akteure gleichzusetzen, sondern als Aussagen über Gefühle zu verstehen. Der Fokus der Analyse liegt auf der Bedeutung von Gefühlswörtern als Codes in der diplomatischen Kommunikation.

In einem ersten Schritt wird das methodische Rüstzeug für das weitere Vorgehen umrissen. Danach richtet sich der Blick auf die Funktionen von Gefühlsausdrücken im diplomatischen Fachjargon. Anschließend wird „Enttäuschung“ im Wortfeld von emotionalen Dissensvokabeln innerhalb des Quellenkorpus verortet. Schließlich rücken die Bedeutungen von „Enttäuschung“ als Bewertungskategorie und auf der Beziehungsebene ins Zentrum des Interesses.

Methodischer Zugang: Historische Semantik, Gefühlsgeschichte und Textpragmatik

Gefühle sind seit einiger Zeit ein Gegenstand in der Erforschung der internationalen Beziehungen. Dass Gefühle darin überhaupt eine Rolle spielen, ist mittlerweile Konsens; selbst in neorealistischen Ansätzen hat die kulturalistische Wende entsprechende Spuren hinterlassen.[19] Neben der wachsenden Zahl von Fallstudien über einzelne Gefühle oder Konflikte gibt es mittlerweile auch eine Reihe von Ansätzen, wie Gefühle in den internationalen Beziehungen konzeptualisiert werden können.[20] Dabei geht es zumeist um die Auswirkungen von individuellen Ge-

[19] Allerdings haben theoretische Grundannahmen der realistischen Schule in den internationalen Beziehungen wie das Verhaltensmodell des *homo oeconomicus* und der darauf basierende *rational choice*-Ansatz lange die Beschäftigung mit Gefühlen verhindert; vgl. Neta C. Crawford: The Passion of World Politics. Propositions on Emotion and Emotional Relationships. In: International Security 24 (2000) 4, S. 116–156, hier: S. 116–119; Jean-Marc Coicaud: The Question of Emotions and Passions in Mainstream International Relations, and Beyond. In: Yohan Ariffin/ders./Vesselin Popovski (Hg.): Emotions in International Politics. Beyond Mainstream International Relations. Cambridge 2016, S. 23–47, hier: S. 31–42.

[20] Vgl. Sasley: Theorizing (wie Anm. 12); Janice Bially Mattern: A Practice Theory of Emotion for International Relations. In: Emanuel Adler/Vincent Pouliot (Hg.): International Practices. Cambridge 2011, S. 63–86; Hutchison/Bleiker: Theorizing (wie Anm. 13); Hall: Diplomacy (wie Anm. 14); Ariffin/Coicaud/Popovski (Hg.): Emotions (wie Anm. 19).

fühlen zentraler Akteurinnen und Akteure auf Entscheidungsprozesse, um den Einfluss von kollektiven Gefühlen oder deren Wahrnehmung auf zwischenstaatliche Beziehungen, oder um das Management von Gefühlen als Faktor in den internationalen Beziehungen. Stets werden also Gefühle als Gegenstand adressiert. In diesem Sinne zielt auch die historische Semantik von Gefühlsausdrücken darauf ab, über den Wandel von Emotionslemmata die Historizität von Gefühlswahrnehmung und -ausdruck zu erfassen. Ute Frevert hat gezeigt, wie stark sich das Konzept von „Gefühl" selbst seit dem ausgehenden 18. Jahrhundert verändert hat, und welche Konsequenzen diese Verschiebungen in Richtung einer Somatisierung und Psychologisierung des Fühlens nach sich zogen.[21]

In den vergangenen Jahren hat sich die historische Semantik stärker dem Feld der Gefühle geöffnet und dabei ein „Spannungsverhältnis zwischen der Emotionalisierung der Begriffe durch ihre Einbindung in Mobilisierungspraktiken und ihrer Disziplinierung durch Verwissenschaftlichung und Lexikalisierung" ausgemacht.[22] Konzeptionell rücken Fragen nach der emotionalen Grundierung begriffsgeleiteter Praktiken sowie nach der Produktion und Transformation von Orientierungswissen durch Gefühle ins Zentrum. Dadurch erweitert sich der traditionelle begriffsgeschichtlichen Ansatz, die kognitive und sprachlich verfasste Wirklichkeitsproduktion als denjenigen Prozess zu fassen, der das soziale Handeln strukturiert, also im „Sagbaren" die Voraussetzung des „Machbaren" zu erblicken.[23] Denn Gefühle lassen sich – wie Monique Scheer und Pascal Eitler für die Emotionsgeschichte ausbuchstabiert haben – selbst als verkörperte Praxen verstehen.[24] In dieser Perspektive sind der Körper und die sensorische Wahrnehmung keine dem kognitiven Zugriff nachgeordnete Ebenen der Erfahrungsvermittlung und Weltwahrnehmung, vielmehr wirken diese Ebenen simultan zusammen.[25]

Solche Anregungen sind hilfreich, um emotionale Dissensvokabeln als Teil der diplomatischen Alltagspraxis zu untersuchen, die darüber hinaus aber auch Kör-

[21] Frevert u. a. (Hg.): Gefühlswissen (wie Anm. 17).

[22] Vgl. Margrit Pernau: Einführung. Neue Wege der Begriffsgeschichte. In: GG 44 (2018), S. 5–28.

[23] Vgl. Willibald Steinmetz: Das Sagbare und das Machbare. Zum Wandel politischer Handlungsspielräume – England 1789–1867. Stuttgart 1993. Noch strikter betont die Diskursgeschichte, dass es keine Wirklichkeit vor oder jenseits sprachlich verfasster Konstrukte gibt; vgl. Achim Landwehr: Diskurs und Diskursgeschichte, Docupedia-Zeitgeschichte, 1. 3. 2018, http://docupedia.de/zg/Landwehr_diskursgeschichte_v2_de_2018 (letzter Zugriff am 6. 4. 2020). Von solch konstruktivistischem Rigorismus hat sich die Begriffsgeschichte methodisch gelöst; vgl. Willibald Steinmetz: Vierzig Jahre Begriffsgeschichte. The State of the Art. In: Heidrun Kämper/Ludwig M. Eichinger (Hg.): Sprache – Kognition – Kultur. Sprache zwischen mentaler Struktur und kultureller Prägung. Berlin 2008, S. 174–197; Pernau: Einführung (wie Anm. 22).

[24] Vgl. Pacal Eitler/Monique Scheer: Emotionengeschichte als Körpergeschichte. In: GG 35 (2009), S. 282–313; Monique Scheer: Are Emotions a Kind of Practice (And Is That What Makes Them Have a History)?. A Bourdieuian Approach to Understanding Emotion. In: H & T 51 (2012), S. 193–220.

[25] Vgl. eingehend Margrit Pernau/Imke Rajamani: Emotional Translations. Conceptual History Beyond Language. In: H & T 55 (2016) 1, S. 46–65.

persprache, Gestik und symbolisches Handeln umfasst.[26] Auch methodisch lassen sich einige Anknüpfungspunkte finden: Da das Textkorpus der AAPD sehr groß ist, bietet es sich an, für die quantitative Analyse auf *text mining*-Verfahren zurückzugreifen, die in den *digital humanities* entwickelt worden sind. Sie lassen sich in semasiologische und onomasiologische Vorgehensweisen unterteilen, das heißt: in die Suche nach Bedeutungen bestimmter Begriffe und in die Analyse der unterschiedlichen Benennungen eines zuvor definierten Gegenstands oder Sachverhalts.[27] Diese Ansätze schärfen zunächst einmal den Blick für die Grenzen von Erkenntnismöglichkeiten, die etwa das Textkorpus setzt. Zudem eignen sich Methoden wie eine Kookkurenzanalyse (das Auszählen von Wörtern, die im Nahfeld des gesuchten Begriffs im Text auftauchen) oder die Visualisierung von Wortclustern nur bedingt für einen textpragmatischen Zugang, also für einen Blick auf den Umgang mit Gefühlswörtern im Sinne von Sprechhandlungen.

Für den Bereich der internationalen Beziehungen bietet sich ein solcher textpragmatischer Zugang an, weil Sprechhandlungen einen wesentlichen Teil der diplomatischen Arbeit ausmachen. Wenn außenpolitische Akteurinnen und Akteure in ihren offiziellen Funktionen kommunizieren, dann wählen sie ihre Worte sehr bedacht. Alle Äußerungen – die schriftlichen zumal – sind sorgfältig formuliert, weil sowohl Sender als auch Empfänger darauf trainiert sind, jede noch so geringfügige Nuancierung als Botschaft zu interpretieren.[28] Um in diesem Kontext den Gebrauch von Gefühlswörtern als Träger solcher Botschaften zu analysieren, bietet sich der Begriff der *emotives* an. William Reddy hat ihn aus der Sprechakttheorie heraus als analytisches Konzept für die Gefühlsgeschichte entwickelt.[29] An die Terminologie von John Austin und John Searle angelehnt, versteht Reddy darunter einen Sprechakt, der eine Aussage trifft (lokutionärer Akt), einen Appell beinhaltet (illokutionärer Akt) und Handlungsfolgen nach sich zieht (perlokutiver Akt). Dieser Grundgedanke macht den Begriff für die internationalen Beziehungen anschlussfähig, und zwar auch dann, wenn man andere Teile von Reddys Analyserahmen nicht übernimmt.[30] Insbesondere Reddys Annahme, dass *emo-*

[26] Vgl. dazu die Pionierstudie von Raymond Cohen: Theatre of Power. The Art of Diplomatic Signalling. London 1987; außerdem Verena Steller: Diplomatie von Angesicht zu Angesicht. Diplomatische Handlungsformen in den deutsch-französischen Beziehungen 1870–1919. Paderborn 2011; Seanon S. Wong: Emotions and the Communication of Intentions in Face-to-Face Diplomacy. In: EJIR 22 (2016), S. 144–167.

[27] Vgl. als ein Anwendungsbeispiel Silke Schwandt: Digitale Methoden für die Historische Semantik. Auf den Spuren von Begriffen in digitalen Korpora. In: GG 44 (2018), S. 107–134. Zum *text mining* vgl. Gerhard Heyer/Uwe Quasthoff/Thomas Wittig: Text Mining. Wissensrohstoff Text. Konzepte, Algorithmen, Ergebnisse. Berlin 2017.

[28] Vgl. Edmond Pascual: Pragmatics in Diplomatic Exchanges. In: Kurbalija/Slavik (Hg.): Language (wie Anm. 4), S. 225–232.

[29] Vgl. William Reddy: Against Constructivism. The Historical Ethnography of Emotions. In: CA 38 (1997), S. 327–351, hier: S. 331–335; ders.: The Navigation of Feeling. A Framework for the History of Emotions. Cambridge 2001, S. 63–111.

[30] Insbesondere sein Konzept des emotionalen Leids, das aus dem repressiven Charakter von Gefühlsnormen hervorgehe, ist in diesem Zusammenhang zu vernachlässigen. Für die anregende Kritik an dieser Stelle danke ich Birgit Aschmann.

tives die Gefühle der Sprechenden selbst verändern, erscheint nur dann sinnvoll, wenn die Akteurinnen und Akteure eigene Gefühle thematisieren. Doch es macht gerade einen wesentlichen Aspekt des diplomatischen Sprechens aus, persönliche Empfindungen von zu kommunizierenden Gefühlsbotschaften abzutrennen. Dies kann so weit gehen, dass ein Wort wie „Vertrauen" als Terminus technicus der internationalen Beziehungen die Zunahme von Berechenbarkeit, Kommunikationsdichte und Wissen meint, mithin das genaue Gegenteil von Vertrauen im Sinne einer interpersonalen Gefühlsqualität bedeutet.[31]

Dagegen macht das Vermögen, Dinge zu signalisieren und dadurch etwas zu bewirken, den Begriff der *emotives* zu einem Werkzeug, um mit Sprache wirksam zu agieren: *Emotives* weisen Ereignissen oder Vorstellungen eine bestimmte Bedeutung zu und verknüpfen diese mit einer Haltung. Dadurch kanalisieren sie Verhaltensweisen, die mit dieser Haltung konsistent sind, und schließen andere Reaktionsmöglichkeiten aus. Aus diesem Grund erkennt Yohan Ariffin in ihnen auch einen Schlüssel, der zu einem neuen Verständnis von internationalen Beziehungen führe: „In sum, emotives can be used to facilitate, complicate or inhibit foreign policy or collective action."[32] Gefühlsvokabular dient also dazu, Botschaften zu transportieren, die zu erwünschten Verhaltensweisen führen sollen. Wenngleich diese Definition so allgemein gehalten ist, dass sie letztlich auf jeden Sprechakt angewendet werden kann, so lässt sich die Wirksamkeit von Gefühlswörtern in den internationalen Beziehungen präziser konturieren. Ihre Funktion erfüllen *emotives* nämlich in einem speziellen Kontext, der durch hochgradig standardisierte und formalisierte Kommunikationsstrukturen gekennzeichnet ist.

Dissensvokabeln im diplomatischen Jargon

Wenn Vertreterinnen und Vertreter von Staaten oder NGOs miteinander sprechen, greifen sie auf ein anerkanntes Verständigungsmedium zurück. Dies meint zunächst die Konvention einer *lingua franca* der internationalen Beziehungen, ob nun Latein, Französisch oder Englisch. Die Sprache der Diplomaten ist zudem gespickt mit Fachausdrücken, deren genaue Kenntnis nötig ist, um verbindliche inter- und transnationale Abkommen auszuhandeln.[33] Nicht weniger bedeutsam

[31] Vgl. Bernhard Gotto: Kommentar. In: Reinhild Kreis (Hg.): Diplomatie mit Gefühl. Vertrauen, Misstrauen und die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland. Berlin 2015, S. 97–105, hier: S. 98–101.

[32] Vgl. Yohan Ariffin: Assessing the Role of Emotives in International Relations. In: ders./Coicaud/Popovski (Hg.): Emotions (wie Anm. 19), S. 207–220, hier: S. 213–215; Simon Koschut: Macht der Gefühle. In: ZIB 22 (2015) 2, S. 7–33.

[33] Auf diese Ebene zielen zahlreiche Spezialwörterbücher ab, z. B. Langenscheid Praxiswörterbuch Internationale Politik Englisch. Englisch–Deutsch/Deutsch–Englisch. Berlin 2009; Ḥasan al- ʻAbdallāh: A Dictionary of International Relations & Conference Terminology. Engl.–Arab. Beirut 1982; Stephan Jaschek: Chinesisch-deutsches Wörterbuch der internationalen Beziehungen. Außenpolitik, Diplomatie, Völkerrecht, Außenwirtschaft. Bonn 1976.

als die korrekte juristische Terminologie ist die Kenntnis der politischen Implikationen und Konnotationen von international fest eingeführten Begriffen, um deren Auslegung gerade während des Kalten Kriegs gestritten wurde.[34] Jenseits von technischen Charakteristika weist die diplomatische Sprache zudem eine spezielle Ausdrucksweise auf, für die die Verwendung von Gefühlsvokabular von zentraler Bedeutung ist.

Als ihre Kennzeichen gelten Zurückhaltung, Verklausulierung und Verbindlichkeit:[35] Diplomatische Sprache vermeidet den kommunikativen Affront; sie umschreibt, statt direkt zu benennen; sie ist mit einem *subset* unterlegt, das beständig den Beziehungsstatus thematisiert. Vor allem der letztgenannte Punkt verdeutlicht den Stellenwert von *emotives* in den internationalen Beziehungen, denn sie können als Signale für Nähe oder Distanz eingesetzt werden. Jede Gefühlsäußerung funktioniert, wie die Historikerin Barbara Rosenwein unterstreicht, zunächst als ein „instrument of sociability“.[36] Dabei ist es nicht in das Belieben der einzelnen Akteure gestellt, ob sie diesen Beziehungsaspekt ansprechen. Vielmehr gehorchen sie einem „kommunikativen Zwang“, wie Thomas Mergel für das Parlament als Kommunikationsraum argumentiert: Da die Abgeordneten zu den dort vertretenen politischen Lagern und Gruppierungen gehören, müssen sie auf „soziale Anschlussfähigkeit achten, […] um politische Partner zu finden“.[37] Genau dasselbe gilt für Vertreterinnen und Vertreter von Staaten oder NGOs, die in eine Vielzahl von Bündnissen, Vertragsgemeinschaften, Interessenlager und Abhängigkeitsverhältnissen eingebunden sind: Alles, was sie tun und sagen, wird auch als Akt der Positionierung in diesem Beziehungsgeflecht perzipiert. Mithin sind *emotives* nützlich, um die symbolische Dimension von konkreten Themen, Ereignissen oder Handlungen für den Status von inter-, trans- oder supranationalen Beziehungen zu thematisieren. *Emotives* eröffnen ein weites Feld für subtile Botschaften, die den Status dieser Beziehungen betreffen. Sie markieren, ob sich diese Beziehungen im Zeitverlauf verbessern oder verschlechtern, und können sogar Hinweise enthalten, wie ein Akteur deren künftige Entwicklung einschätzt.

Für solche Botschaften bietet das sprachliche Register der Gefühlswörter außerordentlich vielfältige und fein abgestufte Ausdrucksmöglichkeiten. Das Gefühlsvokabular ist reich.[38] Es eignet sich darum hervorragend als Teil einer Fachsprache, in der es oft um Nuancen geht und in der die Einschätzung von

[34] Vgl. Grewe: Sprache (wie Anm. 2), S. 14–20.

[35] Vgl. Donna Maria Oglesby: Diplomatic Language. In: Costas M. Constantinou/Pauline Kerr/Paul Sharp (Hg.): The SAGE Handbook of Diplomacy. Los Angeles 2016, S. 242–254, hier: S. 242 f. Vgl. auch Grewe: Sprache (wie Anm. 2), S. 8; Nick: Use (wie Anm. 4), S. 45.

[36] Rosenwein: Problems (wie Anm. 17), S. 19.

[37] Thomas Mergel: Funktionen und Modi des Sprechens in modernen Parlamenten. Historische und systematische Überlegungen. In: Andreas Schulz/Andreas Wirsching (Hg.): Parlamentarische Kulturen in Europa. Das Parlament als Kommunikationsraum. Düsseldorf 2012, S. 228–246, hier: S. 233.

[38] Beispielsweise legten die Psychologen Philipp Johnson-Laird und Keith Oatley für ihre semantische Analyse von Emotionsvokabular ein Sample von 590 Gefühlswörtern zugrunde; Johnson-Laird/Oatley: Language (wie Anm. 16), S. 88.

Wahrnehmung und Befindlichkeit von vielen Akteurinnen und Akteuren ein strategischer Erfolgsfaktor ist. Ein weiterer Grund dafür, dass Gefühlswörter eine herausragende Rolle als Beziehungsmarker spielen, ist die historische Genese der modernen Diplomatie in Europa. Die Prägekraft dieser Tradition zeigt sich etwa in der Bedeutung des Protokolls als zeremonielles Echo von expressiven Distinktionsritualen und in einer Vielzahl von geteilten Grundüberzeugungen, Normen und Praktiken, die das diplomatische Corps zu einer „epistemischen Gemeinschaft" formen.[39]

Sie zeigt sich nicht zuletzt in der Sprache, die die Angehörigen dieser Gemeinschaft genauso als Verständigungsmedium wie als Mittel verwenden, um Zugehörigkeit performativ zu verbürgen. Der Gebrauch von *emotives* fußt auf den Gefühlsregeln, die für die Akteurinnen und Akteure in der formativen Phase der modernen europäischen Diplomatie Gültigkeit besaßen. Ihre Blütezeit fällt in die Hochphase der Aufklärung und reicht bis in die Anfänge des 19. Jahrhunderts hinein. Das soziale Substrat für die Ausformung von Gefühlsregeln war ein „weitgehend aristokratisches Ambiente": In der Regel waren Botschafter und Gesandte männlich und zählten zum europäischen Adel, während die Außenministerien ihr weiteres Personal zunehmend aus Angehörigen des gehobenen Bürgertums rekrutierten.[40] Genau in dieser Zeit reklamierten bürgerliche Schichten Sensibilität und Empfindsamkeit für sich, die ursprünglich als exklusives Kennzeichen des Adels gegolten hatten. Dabei kam es „nicht nur darauf an, die richtigen Gefühle zu haben, sondern auch auf angemessene Art zu zeigen. Die bürgerliche Gefühlskultur privilegierte bescheidenes Auftreten, zurückgenommene Gesten und eine verhaltene Mimik."[41] Daher lässt sich die Norm der Gefühlsdämpfung, die diplomatisches Sprechen bis in die Gegenwart kennzeichnet, auf das Ideal der Zurückhaltung und der emotionalen Selbstbeherrschung zurückführen, das in Lehrbüchern der europäischen Diplomatie seit der Aufklärung zum Ausdruck kommt.[42] Gleichwohl beschränkt sich die Valenz von *emotives* im diplomatischen Jargon nicht auf das Abtönen emotionaler Expressivität. Gefühle zu haben und angemessen zum Ausdruck zu bringen, gehörte zum Persönlichkeits- und Humanitätsideal des 18. Jahrhunderts dazu. Das Erbe der Gefühlskultur aus der Blütezeit der europäischen Diplomatie zeigt sich daher in einem reichen und nuancierten Gefühlswortschatz.

[39] Vgl. Mai'a Keapuolani/Davis Cross: A European Epistemic Community of Diplomats. In: Paul Sharp/Geoffrey Wiseman (Hg.): The Diplomatic Corps As An Institution of International Society. Basingstoke 2007, S. 223–245, hier: S. 231.

[40] Vgl. Joachim Scholtyseck/Thomas Freiberger: Diplomatie. In: Ludger Kühnhardt/Tilman Mayer (Hg.): Bonner Enzyklopädie der Globalität. Wiesbaden 2017, S. 1101–1115, hier: S. 1104–1106 (Zitat: S. 1106).

[41] Ute Frevert: Gefühlswissen in der Moderne – Entwicklungen und Ergebnisse. In: dies. (Hg.): Gefühlswissen (wie Anm. 17), S. 263–277, hier: S. 271f.

[42] Vgl. Wynne Elizabeth Russell: „Control yourself, Sir!". A Call for Research Into Emotion Cultures in Diplomacy. In: Hannah Slavik (Hg.): Intercultural Communication and Diplomacy. Msida 2004, S. 391–402, hier: S. 391–395.

Dass Formen und Konventionen sich nachhaltig in die Sprache der Außenpolitik einprägten, lässt sich an der Sprachkritik im „Handbuch des Auswärtigen Dienstes“ von 1939 ablesen. Tatsächlich gaben im Rahmen der Ausbildung erfahrene Experten mit ihren Kenntnissen und Fertigkeiten auch den richtigen Gebrauch von *emotives* an den diplomatischen Nachwuchs weiter. Die zielführende Art und Weise, sich ihrer zu bedienen, war daher „a practice of nearly imperceptible verbal adjustments learned by acquired ‚feel‘ from the doing“.[43] Bereits die Vorauswahl für den höheren Dienst im Auswärtigen Amt privilegierte diejenigen (damals ausschließlich männlichen) Kandidaten, deren Sozialisation sie auf adäquate Umgangsformen vorbereitet hatte. Dazu zählten neben der juristischen Ausbildung und Fremdsprachenkenntnissen soziale wie emotionale Kompetenzen, insbesondere „Empathie, Gelassenheit und emotionale Selbstbeherrschung“. Diese Selektionskriterien waren in den Ausbildungs- und Prüfungsanforderungen von 1921 („Kunst der Menschenbehandlung“) und 1950 („soziales Empfinden, Takt und gutes Auftreten“) institutionalisiert und gelten bis heute fort.[44] Ihren Feinschliff erhielten die angehenden Attachés in der „Zentrale“, also im Auswärtigen Amt selbst. Zwölf Monate lang brachten ihnen dort erfahrene Referenten das kommunikative Handwerkszeug bei. Dabei wurden sie Schritt für Schritt mit Berichten, Presseveröffentlichungen, Erlassen, Weisungen, Vorlagen und Sprechzetteln vertraut gemacht, sodass sie am Ende des praktischen Jahres die Besonderheiten der unterschiedlichen Textsorten beherrschten. Als das Auswärtige Amt 1975 die Attaché-Ausbildung reformierte, legte es noch mehr Gewicht auf das Prinzip „Learning by Doing“: Zuvor hatte das Amt Volljuristinnen und -juristen ihre Referendariatszeit als praktisches Jahr angerechnet. Dieses Privileg entfiel, weil sich herausgestellt hatte, dass bestimmte Kenntnisse und Techniken nur durch Praxiserfahrungen erlernt werden konnten.[45]

Emotives im diplomatischen Jargon, so kann man zusammenfassen, sind eine kommunikative Praxis. Diese Praxis steht in der Tradition der Gefühlskultur, die die Akteurinnen und Akteure der europäischen Diplomatie seit der Aufklärung prägte. *Emotives* dienen dazu, Signale über soziale Nähe beziehungsweise Distanz zu übermitteln. Sie funktionieren als Codes, die Teil eines transnational verbreiteten Fachjargons sind. Ihr Bedeutungsgehalt ist konventionell und standardisiert,

[43] Oglesby: Language (wie Anm. 35), S. 250.

[44] Vgl. Dietrich Wilke: Aufgaben, Auswahlmodi und Ausbildungszielkonzeptionen des höheren Auswärtigen Dienstes der Bundesrepublik Deutschland. Frankfurt a. M. 1980, S. 218–229, Zitate: S. 180, S. 221, S. 224; Roland Kliesow: Wer sollte sich für den Auswärtigen Dienst bewerben?. In: Enrico Brandt/Christian Buck (Hg.): Auswärtiges Amt. Diplomatie als Beruf. Wiesbaden 2005, S. 253–262.

[45] Vgl. Karl Theodor Paschke: Reform der Attaché-Ausbildung. Eine Darstellung des neugestalteten Vorbereitungsdienstes für den höheren Auswärtigen Dienst der Bundesrepublik Deutschland. Baden-Baden 1975, S. 57–66 (Zitat: S. 61). Bis heute ist das Training in den spezifischen Textsorten ein wichtiger Teil der Ausbildung; vgl. Karlfried Bergner: Auswahl und Ausbildung für den höheren Dienst. In: Enrico Brandt/Christian Buck (Hg.): Auswärtiges Amt. Diplomatie als Beruf. Wiesbaden 2005, S. 275–282, hier: S. 280.

das heißt: *Emotives* werden wie feststehende Begriffe verwendet. Deren korrekte Auslegung und Anwendung erlernen Akteurinnen und Akteure, indem sie ihren Gebrauch zunächst unter Anleitung üben und sie später selbstständig verwenden. Dabei kommt es auf die feinen Unterschiede an, die das reiche Gefühlsvokabular charakterisieren. Wie diese Unterschiede wirksam werden, lässt sich am Beispiel von „Enttäuschung" illustrieren. Dafür soll zunächst aufgezeigt werden, welchen Platz dieser Begriff im Umfeld von ähnlichen, „negativen" Gefühlswörtern einnimmt.

„Enttäuschung" im Sample emotionaler Dissensvokabeln

„Enttäuschung" ist kein isolierter Begriff. Seine Valenz im diplomatischen Duktus erschließt sich, wenn man ihn als Teil eines Wortfelds betrachtet. Daher wurde das Quellenmaterial auf 25 Gefühlsausdrücke hin durchsucht, die eine negative emotionale Bewertung zum Ausdruck bringen: „bedauern", „befremdet", „besorgt", „bestürzt", „betroffen", „betrübt", „beunruhigt", „empört", „enttäuscht", „entsetzt", „gekränkt", „irritiert", „resigniert", „schockiert", „unangenehm", „(negativ) überrascht", „unbefriedigend", „unerfreulich", „unerwünscht", „ungehalten", „Unmut", „verstimmt", „verärgert", „verbittert", „verletzt".[46] Gesucht wurde jeweils nach dem Wortstamm beziehungsweise der Buchstabenfolge, die sämtliche grammatische Derivate davon enthält, um alle möglichen Wortbildungen – zum Beispiel „Bedauern", „bedauerlich", „bedauerte" und so weiter – einzubeziehen (Tab. 1).[47] Bereits diese Vielfalt illustriert, wie variabel das Set an emotionalen Dissensvokabeln ist. Oft stehen diese nicht allein, sondern in Verbindung mit Verstärkungs- oder Abtönungspartikeln. Auch davon findet sich eine große Zahl.[48] Zusammengenommen zeigt sich ein äußerst feines kommunikatives Instrumentarium, um Dissens in jeder gewünschter Schattierung auszudrücken.

[46] Die Auswahl der Lemmata folgte keinem stringenten System oder einem randomisierten Vorgehen, sondern baute auf einem ursprünglich schmaleren, intuitiv zusammengestellten Sample auf, das im Laufe der Durchsichten des Quellenmaterials mehrfach erweitert wurde.

[47] Für die Suche wurde keine spezielle Software verwendet. Die als PDF vorliegenden Jahrgänge der AAPD wurden einzeln auf die Lemmata hin durchsucht und die Ergebnisse kumuliert. Diese Vorgehensweise erlaubt es, Homonyme wie „betroffen" und nicht emotionale Wortverwendungen wie „überrascht" und „verletzt" (im Sinne eines Rechtsbruchs) herauszufiltern; dasselbe gilt für Namen oder andere Ausdrücke, in denen sich die Buchstabenfolge eines Wortstamms enthalten, etwa „Militärgericht". Zudem gingen auf diese Weise Treffer in Regesten und in erklärenden Fußnoten nicht in das Ergebnis ein.

[48] Eine Auswahl der Verstärkungspartikel, die im Quellenkorpus vorkommen: „absolut", „aufs Höchste"/„aufs Tiefste", „außerordentlich", „besonders", „beträchtlich", „erheblich", „ernst (-lich)", „groß", „herb", „höchst", „lebhaft", „schwer", „sehr", „tiefgehend", „verstärkt", „wachsend", „zunehmend", „zutiefst"; an Abtönungspartikeln werden unter anderem verwendet: „Anzeichen von", „beinahe", „einige", „ein bisschen"/„ein wenig", „gewisse", „Eindruck von", „einigermaßen", „(doch) etwas", „gering", „leicht", „nicht übermäßig", „verhältnismäßig".

„Enttäuschung“ kommt im Quellenkorpus oft vor. Es zählt mit „besorgt“, „beunruhigt“ und „bedauern“ zu den mit weitem Abstand am häufigsten verwendeten Ausdrücken, um eine negative emotionale Wahrnehmung zu verbalisieren. Auf diese vier *emotives* entfallen über 70 Prozent der gesamten Belegstellen für die 25 untersuchten Ausdrücke:

sorg	7090	*bitter*	320	verletz*	131
bedauer*	2120	irrit*	311	bestürz*	108
enttäusch*	1530	überrasch*	244	Unmut	60
beunruhig*	1099	schock*	213	*kränk*	44
ärger	542	unerfreulich*	202	entsetz*	38
unbefriedigend*	512	resign*	169	betrüb*	37
unerwünscht*	448	befremd*	161	ungehalten*	13
verstimm*	408	empör*	162		
unangenehm*	371	betroffen*	140	**Gesamtzahl**	**16 470**

Tab. 1: Häufigkeit der emotionalen Dissensvokabeln im Quellenkorpus

Auf „Enttäuschung“ entfallen 9,3 Prozent der Belegstellen. In einem so großen Quellenkorpus – es umfasst etwas mehr als 12 000 Dokumente und rund 53 000 Druckseiten – mag die Zahl von 1530 Nennungen gering erscheinen, vor allem im Vergleich zu den nahezu omnipräsenten Ausdrücken der Besorgnis. Allerdings sollte der Umfang des Quellenkorpus nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Edition der AAPD nur einen Bruchteil der im Politischen Archiv des Auswärtigen Amtes abgelegten Bestände erschließt, und diese wiederum nur ein

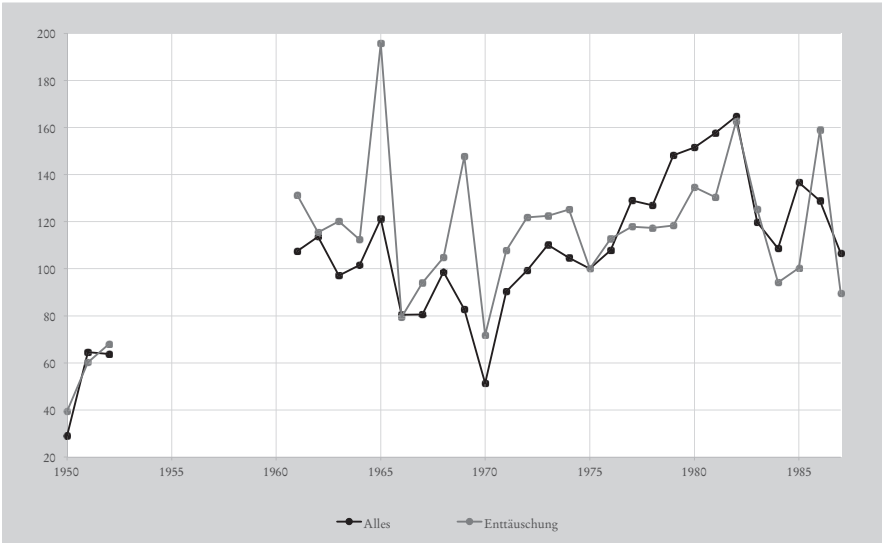

Abb. 1: Frequenz der emotives im Zeitverlauf, nach Umfang gewichtet und indexiert (1975=100)

kleiner Teil der schriftlichen Produktion des Auswärtigen Amtes sind. Die Jahresbände der AAPD privilegieren hochrangige Akteurinnen und Akteure, und sie konzentrieren sich auf thematische Schwerpunkte; bestimmte als Verschlusssache klassifizierte Dokumente sind von der Auswahl ausgenommen. Die edierten Dokumente bilden also keineswegs einen repräsentativen Querschnitt, aus dem man mithilfe von Wortlisten statistisch valide Informationen ziehen könnte.

Noch stärker verzerrt die Zusammensetzung des Quellenkorpus Zahlenreihen, die die Häufigkeit der Nennungen für einzelne *emotives* über den Zeitverlauf darstellen. Die AAPD erscheinen im Abstand von 30 Jahren zum Berichtsjahr; der letzte ausgewertete Band dokumentiert das Jahr 1987. In der Edition besteht jedoch eine Lücke von 1953 bis 1960, sodass die 30 bisher vorliegenden Jahrgänge die 1950er-Jahre weitgehend auslassen. Die Anzahl der pro Jahrgang edierten Dokumente und der Seitenumfang des Dokumententeils schwanken erheblich; der schmalste Jahresband ist der für 1949/50 mit 175 Dokumenten auf 512 Seiten, während der umfangreichste für 1970 622 Dokumente auf 2357 Seiten enthält. Lassen sich die Unterschiede im Umfang der Jahresbände noch herausrechnen, so führen die inhaltlichen Schwerpunkte zu deutlichen Ausschlägen in der Frequenz einzelner *emotives* (vgl. Abb. 1).[49] Am häufigsten taucht „Enttäuschung" im Jahresband von 1965 auf: 96 Fundstellen sind fast das Doppelte des Mittelwertes von 51. Grund dafür sind die Verhandlungen über die Aufnahme von diplomatischen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und Israel. In diesem symbolträchtigen wie emotionalen Akt ging es um Schuld und Versöhnung, um das Beziehungsgefüge zu den arabischen Staaten und nicht zuletzt um Waffen und Geld. Dabei spielten nicht eingelöste Erwartungen eine erhebliche Rolle. Der Anstieg der Dissensvokabeln insgesamt in den Jahren 1979 bis 1982 geht auf das Gewicht von „*sorg*" zurück, dessen Frequenz in dieser Phase um 50 bis 90 Prozent über dem Durchschnitt liegt: Während des „Zweiten Kalten Kriegs" zwischen NATO-Doppelbeschluss und Stationierung nuklearer Mittelstreckenraketen in Westeuropa spiegeln sich die Befürchtungen vor einer Eskalation des Rüstungswettlaufs und der Möglichkeit eines Atomkriegs auf deutschem Boden in den Dokumenten in Ausdrücken der Sorge wider.[50]

[49] Als Basis für die Indexierung wurde der Jahrgang 1975 gewählt, weil er hinsichtlich seines Umfangs und der Nennungen von „Enttäuschung" am nächsten an den jeweiligen statistischen Mittelwerten aller Jahrgänge liegt. Um die Indexzahlen nach Umfang zu gewichten, wurden sie mit einem Faktor multipliziert, der sich aus dem Quotienten der Seitenzahlen des Jahresbandes geteilt durch die Seitenzahl des Basisjahres 1975 ergab.

[50] Dabei spielte der Begriff der „Angst" eine untergeordnete Rolle. Zwischen 1979 und 1982 war das *emotive* „*angst*" mit insgesamt 181 Fundstellen (1979: 25, 1980: 37, 1981: 71, 1982: 48) zwar präsent, aber weitaus weniger prominent vertreten als „*sorg*" mit insgesamt 1579 Fundstellen. An diesen Zahlen lässt sich ablesen, dass das Gefühl der Angst in der politischen Sprache als irrational und gefährlich galt. Während Angst zu Panik und Fehlentscheidungen führen konnte, galt Besorgnis als Ausweis vorausschauender Risikoabwägung. Zum Angstdiskurs vgl. Judith Michel: „Richtige" und „falsche" Angst in der westdeutschen Debatte um den Nato-Doppelbeschluss. In: Patrick Bormann/Thomas Freiberger/dies. (Hg.): Angst in den Internationalen Beziehungen. Göttingen 2010, S. 251–272.

Insgesamt ist die Frequenzanalyse wenig hilfreich; die Unsicherheiten der Datengrundlage lassen keine sicheren Aussagen zu. Immerhin deuten die Zahlen nicht darauf hin, dass sich in den drei gut dokumentierten Jahrzehnten die Verwendung von *emotives* wesentlich verstärkt oder abgeschwächt hätte; anders ausgedrückt: Als Codes im diplomatischen Jargon waren *emotives* in den Nachkriegsjahrzehnten offensichtlich stabil.

Um zu erfahren, was genau „Enttäuschung“ als ein solcher Code bedeutete, sind qualitative Verfahren nötig. Ein erster Schritt dazu besteht darin, zwischen unterschiedlichen Verwendungsweisen zu differenzieren. Drei sollen hier unterschieden werden: „Enttäuschung“ als Wertung, als persönlicher Ausdruck und als Argument. Als Wertung beschreibt „Enttäuschung“ eine Haltung, die ein nicht personaler außenpolitischer Akteur (eine Regierung, eine NGO oder dergleichen) einnimmt. Als das Goethe-Institut in Teheran 1987 geschlossen werden musste, brachte der deutsche Botschafter Armin Freitag „weisungsgemäß unser Unverständnis und unsere Enttäuschung zum Ausdruck“.[51] Die erste Person Plural unterstrich, dass nicht der Botschafter selbst, sondern die von ihm vertretene Regierung enttäuscht war.

Demgegenüber drückt „Enttäuschung“ als persönlicher Ausdruck das Empfinden eines Akteurs aus, der damit explizit die eigene Gefühlslage thematisiert. Ein Beispiel dafür ist die Reaktion Herbert Müller-Roschachs, Botschafter in Rabat, im März 1962 auf die Mitteilung des marokkanischen Außenministers, dass die DDR in Casablanca erstmals eine Handelsmission errichten durfte und damit den Alleinvertretungsanspruch der Bundesrepublik durchbrach. Müller-Roschach erklärte, er behalte der Bundesregierung eine Stellungnahme vor, und bekundete zugleich „persönliche Enttäuschung“ über diese Entscheidung.[52]

„Enttäuschung“ als Argument liegt dann vor, wenn Akteurinnen und Akteure aus der behaupteten oder prognostizierten Enttäuschung eines Dritten Schlussfolgerungen ziehen oder Kausalzusammenhänge herstellen. In diesem Sinne warnte Erich Honecker Bundeskanzler Helmut Schmidt während ihrer ersten persönlichen Begegnung am Rande der KSZE-Abschlusskonferenz 1975 in Helsinki davor, über eine Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten zu reden, denn

[51] Fernschreiben Armin Freitag an das Auswärtige Amt, 15. 4. 1987, AAPD 1987, Dok. 113, S. 568–570, hier: S. 570. Die iranische Regierung hatte im März 1987 verlangt, das Goethe-Institut zu schließen, nachdem Rudi Carell Staatschef Ayatollah Chomenei in einer Folge der Satiresendung „Rudis Tagesshow“ im Programm der ARD beleidigt hatte. Der Spot suggerierte, dass iranische Frauen bei den Feierlichkeiten zum achten Jahrestag der Islamischen Revolution Chomenei wie einem Rockstar Büstenhalter zugeworfen hätten.

[52] Fernschreiben Herbert Müller-Roschach an das Auswärtige Amt, 28. 3. 1962, AAPD 1962, Dok. 142, S. 675–678, hier: S. 676. Die Handelsmission stellte einen außenpolitischen Erfolg für die DDR bei ihrer Anerkennungsoffensive auf dem afrikanischen Kontinent dar; vgl. Hermann Wentker: Außenpolitik in engen Grenzen. Die DDR im internationalen System 1949–1989. München 2012, S. 291–298; Aimé Kouassi Kouakou: La place de l'idéologie communiste dans la politique africaine de la République Démocratique Allemande des années 1960. In: Allemagne d'aujourd'hui (2009) 188, S. 30–41.

dies „erwecke doch nur Hoffnungen und bringe Enttäuschungen".[53] Honecker nutzte in diesem Fall die Vorhersage von unausweichlichen Enttäuschungen, um einer Dynamisierung der „deutschen Frage" vorzubauen, denn das Hauptziel der KSZE-Politik aus Sicht der Ostblockstaaten bestand darin, den territorialen Status quo zu zementieren.

Wenngleich die Zuschreibung der Fundstellen zu diesen Kategorien eine Frage der Interpretation sein kann und damit im Einzelfall fehleranfällig ist, so zeigen sich in der Gesamtzahl doch klare Befunde. Nur bei 1,4 Prozent der Fundstellen machten Akteurinnen und Akteure Enttäuschung als eine persönliche Empfindung kenntlich. Dies spricht dafür, dass der Gebrauch von *emotives* in aller Regel auf die Ebene der Staaten, NGOs und Regierungen abzielte, deren „offizielle Gefühle" sie bezeichneten. In der überwiegenden Mehrzahl der Fälle (75,5 Prozent) thematisierten die Akteurinnen und Akteure „Enttäuschung" als Wertung, ein knappes Viertel der Belegstellen (23,1 Prozent) lässt sich als Argument interpretieren. Im Normalfall benutzten Akteurinnen und Akteure „Enttäuschung" also als Code, um damit die Haltung der von ihnen vertretenen Organisation zu charakterisieren, die diese gegenüber einer Entwicklung, einem Ereignis oder der Position eines anderen, nicht personalen Akteurs im Beziehungsgeflecht auf dem internationalen Parkett einnahm.

Ein Hinweis auf den Rang von „Enttäuschung" im Untersuchungssample ergibt sich, wenn man die Ausdrücke nach ihrer Intensität ordnet. „Entsetzt" drückt eine stärkere Reaktion aus als „befremdet". Um die Vehemenz emotional vorgetragener Kritik zu validieren, wurde das Quellenmaterial nach Klimaxgefügen durchsucht, bei denen der stärkere Ausdruck dem schwächeren folgt (zum Beispiel: „Enttäuschung und Verärgerung",[54] „besorgt und betroffen"[55]). Zusammengenommen ergeben solche Relationen eine Rangfolge, bei der man sicherlich über die eine oder andere Positionierung streiten kann.[56] Doch es fällt auf, dass die

[53] Gespräch des Bundeskanzlers Helmut Schmidt mit dem Ersten Sekretär des ZK der SED, Erich Honecker, in Helsinki, 30. 7. 1975, AAPD 1975, Dok. 230, S. 1075–1083, hier: S. 1076. Zur Begegnung von Schmidt und Honecker vgl. Anja Hanisch: Die DDR im KSZE-Prozess 1972–1985. Zwischen Ostabhängigkeit, Westabgrenzung und Ausreisebewegung. München 2012, S. 85–87. Vgl. für die bundesdeutsche Position außerdem Matthias Peter: Die Bundesrepublik im KSZE-Prozess 1975–1983. Die Umkehrung der Diplomatie. Berlin/Boston 2015.

[54] Botschafter Friedrich Buch, Kopenhagen, an das Auswärtige Amt, 27. 8. 1965, AAPD 1965, Dok. 336, S. 1387–1389, hier: S. 1388; Gespräch des Bundeskanzlers Hans-Georg Kiesinger mit dem französischen Botschafter François Seydoux, 29. 11. 1968, AAPD 1968, Dok. 396, S. 1530–1538, hier: S. 1538.

[55] Bundeskanzler Helmut Schmidt an den Generalsekretär des ZK der KPdSU, Leonid Breschnew, 31. 1. 1980, AAPD 1980, S. 213–215, hier: S. 214; Vortragender Legationsrat I. Klasse Michael Jansen an die Botschaft in Washington, 19. 9. 1985, AAPD 1985, Dok. 251, S. 1290–1292, hier: S. 1290.

[56] Für drei *emotives* („unbefriedigend", „unerfreulich", „ungehalten") enthalten die ausgewerteten Dokumente keine Klimaxgefüge. Sechs weitere („entsetzt", „resigniert", „unangenehm", „unerwünscht", „Unmut") lassen sich lediglich gegenüber einem einzigen anderen positionieren. Ihre Einordnung in der Intensitätsrangfolge ist dementsprechend unsicher und wurde nach dem Sprachgefühl des Autors vorgenommen.

stärkeren Ausdrücke tendenziell diejenigen sind, die im Quellenmaterial seltener vorkommen (Tab. 2). In der oberen Hälfte der Intensitätsskala finden sich viele Ausdrücke, die hinsichtlich ihrer Häufigkeit die hinteren Plätze belegen. Umgekehrt besitzen die am meisten verwendeten Gefühlswörter eine vergleichsweise geringe Intensität. Die vier *emotives*, die im Quellenmaterial am prominentesten vertreten sind, befinden sich hinsichtlich ihrer Intensität allesamt im unteren Mittelfeld. „Enttäuschung“, der am dritthäufigsten verwendete Begriff des Samples, steht hinsichtlich seiner Intensität erst an fünfzehnter Stelle.

1. empör*	(17.)	10. verstimm*	(8.)	19. befremd*	(16.)
2. entsetz*	(23.)	11. Unmut	(21.)	20. betrüb*	(24.)
3. *kränk*	(22.)	12. bestürz*	(20.)	21. unangenehm*	(9.)
4. *ärger*	(5.)	13. bedauer*	(2.)	22. unerfreulich*	(14.)
5. verletz*	(19.)	14. beunruhig*	(4.)	23. unerwünscht*	(7.)
6. *bitter*	(10.)	15. enttäusch*	(3.)	24. unbefriedigend*	(6.)
7. schock*	(13.)	16. betroffen*	(18.)	25. überrasch*	(12.)
8. ungehalten*	(25.)	17. *sorg*	(1.)		
9. resign*	(15.)	18. irrit*	(11.)		

Tab. 2: Intensität der untersuchten emotives (in Klammern steht der Rang hinsichtlich der Häufigkeit)

Allerdings rangiert das recht prominent vertretene *emotive* „*ärger*“ in der Tabelle ebenfalls weit oben. Obwohl die Akteurinnen und Akteure bevorzugt zu schwächeren Emotionsvokabeln griffen, mieden sie also nicht generell Ausdrücke, die eine deutliche Erregung bezeichneten. Die Wahl des emotionalen Registers war, wie Wilhelm Grewe betonte, situationsgebunden, denn unter Umständen konnte eine „harte Tonart“ nicht nur angemessen, sondern notwendig erscheinen.[57] Die emotionale Intensität kann daher nicht der einzige Parameter sein, nach dem sich der Gebrauch der *emotives* richtet. Deren Valenz hängt eng mit dem alltagssprachlichen Bedeutungsgehalt des bezeichneten Gefühls zusammen. Um dies zu veranschaulichen, soll im Folgenden „Enttäuschung“ im Kontrast zu anderen Gefühlsausdrücken inhaltlich konturiert werden.

„Enttäuschung“ als Bewertungskategorie

Um den Bedeutungsgehalt von „Enttäuschung“ von anderen Gefühlswörtern zu differenzieren, wird auf Ergebnisse der psychologischen Gefühlsforschung zurückgegriffen, die mit *appraisal*-Modellen arbeitet.[58] Ihnen liegt die Annahme zugrunde, dass Sinneswahrnehmungen in einem mehrstufigen Evaluationsprozess

[57] Vgl. Grewe: Sprache (wie Anm. 2), S. 8.
[58] Zu den *appraisal*-Theorien vgl. Jan Plamper: Geschichte und Gefühl. Grundlagen der Emotionsgeschichte. München 2012, S. 241–244.

verarbeitet werden. Dabei besteht der erste Schritt in einer Einordnung von Ereignissen nach bestimmten Kategorien – den Bewertungsdimensionen oder *appraisals*. Physiologische Reaktionen sind Ausdruck und Ergebnis dieser Differenzierungsleistung. Erst danach manifestiert sich das Gefühl als bewusste Repräsentation des Erlebten. Am Ende des Bewertungsprozesses erfolgt eine Kategorisierung und Zuordnung zu den semantischen Profilen von Emotionswörtern.[59] Die Bewertungsdimensionen variieren von Modell zu Modell, sie stimmen jedoch darin überein, dass Faktoren wie „angenehm" – „unangenehm", der Neuigkeitswert, die Auswirkung auf die Motivation, die Attribuierung von Verantwortlichkeit und das Bewältigungspotenzial in die Bewertung einfließen.[60]

Ein hervorstechendes Kriterium von Enttäuschung ist die Erwartungsdiskrepanz. Nicht eingelöste Erwartungen stehen im Zentrum von Definitionen dieses Gefühls aus ganz unterschiedlichen Fachrichtungen.[61] Die Resultate von psychologischen Testreihen zu den *appraisals* von unterschiedlichen negativen Gefühlen ergaben ebenfalls, dass Enttäuschung als etwas Unerwartetes erlebt wird – und zwar signifikant stärker als Bedauern, Traurigkeit und Ärger.[62] Im alltagssprachlichen Gebrauch ist die Erwartungsdiskrepanz also eine zentrale Bewertungsdimension, die zum Erleben von Enttäuschung führt.

Auch der Gebrauch von „Enttäuschung" als Code in der diplomatischen Sprache weist dieses Charakteristikum auf. Oft thematisierten die Akteure Erwartungen sogar explizit, wenn sie Enttäuschung zum Ausdruck brachten. Ein gutes Beispiel dafür ist ein Meinungsaustausch zwischen Egon Bahr und seinem Ostberliner Gegenpart Michael Kohl im November 1970. Dieses Gespräch war der Auftakt von Verhandlungen, die zum späteren Grundlagenvertrag führten. Darin ließ Kohl durchblicken, dass er den Absichtserklärungen der Bundesregierung misstraue, mit der DDR als gleichberechtigtem, unabhängigem Staat Beziehungen aufzunehmen. Diese Bemerkung bezeichnete Bahr als „enttäuschend", weil er einen „positiveren Kommentar" erwartet habe. Daraufhin erwiderte Kohl, er würde es begrüßen, wenn sich die Politik der Bundesregierung auf der Linie ihrer Absichtserklärung bewege; zurzeit gebe es aber noch „bedauerliche Diskrepanzen".[63]

[59] Vgl. Klaus R. Scherer/Agnes Moors: The Emotion Process. Event Appraisal and Component Differentiation. In: ARP 70 (2019), S. 719–745, hier: S. 722.

[60] Im Folgenden wird zurückgegriffen auf die Übersicht bei Klaus R. Scherer: The Dynamic Architecture of Emotion. Evidence for the Component Process Model. In: Cognition & Emotion 23 (2009), S. 1307–1351, hier: S. 1310–1313.

[61] David E. Bell: Disappointment in Decision Making Under Uncertainty. In: Operations Research 33 (1985), S. 1–27, hier: S. 1; Wilco W. van Dijk: Shattered Hopes & Dashed Dreams. On the Psychology of Disappointment. Amsterdam 1999, S. 13; Nina Heinsohn/Michael Moxter: Einleitung. In: dies. (Hg.): Enttäuschung. Interdisziplinäre Erkundungen zu einem ambivalenten Phänomen. Paderborn 2017, S. 1–33, hier: S. 10; Gotto: Enttäuschung (wie Anm. 10), S. 13f.

[62] Wilko W. van Dijk/Marc Zeelenberg: Investigating the Appraisal Patterns of Disappoinment and Regret. In: ME 26 (2002), S. 321–331, hier: S. 328.

[63] Gespräch von Staatssekretär Egon Bahr mit dem Staatssekretär beim Ministerrat der DDR Michael Kohl in Ost-Berlin, 27. 11. 1970, AAPD 1970, Dok. 574, S. 2137–2150, hier: S. 2148. Zu den Verhandlungen zwischen Bahr und Kohl vgl. Wentker: Außenpolitik (wie Anm. 52), S. 330–

Während Bahr also akzentuierte, dass eine freundlichere Haltung der DDR angebracht und erwünscht sei, vermied Kohl ein dementsprechendes Signal. Mit der Wahl des *emotives* „bedauerlich“ war keine Abweichung von etwas Erwünschtem gemeint, vielmehr konstatierte Kohl damit die Präsenz von etwas Störendem.[64] Bahr sandte mit dem Enttäuschungscode den unausgesprochenen Appell aus, die DDR möge den guten Willen der Bundesrepublik anerkennen, während Kohls „Bedauern“ keinen Impuls für eine Veränderung der Situation enthielt.

Das Dokument offenbart allerdings auch, dass die Erwartungsdiskrepanz, die Bahr akzentuierte, rein performativ war. Ganz am Ende seiner Gesprächsniederschrift hielt er nämlich in einer ersten Bewertung fest, dass Kohls Verhalten „in keinem Punkt […] unerwartet“[65] gewesen sei. Bahr hatte also sehr wohl damit gerechnet, dass die DDR den Bekundungen der Bundesregierung über ihre Motive im Zusammenhang der Neuen Ostpolitik keinen Glauben schenkte. Er nutzte das *emotive* „enttäuschend“ zielbewusst als Mittel, um seinem Gegenüber zu verdeutlichen, wie die Bundesregierung das Misstrauen der DDR-Führung ihr gegenüber aufnahm.

Der starke Akzent auf der Erwartungsdiskrepanz unterscheidet „Enttäuschung“ von anderen Gefühlsausdrücken im Sample, beispielsweise von „Ärger“, „Beunruhigung“ oder „Besorgnis“. Es ist also eine besondere Qualität von „Enttäuschung“, Erwartungen zu thematisieren. Das gilt nicht nur für die Bewertung der Vergangenheit, sondern auch mit Blick auf zukünftige Entwicklungen. Oftmals nutzten die Diplomaten das Mittel, zukünftige Enttäuschungen für den Fall einer unerwünschten Handlungsweise anzukündigen, um bestimmte Erwartungen an ihr Gegenüber heranzutragen.[66] Umgekehrt konnten sie eine Wertung des eigenen Handelns als enttäuschend mit dem Argument konterkarieren, sie hätten vorhersehbar und folgerichtig agiert.[67] „Enttäuschung“ als kommunikativer Code ermöglichte es mithin, auch die Gültigkeit von Erwartungen auszuhandeln.

335; Mary Elise Sarotte: Dealing with the Devil. East Germany, Détente, and Ostpolitik, 1969–1973. Chapel Hill 2001, S. 125–127. Zum Auftaktgespräch selbst vgl. auch Egon Bahr: Zu meiner Zeit. München 1996, S. 357.

[64] Vgl. zu diesem Unterschied Wilko W. van Dijk: Not Having What You Want versus Having What You Do Not Want. The The Impact of Type of Negative Outcome on the Experience of Disappointment and Related Emotions. In: Cognition & Emotion 13 (1999), S. 129–148, hier: S. 135–137.

[65] Gespräch (wie Anm. 63), S. 2150.

[66] Etwa im dritten Gespräch zwischen Bahr und Kohl: Gespräch von Staatssekretär Egon Bahr mit dem Staatssekretär beim Ministerrat der DDR Michael Kohl in Ost-Berlin, 28. 6. 1972, AAPD 1972, Dok. 190, S. 827–852, hier: S. 848.

[67] Mit diesem Argument wies während der Verhandlungen über das deutsch-israelische Wiedergutmachungsabkommen der deutsche Delegationsleiter Franz Böhm die „tiefe Enttäuschung“ der israelischen Seite darüber zurück, dass die Bundesrepublik keine bindende Zahlungsverpflichtung eingehen wollte, ohne dass die zeitgleich tagende Londoner Konferenz über die deutschen Auslandsschulden zu einem Ergebnis gekommen war: Aufzeichnung des Delegationsleiters Böhm, Wassenaar, 7. 4. 1952, AAPD 1952, Dok. 97, S. 270–272, hier: S. 271. Vgl. dazu Constantin Goschler: Schuld und Schulden. Die Politik der Wiedergutmachung für NS-Verfolgte seit 1945. Göttingen 2005, S. 165–171.

Nicht nur mit „Enttäuschung“ ließ sich zum Ausdruck bringen, dass ein Ereignis unerwartet eintrat und als unangenehm eingeordnet wurde. Dies leisteten auch die Begriffe „überrascht“, „befremdet“, „irritiert“, „bestürzt“, „schockiert“ und „entsetzt“. Gemessen an der emotionalen Intensität befindet sich „enttäuscht“ genau in der Mitte dieser Skala. Damit wählten außenpolitische Akteurinnen und Akteure also einen moderaten Ausdruck, der noch Steigerungsmöglichkeiten offenließ.

Eine weitere Bewertungsdimension, durch die der Code „Enttäuschung“ modelliert wird, ist die Zuschreibung von Verantwortlichkeit. Die Gefühlswörter unterscheiden sich darin, wem damit die Schuld für eine negativ bewertete Handlung oder Entwicklung in die Schuhe geschoben wird. Alltagssprachlich wird „Enttäuschung“ am ehesten auf nicht weiter beeinflussbare äußere Umstände zurückgeführt. „Bedauern“ ist enger mit eigenem Verschulden verknüpft, während als Auslöser für „Ärger“ das Handeln einer anderen Person gilt.[68] In dieser Hinsicht unterscheidet sich die alltagssprachliche Semantik von den entsprechenden *emotives* im diplomatischen Jargon. Als Michael Kohl im oben aufgeführten Beispiel zwischen den Absichtserklärungen der Bundesregierung und ihrem Handeln „bedauerliche Diskrepanzen“ behauptete, ging es ihm nicht darum, damit ein eigenes Verschulden anklingen zu lassen, eher im Gegenteil. Der Gebrauch von „Bedauern“ und „Enttäuschung“ unterschied sich nicht darin, die Verantwortlichkeit zu akzentuieren, sondern darin, einen alternativen Möglichkeitsraum für sein Gegenüber anzudeuten oder dies absichtsvoll zu unterlassen. Die feinen Unterschiede im semantischen Gehalt der *emotive*s eröffneten damit die Möglichkeit, eine Leerstelle zu markieren, das Nichtgesagte wahrnehmbar zu machen.

Bezeichnend dafür, wie die Akteurinnen und Akteure mithilfe von Gefühlsvokabular Schuldzuweisungen akzentuieren oder verschleiern konnten, sind grammatische Feinheiten in der Formulierung. Es ist typisch, dass Bahr nicht sagte, er sei von Kohl enttäuscht, sondern dass er dessen Bemerkung „enttäuschend“ finde. In der Regel verwendeten die Akteure „Enttäuschung“ in einer Form, die Konfrontation abdämpfte und direkte Vorwürfe vermied. Dies lässt sich etwa an den Kommentaren Willy Brandts und der Vertreter der Beneluxstaaten ablesen, nachdem Frankreich im Dezember 1967 die Aufnahme von Verhandlungen über einen britischen Beitritt zur EWG im Europäischen Rat verhindert hatte. Keiner unter ihnen nannte den Schuldigen beim Namen, alle beließen es dabei, den Verlauf und den Ausgang der Ratstagung als „enttäuschend“ zu charakterisieren.[69] Dadurch vermieden die Teilnehmer es, de Gaulle offen zu brüskieren, und erreichten so ein Maß an Gesichtswahrung, das für den Fortgang von Verhandlungen über weitere Integrationsschritte unerlässlich war.[70] Dennoch hatten sich die fünf übrigen Mit-

[68] Vgl. Dijk/Zeelenberg: Investigating (wie Anm. 62), S. 327f.

[69] Fernschreiben EWG-Botschafter Hans-Georg Sachs an das Auswärtige Amt, 20.12.1967, AAPD 1967, Dok. 442, S. 1686–1694, hier: S. 1692f.

[70] Auch in diesem Fall wurden die Ratsmitglieder keineswegs überrascht, vielmehr hatte die französische Regierung sie bereits vor der Ratstagung darüber informiert, dass sie sich gegen die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen aussprechen werde; vgl. Henning Türk: Die Europapolitik der Großen Koalition 1966–1969. Berlin 2010, S. 126f.

glieder eindeutig genug gegen die französische Haltung positioniert, dass die britische Regierung ihre Reaktion als klaren Erfolg beurteilte.[71]

Im Unterschied zu diesem – die Verantwortlichkeit verschleiernden – Gebrauch eines *emotive* nannten außenpolitische Akteure im Falle von „Verärgerung“ in der Regel Ross und Reiter. Ein Beispiel dafür ist ein Gespräch zwischen dem französischen Außenminister Michel Debré und dem deutschen Botschafter in Paris am 5. Februar 1969. Debré beklagte sich bei dieser Gelegenheit über Belastungen des deutsch-französischen Verhältnisses. Während er für diese – wörtlich – „Enttäuschung“ niemanden direkt verantwortlich machte, konkretisierte er die Auslöser für seine „Verärgerung“ in diesem Zusammenhang: Bundeswirtschaftsminister Karl Schiller und Bundesfinanzminister Franz Josef Strauß, denen er unterstellte, absichtlich das Klima zwischen Paris und Bonn zu verschlechtern.[72] Genau wie bei „Ärger“ wurde der Verursacher von Reaktionen, die mit den Ausdrücken „ungehalten“, „verletzt“, „gekränkt“ und „empört“ beschrieben wurden, in aller Regel explizit benannt. Gerade die drei letztgenannten Ausdrücke implizierten darüber hinaus, dass nicht allein der jeweilige Staat oder die Organisation betroffen war, sondern dessen beziehungsweise deren Vertreter als Person. Demgegenüber vermieden die Akteure in aller Regel direkte Schuldzuweisungen, wenn sie „Enttäuschung“ als Dissensfloskel wählten – in den seltenen Fällen, in denen sie Enttäuschung als ihre eigene Empfindung kennzeichneten, benannten sie dagegen fast immer auch konkrete Personen, auf deren Handlungen sie ihr Gefühl zurückführten.[73]

Doch direkte Schuldzuweisungen im Gewande von Enttäuschungsbekundungen bildeten die Ausnahme. „Enttäuschung“ als Bewertungskategorie zeichnete sich dadurch aus, eine Erwartungsdiskrepanz kenntlich zu machen und als unwillkommen zu markieren. Ein die persönliche Verantwortlichkeit verschleiernder Gebrauch dieses *emotive*s ermöglichte es, negative Urteile und Einschätzungen in einer akzeptablen, gefälligen Form zu übermitteln. Dadurch transportierte dieser Code Botschaften, die sich nicht auf den Auslöser von Dissens bezogen, sondern auf dessen Folgen abzielten. Diese wirkten sich häufig darauf aus, wie Staaten, NGOs und ganze Staatengruppen ihr Verhältnis zueinander einschätzten.

„Enttäuschung“ als Beziehungsmarker

Die Pflege und das Einschätzen von wechselseitigen Beziehungen ist nicht eine Aufgabe unter vielen. Jede Geste und jede Äußerung der Akteurinnen und Akteure auf internationaler Bühne ist ein Akt, der den Status von inter- oder transnationalen Beziehungen thematisiert und aktualisiert. Analog zum berühmten

[71] Vgl. Helen Parr: Britain's Policy Towards the European Community. Harold Wilson and Britain's World Role, 1964–1967. London 2006, S. 155f.

[72] Sigismund Freiherr von Braun an Willy Brandt, 6. 2. 1969, AAPD 1969, Dok. 48, S. 159f.

[73] Vgl. z. B. Fernschreiben Botschafter Walter Haas, Conakry, an Staatssekretär Karl Carstens, 22. 10. 1964, AAPD 1964, Dok. 293, S. 1175f., hier: S. 1176.

Diktum von Paul Watzlawick ist es ihnen unmöglich, keine Beziehungsarbeit zu leisten. Das gilt gerade für Zeiten von Spannungen und Streit. Gesprächsfähig zu bleiben und Dissens so zu vermitteln, dass kein Bruch entsteht, ist eine Grundvoraussetzung der modernen Diplomatie. Ihr Ziel, wie die Politikwissenschaftlerin Danielle Allen 2004 schrieb, „is to develop practices that support vigorous argument about political disagreements by sustaining the relationships that make it worthwhile to argue with others in the first place".[74] Vor allem für die Jahrzehnte der weltpolitischen Blockkonfrontation in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts und der Drohung wechselseitiger Vernichtung erscheint diese Maxime plausibel. So ist es auch kein Wunder, dass Hans-Dietrich Genscher als einer der herausragenden außenpolitischen Akteure der Bundesrepublik Kommunikation zum Schlüsselelement seiner gesamten sicherheitspolitischen Konzeption erhob.[75]

Grundsätzlich galt „Enttäuschung" als potenzielle Belastung und Gefahr. In dieser Hinsicht unterschied sich der außenpolitische Jargon nicht vom innenpolitischen Kommunikationsraum der Bundesrepublik.[76] In keinem anderen Punkt tritt die Analogie zu zwischenmenschlichen Beziehungen so deutlich zutage. Der Chef des Leitungsstabes im Auswärtigen Amt, Klaus Kinkel, sprach 1978 nach einer Syrien-Reise sogar von einer „enttäuschten Liebe" der Syrer zu Deutschland.[77] Enttäuschung erschien als Auslöser für Entfremdung und Distanz. Aus diesem Grund warnten Diplomaten oft davor, überzogene Erwartungen zu wecken, die dann später zwangsläufig zu Enttäuschungen führen müssten. Diese Schlussfolgerung zog Ende September 1981 der Leiter der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei den Vereinten Nationen in New York aus einem Gespräch mit Vertretern der Organisation für Afrikanische Einheit über den Stand der Unabhängigkeitsbestrebungen Namibias, an dem auch Genscher teilgenommen hatte. Dessen konsequentes Engagement für die Unabhängigkeit des ehemaligen deutschen Kolonialgebiets von Südafrika habe die deutsche Außenpolitik mit viel Glaubwürdigkeit ausgestattet, während die afrikanischen Diplomaten den USA mit Misstrauen gegenüberstünden. Zugleich jedoch blickten sie „weiter erwartungsvoll auf Bonn, und wir müssen sehen, daß bei zu drastischen

[74] Zitiert nach Oglesby: Language (wie Anm. 35), S. 243.

[75] Vgl. Agnes Bresselau von Bressensdorf: Frieden durch Kommunikation. Das System Genscher und die Entspannungspolitik im Zweiten Kalten Krieg 1979–1982/83. Berlin/Boston 2015.

[76] Gotto: Enttäuschung (wie Anm. 10), S. 350f.

[77] Aufzeichnungen des Ministerialdirektors Klaus Kinkel, 28. 3. 1978, AAPD 1978, Dok. 90, S. 452f., hier: S. 452. Auch Bundeskanzler Helmut Kohl begründete seine Bitte um psychologische Unterstützung in den Abrüstungsverhandlungen an den US-amerikanischen Vizepräsidenten George Bush 1987 mit dem Hinweis, die CDU-Anhänger empfänden gegenüber den Vereinigten Staaten eine enttäuschte Liebe, vgl. Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem amerikanischen Vizepräsidenten Bush, 30. 9. 1987, AAPD 1987, Dok. 274, S. 1391–1398, hier: S. 1397. Zum Topos der „drohenden Entfremdung" der Deutschen von den USA in den 1980er-Jahren vgl. Andreas Wirsching: Abschied vom Provisorium. Die Geschichte der Bundesrepublik Deutschland 1982–1990. Stuttgart 2006, S. 500–503, S. 563–565; Reinhild Kreis: Bündnis ohne Nachwuchs?. Die „Nachfolgegeneration" und die deutsch-amerikanischen Beziehungen in den 1980er Jahren. In: AfS 52 (2012), S. 607–631, hier: S. 607–611.

Enttäuschungen […] die Gefahr tiefgreifender Belastungen auch unserer Beziehungen gegeben ist“.[78]

An diesem Beispiel wird sichtbar, dass die von Genscher systematisch geleistete Vertrauensarbeit eine gewisse Fallhöhe hervorbrachte. Diese bestand im Risiko, dass sich das Verhältnis zu den afrikanischen Staaten deutlich verschlechtern konnte, sobald die bundesdeutsche Außenpolitik deren Erwartungen nicht mehr genügen würde. Die Konsequenz der Expertinnen und Experten war ein wohldosiertes Erwartungsmanagement. Es musste genügend Hoffnungen wecken, damit sich die Bundesrepublik glaubwürdig von anderen Staaten absetzen und somit als bevorzugter Partner erscheinen konnte, und zugleich den Eindruck vermeiden, falsche Versprechen gemacht zu haben. Auch in dieser Hinsicht zeigt sich eine Analogie zu zwischenmenschlichen Beziehungen, denn das Absenken von Erwartungen ist eine erprobte Strategie, um Enttäuschungen abzumildern beziehungsweise ganz zu vermeiden.[79]

Auch wenn gar nicht explizit von Gefahren oder Belastungen die Rede war, thematisierte „Enttäuschung“ stets den Stand der Beziehungen. Denn darin schwang immer der Vergleich zu einer Vorstellung mit, wie die Dinge hätten besser laufen können. Solche impliziten Erwartungen bildeten normative Verhaltensstandards ab, die mit Beziehungsqualität begründet wurden. Besonders „vertrauensvolle“, „enge“ oder gar „freundschaftliche“ Beziehungen gingen mit erhöhten Erwartungen an das Wohlverhalten eines Partners einher. Das galt keinesfalls nur für Beziehungen, deren Pflege aus strategischen oder historischen Gründen einen besonders hohen Stellenwert für die bundesdeutsche Außenpolitik hatte, wie etwa das transatlantische Bündnis mit den USA oder die „Erbfreundschaft“ zu Frankreich. So erklärte im Frühjahr 1968 der türkische Botschafter in Bonn, Oguz Gökmen, das Ausmaß der Enttäuschung auf türkischer Seite darüber, dass die Bundesregierung die diplomatischen Beziehungen zu Zypern wieder aufgenommen hatte, mit der tief verwurzelten Freundschaft, die sein Land gegenüber Deutschland hege.[80] Auch

[78] Bericht von Botschafter Günther van Well an das Auswärtige Amt über ein Gespräch mit Vertretern der Organisation für Afrikanische Einheit am 21. September 1981 in New York, 23. 9. 1981, AAPD 1981, Dok. 269, S. 1420–1422, hier: S. 1422. Zum Hintergrund vgl. Gabriele Brenke: Die Bundesrepublik Deutschland und der Namibia-Konflikt. München 1989, S. 155–158; aus Sicht des damaligen Leiters des Referats für Ost- und Südafrika im Auswärtigen Amt vgl. Hans-Joachim Vergau: Die Rolle Deutschlands bei der Lösung der Namibia-Frage im Rahmen der Vereinten Nationen. In: Helmut Volger/Norman Weiß (Hg.): Die Vereinten Nationen vor globalen Herausforderungen. Referate der Potsdamer UNO-Konferenzen 2000–2008. Potsdam 2011, S. 181–191.

[79] Vgl. Wilko W. van Dijk/Marcel Zeelenberg/Joop van der Pligt: Blessed Are Those Who Expect Nothing. Lowering Expectations as a Way Of Avoiding Disappointment. In: JEP 24 (2003), S. 505–516; Orit E. Tykocinski: I Never Had a Chance. Using Hindsight Tactics to Mitigate Disappointments. In: PSPB 27 (2003), S. 376–382.

[80] Gespräch von Staatssekretär Georg Ferdinand Duckwitz mit dem türkischen Botschafter Oguz Gökmen am 5. März 1968 in Bonn, 5. 3. 1968, AAPD 1968, Dok. 83, S. 313–316, hier: S. 315. Im Hintergrund stand nicht allein der Zypern-Konflikt, sondern auch die Hallstein-Doktrin; vgl. Clement Dodd: The History and Politics of the Cyprus Conflict. Houndmills 2010; Werner Kilian: Die Hallstein-Doktrin. Der diplomatische Krieg zwischen der BRD und der DDR 1955–1973. Berlin 2001, S. 227–250.

deutsche Diplomaten setzten dieses Argument ein, etwa als sich der deutsche Botschafter in Accra im April 1965 beim ghanaischen Präsidenten Kwame Nkrumah darüber beschwerte, dass dieser beim Empfang einer DDR-Delegation ein gegen Westdeutschland gerichtetes Plakat geduldet habe.[81]

Derartige Verwendungsweisen von „Enttäuschung" funktionierten ganz unabhängig davon, wie treffend sie den Beziehungsstatus wiedergaben. Entscheidend ist, dass sie die Ebene der gegenseitigen Beziehungen überhaupt ansprachen. Man kann dies als performativen Akt auffassen. In manchen Dokumenten schimmert diese performative Qualität von Enttäuschungsäußerungen hindurch, insbesondere in Instruktionen des Auswärtigen Amtes an Diplomaten, einem Vertreter eines anderen Staates die Enttäuschung der Bundesregierung „zum Ausdruck zu bringen".[82] So verstanden, transportierte „Enttäuschung" die Botschaft, dass ein außenpolitischer Akteur an dem Ergehen eines Gegenübers interessiert war, und dass er davon ausging, dass dieses Interesse vom anderen erwidert werde. Denn „Enttäuschung" beinhaltete den Appell, eine Störung zu beseitigen und die Beziehung dadurch zu heilen. „Enttäuschung" akzentuierte im Gewand der Klage also letztlich Wertschätzung. Die Botschaft lautete, dass die wechselseitige Beziehung zu wertvoll sei, um ihre Beeinträchtigung klaglos hinzunehmen.

Weil „Enttäuschung" also Erwartungen anklingen ließ, konnten Akteurinnen und Akteure dadurch die gegenseitige Wertschätzung ins Spiel bringen. Darüber hinaus akzentuierte dieser Code noch ein anderes bedeutsames Element eines außenpolitischen Verhältnisses, nämlich die Dauerhaftigkeit der Beziehung. „Enttäuschung" integriert die Zeitebenen Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft: Der Auslöser von Enttäuschungen – die Handlung, auf die sich das Gefühl bezieht – und der Maßstab, der zu seiner emotionalen Bewertung führt – die Erwartungen – umschließen Vergangenheit und Gegenwart; der Veränderungsappell, den „Enttäuschung" einschließt, verweist auf die Zukunft. Aus diesem Grund markierte „Enttäuschung" keinen Bruch, sondern hob im Gegenteil auf die Kontinuität der Beziehung ab. Wenn das Ziel diplomatischen Handelns darin besteht, zwischenstaatliche und transnationale Beziehungen unabhängig von außenpolitischen Wechselfällen und Akteurskonstellationen zu pflegen und zu erhalten,[83] dann kommt diesem Subtext von „Enttäuschung" herausgehobene Bedeutung zu. Wie die angeführten Beispiele zeigen, war „Enttäuschung" dazu geeignet, die Beziehungsebene nicht allein anzusprechen, sondern auch deren Persistenz kommu-

[81] Botschafter Hans-Georg Steltzer an das Auswärtige Amt, 9. 4. 1965, AAPD 1965, Dok. 176, S. 701–706, hier: S. 701. Zu Ghana als Terrain deutsch-deutscher Anerkennungskonflikte vgl. Kilian: Hallstein-Doktrin (wie Anm. 80), S. 67–83.

[82] Vgl. z. B. Heinrich Northe an Botschafter Wilhelm Grewe, Washington, 6. 2. 1961, AAPD 1961, Dok. 36, S. 148–153, hier: S. 148, Anm. 3. Auch in der multilateralen Konferenzdiplomatie gab es derartige Absprachen zwischen den Vertretern unterschiedlicher Staaten, beispielsweise im Vorfeld der Abrüstungsverhandlungen über konventionelle Waffen: Friedrich Ruth an das Auswärtige Amt, 6. 2. 1973, AAPD 1973, Dok. 37, S. 185–189, hier: S. 187. Ruth leitete die bundesdeutsche Delegation bei den MBFR-Explorationsgesprächen in Wien.

[83] So Oglesby: Language (wie Anm. 35), S. 243.

nikativ zu unterstreichen. Als Beziehungsmarker stellte „Enttäuschung“ mithin eine Momentaufnahme in einem Prozess dar, dem kein Ende gesetzt war.

Im Wege einer solchen Momentaufnahme ließen sich durch „Enttäuschung“ Erwartungen als Teil einer permanenten Beziehungsarbeit ansprechen. Die vermeintlich gewundene, umständliche oder verklausulierende Form der Ansprache, die als Kennzeichen des diplomatischen Jargons gilt, lässt sich daher als nützliche, wenn nicht sogar notwendige Form interpretieren, um Interessen zu artikulieren. Mit „Enttäuschung“ konnten Akteurinnen und Akteure ihre Anliegen und Erwartungen in einer sozial akzeptablen Form kommunizieren. Sie ließen damit Aushandlungsspielräume offen. Anders als bei einem Ultimatum blieb damit Raum für eine gemeinsame Konfliktlösung. Auf der Beziehungsebene sandte „Enttäuschung“ also ein Signal der Kompromiss- und Kooperationsbereitschaft aus – genauso wie die ostentativ bekundete Bereitschaft, Enttäuschungen der Vergangenheit hinter sich lassen zu wollen.[84]

Ob die Bedeutungsschattierungen und -ebenen von „Enttäuschung“, die in den AAPD zutage treten, in vergleichbaren Quellenkorpora aus anderen Sprachen anders ausfallen, kann hier nicht weiter untersucht werden. Doch die breite Streuung von „Enttäuschungs“-Wendungen in Dokumenten aus geografisch und kulturell weit voneinander entfernten Provenienzen, die sich bereits in dem hier ausgewerteten Quellenkorpus niederschlägt, ist ein Indiz dafür, dass Gefühlsvokabular zu einem weltumspannenden diplomatischen Jargon dazugehörte. Möglicherweise ist diese Phase abgeschlossen, weil die Kommunikation und Vermittlung außenpolitischer Anliegen und Botschaften im Zeitalter der Digitalisierung längst den Deutungsrahmen eines begrenzten Kreises von Expertinnen und Experten überschritten hat.[85] Gleichwohl hat das Gefühlsregister als Bestandteil staatlicher Selbstrepräsentation nichts von seiner Relevanz verloren, wie Alun Jones und Julian Clark am Beispiel der UN-Vollversammlungen nachgewiesen haben.[86] Daher kann man darüber streiten, ob Staaten Gefühle „haben“ – auf alle Fälle zeigten und zeigen sie sie, und dies, wie sich am Beispiel von „Enttäuschung“ ablesen lässt, mit gutem Grund.

Abstract

This article uses the example of “disappointment” to examine the functions of emotional vocabulary in diplomatic communication. The analysis is based on a screening of the approximately 12,000 documents published in *Akten zur Aus-*

[84] Vgl. z. B. Gespräch des Bundesministers Gerhard Schröder mit dem britischen Außenminister Michael Stewart in London, 16. 3. 1966, AAPD 1966, Dok. 71, S. 305–317, hier: S. 314.

[85] Vgl. zur Transformation der Diplomatie die Referenzstudie von James Pamment: British Public Diplomacy and Soft Power. Diplomatic Influence and the Digital Disruption. London 2016.

[86] Vgl. Alun Jones/Julian Clark: Performance, Emotions, and Diplomacy in the United Nations Assemblage in New York. In: AAAG 109 (2019), S. 1262–1278.

wärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland (AAPD, documents concerning German foreign relations). The emotional words contained in these documents do not reflect the feelings of diplomats, but instead carry meaning as specific codes of diplomatic terminology. In this sense, "disappointment" is not a feeling but in fact a message. To distinguish such messages from personal feelings, the article discusses the concept of "emotives" (William Reddy), used to address the symbolic dimension of issues, events, and actions in connection with the status of inter-, trans-, and supranational relationships. The term "disappointment" was used as a code in the evaluated documents to indicate a discrepancy of expectation that was considered unpleasant. Diplomats often disguised their reactions by not directly referring to individuals and their actions as "disappointing" but instead only to the outcome of such actions. "Disappointment" also marked a state of mutual relations, involving a threat to cooperation and trust. The diplomats were however able to express their general esteem by warning of potential future disappointments or by underscoring that they sought to put past disappointments behind them. "Disappointment", moreover, addressed the persistence of relationships as well, as it entailed an appeal to avoid or heal a disruption.

Philipp Gassert

„Vertrauen“ als Code für Einfluss, Recht auf Mitsprache und Macht

Zur Rhetorik westdeutscher Außenbeziehungen (1949–1991)

Als Ausgangspunkt der nachfolgenden Überlegungen kann eine bekannte Karikatur in der britischen Zeitschrift „Punch“ dienen, die 1950 den Schuman-Plan und die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS) als eine Strategie zur Überwindung von Misstrauen im deutsch-französischen Verhältnis visualisierte. Zu sehen waren Bundeskanzler Konrad Adenauer und der französischen Außenminister Robert Schuman, die beiderseits eines tiefen Canyons von „Mistrust“ und „Suspicion“ stehen.[1] Der Stahlträger der Montanunion soll diesen, wohl an das Rheintal erinnernden historischen Graben aus Verdächtigungen und Misstrauen überbrücken. Tatsächlich führten die EGKS und die späteren Schritte der europäischen Vergemeinschaftung zu einer beispiellosen Phase deutsch-französischer Kooperation im Kalten Krieg. Diese sei zwar keineswegs konfliktfrei verlaufen, am Ende aber sei sie von Verständnis, Vertrauen und schließlich „Freundschaft“ geprägt gewesen – sofern es so etwas wie „Freundschaft“ zwischen Kollektiven überhaupt geben könne. So jedenfalls wird dieses Vertrauensmotiv in Sonntagsreden von deutschen und französischen Politikerinnen und Politikern beschrieben, etwa 2019 aus Anlass der Aachener Feierlichkeiten zur Erneuerung des deutsch-französischen Vertrags.[2]

Indes sollte man sich hüten, scheinbar weiches „Vertrauen“ und scheinbar harte „Interessen“ gegeneinanderzustellen. Denn während die französische Politik 1950 bekanntlich darauf abzielte, mittels der EGKS das westdeutsche ökonomische und somit rüstungswirtschaftliche Potenzial zu kontrollieren und einzuhegen, erhofften sich Kanzler Adenauer und seine Nachfolger, durch die Definition gemeinsamer Interessen mit den westlichen Ländern die Beschränkungen der bundesdeutschen

[1] Pont de la concorde, Punch, 17. 5. 1950, http://punch.photoshelter.com/image/I0000RFi6_FSbvSc (letzter Zugriff am 2. 4. 2020).

[2] Rede von Bundeskanzlerin Merkel zur Unterzeichnung des Vertrags zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Französischen Republik über die deutsch-französische Zusammenarbeit und Integration am 22. Januar 2019 in Aachen, https://www.bundeskanzlerin.de/bkin-de/aktuelles/rede-von-bundeskanzlerin-merkel-zur-unterzeichnung-des-vertrags-zwischen-der-bundesrepublik-deutschland-und-der-franzoesischen-republik-ueber-die-deutsch-franzoesische-zusammenarbeit-und-integration-am-22-januar-2019-in-aachen-1571070 (letzter Zugriff am 2. 4. 2020).

https://doi.org/10.1515/9783110680522-006

Souveränität abzubauen und sich einen außenpolitischen Spielraum zu verschaffen.[3] In der europäischen Vergemeinschaftung und Selbsteinbindung sahen die frühen Bundesregierungen den Königsweg zurück zu Einfluss, zu Mitsprache und letztlich auch zu Macht. Durch eine Politik scheinbarer und tatsächlicher Vorleistungen und durch unermüdliches Vertrauenswerben verbesserte die Bundesrepublik ihre außenpolitische Lage. Es galt „nach zwei Weltkriegen" einen neuen Ton in der Außenpolitik anzuschlagen und auch habituell eine breite Distanz zwischen sich und die brutal machtegoistische Politik der Epoche vor 1945 zu bringen.[4]

„Vertrauen", so die hier vertretene These, wurde im Laufe der Geschichte der alten Bundesrepublik zu einem Code für Einfluss, Recht auf Mitsprache und Macht. Wie es Bundesaußenminister Willy Brandt 1967 zuspitzte, habe die deutsche Außenpolitik „nach den Kriegen über keinerlei Machtmittel" verfügt, „die konventionell als Attribute der Souveränität gelten". Sie habe sich auf ihre intellektuelle und moralische Kraft verlassen müssen und sei darauf angewiesen gewesen, „Vertrauen, Einsicht und guten Willen" zu wecken.[5] Indem die alte Bundesrepublik nachgerade rührend um „Vertrauen" warb und dieses Werben zu einer Richtschnur ihrer Außenpolitik erhob, suchte sie auf scheinbar „weiche" Art ihre Handlungsspielräume zu erweitern. „Vertrauenspolitik" war ein markantes Erkennungszeichen westdeutscher Diplomatie. Sie hatte sich spätestens in der Ära Kohl in den 1980er-Jahren zu einem wichtigen Teilaspekt des außenpolitischen Stils der Bundesrepublik als „Zivilmacht" verfestigt.[6] So schwamm sich der westdeutsche Staat von den Beschränkungen seiner Außenpolitik auch auf innenpolitisch wie ethisch akzeptable Art frei und konsolidierte seine europäische Schlüsselposition.

Im Folgenden wird die Frage aufgeworfen, welchen Erkenntnisgewinn die Fokussierung auf „Vertrauen", das – ausgehend von Soziologie und Ökonomie seit den 1960er-Jahren sowie der Politologie seit den 1990er-Jahren – seit der Jahrtausendwende auch in der Historiografie ein viel diskutiertes analytisches Konzept geworden ist,[7] für die Untersuchung westdeutscher Außenpolitik bringen könnte.

[3] Vgl. Jürgen Weber: Der Ausweg aus dem deutsch-französischen Dilemma. Schuman-Plan und Westintegration. In: ders. (Hg.): Die Bundesrepublik wird souverän 1950–1955. München [3]1998, S. 21; prinzipiell gilt dieses Motiv der nationalen Selbstbehauptung durch Integration auch für andere europäische Staaten, vgl. Guido Thiemeyer: Europäische Integration. Motive – Prozesse – Strukturen. Köln u. a. 2010, S. 138–144; die Geschichte der EKGS ist im deutsch-französischen Kontext breit erforscht, vgl. u. a. Andreas Wilkens (Hg.): Le Plan Schuman dans l'Histoire. Intérêts Nationaux et Project européen. Brüssel 2004.

[4] Der vorliegende Text arbeitet die Grundthese eines früheren Aufsatzes weiter aus, vgl. Philipp Gassert: „Vertrauen, Einsicht und guten Willen zu wecken". Überlegungen zu einem Zentralbegriff westdeutscher Außenpolitik. In: Reinhild Kreis (Hg.): Diplomatie mit Gefühl: Vertrauen und die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland. München 2015, S. 17–31.

[5] Willy Brandt in einer Gedenkrede zum 100. Geburtstag von Walter Rathenau am 6. Oktober 1967, zitiert nach Christian Hacke: 60 Jahre Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland. In: Hans-Peter Schwarz (Hg.): Die Bundesrepublik Deutschland. Eine Bilanz nach 60 Jahren. Köln 2008, S. 487–510, hier: S. 491.

[6] Zur Bundesrepublik als „Zivilmacht" vgl. Lars Colsen: Deutsche Außenpolitik. Paderborn 2012, S. 356.

[7] Grundlegend Ute Frevert: Vertrauensfragen. Eine Obsession der Moderne. München 2013.

Dahinter steht die Prämisse, dass sich Entwicklungsprozesse in den internationalen Beziehungen nicht allein durch die Untersuchung von Machtverhältnissen (im Sinne des außenpolitischen Realismus) oder Interessen (entsprechend dem liberalen Ansatz), sondern auch durch kulturelle und psychologische Faktoren (wie Angst oder eben Vertrauen) erklären lassen.[8] In die Erforschung von Außenpolitik und internationalen Beziehungen werden daher auch Emotionen inzwischen regelmäßig einbezogen.[9] Im Folgenden geht es aber vor allem um Rhetorik, weniger um Gefühle. Denn das Zeigen von Gefühlen ist Teil der Kommunikation zwischen politischen Akteuren, die für die Öffentlichkeit jedoch gerne inszeniert werden.[10] Die physiologisch-emotionale Komponente von „Vertrauenspolitik“ liegt weit jenseits der hier zu behandelnden Fragestellung. Abgesehen davon, dass Kollektive ohnehin nicht „gefühlsfähig“ sein dürften,[11] kann ein Historiker diese auf Basis öffentlicher Äußerungen kaum fundiert analysieren.

Vielmehr thematisiert dieser Beitrag die „strategische Wortwahl“ in den internationalen Beziehungen. Das Werben um Vertrauen soll primär als rhetorische Strategie verstanden werden – als semantische Codierung, die mit Gefühlen spielt. Die Frage nach individuellen, zwischenmenschlichen Empfindungen sei dahingestellt, auch weil die herangezogenen Quellen – öffentliche Reden des politischen Personals – hierfür wenig aussagekräftig sind. Vielmehr soll anhand ausgewählter Beispiele am konkreten Gegenstand gezeigt werden, wie die Rhetorik des Vertrauens im öffentlichen, aber zum Teil auch „privaten“ Sprechen der Entscheidungsträger eingesetzt wurde. Hierbei fällt auf, dass neben den ersten Auseinandersetzungen um die Ostpolitik Mitte der 1960er-Jahre die Kontroverse der frühen 1980er-Jahre um den NATO-Doppelbeschluss und die „Nachrüstung“ einen Einschnitt bildet. Die Qualität des Sprechens über Vertrauen wandelte sich. Vor allem Helmut Kohl macht sich das „V-Wort“ als rhetorische Waffe zu eigen. Er verwendete die Vokabel im Sprechen über innen- und außenpolitische Zusammenhänge geradezu inflationär.

Der Aufsatz ist grob chronologisch gegliedert: Nach einem Überblick über „Vertrauen“ in den Regierungserklärungen der Kanzler, folgte eine Analyse der

[8] Wilfried Loth: Angst und Vertrauensbildung. In: Jost Dülffer/ders. (Hg.): Dimensionen internationaler Geschichte. München 2012, S. 29–46; Reinhild Kreis: Arbeit am Beziehungsstatus. Vertrauen und Misstrauen in den außenpolitischen Beziehungen der Bundesrepublik Deutschland. In: dies. (Hg.): Diplomatie (wie Anm. 4), S. 7–16; Martin Klimke/dies./Christian F. Ostermann (Hg.): Trust, But Verify. The Politics of Uncertainty and the Transformation of the Cold War Order, 1969–1991. Stanford 2016.

[9] Vor allem „Angst“ machte im vergangenen Jahrzehnt eine steile Karriere als analytischer Zugang zur emotionalen Geschichte des Ost-West-Konflikts, vgl. u. a. Bernd Greiner/Christian Müller/Dirk Walter (Hg.): Angst im Kalten Krieg. Hamburg 2009; Patrick Bormann/Thomas Freiberger/Judith Michel (Hg.): Angst in den internationalen Beziehungen. Bonn 2010.

[10] Vgl. Kreis: Arbeit (wie Anm. 8), S. 12; Bernhard Gotto: Kommentar. In: Kreis (Hg.): Diplomatie (wie Anm. 4), S. 97–106, hier: S. 98f.; Todd H. Hall: Emotional Diplomacy. Official Emotions on the International Stage. Ithaca 2015.

[11] Ute Frevert spricht davon, dass sich Vertrauen zur Analyse abstrakter Strukturen sowie von Bevölkerungen nicht eigne, vgl. Frevert: Vertrauensfragen (wie Anm. 7), S. 217.

„langen" Ära Adenauer, das heißt: der Phase der christdemokratischen Kanzler bis 1969, dann des „sozialdemokratischen Jahrzehnts" der 1970er-Jahre sowie schließlich der Ära Kohl der 1980er-Jahre. Im Mittelpunkt steht eine quantitative und qualitative Analyse der „großen Regierungserklärungen" der Bundeskanzler, das heißt: ihrer jeweiligen „Antrittsrede" nach der (Wieder-)Wahl zum Regierungschef. Daneben werden wenige weitere Dokumente zur knappen Kontextualisierung herangezogen. Der chronologische Durchgang macht deutlich, wie stark sich in den 1980er-Jahren die Qualität des Sprechens über Vertrauen wandelte, wobei sich Kohl, vermutlich weil das scheinbar Selbstverständliche nicht mehr selbstverständlich war, diese „Obsession der Moderne" (Frevert) nachgerade obsessiv zu eigen machte. Der Beitrag schließt mit Überlegungen zur These, dass „Vertrauen" zwar als Teil der Emotionengeschichte gesehen werden kann, doch im politischen Feld primär eine kommunikative Strategie zur Formulierung politischer Präferenzen und Ziele darstellte. Die Vertrauensrhetorik war auch eine zeitgebundene „Mode" der Selbstverständigung, die ihre Konjunkturen und Flauten hatte, mit einer Hochphase Mitte der 1960er- und in den 1980er-Jahren.

„Vertrauen" in den „großen Regierungserklärungen"

Zu einer Annäherung an das Auf und Ab der Rhetorik des Vertrauens in der Bonner Republik kann eine Analyse der „großen Regierungserklärungen" der Bundeskanzler bis 1991 dienen. Dieser Terminus hat sich, analog zum US-Vorbild der *inaugural speech* oder der britischen Thronrede, für die Antrittsrede direkt nach der Kanzlerwahl eingebürgert.[12] Gemeint sind also nicht die zahlreichen Erklärungen des Kanzlers und der Regierung zu nachrangigen Fragen, auch nicht die sicherlich ebenso wichtigen Haushaltsreden oder der von Kiesinger 1968 eingeführte „Bericht über die Lage der Nation im geteilten Deutschland", sondern die Rede des Kanzlers nach seiner Wahl im Bundestag. Sie war in der alten Bundesrepublik der herausgehobene Moment, an dem die neue Regierung ihre Programmatik erstmals öffentlich verkündete.[13] Die „großen Regierungserklärungen" eröffnen einen guten Einblick in Ziele und Mentalität des Kanzlers beziehungsweise der Kanzlerin. In den Worten des Politikwissenschaftlers Klaus Stüwe zeichnen sie „ein Bild über den Zustand der Republik".[14]

[12] Vgl. Klaus von Beyme (Hg.): Die großen Regierungserklärungen der deutschen Bundeskanzler von Adenauer bis Schmidt. München 1979; Klaus Stüwe (Hg.): Die großen Regierungserklärungen der deutschen Bundeskanzler von Adenauer bis Schröder. Opladen 2002.

[13] Spätestens seit „Rot-Grün" 1998 hat sich eine Verschiebung weg von der Kanzlerrede im Bundestag hin zur medienwirksamen Unterzeichnung und Vorstellung der Koalitionsvereinbarung ergeben, vgl. Philipp Gassert: Bildung und Management von Koalitionen. Die Bundesrepublik Deutschland in historischer Perspektive. In: ders./Hans Jörg Hennecke (Hg.): Koalitionen in der Bundesrepublik. Bildung, Management und Krisen von Adenauer bis Merkel. Paderborn 2017, S. 11–28.

[14] Klaus Stüwe: Das Wort hat der Herr Bundeskanzler!. In: ders. (Hg.): Regierungserklärungen (wie Anm. 12), S. 9–13, hier: S. 9.

Kabinett (Datum der Regierungserklärung)	Nennung von „Vertrauen“ in den „großen Regierungserklärungen“		
	im Kontext der Außenpolitik	in anderen Kontexten	Summe
Adenauer I (20. September 1949)	0	3 (der deutschen Sparer 2x; des ausländischen Kapitals 1x)	3
Adenauer II (20. Oktober 1953)	2	4 (Wirtschaftspolitik 2x; deutscher Sparer 1x; Föderalismus 1x)	6
Adenauer III (29. Oktober 1957)	1	3 (Wahl; der Wähler 2x; sowjetische Gesellschaft 1x)	4
Adenauer IV (29. November 1961)	2	0	2
Erhard I (18. Oktober 1963)	3	6 (Wahl 1x; innerhalb Koalition 1x; in Rechtsstaat/zum Recht 2x; Volk und Regierung 1x; deutsches Selbstvertrauen 1x)	9
Erhard II (10. November 1965)	0	3 (Wahl 1x; Wirtschaftsentwicklung 1x; Föderalismus 1x)	3
Kiesinger (13. Dezember 1966)	8	2 (Wahlen 1x; in demokratischen Staat 1x)	10
Brandt I (28. Oktober 1969)	2	2 (Gewerkschaft 1x; Wehrbeauftragter 1x)	4
Brandt II (18. Januar 1973)	2	2 (Bundesrat 1x; kritisches Verständnis des Volkes 1x)	4
Schmidt I (17. Mai 1974)	1 (davon 1x KSZE)	2 (der Berliner in ihre Stadt 1x; Wirtschaft 1x)	3
Schmidt II (16. Dezember 1976)	2	2 (Renten und Koalitionsklima 1x; Vertrauensleute der ausländischen Beschäftigten 1x)	4
Schmidt III (24. November 1980)	2 (davon 1x KSZE)	4 (Wirtschaft 1x; Vertrauensmänner Bundeswehr 1x; Mitbestimmung 1x; Sicherheitsorgane und Terror 1x)	6
Kohl I (13. Oktober 1982)	3 (davon 1x KSZE)	9 (in Regierung 1x; den Rechtsstaat 1x; Tarifpartner 1x; Krankschreibungen 1x; Landwirte 1x; Familienpolitik 1x; Selbstvertrauen der Bürger 2x; Willen zur Gemeinsamkeit 1x)	12
Kohl II (4. Mai 1983)	4 (davon 1x KSZE)	6 (in Handlungsfähigkeit des Staates 1x; der Wirtschaft in Politik 1x; Wahl 1x; Familie als Quelle 1x; in Rechtspflege 1x; in Polizei etc. 1x)	10
Kohl III (18. März 1987)	4 (davon 1x KSZE)	5 (Mitbestimmung, Vertrauensleute 1x; Rente 1x; Staat in die Bürger 1x; Privatinitiative und Märkte 1x; junger Menschen in Demokratie 1x)	9
Kohl IV (30. Januar 1991)	5	3 (der Kapitalmärkte 1x; fehlend in DDR 1x; in den Staat 1x)	8
Summe	**41**	**56**	**97**
Zum Vergleich:			
Kohl V (23. November 1994)	0	1 (Bereitschaft zur Solidarität 1x)	1
Schröder I (10. November 1998)	2	1 (in Deutschlands Kraft 1x)	3

Tab. 1: Häufigkeit des Begriffs „Vertrauen“ in den „großen Regierungserklärungen“[15]

[15] Erfasst wurden auch abgeleitete Wörter wie das Verb „vertrauen“, Komposita wie „Vertrauensbeweis“ oder adjektivische Verbindungen wie „vertrauensvolle Zusammenarbeit“. „Vertrau-

Die Tabelle (Tab. 1) zeigt die Häufigkeit der Verwendung des Begriffs „Vertrauen“ sowie der davon abgeleiteten Verben, Komposita und adjektivischen Verbindungen. Die von Helmut Schmidt und Helmut Kohl mehrfach angesprochenen „vertrauensbildenden Maßnahmen“ der KSZE wurden als Terminus Technicus separat erfasst, weil es sich hierbei um einen Spezialfall der Rede über Vertrauen im Kalten Krieg handelt.[16] Unterschieden wurde zwischen außenpolitischen Passagen sowie anderen Teilen der jeweiligen Rede. Es springt sofort ins Auge, dass mit der signifikanten Ausnahme von Erhards Regierungserklärung 1963, die auf das innenpolitische Vertrauen fokussierte, und der von Kiesinger 1966, die erstmals das ostpolitische Vertrauenswerben zum zentralen Gegenstand hatte, die 1980er-Jahre die Hochphase der Vertrauensrhetorik sowohl mit Blick auf die Außen- als auch auf die Innenpolitik waren. Kohl ist mit seinen vier „großen“ Erklärungen einschließlich der ersten im wiedervereinigten Deutschland 1991 allein für 40 Prozent aller Nennungen verantwortlich.[17] Wie der Vergleich mit den Jahren 1994 und 1998 zeigt, ging die Vertrauensrhetorik in der politischen Sprache in der Folgezeit zurück. Es scheint, dass der „Kanzler der Einheit“ 1994 die Lust an der Beschwörung des innen- und außenpolitischen Vertrauens verloren hatte, nachdem es in beiderlei Hinsicht ein Schlüsselbegriff seiner früheren Antrittsreden gewesen war.

Die „lange Ära Adenauer“ bis 1969

Adenauer strapazierte das „V-Wort“ nicht über Gebühr. Bezeichnenderweise warb er in seiner ersten Regierungserklärung 1949 nicht um Vertrauen als Mittel und Ziel westdeutscher Außenpolitik. Seine Rede thematisiert Vertrauen nur in relativ technischen, wirtschaftspolitischen Zusammenhängen wie dem „Vertrauen der Sparer“ in die Stabilität der Währung. Vier Jahre nach Kriegsende war angesichts des Besatzungsstatuts an eine auf internationale Gleichberechtigung zielende Rhetorik schwerlich zu denken. Dass es im sich verschärfenden Kalten Krieg gelingen könnte, die der Bundesrepublik angelegten außenpolitischen Fesseln bald abzustreifen, zeichnete sich aber bereits bei Adenauers zweiter Regierungserklärung 1953 ab. Zwei Jahre vor dem Eintritt in die NATO 1955, mit dem die Bundesrepublik ein hohes Maß an außenpolitischer Autonomie und Mitsprache

ensbildende Maßnahmen“ (KSZE) wurden eigens aufgeführt, da es sich um einen rüstungskontrollpolitischen Terminus Technicus handelt. Bei Appositionen erfolgte Einfachzählung, z. B. Helmut Kohl. In: Deutscher Bundestag. Protokolle. 10. Wahlperiode, 4. Sitzung, 4. 5. 1983, S. 73: „Wir brauchen auch ihr Vertrauen – das Vertrauen in unsere Demokratie“.

[16] Matthias Peter: Vertrauen als Ressource der Diplomatie. Die Bundesrepublik Deutschland im KSZE-Prozess. In: Kreis (Hg.): Diplomatie (wie Anm. 4), S. 65–81.

[17] Auch ohne Berücksichtigung des Jahres 1991 käme Kohl innerhalb der alten Bundesrepublik (vor 1989) auf ein Drittel und somit auf einen signifikant höheren Anteil als Schmidt mit ebenfalls drei Regierungserklärungen. Adenauer mit vier Regierungserklärungen läge mit Schmidt in etwas gleichauf.

tatsächlich wiedergewinnen sollte, stellte Adenauer mit Befriedigung fest, dass das Verhältnis zu den westlichen Alliierten nicht mehr im „Zeichen der Kontrolle und Bevormundung“ stehe, sondern durch eine „vertrauensvolle positive Zusammenarbeit gekennzeichnet“ sei.[18] Die Europäische Verteidigungsgemeinschaft (EVG) werde sich als der Prüfstein für das wechselseitige Vertrauen der westlichen Partner erweisen.[19]

In seinen „großen Regierungserklärungen“ setzte Adenauer die Vertrauensrhetorik in homöopathischen Dosen ein. Er bezog sich ausschließlich auf das westliche Bündnis[20] und dessen Zusammenhalt in Verhandlungen mit dem „Osten“ sowie auf das in den deutsch-amerikanischen Beziehungen gewonnene Vertrauen – nicht zuletzt als sein persönliches Verdienst.[21] Sehr viel deutlicher noch wird das strategische Moment seines Werbens um Vertrauen im bilateralen Gespräch oder in Parteigremien, wo er seine internationale „Vertrauenswürdigkeit“ gebührend hervorkehrte. In den Augen des Kanzlers begründete das Werben um Vertrauen auch den „Primat der Außenpolitik“. Hierfür bedurfte es wiederum einer außenpolitisch erfahrenen Persönlichkeit: „Ich kann die anderen Sachen, deren Notwendigkeit ich durchaus bejahe, eben nicht in der richtigen Weise erledigen, wenn wir nicht in der Außenpolitik so behutsam wie irgend möglich vorgehen und dazu beitragen, dass eine Verständigung im Lager der freien Völker eintritt, damit man uns Vertrauen schenkt.“[22]

Vertrauenswerben durchzog seit 1953 nicht allein die außenpolitische Rhetorik Adenauers. Er setzte dieses auch innenpolitisch geschickt ein und nutzte seine internationale Sichtbarkeit und Stellung, um innerparteiliche Rivalen in die Schranken zu weisen. Obwohl sich Anfang der 1960er-Jahre innenpolitisch sehr viel Misstrauen gegenüber dem Kanzler zusammengebraut hatte, berief er sich im Kampf um das Palais Schaumburg gerne auf seine internationale Vertrauensposition. So gelang ihm im September 1961 trotz des Baus der Mauer seine Wiederwahl unter anderem mit dem Argument, dass die Welt in dieser gefährlichen Situation nur ihm und keinem anderen vertraue: „Unsere Position ist noch immer die, dass die heutige Generation in Deutschland dieses schauderhafte Erbe angetreten hat […]. Und das wird jetzt erledigt werden müssen.“ Für Berlin werde eine Lösung gefunden, „aber es werden auch Enttäuschungen kommen für die deutsche Öffentlichkeit“. Daher lasse sich die Bürde der Kanzlerschaft nur schwer auf einen

[18] Konrad Adenauer. In: Deutscher Bundestag. Protokolle. 2. Wahlperiode, 3. Sitzung, 20. 10. 1953, S. 19.
[19] Ebd., S. 20.
[20] Konrad Adenauer. In: Deutscher Bundestag. Protokolle. 3. Wahlperiode, 3. Sitzung, 29. 10. 1957, S. 25.
[21] Ludwig Erhard. In: Deutscher Bundestag. Protokolle. 4. Wahlperiode, 5. Sitzung, 29. 11. 1961, S. 33. Die Regierungserklärung Konrad Adenauers 1961 stellt eine Kuriosität dar, weil sie Vizekanzler Erhard anstatt des erkrankten Bundeskanzlers verlas, vgl. Stüwe (Hg.): Regierungserklärungen (wie Anm. 12), S. 80.
[22] Hanns-Jürgen Küsters (Bearb.): Adenauer. Teegespräche 1955–1958. Berlin 1986, Teegespräch am 1. März 1956, Dok. 3, S. 61.

Nachfolger übertragen, so die implizite Botschaft, die sich gegen den außenpolitisch angeblich „naiven“ Erhard richtete.[23]

Der Bundestagswahlkampf 1961 geriet partiell zu einem Wettbewerb darum, wer im Westen als vertrauenswürdiger gelte – der Regierende Bürgermeister der „Frontstadt“ Berlin und SPD-Kanzlerkandidat, Willy Brandt, oder der keineswegs amtsmüde wirkende amtierende Kanzler. Adenauers Kontrahent legte in einer Wahlbroschüre mit dem Titel „Vertrauen“ nahe, dass der alternde Kanzler nicht mehr das Vertrauen einer jüngeren Generation amerikanischer Politiker genieße. Zunehmend gehe er diesen auf die Nerven. Brandt war in dieser Publikation mit Kennedy im vertraulichen Gespräch abgebildet – damit sollten Ängste, wonach die SPD in den USA als vertrauensunwürdig und regierungsunfähig gelte, abgebaut werden.[24] Die SPD drehte somit 1961 den Spieß um: Sie übernahm Adenauers Argument, dass Vertrauenswerbung im Westen eine Kardinalaufgabe deutscher Außenpolitik sei, aber richtete es gegen den Gründungskanzler, der dieses Vertrauen aufgrund seiner amerika-kritischen Wendung hin zu Charles de Gaulle nicht mehr in der gleichen Weise zu genießen schien wie noch in der ersten Hälfte der 1950er-Jahre.

Im Hinblick auf die Vertrauensrhetorik stellen die beiden Übergangskanzler Erhard und Kiesinger wirkliche Ausreißer unter den frühen Regierungschefs dar. Adenauer verwendete das „V-Wort“ in außen- und innenpolitischen Kontexten in etwa ebenso häufig wie Brandt und Schmidt (je zwei Mal). Erhard, der nach der langen und quälenden, von Skandalen wie der „Spiegel“-Affäre überschatteten Nachfolgekrise um Adenauer, zum Kanzler gewählt worden war, beschwor in seiner ersten Regierungserklärung vor allem das innenpolitische Vertrauen. Er sprach von der Bedeutung des Vertrauens der Bürger in Recht und Rechtsstaat sowie über das wechselseitige Vertrauen von „Volk und Regierung“. Auch ermahnte er die politisch Verantwortlichen, „durch ihr eigenes Verhalten das gute Beispiel vorzuleben“ – ein deutlicher Seitenhieb auf Adenauer und dessen Verteidigungsminister Franz Josef Strauß.[25] Erhard unterschied sich damit deutlich von Adenauer, der, abgesehen von der rhetorischen Floskel vom Dank an die Wähler für ihren Vertrauensbeweis an der Wahlurne, nur in innenpolitischen Zusammenhängen von Vertrauen im ökonomisch-finanztechnischen Kontext gesprochen hatte. Außenpolitisch blieb Erhard 1963 im inzwischen Konventionellen, indem er das Vertrauen im Verhältnis zu den westlichen Verbündeten betonte. Er bedankte sich artig bei seinem Vorgänger Adenauer, der aufgrund seiner „nimmermüden Ar-

[23] CDU-Bundesvorstand, 19. September 1961. In: Günter Buchstab (Bearb.): Adenauer: „Stetigkeit in der Politik“. Die Protokolle des CDU-Bundesvorstandes 1961–1965. Düsseldorf 1998, Nr. 1, S. 43 f., S. 49.

[24] Judith Michel: Willy Brandts Amerikabild und -politik 1933–1992. Göttingen 2010, S. 147; Daniela Münkel: Als „deutscher Kennedy“ zum Sieg?. Willy Brandt, die USA und die Medien. In: ZF 1 (2004) 2, online zugänglich unter http://www.zeithistorische-forschungen.de/16126041-Muenkel-2-2004 (letzter Zugriff am 2. 4. 2020).

[25] Ludwig Erhard. In: Deutscher Bundestag. Protokolle. 4. Wahlperiode, 90. Sitzung, 18. 10. 1963, S. 4193.

beit“ erreicht habe, dass das deutsche Volk wieder „Vertrauen und Freunde in der Welt“ gefunden habe.[26] Auch beschwor der von den Gaullisten misstrauisch beäugte „Atlantiker“ Erhard die Zusammenarbeit mit Frankreich, die sich auf „gegenseitiges Verständnis und Vertrauen“ gründe.[27]

Während Erhard in seiner zweiten Regierungserklärung 1965 auf jegliche außenpolitische Vertrauensrhetorik verzichtete, stellte Kiesingers einzige Regierungserklärung 1966 schon in der Wortwahl einen deutlichen Bruch zu Adenauer und zu Erhard dar. Kiesinger kam in einer Phase multipler außenpolitischer Krisen ins Amt, in der es angesichts der europäischen und transatlantischen Obstruktionspolitik de Gaulles im westlichen Bündnis erheblich knirschte und Erhard mit über diese außenpolitischen Verwerfungen gestolpert war. Zugleich aber war die hohe ostpolitische Inflexibilität von Adenauer und Erhard, vor allem die Politik der Nichtanerkennung der DDR, zu einem Problem auch des innerwestlichen Zusammenhalts geworden, weil sich die Bundesrepublik mit der beginnenden Entspannungspolitik von Kennedy und Johnson schwertat. Kiesinger machte sich auf den Weg zur Ostpolitik mit großen semantischen Sprüngen, wenn auch die operative Umsetzung einer „neuen Ostpolitik“ in der ersten Großen Koalition bekanntlich nicht sehr weit kam. Der dritte Unionskanzler scheiterte an Widerständen in seiner eigenen Partei. Erst mit der sozialliberalen Koalition ab 1969 kam die Ostpolitik im Sinne einer Vertragspolitik voran.[28]

Kiesingers Regierungserklärung ist und bleibt im außenpolitischen Feld vertrauensrhetorisch für die Zeit der „alten Bundesrepublik“ der absolute Spitzenreiter, der in diesem Teil selbst von Kohl nicht überboten wurde. Achtmal sprach der dritte Kanzler von „Vertrauen“, „vertrauensvoller Zusammenarbeit“ und „vertrauensvollen Verhältnissen“ der Bundesrepublik zu ihren Nachbarn. Nachgerade revolutionär wirkte, dass er erstmals die UdSSR und deren osteuropäische Verbündete in den Kreis der Adressaten bundesrepublikanischen Vertrauenswerbens einbezog – und nicht nur umgekehrt, wie es Adenauer und Erhard gefordert hatten, dass die UdSSR Westdeutschland vertrauen könne und solle.[29] Die Große Koalition strebe, so Kiesinger, mit „allen Völkern“ Beziehungen an, „die auf Verständigung, auf gegenseitiges Vertrauen und auf den Willen zur Zusammenarbeit gegründet sind“.[30] Zwar seien Hoffnungen auf eine Verbesserung des Verhältnisses zu Moskau seit der Aufnahme diplomatischer Beziehungen 1955 enttäuscht worden, dies dürfe jedoch kein Grund sein, in den Bemühungen um „gegenseiti-

[26] Ebd., S. 4192.
[27] Ebd., S. 4197. Vgl. Tim Geiger: Atlantiker gegen Gaullisten. Außenpolitischer Konflikt und innenpolitischer Machtkampf in der CDU/CSU 1958–1969. München 2008.
[28] Philipp Gassert: Kurt Georg Kiesinger 1904–1988. Kanzler zwischen den Zeiten. München 2006, S. 551–564, S. 580–592, S. 660–681; Gottfried Niedhart: Entspannung in Europa. Die Bundesrepublik Deutschland und der Warschauer Pakt 1966 bis 1975. München 2014, S. 43–65.
[29] Ludwig Erhard. In: Deutscher Bundestag. Protokolle. 4. Wahlperiode, 90. Sitzung, 18. 10. 1963, S. 4195.
[30] Kurt Georg Kiesinger. In: Deutscher Bundestag. Protokolle. 5. Wahlperiode, 80. Sitzung, 13. 12. 1966, S. 3662.

ges, zunehmendes Vertrauen“ nachzulassen.[31] Auch sprach der Kanzler von „vertrauensvoller Nachbarschaft“ zur Tschechoslowakei.

Inhaltlich gehört Kiesingers Regierungserklärung 1966 schon zur ostpolitischen Phase der 1970er-Jahre, deren Formierung 1966/1967 begann. Als Absichtserklärung war die Rede auch deshalb bemerkenswert, weil sie „vertrauenspolitisch“ die Reihenfolge der Ansprache von „Freunden“ und „Gegnern“ drehte. Erst nach den mit reichlich Vertrauenswerben gespickten Angeboten an den „Ostblock“ ging der Kanzler in einem zweiten Schritt zum „Vertrauen der Bündnispartner zueinander“ über.[32] Hier sprach er dann, ebenfalls unter großzügigster Dosierung des „V-Worts“, die Beziehungen zu NATO- und EWG-Partnern wie USA, Frankreich und – singulär unter allen Kanzlern – auch Italien an. Damit setzte er einen Kontrapunkt zur bisherigen, von der Hallstein-Doktrin und dem Antikommunismus bestimmten Ostpolitik adenauerscher Prägung. Kiesinger untermauerte dieses „Ringen um Vertrauen“ noch einmal in seiner bedeutenden Rede zum 17. Juni 1967. Darin führt er aus: „Sollte man da oder dort im Osten glauben, man brauche dieses absurde Zerrbild eines revanchelüsternen Deutschlands, um die gefährdete Solidarität zu bekräftigen, so haben wir etwas Besseres anzubieten: den Beweis eines um Vertrauen ringenden Volkes, dem es darum geht, in Osteuropa und zusammen mit den Ländern Osteuropas ein neues politisches Klima der Verständigung und, wo immer möglich, der Zusammenarbeit anzubahnen.“[33]

Das sozialdemokratische Jahrzehnt der 1970er-Jahre

Vergleicht man die sechs Kanzler der alten Bundesrepublik nach Parteizugehörigkeit, so fällt auf, dass sich die beiden Sozialdemokraten mit Vertrauensrhetorik eher zurückhielten. Mit Ausnahme von Schmidt 1980, verwendeten sie das „V-Wort“ jeweils nur maximal zweimal in außen- und innenpolitischen Kontexten der Regierungserklärungen. Da Erhard 1963 im Zusammenhang mit der Innenpolitik und Kiesinger 1966 bezogen auf die Außenpolik so überbordend von Vertrauen gesprochen hatten, dürfte der Begriff im Bonner politischen „Sprech“ Anfang der 1970er-Jahre gängig gewesen sein. Dies zeigen auch die Reaktionen der Opposition auf Brandts erste Regierungserklärung 1969 und die kontroversen Bundestagsdebatten um die Ostpolitik. Im Falle Schmidts mag man das, stereotyp, auf dessen sprichwörtliche Nüchternheit auch im rhetorischen Stil zurückführen. Schmidt verwendete „Vertrauen“ in seiner ersten Regierungserklärung 1974 sogar nur im technischen Sinne der „vertrauensbildenden Maßnahmen“ der

[31] Ebd.
[32] Ebd., S. 3663.
[33] Kurt Georg Kiesinger: Rede beim Staatsakt beim Staatsakt der Bundesregierung zum Tag der Deutschen Einheit, 17. Juni 1967. In: 100(0) Schlüsseldokumente zur deutschen Geschichte im 20. Jahrhundert, https://www.1000dokumente.de/index.html?c=dokument_de&dokument=0077_kre&object=translation&st=&l=de (letzter Zugriff am 2. 4. 2020).

KSZE.[34] Den Spionagefall, der zu Brandts Sturz beigetragen hatte, bezeichnete er, ohne den Namen Guillaume zu nennen, als nicht im „Geist“ der abgeschlossenen Verträge stehend, obwohl er von einem „Vertrauensbruch“ hätte sprechen können.[35] Schmidt vermied das „V-Wort“ bis 1980. Er schätzte Formulierungen wie „etwas sei im Geiste“ der Entspannungspolitik[36] oder des Nord-Süd-Dialogs,[37] auch wenn er damit „Vertrauen“ meinte.

Bei Brandt überrascht der Befund der relativen Abwesenheit von Vertrauensrhetorik – immerhin war „Vertrauen“ der Markenkern seiner Wahlkampagne 1961 gewesen. Auch als Außenminister der Großen Koalition von 1967 hatte er im direkten Schulterschluss mit Kiesinger stark auf Vertrauensbildung als einzige Möglichkeit einer deutschen Außenpolitik „nach zwei Kriegen“ abgehoben. In seiner wichtigen außenpolitischen Grundsatzrede aus Anlass des 100. Geburtstags von Reichsaußenminister Rathenau am 6. Oktober 1967 hatte Brandt es nachgerade zum Charakteristikum der neuen bundesdeutschen Außenpolitik im Vergleich zur Großmachtpolitik vor 1945 erklärt, dass sich diese „neben technischem und wirtschaftlichem Leistungsvermögen“ vor allem „intellektuelle und moralische Kraft zu ihren wesentlichen Werkzeugen“ mache. Diese neue deutsche Außenpolitik sei darauf angewiesen, „Vertrauen, Einsicht und guten Willen zu wecken“.[38]

In der berühmten „Machtwechsel“-Rede von 1969 ging der Kanzler der Ostpolitik zwar auf die künftigen Beziehungen zu den Warschauer-Pakt-Staaten ein, er verwendete jedoch – im Kontrast zu Kiesinger 1966 – das Wort „Vertrauen“ in den ostpolitischen Passagen seiner Rede nicht. Vielmehr betonte er die Notwendigkeit des wechselseitigen Vertrauens der NATO-Partner, wohl auch um das Argument zu entkräften, die SPD unternähme außenpolitische Alleingänge innerhalb des Bündnisses: „Wir brauchen zu unserer Sicherheit Freunde und Verbündete, so wie sie zu ihrer Sicherheit uns und unseren Beitrag brauchen. Ohne gegenseitiges Vertrauen in die politische Stabilität dieser Einsicht sind weder Bündnis noch Sicherheit aufrechtzuerhalten. Wir werden deshalb in und gegenüber dem Bündnis die bisherige Politik fortsetzen und erwarten dies auch von unseren Bündnispartnern und von ihren Beiträgen zur gemeinsamen Sicherheitspolitik und zu den vereinbarten gemeinsamen Sicherheitsanstrengungen“.[39] Zudem stellte Brandt gleich eingangs die viel zitierte und diskutierte Behauptung auf, dass der demokratische Regierungswechsel und die darin zum Ausdruck gekommene Fähigkeit zum Wandel „unserem Staat zu neuem Vertrauen in der Welt ver-

[34] Helmut Schmidt. In: Deutscher Bundestag. Protokolle. 7. Wahlperiode, 100. Sitzung, 17. 5. 1974, S. 6597.
[35] Ebd., S. 6598.
[36] Ebd.
[37] Helmut Schmidt. In: Deutscher Bundestag. Protokolle. 8. Wahlperiode, 5. Sitzung, 16. 12. 1976, S. 49.
[38] Willy Brandt in einer Gedenkrede (wie Anm. 5), S. 491.
[39] Willy Brandt. In: Deutscher Bundestag. Protokolle. 6. Wahlperiode, 5. Sitzung, 28. 10. 1969, S. 31.

holfen“ habe.[40] Diese These wurde von der Opposition in der Aussprache des folgenden Tages vehement bestritten.[41]

Brandt hatte seine erste Regierungserklärung mit dem berühmten Satz beendet: „Wir wollen ein Volk der guten Nachbarn sein und werden im Inneren und nach außen.“[42] „Gute Nachbarschaft“ lässt sich als Approximativbegriff für Vertrauen lesen. So jedenfalls interpretierte Brandt in seiner zweiten Regierungserklärung 1973 das Wort vom „Volk der guten Nachbarn“: „Darin sammelt sich das Vertrauen, auf das wir uns stützen“.[43] Der Kanzler stellte einen Bezug zwischen dem innergesellschaftlichen Vertrauen und Zusammenhalt sowie der äußeren Vertrauenswürdigkeit her. Brandts historischer Wahlsieg 1972 war auch gegen den Vorwurf der Union erkämpft worden, die Politik der Entspannung gehe zu vertrauensselig mit dem Osten um und werde von westlichen Verbündeten misstrauisch beäugt.[44] Die sozial-liberale Bundesregierung konterte mit dem Argument, dass erst eine Nichtratifizierung der Ostverträge das Vertrauen im Ausland verspiele, Ängste vor einem deutschen Revanchismus wecke und dass die „neue Ostpolitik“ im engen „vertrauensvollen Austausch“ mit den Verbündeten eingeleitet und ausgeführt worden sei.[45] Die Strategie der Union scheiterte 1972 kläglich. „Vertrauenspolitisch“ war der Friedensnobelpreisträger Brandt zu diesem Zeitpunkt schwer zu übertrumpfen. Die gewählte Thematisierung von Vertrauen und „Verlässlichkeit“ spricht für die anhaltende Bedeutung der Semantik des Vertrauens als rhetorischem Marker der westdeutschen Politik.

Ergänzend sei angefügt, dass Vertrauen von Brandt, wie schon zuvor von Adenauer, Erhard und Kiesinger, aber eben auch von Rainer Barzel und anderen Oppositionsführern, nicht zuletzt darüber kommuniziert wurde, dass Fotos zirkulierten, die den jeweiligen Politiker im „vertraulichen Gespräch“ mit einem

[40] Ebd., S. 20.

[41] Wobei es bemerkenswerterweise weniger Fraktionschef Barzel war als Altkanzler Kiesinger, der in seiner Auseinandersetzung mit Brandt, auch in Widerspruch zu seinen eigenen früheren Aussagen als Kanzler, für Vertrauen als Kategorie der internationalen Beziehungen nur einen engen Anwendungsbereich sah und diese Rhetorik als Bemäntelung von Interessen zu entlarven glaubte. Manche Reaktion des Auslandes müsse man „in die Kategorie des wohlverstandenen Eigeninteresses eingliedern“, Deutscher Bundestag. Protokolle. 6. Wahlperiode, 6. Sitzung, 29. 10. 1969, S. 74.

[42] Willy Brandt. In: Deutscher Bundestag. Protokolle. 6. Wahlperiode, 5. Sitzung, 28. 10. 1969, S. 34.

[43] Willy Brandt. In: Deutscher Bundestag. Protokolle. 7. Wahlperiode, 7. Sitzung, 18. 1. 1973, S. 121.

[44] Vgl. Barzels Ausführungen vor dem CDU-Bundesvorstand, 23. April 1970. In: Günter Buchstab/Denise Lindsay (Bearb.): Barzel: „Unsere Alternativen für die Zeit der Opposition“. Die Protokolle des CDU-Bundesvorstandes 1969–1973. Düsseldorf 2009, S. 224; siehe auch Rainer Barzel: Im Streit und umstritten. Anmerkungen zu Konrad Adenauer, Ludwig Erhard und den Ostverträgen. Berlin 1986, S. 157–159; ders.: Die Tür blieb offen. Mein persönlicher Bericht über Ostverträge, Misstrauensvotum, Kanzlersturz. Bonn 1998, S. 70.

[45] Vgl. Das Gespräch zwischen Brandt und Pompidou vom 30. Januar 1970. In: Frank Fischer (Bearb.): Willy Brandt. Ein Volk der guten Nachbarn. Außen- und Deutschlandpolitik 1966–1974. Bonn 2005, S. 269.

ausländischen Gegenüber zeigten. Eine Bildsprache wurde bemüht, die deutsche Politiker auf Augenhöhe mit den Politikern anderer Staaten präsentierte und die visuell das wechselseitige Verhältnis in den Status privat-persönlicher Freundschaften rückte. Fotos, die eine persönliche Verstimmung erkennen ließen, wurden dagegen selbstverständlich nicht an die Öffentlichkeit gegeben.[46] Auch die Opposition rüstete 1972 „vertrauenspolitisch“ visuell nach. Die Wahlkampfbroschüre „16 Seiten Rainer Barzel“ zeigte den Unionskandidaten in Gesprächen mit den US-Politikern Kennedy, Nixon und Kissinger sowie im vertraulichen Austausch mit dem britischen Premierminister Edward Heath und dem sowjetischen Ministerpräsidenten Kossygin.[47] Da Brandt, Bahr und Scheel aus Sicht der Presse und der Opposition angeblich Nixon und Kissinger nicht ausreichend in ihre ostpolitischen Handlungen einbezogen, wurden demonstrative Vertrauensgesten inszeniert wie ein dreitägiger Besuch von Bundeskanzler Brandt im *presidential retreat* Camp David.[48] Prompt versicherte Nixon Brandt, „er habe Vertrauen zu unserer Politik“ und der deutsche Regierungschef sah alle Zweifel zerstreut.[49]

Während sozialdemokratische Kanzler das „V-Wort“ anfangs eher sparsam einsetzten, änderte sich dies vor dem Hintergrund der Verschlechterung der Ost-West-Beziehungen in der zweiten Hälfte der 1970er-Jahre, die im Kontext der Diskussionen über den sowjetischen Einmarsch in Afghanistan, vor allem aber aufgrund der Kontroversen um den NATO-Doppelbeschluss eintrat. In seiner letzten Regierungserklärung setzte Schmidt zu einer außenpolitischen Tour d'Horizon auf Basis der Prämisse an, dass westdeutsche Außenpolitik ihren Beitrag zur Sicherung des Friedens leisten wolle und könne, weil sie stets „klar und berechenbar“ gewesen sei: „Wir haben damit Vertrauen erworben“.[50] Wie weiland Adenauer am Ende seiner Amtszeit präsentierte nun Schmidt sein enges persönliches Vertrauensverhältnis zu anderen Staatsmännern, vor allem zum französischen Präsidenten Valéry Giscard d'Estaing, als Beweis der eigenen Unentbehrlichkeit. Er charakterisierte die Beziehungen zu den USA als „tiefgegründete Freundschaft“, die sich auf gemeinsame Werte stütze. Aber in der Summe blieb es dabei, dass Schmidt in „Vertrauenspolitik“ wenig Sinn sah, sondern sich bis zuletzt als „Realist“ zu erkennen gab: Der Frieden werde durch ein (militärisches) „Gleichgewicht“ gewahrt. Für Schmidt waren internationale Beziehungen eben nicht

[46] So etwa die Fotos des recht unerquicklichen Treffens zwischen Kiesinger und Johnson im April 1967, vgl. Thomas A. Schwartz: Lyndon Johnson and Europe. In the Shadow of Vietnam. Cambridge, MA 2003, S. 184–186; Gassert: Kiesinger (wie Anm. 28), S. 549.

[47] Zitiert nach Carsten Penzlin: Rainer Barzel als Kanzlerkandidat im Bundestagswahlkampf 1972. In: HPM 14 (2007), S. 121–136, hier: S. 126.

[48] Vgl. Michel: Amerikabild (wie Anm. 24), S. 234.

[49] Willy Brandt: Erinnerungen. Sonderausgabe für die DDR. Berlin 1990, S. 191; Brandt hebt darin sein gutes Verhältnis zu amerikanischen Politikern schon als Regierender Bürgermeister von Berlin hervor: „Ich kannte die Präsidenten ebensogut wie eine Reihe von einflussreichen Senatoren; mit John F. Kennedy hatte mich ein besonderes Verhältnis verbunden, doch auch die Begegnungen mit Lyndon B. Johnson waren von Vertrauen geprägt gewesen.“ (ebd., S. 190).

[50] Helmut Schmidt. In: Deutscher Bundestag. Protokolle. 9. Wahlperiode, 5. Sitzung, 24. 11. 1980, S. 26.

reine „Vertrauenssache“, sondern setzten Vereinbarungen, Rüstungskontrolle und klare sicherheitspolitische Absprachen auch innerhalb der NATO voraus.[51]

Anders als Außenminister Hans-Dietrich Genscher, den der Journalist Klaus Wiegrefe im „Spiegel“ in einem historischen Rückblick süffisant als „Vertrauensmann“ titulierte,[52] verwendete Schmidt das Wort „Vertrauen“ sehr zurückhaltend. Indes, als er ab 1981 wegen des NATO-Doppelbeschlusses gegenüber der innerparteilichen Opposition in der SPD und gegenüber der Friedensbewegung in die Defensive geriet, kritisierte er den Anti-Nachrüstungs-Protest als schädlich für die mühsam erworbene Vertrauensposition der Bundesrepublik im Westen. So kam es auf dem Hamburger Kirchentag 1981, auf dem sich die Friedensbewegung erstmals sichtbar formierte, zwischen Schmidt und dem ehemaligen Regierenden Bürgermeister von Berlin, Heinrich Albertz (SPD), zu einer legendären Kontroverse. Albertz rutschte der Satz heraus, man müsse der Wahrheit ins Auge sehen: Eine Folge des „entsetzlichen Hitler-Krieges“ sei, „dass wir in beiden Teilen Deutschlands nicht nur Verbündete haben, sondern besetztes Land sind“.[53] Schmidt rügte Albertz heftig auch deshalb, weil doch die Bundesrepublik drauf und dran sei, ein „wirklicher Partner“ der USA zu werden. Wer das Vertrauen der NATO-Partner beschädige, der schade nicht nur den unmittelbaren westdeutschen Sicherheitsinteressen, sondern dem internationalen Standing der Bundesregierung.

Die Vertrauensrhetorik auf dem Höhepunkt: Die Ära Kohl

Außenpolitisch wurde Kohls frühe Kanzlerschaft von der Kontroverse über den NATO-Doppelbeschluss und der Auseinandersetzung mit der Friedensbewegung beherrscht. Kohl folgte im Kern dem schmidtschen Argument, dass NATO-Bündnissolidarität und Rüstungskontrolle eine enge Einheit bildeten.[54] Die nun oppositionelle SPD untergrabe das über drei Jahrzehnte akkumulierte Vertrauen

[51] Ebd.

[52] Klaus Wiegrefe: Neue Genscher-Biografie. Der Vertrauensmann. In: Spiegel Online, 21. 11. 2011, http://www.spiegel.de/politik/deutschland/neue-genscher-biografie-der-vertrauensmann-a-799004.html (letzter Zugriff am 2. 4. 2020); auch ehemalige Mitarbeiter Genschers rücken dessen persönliches „Vertrauenswirken“ in den Vordergrund, vgl. Klaus-Dieter Heumann: Hans-Dietrich Genscher. Die Biographie. Paderborn 2012, S. 40, S. 49–51.

[53] Heinrich Albertz am 19. Juni 1981 während des Podiumsgesprächs „Wie christlich kann Politik sein?“ in der Sporthalle Alsterdorf. In: Hans-Jochen Luhmann/Gundel Neveling (Hg.): Deutscher Evangelischer Kirchentag Hamburg 1981. Dokumente. Stuttgart 1981, S. 692; zum Debattenkontext Philipp Gassert: Arbeit am Konsens im Streit um den Frieden. Die Nuklearkrise der 1980er Jahre als Medium gesellschaftlicher Selbstverständigung. In: AfS 52 (2012), S. 491–516.

[54] Andreas Rödder: Bündnissolidarität und Rüstungskontrollpolitik. Die Regierung Kohl-Genscher, der NATO-Doppelbeschluss und die Innenseite der Außenpolitik. In: Philipp Gassert/Tim Geiger/Hermann Wentker (Hg.): Zweiter Kalter Krieg und Friedensbewegung. Der NATO-Doppelbeschluss in deutsch-deutscher und internationaler Perspektive. München 2011, S. 123–136.

in die Verlässlichkeit der Bundesrepublik, so Kohl in der finalen Debatte des Deutschen Bundestages über die Umsetzung des Stationierungsteils des NATO-Doppelbeschlusses am 21. November 1983: „Es geht darum, ob das Bündnis auf der Grundlage vertrauensvoller und freundschaftlicher Beziehungen Westeuropas zu den Vereinigten Staaten von Amerika und Kanada auch in den letzten Jahren dieses Jahrhunderts seine Aufgabe erfüllen kann, Frieden und Freiheit zu sichern.“[55] Die Kritiker der Nachrüstung ihrerseits forderten „mehr Vertrauen – weniger Waffen“. Sie setzten auf Vertrauensbildung als wünschenswerter Entwicklung im Ost-West-Verhältnis. Diese werde durch die Stationierung verhindert.[56] Auch hoben viele Nachrüstungskritiker auf ihre Vertrauensposition bei der inneramerikanischen Opposition gegen das Wettrüsten ab, sahen sich in einer Allianz des Misstrauens gegenüber den Regierenden beiderseits des Atlantiks.[57]

Wie der „späte Adenauer“ zeichnete Kohl zwischenstaatliches Vertrauen als eine Ressource, die nicht zuletzt mittels starker persönlicher Kontakte und dem dafür notwendigen Einsatz als Außenpolitiker erworben werde. Im zweiten Band seiner Erinnerungen überschrieb Kohl ein ganzes Kapitel mit „Vertrauen schaffen“.[58] Dieses Kapitel beschäftigt sich überwiegend mit der europäischen Integration und den deutsch-französischen Beziehungen, aber auch den Sitzungen der europäischen Gremien. Die Bildsprache und die Unterschriften der dem Band beigegebenen Farbfoto-Essays sind eindeutig: „Gute Freunde“ (mit François Mitterrand), „Mit George und Barbara Bush auf einer romantischen Rheinfahrt zur Loreley“, „deutsche-amerikanische Freundschaft“ (mit Ronald Reagan), „Termine in aller Welt“, „herzlicher Empfang in Tibet“.[59] Aber nicht nur der Kanzler, auch die Opposition war, wie schon in den 1970er-Jahren, soweit „vertrauenspolitisch“ konditioniert, dass das „V-Wort“ schlechterdings nicht mehr aus dem politischen Vokabular der 1980er-Jahre wegzudenken war.

In seiner ersten „großen Regierungserklärung“, zwei Wochen nach dem konstruktiven Misstrauensvotum vom 1. Oktober 1982, ging Kohl von der Kanzlerwahl direkt in den Wahlkampfmodus über. Er hob stark auf den innenpolitischen Vertrauensverlust ab, der aufgrund der „Unfähigkeit“ der Vorgängerregierung, Wirtschaftskrise und Arbeitslosigkeit zu bekämpfen sowie die „zerrütteten Staatsfinanzen“ wieder in Ordnung zu bringen, entstanden sei.[60] Damit konterte er die scharfen Vorwürfe seines Vorgängers sowie anderer SPD-Politiker, aber auch der

[55] Deutscher Bundestag. Protokolle. 10. Wahlperiode, 35. Sitzung, 21. 11. 1983, S. 2321–2332.
[56] Daniel Proektor/Volker Rühe/Karsten Voigt: Mehr Vertrauen – weniger Waffen. Militärische Entspannung in Europa aus sowjetischer und deutscher Sicht. Mit einer Dokumentation von Eberhard Schneider. Bonn 1987.
[57] Petra Kelly: „Sie sollen sich Sorgen machen“. Rede auf dem zweiten Forum der Krefelder Initiative, Dortmund, 21. November 1981. In: dies.: Um Hoffnung kämpfen. Gewaltfrei in eine grüne Zukunft. Köln 1983, S. 69–71.
[58] Helmut Kohl: Erinnerungen 1982–1990. München 2005, S. 438–445.
[59] Ebd., nach S. 448 (Bildtafeln unpag.).
[60] Helmut Kohl. In: Deutscher Bundestag. Protokolle. 9. Wahlperiode, 121. Sitzung, 13. 10. 1982, S. 7213.

Gegner des Koalitionswechsels innerhalb der FDP wie vor allem Hildegard Hamm-Brücher, wonach der Regierungswechsel einen „Vertrauensbruch" darstelle und, insbesondere auch unter den jungen Menschen, das Vertrauen in die parlamentarische Demokratie untergrabe.[61] Außenpolitisch reihte sich Kohl in das Narrativ der erfolgreichen internationalen Vertrauenswerbung ein, indem er, wie dies auch Brandt 1969 und 1973 getan hatte, innere und äußere Stabilität als wechselseitige Voraussetzung miteinander verschränkte. In einer „spannungsreichen Epoche" habe die Bundesrepublik Deutschland „innere Stabilität und das Vertrauen ihrer Nachbarn" gewonnen. Für Kontroversen sorgte hingegen das anschließende Ernst-Bloch-Zitat von der „Würde des aufrechten Gangs", den die Deutschen wieder gelernt hätten.[62] Darüber goss der Literaturkritiker Hellmuth Karasek im „Spiegel" ganze Kübel von Spott aus. Er nannte Kohls Regierungserklärung ein Stück „Würdegeschichte".[63]

Auch wenn alle Kanzler das enge Vertrauensverhältnis zu den USA betonten und die Bedeutung des transatlantischen Bündnisses für die westdeutsche Sicherheit, hob Kohl außergewöhnlich stark auf die deutsch-amerikanische Freundschaft und die enge Kooperation mit den USA ab. Im Mai 1983 nahm er in seiner zweiten Regierungserklärung für sich in Anspruch, dass sich durch seine Wahl das Vertrauen der USA in die Bundesrepublik „erneuert" habe.[64] Daneben kündigte Kohl einen Ausbau der „vertrauensvollen Zusammenarbeit" mit Frankreich an.[65] Auch vergaß Kohl nicht, zu versprechen, den Kurs der „Verständigung, Vertrauensbildung und der Zusammenarbeit auch mit den Staaten des Warschauer Pakts beharrlich und ohne jede Illusion über die bestehenden Gegensätze" weiterzuverfolgen.[66] 1987 wiederholte er, dass das „gegenseitige Vertrauen" von Amerikanern und Deutschen „gerade seit dem Oktober 1982 sichtbar erneuert" worden sei.[67] Ein Novum 1987 war, dass Kohl erstmals die Volksrepublik China in den Kreis „vertrauenswürdiger Partner" Westdeutschlands einbezog.[68]

[61] Vgl. insbesondere die Ausführungen von Helmut Schmidt sowie Hildegard Hamm-Brücher. In: Deutscher Bundestag. Protokolle. 9. Wahlperiode, 118. Sitzung, 1. 10. 1982, S. 7159–7166, S. 7195–7197.

[62] Helmut Kohl. In: Deutscher Bundestag. Protokolle. 9. Wahlperiode, 121. Sitzung, 13. 10. 1982, S. 7216.

[63] Hellmuth Karasek: Der sprachlose Schwätzer. In: Der Spiegel 43/1982, S. 248; indes reagiert Kohl auch hier auf Schmidts Diktum eine Woche zuvor: „Unsere Demokratie braucht Würde", Deutscher Bundestag. Protokolle, 9. Wahlperiode, 118. Sitzung, 1. 10. 1982, S. 7161. Schmidt kritisierte den Koalitionswechsel als die Glaubwürdigkeit der Politik untergrabend, und in diesem wörtlichen Sinne „ohne Würde", weil ohne Glaubwürdigkeit.

[64] Helmut Kohl. In: Deutscher Bundestag. Protokolle. 10. Wahlperiode, 4. Sitzung, 4. 5. 1983, S. 68.

[65] Ebd., S. 69.

[66] Ebd. Explizit ging er an einer weiteren Stelle wie auch 1982 und 1987 auf die als Terminus Technicus zu verstehenden „vertrauensbildenden Maßnahmen" innerhalb der KSZE ein.

[67] Helmut Kohl. In: Deutscher Bundestag. Protokolle. 11. Wahlperiode, 4. Sitzung, 18. 3. 1987, S. 68.

[68] Ebd., S. 71.

Als Apotheose der Vertrauensrhetorik könnte man die sich überschlagenden Reden und Ereignisse rund um die Wiedervereinigung bezeichnen. Kohl deutete im Januar 1991, in seiner Regierungserklärung nach seiner Wiederwahl als Kanzler im Dezember 1990, die deutsche Einheit auch als Ergebnis des jahrzehntelangen Werbens Westdeutschlands um Vertrauen und Verlässlichkeit gegenüber seinen Nachbarn. Hierbei dankte er den Vertretern der westlichen Alliierten und dem sowjetischen Staats- und Parteichef Michail Gorbatschow auch persönlich: „Viele haben uns in dieser Zeit auf dem Weg zur deutschen Einheit ein hohes Maß an Vertrauen entgegengebracht. Dieses Vertrauen zu erhalten, zu stärken und – das sage ich auch – sich seiner als würdig zu erweisen, das ist und bleibt Leitlinie unserer Politik“.[69] Die Abgeordneten des Bundestages applaudierten und stimmten offenkundig mit der These überein, dass Vertrauensbildung eine Voraussetzung der Einheit gewesen sei. Erneut verknüpfte Kohl „Vertrauen“ und „Würde“. Und zugleich sprach er vor dem Hintergrund der sich verschärfenden Krise am Golf über deutsche Verantwortung in der Welt. Vertrauen, so legte er nahe, würde sich das vereinigte Deutschland nicht ohne ein solides sicherheits- und außenpolitisches Engagement erhalten können.

Kohls extensive Verwendung des Begriffs „Vertrauen“ während der 1980er-Jahre fällt aus dem Rahmen. Sicher, „Vertrauen“ war ein Modewort und eine Zeitgeistvokabel der 1980er- und frühen 1990er-Jahre. Auch die jeweiligen Oppositionsführer wie zum Beispiel Hans-Jochen Vogel (SPD) nahmen die Begrifflichkeit auf; ebenso wie – innerhalb und außerhalb des Parlaments – Hans-Dietrich Genscher. Ein Vergleich zu Kohls letzter Regierungserklärung als Kanzler 1994 zeigt, wie zeitgebunden die Vertrauensrhetorik war. 1994 verwendete er das „V-Wort“ nur ein einziges Mal und zwar in einem gesellschaftspolitischen, nicht außenpolitischen Kontext. Auch Kohls Nachfolger Gerhard Schröder fand, neben der ritualisierten Beschwörung der deutsch-amerikanischen Freundschaft, wenig Anlass, sich die Vertrauensrhetorik offensiv zu eigen zu machen. Es bedürfte weiterer, auch semantischer Analysen der Bundestagsprotokolle, um die These zu erhärten, dass Vertrauen, um das Diktum von Ute Frevert abzuwandeln, eine „Obsession der 1980er-Jahre“ war und ein Begriff, der seine außen- und innenpolitische Hochkonjunktur in dieser Zeit hatte.

Abschließende Betrachtungen

Vertrauen hatte sich Anfang der 1980er-Jahre als ein zentraler Begriff westdeutscher Politik etabliert, wobei man auf Basis der hier vorgelegten, zweifellos begrenzten qualitativen und quantitativen Analyse, mit Einschränkungen wird konstatieren können, dass der Terminus sowohl innenpolitisch als auch mit Blick auf die Außenpolitik bevorzugt von Christdemokraten eingesetzt wurde. Die hohe

[69] Helmut Kohl. In: Deutscher Bundestag. Protokolle. 12. Wahlperiode, 5. Sitzung, 30. 1. 1991, S. 70.

Präferenz für das „V-Wort“ vor allem in Kohls Reden lässt sich als Teil der „sprachpolitischen Offensive“ des Konservatismus seit den 1970er-Jahren verstehen.[70] Dazu hat sicher auch beigetragen, dass die öffentliche Auseinandersetzung um das Ende der sozialliberalen Koalition 1982 und um das konstruktive Misstrauensvotum vom 1. Oktober 1982 mit der rhetorischen Waffe der wechselseitigen Bezichtigung von Vertrauensbrüchen und fehlender Glaubwürdigkeit ausgetragen wurde. Kohl konterte den Vorwurf des „Vertrauensbruchs“ gegenüber dem Wahlvolk mit dem Ziel seiner christlich-liberalen Koalition, das vorgeblich durch die SPD-geführte Regierung verspielte Vertrauen der Menschen in die Institutionen wie auch der internationalen Partner in die „Verlässlichkeit“ der Bundesrepublik wiederherzustellen.

Sozialdemokraten waren bei der Verwendung des „V-Worts“ insgesamt zurückhaltender. Auch auf dem Höhepunkt der „Vertrauens“-Debatte am 1. Oktober 1982 machte Schmidt eher von den von ihm bevorzugten alternativen Semantiken wie „Glaubwürdigkeit“ Gebrauch. Dass das linksliberale Spektrum dem „V-Wort“ skeptischer gegenüberstand, leuchtet unmittelbar ein, denn in „Vertrauen“ schwingen Bedeutungen von persönlicher Nähe und „Gemeinschaft“ mit, also emotionale und personale Bindungen, wie sie auch in Begriffen wie „Heimat“ zum Ausdruck kommen. „Vertrauen“ sprach Christdemokraten in der alten Bundesrepublik stärker an als Linke und Liberale, die mit Ralf Dahrendorf den Begriff der „Gesellschaft“ in den Mittelpunkt rückten.[71] Einschränkend hierzu muss angemerkt werden: Auch der führende Außenpolitiker der 1970er- und 1980er-Jahre, Hans-Dietrich Genscher, sprach viel von Vertrauen, verwendete den Begriff aufgrund seines Amtes aber auch stark personalisiert mit Blick auf sein Verhältnis zu Politikern anderer Staaten.[72] Auffällig ist, dass neben Erhard und Kiesinger, der innerhalb der CDU auf der liberalen Seite stand, es vor allem der spätere „Kanzler der Einheit“ war, der ständig von Vertrauen sprach.

Wenn auch die Methoden, Stile und Sprache der jeweiligen Kanzler und Außenminister divergierten und sie den Begriff des Vertrauens in unterschiedlicher Intensität bemühten, scheint es wenig Dissens darüber gegeben zu haben, dass „nach zwei Weltkriegen“ (Brandt) Vertrauensbildung eine zentrale Aufgabe westdeutscher Außenpolitiker sei. Weder innerhalb der außenpolitischen Elite, noch in der außenpolitisch interessierten Öffentlichkeit, noch innerhalb der Wählerschaft scheint es Widerstand oder Unmut gegeben zu haben, wenn „Vertrauen“ leitmotivisch in Reden und Handlungen anklang. Allenfalls wurde bestritten, dass die

[70] Hierzu, wenn auch ohne Bezug zu „Vertrauen“ und den 1980er-Jahren, vgl. Martina Steber: Die Hüter der Begriffe. Politische Sprachen des Konservativen in Großbritannien und der Bundesrepublik Deutschland, 1945–1980. Berlin 2017.

[71] Ralf Dahrendorf: Gesellschaft und Demokratie in Deutschland. München 1965; vgl. Paul Nolte: Die Ordnung der deutschen Gesellschaft. Selbstentwurf und Selbstbeschreibung im 20. Jahrhundert. München 2000.

[72] Genaueres müsste eine Untersuchung zeigen, zu Genschers personalisiertem Stil vgl. Agnes Bresselau von Bressensdorf: Frieden durch Kommunikation. Das System Genscher und die Entspannungspolitik im Zweiten Kalten Krieg 1979–1982/83. Berlin 2015.

Gegenseite ausreichend „vertrauenspolitisch“ agierte. Mehrere Kanzler hoben hervor, dass es darum gehe, die knappe Ressource „Vertrauen“ systematisch zu mehren. Oder sie setzten seit den 1970er-Jahren auf die weitere Akkumulation von Vertrauen, indem sie ost- und deutschlandpolitisch einen neuen Ansatz pflegten oder versprachen. Auch das Argument, bündnispolitisches Vertrauen zurückzugewinnen, konnte als Begründung für das christlich-liberale Werben um den NATO-Doppelbeschluss angeführt werden.

Was hat das nun mit Emotionen zu tun – und damit mit dem Rahmenthema dieses Bandes? Die Vertrauensrhetorik für die Untersuchung internationaler Beziehungen oder gar historischer Abläufe überhaupt fruchtbar zu machen, ist nicht einfach. Ostentativ, möglichst auf der öffentlichen Bühne, Vertrauen in die Beziehungen zu Nachbarn in Europa und Freunden in Übersee zu demonstrieren und dieses zu personalisieren, war Teil der Vertrauenswerbung demokratischer Politik im In- und Ausland. „Macht buhlt um Vertrauen“, so Frevert.[73] Macht, die Vertrauenswürdigkeit ausstrahlt, scheint für Menschen attraktiver zu sein als „nackte Politik der Interessen“. Dass der selbstbewusste Bürger in einer auf Vertrauen basierenden Gesellschaft Risiken minimieren kann, die angesichts der Tendenz zur Individualisierung sonst schwer kalkulierbar sind, hat aber mit interpersonalen Gefühlen wenig zu tun. Vertrauen rationalisiert, erleichtert das Leben. Soziale Komplexität, so Niklas Luhmanns klassische Formel, wird so reduziert.[74] Aber dennoch wird Vertrauen gerne über persönliche Beziehungen zwischen Politikern und Politikerinnen kommuniziert, also gerade nicht über das anonymisierte Vertrauen in Institutionen.

Ein Spezifikum der zeitgeschichtlichen Entwicklung seit den 1950er-Jahren, so eine These des vorliegenden Beitrags, ist, dass vor dem Hintergrund des medialen Wandels (mit dem in den 1960er-Jahren erfolgenden Durchbruch zu einer überwiegend auf visuellen Codes beruhenden Medienöffentlichkeit) Vertrauen verstärkt als individuelles Vertrauensverhältnis zwischen Spitzenpolitikern kommuniziert und inszeniert wurde. Damit ist es gerade keine institutionalisierte Ressource, die unabhängig von persönlichen Netzwerken existiert (wie es eben Luhmann verstand). Eine solche Entwicklung beginnt mit Adenauer, der Vertrauen des Auslands in ihn selbst zum Begriff machte. Damit aber ist ein Grundproblem der Forschung über Vertrauen berührt: Lässt sich das, was ein Zentralbegriff des privaten Lebens ist, auf den politischen Bereich übertragen? „Würden Sie von diesem Mann einen Gebrauchtwagen kaufen?“ – ist dieser Lackmustest, den vor Donald Trump jeder Präsidentschaftskandidat in den USA bestehen musste, wollte er gewählt werden, relevant? Natürlich – denn persönliche Vertrauenswürdigkeit war lange ein Kriterium der Politik. Doch letztlich ist dies eine semantische

[73] Ute Frevert: Vertrauen und Macht: Deutschland und Russland in der Moderne. Vortrag im DHI Moskau, 23. Mai 2007, http://www.dhi-moskau.de/fileadmin/pdf/Veranstaltungen/2007/Vortragstext_2007-05-23_de.pdf (letzter Zugriff am 7. 2. 2019).

[74] Niklas Luhmann: Vertrauen. Ein Mechanismus der Reduktion sozialer Komplexität. Stuttgart 1968.

Strategie, mit deren Hilfe politische Vorlieben formuliert werden können. Vertrauen ist weniger Emotion als semantische Krücke, um persönlich-parteipolitische Präferenzen zu rechtfertigen.

Westdeutsche Politiker und Politikerinnen reagierten mit der Betonung guter persönlicher Vertrauensverhältnisse in den Beziehungen zu den Akteuren anderer Länder sowie des „kollektiven Vertrauens", das sich Deutschland erworben habe, auf zwei Probleme: Erstens darauf, dass in den internationalen Beziehungen dem Schwachen kein anderes Mittel bleibt, als an die Moral und das Recht zu appellieren. Als die Bundesrepublik dann in den 1970er- und 1980er-Jahren in eine europäische Schlüsselposition hineingewachsen war und (etwa beim NATO-Doppelbeschluss) selbstbewusster auftreten konnte sowie wesentliche Gestaltungmöglichkeiten im Bündnis besaß, ließen sich zweitens mittels der Vertrauenssemantik Befürchtungen vor einer gewachsenen Bedeutung der Deutschen kaschieren. Auch war die Vertrauenssemantik nun längst integraler Bestandteil eines außenpolitischen Stils der Bundesrepublik geworden und hatte sich in diesem Sinne verselbstständigt. Kohl oder Genscher konnten gar nicht anders, als sich diese Tradition zu eigen zu machen, wobei die Frequenz der Häufigkeit der Invokation des „V-Worts" ein Stück weit auch eine Frage rhetorischer Präferenzen der jeweiligen Parteilager sowie zugleich epochen- und kontextgebunden war.

Über das Selbstverständliche muss man nicht reden. Vielleicht sprach Kohl über Vertrauen in den 1980er-Jahren so häufig, weil er einerseits im Vergleich zu Schmidt nach außen hin eine stärkere Emotionalität sowie einen anderen rhetorischen Stil pflegte. Anderseits schien aus konservativer Sicht der gesellschaftliche Zusammenhalt zu bröckeln, so wie international das westliche Bündnis an Kohäsionskraft zu verlieren schien. Daher beschwor Kohl den Willen zur Gemeinsamkeit[75] oder hoffte auf ein neues „Vertrauen junger Menschen in die Demokratie"[76]. Mit letzterer Aussage reagierte er aber auch auf die heftigen Vorwürfe der Opposition, die Union sei es, die das Vertrauen der Jugend in den Staat untergrabe. Ähnlich argumentierte Erhard 1963, der die Empörung über Strauß und Adenauer auffangen musste. Angesichts der zu verdauenden herben Enttäuschung im deutsch-französischen und deutsch-amerikanischen Verhältnis sowie angesichts der anstehenden De-facto-Liquidierung des Bonner Alleinvertretungsanspruchs machte Kiesinger 1966 Vertrauenswerbung zu einem Thema. In Krisen verstärkt sich offenkundig Vertrauensrhetorik.

Der „realpolitische Gehalt" der Vertrauensrhetorik sollte nicht unterschätzt werden. Das „weiche" Vertrauenswerben wurde eingesetzt, erst um das Machtgefälle zwischen der Bundesrepublik und ihren Partnern abzubauen, und später, um Einfluss aufrechtzuerhalten und hinzuzugewinnen. Es ging und geht damals wie heute weniger um Emotionen. Vertrauensrhetorik war und ist eine Art kommuni-

[75] Helmut Kohl. In: Deutscher Bundestag. Protokolle. 9. Wahlperiode, 121. Sitzung, 13. 10. 1982, S. 7229.

[76] Helmut Kohl. In: Deutscher Bundestag. Protokolle. 11. Wahlperiode, 4. Sitzung, 18. 3. 1987, S. 73.

katives Muster. Sie spielt mit rhetorischen Konventionen von Emotionalität. Sie erlaubt mittels emotionaler Codes Aussagen über den Stand von Beziehungen, wie auch „Machtgleichgewichte“ und „Interessen“ Metaphern dafür sind, was in den internationalen Beziehungen erreicht werden soll oder kann. Diese Rhetorik verfing im kulturellen Umfeld der Bundesrepublik der 1980er-Jahre besonders gut und passte zur deren gewachsenem Selbstverständnis als „Friedensmacht“. Aber sie passte eben auch zum Stil der Selbstverständigung über den Ort Westdeutschlands in Europa, die für konservative Politiker wie Helmut Kohl charakteristisch war.

Abstract

This essay looks into the rhetoric of trust in West German foreign relations by analysing the inaugural speeches of chancellors Konrad Adenauer, Ludwig Erhard, Kurt Georg Kiesinger, Willy Brandt, Helmut Schmidt, and Helmut Kohl. Over the four post-war decades, trust (*Vertrauen*) became a code word for influence, the right to participate, and for power. By vying for trust, the Federal Republic attempted to expand its manoeuvring room in the international arena. A “policy of trust” thus became a prominent feature of a particular West German style of conducting foreign policy. As the Federal Republic was seeking to distinguish itself from the country’s brutal pre-1945 struggle for world power, this “softer” approach to foreign affairs turned out to be good domestic policy as well. Invoking trust in public speeches was less a matter of emotion than it was a popular way of speaking about Germany’s international status. The metaphorical play with emotions thus resembled similar signifiers of policy goals in international affairs such as “balance of power” and “interests”. Courting trust with Germany’s Western allies and later its Eastern partners, arguing that trust had been gained (or was in danger of being lost), became an acceptable way of representing foreign policy goals. It seemed to have fit well with West Germany’s self-image of a “peace power.” As the quantitative analysis of the inaugural speeches shows, Christian Democratic politicians were more prone to engaging in the rhetoric of trust than were their Social Democratic counterparts: Kohl’s chancellorship during the 1980s represented the high point of this rhetoric of trust.

Emotionen um Deutschland in der Ost-West-Konfrontation

Ilse Dorothee Pautsch

Von „unvorstellbarer Katastrophe“ zu „Flohbiss an einem Elefanten“

Gefühlsäußerungen in verbaler und nonverbaler Kommunikation von Politikern und Diplomaten in den Tagen des Berliner Mauerbaus

Würde man die Bevölkerung Deutschlands nach den emotionalsten Augenblicken in der jüngsten Geschichte fragen, so dürfte mit größter Wahrscheinlichkeit der Fall der Berliner Mauer am 9. November 1989 genannt werden – eine Antwort, die sicherlich auch der zeitlichen Nähe dieses Ereignisses zur Gegenwart geschuldet ist. Es ist jedoch zu vermuten, dass, vor allem von den Älteren, auch der Tag erwähnt werden würde, an dem die Errichtung der Berliner Mauer begann. Es liegt also nahe, diesen 13. August 1961 sowie die Wochen vor und nach diesem Datum unter einem emotionsgeschichtlichen Blickwinkel zu erforschen. Die nachfolgende Untersuchung, die auf erst kürzlich veröffentlichten Quellen aus dem Politischen Archiv des Auswärtigen Amtes basiert,[1] stellt die Gefühlsäußerungen derjenigen in den Mittelpunkt, die von Berufs und Amts wegen die Interessen der Bundesrepublik Deutschland und Berlins in dieser Krise zu vertreten hatten, nämlich die Politiker in Bonn und Berlin sowie die Diplomaten im Auswärtigen Amt, und vergleicht sie mit denjenigen ihrer ausländischen Kollegen und denjenigen der Bevölkerung. Bei der Lektüre der Gesprächsaufzeichnungen und der diplomatischen Korrespondenz dieser Wochen, ergänzt durch Pressemeldungen, lassen sich zahlreiche Emotionen[2] identifizieren: Gefahr, Furcht, Empörung und Enttäuschung, aber auch Vertrauen, Hoffnung, punktuell sogar Begeisterung. Ebenso fällt auf, dass auf die Ereignisse des 13. August auch mit großer Nüchternheit und Kühle reagiert wurde.

In vier Abschnitten fragt der vorliegende Beitrag danach, wie sich diese Gefühle im Verlauf der Krise wandelten und welche sprachlichen Ausdrucksformen sie fanden. In einem abschließenden Fazit wird zu beurteilen sein, inwieweit diese Sprechakte einer emotionalen Strategie folgten und somit als *emotives* im Sinne

[1] Vgl. Andreas Wirsching/Hélène Miard-Delacroix/Gregor Schöllgen (Hg.): Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland (AAPD) 1961. 3 Teilbde. Berlin/Boston 2018.

[2] Die Begriffe „Emotion“ und „Gefühl“ werden gleichbedeutend verwendet.

https://doi.org/10.1515/9783110680522-007

William Reddys[3] gelten können, und ob sie einem Set von Normen entsprachen, das als *emotional regime*[4] bezeichnet werden kann.

Dabei ist zu berücksichtigen, dass der Gefühlsausdruck bei Politikern und Angehörigen des Auswärtigen Dienstes primär über die Sprache erfolgt, die vor allem im Fall von Diplomaten eine besondere Herausforderung darstellt, denn sie ist von Haus aus emotionsarm. Wilhelm Grewe, als Botschafter der Bundesrepublik in Washington selbst in die Ereignisse von 1961 involviert, weist darauf hin, dass die Sprache der Diplomaten „unterkühlt" sei sowie „mäßigend, dämpfend und glättend":[5] Sie wolle vor allem „möglichst wenig Angriffsflächen" bieten.[6] So führten die Diplomaten „Bedenken" an, wenn Ablehnung oder sogar Furcht ausgedrückt werden sollte, sie bezeichneten abwegige Auffassungen als „unverständlich" und dramatische Entwicklungen als „kritisch"; war eine Eskalation bis hin zu militärischen Auseinandersetzungen nicht ausgeschlossen, so galt ihnen die Lage als „außerordentlich ernst". Auf diese Weise, so Grewe, konnte die „Sprache der Diplomatie" als „Stoßdämpfer in harten, konfliktgeladenen Auseinandersetzungen" wirken, „ohne ihre Eigenschaft als scharf geschliffenes Instrument zur Führung solcher Auseinandersetzung zu verlieren".[7] Vergleichbares gilt in der Regel für die Ausdrucksweise von Politikern, wobei in diesem Fall auch politische Gesten als Mittel der nonverbalen Kommunikation bedeutsam sein können, wie anhand der Entwicklung im Sommer 1961 gezeigt werden kann.

Vor dem Mauerbau: Das Gefühl wachsender Gefahr

Um die durch die Sperrmaßnahmen des 13. August ausgelösten Emotionen besser einordnen zu können, soll zunächst untersucht werden, welche Erwartungen an die politische Entwicklung im Sommer 1961 sowohl aufseiten der Bundesregierung als auch bei den Westalliierten vorherrschten. Dabei ist zu berücksichtigen, dass die zweite Berlin-Krise seit Nikita S. Chruschtschows Ultimatum vom November 1958 mit der Drohung, der DDR die Kontrolle über die Verbindungswege zwischen Berlin und der Bundesrepublik zu übertragen und den Vier-Mächte-Status Berlins zu beenden, sowie seiner wiederholten, zuletzt auf dem Wiener Gipfeltreffen Anfang Juni 1961 vorgebrachten Ankündigung, mit der DDR einen separaten Friedensvertrag abzuschließen, schon fast drei Jahren lang schwelte und

[3] Reddy definiert *emotives* als „[a] type of speech act different from both performative and constative utterances, which both describes (like constative utterances) and changes (like performatives) the world, because emotional expression has an exploratory and a self-altering effect on the activated thought material of emotion". Vgl. William Reddy: The Navigation of Feeling. A Framework for the History of Emotions. Cambridge 2001, S. 128.

[4] Als *emotional regime* beschreibt Reddy „[t]he set of normative emotions and the official rituals, practices, and emotives that express and inculcate them; a necessary underpinning of any stable political regime". Vgl. ebd., S. 129.

[5] Vgl. Wilhelm G. Grewe: Die Sprache der Diplomatie. Hamburg 1967, S. 26f.

[6] Vgl. ebd., S. 28.

[7] Vgl. ebd., S. 29f.

sich die Lage in der DDR aufgrund stetig steigender Flüchtlingszahlen zuspitzte.[8] Dennoch wurde vor dem 13. August eine Abriegelung der Berliner Sektorenübergänge nicht als das wahrscheinlichste Szenario angesehen. Erwartet wurde eher, dass – in Analogie zur Berlin-Krise 1948 – der Zugang durch das Territorium der DDR nach Berlin geschlossen oder behindert und in der Folge der Status Westberlins gefährdet werden könnte. Die Stimmung in den diversen Beratungsgremien wurde dominiert von einem Gefühl zunehmender Gefahr, wie die häufige Verwendung dieses Begriffs in Aktenstücken aus diesem Zeitraum zeigt. So übermittelte Legationsrat I. Klasse Hermann Forster am 3. August aus einer Arbeitsgruppensitzung hoher Beamter in Paris die Erläuterungen des Abteilungsleiters im *State Department*, Foy David Kohler, zu einem neu eingeführten amerikanischen Arbeitspapier mit dem Titel „The Problem of Berlin Surface Access“: „Es habe sich gezeigt, dass die bisherige Planung die *Gefahr* einer überstürzten Zuspitzung der Situation in sich barg“. Als daraufhin sein britischer Kollege Evelyn Shuckburgh „meinte, die in dem Papier enthaltene Tendenz müsse auch für die Verhandlungen in Moskau verwendet werden“, äußerte der Vertreter Frankreichs, Jean Laloy, „*starke Bedenken*. Er sagte, dass dadurch die Position des Westens *erheblich gefährdet* werden könnte.“[9]

Ebenso spielten auf der Pariser Außenministerkonferenz Anfang August[10] die Begriffe „Gefahr“ und „Bedenken“ eine erhebliche Rolle: Bundesminister Heinrich von Brentano warnte am 5. August vor Abmachungen zwischen der Bundesrepublik und der DDR über den Zugang der Westalliierten nach Berlin mit den Worten: „Die Stellung der Frage sei *nicht ungefährlich*, wenn man dadurch zu erkennen gebe, dass diese Rechte nicht ohne Zustimmung der SBZ ausgeübt werden sollten. Deswegen halte er ein solches Verfahren politisch und praktisch für *irreal und gefährlich*.“[11] Auch am zweiten Tag des Treffens, am 6. August, wiederholten sich diese Gefühlsäußerungen, so etwa in Brentanos Aussage: „Was den Vorschlag für eine Gesamt-Berlin-Lösung angehe, so habe er *gewisse Bedenken*, dass die Sowjets sagen würden, sie könnten über Groß-Berlin nicht verhandeln, da es einen integralen Bestandteil der DDR bilde, was dann die West-Berlin-Frage isoliert, was *gefährlich* wäre.“[12]

[8] Zur Berlin-Krise vgl. vor allem Gerhard Wettig: Chruschtschows Berlin-Krise 1958–1963. Drohpolitik und Mauerbau. München 2006, vor allem S. 31–45, S. 148–153. Vgl. dazu weiter: Hope M. Harrison: Driving the Soviets up the Wall. Soviet-East Geman Relations 1953–1961. Princeton 2003, insbes. S. 102–121, S. 157–177.

[9] Vgl. die Aufzeichnung des Legationsrats I. Klasse Forster, z. Z. Paris, vom 3. August 1961, AAPD 1961, Dok. 249, S. 1054–1056, hier: S. 1054f. (Hervorhebungen durch die Verfasserin).

[10] Zu den Beratungen der Westalliierten in Paris vgl. auch Rolf Steininger: Berlinkrise und Mauerbau 1958 bis 1963. Mit einem Kapitel zum Mauerfall 1989. München ^{4}2009, S. 237–245.

[11] Vgl. die Aufzeichnung über das Gespräch des Bundesministers von Brentano mit den Außenministern der drei Westmächte Maurice Couve de Murville, Lord Alexander Home und Dean Rusk am 5. August 1961 in Paris, AAPD 1961, Dok. 254, S. 1066–1077, hier: S. 1075 (Hervorhebungen durch die Verfasserin).

[12] Vgl. die Aufzeichnung über das Gespräch des Bundesministers von Brentano mit den Außenministern der drei Westmächte Maurice Couve de Murville, Lord Alexander Home und Dean

Es wird deutlich, dass die Zeit unmittelbar vor dem Mauerbau gekennzeichnet war von dem Gefühl der Bedrohung. In den Gesprächen wurde die wahrgenommene Gefahr als solche benannt. Die damit verbundenen Befürchtungen und Ängste wurden aber in der Regel in dem von Grewe beschriebenen unterkühlten Sprachduktus als „Bedenken" formuliert. Dabei erfuhren die Gefühle hinsichtlich Begrifflichkeit und Intensität sowohl aufseiten der westdeutschen als auch aufseiten der alliierten Akteure einen vergleichbaren Ausdruck.

Trotz dieser Ähnlichkeit im Ausdruck sind bei genauerer Betrachtung Unterschiede darin erkennbar, worauf sich die Befürchtungen der Bonner Politiker einerseits und ihrer westalliierten Kollegen andererseits bezogen. Während das Szenario von Behinderungen oder Sperrungen der Verbindungen zwischen dem Bundesgebiet und Berlin bei allen Beteiligten als hochgradig wahrscheinlich galt, hielt man auf bundesdeutscher Seite in stärkerem Maße auch eine Schließung der Sektorengrenze zwischen West- und Ostberlin für denkbar. Bereits am 14. Juni hatte Staatssekretär Karl Carstens eine Aufzeichnung vorgelegt, in der er die „voraussichtliche Entwicklung der Deutschland- und Berlin-Frage im Jahr 1961"[13] skizzierte. Dort wird die „Sperrung der Sektorengrenze" in einer Aufzählung möglicher Maßnahmen als vierter Punkt genannt, noch vor dem Szenario „Behinderung des Verkehrs zwischen der Bundesrepublik und Berlin".[14] Auch von Westberliner Seite wurde – nachdem die DDR schon Anfang August eine Registrierungspflicht für alle Bewohner Ostberlins, die im Westteil der Stadt zur Arbeit gingen, eingeführt hatte,[15] – am 11. August die Frage gestellt: „Wann werden die Grenzen endgültig geschlossen?"[16]

13. August 1961: Wut, Verzweiflung – und nüchternes Kalkül

Die Antwort erfolgte nur zwei Tage später: In der Nacht von Samstag, den 12., auf Sonntag, den 13. August 1961, begann die Schließung der Sektorengrenze in Berlin, zunächst mit Stacheldraht und beweglichen Absperrungen.[17] Am 14. August traf sich Bundesaußenminister von Brentano mit den Botschaftern Walter

Rusk am 6. August 1961 in Paris, AAPD 1961, Dok. 255, S. 1076–1088, hier: S. 1086 (Hervorhebungen durch die Verfasserin).

[13] Vgl. die Aufzeichnung des Staatssekretärs Carstens vom 14. Juni 1961, AAPD 1961, Dok. 183, S. 801–803, hier: S. 801.

[14] Vgl. ebd., S. 802.

[15] Zu den Behinderungen im Innerberliner Verkehr vor dem Mauerbau vgl. Harrison: Soviets (wie Anm. 8), S. 188 f.

[16] Für die Frage des Berliner Bürgermeisters Franz Amrehn gegenüber Bundesminister von Brentano vgl. die Aufzeichnung des Botschafters Georg Ferdinand Duckwitz vom 11. August 1961, AAPD 1961, Dok. 262, S. 1121–1126, hier: S. 1123.

[17] Zu den Absperrungen und den flankierenden militärischen Maßnahmen vgl. Matthias Uhl: Krieg um Berlin?. Die sowjetische Militär- und Sicherheitspolitik in der zweiten Berlin-Krise 1958 bis 1962. München 2008, S. 137–153. Zur Vorgehensweise bei der Errichtung der Berliner Mauer vgl. Tobias Cramer u. a.: Die Baugeschichte der Berliner Mauer. Petersberg 2011, S. 34–40.

Cecil Dowling, François Seydoux de Clausonne und Christopher Eden Steel. Brentano eröffnete das Gespräch, und seine Erregung lässt sich an seiner Wortwahl ablesen: Die Meldungen aus Berlin seien *„alarmierend“*.[18] *„Psychologisch* sei wichtig, dass durch diese Maßnahme für 16 Millionen Menschen eine *unvorstellbare Katastrophe* eingetreten sei. […] Die Zone sei nunmehr *ein einziges Konzentrationslager* geworden.“ Er äußerte die Befürchtung, in Westberlin werde sich eine „Stimmung des ‚Rette-sich-wer-kann‘ ausbreiten“: Vor allem, wenn „eine sichtbare Reaktion ausbleibe, müsse mit einer *Panik* gerechnet werden“. Brentano schlug als Gegenmaßnahme „die konsequente Einstellung der Erteilung von Reisedokumenten für Leute aus der Ostzone“ vor.[19]

In diesen Worten ist von der unterkühlten Sprache des Diplomaten, die Grewe beschreibt, nichts zu spüren. Insbesondere der objektiv betrachtet unangemessene Vergleich mit nationalsozialistischen Konzentrationslagern verdeutlicht die Erregung Brentanos und sein Bemühen, den Botschaftern die Dramatik der Lage vor Augen zu führen. Allerdings fällt auf, dass die Emotionen allein von deutscher Seite geäußert wurden. Die Botschafter der drei Westmächte bewerteten die Lage kühl und nüchtern. Sehr bald nach Brentanos „Gefühlsausbruch“ wandte sich die Unterredung in geschäftsmäßiger Weise möglichen Gegenmaßnahmen zu, und schließlich kam man zu dem Schluss, in Moskau eine Protestnote zu übergeben. Am Ende des Gesprächs fragte der französische Botschafter Seydoux, „wie man gegenüber der Presse die neue Lage bezeichnen solle. Er glaube, es bestehe Übereinstimmung darüber, dass sie als *ernst* zu bezeichnen sei.“ Brentano bekräftigte diese Einschätzung und nannte die Situation im Folgenden zweimal *„ausgesprochen ernst“*.[20] Wie der Gebrauch des Begriffs „ernst“ für die von Brentano zu Beginn des Gesprächs verwendeten emotional stärker konnotierten Charakterisierungen „alarmierend“ oder „unvorstellbare Katastrophe“ zeigt, hatte der distanzierte Gefühlsausdruck des Diplomaten wieder die Oberhand gewonnen. Der Gefühlsausbruch Brentanos war von seinen Gesprächspartnern erfolgreich eingefangen worden. Es ist hier eine Vorgehensweise zu beobachten, die in der emotional aufgeheizten Situation des Mauerbaus noch mehrfach anzutreffen ist, nämlich das Dämpfen beziehungsweise das Nichterwidern von Emotionen als Strategie der Gesprächslenkung. Der eingangs beschriebene Duktus der Diplomatensprache war dazu das Mittel der Wahl.

Ganz anders als sein Außenminister ließ sich Bundeskanzler Konrad Adenauer am 16. August gegenüber dem sowjetischen Botschafter Andrej A. Smirnow vernehmen. Im Gegensatz zu Brentano, der mit Äußerungen der Empörung in die Unterredung gestartet war, versicherte der Kanzler zunächst, dass er „den dringenden Wunsch habe, mit der Sowjetunion in Freundschaft zu leben“. Dann be-

[18] Vgl. die Aufzeichnung über das Gespräch des Bundesministers von Brentano mit den Botschaftern der drei Westmächte Dowling, Seydoux und Steel vom 14. August 1961, AAPD 1961, Dok. 268, S. 1141–1148, hier: S. 1141 (Hervorhebung durch die Verfasserin).
[19] Vgl. ebd., S. 1143 (Hervorhebungen durch die Verfasserin).
[20] Vgl. ebd., S. 1148 (Hervorhebungen durch die Verfasserin).

zeichnete er die Lage in Berlin als „*lästige und unangenehme* Sache, die *über das Nötige hinaus hochgespielt* worden sei", und fuhr fort: „Er wäre der sowjetischen Regierung dankbar, wenn sie da etwas mildern könnte. Er sei in *großer Sorge* über die Entwicklung in Berlin und in der Zone, und er habe ganz offen gesagt *Angst*, dass dort unter Umständen Blut fließen könnte. […]. Es würde allgemein einen guten Eindruck machen, wenn die sowjetische Regierung zur *Milderung* der Situation beitrüge."[21] In diesem Gespräch war es nun Adenauer, der kühl und distanziert die Krise in Berlin ansprach, ja herunterspielte; allerdings wurde dieser Ton durch die Begriffe „Angst" und „große Sorge" konterkariert. In der Biografie des Kanzlers von Hans-Peter Schwarz wird geltend gemacht, dass „Adenauer für die millionenfachen Psychodramen dieser Tage noch keine richtigen Antennen" besessen habe.[22] Und Rolf Steininger kommt zu dem Schluss: „Der alte Herr hatte die Sache einfach nicht im Griff; die Dinge glitten ihm mehr und mehr aus den Händen; er war von Kriegsfurcht beherrscht und schien wie gelähmt."[23] Es kann allerdings auch nicht ausgeschlossen werden, dass die einleitenden Bemerkungen zu diesem brisanten Gesprächspunkt einen Versuch darstellten, das ganze Ausmaß der Besorgnis nicht zu offensichtlich werden und somit die Provokation ins Leere laufen zu lassen. Das Vorgehen Adenauers wäre somit Resultat einer emotionalen Strategie und würde auf der gleichen Annahme basieren wie eine Äußerung Brentanos auf der WEU-Ministerratstagung am 1. August: „Wenn der Westen *Angst* und mit der Verhandlungsbereitschaft auch eine Konzessionsbereitschaft zeige, provoziere er eine harte Haltung der Sowjetunion".[24]

Über die Reaktionen der Berliner Bevölkerung wurde das Auswärtige Amt durch die Berichte des Leiters seiner Dienststelle in Berlin, Günther Kempff, unterrichtet. Am Tag nach der Schließung der Sektorengrenze gab dieser die Wut in der geteilten Stadt so wieder: „Die Volksmenge auf der Seite des Westsektors war sichtlich erbittert, […] ‚es koche', wiederholt ertönten Pfui-Rufe, wenn auf der anderen Seite neue Truppen oder Polizeieinheiten auftauchten, irgendwo begann die Menge das Deutschlandlied zu singen".[25] Noch deutlicher äußerte sich die Presse. Am 15. August meldete der Berliner „Tagesspiegel": „Die Berliner in Ost und West strömten zu Tausenden und Zehntausenden an die Sektorengrenzen". Am Brandenburger Tor und am Potsdamer Platz „standen sich die Berliner aus Ost und West gegenüber – zu Hunderten und Tausenden – nur getrennt durch Stacheldrahtverhaue, Spanische Reiter, Barrikaden und jene immerhin deutschsprechenden Uniformierten, die mit umgehängter Maschinenpistole und aufge-

[21] Vgl. die Aufzeichnung über das Gespräch des Bundeskanzlers Adenauer mit dem sowjetischen Botschafter Smirnow am 16. August 1961, AAPD 1961, Dok. 274, S. 1163–1171, hier: S. 1167 (Hervorhebungen durch die Verfasserin).
[22] Vgl. Hans-Peter Schwarz: Adenauer. Der Staatsmann 1952–1967. Stuttgart 1991, S. 665.
[23] Vgl. Steininger: Berlinkrise (wie Anm. 10), S. 265.
[24] Vgl. die Aufzeichnung der Legationsrätin I. Klasse Hildegunde Feilner vom 4. August 1961, AAPD 1961, Dok. 254, S. 1066–1076, hier: S. 1067, Anm. 6 (Hervorhebung durch die Verfasserin).
[25] Vgl. die Aufzeichnung des Gesandten Joachim Friedrich Ritter vom 14. August 1961, AAPD 1961, Dok. 269, S. 1149f., hier: S. 1149.

pflanztem Bajonett davor bangten, von den *maßlos erregten* Menschenmengen zu beiden Seiten überrannt zu werden. Die explosive Empörung auf der einen Seite des Brandenburger Tores machte sich in Sprechchören Luft […]. Auf der anderen Seite aber bittere Verzweiflung.“[26]

Diese Stimmung wurde von den Berliner Politikern aufgegriffen, wie in einem Gespräch am 15. August deutlich wurde, das Botschafter Georg Ferdinand Duckwitz in Vertretung von Brentano mit dem Berliner Senator Günter Klein und Oberregierungsrat Gerd Ludwig Lemmer führte. Diese berichteten von einem Treffen des Berliner Bürgermeisters Franz Amrehn, wie der Kanzler Mitglied der CDU, mit den drei westalliierten Kommandanten von Berlin am 14. August, bei dem die „aggressive Art“ Amrehns auf Ablehnung gestoßen sei.[27] Die Berliner hätten deutlich gemacht, dass sie entschiedene Gegenmaßnahmen erwarteten, und forderten im Namen des Senats „eine Einstellung des Waren- und Zahlungsverkehrs mit dem gesamten Ostblock durch die NATO-Mitgliedstaaten“. Klein betonte, in Westberlin herrsche eine „explosive Stimmung“, diese „werde noch gefährlicher, wenn nicht Gegenmaßnahmen ergriffen und verkündet würden, die dem rechtswidrigen Übergriff der Sowjetzone angemessen seien“.[28] Auch der Regierende Bürgermeister von Berlin, Willy Brandt, ließ sich vernehmen: Noch am 13. August gab er eine Erklärung vor dem Berliner Abgeordnetenhaus ab, in der er die Grenzschließung als „empörendes Unrecht“ bezeichnete und – ähnlich wie Brentano – die Sperranlagen mit der „Sperrwand eines *Konzentrationslagers*“[29] verglich. Sie gipfelte in dem Satz: „Die kalten Betonpfähle, die unsere Stadt durchschneiden, sind *mitten ins Herz* der deutschen Einheit und in den *lebendigen Organismus* unserer einen Stadt Berlin gerammt“.[30] Mit solchen Worten verliehen die Berliner Politiker, allen voran Brandt, den Emotionen der Bevölkerung eine Stimme. Im laufenden Wahlkampf zur Bundestagswahl am 17. September, in dem Brandt als Herausforderer von Bundeskanzler Adenauer antrat, bedeutete dies einen Vorteil, den die SPD strategisch zu nutzen wusste.

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass die Schließung der Berliner Sektorengrenze am 13. August unterschiedliche emotionale Reaktionen hervorrief und somit die bis zu diesem Zeitpunkt herrschende Gefühlslage einer alle gleichermaßen betreffenden Bedrohung beendete. Die Bruchlinien verliefen dabei nicht entlang parteipolitischer Grenzen, wie die unterschiedlichen Reaktionen von Adenauer und Amrehn zeigen. Westalliierte Politiker und Diplomaten reagierten am gelassensten, denn die Maßnahmen vom 13. August ließen die Rechte der Alli-

[26] Vgl. Diesen Tag vergessen die Berliner nicht. In: Der Tagesspiegel, 15. 8. 1961, S. 5 (Hervorhebung durch die Verfasserin).
[27] Vgl. die Aufzeichnung des Botschafters Duckwitz vom 15. August 1961, AAPD 1961, Dok. 271, S. 1154–1157, hier: S. 1155.
[28] Vgl. ebd., S. 1156.
[29] Vgl. Helga Grebing/Gregor Schöllgen/Heinrich August Winkler (Hg.): Willy Brandt. Berliner Ausgabe. Bd. 3: Berlin bleibt frei. Politik in und für Berlin 1947–1966. Berlin 2004, Dok. 66, S. 324-333, hier: S. 324 (Hervorhebung durch die Verfasserin).
[30] Vgl. ebd., S. 329f. (Hervorhebung durch die Verfasserin).

ierten in Bezug auf Berlin im Prinzip intakt: Ihre Anwesenheit in der Stadt wurde nicht infrage gestellt, und die Verbindungswege zwischen der Bundesrepublik und Berlin blieben offen. Unter diesen Umständen bestand kein Interesse an Reaktionen, die die Spannungen zwischen Ost und West weiter verschärfen würden, zumal das Ende des Flüchtlingsstroms eine Stabilisierung der DDR und damit des Status quo versprach.[31] Auf der Basis dieser Interessenlage konnten die Westalliierten die unterkühlte Sprache der Diplomatie strategisch einsetzen, um emotional aufgeheizte Gesprächssituationen zu deeskalieren. Auch bei Adenauer kann vermutet werden, dass er gegenüber Smirnow eine Deeskalationsstrategie zumindest versuchte, wenn auch mit weitaus geringerem Erfolg: Der sowjetische Botschafter antwortete nicht auf gleicher Note, er drohte vielmehr dem Westen, sollte dieser es wagen, Gegenmaßnahmen zu ergreifen.[32] Die Bevölkerung und die Politiker in Westberlin waren dagegen von den Sperrmaßnahmen entsetzt, drohte doch die Schließung der letzten Übergänge von der DDR in den Westen die deutsche Teilung endgültig zu besiegeln.

Nach dem Mauerbau: Enttäuschung, Vertrauensverlust und wachsende Kriegsfurcht

Die Bonner Diplomaten bewegten sich in den Tagen nach dem Mauerbau in diesem Spannungsfeld zwischen Berliner Wut und westalliierter Zurückhaltung. Am 14. August berichtete Botschafter Grewe von einer Arbeitsgruppensitzung mit den britischen und französischen Botschaftern und dem Abteilungsleiter im *State Department*, Kohler. Schnell trat die Dichotomie zwischen dem Wunsch nach möglichst schmerzhaften Gegenmaßnahmen, wie er primär von westdeutscher Seite vertreten wurde, und der Angst vor einer „escalation of retaliation",[33] wie sie vor allem die drei Westalliierten befürchteten, zutage. Wollten die Deutschen zunächst mit entschiedenen Aktionen wie der Einstellung des Interzonenhandels oder zumindest einer TTD-Sperre[34] reagieren, so wurde zum Beispiel von amerikanischer Seite darauf verwiesen, dass solche Schritte „für die Sicherung der

[31] Als symptomatisch für diese Haltung kann der in der Literatur vielfach wiedergegebene Ausspruch Präsident John F. Kennedys gelten, „a wall is a hell of a lot better than a war". Zitiert nach William R. Smyser: Kennedy and the Berlin Wall. „A Hell of a Lot Better than a War". Lanham u. a. 2011, S. 106. Vgl. dazu auch Harrison: Soviets (wie Anm. 8), S. 207. Zu den Reaktionen der Westmächte vgl. Christoph Münger: Kennedy, die Berliner Mauer und die Kubakrise. Die westliche Allianz in der Zerreißprobe 1961–1963. Paderborn 2003, S. 102 f.; Hermann Wentker: Der Westen und die Mauer. In: Klaus-Dietmar Henke (Hg.): Die Mauer. Errichtung, Überwindung, Erinnerung. München 2011, S. 196–210, hier bes.: S. 196–198.

[32] Vgl. die Aufzeichnung über das Gespräch des Bundeskanzlers Adenauer mit dem sowjetischen Botschafter Smirnow vom 16. August 1961, AAPD 1961, Dok. 274, S. 1163–1171, hier: S. 1169.

[33] Vgl. den Drahtbericht des Botschafters Grewe, Washington, an das Auswärtige Amt vom 14. August 1961, AAPD 1961, Dok. 270, S. 1151–1153, hier: S. 1152.

[34] Die „Temporary Travel Documents" (TTDs) berechtigten Bewohner der DDR zur Einreise in die Bundesrepublik und nach Westberlin. Die Verhängung einer TTD-Sperre war auch deshalb

Freiheit Westberlins und der Zugänge nach Berlin reserviert bleiben“ müssten[35] – also für Maßnahmen, die die Rechte der drei Westalliierten in Berlin unmittelbar tangierten. Zum Abschluss seines Berichts aus der Arbeitsgruppe resümierte Grewe: „Offensichtlich ist man hauptsächlich daran interessiert, dass es in Berlin nicht zu Unruhen kommt, während man das Ende der Zirkulationsfreiheit in Berlin und damit das Ende der Fluchtbewegung aus der Zone bereits als unabänderliche Tatsache akzeptiert.“[36]

Noch deutlicher wird die Haltung der westalliierten Diplomaten in einem Bericht Grewes über ein Treffen der Botschafter, das am 16. August in Washington stattfand, um den Text einer Protestnote zu verabschieden, die am Folgetag in Moskau übergeben werden sollte. Das unterschiedliche emotionale Engagement zeigte sich schon darin, dass Grewe „in vorgerückter Stunde die nach Sitzungsschluss strebenden Partner in der Botschafter-Lenkungsgruppe auf Fortsetzung des Gesprächs über Gegenmaßnahmen“[37] drängen musste. Mittlerweile war von einer Einstellung des Interzonenhandels keine Rede mehr, Grewe plädierte nur noch für die Durchsetzung einer TTD-Sperre und verwies auf die „*Enttäuschung* in Westberlin über Verzögerung des alliierten Protestes und über Ausbleiben von Gegenmaßnahmen“.[38] In der sich anschließenden Diskussion wurde jedoch geltend gemacht, dass jede Reaktion die Gefahr einer Gegenmaßnahme in sich trage. Die Ereignisse des 13. August hatten offensichtlich die Furcht vor einer militärischen Auseinandersetzung gesteigert; der Begriff „Gefahr“ wurde nun von allen Beteiligten primär im Zusammenhang mit einer militärischen Eskalation bis hin zu einem möglichen „*Schießkrieg*“[39] genannt. So äußerte der französische Gesandte in Washington, Claude Lebel, „dass nach Auffassung seiner Regierung keine Maßnahmen ergriffen werden sollten, die verschärfende sowjetische Reaktionen herausfordern würden“,[40] Botschafter Grewe betonte in einem Schreiben an Bundesminister von Brentano die „*Gefahr der ‚escalation‘*“,[41] und Letztgenannter bat den Botschafter in Washington, auf die „*Gefahr* hinzuweisen, die daraus entstehen könnte, dass die Unruhe in West-Berlin oder in der Zone zu unüberlegten Handlungen führen könnte“.[42]

umstritten, weil die Westmächte damit ihrerseits die innerdeutsche Reisefreiheit eingeschränkt hätten.

[35] Vgl. den Drahtbericht des Botschafters Grewe, Washington, an das Auswärtige Amt vom 14. August 1961, AAPD 1961, Dok. 270, S. 1151–1153, hier: S. 1152.

[36] Vgl. ebd., S. 1153.

[37] Vgl. den Drahtbericht des Botschafters Grewe, Washington, an das Auswärtige Amt vom 16. August 1961, AAPD 1961, Dok. 275, S. 1172–1176, hier: S. 1172.

[38] Vgl. ebd. (Hervorhebung durch die Verfasserin).

[39] Vgl. ebd., S. 1174 (Hervorhebungen durch die Verfasserin).

[40] Vgl. ebd., S. 1173.

[41] Vgl. den Drahtbericht des Botschafters Grewe, Washington, an Bundesminister von Brentano vom 17. August 1961, AAPD 1961, Dok. 277, S. 1179–1181, hier: S. 1180 (Hervorhebung durch die Verfasserin).

[42] Vgl. den Drahterlass des Bundesministers von Brentano an Botschafter Grewe, Washington, vom 17. August 1961, AAPD 1961, Dok. 278, S. 1181–1185, hier: S. 1183 (Hervorhebung durch die Verfasserin).

Zugleich wurde die Wirksamkeit von Gegenmaßnahmen angezweifelt: Kohler bezeichnete den von westdeutscher Seite wiederholt vorgebrachten Vorschlag einer TTD-Sperre verächtlich als „Flohbiss an einem Elefanten".[43]

Während sowohl auf westdeutscher wie auf westalliierter Seite die Gefahr einer militärischen Konfrontation gesehen wurde, waren es primär die Vertreter Bonns, die zusätzlich eindringlich vor der Gefahr eines Vertrauensverlusts warnten. So hatte Grewe schon am 16. August im Botschafter-Lenkungsausschuss auf die „*Enttäuschung* in Westberlin"[44] aufmerksam gemacht – ein Hinweis, den er am 18. August in demselben Gremium wiederholte, „um damit die Forderung, dass alsbald Maßnahmen ergriffen werden, zu unterstreichen".[45] Brentano hatte bereits am Tag zuvor Botschafter Grewe über die „kritischen Stimmen aus allen Parteien" informiert, die in einer Sitzung des Auswärtigen und des Gesamtdeutschen Ausschusses des Deutschen Bundestages am 16. August laut geworden seien: „Man sagte, dass es unverständlich sei, dass der Protest der alliierten Kommandanten in Berlin erst nach 60 Stunden in schriftlicher Form erhoben worden sei, und auch die zurückhaltende Form des Protestes wurde kritisiert. Es besteht die *Sorge*, dass mündliche und schriftliche Proteste von der Sowjetunion nicht ernst genommen werden und dass die Sowjetunion und die Sowjetzone aus der zurückhaltenden Reaktion schließen könnten, dass die Alliierten letztlich doch entschlossen seien, sich mit den einseitigen Maßnahmen abzufinden."[46] Der Umstand, dass sich Brentano schließlich sogar veranlasst sah, zu betonen, „dass die Bundesregierung nach wie vor *volles Vertrauen* in die Haltung ihrer Verbündeten hat und dass sie auch in geeigneter Weise jedem Versuch entgegentritt, in die Haltung der Alliierten *Zweifel* zu setzen",[47] macht deutlich, dass in Bonn Misstrauen um sich griff. Auch Botschafter Duckwitz thematisierte in einem Fernschreiben an die diplomatischen Vertretungen vom 19. August die „*gewisse Enttäuschung* über die zögernde und unsichere Reaktion der Alliierten gegenüber den Maßnahmen der Sowjetzone" und warnte vor der „*Gefahr einer Vertrauenskrise* der deutschen Bevölkerung gegenüber der alliierten Politik".[48] Untermauert wurden diese Warnungen durch Berichte des Leiters der Dienststelle Berlin des Auswärtigen Amtes. Kempff meldete am 17. August über eine Kundgebung am Vortag, die Berliner Bevölkerung bewege „in diesen Tagen am meisten […] die *Enttäuschung* über das Aus-

[43] Vgl. den Drahtbericht Nr. 1928 des Botschafters Grewe, Washington, an das Auswärtige Amt vom 18. August 1961, AAPD 1961, Dok. 278, S. 1181–1185, hier: S. 1183, Anm. 13.

[44] Vgl. den Drahtbericht des Botschafters Grewe, Washington, an das Auswärtige Amt vom 16. August 1961, AAPD 1961, Dok. 275, S. 1172–1176, hier: S. 1172. (Hervorhebung durch die Verfasserin).

[45] Vgl. den Drahtbericht Nr. 1928 des Botschafters Grewe, Washington, an das Auswärtige Amt vom 18. August 1961, PAAA, B 130, Bd. 8464 A (Ministerbüro).

[46] Vgl. den Drahterlass des Bundesministers von Brentano an Botschafter Grewe, Washington, vom 17. August 1961, AAPD 1961, Dok. 278, S. 1181–1185, hier: S. 1182 (Hervorhebungen durch die Verfasserin).

[47] Vgl. ebd. (Hervorhebung durch die Verfasserin).

[48] Vgl. den Runderlass des Botschafters Duckwitz vom 19. August 1961, AAPD 1961, Dok. 283, S. 1199–1203, hier: S. 1199 (Hervorhebungen durch die Verfasserin).

bleiben sichtbarer Gegenmaßnahmen und das *Gefühl des Verlassenseins*. Die Mehrzahl der Transparente richtete sich nicht gegen das Zonenregime, sondern hatte Aufschriften wie ‚Bloßes Papier ist keine Waffe gegen Panzer‘, ‚Was muss noch geschehen, damit etwas geschieht?‘ oder ‚Wo bleibt Adenauer‘ oder ‚Kennedy nach Berlin‘.“[49]

Vertrauensbildende Maßnahmen

Schließlich wurde auch den Westalliierten, zuvorderst den USA, deutlich, dass die Enttäuschung auf westdeutscher Seite infolge der ausbleibenden Vergeltungsmaßnahmen zu einem ernsthaften Problem für die Allianz werden könnte. In dieser Situation entschied Präsident John F. Kennedy, Vizepräsident Lyndon B. Johnson sowie den ehemaligen Militärgouverneur der amerikanischen Besatzungszone, Lucius D. Clay, nach Deutschland zu entsenden. Darüber hinaus verfügte er, dass eine Einheit von 1 500 amerikanischen Soldaten von Mannheim nach Berlin verlegt werden solle, um die dortige Garnison zu verstärken und zugleich die Verlässlichkeit des Zugangs auf dem Landweg zu testen. In einem Telegramm vom 22. August schrieb sich Botschafter Grewe einen Teil des Verdienstes zu, den Emotionen der Berliner Bevölkerung Gehör verschafft zu haben: Die amerikanische Entscheidung sei nach einer Sitzung der Botschaftergruppe getroffen worden, „in der ich mit großem Nachdruck die Stimmungslage in Berlin und Deutschland geschildert hatte. […] Wie schon berichtet, glaube ich […], dass diese Darstellung zu der unmittelbar am selben Nachmittag getroffenen Entscheidung in erheblichem Maße beigetragen hat.“[50] Bezeichnenderweise handelte es sich um eine rein symbolische Geste, die keine Auswirkungen auf die tatsächliche Lage in Berlin hatte. So war die zusätzlich nach Berlin entsandte Einheit viel zu klein, um das militärische Kräfteverhältnis beeinflussen können. Noch zaghafter jedoch war die britische Reaktion: Premierminister Harold Macmillan ließ drei gepanzerte Fahrzeuge und einige Soldaten per Bahn nach Berlin verlegen. Frankreich hielt sich sogar vollständig zurück; Präsident Charles de Gaulle erklärte, die französischen Truppen seien in Algerien gebunden.[51]

Auf dem Weg nach Berlin machte Johnson am 19. August Zwischenstation in Bonn für ein Gespräch mit Bundeskanzler Adenauer, das dem Rückgewinn von Vertrauen dienen sollte. Das Machtgefälle zwischen den USA und der Bundesrepublik war jedoch so groß, dass es tatsächlich Adenauer war, der um Vertrauen werben musste, indem er sich für die enttäuschten Reaktionen auf das Verhalten der USA entschuldigte. So betonte der Kanzler, er habe in einer Rede am Vortag

[49] Vgl. den Drahtbericht Nr. 103 des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Kempff, Berlin (West), vom 17. August 1961, PAAA, B 130, Bd. 3483 A (AB 7) (Hervorhebung durch die Verfasserin).
[50] Vgl. den Drahtbericht Nr. 1958 des Botschafters Grewe, Washington, an Bundesminister von Brentano vom 22. August 1961, PAAA, B 130, Bd. 8414 A (Ministerbüro).
[51] Vgl. dazu Smyser: Kennedy (wie Anm. 31), S. 119.

darauf hingewiesen, „dass die Amerikaner und die anderen Alliierten fest zu ihren Verpflichtungen stünden. Es sei ein ganz großes Unrecht, wenn man *Zweifel* darüber ausdrücke, ob die Vereinigten Staaten ihr Wort halten würden."[52] Darüber hinaus versicherte er Johnson, „dass *die Zuverlässigkeit* der Bundesrepublik Deutschland und ihre *Treue* zu den Vereinigten Staaten nicht nachlassen würden, und bat ihn, die jüngsten Äußerungen, die aus der deutschen Öffentlichkeit gekommen seien, zwar zu berücksichtigen, aber sich keine feste Meinung daraus zu bilden".[53] Hier gab sich der Bundeskanzler nicht nur defensiv wie gegenüber Smirnow, sondern direkt unterwürfig. Johnson nahm diesen „Treueschwur" mit einem erhobenen Zeigefinger an: „In einer kritischen Zeit wie der gegenwärtigen gäbe es in allen Völkern Leute, die etwas nervös würden und dann Dinge sagten oder täten, die nicht der Haltung eines ganzen Volkes entsprechen".[54] Er versicherte, es „fehle […] nicht an *Vertrauen* zu den Verbündeten, insbesondere zu der Bundesrepublik. […] Der Präsident wisse von der *Verlässlichkeit* und von dem *Vertrauen*, das das deutsche Volk in seine Partner setze. […] Das deutsche Volk […] könne darüber hinaus sicher sein, dass die Vereinigten Staaten zu ihren Verpflichtungen stünden und diese honorierten."[55]

Dieser Ausdruck von Vertrauen wurde für Adenauer aber sogleich durch eine Enttäuschung konterkariert: Seine Hoffnungen, er könne Johnson nach Berlin begleiten,[56] erfüllten sich nicht. Am 18. August teilte Botschafter Grewe mit: „Gegen vorgeschlagene Begleitung wurden nach anfänglichem Zögern zunehmend Bedenken geäußert". Als Begründung wurden die „besondere Rechtslage" Berlins angeführt, zudem „zu erwartende Propaganda-Angriffe der anderen Seite" sowie die „Vermeidung jedes Anscheins einer Einmischung in Wahlkampf-Gesichtspunkte".[57]

Allerdings spielte genau diese Entscheidung im laufenden Wahlkampf der SPD in die Hände. Am 5. September erschien in zahlreichen Tageszeitungen ein Inserat: „Willy Brandt hat das *Vertrauen* Amerikas. […] Wie einst Ernst Reuter hat Willy Brandt unsere amerikanischen Freunde auf den Posten gerufen. Präsident Kennedys Reaktion auf Willy Brandts Brief[58] hat es bewiesen. Es hat seinen guten

[52] Vgl. die Aufzeichnung über das Gespräch des Bundeskanzlers Adenauer mit den amerikanischen Vizepräsidenten Johnson am 19. August 1961, AAPD 1961, Dok. 282, S. 1193–1198, hier: S. 1194 (Hervorhebung durch die Verfasserin).

[53] Vgl. ebd., S. 1195 (Hervorhebungen durch die Verfasserin).

[54] Vgl. ebd.

[55] Vgl. ebd., S. 1196f. (Hervorhebungen durch die Verfasserin).

[56] Zum Wunsch Adenauers vgl. die Aufzeichnung des Ministerialdirigenten von Etzdorf vom 18. August 1961, AAPD 1961, Dok. 281, S. 1192f.

[57] Vgl. den Drahtbericht Nr. 1930 des Botschafters Grewe, Washington, an Bundesminister von Brentano vom 18. August 1961, AAPD 1961, Dok. 281, S. 1192f., hier: S. 1192, Anm. 3.

[58] Am 15. August 1961 richtete Willy Brandt ein Schreiben an den amerikanischen Präsidenten mit Vorschlägen, wie auf den Mauerbau zu reagieren sei, dessen Inhalt jedoch nicht mit dem Bundeskanzleramt oder dem Auswärtigen Amt abgesprochen war. Für das Schreiben von Brandt vgl. FRUS 1961–1963. Bd. 14. Washington 1993, S. 345f., beziehungsweise ebenso Grebing/Schöllgen/Winkler (Hg.): Willy Brandt (wie Anm. 29), Dok. 68, S. 336–338. Für das Antwortschreiben

Grund gehabt, dass Vizepräsident Johnson auf die Begleitung Adenauers verzichtet hat, als er die Antwort Kennedys Willy Brandt überbrachte und 1 500 amerikanische Soldaten aus Mannheim nach Berlin führte.“[59] Bemerkenswert an diesem Text ist vor allem die Instrumentalisierung der Krise für den Wahlkampf der SPD. Teil dieser emotionalen Strategie war auch die Nennung des früheren Berliner Bürgermeisters Reuter und damit die Anspielung auf die Berlin-Blockade von 1948 als ein Ereignis, durch das sich die Westalliierten das Vertrauen der Berliner Bevölkerung erworben hatten und von Besatzern zu „unseren amerikanischen Freunden“ geworden waren. Es war der gleiche Bezug zur Luftbrücke – und damit die gleiche Gefühlsstrategie – gewesen, die Kennedy dazu veranlasst hatte, auch General Clay nach Berlin zu entsenden. Damit hatte der amerikanische Präsident richtig kalkuliert: Johnson und Clay wurde am 19. und 20. August ein euphorischer Empfang durch die Bevölkerung bereitet. Kempff berichtete von „zwei der eindrucksvollsten Tage“ in der Berliner Geschichte: Die „ungeheuren Volksmengen, die an beiden Tagen unterwegs waren, und die *Begeisterung*, mit der [dem] Vizepräsidenten wie den Truppen ein Empfang bereitet wurde, der einfach überwältigend war‘, hätten die Erleichterung darüber zum Ausdruck gebracht, ‚dass das *Gefühl des Verlassenseins* der vergangenen Woche nun schlagartig gewichen‘ sei“.[60] In der Presse wurde Johnson mit den Worten zitiert: „Die bloße Tatsache der Anwesenheit sagt mehr aus als ein Buch von Worten und eine Rede von einstündiger Dauer“.[61] Vor allem darf die Wirkung der Entsendung Clays nicht unterschätzt werden, wie der Pressebericht weiter zeigt: „Der stärkste Beifall bei der Begrüßung der Gäste galt General Lucius Clay, dem ‚Retter der Stadt‘, wie Brandt ihn nannte […]. Die Berliner haben seine Haltung während der Blockade nicht vergessen. Hunderttausend Arme winkten ihm zu, hunderttausend Augen sind auf ihn gerichtet, so wie man in der Not auf die schaut, die schon einmal geholfen haben.“ Der Pressebericht fährt mit dem Hinweis fort, dass der General „*bewegt*“ gewesen sei, dass „aufkommende *Tränen* […] seine Stimme unsicher“ machten, als er an das Mikrofon trat und prognostizierte: „Berlin wird auch künftig frei sein“. Dabei verschweigt der Artikel nicht, dass der Vizepräsident keine Neuigkeiten verkünden konnte: „Anklage und Empörung richtet er gegen Maßnahmen der Zonenbehörden; doch die Versicherungen über die Festigkeit der amerikanischen Haltung in Berlin gilt allein den Westsektoren, enden an der vermauerten Sektorengrenze. Er wich mit keinem Wort von der offiziellen Einstellung Washingtons nach dem 13. August ab.“ Dies jedoch wurde zweitran-

Kennedys vom 18. 8. 1961 vgl. FRUS 1961–1963. Bd. 14. S. 352f. Kennedy allerdings soll Brandts Schreiben als „presumptuous“, also „anmaßend“, bezeichnet haben. Vgl. Smyser: Kennedy (wie Anm. 31), S. 112.

[59] Zitiert nach Drahterlass des Bundesministers von Brentano an Botschafter Grewe, Washington, vom 5. September 1961, AAPD 1961, Dok. 324, S. 1336f., hier: S. 1336.

[60] Vgl. den Drahtbericht des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Kempff, Berlin (West), an das Auswärtige Amt vom 21. August 1961, AAPD 1961, Dok. 283, S. 1199–1203, hier: S. 1200, Anm. 10 (Hervorhebungen durch die Verfasserin).

[61] Zitiert nach Johnson richtet die Berliner wieder auf. In: FAZ, 21. 8. 1961, S. 4.

gig gegenüber der emotionalen Botschaft: „Der breitschultrige Mann im grauen Anzug flößt[e] *Vertrauen* ein".[62] Es ist bezeichnend, dass sich das Vertrauen der Berliner Bevölkerung tatsächlich allein auf die Westalliierten und hier in besonderem Maße auf die USA stützte. Die Bundesregierung selbst profitierte nicht davon, wie schon der Umstand zeigte, dass sich „keine Hand und keine Stimme auf dem weiten Platz" rührte, als der Regierende Bürgermeister Brandt beim Empfang für Johnson auch Bundesaußenminister Heinrich von Brentano begrüßte.[63]

Doch die Hoffnung und die Begeisterung waren nicht von Dauer. Bereits am 26. August wies Grewe den amerikanischen Außenminister Dean Rusk erneut auf die „*kritische Entwicklung der Stimmung* in [der] Bundesrepublik und in West-Berlin" hin, die vor allem in der „Langsamkeit westlicher Reaktionen auf östliche Aktionen; das Ausbleiben von Gegenmaßnahmen überhaupt, das den Eindruck westlicher Ohnmacht oder westlicher Handlungsunwilligkeit hervorrufe", begründet sei.[64]

Das Thema „Vertrauen – Misstrauen – Enttäuschung" begleitete in den Herbst hinein die zahlreichen Gespräche der Diplomaten. Auf einer Besprechung der NATO-Botschafter am 4. September in Brüssel betonte der Botschafter Bonns, Gebhard von Walther, wie wichtig es sei, den Berlinern nicht das Gefühl der Freiheit zu nehmen: „Die Freiheit bestehe nur so lange, als die Bewohner Berlins das *Gefühl* hätten, frei zu sein. Dieses Gefühl sei bisher auf das *rückhaltlose Vertrauen* in die Versprechungen der Alliierten begründet gewesen. Wenn dieses Gefühl verlorenginge, so würde sich ein Flüchtlingsstrom aus Berlin nach Westdeutschland ergießen, der in einigen Jahren Berlin als hohle Schale übriglassen werde. Eine wichtige Voraussetzung dieses Gefühls der Freiheit sei die jeder Kontrolle Pankows entzogene Luftverbindung Berlins zur Bundesrepublik."[65] Damit hatte Walther einen Grund dafür genannt, warum sich die Situation in Westberlin im Verlauf des Herbsts langsam beruhigte: Die Befürchtung, die Schließung der Sektorengrenze sei nur ein erster Schritt „auf dem Wege zur Verwirklichung der sattsam bekannten Ankündigungen der Sowjetunion",[66] hatte sich nicht bewahrheitet. Dennoch konstatierte Kempff am 15. September, dass sich die Anzahl der Umzüge aus Berlin im August 1961 verdoppelt und in den ersten zehn Tagen des

[62] Vgl. ebd. (Hervorhebungen durch die Verfasserin). Andreas W. Daum bezeichnet diese Wirkung des amerikanischen Vizepräsidenten auf die Menge als den „Johnsoneffekt": „Der Gast aus Amerika entfaltete ein Charisma, das an religiöse Hoffnungen auf Heil erinnerte." Vgl. Andreas W. Daum: Kennedy in Berlin. Politik, Kultur und Emotionen im Kalten Krieg. Paderborn 2003, S. 51.

[63] Vgl. Johnson (wie Anm. 61).

[64] Vgl. den Drahtbericht des Botschafters Grewe, Washington, an das Auswärtige Amt vom 24. September 1961, AAPD 1961, Dok. 365, S. 1472f., hier: S. 1472 (Hervorhebung durch die Verfasserin).

[65] Vgl. den Drahtbericht des Botschafters von Walther, Paris (NATO), an Staatssekretär Carstens vom 4. September 1961, AAPD 1961, Dok. 321, S. 1327–1329, hier: S. 1328 (Hervorhebungen durch die Verfasserin).

[66] Vgl. den Drahterlass des Bundesministers von Brentano an Botschafter Grewe, Washington, vom 17. August 1961, AAPD 1961, Dok. 278, S. 1181–1185, hier: S. 1182.

Monats September verdreifacht habe. Kempff bezeichnete diese Entwicklung als „vielleicht noch nicht erschreckend“, jedoch als ein Zeichen für „den hier überall spürbaren *Vertrauensschwund*“. Er empfahl, den Berlinern müsse „– um die Stimmung nicht abgleiten zu lassen – in gewissen Abständen immer wieder eine *psychologische Aufmunterung* verabfolgt werden“. Besondere Bedeutung hätten dabei „laufende Beweise alliierter Standfestigkeit, und zwar optisch hervortretende Beweise“.[67] Diese erbrachte der seit Mitte September als Sonderbotschafter des amerikanischen Präsidenten in Berlin amtierende Lucius D. Clay. Psychologisch geschickt erhöhte er die Sichtbarkeit der amerikanischen Truppen im Westteil der Stadt sowie auf den Verbindungswegen in die Bundesrepublik und schreckte auch nicht vor spektakulären Aktionen zurück. So organisierte er medienwirksam, dass ein DDR-Flüchtling, der in die zu Westberlin gehörende Exklave Steinstücken gelangt war, per Hubschrauber nach Westberlin geflogen wurde.[68] Auch das wesentlich massivere Auftreten der amerikanischen Streitkräfte Ende Oktober 1961 am Sektorenübergang Friedrichstraße – als sich amerikanische und sowjetische Panzer gegenüberstanden und sich die sowjetischen Panzer als erste zurückzogen –[69] wirkte sich letztlich Vertrauen einflößend auf die Berliner Bevölkerung aus.

Fazit

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass das im Sommer 1961 vorherrschende Gefühl der Bedrohung vor dem 13. August abstrakter und von der Ungewissheit bestimmt war, welche Schritte die Sowjetunion beziehungsweise die DDR unternehme. Nach diesem Datum konkretisierte es sich zur Angst vor einer militärischen Konfrontation oder vor einem Aufstand in der DDR, der – wie schon 1953 – brutal niedergeschlagen werden könnte. Daneben bestand die Unsicherheit, ob die DDR – gedeckt von der Sowjetunion – weiter gegen die Freiheit und die Lebensfähigkeit Westberlins vorgehen würde. Der 13. August schweißte jedoch die betroffenen Parteien – Westalliierte, Politiker, Diplomaten aus der Bundesrepublik und Berlin sowie die Bevölkerung – nicht zusammen, sondern erwies sich als emotional polarisierendes Ereignis. Das Ausbleiben entschiedener Gegenmaßnah-

[67] Vgl. den Drahtbericht des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Kempff, Berlin (West), an das Auswärtige Amt vom 15. September 1961, AAPD 1961, Dok. 348, S. 1419f. (Hervorhebungen durch die Verfasserin).

[68] Zu den Maßnahmen von Lucius D. Clay in Berlin vgl. Smyser: Kennedy (wie Anm. 31), S. 130–135.

[69] Vgl. dazu den Drahtbericht des Botschafters von Walther, Paris (NATO), an das Auswärtige Amt vom 26. Oktober 1961, AAPD 1961, Dok. 463, S. 1836–1839; ebenso den Drahtbericht des Botschafters Grewe, Washington, an das Auswärtige Amt vom 28. Oktober 1961, AAPD 1961, Dok. 469, S. 1857–1862; und den Drahterlass des Staatssekretärs Carstens an die Botschaft in Washington vom 30. Oktober 1961, AAPD 1961, Dok. 473, S. 1876–1878. Smyser sieht die Verantwortung für diese energische Reaktion bei Lucius D. Clay; vgl. Smyser: Kennedy (wie Anm. 31), S. 176.

men der Westmächte führte letztlich zur Enttäuschung und zu jenem Vertrauensverlust, der im Verlauf des Jahres 1961 zunehmend die diplomatischen Gespräche beherrschte. In diesen Unterredungen wurde deutlich, dass die Bonner Politiker über keine Handhabe gegen die Strategie der emotionalen Distanz ihrer Verbündeten verfügten. Sie konnten die Westalliierten nicht zu Maßnahmen bewegen, die diese nicht guthießen. Daher hatten sie keine Alternative, als sich dem Gefühlsregime ihrer Gesprächspartner anzupassen.

Den Berliner Politikern kam dagegen zugute, dass sie – anders als ihre Kollegen aus dem Bundesgebiet – nicht in gleichem Maße auf Kooperation mit hochrangigen westalliierten Politikern angewiesen und von diesen auch nicht in gleichem Umfang als Gesprächspartner anerkannt waren. Sie konnten daher in stärkerem Maße den Emotionen der empörten Bevölkerung auf politischer Bühne Ausdruck verleihen.

Und welchen Ausdruck fanden die Emotionen bei den Angehörigen des Auswärtigen Dienstes? Soweit sich dies den Quellen entnehmen lässt, übertrugen sich die Gefühlsäußerungen der Bevölkerung oder die der Politiker nicht auf die der Angehörigen des Auswärtigen Dienstes gewählten Ausdrucksformen. Die Diplomaten blieben bei ihrer hier eingangs beschriebenen, emotionsarmen, sachlich-distanzierten Diktion, auch dann, wenn sie sich inhaltlich mit emotional aufgeladenen Themen befassten. Dieses, den Diplomaten aller Staaten eigene Regime der gedämpften Emotionen ermöglichte es ihnen, kontroverse, emotional aufgeladene Themen sachlich und ergebnisorientiert zu behandeln.

Doch so wenig Einfluss die Emotionen der Bevölkerung und der Politiker auf den Gefühlsausdruck der Diplomaten hatte, so gering war auch die Wirkung in umgekehrter Richtung. Die Sprache der Verhandlungen trug – sofern sie überhaupt der Öffentlichkeit bekannt wurde – nicht dazu bei, die Stimmung in der Bevölkerung zu beeinflussen. Dazu brauchte es emotionsgeladene, symbolträchtige Gesten seitens kompetenter, machtvoller Akteure, wie sie etwa die Entsendung von Vizepräsident Johnson und – wichtiger – von General Lucius D. Clay nach Berlin darstellten. Durch die Aktionen von Clay wurde die Erinnerung an die Einsatzbereitschaft der Alliierten während der Berlin-Blockade 1948 aktiviert beziehungsweise wachgehalten. Es handelte sich somit um eine geschickte Strategie nonverbaler Kommunikation der amerikanischen Regierung, deren Erfolg darauf beruhte, das im öffentlichen Gedächtnis gespeicherte Narrativ von den Amerikanern als Rettern und Bewahrern der Freiheit wieder abzurufen, ohne dass im August 1961 seitens der USA ein vergleichbarer Einsatz erfolgt wäre.

Es bleibt die Frage, ob die Einlassungen der Politiker und Diplomaten im Zuge der Mauerbau-Krise den Bedingungen genügen, die Reddy an *emotives* stellt. Wenn man Erhard Eppler zustimmt, dass in der Politik „Reden sehr wohl Handeln bedeutet“,[70] und berücksichtigt, dass Politiker wie auch Diplomaten Gefühlsäußerungen beziehungsweise den Verzicht darauf strategisch einsetzten,

[70] Vgl. Erhard Eppler: Kavalleriepferde beim Hornsignal. Die Krise der Politik im Spiegel der Sprache. Frankfurt a. M. 1992, S. 7.

dann erfüllen die Äußerungen in ihrem beschreibenden wie auch performativen, also verändernden, Charakter diese Anforderungen. Darüber hinaus gibt der vorliegende Beitrag Hinweise darauf, dass der stark regulierte Gefühlsausdruck in der „Diplomatensprache“ nicht willkürlich und individuell unterschiedlich erfolgt, sondern auf einem Set von Normen basiert, einem *emotional regime*. Dieses beschränkt sich im Wesentlichen auf den Kreis der Diplomaten, die somit als eine *emotional community* im Sinne Barbara Rosenweins gelten können. Aus deren Sicht kann es „innerhalb einer Gesellschaft eine Vielzahl von ‚emotional communities‘ geben“, die „weitgehend identisch mit sozialen und politischen Entitäten, das heißt Ständen, Klassen oder Schichten“, sind.[71] Auch wenn sich die Untersuchungen Rosenweins auf das ständisch geprägte Mittelalter beziehen, soll hier die These vertreten werden, dass Angehörige des diplomatischen Dienstes über nationale Grenzen hinweg aufgrund von Ausbildung, Erfahrung und in den meisten Fällen auch sozialer Herkunft traditionell eine klar umrissene Gruppe darstellen. Der Kreis der Diplomaten lässt sich daher als *emotional community* mit einem *emotional regime* fassen, nicht in dem Sinne, dass ihre Mitglieder dieselben Emotionen teilen würden, sondern insofern, dass sie sich im Ausdruck ihrer Gefühle im beruflichen Umgang miteinander einem Set von Normen unterwerfen.

Abstract

Based on recently published documents from the Archives of the Federal Foreign Office, this article examines the emotions expressed by West German diplomats and politicians during the time period immediately before and after the closing of the Soviet sector border in Berlin on 13 August 1961. It presents how the perception of danger changed in the period under consideration. It then points out how, after the Western Allies failed to resort to decisive countermeasures, a feeling of disappointment joined the feeling of danger and became the prevalent emotion, leading to a crisis of confidence, which could only be alleviated temporarily through non-verbal acts of communication. Although the emotional expressions varied – with the most intense being exhibited by the politicians and inhabitants of Berlin – the crisis did not influence the language used by diplomats. As their subdued and reserved emotional expressions clearly adhered to a set of norms, the article arrives at the conclusion that the group of diplomats, across borders, can be considered an emotional community following an emotional regime.

[71] Vgl. Bettina Hitzer: Emotionsgeschichte – ein Anfang mit Folgen. In: H-Soz-Kult, 23. 11. 2011, www.hsozkult.de/literaturereview/id/forschungsberichte-1221 (letzter Zugriff am 9. 4. 2020).

Corine Defrance

Reaktionen und Emotionen in Frankreich auf den Kalten Krieg in Berlin

„Der Krieg ist in unseren Köpfen noch zu lebendig, so dass wir die Deutschen weiterhin als einzige und wahre Gefahr ansehen", sagte ein französischer Diplomat Anfang 1949 auf dem Höhepunkt der Berlin-Blockade und der alliierten Luftbrücke.[1] 60 Jahre später antwortete eine Französin auf die Frage der Tageszeitung „20 minutes" nach ihren Erinnerungen an den Fall der Mauer: „1989 war ich 9 Jahre alt. Das habe ich mit meinen Eltern in den Nachrichten gesehen. Ich weiß nicht mehr genau, was gezeigt oder gesagt wurde, ich erinnere mich aber, dass ich berührt war und dass ich vor Freude geweint habe. Ich kann mich auch daran erinnern, dass ich gedacht habe, ich wäre selber Teil der Geschichte, weil ich zum ersten Mal etwas Superwichtiges live miterlebte."[2] Diese beiden Zitate bringen unterschiedlichste kollektive beziehungsweise private Emotionen zum Ausdruck. Sie kennzeichnen die Entwicklung der deutsch-französischen Beziehungen in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts: von der fortbestehenden Angst vor dem Nachbarn im Osten als „kollektive Emotion" in Frankreich kurz nach dem Kriegsende hin zu Mitgefühl und Freude im Jahr 1989 als „individuelle Emotion" und „Erfahrung von unten". Misstrauen erscheint hier als Handlungsprinzip bei einem Diplomaten, während die Erinnerung an die persönliche Begeisterung – und weniger die Erinnerung an das Ereignis selbst – bei der zitierten Französin dominiert.

Die historischen Ereignisse in Berlin in den Jahren 1948/1949, 1958/1961 und 1989/1990 eignen sich gut, um die internationalen Emotionen während des Kalten Kriegs zu analysieren: Die sowjetische Blockade und die ihr folgende westalliierte Luftbrücke gehörten zu den allerersten Krisen des Kalten Kriegs in Europa; das Berlin-Ultimatum und die Errichtung der Mauer markierten die Hochphase der Ost-West-Konfrontation auf dem Kontinent; und der Fall der Mauer sowie die

[1] Hervé Alphand, französischer Botschafter und damals Leiter der Abteilung für Wirtschaftsfragen des *Quai d'Orsay*, zitiert nach Ulrike Wahlich: Die Franzosen in Berlin. Besatzungsmacht – Schutzmacht – Partner für Europa. Berlin 1996, S. 72. Das Gefühl der von Deutschland ausgehenden Gefahr und die lediglich als prekär empfundene Sicherheitslage, die zu konsolidieren sei, gehörten zu den meistverbreiteten politischen Narrativen der unmittelbaren Nachkriegszeit in Frankreich. Zur Sicherheitsgeschichte als Emotionsgeschichte vgl. Eckart Conze: Geschichte der Sicherheit. Entwicklung – Themen – Perspektiven. Göttingen 2018, S. 159–166.

[2] Paul Ackermann: Quel souvenir gardez-vous de la chute du Mur de Berlin?. In: 20 Minutes, 6. 11. 2009, https://www.20minutes.fr/debats/361589-20091106-souvenir-gardez-vous-chute-mur-berlin (letzter Zugriff am 26. 2. 2019; Übersetzungen hier und im Folgenden durch die Verfasserin).

https://doi.org/10.1515/9783110680522-008

deutsche Einheit stehen für das Ende der beiden Blöcke. Zu den Krisen in der DDR gehörten zweifelsohne auch der Volksaufstand vom 17. Juni 1953 und dessen Niederschlagung. Die Revolte beschränkte sich nicht alleine auf Berlin, sondern war ein Aufstand in der ganzen DDR. Sie stellte das SED-Regime sowie die Macht der sowjetischen Besatzer infrage.[3] Die Westalliierten beobachteten die Entwicklung genau und mit großer Sorge, waren sie doch nicht an einer Eskalation der Lage interessiert. Galt in der Forschung der Radiosender RIAS lange als ein Akteur, der aus Westberlin Öl ins Feuer gegossen habe, so deuten neuere Studien doch eher auf dessen mäßigende Rolle hin.[4] Dass der Aufstand vom 17. Juni 1953 keine genuin internationale Dimension hatte und den Status der Alliierten in der ehemaligen Reichshauptstadt nicht infrage stellte, lag jedoch vor allem an seiner schnellen Niederschlagung durch die Rote Armee. Die durch ihn weltweit hervorgerufenen Emotionen waren nur gering. Daher beschränkt sich der vorliegende Beitrag auf die drei internationalen Krisen von 1948/1949, 1958/1961 und 1989/1990.

Für die „deutsche Frage" und für das Berlin-Statut trug Frankreich zusammen mit den drei anderen alliierten Mächten Verantwortung. Paris musste in Berlin agieren und reagieren, ging es hier doch stets auch um die Vergangenheit und die Zukunft der deutsch-französischen Beziehungen. Der vorliegende Beitrag beleuchtet die gesellschaftliche Bedeutung von Emotionen in den internationalen Beziehungen. Er geht von der These aus, dass internationale Beziehungen nicht nur diplomatische und politische, sondern auch zwischengesellschaftliche Beziehungen sind. Bei der Suche nach Emotionen während der genannten krisenhaften Ereignisse sollen daher mit den offiziellen, den medialen und den kulturell-gesellschaftlichen (Re-)Aktionen und Rezeptionen drei Ebenen in den Blick genommen werden. Im Mittelpunkt stehen dabei kollektive Emotionen beziehungsweise zum Ausdruck kommende individuelle Emotionen als konstitutive Elemente von Kollektiven.[5] Emotionen spielen bei der „diskursiven Konstruktion sozialer Identitäten" eine wichtige Rolle:[6] „Emotions are above all instruments of sociability. They

[3] Ulrich Mählert (Hg.): Der 17. Juni 1953. Ein Aufstand für Einheit, Recht und Freiheit. Bonn 2003; Ilko-Sascha Kowalczuk: 17. Juni 1953 – Geschichte eines Aufstands. München 2013; Ulrich Pfeil: „Comme un coup de tonnerre dans un ciel d'été". Französische Reaktionen auf den 17. Juni 1953. Verlauf – Perzeption – Interpretation. Berlin 2003; Heiner Timmermann (Hg.): Aufstand in der DDR. Der 17. Juni 1953, der Kalte Krieg und die internationalen Beziehungen. Münster 2003; Marianne Howarth: Der Juni-Aufstand und die Deutschlandpolitik der Westalliierten. In: APuZ B 23/2003, S. 19–25, online zugänglich unter: http://www.bpb.de/apuz/27601/der-juni-aufstand-und-die-deutschlandpolitik-der-westalliierten?p=all (letzter Zugriff am 26. 3. 2020).

[4] Günter Holzweißig: Der 17. Juni 1953 und die Medien. In: APuZ B 23/2003, S. 33–38, online zugänglich unter: http://www.bpb.de/apuz/27605/der-17-juni-1953-und-die-medien (letzter Zugriff am 26. 3. 2020).

[5] Der französische Philosoph Pierre Livet spricht von „Emotionen, die von Einzelpersonen empfunden werden, für die aber eine Gemeinschaft die notwendige Voraussetzung ist"; Pierre Livet: Émotions et rationalité morale. Paris 2002, S. 121.

[6] Simon Koschut: Macht der Gefühle. Zur Bedeutung von Emotionen für die sozialkonstruktivistische Diskursforschung in den IB. In: ZIB 22 (2015) 2, S. 7–33, hier: S. 8.

are not only socially constructed and ‚sustain and endorse cultural systems', but they also inform human relations at all levels, from intimate talk between husbands and wives to global relations."[7] Barbara Rosenwein betont in diesem Zusammenhang die verschiedenen Milieus, ihre Codes und ihren Habitus. Sie sieht in den *emotional communities* „social groups whose members adhere to the same valuations of emotions and their expression".[8]

Bei der ersten zu betrachtenden Gruppe handelt es sich um französische Diplomaten und Regierungspolitiker, die im Namen der Nation sprachen und agierten. Die Regierenden sind jene Akteure, die die Normen der *emotional regimes* (William Reddy)[9] bestimmen. Diplomaten und Regierende bilden eine berufliche „Community", die durch Beschweigen, Instrumentalisierung und Inszenierung von Emotionen gemeinsame Werte und Praktiken entwickelt. Die von ihnen vertraulich oder öffentlich zum Ausdruck gebrachten Gefühle können Teil einer Politik sein, mit der sie Aktionen und Initiativen vorbereiten oder rechtfertigen. Zur Untersuchung dieser Gruppe werden vertrauliche Dokumente sowie öffentliche politische Reden und Gesten analysiert.

Als zweite Gruppe werden im Folgenden die Medien in den Blick genommen. Diese sind Spiegel eines breiten politischen Spektrums und gestalten beziehungsweise verstärken Gefühle und Meinungen innerhalb der Gesellschaft. Die Analyse zieht Presseartikel, Karikaturen, Bilder et cetera heran.

Die Untersuchung der kulturell-gesellschaftlichen Ebene kann nur einige „Segmente" berücksichtigen. Im vorliegenden Fall ist dies die französische „Community" in Berlin. Hierbei handelt es sich um ein Kollektiv, das spezielle Erfahrungen an einem spezifischen Ort und in einem spezifischen Kontext gemacht hatte. Aussagen von Mitgliedern dieser Gemeinschaft und Werke von in Berlin lebenden französischen Künstlern erlauben es, einen Blick auf die Emotionen dieser dritten Gruppe zu werfen. Inwieweit war diese „Außenstelle" der „nationalen Gemeinschaft"[10] Vorreiter bei der Entwicklung der deutsch-französischen Emotionsgeschichte?

[7] Barbara H. Rosenwein: Problems and Methods in the History of Emotions, Passions in Context. In: JHPE 1 (2010) 1, online zugänglich unter: https://www.passionsincontext.de/index.php/?id=557 (letzter Zugriff am 26. 3. 2020); vgl. auch Claire Armon-Jones: The Social Functions of Emotion. In: Rom Harré (Hg.): The Social Construction of Emotions. Oxford 1986, S. 57–82.

[8] Rosenwein: Problems (wie Anm. 7).

[9] William Reddy: The Navigation of Feeling. A Framework for the History of Emotions, Cambridge 2001 (Reddy definiert ein *emotional regime* als „The set of normative emotions and the official rituals, practices, and ‚emotives' that express and inculcate them; a necessary underpinning of any stable political regime", ebd., S. 129). Vgl. auch Barbara H. Rosenwein u. a.: AHR Conversation. The Historical Study of Emotions. In: AHR 117 (2012) 4, S. 1487–1531. Ob das normativ-politische Modell von Reddy die Vielfalt der Emotionalität in einer Demokratie erfassen kann, lässt sich diskutieren. Das Konzept der *emotional community* scheint flexibler zu sein, da es erlaubt, ein größeres Spektrum von Akteuren in den Blick zu nehmen.

[10] Bei einer „nationalen Gemeinschaft" im Ausland handelt es sich um eine *imagined community* (Benedict Anderson: Imagined Communities. Reflections on the Origin and Spread of Nationalism. London 1983), die von Rosenwein auch als *emotional community* definiert wird. Rosenwein: Problems (wie Anm. 7).

Anhand weiterer Beispiele wird Spuren nachgegangen, die die genannten Berliner Ereignisse in der französischen Kultur beziehungsweise im „kollektiven Gedächtnis“ Frankreichs hinterlassen haben. Literatur und Populärkultur stellen Quellen dar, die nur selten für die Untersuchung der Geschichte der Emotionen in den internationalen Beziehungen herangezogen werden. Im Jahre 2012 stellte der französische Historiker Robert Frank die Frage, ob Emotionen als in einem spezifischen historischen und kulturellen Kontext produzierte Sonderobjekte,[11] trotz ihrer Labilität und Vergänglichkeit,[12] Spiegel oder auch Katalysatoren der internationalen Beziehungen seien und ob sie einen direkten beziehungsweise spontanen oder indirekten Einfluss auf diese Beziehungen haben.[13] Darüber hinaus ist schließlich zu fragen, wie „Geschichte“, die von Emotionen durchdrungen ist – wie insbesondere die des Kalten Kriegs[14] –, von den untersuchten Zeugnissen und Erinnerungen geprägt wird.[15]

Die erste Berlin-Krise: Zwiespältige Emotionen in Frankreich

Mit der Berlin-Blockade 1948/1949 beabsichtigten die Sowjets, nicht nur eine „westliche“ Enklave in ihrer Besatzungszone zu tilgen, sondern auch den politischen Wiederaufbau des Westens zu verhindern.[16] Wie die USA und Großbritannien sah Frankreich seinen Status als Besatzungsmacht gefährdet. Als „verspätete Siegermacht“, die aus dem Krieg geschwächt hervorgegangen war, musste es eine klare Antwort auf die Blockade formulieren – ging es doch auch um das Prestige und die internationalen Interessen des Landes. Paris zeigte sich unbegrenzte solidarisch mit London und Washington. So forderte Außenminister Georges Bidault

[11] Dominique Moïsi: La géopolitique de l’émotion. Comment les cultures de peur, d’humiliation et d’espoir façonnent le monde. Paris 2008; Ute Frevert: Was haben Gefühle in der Geschichte zu suchen?. In: GG 35 (2009), S. 183–208.

[12] Nina Verheyen: Geschichte der Gefühle. In: Docupedia-Zeitgeschichte, 18. 6. 2010, http://docupedia.de/zg/Geschichte_der_Gef.C3.BChle?oldid=84615 (letzter Zugriff am 26. 3. 2020).

[13] Robert Frank: Émotions mondiales, internationales et transnationales, 1822–1932. In: Monde(s) 1 (Mai 2012), S. 47–70, online verfügbar unter https://www.cairn.info/revue-mondes1-2012-1-page-47.htm. (letzter Zugriff am 26. 3. 2020). Vgl. auch Martina Kessel: Gefühle und Geschichtswissenschaft. In: Rainer Schützeichel (Hg.): Emotionen und Sozialtheorie. Frankfurt a. M. 2006, S. 29–47; Étienne François/Hannes Siegrist/Jakob Vogel (Hg.): Nation und Emotion. Deutschland und Frankreich im Vergleich. 19. und 20. Jahrhundert. Göttingen 1995.

[14] Bernd Greiner/Christian Thomas Müller/Dierk Walter (Hg.): Angst im Kalten Krieg. Hamburg 2009; Patrick Bormann/Thomas Freiberger/Judith Michel (Hg.): Angst in den internationalen Beziehungen. Göttingen 2010.

[15] Hélène Miard-Delacroix schreibt: „L’émotion est le moteur de tous les témoignages et de la relation des événements vécus […]“. Hélène Miard-Delacroix: Entre agacement, inquiétude et compréhension. Les dirigeants français et l’unification allemande. In: Reiner Marcowitz (Hg.): Ein „neues“ Deutschland?. Eine deutsch-französische Bilanz 20 Jahre nach der Vereinigung. München 2010, S. 62–70, hier: S. 63.

[16] Georges-Henri Soutou: La guerre de Cinquante Ans. Les relations Est-Ouest 1943–1990. Paris 2001, S. 204.

„eine vereinte Front zwischen den Westalliierten".[17] Offiziell nahm Frankreich an der alliierten Luftbrücke teil, was die britischen und amerikanischen Behörden in Berlin sowie Oberbürgermeister Ernst Reuter als Zeichen der unantastbaren Solidarität des Westens mit Westberlin werteten und lobend hervorhoben.[18] In Wirklichkeit spielte Frankreich jedoch nur eine marginale Rolle, waren die französischen Handlungsspielräume auf internationalem Parkett in der unmittelbaren Nachkriegszeit doch verhältnismäßig gering.[19]

Die Solidarität mit dem Westen „im Kampf für die Freiheit" und gegen den Kommunismus war zweifelsohne eine Motivation der französischen Regierung, sich an der Luftbrücke zu beteiligen. Doch welche Rolle spielte die Solidarität mit den Westberlinern? Die Franzosen waren in dieser Hinsicht und im Unterschied zu den beiden anderen Westalliierten zurückhaltend. Es fiel ihnen kurz nach Ende des Kriegs und der deutschen Besatzungszeit in Frankreich schwer, den Deutschen, den ehemaligen Feinden, einen Opferstatus zu bescheinigen. Ein entsprechendes Unbehagen drückten Diplomaten wie François Seydoux de Clausonne, Leiter der Europa-Abteilung im Pariser Außenministerium, und Botschafter Jacques Tarbé de Saint-Hardouin, politischer Berater des französischen Militärgouverneurs in Deutschland, aus. Sie fürchteten eine Wiederauferstehung des deutschen Nationalismus.[20] Kritik an der Regierungspolitik wurde in der oppositionellen französischen Presse geäußert, etwa in der kommunistischen Zeitung „L'Humanité". Diese warf den Westalliierten „Imperialismus" vor und prangerte deren Solidarität mit den „Faschisten" an. Das Blatt warf der französischen Regierung vor, die aus dem Kriege rührende Anti-Hitler-Koalition zu brechen und die Sowjetunion als neuen Gegner zu behandeln. Entsprechend den Vorgaben aus Moskau betrachtete die Kommunistische Partei Frankreichs (PCF), deren Sprachrohr „L'Humanité" war, Deutschland als feindliche Nation und rief die Franzosen dazu auf, die Gründung eines westdeutschen Staates abzulehnen. Auf der Titelseite der Zeitung hieß es am 7. April 1949 anlässlich der wenige Tage zuvor erfolgten Unterzeichnung des Nordatlantikpakts: „Ein neues Montoire: Ein deutscher Staat mit 50 Millionen Einwohnern entsteht im Rahmen eines antisowjetischen Bünd-

[17] Zitiert nach Cyril Buffet: Mourir pour Berlin. La France et l'Allemagne, 1945–1949. Paris 1991, S. 174.

[18] Der Berliner Magistrat konsolidierte auch selber das Narrativ der drei Westalliierten als Schutzmächte der Westberliner. Während der Vorbereitungen zu seinem Buch „Luftbrücke Berlin. Ein dokumentarisches Bildbuch" (erschienen: Berlin 1949) schrieb Ernst Reuter den drei Stadtkommandanten: „Wir wissen, dass es unsere Pflicht ist, unseren Beschützern zu danken"; zitiert nach Élise Julien: Les rapports franco-allemands à Berlin 1945–1961. Paris 1999, S. 188. Im Vorwort des erwähnten Werkes betonte der amerikanischen Militärgouverneur Lucius D. Clay, dass die Luftbrücke eine gemeinsame Sache der drei Westalliierten und der Deutschen gewesen sei.

[19] François Pernot: Un succès politique et diplomatique. Le pont aérien et la politique internationale de la France. In: Helmut Trotnow/Bernd von Kostka (Hg.): Die Berliner Luftbrücke. Ereignis und Erinnerung. Berlin 2010, S. 63–74; Dorothea Führe: Die französische Besatzungspolitik in Berlin von 1945 bis 1949. Déprussification und Décentralisation. Berlin 2001, S. 374–380.

[20] Buffet: Berlin (wie Anm. 17), S. 174–176.

nisses neu an den Grenzen Frankreichs. 24 Stunden, um den Krieg vorzubereiten."[21] Mit dem Hinweis auf Montoire und den Händedruck zwischen Hitler und Pétain am 24. Oktober 1940 stellte das Blatt die vorsichtige deutsch-französische Annährung in die Kontinuität der „Collaboration" des Zweiten Weltkriegs. Ziel war es, die Emotionen in Frankreich anzuheizen und das neue Bündnis gegen die UdSSR an den Pranger zu stellen.

Die nicht kommunistische französische Presse war zwischen Solidarität mit den Westalliierten und Misstrauen gegenüber den Deutschen hin- und hergerissen. Im gaullistischen „Parisien Libéré" erschien am 7. Oktober 1948 der Artikel „Deutschland, wir und die Anderen"[22] von Jean Botrot. Unter der Schlagzeile „Berlin ist unsere Bastille" hieß es darin: „So unentschuldbar seine Verbrechen auch sein mögen, man muss diesem Volk, das unweigerlich wieder Größe erlangen wird, doch Gelegenheit zum Leben geben – nur darf sich seine Größe nicht wieder gegen uns richten. Kein Vergeben, kein Vergessen."[23] Die Berichterstattung im konservativen „Le Figaro" wie in der linksliberalen „Le Monde" war von einer ähnlichen inneren Diskrepanz geprägt: Einerseits wurden die Luftbrücke und die Vorbereitung zur Gründung eines westdeutschen Staates begrüßt, andererseits blieben Misstrauen und Unbehagen den Deutschen gegenüber omnipräsent. Die Berliner Korrespondentin von „Le Figaro", Dominique Auclères, schrieb im Juli 1948: „Ich fragte mich, ob ich noch bei Verstand sei. Vor nur vier Jahren folterten diese Leute das widerständige Frankreich, heute flehen sie uns an, durchzuhalten, und wir zählen auf ihre Widerstandskraft! Und doch entscheidet sich heute gerade in Berlin die Zukunft unserer Gesellschaft."[24] Im Juli 1948 warnte der Berlin-Korrespondent von „Le Monde", Georges Blun, vor „dem deutschen Willen, die Alliierten zu entzweien, sie gegeneinander aufzubringen, um von ihrer Uneinigkeit zu profitieren. Die deutsche Spinne spann geduldig ein äußerst engmaschiges Netz, in dem sie ihre Herren einzuschließen trachtet."[25] Die Presse erkannte das Recht der Westberliner auf Freiheit an, hatte aber Angst vor der Wiedergeburt des deutschen Nationalismus.

In ganz wenigen Fällen lässt sich während der ersten Berlin-Krise ein Wandel der Emotionen gegenüber den Deutschen beobachten. Charles Corcelle, Direktor des Flughafens Tegel, dessen Bau der wichtigste Beitrag der Franzosen zur Luftbrücke war, führte am 25. August 1949 vor seinen deutschen und französischen Mitarbeitern aus: „Tegel hat ein besseres Verständnis zwischen Franzosen und Deutschen gefördert. Der Flughafen bedeutet eine Etappe in einem Annäherungs-

[21] L'Humanité, 7. 4. 1949, S. 1.
[22] Jean Botrot: L'Allemagne, nous et les autres. In: Le Parisien Libéré, 8. 10. 1948, S. 3, zitiert nach Philippe Jian: „Sollten wir die Ferien nicht einfach in Berlin verbringen?". Die Berliner Luftbrücke 1948/49 im Spiegel der französischen Presse. In: Corine Defrance/Bettina Greiner/Ulrich Pfeil (Hg.): Die Berliner Luftbrücke. Erinnerungsort des Kalten Krieges. Berlin 2018, S. 74–95, hier: S. 76.
[23] Ebd.
[24] Dominique Auclères: L'heure des sacrifices commence à Berlin. In: Le Figaro, 10. 7. 1948, S. 3.
[25] Georges Blun: Le ravitaillement de Berlin. In: Le Monde, 22. 7. 1948, S. 1.

prozess, den wir in unserem tiefen Inneren herbeiwünschen. Ich ersehne ihn mir so wie ich mir erhoffe, dass Berlin, dessen Unglück mich mit dem deutschen Boden versöhnt hat, das für mich bis dahin nur ein Boden der Verbitterung gewesen war, dass Berlin, Ihre so sympathische Stadt, in Zukunft in Freiheit und Wohlstand leben wird."[26] Nicht vergessen werden sollte, dass der Begriff „Versöhnung" 1949 noch fast ein Tabu war und nur in den religiösen und konfessionellen Milieus verwendet wurde. Viel geläufiger waren zur damaligen Zeit Begriffe wie „Annäherung" oder „Verständigung".[27] Bei der zitierten Rede des Tegeler Flughafendirektors handelt es sich um die individuelle Stellungnahme eines Menschen, der vor Ort war und im Alltag mit den Deutschen zusammenarbeitete – eine Erfahrung, die damals nur wenige Franzosen hatten und die daher die kollektiven Emotion nicht bestimmte. Erfahrungen wie diese konnten die gegenseitigen Wahrnehmungen zwischen Alliierten und Deutschen stark beeinflussen und vertrauensbildend wirken. Bei Briten und Amerikanern war zu beobachten, wie aus dem vormaligen Feind langsam ein neuer Verbündeter und bisweilen ein Freund wurde. Die Solidarität der anglo-amerikanischen Bevölkerung mit den Westdeutschen und -berlinern, die sich etwa in Form von Geschenken, Spenden et cetera ausdrückte, bestätigt diese These.[28] Vergleichbare Spendenaktionen gab es in Frankreich nicht, denn zum einen litten viele Franzosen selber Hunger, zum anderen waren die antideutschen Ressentiments in der unmittelbaren Nachkriegszeit westlich des Rheins noch weitverbreitet. Trotzdem förderte die erste Berlin-Krise die Annäherung zwischen Deutschen und Franzosen, wie die Historikerin Élise Julien unterstreicht: „Die Anerkennung des Widerstands seitens der Berliner und ihres Einsatzes für die Verteidigung der westlichen Interessen sowie ihres Mutes in diesem Kampf durch die Westalliierten, auch durch die Franzosen, hatte Rückwirkungen auf den Status der Berliner. Wenn die Besatzer zu Beschützern wurden, konnten dann die Besetzten Feinde bleiben?"[29]

Im Vergleich zu den beiden anderen Westalliierten, insbesondere zu den Amerikanern, scheint die Berlin-Krise 1948/1949 keine Spuren in der damaligen französischen Populärkultur hinterlassen zu haben: Kein Lied, kein Roman, kein Film beschäftigte sich mit dem Ereignis. Die Erinnerung an die Luftbrücke war und ist bei den Franzosen – abgesehen von den wenigen französischen Piloten, die an der Operation teilnahmen, und denjenigen Staatsbürgern, die damals in Berlin lebten, – nicht tief verankert. Dies ist aber vielleicht weniger Ausdruck dessen, dass es keine kollektive Emotion gegeben hat, als eine Folge der Zwiespältigkeit der

[26] Zitiert nach Christian Brumter: Les Français à Berlin, 1945–1994. Paris 2015, S. 263 f. Vgl. auch Charles Corcelle: Les Alliés occidentaux à Berlin depuis 1945. Pour bien comprendre les problèmes d'une ville isolée et divisée. Paris 1976.

[27] Corine Defrance/Ulrich Pfeil: Verständigung und Versöhnung. Eine Herausforderung für Deutschland nach 1945. In: dies. (Hg.): Verständigung und Versöhnung nach dem „Zivilisationsbruch"?. Deutschland in Europa nach 1945. Brüssel 2016, S. 13–53, hier: S. 30.

[28] Stefanie Eisenhuth: Die Schutzmacht. Die Amerikaner in Berlin 1945–1994. Göttingen 2018, S. 136–154.

[29] Élise Julien: Les rapports franco-allemands à Berlin 1945–1961. Paris 1999, S. 123 f.

Emotionen zwischen dem Misstrauen als historischem Erfahrungsraum einerseits und der Hoffnung auf ein friedliches und freiheitliches Zusammenleben in Europa als Erwartungshorizont, was Solidarität mit den Westberlinern beziehungsweise Westdeutschen erforderte, andererseits.

Die Emotionen nach dem Mauerbau: Eine kanalisierte Empörung?

Als Nikita Chruschtschow ein Jahrzehnt später, am 27. November 1958, das Berlin-Ultimatum verhängte, spitzte sich die Situation in der Stadt ein weiteres Mal zu und entstand die zweite Berlin-Krise, die nach Auffassung des französischen Historikers Georges-Henri Soutou bedrohlicher war als die Kuba-Krise im Jahr 1962.[30] Jedoch nahmen in Frankreich nur wenige die gefährliche Komplexität der Ereignisse wahr.[31] In der Retrospektive auf das Jahr 1958 der „Actualités françaises"[32] spielte die Berlin-Krise keine Rolle. Zwar hielt de Gaulle am 25. März 1959 eine Pressekonferenz ab, die den Spannungen in den Ost-West-Beziehungen und der Berliner Krise gewidmet war: „Die von Sowjetrussland begonnene Berlin-Krise stürzt das Universum in tiefe Besorgnis", sagte er zu Beginn, doch zeigten die anschließenden Fragen der Journalisten, dass die Aufmerksamkeit der französischen Öffentlichkeit eindeutig auf den Algerienkrieg gerichtet war.[33]

Sehr viel stärker wurde hingegen drei Jahre später der Bau der Berliner Mauer (13. August 1961) innerhalb der französischen Gesellschaft wahrgenommen und

[30] Soutou spricht von „l'exceptionnelle importance de la crise" – die Krise von 1958 stellte nicht nur das Berlin-Statut in Frage, sondern die Existenz der Bundesrepublik und der im Westen offiziell nicht erkannten DDR („Ostzone"): „on y est peut-être passé plus près d'une guerre nucléaire qu'à Cuba en 1962", Soutou: Guerre (Anm. 16), S. 367. Die zweite Berlin-Krise verstärkte die Annäherung zwischen Paris und Bonn weiter, schienen Washington und insbesondere London doch zu mehr Kompromissen gegenüber Moskau bereit. De Gaulle blieb hingegen bei einer harten Linie und wollte keine Zugeständnisse dulden, vgl. ebd., S. 375; Ulrich Pfeil: Die „anderen" deutsch-französischen Beziehungen. Die DDR und Frankreich 1949–1990. Köln 2004, S. 88f.; Corine Defrance/ders.: Deutsch-französische Geschichte. Bd. 10: Eine Nachkriegsgeschichte in Europa, 1945 bis 1963. Darmstadt 2011, S. 101f.

[31] Bei den vielen Artikeln von „Le Monde" handelte es sich um politisch-diplomatische Berichterstattungen. Die Schlagzeilen deuten auf wenig Emotion hin, doch war zugleich eine gewisse Angst vor einem neuen Krieg nicht zu übersehen. Dieser wurde aber nicht als eine unmittelbare Gefahr wahrgenommen; vgl. u. a. Casus belli à terme. In: Le Monde, 29. 11. 1958; Premier bilan d'une guerre d'usure. In: Le Monde, 19. 6. 1959.

[32] Les événements de l'an passé, 31. 12. 1958. In: INA, http://www.ina.fr/video/AFE85008144/les-evenements-de-l-an-passe-video.html (letzter Zugriff am 26. 3. 2020).

[33] In seiner knapp 23 Minuten langen Rede behandelte de Gaulle ausschließlich die Berlin-Krise. Der Staatspräsident betonte die französische Position („Wir würden nicht dulden, dass Berlin dem System von Pankow ausgeliefert wird") und warnte eindringlich vor einer Eskalation und der Gefahr eines Atomkriegs. Vgl. Conférence de presse du général de Gaulle, 25. 3. 1959. In: INA, http://www.ina.fr/video/CAF89052622/conference-de-presse-du-general-de-gaulle-video.html (letzter Zugriff am 26. 3. 2020).

in den Medien thematisiert, während die Regierung in Paris nur wenig Emotionen zeigte und *business as usual* demonstrierte. Für de Gaulle – wie für die britischen und amerikanischen Staatsmänner Harold Macmillan und John F. Kennedy – stand die Errichtung der Mauer vor allem für das Ende der zweiten Berlin-Krise, in der Moskau hatte erkennen müssen, dass sich der Westen von Drohungen nicht einschüchtern lasse und die Westalliierten ihre Präsenz in Westberlin aufrechterhalten hatten. Der Bau der Mauer war in diesem Sinne ein Zeichen der Deeskalation im Kalten Krieg.[34] Der französische Staatspräsident blieb am 13. August ostentativ in seinem Privathaus in Colombey-les-deux-Églises und stellte Emotionslosigkeit zur Schau, um die französische und die Berliner Bevölkerung zu beruhigen. Auch wenn Frankreich mit den anderen Alliierten zusammen die oberste Regierungsgewalt in Berlin besaß, verhielt sich de Gaulle demonstrativ zurückhaltend, um ein Aufwallen kollektiver Emotionen in Berlin zu vermeiden.[35]

Der beherrschten Haltung de Gaulles entsprach eine relativ emotionslose Berichterstattung in den französischen Medien. „Le Figaro" titelte „Ost-Berlin: Eine Stadt im Ausnahmezustand" und versuchte, den Franzosen einen Eindruck von der realen Situation zu vermitteln.[36] Für Empörung oder andere Emotionen schien nicht der richtige Moment zu sein, vielmehr dominierte ein kühl-technischer Duktus. Im Gegensatz zur kommunistischen Presse, die kurz auf die Berliner Ereignisse einging, um die Provokationen des Westens zu kritisieren und diesen für den Mauerbau verantwortlich zu machen,[37] sahen die anderen französischen Medien den Schuldigen im SED-Regime. Am 23. August 1961 widmete die Wochenschau „Actualités françaises" der Berlin-Krise eine kurze Reportage von 150 Sekunden: Die Abriegelung Westberlins und die Ursachen der Krise (Flucht der ostdeutschen Bevölkerung) wurden erklärt, die Reaktionen von Politikern und Militärs (Willy Brandt einerseits, US-Vizepräsident Lyndon B. Johnson und US-General Lucius D. Clay andererseits) kurz gezeigt. Erstaunlicherweise war von de Gaulle nicht die Rede. In den letzten 20 Sekunden wurden die Flüchtlinge erwähnt, aber auch jene Ostdeutschen, die hinter der Mauer bleiben mussten. Das letzte Bild zeigte die Trennung von Berliner Familien durch die Sperranlagen. Auffallend ist, dass sich die Wochenschau erst zehn Tage nach dem 13. August mit dem Leid der Menschen hinter dem Stacheldraht beschäftigte.[38]

[34] Edgar Wolfrum: Die Mauer. Geschichte einer Teilung. München 2009, S. 41–52.

[35] Cyril Buffet: La construction du Mur de Berlin. In: Jean-Paul Cahn/Ulrich Pfeil (Hg.): Allemagne 1961–1974. De la construction du Mur à l'Ostpolitik. Villeneuve d'Ascq 2009, S. 31–44.

[36] Henri de Kergorlay: Berlin-Est, une ville en état de siège. In: Le Figaro, 14. 8. 1961.

[37] „L'Humanité" titelte „Contrôle renforcé à Berlin pour fermer la route aux activités subversives" (am 14. 8. 1961), „Calme et sang-froid à Berlin-Est. Agitation provocatrice à Berlin-Ouest" (am 15. 8. 1961), „Manifestation provocatrice hier à Berlin-Ouest aux accents du ‚Deutschland über alles', mais la fermeté de la RDA constitue un avertissement sérieux aux amateurs de revanche" (am 17. 8. 1961) und „Walter Ulbricht: Les mesures prises par la RDA sont destinées à empêcher que Berlin-Ouest devienne un nouveau Sarajevo" (am 19. 8. 1961). Die Artikel wurden von dem Journalisten Pierre Durand verfasst.

[38] https://www.ina.fr/video/AFE86003790 (letzter Zugriff am 26. 3. 2020).

Die Unmenschlichkeit des SED-Regimes stand auch in der Folgezeit im Mittelpunkt der Darstellungen. So beschrieb unter anderem Pierre Galante in seinem 1966 erschienenen gleichnamigen Buch sehr anschaulich die Auswirkungen der „Mur de la honte", der „Schandmauer".[39] Der Autor war ein bekannter Reporter der 1949 gegründeten Massenzeitschrift „Paris Match", deren Ziel es war und ist, Dokumentation und lebendige Erzählung miteinander zu verschmelzen. Sein Buch basierte auf von ihm gesammelten Zeugnissen, Geschichten und Berichten über Berlin, aber auch auf eigenen Erfahrungen. Der Autor führte darin individuelle Schicksale an und rekonstruierte scheinbar banale Situationen sowie das Leben einzelner Menschen (unter anderem Peter Fechter), denen die Mauer zum Schicksal geworden war. Damit förderte er eine Identifikation mit den Opfern. Mit schriftstellerischem Talent schürte er Emotionen: „In der Bernauer Straße hat augenblicklich sogar der Tod ein politisches Gesicht …".[40] Galante betonte die Hilfsbereitschaft der französischen Truppen in Berlin und führte durch die Auswahl der Fotos (16 Schwarz-Weiß-Aufnahmen) seinen Lesern die Brutalität des SED-Regimes, das Leid der Menschen, die Fluchtversuche, den Tod an der Mauer, die Trauer über die Opfer und die zementierte Teilung vor Augen. Sein Buch stieß in den französischen Medien auf ein großes Echo – Galante war etwa Gast in der damals sehr bekannten Sendung „Les Dossiers de l'Écran", die dem Mauerbau einen Abend widmete.[41]

Im Unterschied zu Berlin-Blockade und -Luftbrücke wurde die Mauer kurz nach ihrem Bau regelmäßig in der französischen Literatur thematisiert. Zuerst geschah dies in Kriminalromanen wie im 1962 erschienenen Spionagethriller „Le Mur de la honte" von Pierre Nord.[42] Der Autor – alias André Brouillard – war ein ehemaliger Offizier, der beim *Deuxième bureau* des französischen Nachrichtendienstes gearbeitet und in der Résistance das *Réseau Éleuthère* geleitet hatte. Nach dem Zweiten Weltkrieg widmete er sich wieder seiner in den 1930er-Jahren begonnenen Karriere als Schriftsteller. Als Pionier des Spionagegenres legte er viel Wert darauf, historische Ereignisse auf Grundlage einer soliden Dokumentation zu verarbeiten.[43] „Le Mur de la honte" handelt von einem im Sommer 1961 in Berlin weilenden französischen Agenten und ehemaligen Widerstandskämpfer,

[39] Pierre Galante: Le Mur de la honte. Paris 1966. Das Buch wurde unter dem Titel „The Berlin Wall" ins Englische übersetzt.

[40] Ebd., S. 134.

[41] Zur Diskussion waren außer Pierre Galante General Jean Ganeval (ehemaliger französischer Militärgouverneur in Berlin), Pierre Durand (Journalist bei „L'Humanité"), Gilbert Badia (Historiker und Mitglied der *Parti Communiste Français*), Jürgen Reiss (Journalist), Robert Lochner (Leiter des RIAS), Rudolf Rass (Westberliner SPD-Politiker) sowie Peter Mudra (1961 Vorsitzender des AStA der FU Berlin) eingeladen. Berlin: du blocus au mur de la honte, Les Dossiers de l'écran, 17. 4. 1968. In: INA, https://www.ina.fr/video/CPF92016765 (letzter Zugriff am 27. 2. 2019).

[42] Pierre Nord: Le Mur de la honte. Paris 1962.

[43] Pierre Nord verfasste über 80 Spionageromane und auch politische Essays. Er leitete bei *Fayard* die Reihe „L'Aventure criminelle". Vgl. Michel Lebrun: Pierre Nord 1900–1985. In: Encyclopédie Universalis, https://www.universalis.fr/encyclopedie/pierre-nord/ (letzter Zugriff am 26. 3. 2020).

der Kontakte zu Gleichgesinnten im Osten knüpfen sollte. Dieser erlebt den Bau der Mauer und will seine Geliebte, die Witwe eines deutschen Widerstandskämpfers, der nach dem 20. Juli 1944 ermordet worden war, über die nun geschlossene Grenze bringen. Auffällig ist, dass der Held des Thrillers ein Franzose, die Täter Kommunisten und die Opfer zwei deutsche Frauen, die im Widerstand aktiv gewesen waren, sind. Die finale Rettungsaktion durch die Mauer beziehungsweise den Stacheldraht findet am Wasserturm am Berliner Gesundbrunnen mit Unterstützung französischer Soldaten statt. Die Solidarität französischer und deutscher Widerstandskämpfer, die nun ihren einstigen Kampf in der Abwehr des Kommunismus fortsetzten, wird in Nords Roman besonders hervorgekehrt. Die Themenkomplexe – gemeinsamer Kampf gegen den Nationalsozialismus, Antikommunismus, Verteidigung der Freiheit und eine Liebesgeschichte – stehen in einer inneren Verbindung und schüren damit die Emotionen. Es handelt sich hier zudem um stark ideologisch grundierte Emotionen, die in einer manichäischen Weise das Gute und das Böse, das Zivilisierte und das Barbarische spiegelten.

In den 1970er-Jahre wurden die Mauer und die damit verbundenen Emotionen komplexer dargestellt: In der französischen (Michel Tournier: „Les Météores")[44] wie in der deutschen Literatur (Peter Schneider: „Der Mauerspringer")[45] wurden nun die geteilte Identität und die daraus bisweilen resultierende Schizophrenie sowie die Durchlässigkeit der Mauer literarische Themen. Tournier erzählt die Geschichte von Zwillingsbrüdern, in einer sich herausbildenden siamesischen Stadt.

Ein weiteres Beispiel, das nicht nur die Präsenz der Berliner Mauer in der französischen Popmusik dokumentiert, sondern auch die paradigmatische Symbolik der Mauer für die junge Generation aufzeigt, ist das Konzeptalbum „Les Aventures de Simon et Gunther Stein" (1977) des jungen französischen Liedermachers Daniel Balavoine. Es beschäftigt sich mit dem geteilten Berlin und der Mauer.[46] Balavoine schildert die tragische Geschichte von zwei Brüdern: Simon wird beim Versuch, über die Mauer zu seinem Bruder Günther in den Westen zu gelangen, von ostdeutschen Grenzpolizisten erschossen. Das Album thematisiert dabei auch den Nationalsozialismus (der Vater von Simon und Günther, ein Berliner Jude, wurde im Krieg deportiert) und vergleicht implizit die Situation in Berlin ab 1961 mit der in einem Konzentrationslager. Damit knüpfte der Musiker an ein unmittelbar nach dem Mauerbau vom Regierenden Westberliner Bürgermeister Willy Brandt und von bundesdeutschen Medien benutzten Bild an.[47] Beachtenswert ist,

[44] Michel Tournier: Les Météores. Paris 1975 (deutsche Übersetzung: ders.: Zwillingssterne. München 1980).

[45] Peter Schneider: Der Mauerspringer. Darmstadt 1982 (französische Übersetzung: ders.: Le sauteur de Mur. Paris 2000).

[46] Daniel Balavoine: Les Aventures de Simon et Gunther Stein. Barclay 1977.

[47] Erklärung des Regierenden Bürgermeisters von Berlin, Willy Brandt, vor dem Berliner Abgeordnetenhaus am 13. 8. 1961. In: Pressedienst des Landes Berlin, Nr. 173, 13. 8. 1961, S. 3–8. Brandt sprach von der „Sperrwand eines Konzentrationslagers". „KZ" war auch eines der ersten Graffiti, das unmittelbar nach dem Mauerbau auf Westberliner Seite auf die Mauer geschrieben wurde; vgl. Corine Defrance: Le Mur de Berlin. Émotions et mémoires en Allemagne. In: Antoine

was Balavoine selber über die Entstehung des Albums erzählte. In mehreren Interviews sagte er, dass er nie in Berlin gewesen sei, aber 1976 eine Reise nach Polen gemacht habe, wo er über die gesellschaftlichen Kontrollen und Freiheitsbeschränkungen entsetzt gewesen sei: „Die Berliner Mauer ist für mich ein Vorwand, weil es sich um eine sehr konkrete Sache handelt, eine konkrete Sache gegen die individuelle Freiheit, etwas, das man mit dem Finger anfassen kann".[48] Der Sänger betonte weiter, dass er mit dem Album kein ideologisches Manifest habe schreiben wollen, sondern es als einen Schrei für die Freiheit der Menschen verstanden wissen wolle. Die Berliner Mauer war für ihn und seine Generation ein emotionaler Ort – ein Ort, an dem sich individuelle und kollektive Emotionen dauerhaft und symbolisch kristallisierten. Über solche Wahrnehmungen und künstlerische Repräsentationen wurde die Berliner Mauer zu einem universalen Symbol für die Verletzung der individuellen Freiheit.

Im Laufe der 1970er- und noch mehr in den 1980er-Jahren wuchs in Frankreich das Interesse an Westberlin[49] und an der Mauer. Dass französische, in Berlin lebende Künstler wie Thierry Noir und Christophe Bouchet zu den Ersten gehörten, die die Berliner Mauer Anfang der 1980er-Jahren bemalten, trug dazu bei, die „französische Geschichte" der Mauer fortzuschreiben. Mehrmals betonte Thierry Noir, dass es für Ausländer einfacher als für Berliner und Deutsche gewesen sei, die Mauer zu berühren, weil sie emotional anders „tickten": Sie hätten weniger Furcht vor der erschreckenden Symbolik der Mauer gehabt und verstanden sich als ästhetische Provokateure ohne politische Hemmungen.[50] Die Franzosen, die in den 1980er-Jahren nach Berlin reisten, wollten unbedingt die bemalte Mauer sehen – war die „Schandmauer" doch auf ihrer westlichen Seite zu einer riesigen und attraktiven Leinwand für Künstler geworden. Schon damals erweiterte sich die Bandbreite der mit der Berliner Mauer verbundenen Emotionen: In den Köpfen der Franzosen war sie nicht mehr nur mit Angst und Furcht verbunden, sondern erregte bei den Betrachtern ästhetische Emotionen.

Die Zeit nach dem Mauerfall vom 9. November 1989

Der Fall der Berliner Mauer brachte neue Emotionen – Freude, Begeisterung und Jubel –, aber auch neue Erwartungshorizonte hervor. Dank der Medien waren die

Marès/Marie-Pierre Rey (Hg.): Mémoires et émotions. Au cœur de l'histoire des relations internationales. Paris 2014, S. 75–89.

[48] Zitiert nach Fabien Lecoeuvre: Balavoine. La véritable histoire. Monaco 2015.

[49] Zu beobachten war eine Neugierde für diese „Insel", für ihre alternative Kultur, für das „Biotop Westberlin" – auch mit seinen abschreckenden Seiten, wie sie etwa im Buch beziehungsweise Film „Wir Kinder vom Bahnhof Zoo" gezeigt wurden. Die französische Übersetzung des Buches 1981 („Moi, Christiane F., 13 ans, droguée, prostituée …") wurde sofort ein Bestseller.

[50] Vgl. u. a. das Interview von Maik Brüggemeyer mit Thierry Noir: Bemalte die Mauer als erster Künstler. Thierry Noir, der Grenz-Artist. In: Rolling Stone, 2. 8. 2011, online verfügbar unter https://www.rollingstone.de/bemalte-die-mauer-als-erster-kuenstler-thierry-noir-der-grenz-artist-341715 (letzter Zugriff am 26. 3. 2020).

Ereignisse live in der ganzen Welt erlebbar – diese Unmittelbarkeit war ein kräftiger Katalysator für die Verbreitung von Emotionen. Menschen identifizierten sich mit den Berlinern und hatten den Eindruck – wie die eingangs zitierte junge Französin –, selber aktiv an der Geschichte teilzunehmen. Der Journalist Serge July schrieb in der Zeitung „Libération": „Die Freude des deutschen Volkes ist die aller Völker: Sie ist unsere".[51]

In Frankreich wurden die Ereignisse in der DDR seit Sommer 1989 mit großem Interesse verfolgt. Die Öffentlichkeit solidarisierte sich mit der „friedlichen Revolution" in Ostdeutschland. Tausende Franzosen fuhren im November mit „Freundschaftszügen" nach Berlin[52] und wollten am Mauerfall und dem Fest der Freiheit teilhaben. Die Geschehnisse in Ostdeutschland stießen in Frankreich auf besondere Resonanz, weil im selben Jahr das 200. Jubiläum der Französischen Revolution feierlich begangen wurde. Zu diesem Anlass hatte das Pariser „Théâtre de la Ville" das Theaterstück von Heiner Müller „La Mission"/„Der Auftrag" (Inszenierung: Matthias Langhoff) ins Programm genommen, das die Revolution sowie die Werte Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit thematisierte. Müller war auch Ehrengast bei den Theaterfestspielen in Avignon.[53]

In der deutschen und französischen Presse wurde der Fall der Mauer vielfach mit dem Fall der Bastille verglichen,[54] sodass ein „Ost-West-Kulturtransfer" stattfand: Anfang 1989 hatte es in Frankreich noch eine gewisse Indifferenz bezüglich der Feierlichkeiten des *Bicentenaire de la Révolution* gegeben. Der Fall der Mauer gab dem Jubiläum dann aber eine ganz neue Dimension. Der Historiker Ulrich Pfeil hat dies als die Herstellung einer „emotionale[n] Verbindung zwischen Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft" bezeichnet.[55] Präsident François Mitterrand stellte am 31. Dezember 1989 fest: „Niemand hätte es gewagt, von einer solchen Feier für einen so schönen Geburtstag zu träumen."[56]

Die anfängliche Begeisterung für die Geschehnisse in der DDR und den Mauerfall wurde jedoch bald von anderen Gefühlen abgelöst. Die Aussicht auf eine deutsche Wiedervereinigung reaktivierte bei Politikern[57] – nicht nur bei den französischen Kommunisten – und Medien[58] alte Ängste und Stereotype. Die Furcht

[51] Serge July: L'autre révolution d'octobre. In: Libération, 11. 11. 1989.

[52] Marie-Noëlle Brand-Crémieux: Les Français face à la réunification allemande, automne 1989–automne 1990. Paris 2004.

[53] Nicole Colin: Deutsche Dramatik im französischen Theater nach 1945. Künstlerisches Selbstverständnis im Kulturtransfer. Bielefeld 2011, S. 590f.

[54] „Le Mur de Berlin était au communisme ce que la Bastille était à la monarchie", Serge July: L'autre révolution d'octobre. In: Libération, 11. 11. 1989.

[55] Ulrich Pfeil: Der Bicentenaire, der Fall der Mauer und die Franzosen. In: Marcowitz (Hg.): Deutschland (wie Anm. 15), S. 45–61, hier: S. 59.

[56] Zitiert nach ebd., S. 59.

[57] Vgl. Brand-Crémieux: Réunification (wie Anm. 52), S. 308f.

[58] „La perception que l'opinion française pouvait avoir de cette puissance fut influencée par les médias […]. L'hebdomadaire ‚Le Point' ne parlait-il pas du ‚Blitzkrieg' du chancelier Kohl, le quotidien ‚Libération' de la naissance ‚d'un quatrième Reich?'", Philippe Alexandre: „Nos amis français ont bien des difficultés avec l'Allemagne". Les Français face à l'unification allemande,

vor der „grosse Allemagne“, vor einem demografisch, wirtschaftlich und politisch starken Nachbarn, bestimmte die Presseberichterstattung. Im politischen Milieu wie in der Wissenschaft entstand eine Kontroverse darüber, wie die Haltung Mitterrands zu interpretieren sei.[59] Viele in Deutschland glauben bis heute, dass der französische Staatspräsident die deutsche Wiedervereinigung verhindern wollte. In der Forschung hingegen hat sich ein differenziertes Bild durchgesetzt. Hélène Miard-Delacroix spricht von einer bei Mitterrand vorherrschenden Mischung aus „Gereiztheit, Besorgnis und bedingtem Verständnis“.[60] Diese Vieldeutigkeit des französischen Staatspräsidenten erklärt sich durch die Sozialisierung seiner Generation, durch seine persönlichen Erfahrungen mit Deutschland und durch konkrete politische Probleme, die noch nicht endgültig geklärt waren (Deutschlands Rolle in der NATO, Deutschlands Platz im vereinten Europa, Deutschlands Grenzen, vor allem mit Polen). Solche Spuren von Misstrauen gegenüber der Bundesrepublik waren beileibe kein Spezifikum französischer Politiker. Aber diese waren für Helmut Kohl besonders schmerzhaft, weil sie eben vom „Erbfreund“ stammten: „Selbst auf meinen Freund François Mitterrand schien kein Verlass zu sein“,[61] schrieb er in seinen „Erinnerungen“. Negative Emotionen – Misstrauen und Besorgnis – führten beim Partner zu Enttäuschung.

Die deutsche Wochenzeitschrift „Der Spiegel“ war eine Art Resonanzkasten für die französischen Ängste,[62] die sich um den Jahreswechsel 1989/1990 zweifelsohne verstärkten, aber nicht immer von einer Mehrheit der Franzosen empfunden wurden. Laut einer Umfrage dachten unmittelbar nach dem Mauerfall 60 Prozent der Franzosen, dass eine deutsche Wiedervereinigung eine gute Sache für Frankreich sei (19 Prozent eine schlimme Sache); im September 1990 begrüßten 37 Prozent der Franzosen die deutsche Einheit (27 Prozent waren „beunruhigt“ und

1989–1990. In: Marcowitz (Hg.): Deutschland (wie Anm. 15), S. 24–44, hier: S. 29. Vgl. Ingo Kolboom: Frankreich und die deutsche Einheit: Der dramatische Eindruck täuscht. In: ders. (Hg.): Vom geteilten zum vereinten Deutschland. Deutschland-Bilder in Frankreich. Bonn 1991, S. 44–65, hier: S. 44; Gilles Freissinier: La chute du Mur de Berlin à la télévision française. De l’événement à l’histoire 1961–2002. Paris 2005, hier: S. 97f.

[59] Forscher, die dieselben Archive und Quellen analysiert haben, sind zu unterschiedlichen Beurteilungen gekommen. Tilo Schabert, der als Erster Zugang zu den Präsidialakten hatte, spricht von einer sehr offenen und positiven Haltung Mitterrands gegenüber Deutschland. Frédéric Bozos Einschätzungen sind nuancierter, sehen Mitterrand aber auch nicht als Gegner einer deutschen Vereinigung. Ulrich Lappenküper ist in seiner Analyse hingegen viel kritischer. Vgl. Tilo Schabert: Wie Weltgeschichte gemacht wird. Frankreich und die deutsche Einheit. Stuttgart 2002 (in französischer Übersetzung: ders.: Mitterrand et la réunification allemande. Une histoire secrète (1981–1995). Paris 2005); Frédéric Bozo: Mitterrand, la fin de la guerre froide et l’unification allemande. De Yalta à Maastricht. Paris 2005; Ulrich Lappenküper: Mitterrand und Deutschland. Die enträtselte Sphinx. München 2011; Ulrich Pfeil: Bremser oder Wegbereiter?. Frankreich und die deutsche Einheit 1989/90. In: GWU 67 (2016) 1/2, S. 23–38.

[60] Hélène Miard-Delacroix: Entre agacement, inquiétude et compréhension. Les dirigeants français et l’unification allemande. In: Marcowitz (Hg.): Deutschland (wie Anm. 15), S. 62–80.

[61] Helmut Kohl: Erinnerungen 1982–1990. München 2005, S. 988.

[62] Vgl. Psychische Narben. Antideutsche Ressentiments und Rivalitäten zwischen Mitterrand und Kohl belasten das deutsch-französische Verhältnis. In: Der Spiegel, 9. 4. 1990, S. 157f.

32 Prozent gleichgültig oder ohne Meinung).[63] Die verfälschte Wahrnehmung des Hamburger Nachrichtenmagazins (in diesem Artikel war die Rede von „französischen Ängsten […], die seit dem Fall der Mauer häufig in offene antideutsche Stimmung umgekippt" seien) war Ausdruck einer „deutschen" Perspektive auf die angebliche Denkweise „der Franzosen".[64] Diese Instrumentalisierung der Ängste – der eigenen Angst und der Angst der anderen – hätte damals eine gefährliche emotionale Reaktionskette provozieren und die deutsch-französische Freundschaft infrage stellen können.

Die gedämpfte Freude auf der „offiziellen" Ebene belastete jahrelang die Erinnerung an den Fall der Mauer in Frankreich. Selbst zwei Jahrzehnte nach dem Ereignis tat sich die französische Regierung mit der Diskrepanz zwischen gebremster Emotion der Politiker und spontaner Emotion der Bevölkerung schwer. Im Jahre 2009, anlässlich des 20. Jahrestags des Mauerfalls, wurde auf dem Place de la Concorde in Paris eine offizielle Feier organisiert. Die Rechtfertigung dieser Veranstaltung durch den damaligen französischen Staatssekretär für Europäische Angelegenheiten, Pierre Lellouche, lautete: „Ich möchte, dass der 20. Jahrestag des Berliner Mauerfalls ein zwischen Frankreich und Deutschland geteiltes Ereignis wird, um den Deutschen zu zeigen, dass wir nun die Tragweite eines Ereignisses erkennen, das Frankreich vor 20 Jahren verpasst hat, das aber zu unserer gemeinsamen Geschichte gehört".[65] Es handelte sich um einen emotionalen Nachholbedarf, der auf eine neue Emotionshaltung hinweist – dominierte bei vielen französischen Politikern doch ein Gefühl der Verlegenheit wegen der Zurückhaltung im Jahre 1989. Nicht auszublenden ist dabei aber auch, dass die proklamierte emotionale Wiedergutmachung 2009 ein innenpolitisches Spielchen war, wollten die Konservativen doch durch ihre Kritik an Mitterrand den französischen Sozialisten eins auswischen.

Am 9. November 2012 berichtete der französische Journalist Paul Tian in der Wochenzeitschrift „Le Nouvel Observateur" von einem neuerlichen Wandel in der Erinnerung an den Fall der Mauer. Die Franzosen hätten begonnen, sich an die Emotionen zu erinnern, die sie an diesem historischen Tag verspürt hätten.[66] Tian vermutet, dass die damaligen Emotionen mit dem Erwartungshorizont verbunden waren, dass Mauern nie wieder Menschen trennen würden.

[63] Le Figaro, 13. 11. 1989 und 26. 9. 1990, zitiert nach Alexandre: Amis (wie Anm. 58), S. 27f.

[64] Hélène Miard-Delacroix spricht von „stéréotype sur les stéréotypes du voisin", Miard-Delacroix: Agacement (wie Anm. 60), S. 79.

[65] Déclaration de M. Pierre Lellouche, secrétaire d'État aux Affaires européennes, sur l'avenir de la construction européenne, à Paris le 27 août 2009, http://discours.vie-publique.fr/notices/093002409.html (letzter Zugriff am 27. 2. 2019).

[66] Par Tian: Chute du mur de Berlin, le 9 novembre 1989: qui s'en souvient?. In: Le Nouvel Observateur, 9. 11. 2012, http://leplus.nouvelobs.com/contribution/692127-chute-du-mur-de-berlin-le-9-novembre-1989-qui-s-en-souvient.html (letzter Zugriff am 26. 3. 2020).

Zusammenfassung

Für die Franzosen gibt es wahrscheinlich nur wenige Orte, die die Emotionen des Kalten Kriegs so intensiv wecken wie Berlin. Diese waren vielfältig, generationenbedingt, einige waren individuell, andere kollektiv. Die meisten Franzosen erlebten die großen Ereignisse, die zwischen 1948 und 1990 in Berlin stattfanden, vermittelt durch die Medien und gehörten damit zu einer internationalen Gemeinschaft, deren Emotionen immer auch durch den nationalen Filter bestimmt waren.

Das breite Spektrum der gefühlten und zum Ausdruck gebrachten Emotionen spiegelte den jeweiligen Zustand der deutsch-französischen Beziehungen und bis zu einem gewissen Grad auch den der europäischen Integration. Dem Historiker ist es auf diese Weise möglich, die Transformationen der dominanten Gefühle in der politischen Sphäre und in der Gesellschaft Frankreichs gegenüber Deutschland nachzuvollziehen. Während der Berlin-Blockade und der Luftbrücke 1948/1949 beherrschten noch die Angst vor der „deutschen Gefahr" und das Misstrauen vor dem östlichen Nachbarn die Reaktionen der Franzosen. Nach dem Bau der Berliner Mauer 1961 dominierte dann auch in Frankreich die Empörung über die Politik des SED-Regimes – den Deutschen, insbesondere den Westberlinern, wurde ein großes Maß an Mitgefühl und Solidarität entgegengebracht. Dabei darf aber auch nicht aus den Augen verloren werden, dass der Algerienkrieg, der in diesen Monaten eskalierte, die öffentliche Debatte in Frankreich und auch die Emotionen der Franzosen bestimmte. Beim Mauerfall 1989 konnten die deutsch-französischen Beziehungen schon auf eine längere Phase der Annäherung, Verständigung und des Austauschs zurückblicken, sodass im „Land der Menschenrechte" und der „Großen Revolution" die „friedliche Revolution" in der DDR mit viel Sympathie verfolgt wurde. Viele Franzosen versuchten, sich in die revolutionären Ereignisse hineinzufühlen. Einige von ihnen erlebten die Ereignisse nicht nur live im Fernsehen mit, sondern fuhren selbst nach Berlin und machten sich so das welthistorische Geschehen zu eigen. Der französische Präsident Nicolas Sarkozy „glaubte" 2009 sogar, an den Ereignissen zwanzig Jahre zuvor in Berlin teilgenommen zu haben.[67] So behauptete er am 8. November 2009, vom Mauerfall am Morgen des 9. November 1989 erfahren zu haben, sodass er sich unverzüglich nach Berlin begeben habe, um die Begebenheiten live zu erleben. Angesichts der Absurdität dieser Darstellung und der falschen Chronologie musste Sarkozy allerdings sehr schnell zugeben, dass er erst am 16. November 1989 in Begleitung seines Parteifreundes Alain Juppé nach Berlin geflogen sei.[68] In seiner offiziellen Rede am 9. November 2009 in Berlin sagte er dann unter impliziter Bezugnahme auf die berühmte Berlin-Rede John F. Kennedys vom 26. Juni 1963 auf Deutsch: „Wir sind Brüder, wir sind

[67] Frank: Émotions mondiales (wie Anm. 13), S. 66, S. 68.

[68] Sarkozy à Berlin le 9 novembre 1989: à qui peut-on se fier?. In: Le Nouvel Observateur, 11. 11. 2009, https://www.nouvelobs.com/monde/1989-2009-le-mur-de-berlin/20091110.OBS7414/sarkozy-a-berlin-le-9-novembre-1989-a-qui-peut-on-se-fier.html (letzter Zugriff am 26. 3. 2020).

Berliner".[69] Das Beispiel Sarkozys zeigt deutlich den ausgeprägten Aneignungsprozess, der darauf hindeutet, dass der Kalte Krieg in Berlin und die Erinnerung an ihn den nationalen Identitätsrahmen überschreiten.

Dieser kurze diachrone Überblick zum deutsch-französischen Emotionshaushalt vor 1990 sollte jedoch nicht dazu führen, die bilaterale Geschichte zu einer bruchlosen Erfolgsgeschichte zu machen. Die Geschichte der Emotionen zeigt vielmehr die Komplexität von Selbst- und Fremdbildern, gegenseitigen Repräsentationen und Mentalitäten – und sie unterstreicht, wie hartnäckig bisweilen Stereotype in den deutsch-französischen Beziehungen waren beziehungsweise sind. Zeitgenössische Erfahrungen, ob individuelle oder kollektive, rufen Emotionen hervor, deren Entstehung und Ausdruckform abhängig vom jeweiligen kulturellen Gedächtnis sind. Es ist daher nicht verwunderlich, dass 1948/1949 „Misstrauen" den Hauptrahmen für die Rezeption der Ereignisse bildete. 40 Jahre später ließ sich zwar von einer deutsch-französischen Freundschaft sprechen, doch die Aussicht auf ein großes, wiedervereinigtes Deutschland an Frankreichs Ostgrenze konnte weiterhin Gefühle des Misstrauens auslösen beziehungsweise reaktivieren – waren doch die Erinnerungen an den Zweiten Weltkrieg noch präsent. Allerdings dominierte 1990 auf französischer Seite nicht das entsprechende Gefühl der Angst, vielmehr war zu beobachten, dass dieses neuen emotionalen Dispositionen gewichen war und dass der französische Blick über den Rhein zumeist von Vertrauen und Empathie geprägt war.

Emotionen sind handlungsleitende Faktoren in den internationalen Beziehungen und entwickeln als *forces profondes* ihre eigene Dynamik, die nicht zuletzt durch die Medien verstärkt wird. Dass kein Regierender die Macht der Emotionen ignorieren kann, musste auch François Mitterrand erkennen, der in einem Interview erklärt, er wolle sich seine Haltung nicht von Emotionen diktieren lassen.[70] Seine scheinbare Kälte nach dem Fall der Berliner Mauer wurde beiderseits des Rheins als feindselige Haltung gegenüber Deutschland interpretiert und von Helmut Kohl gar als „brüderlicher Verrat" bezeichnet. Dieses Beispiel unterstreicht, wie Emotionen, die Angst vor ihnen sowie ihre Kanalisierung und Instrumentalisierung Politiker und Medien bestimmen. Im Hinblick auf die Ereignisse 1989/1990 sticht ins Auge, wie Teile der französischen und deutschen Medien

[69] „Déclaration de M. Nicolas Sarkozy, Président de la République, sur le 20e anniversaire de la chute du mur de Berlin et la construction européenne, à Berlin le 9 novembre 2009", http://discours.vie-publique.fr/notices/097003207.html (letzter Zugriff am 27. 2. 2019).

[70] Auf die Frage, ob die deutsche Wiedervereinigung möglich und überhaupt wünschenswert sei, antwortete Mitterrand: „Pour moi, je l'ai dit, c'est la volonté du peuple allemand qui compte. Mais si la réunification occupe le rêve et la pensée des Allemands, ce qui est bien normal, le processus sera plus lent que certains ne l'imaginent. La volonté du peuple ne peut se passer de l'accord des États, des États allemands comme des États garants du statut allemand. […] C'est que la question des frontières issues de la dernière guerre reste entière et ne se réglera pas dans un moment d'émotion, aussi compréhensible que soit cette émotion. Il faut prendre garde à ce que le processus engagé s'affirme démocratique et pacifique", Interview mit dem französischen Magazin „Paris Match", 23. 11. 1989, http://discours.vie-publique.fr/notices/897026200.html (letzter Zugriff am 27. 2. 2019).

Spannungen zwischen Paris und Bonn selber herbeischrieben. So reaktivierten sie bewusst alte Stereotypen und Ängste durch historische Referenzen etwa auf ein „Viertes Reich“ oder durch Karikaturen wie die eines kriegerischen Bundesadlers.

Gerade in den Monaten zwischen Mauerfall und deutscher Einheit war auffällig, welch großen Raum Emotionen einnahmen. Der Blick auf die realen oder vermeintlichen Emotionen des Nachbarn verweist auf eine nicht zu unterschätzende Gefahr in Krisenzeiten: die der emotionalen Eskalation. So deuten Emotionen in den internationalen Beziehungen auf eine wechselseitige Verbundenheit hin, die – wie am Beispiel der Ereignisse vom Herbst 1989 dargelegt – zu einem emotionalen Transferprozess führen kann. Die in Frankreich hervorgerufenen Emotionen im Kontext des Mauerfalls emotionalisierten die Feierlichkeiten des *Bicentenaire*, sodass die Erinnerung an 1789 eine neue Dynamik erhielt. Abschließend soll daher die These vertreten werden, dass auch die Geschichte von Emotionen in den internationalen Beziehungen nur als eine *Histoire croisée* geschrieben werden kann.

Abstract

This article seeks to reconstruct the development of German-French relations over the second half of the 20th century, taking into account emotions and their expression during the Cold War. The study focuses on the three “Berlin crises” in 1948/1949, 1958/1961, and 1989/1990: The Soviet blockade and Western airlift; the Berlin ultimatum and the construction of the Wall; and the fall of the Wall and the unification of Germany. The paper builds on the thesis that international relations are not limited to diplomatic and political forms but also include relations between societies. Emotions should, consequently, be investigated at three levels, involving official, media, and cultural-societal (re-)actions and receptions. In this study, the first group includes French diplomats and government politicians, who speak and act in the name of the nation. The media as the second group not only reflects but also serves to shape emotions. The third level focuses on the French “community” in Berlin. This involves a collective with a particular shared experience in a specific place and context. Sources were taken from literature and popular culture in addition to diplomatic documents, speeches, and the press. This overview of the emotional inventory before 1990 should not, however, lead to a view of the bilateral history as an uninterrupted history of success (from ongoing fears after 1945 to sympathy and joy in 1989). The history of emotions instead depicts the complexity of self-images and images of others, representations of one another, and mentalities. Contemporary experiences evoke emotions whose emergence and form of expression depend on the particular cultural memory in question. The German-French history (fall of the Berlin Wall and the bicentenary of the French Revolution) illustrates that the history of emotions can also be written as a *histoire croisée*.

Jost Dülffer

Multiple Ängste vor dem Nichtverbreitungsvertrag von Atomwaffen in den 1960er-Jahren

Angst – ein schillernder historischer Begriff

Je stärker man die internationale Politik als ein anarchisches Selbsthilfesystem ansieht, wie es die realistische Schule lange getan hat, desto größer ist die Bedeutung des Faktors „Angst" für die Akteure zu gewichten; je stärker man diese als ein normiertes, ja völkerrechtlich kodiertes System begreift, desto eher dürfte Vertrauen, oder auch nur: Verlässlichkeit, eine handlungsleitende Rolle spielen. Im vorliegenden Beitrag kommt es jedoch nicht auf den Streit der politikwissenschaftlichen Schulen an. Es geht vielmehr um die dem Handeln der Akteure zugrundliegenden Ansätze. Angst wird hier verstanden als das Gefühl einer bedrohlichen Gegenwart und Zukunft, die spezifische oder unspezifische Gefahren birgt.

Ohne auf die unterschiedlichen Ansätze wie den der *emotional styles* von Benno Gammerl oder den der *emotional regimes* von William Reddy näher einzugehen, soll den folgenden Betrachtungen Barbara Rosenweins Begriff der *emotional communities* zugrunde gelegt werden. Sie fasst darunter „groups in which people adhere to the same norms of expression and value – or devalue – the same or related emotions".[1] Diese sind zu einem beträchtlichen Teil kulturell geprägt und verändern sich sowohl im fluiden Zusammentreffen mit anderen Gefühlen als auch je nach sozialen Rollen ihrer Träger. Diese Vorstellung schließt relativ feste emotionale Gemeinschaften nicht aus, geht jedoch davon aus, dass Individuen wie Gemeinschaften jeweils zu mehreren sozialen Gruppen gehören und in dieser Eigenschaft auch andere, emotional unterfütterte Rollen spielen. Hinzu kommt: Der Ausdruck von Emotionen ist wandelbar und situativ. Einige, auch kollektive Emotionen tauchen schnell auf, verschwinden aber ebenso schnell. Andere jedoch können eine dauerhafte Basis für Gemeinschaftsbildung sein.[2]

[1] Benno Gammerl: Emotional Styles – Concepts and Challenges. In: Rethinking History 16 (2012) 2, S. 161–175 (Definition: S. 163); William Reddy: The Navigation of Feeling. A Framework for the History of Emotions. Cambride 2001, S. 3–33, S. 315–334; Barbara H. Rosenwein: Emotional Communities in the Early Middle Ages. Ithaca 2006, S. 2. Vorzüglich der Forschungsüberblick von Jan Plamper: Geschichte und Gefühl. Grundlagen der Emotionsgeschichte. München 2012.

[2] Diese Ausführungen sind geprägt unter anderem von Heinrich Popitz: Soziale Normen. Frankfurt a. M. 2006, insbesondere ders.: Der Begriff der sozialen Rolle. In: ebd., S. 117–157.

https://doi.org/10.1515/9783110680522-009

Internationale Politik von und in Staaten ruht auf solchen emotionalen Gemeinschaften, berücksichtigt diese in ihrem Handeln, sucht sie aber zugleich für externe Kommunikation mit anderen Staaten zu benutzen, zu verstärken, abzuschwächen und damit auch zu wandeln. Sie versucht nicht nur in der Interaktion die entsprechenden politischen Institutionen der Partner beziehungsweise Gegner zu beeinflussen, sondern darüber hinaus auch deren Gesellschaften oder zumindest relevante Teile davon. Emotionen sind gleichermaßen Ausdruck und Ziel der Veränderung. Oder angelehnt an William Reddy: Wenn *emotives* als Sprechakte verstanden werden, die sowohl beschreiben als auch verändern, dann geht es im Rahmen internationaler Politik bei der Äußerung und Erweckung von Emotionen um die Beeinflussung von Handlung auf einer vermuteten oder realen gemeinsamen Basis. Internationale Beziehungen sind dabei nicht allein solche zwischen Staaten, vielmehr wirken sie auch in Gesellschaften und damit in andere, sich überlappende *emotional communities* hinein.

Gerade der Kalte Krieg, hier verstanden als eine Auseinandersetzung innerhalb des Globalen Nordens und besonders in Europa, lässt sich als eine Periode verstärkter Angst auffassen. In Bezug auf die USA hat die Forschung erst kürzlich gezeigt, dass dieses Gefühl in unterschiedlicher Intensität leitend wurde und die Entfaltung einer offenen demokratischen Gesellschaft be-, wenn nicht sogar verhinderte.[3] Dieser Befund lässt sich auf den gesamten nordamerikanisch-europäischen Raum ausweiten, wo die Erfahrungsräume und demnach auch die Erwartungshorizonte durch Angst geprägt waren und wo man durch entsprechendes militärisch gestütztes und wirtschaftlich mobilisiertes Sicherheitshandeln dem entgegen zu wirken suchte.[4] Diese allgemeine *cold war*-Angst scheint durchgängig von drei recht unterschiedlichen Komponenten getragen worden zu sein: Die erste war der ideologisch-weltanschauliche Kontext, die wechselseitig als aggressiv gedeuteten ideologischen Auseinandersetzungen zwischen den USA und der Sowjetunion mit ihren jeweiligen Verbündeten („Kommunismus versus Kapitalismus"). Die zweite stellte die Angst vor den Zerstörungen durch einen neuen Weltkrieg dar, der – als thermonuklearer Krieg geführt – das Ende der bisherigen Zivilisation hätte bringen können. Und die dritte rekurrierte auf die Erfahrungen aus dem Zweiten Weltkrieg[5] – hier vor allem auf die mit der deutschen Erobe-

[3] Elaine Tyler May: Fortress America. How We Embraced Fear and Abandoned Democracy. New York 2017.

[4] In engem Zusammenhang hierzu steht die Versicherheitlichungs-/*Securitization*-Forschung, die gleichfalls eine Hochkonjunktur hat. Vgl. etwa den Problemaufriss bei Eckart Conze: Geschichte der Sicherheit. Entwicklung – Themen – Perspektiven. Göttingen 2018 und dessen zahlreiche Anwendungen im Sonderforschungsbereich 138 „Dynamiken der Sicherheit".

[5] Frank Biess sieht ein Ende dieser Weltkriegsemotionen etwa um 1960; vgl. Frank Biess: Feelings in the Aftermath. Toward a History of Postwar Emotions. In: ders./Robert F. Moeller (Hg.): Histories of the Aftermath. The Legacy oft he Second World War in Europe. New York 2010, S. 30–48, hier: S. 43 (Frank Biess hat nach Abschluss des vorliegenden Aufsatzmanuskripts die Angst gar zum schillernden Signum der bundesrepublikanischen Geschichte gemacht, vgl. Frank Biess: Republik der Angst. Eine andere Geschichte der Bundesrepublik. Hamburg 2019). Vgl. Michael Geyer: Der Kalte Krieg, die Deutschen und die Angst. Die westdeutsche Opposition

rungs- und Vernichtungspolitik, die in die Zukunft projiziert wurden und Bestrebungen zur Verhinderung einer neuen deutschen Gefahr evozierten.[6]

Diese drei Komponenten von Angst[7] durchliefen Konjunkturen, entwickelten sich nicht linear, sondern in Wellen größerer oder geringerer Intensität und waren mit anderen Emotionen (etwa im ideologischen Bereich mit Hass) verbunden. Sie entfalteten sich darüber hinaus an unterschiedlichen Orten für unterschiedliche politische und gesellschaftliche Kräfte in unterschiedlicher Mischung. Genau dies soll an einem Beispiel, dem Nichtverbreitungsvertrag von Atomwaffen (NPT) gezeigt werden, der in der Bundesrepublik Deutschland zeitgenössisch häufig „Atomsperrvertrag" (und nicht „Atomwaffensperrvertrag") genannt wurde. In dieser Wortwahl liegt eine ganz spezifische politische Aufladung der entsprechenden Angst, die zu untersuchen ist.

Methodisch beachtet werden muss, dass von einzelnen Akteuren sowie gesellschaftlichen Gruppen Ängste subjektiv empfunden und geäußert wurden, sie aber auch als Argumente für politische Zwecke genutzt wurden. Beides ist nicht scharf voneinander zu trennen, sollte aber heuristisch auseinandergehalten werden. Darüber hinaus ist davon auszugehen, dass gerade im diplomatischen Geschäft vorhandene Ängste nicht unbedingt artikuliert wurden. Sie konnten in Form der Rede von rationalem Interessenkalkül vertreten werden – Bedrohungsanalyse hieß der nur scheinbar rationale Fachbegriff. Die umgekehrte politische Instrumentalisierung gab es, wenn versucht wurde, durch die Artikulierung von Angst, die zuvor ja gar nicht vorhanden sein musste, die eigene Gesellschaft oder bestimmte soziale Gruppen zu mobilisieren oder für die eigene Position zu gewinnen.[8] Allgemeiner gesprochen: Wahrnehmungen, Perzeptionen und gezielte Mobilisierung von Angst standen in ständiger Wechselwirkung.[9] Dieses Ensemble während des Kalten Kriegs kann man auch als *imaginary war* begrifflich zusam-

gegen Wiederbewaffnung und Kernwaffen. In: Klaus Naumann (Hg.): Nachkrieg in Deutschland. Hamburg 2001, S. 267–318; vgl. insgesamt Bernd Greiner/Christian T. Müller/Dierk Walter (Hg.): Angst im Kalten Krieg. Hamburg 2009; Matthew Grant/Benjamin Ziemann (Hg.): Understanding the Imaginary War. Culture, Thought and Nuclear Conflict, 1945–90. Manchester 2016; insbesondere Benjamin Ziemann: German Angst?. Debating Cold War Anxieties in West Germany, 1945–90. In: ebd., S. 116–139. Zur methodischen Reflexion vgl. Patrick Bormann/Thomas Freiberger/Judith Michel: Theoretische Überlegungen zum Thema Angst in den Internationalen Beziehungen. In: dies. (Hg.): Angst in den Internationalen Beziehungen. Göttingen 2010, S. 13–41.

[6] Explizit thematisiert – wenn auch darin wenig von „Angst" die Rede ist – bei Oliver Bange: „A German finger on the trigger". Die Furcht vor der bundesdeutschen Nuklearaspirationen, der Nichtverbreitungsvertrag und der Aufbruch in die Ära der Entspannung. In: Greiner/Müller/Walter (Hg.): Angst (wie Anm. 5), S. 278–309.

[7] Sozialpsychologisch fundiert vgl. Joanna Bourke: Fear. A Cultural History. Emeryville 2005.

[8] Zu Angst und internationalen Beziehungen vgl. Wilfried Loth: Angst und Vertrauensbildung. In: Jost Dülffer/ders. (Hg.): Dimensionen internationaler Geschichte. München 2012, S. 29–46.

[9] Gottfried Niedhart: Selektive Wahrnehmung und politisches Handeln. Internationale Beziehungen im Perzeptionsparadigma. In: Wilfried Loth/Jürgen Osterhammel (Hg.): Internationale Geschichte. Themen – Ergebnisse – Aussichten. München 2000, S. 141–157.

menfassen.[10] Die Historizität von Emotionen, hier: von Ängsten, lässt sich am besten an einem Fallbeispiel aufzeigen.

Die Quellenbasis, auf die dabei zurückgegriffen werden kann, reicht von internen Regierungsüberlegungen über Protokolle zwischenstaatlicher, damals geheimer Verhandlungen und Debatten sowie parlamentarischer oder gouvernementaler Beratungen bis hin zu den zeitgenössisch in Printmedien erschienen Texten wie Bildern.

Der Nichtverbreitungsvertrag von Atomwaffen (NPT)

Die Frage nach einer Begrenzung der Zahl der Nuklearmächte stellte sich seit 1946, wurde jedoch erstmals Ende 1961 mit der UN-Resolution 1665 ernsthaft verhandelt. Eine Lösung konnte man sich kaum anders als durch eine Einigung der Supermächte vorstellen.[11] Diese Diskussion gewann nach der Kubakrise im Herbst 1962 in Ost-West-Verhandlungen an Bedeutung.[12] Sie wurde jedoch im sachlichen Kern für mehrere Jahre zu einer Debatte über eine Atomstreitmacht der NATO, welche den nuklearen Habenichtsen eine Teilhabe gewähren sollte. Die Diskussion zielte vor allem auf eine Aufwertung des Status der Bundesrepublik und betraf damit die Sorge vor möglichen westdeutschen Alleingängen. Entsprechende Planungen für eine *Multilateral Force* (MLF) oder eine *Allied Nuclear Force* liefen im Kern seit 1963 und wurden Ende des Jahres 1965 ad acta gelegt, zumal sie militärisch unsinnig waren sowie politisch Nuklearverhandlungen zwischen den USA und der Sowjetunion blockierten.[13] Damit war im Rahmen der

[10] Vgl. Grant/Ziemann: Understanding (wie Anm. 5); Patrick Bernhard/Holger Nehring (Hg.): Den Kalten Krieg denken. Beiträge zur sozialen Ideengeschichte seit 1945. Essen 2014. Der Terminus *Imaginary War* geht hier auf Mary Kaldor zurück.

[11] David Tal: The American Nuclear Disarmament Dilemma, 1945–1963. Syracuse 2008, S. 208–212, hier: S. 208; Susanna Schrafstetter/Stephen Twigge: Avoiding Armageddon. Europe, the United States, and the Struggle for Nuclear Nonproliferation, 1945–1970. Westport 2004; Andreas Lutsch: In Favor of „Effective" and „Non-Discriminatory" Non-Dissemination Policy (1962–1966). In: Roland Popp u. a. (Hg.): Negotiating the Non-Proliferation Treaty. London 2017, S. 36–57, hier: S. 42. Eine umfassende Monografie zur militär- und nuklearpolitischen Einbettung legte nach Abschluss dieses Manuskripts vor: Andreas Lutsch: Westbindung oder Gleichgewicht?. Die nukleare Sicherheitspolitik der Bundesrepublik Deutschland zwischen Atomwaffensperrvertrag und NATO-Doppelbeschluss. München 2020; die Auseinandersetzung kann hier nicht geführt werden; Lutsch spricht u. a. von „gewaltigen Aufwallungen und Ressentiments" (ebd., S. 758).

[12] Die Literatur zur den internationalen Beziehungen der Zeit ist reichhaltig und wird hier nur selektiv angeführt: Roland Popp/Liviu Horowitz/Andreas Wenger (Hg.): Negotiating the Nuclear Non-Proliferation Treaty. London/New York 2017; Arvid Schors: Doppelter Boden. Die SALT-Verhandlungen 1963–1979. Göttingen 2016; Francis J. Gavin: Nuclear proliferation and non-proliferation during the Cold War. In: Melvyn P. Leffler u. a. (Hg.): The Cambridge History of the Cold War. Bd. 2: Crisis and Détente. Cambridge 2010, S. 395–416.

[13] „The three years of effort have shown clearly that the MLF and related proposals have no adequate base and political support within the Atlantic community. They are popular only in

Genfer 18-Mächte-Abrüstungskonferenz (ENDC), die seit Langem vor sich hindümpelte, nunmehr der Weg zu einem sowjetisch-amerikanischen Vorschlag für einen Atomwaffennichtverbreitungsvertrag im Dezember 1966 frei. Die Verhandlungen zogen sich bis zur Unterzeichnung des Vertrags durch die USA, Großbritannien und die Sowjetunion am 1. Juli 1968 hin. Die Bundesrepublik Deutschland unterzeichnete das Abkommen erst nach Bildung der sozialliberalen Koalition 1969. Nach der Ratifizierung durch eine hinreichende Zahl von Staaten trat der Vertrag schließlich am 5. März 1970 in Kraft. Die Phase bis dahin soll hier zum Thema gemacht werden.

Zwischenspiel: Die Ängste des Armin Mohler um die deutsche Stellung in der Welt

Ende 1965 erschien das Büchlein „Was die Deutschen fürchten. Angst vor der Politik. Angst vor der Geschichte. Angst vor der Macht" von Armin Mohler.[14] Der Schweizer Publizist, der 1950 mit dem Begriff der „konservativen Revolution" die Deutung von einer angeblich nicht nationalsozialistischen politischen Rechten Weimars geprägt hatte und damit bis in die Gegenwart wirkt, suchte eine solche rechte Sammlungsbewegung in der Bundesrepublik über Jahrzehnte publizistisch zu fördern.[15] In seinem Buch von 1965 lobte er Frankreich unter de Gaulle als selbstbewusste Großmacht, an der sich die Bundesrepublik unbedingt ein Vorbild nehmen und mit der sie kooperieren müsse. Die Schrift polemisierte gegen eine angebliche Überwältigung der Gegenwart durch die NS-Zeit und damit unter anderem gegen Hans Rothfels, Golo Mann und Ernst Nolte. Mohler plädierte schließlich – anknüpfend an Carl Schmitt – für eine Mobilisierung der Massen, für eine vom Ernstfall her denkende gesellschaftliche Formierung. In Atomfragen hielt es Mohler für taktisch richtig, sich mit de Gaulles Frankreich zu arrangieren – und verzichtete somit auf die Forderung nach bundesrepublikanischen Nuklearwaffen. Jedoch geschah dies nicht aus Angst vor einem Atomkrieg. Mohler schwebte vielmehr eine Machtsteigerung Deutschlands durch eine deutsch-französische Kooperation bei der Entwicklung von Atomwaffen vor.

Foreign Offices. They are unattractive to Finance Ministries and unimpressive to Defense Ministers. They have little support from professional soldiers. They have few friends in legislative bodies. In no country have they won popular support." Memo George Ball, 18. 12. 1965, https://nsarchive2.gwu.edu//dc.html?doc=4415103-Document-08-The-Danger-from-a-Psychotic-Germany (letzter Zugriff am 2. 4. 2020); vgl. Helga Haftendorn: Kernwaffen und die Glaubwürdigkeit der Allianz. Die NATO-Krise von 1966/67. Baden-Baden 1994; umfassend jetzt Lutsch: Westbindung (wie Anm. 11), S. 113–254.

[14] Armin Mohler: Was die Deutschen fürchte. Angst vor der Politik. Angst vor der Geschichte. Angst vor der Macht. Stuttgart 1965.

[15] Volker Weiß: Die autoritäre Revolte. Die neue Rechte und der Untergang des Abendlandes. Stuttgart 2017, bes. S. 15–63; vgl. Norbert Frei u. a.: Zur rechten Zeit. Wider die Rückkehr des Nationalismus. Berlin 2019, bes. S. 72–75.

Ähnliche Gedanken hatte Mohler schon früher artikuliert[16] und war damit auch von Jürgen Habermas rezipiert worden. Dieser akzeptierte die Ansicht, dass die „Auflockerung des bipolaren Systems der großen Blöcke“ durch Frankreich und China ein „neues diplomatisches Spiel“ bedeute, „das im Schatten der beiden Atomgroßmächte eingefroren war“, und damit eine „relative Rückkehr zur Mächtepolitik“ ermögliche. Jedoch wandte Habermas ein: „Die eigentümliche Dialektik der Drohung mit thermonuklearen Waffen, die historisch ohne Vorbild ist, […] verbietet den Rückfall in ein ungebrochen politisches Verhalten souveräner Staaten.“[17] Gemeint war wohl die übliche Politik der Machtrivaliäten im internationalen Staatensystem. Zwar sprach er nicht von „Angst“, wohl aber definierte Habermas hiermit ein neues Strukturmerkmal des nuklearen Zeitalters, das die herkömmliche, rationale und machtgestützte Politik begrenzte.

Im gesellschaftlichen Bewusstsein in der Bundesrepublik zeigte sich in der Diskussion um den NPT zunächst wenig oder kaum unmittelbare Angst. Mohler diente die Beschwörung von „Ängsten“, um seiner Argumentation Nachdruck zu verleihen. Indem er das – politisch dramatisierende – Wort „Ängste“ statt des Begriffs „Sorgen“ verwendete, suchte er wohl seine rechtskonservative Klientel zu alarmieren. Das Argument setzte er zur Mobilisierung für eine selbstbewusstere und damit auch tendenziell aggressivere bundesdeutsche Machtpolitik ein.

Soziale Bewegungen und „Nuklearangst“

Das Fehlen von unmittelbarer „Nuklearangst“ in der Bundesrepublik Mitte der 1960er-Jahre ist umso bemerkenswerter, als zuvor die Angst vor einem Atomkrieg eine wichtige Motivation, sich in sozialen Bewegungen zu engagieren, gewesen war. Sie hatte in der Bundesrepublik 1955 bis 1959, von der „Paulskirchen-Bewegung“ bis hin zur Aktion „Kampf dem Atomtod“ einen nachhaltigen Widerhall in der Öffentlichkeit gefunden – wenn auch letztgenannte Initiative abrupt abgebrochen worden war, nachdem die sie mittragende SPD in Landtagswahlen Mitte 1959 Misserfolge verzeichnet hatte. „Nuklearangst“ spielte dann Mitte der 1960er-Jahre, aber auch in den folgenden Jahren, der Hochzeit der sozialen Proteste, kaum mehr eine Rolle. Die bundesdeutsche 68er-Bewegung hatte viele Programm- und Mobilisierungspunkte, die von der Verhinderung der Notstandsgesetze als Teil einer befürchteten Kriegsvorbereitung und Aufgabe von Demokratie bis hin zum Protest gegen den Vietnamkrieg und zum Kampf für die Emanzipation der Dritten Welt reichten. Die Proteste ermöglichten es den sozialen Bewegungen, „Angst und Gefühlen Ausdruck zu verleihen“.[18] „Atomängste“ in größe-

[16] Armin Mohler: Die Fünfte Republik. Was steht hinter de Gaulle?. München 1964.
[17] Jürgen Habermas: Nachzügler der Weltgeschichte. In: Die Zeit, 18. 9. 1964.
[18] So Holger Nehring: Angst, Gewalterfahrungen und das Ende des Pazifismus. Die britischen und westdeutschen Proteste gegen Atomwaffen, 1957–1964. In: Greiner/Müller/Walter (Hg.): Angst (wie Anm. 5), S. 436–464, hier: S. 460; Andrew Oppenheimer: Conflicts of Solidarity.

rem Maße kamen in den sozialen Bewegungen jedoch erst in der Auseinandersetzung mit dem NATO-Doppelbeschluss der Nachrüstung ab etwa 1977 wieder auf und wurden danach zeitweilig dominant; die strukturelle Gefährdung durch einen atomar geführten Krieg kam also in der Zwischenzeit nicht sichtbar zum Ausdruck, lässt sich höchstens als latent vorhanden vermuten, da sie in der Diskussion um den NATO-Doppelbeschluss zu aktivieren war.

Dieser Befund trifft auch zu, wenn man den weltweiten „Nuklearprotest" in den Blick nimmt. Larry Wittner hat diesem Thema für den ganzen Zeitraum des Kalten Kriegs in enzyklopädischer Dichte nachgespürt und ihm eine hohe Handlungsmacht für die internationale Politik zugewiesen.[19] Auch er spricht für die Jahre 1964 bis 1970 von einem *decline* der anti-nuklearen Bewegung, die nach dem Teilerfolg des Vertrags zum Verbot oberirdischer Tests von 1963 eintrat. Die Konsequenz dieses Erfolgs seien in der Anti-Nuklear-Bewegung „Exhaustion and Frustration" gewesen – die wichtigsten britischen oder US-amerikanischen Organisationen wie die *Campaign for Nuclear Disarmament* (CND) oder das *National Committee for a Sane Nuclear Policy* (SANE) zogen sich zurück beziehungsweise suchten nach einer tieferen Ebene, nach einer anderen Weltpolitik, in der die Nuklearrüstungen nicht mehr die einzige Rolle spielten. Wittner konstatiert: „Curiously, then, the struggle against the Bomb dwindled just as its most important victories were being won [1963; Anm. des Verfassers]. Under enormous pressure from an aroused citizenry, nuclear war had been averted and important arms control measures had been put into place. But, despite these advances – in part, because of them – the movement could not be sustained."[20] Auch wenn das von ihm aufgezeigte Paradoxon nur ein scheinbares war, unterstreicht Wittner jedoch die situativ wirkende und mobilisierende Angst vor „der Bombe" angesichts der auch weiterhin vorhandenen Rolle nuklearer Rüstungen und Einsatzplanungen in den globalen internationalen Beziehungen.

Die Angst vor Deutschland

Zwei Jahrzehnte nach dem Zweiten Weltkrieg war die Erinnerung an diesen generationsübergreifend noch überall sehr präsent – insbesondere in Osteuropa, wo die Bevölkerung am stärksten gelitten hatte. Der lange Schatten des Zweiten Weltkriegs diente auch als eine der zentralen Integrationselemente im sowjetischen

Nuclear Weapons, Liberation Movements, and the Politics of Peace in the Federal Republic of Germany, 1945–1975. [Diss.] Chicago 2010; vgl. ders.: Extraparliamentary Entanglements: Framing Peace in the Federal Republic of Germany, 1945–1974. In: Hara Kouki/Eduardo Romano (Hg.): Protest beyond Borders. Contentious Politics in Europe since 1945. New York 2011, S. 15–31; Bernhard/Nehring (Hg.): Kalten Krieg (wie Anm. 10); Grant/Ziemann: Understanding (wie Anm. 5).

[19] Lawrence Wittner: The Struggle Against the Bomb. 3 Bde. Stanford 1993–2003.

[20] Ders.: Resisting the Bomb. A History of the World Nuclear Disarmament Movement, 1954–1979. Bd. 2. Standford 1997, Zitate S. 450, S. 462, vgl. Bourke: Fear (wie Anm. 7), S. 258f.

Machtbereich. Die Angst vor den Deutschen ließ sich dort immer wieder schüren. Die Vorstellung von einer potenziell oder real faschistischen Bundesrepublik, vor allem aber der ihr (in Bezug auf die Niederlage im Zweiten Weltkrieg) unterstellte Revanchismus, bildeten einen *basso continuo*. Die westdeutsche Remilitarisierung in den 1950er-Jahren und die Furcht vor einem bundesdeutschen Zugriff auf Nuklearwaffen in den 1960er-Jahren verstärkten solche Ängste.[21] Erst in der Budapester Erklärung des Warschauer Pakts vom 19. März 1969 und im Appell für eine europäische Sicherheitskonferenz wurden derartige Ängste nicht mehr artikuliert.[22]

Für die sowjetischen Bedenken gegen bundesdeutsche Atomwaffen hatten auch die USA Verständnis. So erklärte etwa Kennedy dem Chruschtschow-Schwiegersohn Alexej Adjubej, die USA seien „extremely reluctant to see West Germany developing a nuclear capacity of its own".[23] Das blieb auch in den folgenden Jahren so. Dass die BRD niemals eigene Nuklearwaffen haben dürfe, sie aber dennoch aus dem Status eines nicht voll akzeptierten Staates herausgeholt werden müsse, um deutsche Alleingängen zu verhindern, blieb das Grunddilemma für die Westmächte.

Die emotionale Qualität, die sich aus den Erfahrungen mit der jüngeren deutschen Vergangenheit, die eben nicht vergangen war, ergab, wurde den Deutschen gegenüber nur selten expliziert. Als etwa Bundeskanzler Ludwig Erhard US-Präsident Johnson 1964 darauf ansprach, dass Deutschland nicht ewig auf dem Status von „Potsdam" gehalten werden könne, lobte der US-Präsident die Entwicklung des westdeutschen Staates zur guten Nachbarschaft, fügte aber hinzu: „He personally was not obsessed by any fears about the German people or their attitudes. But he could also understand how the English, for instance, might feel differently. He had told Mr. Wilson that he was neither a broker nor a dominator but that he believed he could understand how the citizens of Great Britain and Germany feel."[24] Da war sie ausgesprochen: die „auf andere projizierte" Furcht vor den

[21] Douglas Selvage: The Warsaw Pact and Nuclear Nonproliferation 1963–1965. Washington 2001, https://www.wilsoncenter.org/sites/default/files/working_paper_no._32_repaired.pdf (letzter Zugriff am 3. 1. 2019); Rede des Ersten Sekretärs des ZK der SED, Genossen Walter Ulbricht auf der Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages, 19./20. 1. 1965, http://www.php.isn.ethz.ch/kms2.isn.ethz.ch/serviceengine/Files/PHP/17942/ipublicationdocument_singledocument/6c94105f-d4bf-48a9-bb7b-e3cac411efc7/de/Speech_Ulbricht_1965_3.pdf (letzter Zugriff am 2. 4. 2020).

[22] Appell der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages an alle europäischen Länder. Entwurf, [17. 3. 1969], http://www.php.isn.ethz.ch/kms2.isn.ethz.ch/serviceengine/Files/PHP/18024/ipublicationdocument_singledocument/1ac7db64-0d2c-4982-87f0-099589fedebe/de/Draft_Appeal_1969_7.pdf (letzter Zugriff am 2. 4. 2020).

[23] Zitiert nach Marc Trachtenberg: A Constructed Peace. The Making of the European Settlement 1945–1963. Princeton 1989, S. 341; Zitat aus den jährlichen Veröffentlichungen Kennedys, hier zum 25. 11. 1961, vgl. ebd., S. 380.

[24] Memorandum of Conversation [zwischen Lyndon B. Johnson und Ludwig Erhard], 20. 12. 1916. In: FRUS 1964–1968. Bd. 13, Nr. 119, https://history.state.gov/historicaldocuments/frus1964-68v13/d119 (letzter Zugriff am 2. 4. 2020) zitiert auch bei Shane J. Maddock: Nuclear Apartheid. Chapel Hill 2010, S. 259.

Deutschen bei nuklearer Bewaffnung. Sie führte zu mehreren Dilemmata: Die Amerikaner unterstützten und entlasteten die Briten in der nuklearen Verteidigung durch das im Dezember 1962 geschlossene Abkommen von Nassau entscheidend. Auch Frankreich hätten sie – trotz de Gaulle – eine ähnliche Unterstützung zukommen lassen, befürchteten aber in diesem Fall deutsche Ansprüche, denen man nicht nachkommen zu dürfen glaubte. In diesem Sinne setzte Kennedy den britischen Premierminister Harold Macmillan am 21. Dezember 1962 in Nassau in Kenntnis:[25] „We had not supported the French in this field and that had soured our relationship with General de Gaulle. The reason for this was Germany. We had paid more attention to this than the British and particularly the problem of Berlin. […] We had refused help to the French because of our concern of what might happen in Germany. If we should assist the French this would not change de Gaulle at all, but pressure in Germany would rise. If we helped the French it meant that every other country which became an atomic power would expect help from us.“[26]

Gemeint war natürlich Deutschland, die „deutsche Frage“ und Deutschlands mögliche Ambitionen, mittels nuklearer Waffen eine selbstständige Großmacht zu werden. Der britische Premierminister, Alec Douglas-Home, meinte, es reiche, wenn man drei Nuklearmächte im Westen habe: die USA, Großbritannien und Frankreich. Zudem hätten die Deutschen ihre Ambitionen nicht offen geäußert. Insgesamt beobachtete man die unterschiedlichen – mal auf mehr, mal auf weniger nukleare Ambitionen hindeutenden – Äußerungen einzelner westdeutscher Politiker aufmerksam. *Undersecretary of State* George Ball brachte die Bedenken bei dem vertraulichen anglo-amerikanischen Austausch im Dezember 1962 auf den Punkt: „Mr. Ball said we shared the apprehensions in regard to Germany's acquiring atomic power but it would be worse if Germany became an independent nuclear power. History has demonstrated that we cannot keep Germany in an inferior position forever and any attempt to do so would stir up latent forces in Germany. For this reason we supported a NATO approach. The PM said it was the same problem for him as in 1940 ‚to chuck it or to go on' […]. It was true that Germany was dangerous but not as much as before the war because the whole balance has changed and there were now two super-powers.“[27]

Die aus zwei Weltkriegen bekannte deutsche Gefahr sei immer noch nicht überwunden – das war der Grundton nicht nur der angelsächsischen politischen Einschätzung zur „deutschen Frage“, wie Kennedy Macmillan ein halbes Jahr später nochmals brieflich gestand: „I see no other course for the Germans if the MLF fails. All of our experience with them, after both wars, makes it clear that they

[25] Susanna Schrafstetter: Die dritte Atommacht. Britische Nichtverbreitungspolitik im Dienst der Statusquo-Sicherung und Deutschlandpolitik 1952–1968. München 1999.
[26] Department of State: Memorandum of Conversation [zwischen Kennedy und Macmillian], 19. 12. 1962, https://nsarchive.gwu.edu/briefing-book/nuclear-vault/2018-02-02/german-nuclear-question-nonproliferation-treaty, Dok. 12 (letzter Zugriff am 2. 4. 2020).
[27] Ebd.

will not accept a permanently and passively subordinate status in arms."[28] „After both wars" blieb eine zumeist *unspoken assumption* – ein „emotionales Regime" im Hintergrund, eine Angst. Sprach man sie gegenüber der Bundesrepublik aus, so befürchtete man, würde sie den unsicheren neuen Bündnispartner genau in die falsche Richtung, nämlich in eine größere Selbstständigkeit (oder mehr), treiben.

Einen Tag nach dem Kennedy-Brief, am 30. Mai 1963, tauschten sich der Mitarbeiter im *US-State Department* Ronald Spiers und der sowjetische Botschaftsangehörige in Washington Georgi Kornienko aus. Der sowjetische Diplomat wies Spiers' Argument zurück, die MLF sei der beste Weg, neue nationale Nuklearprogramme zu entwickeln. Ungerührt entgegnete Kornienko, das werde Westdeutschland der *nuclear disease* aussetzen: „It was inevitable that German participation in the MLF and the physical contact with nuclear weapons which would result was a further step on the road to disaster." Spiers hielt dagegen, eine MLF sei besser als ein „German national nuclear program or a combined Franco-German program". Kornienko sei „badly mistaken if he believed that the Germans would be content with the status quo indefinitely". Er argumentierte darüber hinaus, die Sowjets „could not on the one hand, object to the MLF as a step in an undesirable direction, and at the same time, reject an agreement which would forestall evolution in the direction they feared". „Kornienko acknowledged the point, but they did not reach a meeting of minds."[29] Auf den Punkt brachte diese Verknüpfung amerikanischer und sowjetischer Ängste der US-Satiriker Tom Lerner in seinem „MLF Lullaby": „Heil – hail – the Wehrmacht, I mean the Bundeswehr / Hail to our loyal ally / MLF will scare Brezhnev / I hope he is half as scared as I."[30]

Wie aber stand es mit Frankreich, der Nuklearfrage und den Deutschen?[31] Für de Gaulle war seit dem Beginn seiner Präsidentschaft 1958 klar, dass Westdeutschland keine eigenen Atomwaffen haben dürfe. Die bis dahin weit gediehenen trilateralen Verhandlungen zwischen Frankreich, der Bundesrepublik und Italien zur Herstellung von Nuklearwaffen in Nordafrika wurden 1958 abgebrochen. Jedoch hielt der General zu dieser Zeit Atomwaffen generell für keine große Gefahr[32] und suchte die „deutsche Frage" durch eine enge Bindung der Bundesrepublik an Frankreich zu lösen; der Élysée-Vertrag vom Januar 1963 blieb gegenüber diesen weiter reichenden Zielen zurück. De Gaulle, der den US-Atomschirm auch nach dem französischen Verlassen der NATO weiter als gegeben ansah und der die

[28] Kennedy an Macmillan, 29. 5. 1963, ebd., Dok. 19; in diesem „Briefing Book" des *National Security Archive* auch weitere Dokumente zur Beobachtung bundesrepublikanischer Positionen.
[29] Department of State. Memorandum, Subject: MLF, Disarmament, 30. 5. 1964, https://nsarchive2.gwu.edu//dc.html?doc=4364703-Document-20-Memcon-MLF-Disarmament-30-May-1963 (letzter Zugriff am 2. 4. 2020).
[30] Zitiert nach William Burr: The Nuclear Nonproliferation Treaty and the German Nuclear Question Part II, 1965–1969. [Einleitung], https://nsarchive.gwu.edu/briefing-book/nuclear-vault/2018-03-21/nuclear-nonproliferation-treaty-german-nuclear-question-part (letzter Zugriff am 2. 4. 2020).
[31] Maurice Vaisse: La grandeur. Politique étrangère du général de Gaulle 1958–1969. Paris 1998; Wilfried Loth: Charles de Gaulle. Stuttgart 2015, S. 223–276.
[32] DDF 1961, S. 692, S. 696; DDF 1964. Bd. 2, S. 220; zu Rusk, vgl. ebd. S. 77, S. 128.

DDR für einen nur temporären „preußischen" Staat hielt, bekräftigte seine Haltung auch gegenüber dem sowjetischen Parteisekretär Breschnew am 22. Juni 1966 – am 25. Jahrestag des deutschen Überfalls auf die Sowjetunion – in Moskau: „Les Allemands espéraient qu'un jour, de cette opposition [des deux grands puissances, Etats Unis et Union Sovietiques] surgirait la possibilité pour eux de redevenir ce qu'ils étaient autrefois". Um die deutsche Gefahr zu entschärfen, wollte Frankreich sie europäisieren, während die Sowjetunion nach dem Willen de Gaulles die deutsch-deutschen Beziehungen auf humanitärer Ebene verbessern sollte.[33] Der französische Staatspräsident lehnte somit die MLF ab. Für den Nuklearsperrvertrag, bei dem er keinen Zweifel daran ließ, dass Frankreich ihn nicht unterzeichnen werde, interessierte er sich wenig.

Als Konrad Adenauer am 20. Februar 1967 (wenige Wochen vor seinem Tod) Charles de Gaulle noch einmal bezüglich des NPT zu alarmieren suchte, reagierte dieser gelassen: Die Russen würden Europa nicht angreifen wollen und die USA würden keine sowjetische Dominanz in Europa zulassen, daher würden sich beide möglicherweise in der NPT-Frage einigen. Ein neues „Jalta" müsse durch Einigkeit der (West-)Europäer verhindert werden.[34]

Auch unter der Kennedy nachfolgenden Regierung Johnson und nach dem Scheitern der MLF änderte sich bei den Verhandlungen zum Atomwaffensperrvertrag an diesem emotionalen Eiertanz nichts Grundsätzliches. In Paris gab es keine Angst vor dem NPT, aber Furcht vor dem östlichen Nachbarn. Nach der Unterzeichnung des Vertrags teilte de Gaulle bei einem Besuch in Ankara im November 1968 seinem türkischen Kollegen Sunay seine entsprechenden Sorgen mit: Deutschland akzeptiere seine Teilung nicht und man könne es gemäß dem Selbstbestimmungsrecht auch nicht daran hindern. „Mais il faut des garanties. Une grande Allemagne constituerait un grave danger." Die Sowjetunion sei zum Teil mit China beschäftigt und Deutschland dürfe nur in den Grenzen von 1947 wiederhergestellt werden. „Elle ne doit pas disposer d'armes atomiques. Ce serait un danger pour la paix".[35]

Nach dem absehbaren Scheitern der MLF war sich George Ball sicher, ein künftiger Nichtverbreitungsvertrag sei ohne Deutschland nichts wert.[36] Aber es waren weitere Faktoren hinzugekommen: Die erste chinesische Atombombe 1964 war das eine. Bei allen Gegensätzen zwischen dem Reich der Mitte und der Sowjetunion, die mittlerweile auch im Westen offensichtlich waren, konnte man diesen Staat nicht mehr am nuklearen Zugang hindern. Das wiederum rief Indien auf die Bühne der Atommächte und in Europa glaubte man, auch in Italien die wissenschaftlichen Kenntnisse und die politische Geltungsabsicht in Sachen Atomrüstung berücksichtigen zu müssen. Gerade in dieser Situation drängte Ball seinen Präsidenten Johnson mit Szenarien von Gefahren der 1930er-Jahre „to prevent

[33] DDF 1966, Nr. 54, S. 134.
[34] DDF 1967, Nr. 81, S. 256–261, hier: S. 260.
[35] DDF 1968. Bd. 1, Nr. 350, S. 751.
[36] Shanne Maddox: Nuclear Apartheid. The Quest for American Atomic Supremacy from World War II to the Present. Chapel Hill 2010, S. 256.

Germany from becoming once more the prey of its own Teutonic fantasies“: Man müsse aufpassen, dass die Deutschen keine eigene Bombe entwickelten. Sie könnten sich vom Westen zurückgesetzt fühlen, eine eigene neue Ostpolitik in Anlehnung an Rapallo oder den Hitler-Stalin-Pakt versuchen und damit die ganze Sicherheitsarchitektur der vergangenen Jahrzehnte zum Einsturz bringen.[37] Das waren fürwahr Ängste, Alpträume sogar, die aber nicht von der US-Regierung insgesamt geteilt wurden.

Angesichts der fortschreitenden NPT-Verhandlungen psychologisierte Ball später erneut, die Deutschen quälten sich immer mit Selbstmitleid. Diese Neurosen seien „catastrophic for all of us […]. Neurotic disaffected Germany could be like a loose ship's cannon in a high sea.“[38] Aus solchen Aussagen sprach die Angst vor atomarem Ehrgeiz und einem Alleingang der Deutschen. Der US-Botschafter in Bonn, Howard McGhee, berichtete dem *State Department*, die (West-)Deutschen hätten kaum Hoffnung auf ein eigenes nukleares Arsenal. Jeder Ansatz dieses zu produzieren, würde zum Rückzug der USA aus Europa führen und dieser zur Distanzierung der anderen Staaten von Deutschland, woraus sich wiederum ein „preemptive strike“ der Sowjetunion ergeben könne.[39] Auch Präsident Johnson ließ sich von solchen Befürchtungen anstecken. Nach einem Brainstorming in Camp David gab er als Richtlinie für die NPT-Verhandlungen aus, es könne kein Transfer nuklearer Waffen stattfinden: „The Statutes forbid it. American public opionion forbids it.“ Man könne sich vielleicht in Zukunft eine transatlantische Lösung vorstellen, aber, so Johnson weiter, wichtig für die Gegenwart sei: „It may be necessary to keep the Germans locked in for many reasons.“[40] Genauso suchte Dean Rusk seinen sowjetischen Kollegen Gromyko zu beruhigen: US-Atomwaffen würden nie von einem deutschen Soldaten auf Befehl einer deutschen Regierung abgefeuert werden. Doch dürfe man dies angesichts von möglichen Presse-Leaks nicht offiziell sagen, denn dann würde man den deutschen Nationalismus anfeuern.[41]

US-Außenminister Dean Rusk und der polnische Vizeaußenminister Jozef Winiewicz wiederum diskutierten die Angst vor einem künftigen neuen Hitler. Während der Amerikaner dies durch die Einbindungen Bonns in die westliche Sicherheitsarchitektur zu verhindern angab, bestand der Pole auf Denuklearisierung in Mitteleuropa und auf der Einrichtung einer „militärisch verdünnten Zone“[42] (wie sie seit dem Rapacki-Plan der 1950er-Jahre von Warschau vertreten wurde).

[37] Ebd., S. 256. Vgl. zudem „The Danger from a Psychotic Germany“, 27. 10. 1965, https://nsarchive2.gwu.edu//dc.html?doc=4415103-Document-08-The-Danger-from-a-Psychotic-Germany (letzter Zugriff am 2. 4. 2020).

[38] Maddox: Apartheid (wie Anm. 36), S. 267.

[39] Ebd., S. 267.

[40] US-Präsident Johnson im Oktober 1966, zitiert nach ebd., S. 268.

[41] Ebd., S. 268; FRUS 1964–1968. Bd. 11: Arms Control and Disarmament. Washington 2001, S. 388–391.

[42] Department of State, Memorandum of Conversation [zwischen Rusk und Winiewicz], 23. 10. 1965, https://nsarchive2.gwu.edu//dc.html?doc=4415102-Document-07-Memorandum-of-Conversation-Security_ (letzter Zugriff am 2. 4. 2020).

Bundesdeutsche Reaktionen: „Versailles“, „Morgenthau-Plan“

Von Armin Mohlers Streben 1965, Angst am rechten Rand zu mobilisieren, wurde berichtet. Es war nicht ganz aus der Luft gegriffen, wenn in Bonn angesichts der Fahrt aufnehmenden NPT-Verhandlungen Alarm geschlagen wurde. Tatsächlich hatten sich Unterhändler der USA und der Sowjetunion – unter Einschaltung von Präsident Johnson und Außenminister Gromyko – Ende 1966 in Genf inoffiziell auf einen gemeinsamen Entwurf für ein Abkommen geeinigt.[43] Das war an sich schon ein bemerkenswertes Ereignis der Vertrauensbildung. Mit dem Vertragsentwurf war die Frage nach einer NATO-Atomstreitmacht vom Tisch, vage Ideen von einer künftigen europäischen Nuklearmacht blieben fortan rhetorische Floskeln einer *reservatio mentalis*.

Die Reaktionen in Westdeutschland waren beachtlich: In Teilen der bundesdeutschen Öffentlichkeit brach ein Sturm der Entrüstung aus. Es herrschte Angst vor deutscher Diskriminierung, geäußert in Worten, die einen Niedergang – ja gar den Untergang – Deutschlands beschworen.

Es begann intern mit der Kabinettssitzung vom 11. Januar 1967, in der Franz Josef Strauß die „Gefahr eines Super-Jalta“ diagnostizierte. Das war zunächst Teil einer anfangs noch ruhigen Diskussion über deutsche Verbesserungswünsche am NPT-Entwurf.[44] Die Debatte setzte sich am 1. und 2. Februar im Bundestag sowie in dessen Ausschuss für Auswärtige Politik fort. Die öffentliche Eskalation begann am 11. Februar mit einem Artikel in der „Welt“, in dem ein – auffällig mit drei Sternchen anonymisierter – Autor unter dem Titel „Sperrvertrag unvereinbar mit NATO-Pakt“ behauptete, dass die Bündnispartner keine solche, dem NATO-Vertrag zuwiderlaufende Verpflichtung eingehen dürften. Nach dem NPT-Entwurf sitze der „präsumptive Gegner der atlantischen Schutzgemeinschaft, die Sowjetunion, quasi am NATO-Ratstisch“ und könne auf einem „unendlich weiten Gebiet, von den Trägerwaffen bis zum unübersehbaren Komplex von Forschung und Industrie“, mittels der zu vereinbarenden Kontrollen einwirken.[45] Hinter den hier verwendeten Begriffen wie „Gefahr“ und „Sorge“ lässt sich Angst ausmachen. Bemerkenswert ist, dass etwa im zitierten „Welt“-Artikel nicht über die Atomwaffen selbst, sondern über die Trägerwaffen gesprochen wurde, und die angeblichen wirtschaftlichen Folgen ganz in den Vordergrund der Argumentation traten.

[43] Beate Koch: Der Vertrag über die Nichtverbreitung von Kernwaffen und das Problem der Sicherheitsgarantien. Köln 1970, S. 109–144; Christoph Hoppe: Zwischen Teilhabe und Mitsprache. Die Nuklearfrage in der Allianzpolitik Deutschlands 1959–1966. Baden-Baden 1993, bes. S. 358–361; Matthias Küntzel: Bonn und die Bombe. Deutsche Atomwaffenpolitik von Adenauer bis Brandt. Frankfurt a. M. 1992. Zu den amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen vgl. FRUS 1964–1968. Bd. 11 (wie Anm. 41), online mit den Ergänzungen unter https://nsarchive.gwu.edu/briefing-book/nuclear-vault/2018-03-21/nuclear-nonproliferation-treaty-german-nuclear-question-part (letzter Zugriff am 2. 4. 2020), Dok. 9–13.

[44] Die Kabinettsprotokolle der Bundesregierung 1967, 61. Sitzung vom 11. 1. 1967, https://www.bundesarchiv.de/cocoon/barch/0000/k/k1967k/kap1_2/kap2_1/index.html (letzter Zugriff am 2. 4. 2020).

[45] Sperrvertrag unvereinbar mit NATO-Pakt. In: Die Welt, 11. 2. 1967.

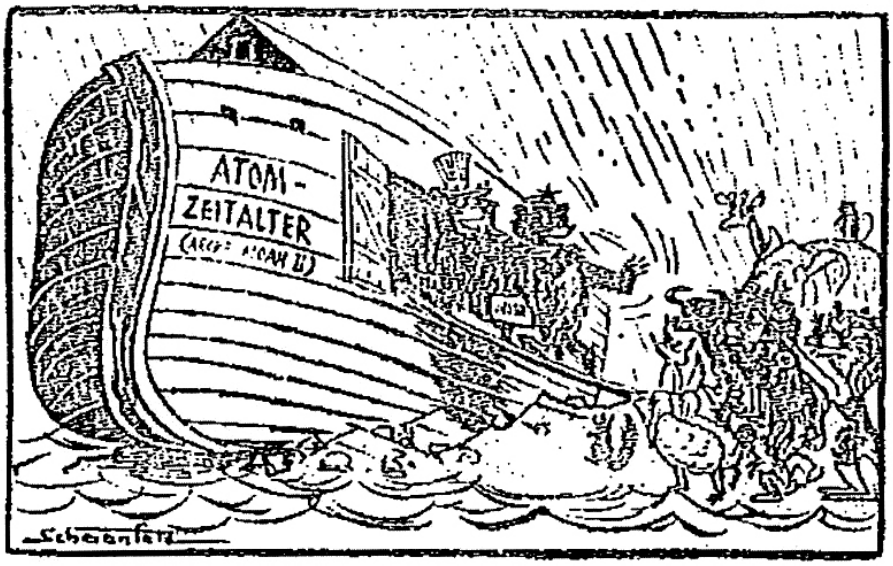

Abb. 1: Karikatur „Besetzt!" von Karl-Heinz Schoenfeld aus der „Bild" vom 13. Februar 1967[46]

Nationale Atomwaffen thematisierte man in der Bundesrepublik absichtlich nicht. Gleichsam in einer Übersprungshandlung titelte die „Bild"-Zeitung am 13. Februar: „Wir wollen kein Volk von Bettlern werden!". Sie zitierte Fritz Berg, den BDI-Präsidenten, mit den Worten: „Uns Deutschen droht der Ausschluß aus der gesamten Forschung. Wir werden auf das Niveau eines Entwicklungslandes zurückgeworfen."[47] Eine Karikatur zeigte eine Sintflut mit einer Arche Noah namens „Atomzeitalter", an deren Eingang *Uncle Sam* und ein russischer Bär standen und allen anderen herbeiströmenden Tieren „Besetzt!" signalisierten (Abb. 1).[48] Zwar beruhigte Bundeskanzler Kiesinger laut „Welt" vom 20. Februar den Wirtschaftsboss,[49] jedoch legte dasselbe Blatt zwei Tage später nach. Der sowjetische Delegationschef in Genf Roschtschin habe der Zeitung erklärt: „Wir werden Mittel und Wege finden, die deutsche Opposition zu brechen."[50] Vor einer solchen Drohung konnte man schon Angst bekommen. Auch der britische Chefdelegierte Lord Chalfont klang nach dieser Zeitungsmeldung ähnlich.

[46] Karl-Heinz Schoenfeld: „Besetzt!". In: Bild, 13. 2. 1967.
[47] Wir wollen kein Volk von Bettlern werden!. In: Bild, 13. 2. 1967.
[48] Schoenfeld: „Besetzt!" (wie Anm. 46).
[49] Von unseren Korrespondenten: Die Wirtschaft warnt vor den Folgen des Atomsperrvertrages. Kiesinger beruhigt Berg – Wehner gegen „monotones Klagen". In: Die Welt, 20. 2. 1967.
[50] Nachrichtendienst der Welt: Sperrfeuer um Atomvertrag. Die Fronten vertiefen sich – Sowjets in Genf: Wir brechen den deutschen Widerstand. In: Die Welt, 22. 2. 1967.

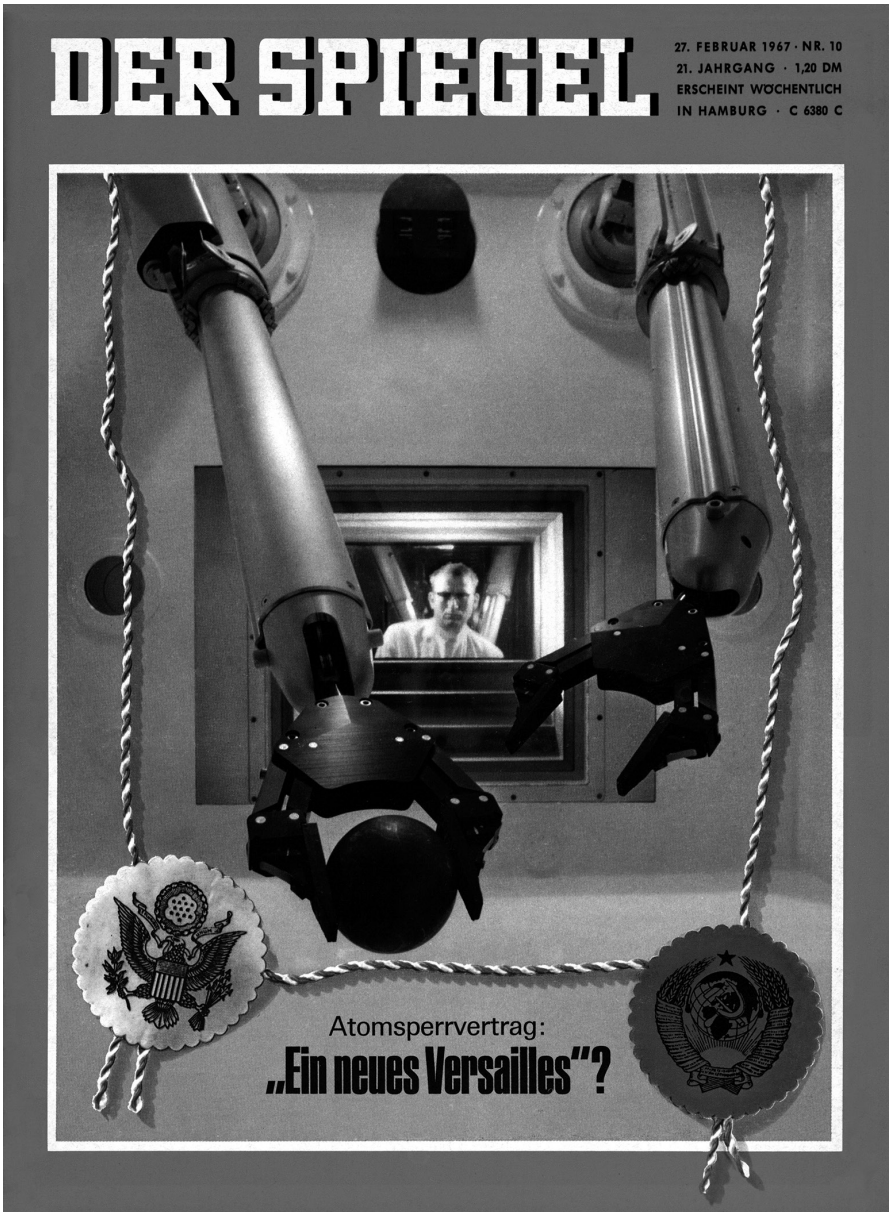

Abb. 2: Dem „Atomsperrvertrag" widmete „Der Spiegel" Ende Februar 1967 einen Titel[51]

[51] Copyright: Der Spiegel 10/1967.

Es blieb jedoch nicht bei den Springer-Zeitungen. Auch der „Stern“[52] und vor allem „Der Spiegel“[53] zogen nach. Letzterer hob den „Atomsperrvertrag“ am 27. Februar 1967 auf den Titel (Abb. 2), faksimilierte sieben einschlägige Zeitungsschlagzeilen und zitierte fast ein Dutzend kritische Stimmen.[54] Franz Josef Strauß hatte demnach auf einem Empfang für den britischen Premierminister Harold Wilson gesagt: „Das ist ein neues Versailles und zwar eines von kosmischen Ausmaßen.“[55] Genau dieser Diktion folgte „Der Spiegel“ selbst mit einer ausführlichen Erläuterung des Versailler Vertrags. Herausgeber Rudolf Augstein distanzierte sich von der Anwendung der „Versailles“-Metapher auf die Gegenwart: „Von draußen betrachtet, manifestierte sich in der deutschen politischen Diskussion immer noch, wie seit 60 Jahren gewohnt, die mitleidheischende Unzurechnungsfähigkeit unverantwortlicher Stammtisch-Räsonneure.“[56] Und im redaktionellen Teil des Magazins erläuterte man: „Mit Wonne […] aalten sich die Deutschen in ihrem Leid, immer zu kurz zu kommen und immer verraten zu werden. Durch ein ungnädiges, unverdientes Schicksal fühlten sie sich wieder einmal stiefmütterlich behandelt.“[57] In dieser Nummer druckte „Der Spiegel“ auch eine Karikatur aus der „Welt“ (Abb. 3) nach. Auf dieser war dargestellt, wie ein in russischer Uniform gekleideter Scharfrichter an einem auf Atomraketen gestützten Fallbeil mit der Aufschrift „Überwachung“ steht und dem bundesdeutschen Michel einen Federhalter zur Unterzeichnung des Abkommens entgegenhält.[58] In einer anderen nachgedruckten Karikatur aus dem „Münchner Merkur“ wölbten sich US-Präsident Johnson und der sowjetische Außenminister Gromyko in Form einer Traumwolke über das Federbett des deutschen Michels: „Bonner Alpdrücken“.[59]

Noch mehr Gewicht hatte, was Konrad Adenauer in derselben Ausgabe des „Spiegels“, im letzten Interview seines Lebens, sagte. Der Altkanzler war gerade von einer Reise nach Madrid und Paris zurückgekehrt, wo er de Gaulle vor einer sowjetisch-amerikanischen Verständigung ohne oder gar gegen Europa gewarnt und damit seine tiefsten, nie ganz ausgeräumten Ängste mitgeteilt hatte, welche der französische Präsident jedoch nicht voll erwiderte.[60] Dem Magazin gegenüber erklärte Adenauer: „Ich finde diese ganze Sache [den Vertragsentwurf] ungeheuerlich. Das ist wirklich der Morgenthau-Plan im Quadrat. […] Wenn schon ein so

[52] Mit einem schwärmerischen Plädoyer für den „Schnellen Brüter“ vgl. Peter Stähle: Bitte nicht auf unsere Kosten. Warum Bonn den Atomsperrvertrag fürchtet. In: Stern, 27. 2. 1968.
[53] Atomsperrvertrag: „Ein neues Versailles“?. In: Der Spiegel 10/1967.
[54] Atom-Sperrvertrag. Schlag der Trommeln. In: Der Spiegel 10/1967, S. 17–30, hier: S. 17.
[55] Ebd., S. 18.
[56] Rudolf Augstein: Das Schanddiktat. In: ebd., S. 18.
[57] Atom-Sperrvertrag (wie Anm. 54), S. 21.
[58] Wilhelm Hartung: „Alles klar zur Unterschrift?!!“ aus „Der Welt“, nachgedruckt in: Der Spiegel 10/1967, S. 36.
[59] Karikatur „Bonner Alpdrücken“ aus dem „Münchner Merkur“, nachgedruckt in: Der Spiegel 5/1968, S. 21.
[60] DDF 1967, Nr. 81, hier: S. 83; vgl. Jost Dülffer: „No more Potsdam“. Konrad Adenauer's Nightmare and the Basis of his International Orientation. In: ders. (Hg.): Western Integration, German Unification and the Cold War. The Adenauer Era in Perspective. New York 2007, S. 19–42.

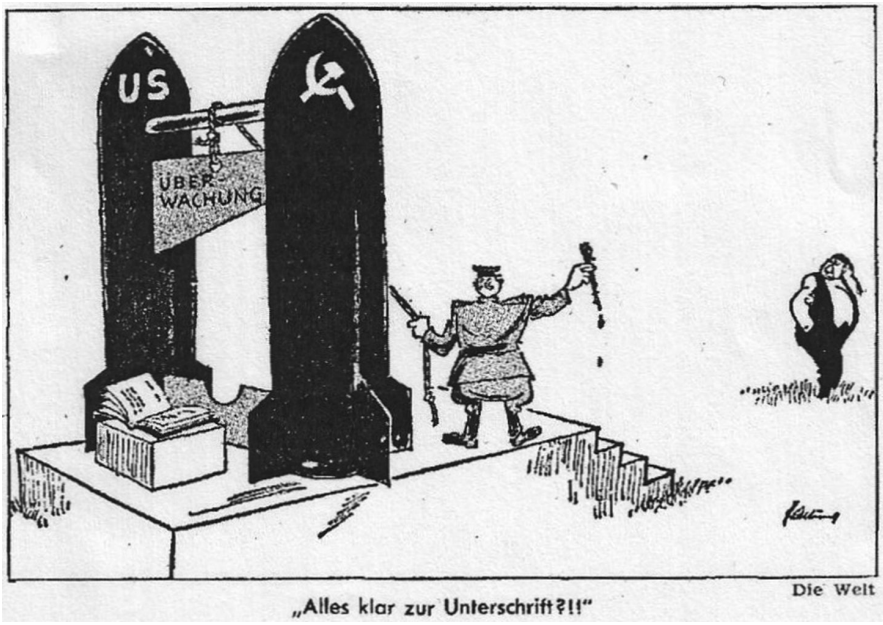

Abb. 3: Karikatur Wilhelm Hartungs für „Die Welt"[61]

unmöglicher Vertrag gemacht wird, dann sollten wir sagen, das machen wir nicht mit. Und dann sollten doch die Amerikaner und die Russen, die das ausgehandelt haben, was anderes vorschlagen." Gegen die Atomwaffennichtverbreitung hatte der Altkanzler nichts einzuwenden, aber: „Was dahintersteckt ist, daß die deutsche Wirtschaft konkurrenzunfähig gemacht werden kann. Dieser Vertrag würde eine Not bei uns zur Folge haben und eine Bewegung nach links. Und wem das nützen würde, das will ich Ihnen sagen: den Kommunisten und der SED. Das wollen die Russen, und die Amerikaner scheinen es nicht zu merken."[62]

Aus diesen Worten sprach noch einmal der „ganze Adenauer", der gleichsam ungebremst und ohne taktische Rücksichten seine tiefsten Ängste vor einem neuen „Potsdam" herausschleuderte: die Furcht vor einer Verständigung der Supermächte über die „deutsche Frage" und die vor einem Verbot von Zukunftstechnologien wie der Kernenergie.

Aber dominierten solche Ängste wirklich die bundesdeutsche Politik? Seit Bekanntwerden des sowjetisch-amerikanischen NPT-Vorschlags gab es auch andere Stimmen, die von Anfang an bedeutend waren und schließlich überwogen. Zu ihnen gehörten Außenminister Willy Brandt (SPD), Bundeskanzler Kurt Georg

[61] Hartung: „Alles klar zur Unterschrift?!!" (wie Anm. 58).
[62] Atom-Sperrvertrag (wie Anm. 54), S. 21.

Kiesinger sowie Forschungsminister Gerhard Stoltenberg (beide CDU).[63] Sie sahen ebenfalls das Problem, dass die Kontrollen von den Vertragspartnern zur Industriespionage missbraucht werden könnten. Darüber hinaus hatten sie weitere Bedenken gegen den amerikanisch-sowjetischen Vertragsentwurf und erachteten vor allem die Privilegierung der Atommächte und die Degradierung des Rests der Welt – so eben auch die der Bundesrepublik Deutschland – als Manko. Entsprechende Kritikpunkte wurden im Bundeskabinett, im Auswärtigen Ausschuss des Bundestages, in Bundestagsdebatten und in zahlreichen Interviews artikuliert.

Vor allem Brandt betonte aber zugleich, die Bundesrepublik wolle keine eigenen Atomwaffen und werde über die genannten Mängel am Vertragsentwurf verhandeln.[64] Genauso geschah es. Die Verhandlungen der folgenden Wochen verliefen aus Sicht der Bundesregierung erfolgreich. Man sprach von 25 Änderungen, welche Bonn zunächst gegenüber den USA durchsetzen konnte.[65] Insbesondere in der Kontrollfrage erreichte man eine Verzahnung von EURATOM mit der Internationalen Atomenergiebehörde. Die Bundesregierung suchte darüber hinaus mit der sowjetischen Angst vor deutschen Atomwaffen in Washington auf größere Gegenleistungen aus Moskau zu drängen.[66] Dies blieb jedoch vergebens. In der Frage der Atomwaffen versicherten die Nuklearmächte, dass sie eine Abrüstung anstrebten und vertagten die Frage auch ihrer eigenen Abrüstung damit auf den Sankt-Nimmerleins-Tag.

Die USA, Großbritannien und die Sowjetunion unterzeichneten den Nonproliferationsvertrag schließlich am 1. Juli 1968. Auf amerikanischer Seite wurde mit einer Mischung aus Bewunderung und Ärger konstatiert, die Bundesdeutschen hätten den größten Teil des Vertrags (mit)geschrieben. Der Grund lag in einer unveränderten, wenn auch publizistisch milderen Kritik aus Teilen der Union – insbesondere seitens des außenpolitisch stark interessierten Bundesfinanzministers Franz Josef Strauß. Dessen persönlicher Referent Marcel Hepp, den ihm Armin Mohler zuvor empfohlen hatte, schrieb nach der Unterzeichnung des Vertrags 1968 eine einschlägige Broschüre, die von Angstprosa geprägt

[63] Droht Deutschland die Atom-Apartheid?. [Interview mit Gerhard Stoltenberg]. In: Der Spiegel 10/1967, S. 32 (Stoltenberg machte sich die im Titel des Beitrags zum Ausdruck kommende angstvolle Unterstellung nicht zu eigen).

[64] Die Kabinettsprotokolle der Bundesregierung 1967, 61. Sitzung vom 11. 1. 1967, https://www.bundesarchiv.de/cocoon/barch/0000/k/k1967k/kap1_2/kap2_1/index.html (letzter Zugriff am 2. 4. 2020); Deutscher Bundestag. Protokolle. 5. Wahlperiode, 90. Sitzung, 1. 2. 1967, S. 4164 f.; Wolfgang Hölscher/Joachim Wintzer (Bearb.): Der Auswärtige Ausschuss des Deutschen Bundestages Sitzungsprotokolle 1965–1969. Halbbd. 1. Düsseldorf 2006, 27. Sitzung vom 2. 2. 1967, S. 360–367; gute Zusammenfassung in Archiv der Gegenwart, 1. 3. 1967, S. 1316–1318, vgl. S. 1319 f.; Die Kabinettsprotokolle der Bundesregierung 1967, 74. Sitzung vom 19. 4. 1967, https://www.bundesarchiv.de/cocoon/barch/0000/k/k1967k/kap1_2/kap2_15/index.html (letzter Zugriff am 2. 4. 2020).

[65] Dane Swango: The United States and the Role of Nuclear Co-Operation and Assistance in the Design of the Non-Proliferation Treaty. In: IHR 36 (2014) 2, S. 210–229.

[66] Department of State. Memorandum of Conversation [zwischen Rusk und zu Guttenberg], 10. 5. 1967, https://nsarchive2.gwu.edu//dc.html?doc=4415134-Document-32-Memorandum-of-Conversation-German (letzter Zugriff am 2. 4. 2020).

war.[67] „Die Angst ist ein großes politisches Leitmotiv", begann Hepp und betonte in Bezug auf die NATO: „Gemeinsame Angst schmiedet Bündnisse". In Jalta, so Hepp, hätten die beiden Supermächte die Welt geteilt und würden sich nun, bevor die Chinesen als Dritter auftauchten, die „Hegemonie über die je halbe Welt" sichern. „Symbol, Machtinstrument und Garant dieser Hemisphären-Hegemonie war das Doppelmonopol, das sich nicht auf die Atomwaffe beschränken, sondern zum Atomenergiemonopol ausweiten sollte. Dieser Machtlogik verdanken wir den Atomwaffensperrvertrag." Deutschland drohte seiner Ansicht nach ein zweites Vietnam zu werden, es habe „die Hand [der anderen] an der Gurgel". Angesichts der Rolle der USA und der Sowjetunion fühlte sich Hepp an den Vertrag von Tordesillas von 1494 erinnert, in dem der Papst anhand einer fiktiven Linie die Welt zwischen Spaniern und Portugiesen aufgeteilt hatte. Der Artikel III des unterzeichneten NPT stelle den Kontrolleuren einen „Blankoscheck" aus. Mit dessen Hilfe könnten bald „Russen in deutschen Fabriken" die neuesten Kenntnisse der Zukunftstechnologie „Atom" abgreifen.

Schluss: Multiple und situative Ängste

Der Beitrag macht deutlich, dass in unterschiedlichen Ländern verschiedene Ängste bei der Entstehung des Atomwaffensperrvertrags von 1968 eine Rolle gespielt haben. Diese Ängste waren Teil einer politisch-kulturellen Wahrnehmung (eines „Erfahrungsraums") und suchten diese wiederum zu beeinflussen, zu bestimmen und in bestimmte Richtungen zu lenken. Folgende Punkte gilt es zusammenfassend festzuhalten:

1. Die Angst vor „dem Atom" als solchem spielte zeitgenössisch und für die Entstehung des Vertrags keine Rolle. Allerdings war, insbesondere in den USA, das Bestreben, die Zahl der Nuklearmächte möglichst klein zu halten, relevant. Das war nur bedingt erfolgreich, da nur die Sowjetunion, die USA sowie Großbritannien das Abkommen schlossen, andere Nuklearmächte wie Frankreich und – ab 1964 – China am Vertrag aber nicht beteiligt waren. Insofern scheint John Mueller's Urteil von 2010 in seiner brillanten Polemik über „Atomic Obsession", „With decades of cascadological propephecy and effectively, apocalyptical cheerleading for would-be proliferators, one might be set to wondering why more countries haven't taken the nuclear plunge", der damit unter anderem die US-Ausgangsbasis des „Gilpatric-Reports" (einer innerwestlichen Nichtweitergabevereinbarung von 1965) infrage stellte, unzutreffend zu sein.[68] Vielmehr war die Sorge vor *n-states*, also einer unkontrollierten Zahl an Atommächten, der Basso continuo.

[67] Marcel Hepp: Der Atomsperrvertrag. Die Supermächte verteilen die Welt. Stuttgart 1968, die folgenden Zitate S. 9, S. 92f., S. 107–109; Weiß: Revolte (wie Anm. 15), S. 53f.
[68] John Mueller: Atomic Obsession. Nuclear Alarmism from Hiroshima to al-Qaeda. Oxford 2010, S. 103; vgl. ebd., S. 99.

2. Die Sowjetunion sicherte ihren Blockzusammenhalt unter anderem durch die Angst vor der deutschen Gefahr – vor einem westdeutschen Revisionismus beziehungsweise potenziellen Faschismus. Sie gehörte zu den entschiedensten Gegnern jeglicher bundesrepublikanischen Teilhabe an nuklearen Waffen. Es wäre jedoch zu einfach, in den hier mobilisierten Ängsten, die gewiss für jeden Staat im sowjetischen Machtbereich differenziert zu betrachten wären, lediglich ein Propagandainstrument zu sehen. Weniger als zwei Jahrzehnte nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs und angesichts der deutschen Remilitarisierung seit den 1950er-Jahren hatten diese Ängste ihr Fundament im Denken der politischen Klasse. In Bezug auf den Ostblock wird man von einem „Gefühlsregime" der Angst sprechen können, das darüber hinaus mit noch ganz anderen Zwangsmitteln staatlicher und überstaatlicher Gewalt zusammengehalten wurde.
3. Die Angst vor Deutschland galt im Kern auch für die Westmächte, die von Kriegsgegnern zu Schutzpatronen und Bündnispartnern des westdeutschen Staates geworden waren. Neben der gemeinsamen Angst vor einer unkontrollierten allgemeinen Verbreitung von Atomwaffen stand die Angst vor einem entfesselten Deutschland. Die Einbindung der Bundesrepublik sollte eine Entwicklung, wie man sie in jüngster Vergangenheit erlebt hatte, verhindern. Die Angst vor Deutschland und der Imperativ, dass Deutschland auf keinen Fall Atomwaffen haben dürfe, wurden nur selten verbalisiert, kamen aber in Strukturanalysen von Stäben sowie vor allem in vertraulichen Gesprächen von Staats- und Regierungschefs zum Ausdruck. Unterschiedlich waren die Vorstellungen von zu beschreitenden Wegen dorthin: Während Großbritannien und die USA unter Präsident Johnson gerade durch den NPT-Vertrag das Ziel zu erreichen suchten, sah man in Frankreich unter de Gaulle die „deutsche Gefahr" zwar ähnlich, wollte sich selbst jedoch nicht binden und bot stattdessen nur an, den östlichen Nachbarn auf europäischer Ebene unter den eigenen Nuklearschirm zu nehmen.
4. Der bundesdeutsche Fall ist komplexer, aber auch partikulärer. Der Ansatz des politischen Establishments aller drei Bundestagsparteien und der entsprechenden Regierungen zielte auf eine unselbstständige Teilhabe der Bundesrepublik an der atomaren Abschreckung bei Beibehaltung des offiziellen Nuklearverzichts von 1954. Diese schien durch den sowjetisch-amerikanischen NPT-Entwurf von Ende 1966 gefährdet. Es war jedoch nicht die Frage eigener Atomrüstung, welche Anfang 1967 für wenige Monate Ängste evozierte, sondern die mit dem Vertrag verbundene Gefahr für die zivile Nuklearindustrie, die damals als Zukunftstechnologie galt und auf die sich große Hoffnungen richteten.

   Eine relativ klar abgrenzbare Kerngruppe der bundesdeutschen Politik befürchtete eine unerträgliche Knebelung Deutschlands. Sie artikulierte ihre Angst mit alarmistischen Schlagworten wie „Potsdam", „Jalta" oder „Morgenthau-Plan". Entsprechende Stimmen stammten von Strauß, den Springer-Blättern und den Industrieverbänden. Das alarmistische Bündnis reichte mit

dem greisen Adenauer aber auch in die CDU hinein. Mit seinen Ängsten mischte es den Blätterwald mächtig auf. Demgegenüber stand jedoch fast die gesamte Regierung der Großen Koalition, allen voran Kanzler Kiesinger (CDU) und Außenminister Brandt (SPD). Sie lehnte den Vertragsentwurf nicht kategorisch ab, sah aber Nachbesserungsbedarf an der Vorlage der Großmächte. In Verhandlungen gelang es ihr schließlich, bundesdeutsche Interessen durchzusetzen. Die Mobilisierung von „Atomängsten" war in diesem Fall also ein Teil der innenpolitischen Auseinandersetzungen in einer neuen Konstellation und übte nur relativ kurzfristig politische Wirkung aus.

5. Wie gezeigt wurde, macht eine allgemeine Angstgeschichte des Ost-West-Konflikts zwar Sinn, sie sollte aber – um kurzschlüssige Urteile zu vermeiden – nicht nur auf der Ebene der *longue durée* konstatiert, sondern auch situativ und damit regional, zeitlich und nach politischen Motivationen differenzierend geschrieben werden. Erst durch die Zusammenfügung dieser Perspektiven entsteht ein hinreichend historisch angemessenes Bild.

Abstract

Pursuing the example of the Nuclear Non-Proliferation Treaty of 1968, this chapter develops the notion of multiple anxieties which played a role in different countries with different meanings and at different points in time. The most significant fears were those of a nuclear war, the threat of communist or capitalist takeover, the fear of a new aggressive Germany, and the idea that the peaceful development of economic competition could be severely hampered. The chapter discusses this for the United States, Great Britain, France, and the Federal Republic of Germany, as well as for the Soviet Union and its allies. In conclusion, the paper pleads for the situative interpretation of emotions during the era of the East-West conflict and warns of an overly broad interpretation of emotions for entire states over longer periods of time.

Krzysztof Ruchniewicz/Pierre-Frédéric Weber

Die Angst vor Deutschland in Polens „Wiedergewonnenen Gebieten“ nach 1945

Die Angst vor Deutschland war nach der traumatischen Erfahrung des Zweiten Weltkriegs in den Bevölkerungen vieler Länder Europas anzutreffen. Sie bildete nicht nur eine unmittelbare Reaktion auf die von den Deutschen ausgegangene Aggression, sondern war auch eine länger währende Gefühlslage, die wohl der von Wolfgang Sofsky definierten „Ängstlichkeit“[1] entsprach. Diese Angst fand als gesellschaftliche Norm einen dauerhaften Platz in der kollektiven Gefühlswelt vieler europäischer Länder: Sie prägte Verhaltensweisen und schuf stabile Reaktionsmuster, sowohl bei den politischen Entscheidungsträgern als auch in der Öffentlichkeit – wenngleich auf unterschiedliche Weisen, die hier auch zu beleuchten sind. Bei allem Bewusstsein um die methodische Schwierigkeit, Emotionen auf Gruppenebene historisch nachzuzeichnen, kann man immerhin als definitorischen Mindeststandard annehmen, dass Angst als – defensive oder offensive, verbale oder nonverbale – Reaktion auf eine perzipierte – reale oder imaginierte, präzise oder diffuse – Gefahr auftritt.[2] In Bezug auf den Grad der Angst vor Deutsch-

[1] Vgl. Wolfgang Sofsky: Das Prinzip Sicherheit. Frankfurt a. M. 2005, S. 32: „Ängstlichkeit ist ein Zustand, welcher die gesamte Person durchdringt. Sie bestimmt ihre Empfindungen, färbt ihre Wahrnehmungen ein, hemmt ihre Handlungen, legt sich wie ein Alpdruck auf das Leben. Auch wenn der Anlass längst vergessen ist, hält sie den Menschen in erregter Wachsamkeit. Überall könnte eine Gefahr lauern. Nichts ist sicher. Am Ende verfestigt sie sich zu einer persönlichen Haltung; Verzagtheit und Schreckhaftigkeit werden zum Charakter. Da Ängstlichkeit der Vorstellungskraft entspringt, sind den Bedrohungen keine Grenzen gesetzt.“

[2] Die Wahl des Wortes „Gefahr“ ist hier ein begrifflicher Kompromiss. In Anlehnung an Luhmann sollte jedoch hinzugefügt werden, dass die polnischen Entscheidungsträger dem von Deutschland ausgehenden Bedrohungspotenzial nicht restlos ausgeliefert waren und dieses auch als „Risiko“ in ihrer Deutschland- und Europapolitik bewusst und aktiv in Kauf nahmen. Die konsequente Instrumentalisierung der Angst vor Deutschland durch das polnische Regime blieb nicht ohne Rückwirkungen auf die Bundesrepublik (und mitunter auch auf die DDR). Die polnische Führung war natürlich auch Teil der polnischen Gesellschaft, doch in ihrem Fall sollte man beachten, dass sie sowohl von Ängsten getrieben war, als auch eine Politik der Angst beziehungsweise des Angstmachens betrieb. Vgl. Niklas Luhmann: Soziologie des Risikos. Berlin/New York 2003, S. 117: „Risiken werden auf Entscheidungen zugerechnet, Gefahren werden extern zugerechnet.“ Allerdings fügt derselbe Autor auch gleich hinzu: „Das wäre soziologisch gesehen ziemlich unproblematisch, wenn diese Sachverhalte sich säuberlich trennen ließen. Die Analyse von Entscheidungen und Betroffenheit widerlegt diese Annahme. Sie zeigt, dass die Risiken, auf die ein Entscheider sich einlässt und einlassen muss, zur Gefahr für die Betroffenen werden. […] Der Betroffene findet sich in einer völlig anderen Situation, […] durch Entscheidungen gefährdet, die er nicht selber tätigen oder kontrollieren kann.“

https://doi.org/10.1515/9783110680522-010

land spielten Faktoren wie Nachbarschaft, Asymmetrie und historische Erfahrung mit Deutschland eine ausschlaggebende Rolle.[3]

Der vorliegende Beitrag stellt den Versuch dar, die polnischen Ängste vor Deutschland nach 1945 zu untersuchen. Im Mittelpunkt stehen hierbei die als „Wiedergewonnene Gebiete" beziehungsweise „ehemals deutsche Ostgebiete" bezeichneten Territorien, die 1945 an Polen fielen.

Territoriale Integration nach 1945 als Herausforderung für Polen

Die Festlegung der Außengrenzen des mit der Unterzeichnung der bedingungslosen Kapitulation am 8. Mai 1945 besiegten Deutschlands lag im Kompetenzbereich der Siegermächte. Eine Veränderung der deutschen Ostgrenze hatten die „Großen Drei" bereits in den Beschlüssen von Jalta angekündigt, ohne jedoch den polnischen Territorialgewinn genau zu definieren. Noch im Juni 1945 wurde in den Dokumenten über die Besetzung Deutschlands die Wendung „Deutschland in den Grenzen vom 31. 12. 1937" gebraucht. Diese Sprachregelung sollte zum Ausdruck bringen, dass der Anschluss von Österreich sowie von Teilen der Tschechoslowakei an das Deutsche Reich in den Jahren 1938/1939 für rechtswidrig erachtet wurde. Nach der Gründung der Bundesrepublik im Jahre 1949 verkündete die Bundesregierung, dass diese Formel auch den Willen zur territorialen Integrität Deutschlands nach 1945 wiedergeben würde. Sie wurde von Bonn als ein Argument für die Ablehnung der neuen deutsch-polnischen Grenze angeführt.

Die „territorialen Erwerbungen" Polens waren im Potsdamer Abkommen vom 2. August 1945 festgelegt worden, mit dem Josef Stalin eine für Warschau äußerst vorteilhafte Lösung durchgesetzt hatte:[4] Alle Gebiete östlich der Flüsse Oder und Lausitzer Neiße sowie die ehemalige Freie Stadt Danzig und der südliche Teil Ostpreußens sollten „unter die Verwaltung des polnischen Staates kommen und nicht als Teil der sowjetischen Besatzungszone in Deutschland betrachtet werden". Die genannten Gebiete wurden aufgrund sowjetisch-polnischer Vereinbarungen von dort errichteten polnischen Behörden verwaltet.

Zwar bekräftigten die Alliierten „ihre Auffassung, dass die endgültige Festlegung der Westgrenze Polens bis zur Friedenskonferenz zurückgestellt werden" solle, gleichzeitig erkannten sie in Potsdam jedoch an, dass „die Umsiedlung deutscher Bevölkerung oder von Bestandteilen derselben aus Polen, der Tschechoslowakei und Ungarn, nach Deutschland durchgeführt werden" müsse. Dieser Beschluss macht deutlich, dass die genannten Gebiete nach Ansicht der Siegermäch-

[3] Vgl. Pierre-Frédéric Weber: Timor Teutonorum. Angst vor Deutschland seit 1945. Eine europäische Emotion im Wandel. Paderborn 2015, S. 161–168.

[4] Vgl. Zachodnia granica Polski na konferencji poczdamskiej. Zbiór dokumentów. Bearb. von Gwidon Rysiak. Opole 1970; Artur Hajnicz/Eligiusz Lasota: Jałta, Poczdam. Proces podejmowania decyzji. Warschau 1996.

te dauerhaft unter der Kontrolle Warschaus stehen sollten. Die Formulierung „unter Verwaltung des polnischen Staates“ gab gleichwohl Anlass für künftigen Streit um die internationale Anerkennung der deutsch-polnischen Grenze.

Der Zerfall der Kriegskoalition und der sich verschärfende Konflikt zwischen der UdSSR und ihren ehemaligen westlichen Alliierten führten letztlich zu einer dauerhaften Teilung des Besatzungsgebiets in zwei deutsche Staaten und zu deren Anbindung an zwei entgegengesetzte politisch-militärische Blöcke. Der Koalitionsbruch hatte auch zur Folge, dass die Frage der deutschen Grenzen, die in einem Friedensvertrag endgültig bestimmt werden sollten, aufgrund des Ausbleibens desselben im Sinne einer durch die internationale Meinung allgemein anerkannten Form ungeregelt blieb. Die Grenzfrage wurde zum Gegenstand internationaler Kontroversen und zu einem Faktor, der Nachkriegspolen von der UdSSR abhängig machte. Die Unterstützung Polens durch die Sowjetunion war nämlich der Garant für die neue territoriale Gestalt des Landes. Angesichts des Verlusts seiner ehemaligen Ostgebiete – das heißt: fast der Hälfte seines Vorkriegsterritoriums – zugunsten der Sowjetrepubliken Litauen, Weißrussland und Ukraine war der Erhalt der westlichen und nördlichen Gebiete von grundsätzlicher Bedeutung für das Funktionieren Nachkriegspolens als lebensfähige gesellschaftliche und staatliche Einheit.

Der polnische Zeithistoriker Włodzimierz Borodziej hat das Ausmaß der Veränderungen einmal mit folgendem Vergleich veranschaulicht: „Ein 1945 keineswegs abstraktes Gedankenspiel mag weiterhelfen: Es genügt sich vorzustellen, Stalin hätte beschlossen, die Slowakei zur 17. Sowjetrepublik zu machen. Tschechen hätte irgendwie entschädigt werden müssen, logischerweise mit fränkischen bzw. bayerischen Gebieten. Bamberg, Nürnberg oder Regensburg wären heute tschechisch – genauso selbstverständlich, wie Stettin und Breslau polnisch sind.“[5]

Die Übernahme der ehemaligen deutschen Ostgebiete durch Polen und die Aussiedlung der dortigen deutschen Bevölkerung, die in Deutschland als widerrechtlich oder willkürlich wahrgenommen wurde, schufen ein Konfliktpotenzial, das die deutsch-polnischen Beziehungen über Jahrzehnte hinweg schwer belastete.[6] In den Augen der Polen handelte es sich um eine Tat der historischen Gerechtigkeit, um eine Form der Kompensation für die enormen materiellen und menschlichen Verluste, die das Land während der Besatzung durch das Deutsche Reich erlitten hatte. Die Inbesitznahme der ehemals deutschen Gebiete wurde hierbei nicht nur von den Kommunisten, sondern – was besonders bemerkenswert scheint – auch von der politischen Opposition und von der katholischen Kirche, die eine große Rolle im gesellschaftlichen Leben im Polen der Nachkriegszeit spielte, unterstützt.

[5] Zitiert nach Włodzimierz Borodziej: Die enthauptete Nation. In: Damals (2015) 4, S. 37.
[6] Vgl. ferner Hans Georg Lehmann: Der Oder-Neiße-Konflikt. München 1979.

Die Oder-Neiße-Linie: Polens Angst um die Westgrenze

Die Bemühungen um eine internationale Anerkennung der Oder-Neiße-Linie als Polens Westgrenze bildeten eine wesentliche Aufgabe der polnischen Außenpolitik in der Nachkriegszeit. Die Zugehörigkeit zum kommunistischen Lager bewirkte, dass es die sozialistischen Staaten waren, die als erste die polnischen „territorialen Erwerbungen" anerkannten. Auch die 1949 gegründete DDR akzeptierte mit dem Görlitzer Abkommen vom 6. Juli 1950 die Oder-Neiße-Linie als deutsch-polnische Grenze. Die Unterzeichnung dieses Vertrags ging jedoch nicht ohne Druck Moskaus auf die DDR vonstatten. Trotz der offiziell bekundeten Zustimmung zum Görlitzer Abkommen war sowohl die Regierung der DDR als auch die SED und die gesamte Gesellschaft lange Zeit nicht bereit, die polnisch-deutsche Grenze an Oder und Neiße zu akzeptieren. Zwar hatte man der Regelung aus taktischen Gründen zugestimmt, wollte jedoch angesichts der fehlenden Anerkennung der Westmächte und der Bundesrepublik zu diesem Grenzverlauf noch einen Trumpf im Ärmel behalten, dessen man sich unter günstigen Bedingungen bedienen konnte, wie die Ereignisse in den Jahren 1956/1957 und 1969/1970 zeigen.[7] Der Verlust ihres Grund und Bodens östlich von Oder und Neiße, den das Görlitzer Abkommen bestätigte, rief bei Millionen DDR-Bürgern Widerspruch und Unzufriedenheit hervor. Jahre später brachte Peter Florin, ein hoher Beamter im Außenministerium der DDR und einer der Väter des Vertrags, dies folgendermaßen auf den Punkt: „Nicht alle DDR-Bürger begrüßten das Görlitzer Abkommen mit Freude. Doch die in der DDR herrschenden politischen Kräfte trafen die Entscheidung, dieses Abkommen zu unterzeichnen. Seine Unterzeichnung zu diesem Zeitpunkt erforderte Mut."[8] In der Folgezeit wurde die öffentliche Bekundung von Unzufriedenheit über das Görlitzer Abkommens bestraft, wobei Ausnahmen existierten, insbesondere in Krisensituationen in der DDR oder in den polnisch-deutschen Beziehungen. Beispielsweise verlangten während des Volksaufstands am 17. Juni 1953 Demonstranten in Görlitz eine Revision der Oder-Neiße-Grenze. Ähnliche Losungen tauchten auch in anderen Städten auf.

Im Zusammenhang mit den Feierlichkeiten zur Unterzeichnung des Abkommens wurde erstmals seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs den aus Zgorzelec – dem nun zu Polen gehörenden, östlich der Neiße gelegenen Teil von Görlitz – ausgesiedelten Deutschen Gelegenheit gegeben, ihre alte Heimat zu besuchen. „Mein Onkel", erinnerte sich Wolfhard Besser, der 1950 zwölf Jahre alt war, später, „durfte die Straßen und Plätze sehen, wo ich geboren worden war und die ersten Jahre meiner Kindheit verbracht hatte. Alle Teilnehmer des Festaktes – vie-

[7] Vgl. ferner Beate Ihme-Tuchel: Das „nördliche Dreieck". Die Beziehungen zwischen der DDR, der Tschechoslowakei und Polen in den Jahren 1954 bis 1962. Köln 1994; Mieczysław Tomala: Deutschland – von Polen gesehen. Zu den deutsch-polnischen Beziehungen 1945–1990. Marburg 2000.

[8] Zitiert nach Krzysztof Ruchniewicz: Ideologische Gemeinschaften. In: Dialog (2001) 57, S. 48.

le Polen und Tausende ausgewählter Deutscher aus der jungen DDR, meist Einwohner von Görlitz, aber auch von anderen Städten in Sachsen und Brandenburg, durften auf die andere Seite der geteilten Stadt fahren.“[9] Als Dank für ihr zahlreiches Erscheinen erhielten die älteren deutschen Teilnehmer nach Beendigung des Festakts je zwei große Lebensmittelpakete. Trotz des Abkommens und dessen feierlicher Inszenierung war die Oder-Neiße-Grenze während der folgenden Jahre eine der bestgesicherten Grenzen, die nur wenige Personen überschreiten durften. Man kann ohne Übertreibung sagen, dass der Grenzvertrag, der die beiden lange Zeit verfeindeten Völker nun in Frieden miteinander verbinden sollte, sie stattdessen noch mehr voneinander trennte – und dies trotz einer breit angelegten Propagandaaktion. An dieser beteiligte sich auch die „Deutsch-Polnische Gesellschaft für Frieden und gute Nachbarschaft“, deren Mitglieder massenhaft am Görlitzer Festakt teilnahmen. Neben der „Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft“ war sie die einzige nationale Gesellschaft, die in der Sowjetischen Besatzungszone (sie war bereits 1948 unter dem Namen „Helmut-von-Gerlach-Gesellschaft für kulturelle, wirtschaftliche und politische Beziehungen mit dem Neuen Polen“ gegründet worden) und später in der DDR existierte.[10] Diese Sonderstellung zeigt, welches Gewicht die SED-Führung in der Frühphase der DDR auf die deutsch-polnischen Beziehungen legte. Die „Deutsch-Polnische Gesellschaft“ nutzten die DDR-Behörden auch als Ventil, engagierten sich doch in ihr unter anderem Vertriebene aus dem Osten, die zu dieser Zeit als ein ernsthaftes innenpolitisches Problem wahrgenommen wurden. Sie waren meistens von dem Wunsch getrieben, zu erfahren, wie die Situation „auf der anderen Seite“ war und wie mit den an Polen angeschlossenen Gebieten umgegangen werde. Ihre Teilnahme an den Aktivitäten der „Deutsch-Polnischen Gesellschaft“ ermöglichte es den Behörden, ihre Interessen und Tätigkeiten zu kontrollieren. Die Vereinigung war vor allem auf dem Gebiet der Propaganda aktiv. Sie organisierte Kulturveranstaltungen und gab Publikationen heraus. Im Monatsblatt „Blick nach Polen“ wurden nicht nur Artikel über Polen, seinen Wiederaufbau und sonstige Errungenschaften abgedruckt, sondern es fanden sich auch Einblicke in die polnische Literatur. Die „Deutsch-Polnische Gesellschaft“ bemühte sich, Informationen über das neue kommunistische Polen und seine Kultur zu verbreiten, welche im Bewusstsein der durchschnittlichen DDR-Bürger nur in geringem Maße präsent waren. Obwohl sie von den Behörden stark unterstützt worden war, wurde die Vereinigung schließlich – trotz zahlreicher Protestschreiben des polnischen diplomatischen Vertreters in Ostberlin – zur Jahreswende 1952/1953 kurzerhand aufgelöst.

[9] Wolfhard Besser: Mein 6. Juli 1950 in Görlitz. In: Polen und wir (2000) 3, S. 10.

[10] Vgl. Krzysztof Ruchniewicz: Próba zbliżenia NRD-Polska pod koniec lat czterdziestych i na początku pięćdziesiątych, utworzenie i działalność Helmut-von-Gerlach-Gesellschaft. In: Sobótka (2000) 4, S. 527–556; Christian Lotz: Zwischen verordneter und ernsthafter Freundschaft. Die Bemühungen der Helmut-von-Gerlach-Gesellschaft um eine deutsch-polnische Annäherung in der DDR und in der Bundesrepublik (1948–1972). In: Hans Henning Hahn/Heidi Hein-Kircher/Anna Kochanowska-Nieborak (Hg.): Erinnerungskultur und Versöhnungskitsch. Marburg 2008, S. 201–219.

Der Grund hierfür war zweifellos der „beschleunigte Aufbau des Sozialismus", der in der DDR 1952 proklamiert worden war.

Der andere deutsche Staat, die Bundesrepublik, sprach Ostberlin das Recht ab, Entscheidungen über den Grenzverlauf Deutschlands treffen zu können. Die Bundesregierung beanspruchte, alleinige Vertreterin des deutschen Volkes zu sein, und lehnte politische Verträge mit der DDR und mit den die DDR anerkennenden Staaten (außer mit der UdSSR ab 1955) ab. Das Görlitzer Abkommen bedeutete für die polnische Regierung also keineswegs die endgültige Anerkennung der Oder-Neiße-Linie durch Deutschland. In Bezug auf die Bundesrepublik blieb die Angelegenheit – trotz einiger inoffizieller Verhandlungsversuche in den 1950er- und 1960er-Jahren – bis Ende der 1960er-Jahre ungelöst und war eng mit der Frage nach der Aufnahme von diplomatischen Beziehungen zwischen Bonn und Warschau verknüpft. Erst die gesellschaftlich-politischen Veränderungen in Westdeutschland sowie die Übernahme der Regierung durch die von Willy Brandt geführte sozial-liberale Koalition verliehen den Gesprächen mit Polen neue Impulse und brachten schließlich den Durchbruch.

Für Warschau war eine der wichtigsten Fragen die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze durch die Bundesrepublik. Władysław Gomułka war in dieser Zeit beunruhigt durch die Gespräche zwischen der DDR und der Bundesrepublik, in deren Verlauf sogar der Gedanke auftauchte, einen neuen Vertrag über die deutsch-polnische Grenze abzuschließen. Zu diesen, in der Forschung wenig bekannten Überlegungen, hat in den vergangenen Jahren Mieczysław Tomala veröffentlicht. Der bei einem Treffen zwischen Gomułka und Rudolf Rossmeisl, dem DDR-Botschafter in Warschau, anwesende Tomala erinnert sich: „Der damals von Ulbricht angekündigte Entwurf des Vertrages über die gleichberechtigten Beziehungen zwischen der DDR und der Bundesrepublik wurde Polen […] am 18. Dezember 1969 vorgestellt." Nachdem der Botschafter das erwähnte Dokument Gomułka übergeben hatte, entwickelte sich ein kurzes Gespräch. Dann wurde der Gast zum Ausgang geleitet. „Gomułka begann das Dokument zu studieren und geriet an einer bestimmten Stelle in Wut. Im Text des Entwurfs dieses Dokumentes war ein Passus enthalten, nach dem beide Seiten die Grenze an Oder und Lausitzer Neiße anerkennen würden, und weiter hieß es, dass dieser Vertrag für eine Dauer von zehn Jahren geschlossen werde. Das heißt, dass nach zehn Jahren möglicherweise auch die Zustimmung zu dieser Grenze nicht mehr gelten werde. Aber wie man weiß, sind Verträge über die Anerkennung von Grenzen im Allgemeinen unbefristet."[11] Einen solchen Wortlaut des Vertrags lehnte die polnische Seite kategorisch ab. Anscheinend bildete diese Episode einen der letzten Versuche der DDR-Führung, die Frage der polnischen Westgrenze im Zusammenhang mit den Beziehungen zur Bundesrepublik und zu Polen für ihre eigenen politischen Ziele zu benutzen. Gomułka ließ eine diplomatische Note vorbereiten, in der dem eindeutigen Standpunkt der polnischen Seite in der Frage der Oder-Neiße-Grenze Ausdruck verliehen wurde. „Gegenstand der besonderen

[11] Tomala: Deutschland (wie Anm. 7), S. 192.

Sorge der polnischen Regierung“, so war im Entwurf der Note vom 13. März 1970 zu lesen, „ist die zehnjährige Geltungsdauer des Vertrages (Artikel IX) im Zusammenhang mit dem Artikel II des Entwurfs, der feststellt, dass die Vertragspartner die Grenzen anerkennen, die im Ergebnis des Zweiten Weltkrieges entstanden sind und dabei unter anderem die Oder-Neiße-Grenze aufführt. Die Anerkennung von Staatsgrenzen hat von ihrem Wesen her sowie im Einklang mit internationalem Recht und internationaler Praxis immer dauerhaften Charakter und kann daher von keiner Frist begrenzt werden. Bekanntermaßen wurde im Potsdamer Abkommen vom 2. August 1945 die Westgrenze Polens an Oder und Neiße endgültig festgelegt. Auf der Grundlage des Potsdamer Abkommens wurde dann zwischen der Republik Polen und der Deutschen Demokratischen Republik am 6. Juli 1950 das Görlitzer Abkommen ‚über die Markierung der festgelegten und bestehenden Staatsgrenze‘ geschlossen. Aus denselben Beschlüssen des Potsdamer Abkommens geht auch hervor, dass der zweite deutsche Staat, der aus den Trümmern des besiegten Deutschen Reiches entstanden ist, die Deutsche Bundesrepublik, verpflichtet ist, die Oder-Neiße-Grenze als endgültige und unverletzliche westliche Staatsgrenze Polens anzuerkennen.“ „Angesichts dessen“, so heißt es in der Note weiter, „stünde die vorgeschlagene Formulierung des Artikels II, die sich auf die polnische Grenze an Oder und Neiße bezieht und die im Entwurf eines Vertrages enthalten ist, der zehn Jahre gültig sein soll, im Widerspruch zu dem endgültigen Charakter der Regelung der Westgrenze Polens nach dem Zweiten Weltkrieg auf der Grundlage des Potsdamer Abkommens und des Görlitzer Abkommens. Die Regierung Polens ersucht die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik darum, die Oder-Neiße-Grenze zwischen der Volksrepublik Polen und der DDR in dem Vertragsentwurf in keinem Zusammenhang zu erwähnen.“[12]

Die Unterzeichnung des Vertrags zwischen der Volksrepublik Polen und der Bundesrepublik Deutschland in Warschau am 7. Dezember 1970 beendete entsprechende Überlegungen, gleichzeitig öffnete sie den Weg zur Aufnahme von diplomatischen Beziehungen zwischen beiden Staaten. Im Warschauer Vertrag akzeptierte Bonn die Grenze an Oder und Neiße als „die westliche Staatsgrenze der Volksrepublik Polen“ (ihre endgültige Festlegung sollte allerdings – in Übereinstimmung mit der westdeutschen Rechtsdoktrin – nach der Unterzeichnung des Friedensvertrags erfolgen). Die Aufnahme der diplomatischen Beziehungen zwischen Bonn und Warschau konnte erst im Jahr 1972 stattfinden, da sich die Ratifikation des Vertrags in der Bundesrepublik verzögert hatte. Ursache hierfür waren Einwände gegen die Regelung der Grenzfrage, die auch im Beschluss des Deutschen Bundestages vom 17. Mai 1972 zum Ausdruck kamen.

Die Unterzeichnung des Vertrags sowie die Intensivierungen der Beziehungen zwischen Polen und der Bundesrepublik Deutschland zwangen die DDR zu Konzessionen. Gleichzeitig änderte sich in Polen und der DDR das politische Klima. Anfang der 1970er-Jahre wurden die beiden antagonistisch zueinander eingestell-

[12] Ebd., S. 192f.

ten Staatsmänner, Gomułka und Ulbricht, entmachtet. Sie wurden durch die viel jüngeren und nicht von der stalinistischen Vergangenheit belasteten Politiker Edward Gierek und Erich Honecker ersetzt. Ein deutliches Zeichen für das Anbrechen einer neuen Zeit war die Öffnung der Grenze zwischen Polen und der DDR im Januar 1972. In den folgenden Jahren kam es zu einem massenhaften Austausch zwischen beiden Staaten – insgesamt wurden 100 Millionen Grenzübertritte registriert.

Zum ersten Mal seit 1945 konnten die aus den ehemals deutschen Ostgebieten Vertriebenen uneingeschränkt nach Polen reisen, um ihre Heimat zu sehen und die Gräber ihrer Verwandten zu besuchen. Die Zerstörung einer großen Anzahl von Denkmälern deutscher Vergangenheit, darunter insbesondere der Friedhöfe, rief bei dieser Gruppe unverhohlenen Groll hervor und bestärkte ihre antipolnischen Ressentiments. Zur selben Zeit kamen auch immer öfter kirchliche Gruppen nach Polen, es wurden erste Kontakte und Freundschaften geknüpft. Ein Ideen- und Anstoßgeber dieser Reisen war der aus Magdeburg stammende Katholik Günter Särchen, einer der Mitbegründer der Initiative „Aktion Sühnezeichen“ und später des Anna-Morawska-Seminars. Die von ihm alljährlich organisierten Aufenthalte junger DDR-Bürger an Orten der Vernichtung von Millionen von Juden und Polen überzeugten die polnischen Partner von der Notwendigkeit des Dialogs über staatliche Strukturen hinaus. Särchens Aktivitäten wurden von den DDR-Machthabern genauestens observiert und später gar erschwert.

Das Polen der „Gierek-Epoche“ erschien vielen DDR-Bürgern im Vergleich zum eigenen Staat als ein zwar ärmeres, aber liberaleres Land, in dem eine relativ große Meinungsfreiheit herrschte. In dieser Zeit kam es in Polen auch zu Begegnungen von Oppositionellen aus der DDR mit Bürgern aus der Bundesrepublik. Polen wurde also zu einem wichtigen Ort des deutsch-deutschen Austauschs.

Die anfänglich unbegrenzte Reisemöglichkeit in das Nachbarland wurde in der zweiten Hälfte der 1970er-Jahre deutlich eingeschränkt. Auf beiden Seiten der Grenze verschärften sich – wenn auch in unterschiedlichem Ausmaß – die für die sozialistischen Volkswirtschaften charakteristischen ökonomischen Schwierigkeiten. In den Geschäften der DDR mangelte es an manchen Waren, wofür man den Besuchern aus Polen die Schuld gab. Zu den wirtschaftlichen Schwierigkeiten kamen schließlich auch politische hinzu. Streiks an der Küste und die Entstehung der Unabhängigen Gewerkschaft *Solidarność* in Polen riefen bei den DDR-Machthabern große Besorgnis hervor. Ähnlich wie im Jahre 1956 befürchteten sie, dass die oppositionelle Stimmung aus Polen auf ihr Land überschwappen könnte. Von offizieller Seite wurde der polnischen Regierung Unfähigkeit unterstellt. In den DDR-Zeitungen erschienen zahlreiche Artikel, die den Polen Unwirtschaftlichkeit, Arbeitsunwillen, die Aufgabe sozialistischer Ideen et cetera vorwarfen. Die DDR-Bevölkerung wurde über die Situation im östlichen Nachbarland bewusst desinformiert. Ende Oktober 1980 schloss Ostberlin die Grenzen und zog Studenten ab. Die DDR beließ es jedoch nicht bei diesen Maßnahmen. Vielmehr verlangte sie von der UdSSR eine sofortige militärische Intervention des Warschauer Pakts, mit dem Ziel, in Polen wieder „Ordnung“ zu schaffen. Auch sparte

die SED nicht an Belehrungen gegenüber der polnischen „Bruderpartei“. So wurden die Existenz privater Bauernhöfe sowie Giereks „falsche“ Lohn- und Preispolitik kritisiert und die angeblich zu tolerante Einstellung der Behörden gegenüber den Aktivitäten der *Solidarność* getadelt. Die Ausrufung des Kriegsrechts im Dezember 1980 in Polen wurde in Ostberlin sodann mit Zufriedenheit aufgenommen. Die Haltung der DDR-Führung, die von Unwillen und Überlegenheitsgefühl geprägt war, führte zu einer erheblichen Abkühlung der Kontakte zwischen beiden Staaten. Gleichzeitig wurden manche Oppositionelle in der DDR durch die Entstehung und die Tätigkeit der unabhängigen Gewerkschaft *Solidarność* inspiriert. Nach der Verhängung des Kriegsrechts in Polen kam es auch in der DDR zu Solidaritätsbekundungen mit dem gedemütigten Polen, die für die Demonstranten nicht selten mit Gefängnisstrafen oder der Abschiebung in die Bundesrepublik endeten. Jedoch blieben die Kontakte zwischen der Opposition in Polen und der in der DDR aufgrund der Sperrung der Grenze nur sporadisch. Erst in der zweiten Hälfte der 1980er-Jahre lebten diese wieder auf.

Und auch der erste Besuch einer offiziellen DDR-Delegation in Polen fand erst im Jahr 1983, nach der Unterdrückung der *Solidarność*, statt. Er wurde unter anderem dazu benutzt, die Frage der Seegrenze in der Pommerschen Bucht zu regeln. Das war der Beginn eines Konflikts zwischen Polen und der DDR, der die bilateralen Beziehungen bis Ende der 1980er-Jahre dominierte. Letztmalig besuchte der Erste Sekretär der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei (PVAP),[13] Mieczyslaw Rakowski, die DDR nach den Juniwahlen 1989 in Polen und der Übernahme der Regierung durch den nicht kommunistischen Ministerpräsidenten Tadeusz Mazowiecki. Der Besuch hatte einzig Höflichkeitscharakter. Zugleich führt er die völlige Realitätsferne der DDR-Regierung sowie ihre Unterschätzung der Ereignisse in Polen und den anderen Ostblockländern eindringlich vor Augen – wurden die polnischen Gäste in Ostberlin doch mit Forderungen nach einer Festigung des Sozialismus konfrontiert. Fast gleichzeitig führten die DDR-Behörden Restriktionen gegenüber Reisenden aus Polen ein und begrenzten deren Einkaufsmöglichkeiten. Die nun in vielen Ostberliner Geschäften aufgehängten Schilder mit der Aufschrift „Nur für Deutsche“ erinnerten die Polen schmerzhaft an die Zeit der deutschen Besatzung. Zwar trat der DDR-Botschafter in Warschau mit einer Entschuldigung vor die Kameras des Polnischen Fernsehens, doch änderte das nichts am schlechten Eindruck. Nach anfänglichem Zögern nahmen dann die polnischen Behörden die ersten Flüchtlinge aus der DDR auf. Die Agonie der Deutschen Demokratischen Republik, die mit den friedlichen Demonstrationen in Berlin, Leipzig und anderen Städten im Herbst 1989 angefangen hatte, dauerte bis zum 3. Oktober 1990. Mit der Vereinigung der beiden deutschen Staaten verschwand die DDR in der „Mottenkiste“ der Geschichte ein. Der damit einhergehende Wandel betraf auch die polnische Wahrnehmung von Deutschland und die weitere Entwicklung der kollektiven Gefühlslage in Bezug auf die Deutschen. Zum besseren Verständnis des zurückgelegten Weges in den bilateralen

[13] Auf Polnisch: *Polska Zjednoczona Partia Robotnicza* (PZPR).

deutsch-polnischen Beziehungen soll im folgenden Abschnitt das „emotionale Regime“ in Polen nach 1945 nachgezeichnet werden.

Zwangsmigrationen, Heimatverlust und territoriale Unsicherheit als Fundament des polnischen „emotionalen Regimes“ in Bezug auf Deutschland

Während die deutsche Bevölkerung ab dem Winter 1944/1945 zunächst vor dem Vormarsch der Roten Armee aus den bislang deutschen Ostgebieten floh, unmittelbar nach dem Waffenstillstand vom 8./9. Mai 1945 noch ohne internationale Regelung vertrieben und schließlich in Anlehnung an die alliierten Beschlüsse des Potsdamer Abkommens (2. August 1945) in die Besatzungszonen westlich von Oder und Neiße zwangsausgewiesen wurde, begann polnischerseits die Landnahme dieser nunmehr dem polnischem Staat zugeteilten Territorien, die nicht zuletzt als Ausgleich für die neue Grenzziehung zugunsten der Sowjetunion im Osten des Landes fungieren sollte. Der Gebietszuwachs im Westen (103 000 Quadratkilometer) entsprach allerdings flächenmäßig nur einen Teil des Verlusts im Osten: Die Sowjetrepubliken Litauen, Weißrussland und Ukraine erhielten insgesamt rund 180 000 Quadratkilometer Land von Polen. Diese Gebiete, auf Polnisch *Kresy* (etwa „Mark“, „Grenzland“) genannt, hatten über Jahrhunderte einen hohen wirtschaftlichen und kulturellen Stellenwert für Polen besessen. Ihr Verlust ging mit der Umsiedlung ganzer polnischer Städte und Dörfer einher. Mehr als 1,5 Millionen Polen mussten ihre Heimat verlassen.[14] Große Teile dieser Bevölkerung empfanden die internationale Entscheidung, an der sie nicht hatten teilhaben dürfen, als einen tiefen Einschnitt sowohl in ihre Lebensgeschichte als auch in ihre Identität. Die von der sowjetischen und polnischen kommunistischen Propaganda verheißungsvoll in Aussicht gestellte Ansiedlung in den ehemals deutschen, „wiedergewonnenen“ Gebieten im Westen und Norden des in neuen Grenzen entstandenen polnischen Staates vermochte es nicht unbedingt, diese entwurzelten polnischen Bürger positiv zu stimmen.

> „Auf dem Bahnhofsgebäude bemerkte ich den übermalten, doch immer noch gut lesbaren deutschen Namen der Ortschaft. Flink sprang ich vom Zug hinunter, überquerte ein paar Gleise und lief zum Wachposten, der dort mit Maschinengewehr auf der Schulter Aufsicht hielt.
> – Entschuldige der Herr! Wo sind wir? – fragte ich von Weitem.
> – In den Wiedergewonnenen Gebieten!
> Da war ich genauso klug als wie zuvor, denn so ein Land war mir unbekannt, und bislang war es noch niemandem eingefallen, nachzufragen,

[14] Vgl. Grzegorz Hryciuk: Wysiedlenia, wypędzenia i ucieczki 1939–1959. Atlas ziem Polski. Warschau 2008; Jan Czerniakiewicz/Monika Czerniakiewicz: Przesiedlenia ze wschodu 1944–1959. Warschau 2007.

> wohin die Reise hinführen sollte. Jeder wusste nur, dass er nach Polen fuhr – mehr nicht.
> – Und wissen Sie vielleicht zufällig, wohin wir fahren?
> – In die Wiedergewonnenen Gebiete – erwiderte der Mann lächelnd.
> So kehrte ich denn zum Zug zurück und verkündete laut, dass sie uns nach Deutschland brachten, denn der Name ‚Wiedergewonnene Gebiete‘ leuchtete mir überhaupt nicht ein.“[15]

Dieser Ausschnitt aus den Erinnerungen eines nach Westen umgesiedelten polnischen Staatsangehörigen aus dem Osten spiegelt einige für das „emotionale Regime“ der transferierten polnischen Bevölkerung in den „Wiedergewonnenen Gebieten“ ausschlaggebende persönliche Empfindungen wider, die – von einer Mehrheit erlebt – zu einem „emotionalen Klima“[16] mutierten und sich schließlich für Jahre verfestigten: Ungewissheit, Fremdheit, Ausgeliefertsein, Zweifel.

Diese in einem diffusen Angstgefühl gebündelten Emotionen – die freilich auch auf anderen, nicht nur auf diese Territorien beschränkten Erlebnissen wie Kriegsverluste, Verheerungen, Verhalten der Roten Armee, Plünderungen, Hunger, Mangelwirtschaft et cetera[17] beruhen konnten – gehörten zur Grunderfahrung der neuen Einwohner im nunmehr polnischen Schlesien und Pommern. Sie prägten Verhaltensweisen, private wie auch gesellschaftliche Praktiken und die Wahrnehmung des Umfelds (nicht zuletzt das *mental mapping* der polnischen Bevölkerung im Verhältnis zu den deutschen Nachbarn in der DDR und – mittelbar – auch in der Bundesrepublik). Die Erfahrung des Verlusts war spezifisch für die aus dem Osten umgesiedelten Polen. Die Zuzügler aus anderen, nach wie vor polnischen Regionen (insbesondere aus Zentralpolen) – sie stellten mit etwa 2,5 Millionen Personen die Mehrheit der Einwohner in den neuen polnischen Gebieten dar und waren in der Regel in der Hoffnung auf bessere Lebensperspektiven und Entwicklungsmöglichkeiten in diese westlichen Regionen migriert –[18] hatten entsprechende Erfahrungen nicht unmittelbar gemacht. Gemeinsam war ihnen jedoch das in Zeitzeugnissen und späteren Erinnerungen thematisierte Gefühl der Fremdheit beziehungsweise des Fremdseins in der neuen Heimat, die erst langsam – häufig über mindestens zwei Generationen – zu einer solchen heranreifen musste.[19] Die

[15] Michał Sobków: Do innego kraju. In: Karta 14 (1994) 4, S. 57f. (Übersetzung durch die Verfasser).
[16] Vgl. Jack Barbalet: Emotion, Social Theory, and Social Structure. Cambridge 1998, S. 159: „Sets of emotions or feelings which are not only shared by groups of individuals implicated in common social structures and processes, but which are also significant in the formation and maintainance of political and social identities and collective behavior.“
[17] Vgl. Marcin Zaremba: Die große Angst. Polen 1944–1947. Leben im Ausnahmezustand. Paderborn 2016.
[18] Vgl. Małgorzata Ruchniewicz: Ziemie Zachodnie i Północne w granicach Polski. Kontekst polityczny i społeczny przyłączenia i zagospodarowania. In: Katarzyna Bock-Matuszyk/Wojciech Kucharski/Piotr Zubowski (Hg.): Na swoim? U siebie? Wśród swoich? Pierwsze lata na Ziemiach Zachodnich i Północnych. Wrocław 2018, S. 11–30.
[19] Vgl. Karolina Kuszyk: Poniemieckie. Warschau 2019, S. 7–22.

kulturellen Begebenheiten und die Landschaft in den ehemals deutschen Gebieten waren in vielerlei Hinsicht ganz andere als die in Zentral- und im ehemaligen Ostpolen.[20] Dabei beschränkte sich der kulturelle Zusammenprall nicht auf den offensichtlichen Sprachunterschied, der an der Toponymie am ehesten zu bemerken war: Die „Degermanisierung" beziehungsweise „(Re-)Polonisierung" der Geografie (etwa der Orts- und Straßennamen sowie der Beschilderungen im öffentlichen Raum) erfolgte zwar verhältnismäßig schnell, doch dementsprechend ungenau und unvollständig, sodass über viele Jahre hinweg die Steine zum Teil weiterhin „Deutsch sprachen".[21] Aus architektonischer Sicht blieb dieser Zustand auch später und teilweise bis heute bestehen, denn sowohl die Stadtpläne als auch die Bausubstanz blieben trotz Kriegszerstörungen und der teilweise anderweitigen Verwendung des Baumaterials (unter anderem für den Wiederaufbau des von der abziehenden Wehrmacht dem Erdboden gleichgemachten Warschau) in ihrer Grundstruktur vom deutschen Erbe geprägt. Auf dem Land gehörte die Begegnung mit den materiellen Hinterlassenschaften der zwangsausgesiedelten Deutschen zum Alltag: Werkzeug, Landmaschinen et cetera waren auf den Bauernhöfen vor Ort geblieben und halfen den neuen Einwohnern meistens beim Start in ihrer neuen Umgebung. Zugleich aber veranschaulichten viele solcher Geräte das technische, ja in gewisser Hinsicht zivilisatorische Gefälle zwischen dem neuen Lebensrahmen und der alten, diesbezüglich noch rückständigen Heimat im Osten. Soziologische Studien und *Oral History*-Projekte haben gezeigt, dass dieser Umstand nicht selten einen Minderwertigkeitskomplex gegenüber den Deutschen nährte beziehungsweise vertiefte – und dies wiederum den Prozess der materiellen und symbolischen Aneignung der neuen Territorien durch die polnische Bevölkerung erschwerte und verzögerte.[22]

Der wesentliche Aspekt der Angst stiftenden kollektiven Unsicherheit in den „Wiedergewonnenen Gebieten" bezog sich jedoch auf die Grenzfrage. In dem Maße, wie sich diese ver- oder entschärfte, stieg oder sank der Angstpegel in der Bevölkerung – allerdings eher nicht unmittelbar, sondern vielmehr aufgrund des agitatorischen Wirkens der staatlichen Propaganda. Die Angst vor dem „deutschen Revisionismus" wechselte sich mit einer geradezu pionierhaften Aufbruchsstimmung ab, die vor allem jüngere Menschen dazu motivierte, in den umgangssprachlich als *Dziki Zachód* („Wilder Westen") bezeichneten Gebieten ihr Glück zu suchen. Unterstützt wurde dies vom historisch zweifelhaften, doch gesellschaftlich mobilisierend wirkenden offiziellen Narrativ der Rückkehr in vermeintlich uralte polnische Gebiete, die die Deutschen über Jahrhunderte usurpiert gehabt hätten.

[20] Vgl. Małgorzata Praczyk: Pamięć środowiskowa we wspomnieniach osadników na „Ziemiach Odzyskanych". Poznań 2018, S. 245–320.

[21] Vgl. beispielsweise Gregor Thum: Die fremde Stadt. Breslau 1945. Berlin 2003.

[22] Vgl. etwa die Forschungsergebnisse von Dorota Bazuń: Veränderungen in der Beziehung zum Kulturerbe, insbesondere zu Gebrauchsgegenständen, als Ausdruck der „Aneignung" von Geschichte durch die Bewohner der westlichen Grenzgebiete Polens. In: Peter Oliver Loew/Christian Pletzing/Thomas Serrier (Hg.): Wiedergewonnene Geschichte. Zur Aneignung von Vergangenheit in den Zwischenräumen Mitteleuropas. Wiesbaden 2006, S. 145–163.

Dieser piastische Duktus lag auch der Bezeichnung „Wiedergewonnene Gebiete“ (*Ziemie Odzyskane*) zugrunde.[23] Dass die neue Grenzziehung im Westen jedoch keine Selbstverständlichkeit darstellte, veranschaulichte der langwierige Weg zu deren Anerkennung durch Deutschland. Dabei spielte ab 1949 die Position der Bundesrepublik im Vergleich zu derjenigen der DDR die wichtigere Rolle: Erstens weil die Deutsche Demokratische Republik die Oder-Neiße-Linie bereits im Juni 1950 anerkannte; zweitens aber weil selbst für die polnischen Kommunisten klar war, dass die westdeutsche Haltung in dieser Frage die ausschlaggebende war. So wirkte sich denn auch das Görlitzer Abkommen zwischen Polen und der DDR zur Anerkennung des deutsch-polnischen Grenz-Status-quo etwa kaum auf den Wiederaufbau der Städte in den „Wiedergewonnenen Gebieten“ aus. So berichtete das französische Generalkonsulat in Danzig Mitte der 1950er-Jahre von Szczecin (ehemals Stettin), dass sich dort die Investitionen noch sehr in Grenzen halten würden – aus der Unsicherheit heraus, die Stadt könnte letzten Endes doch an die Deutschen zurückfallen (ob an die Bundesrepublik, an die DDR oder an ein wiedervereinigten Deutschland erschien dabei belanglos).[24]

Der kommunistische Staat in Polen als Angstmanager: Zum „emotionalen Regime“, dessen Instrumentalisierung und seinem Ende

Das schon erwähnte angespannte emotionale Klima im Verhältnis zu Deutschland beziehungsweise zu den Deutschen, das nach 1945 infolge verschiedener Gefahrenwahrnehmungen unter anderem in Bezug auf die „Wiedergewonnenen Gebieten“ herrschte, entstand nicht allein von selbst, das heißt: nicht allein – *bottom up* – aufgrund sozialer Pratiken der Angstbeschwörung, sondern auch – *top down* – durch Eingriffe des neuen politischen Regimes in Polen. Die Angst vor Deutschland besaß einen sehr hohen Stellenwert in der kommunistischen Propaganda: Die Polnische Vereinigte Arbeiterpartei maß der Thematisierung der „deutschen Gefahr“ in den offiziellen Medien und auf Kundgebungen große Bedeutung bei. Sie schuf dadurch ein strukturiertes „emotionales Regime“ im Sinne von William M. Reddy,[25] dessen Grundemotion die Angst vor dem deutschen Revanchismus und das entsprechende – durchaus stereotypisierte – Feindbild des „germani-

[23] Zum legitimierenden polnischen Narrativ eines historischen Anrechts Polens auf die ehemals deutschen Ostgebiete siehe unter anderem Markus Krzoska: Für ein Polen an Oder und Ostsee. Zygmunt Wojciechowski (1900–1955) als Historiker und Publizist. Osnabrück 2003.

[24] Vgl. Schreiben des französischen Generalkonsulat in Gdańsk an die französische Botschaft in Warschau, 25. 3. 1954, AMAE, Referat „Europe, Pologne“, 150, Telegramm Nr. 21–22. Vgl. Pierre-Frédéric Weber: Édouard Daladier en Pologne (décembre 1953). Chronique des contacts officieux franco-polonais sur la question allemande et la CED. In: Allemagne d’aujourd’hui 187 (2009) 1, S. 62–80, hier: S. 76.

[25] Vgl. William M. Reddy: The Navigation of Feeling. A Framework for the History of Emotions. Cambridge 2001, S. 129: „Emotional regime: the set of normative emotions and the official rituals, practices, and emotives that express and inculcate them; a necessary underpinning of any stable political regime“.

schen“ Aggressionstriebs waren. Damit bediente der Machtapparat eine in der polnischen Bevölkerung durchaus präsente und mehrheitsfähige, denn erfahrungsbedingte Meinung und untermauerte dadurch – last, but not least – die gesellschaftliche Kohäsion, sprich: den kollektiven Zusammenhalt, und die Unterstützung des von der PVAP getragenen politischen Regimes.[26]

In der Tat war von 1945 bis mindestens in die 1970er-Jahre hinein wohl kein zweites Thema so gut geeignet, unter den Polen jeglicher politischer Couleur und Weltanschauung – sowohl innerhalb des Landes als auch im Milieu der besonders in Westeuropa und in den Vereinigten Staaten sehr präsenten polnischen Diaspora (*Polonia*) – für Konsens zu sorgen, wie die Frage des Erhalts und der endgültigen völkerrechtlichen Anerkennung der Oder-Neiße-Linie als polnischer Westgrenze. Das Beharren der polnischen Regierung auf Klarheit seitens der Bundesrepublik in Bezug auf diese für das Land und seine Staatsräson in der Tat grundlegende Frage fand über alle politischen Gräben hinweg Zustimmung. Die Haltung Warschaus wurde – unabhängig von möglichen Vorbehalten zum existierenden politischen Regime – sowohl von Kommunisten als auch von Antikommunisten, von der polnischen katholischen Kirche und von Auslandspolen etwa in Paris, Chicago[27] oder in der Bundesrepublik eindeutig befürwortet und in vielen Fällen auch in den Medien öffentlich bekräftigt.

In den „Wiedergewonnenen Gebieten“ fand die Angst vor einem Verlust der Territorien häufig Ausdruck in einer Überbetonung des Polnischen. Gerade in Städten, die aus historischer Perspektive erst seit Kurzem unter polnischer Verwaltung standen, wurden nicht selten Straßen und Plätze nach mittelalterlichen polnischen Herrschern, nationalen polnischen Symbole oder wichtigen Ereignissen der polnischen Geschichte benannt. Bezeichnungen wie aleja Piastów (Piasten-Allee), ul. Bohaterów Warszawy (Warschauer-Helden-Straße) oder auch plac Grunwaldzki (Tannenberger Platz) zeugen hiervon.[28] Letztgenanntes Beispiel wies auf den Sieg der Polen und Litauer gegen den Deutschen Orden im Jahr 1410 hin. Die Erinnerung an diesen historisch weit zurückliegenden Erfolg gegen „deutsche Aggression“ beziehungsweise „deutschen Eroberungsgeist“ gehörte zum festen Bestandteil der kommunistischen Geschichtspolitik in Polen und erfuhr vor allem 1960 – anlässlich des 550. Jahrestages der Schlacht – in der germanophoben staatlichen Propaganda einen Höhepunkt. Sowohl die öffentliche Inszenierung – deren Ikonografie Elemente eines Reenactments beinhaltete – als

[26] Vgl. Marcin Zaremba: Komunizm, legitymizacja, nacjonalizm. Nacjonalistyczna legitymizacja władzy komunistycznej w Polsce. Warschau 2001, S. 306–312.

[27] Von Bedeutung ist in diesem Zusammenhang zum Beispiel der *Polish American Congress* (PAC) als einflussreichste polnische Lobbyorganisation in den USA, vgl. Debra J. Allen: The Oder-Neisse Line. The United States, Poland, and Germany in the Cold War. Westport/London 2003, S. 71f.

[28] Diese drei beispielhaft genannten Straßennamen finden sich in der Topografie der meisten polnisch gewordenen Städten in den „Wiedergewonnenen Gebieten“ und sind in der Regel auch bis heute erhalten geblieben.

auch das damit einhergehende Narrativ sollten dazu beitragen,[29] in der Perzeption der polnischen Bevölkerung das Bild des deutschen Aggressors zu verstärken: Vom Deutschen Orden über Friedrich den Großen und Preußen bis zu Hitler wurde ein Bogen geschlagen, der – auf ahistorische Weise – die offizielle Interpretation der Geschichte verdeutlichte.

Allerdings lässt sich spätestens für die 1970er-Jahre eine Spannung zwischen diesem offiziellen Deutschlandbild und den tatsächlichen Nachkriegserfahrungen der polnischen Gesellschaft in den „Wiedergewonnenen Gebieten“, vor allem direkt an der Westgrenze Polens, ausmachen. Dem Grenzverständnis der kommunistischen Regime entsprechend war die sogenannte „Friedensgrenze, die nicht teilt, sondern verbindet“, zwischen Polen und der DDR zwar stark militarisiert und die grenzüberschreitenden Kontaktmöglichkeiten zwischen den jeweiligen Bevölkerungen blieben eher gering.[30] Es bestand lediglich ein streng kontrollierter Grenzverkehr über Oder und Neiße, da so manche seit 1945 geteilte Stadt (etwa Guben/Gubin, Frankfurt an der Oder/Słubice, Küstrin/Kostrzyn und andere mehr) auf grenzüberschreitende Zusammenarbeit angewiesen war.[31] Ab 1972 änderte sich die Situation jedoch grundlegend: Polen und die DDR führten den visafreien Grenzverkehr ein, der bis 1981 mehreren Millionen polnischer und ostdeutscher Staatsbürger die Gelegenheit bot, das Nachbarland zu besuchen. Zwar arbeitete der Propagandaapparat der PVAP seit 1949 beziehungsweise spätestens seit Unterzeichnung des Görlitzer Abkommens 1950 daran, in der polnischen Gesellschaft das Bild der „guten Ostdeutschen“ in Abrenzung zu dem der „revisionistischen Westdeutschen“ zu forcieren, doch die tatsächlichen zwischengesellschaftlichen Kontakte waren vor 1972 sehr bescheiden geblieben.[32] Mit der Öffnung der Grenze konnten sich immer mehr Polen ein direktes Bild von den Ostdeutschen verschaffen. Die entsprechenden Erfahrungen wirkten sich zum Teil auch auf das allgemeine Deutschlandbild der polnischen Bevölkerung aus, zumal entgegen der gebetsmühlenartig wiederholten Warnung vor der westdeutschen Aggressionslust die Bundesrepublik im Dezember 1970 die Oder-Neiße-Linie in Warschau vertraglich anerkannte. Auch das Bild des vor dem Denkmal zur Erinnerung an die Niederschlagung des Warschauer-Ghetto-Aufstands knienden Bundeskanzlers Willy Brandt, dessen Verbreitung von den polnischen Medien

[29] Der französische Forscher Johann Michel beispielsweise, der viel zu Erinnerungskulturen gearbeitet hat, bezeichnet Inszenierung, Ikonografie und Narrativ als ausschlaggebende Momente bei der Schaffung und Stabilisierung eines Erinnerungsregimes, vgl. Johann Michel: Gouverner les mémoires. Les politiques mémorielles en France. Paris 2010, S. 24–27.

[30] Vgl. Sheldon Anderson: A Cold War in the Soviet Bloc. Polish-East German Relations, 1945–1962. Oxford 2001.

[31] Vgl. Dagmara Jajeśniak-Quast/Katarzyna Stokłosa: Geteilte Städte an Oder und Neiße. Frankfurt (Oder) – Slubice, Guben – Gubin, Görlitz – Zgorzelec 1945–1995. Berlin 2000.

[32] Mit der Bundesrepublik kam es zu weniger Kontakten; dennoch bestanden solche sehr wohl, vgl. Dominik Pick: Ponad żelazną kurtyną. Kontakty społeczne między PRL a RFN w okresie Détente i Stanu wojennego. Warschau 2016, S. 364–410.

zumindest so gut es ging zensiert wurde, passte nicht gerade zur Vorstellung vom „schlechten Deutschen".[33]

Was sich also ab den frühen 1970er-Jahren in der Tat abzuzeichnen begann und was sich in den folgenden Jahren auch bestätigte, war der Verlust der emotionalen Definitionshoheit des Staates bezüglich „der" Deutschen, ja schrittweise sogar der Abbau des entsprechenden Feindbildes in der polnischen Gesellschaft. Der Verlust des Feindes – ein schwerer Schlag für die Propagandamaschinerie der PVAP, dessen sich die Parteiführung sehr wohl bewusst war –[34] geschah nicht nur in der Bevölkerung der „Wiedergewonnenen Gebiete", sondern zunehmend auch in der übrigen polnische Gesellschaft, die gerade in den 1980er-Jahren politisch immer mehr an Mut gewann, um sich gegen das kommunistische Regime zur Wehr zu setzen.[35] Diese „emotionale Befreiung" machte auch vor der deutschen Minderheit in Polen nicht Halt – sowohl im Hinblick auf deren Wahrnehmung innerhalb der polnischen Gesellschaft, insbesondere im Oppelner Schlesien, als auch im Hinblick auf deren Selbstperzeption. Erst gegen Ende der 1980er-Jahre lenkte auch der Machtapparat ein und begann den Status dieser Minderheit zu verbessern, wobei die Initiative eher vonseiten der lokalen und regionalen Parteistrukturen als von der Warschauer Parteizentrale ausging.[36] Der Abbauprozess des Angstregimes der Nachkriegszeit hatte somit selbst in der schwierigen Frage des Verhältnisses zur deutschen Minderheit den Machtapparat erreicht, der nunmehr einsehen musste, dass seine bisherige Steuerung kollektiver Ängste in Bezug auf Deutschland an ihre Grenzen gelangt war. Aufgrund der Entwicklung der internationalen Lage wie auch der Stimmung in der polnischen Gesellschaft erschien nun eine pragmatischere Haltung angesagt.

Ende der Unsicherheit und Vertrauensaufbau

Das dauerhafte kollektive und – zumindest bis in die 1970er-Jahre hinein – generationenübergreifende Gefühl der Angst vor Deutschland und den Deutschen in

[33] Vgl. dazu Nicola Hille: Willy Brandts Kniefall. Die politische Bedeutung, emotionale Wirkung und mediale Rezeption einer symbolischen Geste. In: Heidi Hein-Kircher (Hg.): Erinnerungsorte, Mythen und Stereotypen in Europa/Miejsca pamięci, mity i stereotypy w Europie. Wrocław 2008, S. 163–184.

[34] Dies ist etwa den Tagebüchern des langjährigen Chefredakteurs der Zeitschrift „Polityka" zu entnehmen: Mieczysław F. Rakowski: Dzienniki polityczne 1969–1971. Warschau 2001, S. 249.

[35] Eine nicht zu unterschätzende Rolle dabei spielte auch der polnische Papst Johannes Paul II. (Karol Wojtyła), der gleich nach seiner Wahl am 16. Oktober 1978 vom Petersplatz in Rom aus den berühmten Satz „Fürchtet Euch nicht!" (*Nie lękajcie się!*) nicht zuletzt auch an seine Landsleute hinter dem Eisernen Vorhang richtete.

[36] Vgl. zum Beispiel den dafür symptomatischen Bericht der Wojewodschaftskomitees der PVAP in Opole und Katowice an die Warschauer Parteizentrale vom 9. Juni 1989 zur Lage der deutschen Minderheit in Polen in Hinblick auf deren Emigration in die Bundesrepublik. In: Włodziemierz Borodziej (Hg.): Polska wobec zjednoczenia Niemiec 1989–1991. Dokumenty dyplomatyczne. Warschau 2006, S. 93–98.

den „Wiedergewonnenen Gebieten“ speiste sich also selbstverständlich aus den in der Zeit der nationalsozialistischen Besatzung erlebten Kriegstraumata der polnischen Bevölkerung. Darüber hinaus resultierte es aus den polnischen Verlustängsten, die durch die negative beziehungsweise zögerliche Haltung der Bundesregierung bezüglich der Anerkennung der Oder-Neiße-Linie als der neuen polnischen Westgrenze lange Zeit virulent blieben. Der Blick auf die polnische Landnahme und Siedlungspolitik zeigt allerdings, dass bei den Migranten aus Ostpolen auch eigene Verlusterfahrungen eine wichtige Rolle spielten und nicht selten ein Fremdheits- und Unsicherheitsgefühls gegenüber der neuen, aufgezwungenen Heimat schufen. Bevor nach dem Ende des Kalten Kriegs mit der deutschen Wiedervereinigung und dem Regimewechsel in Polen schließlich ein neuartiges, auf gegenseitiges Vertrauen basierendes bilaterales Verhältnis entstand, erlebten die deutsch-polnischen Beziehungen zunächst in den 1970er- und den 1980er-Jahren eine Phase der Stabilisierung des Status quo, in der die ursprüngliche Unsicherheit der polnischen Bevölkerung, gerade im Westen des Landes, angesichts ausbleibender Aggression vonseiten der „deutschen Revisionisten“ in eine Art Vertrautheit mutierte.

„Vertrautheit […] ermöglicht relativ sicheres Erwarten und […] ist Voraussetzung für Vertrauen wie für Mißtrauen, das heißt für jede Art des Sichengagierens in eine bestimmte Einstellung zur Zukunft“, schreibt Niklas Luhmann.[37] Erst der Zusammenbruch des Ostblocks, die Wiedererlangung der vollen Souveränität durch Polen und die Perspektive einer raschen Vereinigung der beiden deutschen Staaten schufen einen völlig neuen Rahmen für das deutsch-polnische Verhältnis auf der Grundlage von wechselseitigem Vertrauen. Im Verlauf der Zwei-plus-vier-Gespräche der beiden deutschen Staaten mit den vier Siegermächten des Zweiten Weltkriegs, die zur deutschen Einheit führten, wurde die Unantastbarkeit der deutschen Grenze mit Polen bestätigt. Noch im Jahr 1990 wurde der deutsch-polnische Grenzvertrag unterzeichnet, der den Abschluss eines langen Weges zur völligen Anerkennung der 1945 geschaffenen deutsch-polnischen Grenze markiert. Im Jahre 1991 schlossen beide Staaten einen Vertrag über gute Nachbarschaft, der ein neues Kapitel in den deutsch-polnischen Beziehungen eröffnete und auch das bisherige, von Angst gesättigte polnische „Gefühlsregime“ beendete.

Abstract

Historical Polish fears with regard to Germany and the Germans, reactivated and fanned by the collective trauma of the Second World War, would play an essential role in Poland’s foreign policy toward the German states, especially the Federal Republic of Germany (FRG), with regard to the confirmation of the post-war borders. The main issue involved the (non-)recognition of Poland’s new western

[37] Niklas Luhmann: Vertrauen. Ein Mechanismus der Reduktion sozialer Komplexität. Stuttgart 2000, S. 22f.

border on the Oder and Neisse rivers by the FRG. After an initial partial recognition in December 1970, this question was eventually settled just after the German reunification process had been completed in November 1990. Over a period of more than forty years, territorial uncertainty played a major part in defining Poland's socially and politically dominating emotional regime. This was particularly visible in connection with the so-called "Recovered Territories" lost by Germany following the war, as decided at the August 1945 Potsdam Conference. The article first presents the importance of the Oder-Neisse issue for Poland from 1945 to 1990 and then proposes an analysis of the fear regime that shaped the adaptation process in Poland's Western and Northern Territories while also being instrumentalized in communist propaganda as a means of political legitimization.

Emotionale Wirkungspotenziale individueller Akteure im Kalten Krieg – oder: Der menschliche Faktor

Jessica Gienow-Hecht

Vertrauen ist gut, Kontrolle ist besser

Ein Blick in die Geschichte der US-Außenpolitik

Vertrauen und US-amerikanische Außenbeziehungen sind nach gegenwärtigem Studienstand ein Anathema.[1] Nach einer Pew-Untersuchung aus dem Jahr 2017 befindet sich das Vertrauen der US-amerikanischen Öffentlichkeit in die Politik auf einem historischen Tief: Nur 18 Prozent der Gesamtbevölkerung traut der Regierung zu, meistens oder immer das Richtige zu tun (1958 lag der entsprechende Wert bei 73 Prozent).[2] Seit „Watergate" häufen sich die Analysen, dass das US-amerikanische Volk ebenso wie seine politischen Führer überhaupt niemandem mehr vertraut. „In Amerika wird uns heute oft das Gefühl gegeben, es sei naiv, Vertrauen zu entwickeln", so der US-Ökonom Joseph Stiglitz in der „New York Times" 2013: „Unsere Lieder raten ab davon, unsere Fernsehsendungen erzählen Geschichten, die dessen Zwecklosigkeit darlegen, während ständige Berichte von finanziellen Skandalen uns daran erinnern, dass wir verrückt wären, unser Geld den Bankiers zu geben."[3] Nach einer Studie einer Gruppe von Politologen um Paul Brewer „haben Amerikaner eine […] pessimistische allgemeine Einstellung dazu, ob die USA anderen Ländern trauen können".[4] Solche Zweifel haben laut einer anderen Studie Brewers einen erheblichen Einfluss auf die diplomatische Strategie und die militärische Interventionsbereitschaft der USA.[5] Hierfür nennt der Autor eine Reihe von Gründen, vom Ethnozentrismus bis hin zur

[1] Dieser Beitrag ist eine stark revidierte und erweiterte Version der Antrittsvorlesung „Trust and Time" von Jessica Gienow-Hecht, gehalten am 7. Januar 2015 am Fachbereich Geschichte und Kulturwissenschaften sowie am John-F.-Kennedy-Instituts für Nordamerikastudien der Freien Universität Berlin. Ein herzlicher Dank für die Korrektur und Gegenlesung dieses Manuskripts geht an Florian Zeißig.

[2] Pew Research Center: Public Trust in Government: 1958–2017, http://www.people-press.org/2017/12/14/public-trust-in-government-1958-2017 (letzter Zugriff am 5. 5. 2020).

[3] Joseph Stiglitz: In No One We Trust. In: NYT, 22. 12. 2013, online zugänglich unter http://opinionator.blogs.nytimes.com/2013/12/21/in-no-one-we-trust/?module=Search&mabReward=relbias%3As%2C%7B%222%22%3A%22RI%3A16%22%7D&_r=0 (letzter Zugriff am 5. 5. 2020) (Diese und die folgenden Übersetzungen in diesem Aufsatz wurden durch die Verfasserin vorgenommen).

[4] Paul R. Brewer u. a.: International Trust and Public Opinion about World Affairs. In: AJPS 48 (2004), S. 93–109.

[5] Ders./Kimberly Gross/Sean Aday: Do Americans Trust Other Nations?. A Panel Study. In: SSQ 86 (2005), S. 287–306.

https://doi.org/10.1515/9783110680522-011

Vorstellung einer durch Naturrecht regierten Welt.[6] Und eine weitere Studie, diesmal im Auftrag der „Washington Post" aus dem Jahre 2002, resümiert, dass US-Führungspersönlichkeiten politische Entscheidungen entlang hobbesscher Überzeugungen treffen, denen zufolge die Welt „ein schlimmer Ort ist mit vielen bösen Menschen, die uns Böses antun können".[7]

Im vorliegenden Beitrag geht es um einen Widerspruch in der Geschichte der US-amerikanischen Außenbeziehungen: Mangel an Vertrauen anderen Staaten gegenüber, so die erste These, ist in den USA nichts Neues – kein Phänomen, das erst seit dem 11. September 2001 oder der Wahl Donald Trumps existiert. Im Gegenteil: US-Politiker – ebenso wie deren Wähler – sind und waren traditionell zurückhaltend, wenn es um grundsätzliche Vertrauensbereitschaft geht. Der Widerspruch besteht darin, dass im Kalten Krieg US-Entscheidungsträger von anderen Vertrauen einforderten, während sie sich selbst schwertaten, anderen zu vertrauen.

David Armitage und Jo Guldi haben in ihrem „History Manifesto"[8] darauf hingewiesen, dass wir im Zeitalter der „Kurzzeitigkeit" (*short-termism*) leben – einer Ära, die sich auszeichnet durch kurzfristige Perspektiven, oft nicht länger als einige Jahre, bestimmt durch befristete finanzielle Mittel, Wahlperioden und Geschäftsquartale. Diese Konzentration auf Kurzzeitiges jedoch, so die Autoren, verhindere, dass wir wichtige langfristige Entwicklungen wahrnehmen. Historikerinnen und Historiker sollten, so ein Plädoyer des vorliegenden Beitrags, den Stellenwert von langfristigem Vertrauen in den internationalen Beziehungen als eine historische Anlage für die Zukunft retrospektiv erforschen.

Was ist Vertrauen?

Vertrauen ist ein großes Thema im öffentlichen Diskurs in Bezug auf die Vereinigten Staaten, aktuell mehr denn je seit 1945. Falschnachrichten, aufgekündigte internationale Verträge, die Affäre um das abgehörte Handy der deutschen Bundeskanzlerin, unerwartete Dronenangriffe im Mittleren Osten – immer wieder spielt Vertrauen – beziehungsweise ein Mangel daran – eine Rolle. Aus welchen Gründen auch immer: Die öffentliche Meinung tendiert eher dazu, sich mit fehlendem als mit vorhandenem Vertrauen zu beschäftigen.

Für die meisten Soziologen und Anthropologen ist Vertrauen ein Gefühl, eine Einstellung oder eine Beziehung – oder auch alles zugleich.[9] Ein Gefühl ist es, weil es Sicherheit in einer Handlung vermittelt. Eine Einstellung ist es, denn es

[6] Paul R. Brewer: Public Trust (Or Cynicism about) Other Nations across Time. In: Political Behavior 26 (2004), S. 317–341.
[7] Steven Mufson: The Way Bush Sees the World. In: Washington Post, 17. 2. 2002.
[8] Jo Guldi/David Armitage: The History Manifesto. Cambridge u. a. 2014.
[9] Ute Frevert: Trust as Work. In: Jürgen Kocka (Hg.): Work in a Modern Society. The German Historical Exprience in Comparative Perspective. New York/Oxford 2010, S. 97.

beruht auf einer Perspektive oder Überzeugung in Bezug auf eine andere Person oder ein Objekt, die oder das sich in Zukunft in einer bestimmten Art und Weise verhalten wird. Und eine Beziehung ist es, denn es spielt eine konstitutive Rolle in der Interaktion von Menschen und Gruppen. In jedem dieser Fälle wird Vertrauen durch eine soziale Struktur von Normen, Riten, Gewohnheiten und Erwartungen kontextualisiert, gebildet und beeinflusst. Die genannten Verhaltensmuster sind abhängig von ihrem sozialen Kontext. Bedeutsame Indikatoren für Vertrauen sind zum Beispiel Geld, Religion, Kultur, Wissenschaft und Recht mit ihren jeweiligen Institutionen: Banken, Kirchen, Theatern, Universitäten und Gerichten. Jede einzelne von diesen ist abhängig vom Grad an Vertrauen oder Misstrauen, das sie erzeugen beziehungsweise das ihnen entgegengebracht wird.[10]

Psychologen sehen Vertrauen als eine Art „Zubringer" für Emotion.[11] Wenn Vertrauen durch Enttäuschung zerstört oder relativiert wird, so kommt es zu Misstrauen, Unsicherheit und Skepsis gegenüber der Zukunft. In den Sozialwissenschaften wird Vertrauen dementsprechend klassifiziert durch seine vermittelnde und unterstützende Funktion. Es ist ein Instrument, oft auch eine Richtlinie, um Entscheidungen zu treffen, die ansonsten intensive, wenn nicht gar zu komplexe rationale Abwägungen erfordern würde, wie zum Beispiel eine medizinische Operation oder der Einstieg in ein Flugzeug. Vertrauen vereinfacht Handlungen und Beziehungen und reduziert dadurch die für Kontrolle in Form von Geld, Zeit und Bürokratie anfallenden Kosten. Darüber hinaus ist der unmittelbare Vorteil von Vertrauen, wie Barbara Misztal zeigt, dass es zu Berechenbarkeit, Gemeinschaft und Kooperationsgeist führt.[12] Mit anderen Worten: Alle Beteiligten fühlen sich „gut" und „sicher". Ohne Vertrauen hingegen würde ein womöglich umständlicher und kostenintensiver Kontrollmechanismus in Gang gesetzt werden, der vorhersehbar zu Konflikt, Zeitverlust und noch mehr Misstrauen führt.

Vertrauen und Geschichte

„Wenn wir von Vertrauen reden", so der Cambridger Historiker Geoffrey Hosking, „dann sprechen wir über unsere Gefühle für die Zukunft".[13] Zeit ist ein wichtiger Bestandteil von Vertrauen und genau das, womit Historikerinnen und Historiker sich beschäftigen, vor allen Dingen die Zeit, die bereits vergangen ist. Zwar beschäftigt „Zukunft" als Kategorie die Zunft meist weniger, aber jegliche Form von Zeit – auch die Zukunft – kann historisch in unterschiedlicher Weise verstanden und analysiert werden. Die Zukunft kann das sein, was morgen ge-

[10] Geoffrey Hosking: Trust. A History. Oxford 2014, S. 42, S. 50–108.
[11] Erik H. Erikson/Joan M. Erikson: The Life Cycle Completed. New York 1997.
[12] Barbara Misztal: Trust in Modern Societies. The Search for the Bases of Social Order. Cambridge 1996.
[13] Hosking: Trust (wie Anm. 10), S. 2f.

schieht; sie kann aber auch der Referenzrahmen sein, auf den sich Menschen in der Vergangenheit bezogen.[14] In diesem Zusammenhang bildet Vertrauen eine Perspektive oder eine Erwartungshaltung, die die historischen Akteure in Bezug auf seine eigene Zukunft hatte. Die Analyse dieser Zukunftserwartung und des damit gegebenenfalls verbundenen Vertrauens kann Historikerinnen und Historikern helfen, zu untersuchen, wie Menschen in der Vergangenheit sinnstiftend über ihre Welt und ihre eigene Zukunft nachgedacht haben – und ob ihr Vertrauen in diese rückblickend gerechtfertigt war.

Historikerinnen und Historiker wie Carol und Peter Stearns beschäftigen sich bereits seit langer Zeit mit Emotionen, unter anderem auch mit Vertrauen.[15] Insbesondere Niklas Luhmanns Abhandlung über das Verhältnis von Vertrauen und Macht hat die Geschichtsschreibung der zwischenstaatlichen Beziehungen geprägt.[16] In der Forschung zur US-amerikanischen Geschichte hat das Thema an Bedeutung gewonnen, zum Beispiel wenn es um Vertrauen in die politische Gewaltenteilung oder den Vertrauensverlust in das Parteiensystem vor dem Bürgerkrieg geht.

Die US-Geschichte selbst kennt zudem eine Reihe von Momenten, in welchen das öffentliche Vertrauen in die Regierung nachhaltig erschüttert wurde. Nach wie vor gilt der Amerikanische Bürgerkrieg, der innerhalb von vier Jahren 600 000 Menschen (2 Prozent aller US-Bürger) das Leben kostete, als die möglicherweise größte Vertrauenskrise der USA. Aber auch im übrigen 19. Jahrhundert gab es zahlreiche lokale und regionale Konflikte, die sich um Immigration, Religion, Arbeit und das Verhältnis zwischen den Geschlechtern drehten und die sich ebenso durch einen bleibenden Mangel an Vertrauen in die eigene Regierung auszeichneten. Ethnische Minoritäten, vor allem *Native Americans* und *African-Americans*, die unter Segregation, Diskriminierung und Gewalt zu leiden hatten, besaßen selbst niemals viel Anlass, der föderalen oder bundesstaatlichen Regierung zu vertrauen. Kriege in Korea und Vietnam, *McCarthyism*, oder auch „Watergate“ stellen weitere Momente des kollektiven Vertrauensverlusts dar.

Ebenso sind der Aufstieg der Ultrarechten und die damit verbundene Herausforderung des US-amerikanischen Liberalismus in vielerlei Hinsicht markante Zeichen für den Niedergang des öffentlichen Vertrauens in die Regierung.[17] Dieser Niedergang an Vertrauen in der US-amerikanischen Gesellschaft von den 1960er-Jahren bis in die Gegenwart ging Hand in Hand mit einer generellen Ero-

[14] Alexander Schmidt-Gernig: „Futurologie“. Zukunftsforschung und ihre Kritiker in der Bundesrepublik der 60er Jahre. In: Heinz G. Haupt/Jörg Requate (Hg.): Aufbruch in die Zukunft. Weilerswist-Metternich 2004, S. 109–13.

[15] Peter N. Stearns/Carol Z. Stearns: Emotionology. Clarifying the History of Emotions and Emotional Standards. In: AHR 90 (1985), S. 813–836.

[16] Niklas Luhmann: Vertrauen: Ein Mechanismus der Reduktion sozialer Komplexität. Konstanz 2014; Francis Fukuyama: The Great Disruption. Human Nature and the Reconstitution of Social Order. New York 1999.

[17] Lisle A. Rose: The Cold War Comes to Main Street. America in 1950. Lawrence 1999.

sion an öffentlichem Vertrauen in die Regierung ebenso wie in Experten und Medien, die die Regierung eigentlich hinterfragen und dadurch kontrollieren sollten.[18] Untersuchungen, die sich mit dem Verlust an Vertrauen im Kontext einer allgemeineren Krise des Individuums und seiner zunehmenden Isolierung und Einsamkeit im Zeitalter sozialer Medien befassen, unterstreichen die Langzeitfolgen dieser fundamentalen Enttäuschung.[19]

Analog dazu stehen Analysen zum Vertrauensverlust in das Regierungssystem in anderen demokratischen Staaten seit den 1950er-Jahren (wie zum Beispiel Großbritannien)[20] ebenso wie Studien über einen ganz generellen Vertrauensverlust auf allen Ebenen, zum Beispiel in den Wert und die Verlässlichkeit von Konsumprodukten wie etwa Lebensmitteln.[21] Kommunikationsexperten kritisieren den Verlust öffentlichen Vertrauens in Zeitungen und Fernsehen aufgrund neuer Medien und neuer Unterhaltungskulturen in den vergangenen Jahrzehnten[22] und der Populärkulturhistoriker Kenneth Davis diagnostiziert sogar eine „Ära des gebrochenen Vertrauens" seit der Jahrtausendwende.[23]

Eine Reihe von Historikerinnen und Historikern hat sich jüngst schwerpunktmäßig mit dem Thema auseinandergesetzt. Ute Frevert zeigt, dass sich die Auffassung, Bedeutung und Terminologie von Vertrauen in den vergangenen drei Jahrhunderten markant verändert hat. Mit dem Niedergang von „Face-to-Face-Gesellschaften" in der Frühen Neuzeit, der Konsolidierung konstitutioneller demokratischer Regierungen und der Entwicklung von überregionalen Marktgesellschaften, so Frevert, sei soziale Interaktion zunehmend durch Distanz und Anonymität geprägt. Politiker, Kaufleute und Produzenten würden sich immer häufiger auf „Vertrauen" berufen, um die Abwesenheit von direkten persönlichen Kontakten (und damit Kontrollmöglichkeiten) zu kompensieren.[24] Geoffrey Hosking hat darüber hinaus argumentiert, dass Vertrauen historisch „durch symbolische Systeme und den damit korrespondierenden Institutionen vermittelt wurde".[25] Diese Institutionen würden sich jedoch verändern und mit ihnen die Quali-

[18] Daniel Bessner: Democracy in Exile. Hans Speier and the Rise of the Defense Intellectual. Ithaca 2018.

[19] Peter Stearns: The Trust Crisis. An Emotional America. In: The American Interest, 8. 1. 2018, https://www.the-american-interest.com/2018/01/08/an-emotional-america (letzter Zugriff am 5. 5. 2020).

[20] Ian Loader/Aogán Mulcahy: Policing and the Condition of England. Memory, Politics, and Culture. Oxford/New York 2003.

[21] Ronald F. Schmid: The Untold Story of Milk. The History, Politics and Science of Perfect Food. Raw Milk from Pasture-Fed Cows. Washington 2009; Courtney I. P. Thomas: In Food We Trust. The Politics of Purity in American Food Regulation. Lincoln 2014.

[22] Amarnath Amarasingam (Hg.): The Stewart/Colbert Effect. Essays on the Real Impacts of Fake News. Jefferson 2011.

[23] Kenneth Davis: Don't Know Much About History. Everything you Need to Know About History But Never Learned. New York 2011.

[24] Ute Frevert: Vertrauensfragen. Eine Obsession der Moderne. München 2013; dies.: Vertrauen – Eine historische Spurensuche. In: dies. (Hg.): Vertrauen. Historische Annäherungen. Göttingen 2003, S. 7–66.

[25] Hosking: Trust (wie Anm. 10), S. 195.

tät des ihnen zugestandenen Vertrauens. Der dramatischste Wandel habe sich zwischen dem späten Mittelalter und dem 19. Jahrhundert abgespielt, als das Vertrauen der Menschen in Europa sich von Religion und Kirche zu Nation und Staat verlagert habe. Das Resultat ist laut Hosking, dass heute „der Nationalstaat ein mächtiges Amalgam an Vertrauen innehat, welches symbolische Motive generiert".[26]

Frevert, Hosking und andere sehen Vertrauen als ein modernes Phänomen an, dem eine Scharnierfunktion in einer zunehmend unpersönlichen Welt, die durch Möglichkeiten und Staatsbürgerschaft konditioniert wird, zukommt. Sie schließen sich damit Anthony Giddens an, der wiederum argumentiert hat, dass das abstrakte System der Moderne enge persönliche Beziehungen signifikant verändert habe.[27] Andere Historiker hingegen betonen, dass Vertrauen ein zeitloses Phänomen sei, das seit Tausenden von Jahren existiere. Der Althistoriker Stephen Johnstone zum Beispiel hat die grundlegende Bedeutung von „unpersönlichem Vertrauen" für die sozioökonomische Interaktion in der Welt des Altertums herausgestellt. In Griechenland, so Johnston, hätten Märkte und Demokratie nicht allein aufgrund von persönlichen Beziehungen floriert, sondern gerade weil griechische Kaufleute und politische Führer viel Vertrauen in abstrakte Dinge und Systeme wie Geld, standardisierte Maße, Rhetorik und Verhandlungen besessen hätten.

Vertrauen und Misstrauen in den Außenbeziehungen der USA

Im Gegensatz zur Geschichte der internationalen Beziehungen hat sich die Theorie derselben sehr ausführlich mit Emotion und Vertrauen auseinandergesetzt.[28] Jan Ruzicka und Vincent Charles Keating traten überzeugend dafür ein, dass Vertrauensforschung eine zentrale Rolle in der Untersuchung der internationalen Beziehungen spielen sollte, da Vertrauen und Verlässlichkeit internationaler Akteure eine der größten Herausforderungen unserer heutigen Zeit darstellten.[29] Der Politikwissenschaftler Todd Hall etwa hat „offizielle Emotionen" in den Blick genommen, die auf zwischenstaatlicher Ebene ausgedrückt werden und die er nicht allein als rhetorisches, sondern als strategisches Instrument im Kontext militärischer und wirtschaftlicher Hilfe, von hegemonialer Kooperation sowie dem Einsatz von Waffen ansieht.[30] Andrew Jillions hat sich jüngst mit der Frage beschäftigt, inwieweit diplomatische Garantien – eine Sache des Vertrauens – die

[26] Ebd., S. 173 ff.
[27] Anthony Giddens: The Transformation of Intimacy. Sexuality, Love, and Eroticism in Modern Societies. Cambridge 1993; Anthony Giddens: The Consequences of Modernity. Stanford 1990.
[28] Robin Markwica: Emotional Choices. How the Logic of Affect Shapes Coercive Diplomacy. Oxford 2018; Brian Christian Rathbun: Trust in International Relations. In: Eric M. Uslaner (Hg.): The Oxford Handbook of Social and Political Trust. [Online-Veröffentlichung] 2017.
[29] Jan Ruzicka/Vincent Charles Keating: Going global. Trust Research and International Relations. In: JTR 5 (2015) 1, S. 8–26.
[30] Todd H. Hall: Emotional Diplomacy. Official Emotion on the International Stage. Ithaca 2015.

Terrorismusbekämpfung und die Sicherung von Menschenrechten unterstützen.[31] Richard A. Falk und Richard J. Barnet haben den Einfluss von Mangel an Vertrauen auf Abrüstungsverhandlungen untersucht,[32] während Kirsten Morgensen sich anhand von vier Fallstudien (unter anderem zu den amerikanisch-türkischen Beziehungen) mit *Public Diplomacy* als einer vertrauensbildenden Maßnahme beschäftigt hat.[33]

Zum Thema Vertrauen und Misstrauen gibt es somit eine ausufernde interdisziplinäre Forschungsliteratur,[34] aber auch zahlreiche offene Fragen und Widersprüche. Einig sind sich die meisten Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler darin, dass Vertrauen ein Merkmal von Beziehungen ist: Vertrauen definiert und konditioniert die Interaktion zwischen zwei oder mehr Einheiten ebenso wie deren Erwartungen an die Zukunft. Die Akteure können Individuen sein, aber auch Familien, Verbände, Institutionen, Firmen, Nationen und Gemeinschaften. Ebenso variiert die Art möglicher Beziehungen – diese können etwa politischer, wirtschaftlicher, moralischer, sexueller, globaler, lokaler, legaler oder krimineller Natur sein.[35]

Die Geschichte der USA in der Welt ist zunächst einmal die Geschichte der Beziehungen zwischen den USA und anderen Akteuren. Im Zentrum dieser Geschichte steht die Genese von Begegnungen und Bewegungen von Menschen, Regionen, Staaten, Imperien – oft konditioniert durch die Sehnsucht nach Macht, Anerkennung, Einfluss und Identität. In der Literatur zur US-amerikanischen Diplomatiegeschichte stellt Vertrauen als solches jedoch kein zentrales, sondern ein punktuelles Thema dar: Ein Großteil der vorliegenden Studien beschäftigt sich mit dem Kalten Krieg und dem (oft mangelnden) Vertrauen zwischen Ost und West.[36] So analysiert Melvyn P. Leffler in „The Soul of Mankind" unter anderem vier Momente des Kalten Kriegs, in denen sich die Protagonisten des Konflikts einander menschlich beziehungsweise politisch nahe genug kamen, um Friedensmöglichkeiten zu eruieren – diese aber aufgrund von alten Ängsten, des Drucks der Berater, Alliierten und Vasallen sowie der Dynamik des internationalen Systems nie realisierten.[37] Martin Klimke wiederum fragt, wie Emotionen den globalen Konflikt beeinflussten und konstatiert, dass Vertrauen zwischen den USA und der Sowjetunion die Spannung zwischen beiden Staaten vermindert habe.[38] Brian

[31] Andrew Jillions: When a Gamekeeper Turns Poacher. Torture, Diplomatic Assurances and the Politics of Trust. In: IA 91(2015), S. 489–504.
[32] Richard A. Falk/Richard J. Barnet: Security in Disarmament. Princeton 2015.
[33] Kirsten Mogensen: International Trust and Public Diplomacy. In: The International Communication Gazette 77 (2015), S. 315–336.
[34] Frevert: Trust (wie Anm. 9), S. 97.
[35] Niklas Luhmann: Vertrauen. München ^{5}2014; Su Minyan Yanlei: Giddens' View of Trust and Its Revelation in Sight of Knowledge. In: Social Sciences 8 (2019) 1, S. 1–5.
[36] Für diesen Hinweis danke ich Florian Zeißig.
[37] Melvyn P. Leffler: For the Soul of Mankind. The United States, the Soviet Union, and the Cold War. New York 2008.
[38] Martin Klimke u. a.: Trust, but Verify. The Politics of Uncertainty and the Transformation of the Cold War Order, 1969–1991. Washington 2016.

Etheridge beschäftigt sich mit dem anfänglichen Misstrauen der USA gegenüber den Deutschen nach dem Zweiten Weltkrieg im Kontext von Feindbildern und Popkultur und analysiert, wie diese die *special relationship* beeinflussten.[39]

Vertrauen setzt die Fähigkeit voraus, loslassen und Kontrolle aufgeben zu können. In zwischenstaatlichen Konstellationen hängt Vertrauen von Mängeln ab: Mangel an politischem oder kulturellem Wissen, Mangel an Einfluss in Form von militärischer Stärke oder Sanktionsmacht. Vertrauen wird zudem auch von einer gewissen Nachlässigkeit gefördert, wenn es zum Beispiel einfacher ist, zu vertrauen als zu überprüfen.[40] Der Vertrauende ist verwundbar und ein gebrochenes Vertrauen führt zu Enttäuschung. Eine Person, eine Gruppe, eine Organisation oder ein Land kann großen Schaden erleiden – weil diese einer anderen Person, einer Gruppe, einer Organisation oder einem Land grundlos vertraut hat.

Eine Schlüsselkategorie in den internationalen Beziehungen ist Macht – also das genaue Gegenteil von Vertrauen. Macht bedeutet Kontrolle. Kontrolle bedeutet, dass Macht in den Händen eigener Entscheidungsträger verbleibt, denn ein Kontrollverlust ginge mit Verwundbarkeit einher. So konstatierte zum Beispiel der damalige Vizepräsident Joseph Biden in einem Vortrag an der Harvard University am 2. Oktober 2014 fünf Strategien US-amerikanischer Außenpolitik: die Stärkung bestehender Allianzen, gute Beziehungen zu wirtschaftsstarken aufstrebenden Staaten, das Verhältnis zu „asymmetrischen" Bedrohungen, die Terrorismusbekämpfung sowie die Bewahrung einer starken US-Wirtschaft. Das Vertrauen in Partner und Bündnisse hingegen erwähnt er nicht.

Die US-amerikanische Außenpolitik ist von der schier endlosen Bemühung geprägt, Kontrolle nicht zu verlieren. Dieses Streben lässt sich bis in die Frühzeit der USA zurückverfolgen: Die Kriegsrhetorik gegen Mexiko in den 1840er-Jahren oder die Invasion in Kuba 1898 trugen als gemeinsamen Subtext den US-amerikanischen Willen nach Autarkie und unilateraler Handlungsmöglichkeit. Dies wurde in der Öffentlichkeit – und später in der Forschung – oft etwas unglücklich als „Isolationismus" bezeichnet. Wie auch immer man die Haltung nennen mag – sie ließ permanente Beziehungen zu anderen Staaten kaum zu, denn solche hätten irgendwann Vertrauen erfordert.

Kontrolle ist besser: Fallbeispiele aus der US-amerikanischen Geschichte

Einige Schlüsselmomente in der Geschichte der US-Außenpolitik verdeutlichen beispielhaft diese Zurückhaltung in den internationalen Beziehungen. Einer da-

[39] Brian C. Etheridge: Enemies to Allies. Lexington 2016.

[40] Jason Colquitt u. a.: Trust, Trustworthiness, and Trust Propensity: A Meta-Analytic Test of their Unique Relationships with Risk Taking and Job Performance. In: JAP 92 (2007), S. 909–927; Ed Gerck: Toward Real-World Models of Trust. Reliance on Received Information, http://mcwg.org/mcg-mirror/trustdef.htm (letzter Zugriff am 4. 4. 2019); Piotr Cofta: Trust, Complexity and Control. Confidence in a Convergent World. New York 2007.

von ist die Unabhängigkeitserklärung von 1776 – ein vieldiskutierter, vor allen Dingen jedoch rhetorisch und emotional eindrucksvoller Text aus der Feder des 33-jährigen Juristen Thomas Jefferson. Aus diesem Scheidungsdokument spricht das gebrochene Vertrauen und die Enttäuschung in Bezug auf den britischen König George III.: „*Er* hat für die öffentliche Wohlfahrt äußerst nützlichen und notwendigen Gesetzen seine Zustimmung verweigert. *Er* hat seinen Gouverneuren verboten, Gesetze von sofortiger und drängender Wichtigkeit zu genehmigen […]. *Er* hat wiederholt Volksvertretungen aufgelöst […]. *Er* hat die Rechtsprechung hintertrieben […]. *Er* hat die Richter betreffs des Verwaltens ihrer Ämter und des Betrags und der Zahlung ihrer Gehälter von seinem Willen allein abhängig gemacht […]. *Er* hat die Regierung hier abgeschafft […]. *Er* hat den uns zugehörigen Teil der See geplündert, unsere Küsten verheert, unsere Städte niedergebrannt und das Leben unserer Leute vernichtet." Da der König sein Volk in den Kolonien enttäuscht habe, erklärten die „dreizehn Vereinigten Staaten", dass „sie von jeglicher Treuepflicht gegen die britische Krone entbunden sind, und dass jegliche politische Verbindung zwischen ihnen und dem Staate Großbritannien vollständig gelöst ist".[41]

Zwanzig Jahre später warnte der erste Präsident der USA, George Washington, in seiner „Abschiedsrede" das Volk vor Europa. Das Grundgesetz der Republik müsse die Begrenzung aller Beziehungen mit anderen Nationen sein, vor allen Dingen mit den europäischen, denn den Menschen dort sei nicht zu trauen: „Es ist unsere aufrichtige Politik, dass wir uns distanzieren von permanenten Allianzen mit jedem fremden Land […]. Wenn wir darauf achten, uns nur mit uns selbst zu beschäftigen […] in einer respektvollen Position der Verteidigung, dann können wir uns in außergewöhnlichen Notfällen vorübergehenden Allianzen anvertrauen."[42] Vertrauen stellte für Washington eine Notlösung dar, kein Prinzip.

Dreißig Jahre später schuf sein Amtsnachfolger, der ebenfalls aus Virginia stammende James Monroe eine außenpolitische Doktrin, die man mit Fug und Recht als Politik des Misstrauens bezeichnen kann und die für über hundert Jahre fundamentaler Referenzrahmen für die gesamte US-Außenpolitik bleiben sollte. Im Dezember 1823 verkündete Monroe ein neues außenpolitisches Credo, das auf drei Pfeilern basierte: Die USA würden sich erstens nicht in europäische Konflikte einmischen, es sei denn, diese tangierten US-Interessen. Die europäischen Mächte sollten sich zweitens auf keinen Fall in irgendeiner Form in die inneren Angelegenheiten des „amerikanischen Kontinents" einmischen (dies beträfe auch Lateinamerika). Sollten sich letztgenannte Mächte dieser Forderung widersetzen – zum Beispiel indem sie Kolonien gründeten –, so würden die USA – so der

[41] Die Unabhängigkeit. Kongreßsitzung vom 4. Juli 1776, Einstimmige Erklärung der dreizehn Vereinigten Staaten von Amerika, https://usa.usembassy.de/etexts/gov/unabhaengigkeit.pdf (letzter Zugriff am 5. 5. 2020; Hervorhebungen durch die Verfasserin).

[42] George Washington: Farewell Address, 19. 9. 1796, zitiert nach The American Presidency Project, https://www.presidency.ucsb.edu/documents/farewell-address (letzter Zugriff am 5. 5. 2020).

dritte Pfeiler – dies als Einmischung in inneramerikanische Angelegenheiten interpretieren.

Historikerinnen und Historiker, die sich mit der US-Außenpolitik beschäftigen, haben George Washington und James Monroe gern zitiert, um das 19. Jahrhundert als eine Periode US-amerikanischen Isolationismus zu porträtieren. Der Begriff ist jedoch irreführend, denn die Diplomatie dieser Ära ist angesichts von Expansion und zahlreichen Auseinandersetzungen (mit Mexiko, Großbritannien und den kanadischen *First Nations*) weniger geprägt von dem Bestreben der Nichteinmischung als vielmehr von einer Politik des Alleingangs und des Misstrauens gegenüber Europa. Dieses Misstrauen riss auch im Ersten Weltkrieg, als zwei Millionen US-Soldaten in Europa kämpften, nicht ab. Im Gegenteil: Dieser Einsatz und insbesondere dessen Ende manifestierten einmal mehr die Enttäuschung vieler US-Amerikaner. Zwar hatte das Land den Krieg gewonnen, doch in der Pariser Friedenskonferenz fielen viele der von US-Präsident Woodrow Wilson formulierten Ziele unter den Tisch. Als der Senat im November 1919 es ablehnte, die Mitgliedschaft der USA im Völkerbund zu ratifizieren, stand dahinter erneut ein tiefes Misstrauen gegenüber Europa, denn vor allem die US-amerikanischen Republikaner befürchteten, dass mit dem Beitritt zum Völkerbund das individuelle Recht der USA auf unilaterale diplomatische und militärische Handlungen einschränkt werden könnte.

Genau dieser Ton, der Anspruch unilaterale Kontrolle auszuüben, Vertrauen einzufordern ohne es selbst zu entwickeln, findet sich noch in der Frühphase des Kalten Kriegs in den Diskursen der Verfechter einer Politik der „Eindämmung" (*containment*). „Ich nehme an", so US-Präsident Harry Truman in seiner Abschiedsrede am 15. Januar 1953, „dass die Geschichte meiner Amtszeit als jene Jahre erinnert werden wird, als der ‚Kalte Krieg' unser aller Leben zu überschatten begann […]. Aber wenn die Geschichte wirklich sagen wird, dass meine Amtszeit mit dem Anfang des Kalten Kriegs zusammenfiel, so wird sie auch sagen, dass wir in jenen acht Jahren den Kurs auf Sieg gesetzt haben."[43] Den Ost-West-Konflikt zu gewinnen, bedeutete stets die Ausweitung von Kontrolle: Kontrolle über die westliche Hemisphäre, Kontrolle und Zurückdrängung des Kommunismus, Kontrolle von Regimen in Afrika, Asien und Lateinamerika.

Mit anderen Worten: Seit den Anfängen der Republik gab es eine Rhetorik des Misstrauens und der Kontrolle. Der Historiker Max Friedman hat argumentiert, dass US-Außenpolitiker regelmäßig jede Form von Opposition seitens anderer Staaten gegenüber US-amerikanischen Zielen als das Resultat eines breiten „Antiamerikanismus" bezeichnet haben, statt die eigentlichen Gründe abweichender Positionen individuell zu untersuchen. In seiner Analyse lässt sich eine schier nahtlose Sprachspur des Misstrauens gegenüber anderen und ein Plädoyer für die Ausübung von Kontrolle nachzeichnen, die von den Gründern der USA (die

[43] Harry S. Truman: The President's Farewell Address to the American People, 15. 1. 1953, zitiert nach Harry S. Truman Presidential Library & Museum: Public Papers Harry S. Truman 1945–1953, https://trumanlibrary.org/publicpapers/index.php?pid=2059 (letzter Zugriff am 4. 4. 2019).

König George III. als „böse“ bezeichneten) bis hin zu George W. Bushs „Achse des Bösen“ reicht.

Vertrauen ist gut: Paradigmenwechsel in der US-Außenpolitik?

Dennoch kam es in ebenjener Frühphase des Kalten Kriegs zu einem scheinbar paradigmatischen Wandel, der zwar einerseits gut erforscht, in seinen eigentlichen Auswirkungen andererseits bisher jedoch noch nicht erfasst wurde. In den Jahren zwischen 1947 und 1953 brachten die USA ein Modernisierungs- und Informationsprogramm auf den Weg. Dieses stützte sich auf zwei Pfeiler: Auf das auch unter dem Namen „Marshallplan“ bekannte Europäische Wiederaufbauprogramm (*European Recovery Program*, ERP), das auf nicht staatlicher Seite massiv von der großen Hilfsorganisation CARE International (*Cooperative for Assistance and Relief Everywhere*) flankiert wurde, sowie auf die Informationsagentur der Vereinigten Staaten (*United States Information Agency*, USIA).

Der Marshallplan brachte, wie Werner Abelshauser und andere gezeigt haben, für die betroffenen Länder mit großer Wahrscheinlichkeit keinen erheblichen finanziellen Vorteil, doch seine psychologische Wirkung in Europa war enorm,[44] denn er kennzeichnete die USA zum ersten Mal nicht als ferne, sondern als nahe und vor allen Dingen vertrauenswürdige Macht. So schreibt der Politikwissenschaftler Andrew Kydd: „Die Präsenz eines hegemoniellen Akteurs der relativ vertrauenswürdig ist, kann eine Kooperation ermöglichen, die ansonsten unmöglich wäre. Das ist die Rolle, die die USA in der Nachkriegszeit spielten.“ Kydd orientiert sich dabei explizit an Soziologen wie Luhmann, und fährt fort: „Die Sorgen Frankreichs und die Macht Deutschlands wurden letztlich durch amerikanische Macht und Vertrauenswürdigkeit ausgeglichen.“[45]

US-amerikanische Entscheidungsträger waren bestrebt, den USA ein vertrauenswürdiges und attraktives Image im Ausland zu geben.[46] Dementsprechend schufen sie in den Folgejahren die USIA nebst einer Vielzahl von Institutionen und Programmen, die mit Slogans wie „Kampagne der Wahrheit“ oder „Herzen und Hirne gewinnen“ auftraten. Alle hatten das gleiche Ziel: Sie einte der Versuch, das Vertrauen der Menschen – nicht allein ihrer Regierungen – in Übersee und vor allen Dingen in Europa an die USA zu binden.[47] Eine transatlantische

[44] Vgl. Werner Abelshauser: Wirtschaft in Westdeutschland 1945–1948. Rekonstruktion und Wachstumsbedingungen in der amerikanischen und britischen Zone. Stuttgart 1975.

[45] Andrew Kydd: Trust and Mistrust in International Relations. Princeton 2005, S. 178.

[46] Arthur W. Macmahon: Memorandum on the Postwar International Information Program of the United States. New York 1972, S. 2; Henry R. Luce: The American Century. New York 1941, S. 23; Benjamin Floyd Pittenger: Indoctrination for American Democracy. New York 1941.

[47] Howland H. Sargant: Information and Cultural Representation Overseas. In: Vincent M. Barnett (Hg.): The Representation of the United States Abroad. New York 1965, S. 73 ff.; Hansjörg Gehring: Amerikanische Literaturpolitik in Deutschland 1945–1953. Ein Aspekt des Re-Education-Programms. Stuttgart 1976, S. 93, S. 112; Gary E. Kraske: Missionaries of the Book: The

Partnerschaft, so das Credo, könne nur erfolgreich sein, wenn die Mitgliedstaaten der NATO den USA vertrauten.[48]

Ein erheblicher Teil der dazu vorliegenden Historiografie nimmt den Kontext des wirtschaftlichen Wiederaufbaus, der Militarisierung, der Kulturdiplomatie oder, in jüngster Zeit, der *soft power* und der Markenbildung von Nationen (*nation branding*) in den Blick.[49] Doch ganz gleich, welche Bezeichnung man benutzt, im Zentrum dieser Politik stand ein zentrales strategisches Ansinnen: die Inspiration von Vertrauen bei den Menschen in Ländern auf der ganzen Welt – sowohl in den NATO-Mitgliedstaaten als auch in den Staaten hinter dem „Eisernen Vorhang" und denen in der „Dritten Welt".

Die US-amerikanischen Modernisierungs- und Informationsprogramme nach 1945 waren somit das, was die Historikerin Ute Frevert „Vertrauensarbeit" nennt. Dieser Begriff bezeichnet in der psychoanalytischen Therapie das „Durcharbeiten" eines Problems unter langfristiger Investition von Zeit und Energie. Ziel ist es, eine dauerhaft funktionale Beziehung zu einer Schlüsselperson – etwa einem Patienten, einem Mitarbeiter, einem Kollegen oder dem Ehepartner – aufzubauen.[50] Vertrauen erscheint in diesem Zusammenhang weder willkürlich noch grundlos. Im Gegenteil: Vertrauensarbeit benötigt langfristige Produktion, Investition von Zeit, Hingabe und Ressourcen. Viele Menschen verbringen einen erheblichen Teil ihres Lebens damit, Vertrauenswürdigkeit aufzubauen, so zum Beispiel Investmentbanker, Liebespaare, Kindergärtner, Ärzte, Fabrikanten, Politiker.[51] Sie wissen, dass eine einzige Handlung, eine falsche Entscheidung, die Vertrauensarbeit von Jahrzehnten unwiederbringlich zunichtemachen kann.

Historiker, die sich mit dem Kalten Krieg beschäftigt haben, wie Melvyn P. Leffler, John Lewis Gaddis, Tim Naftali und insbesondere jene, die, wie Walter LaFeber oder Gabriel Kolko,[52] seit den 1970er-Jahren als Revisionisten bezeichnet wurden, würden zu Recht einwerfen, dass die Realität politischer Entscheidungen und Handlungen im Kalten Krieg die Strategie einer „Vertrauensarbeit" Lügen gestraft habe. Während die USA so hart an ihrer Vertrauenswürdigkeit arbeiteten, war die Diplomatiegeschichte des Ost-West-Konflikts trotz Momenten

American Library Profession and the Origins of United States Cultural Diplomacy. Westport 1985, S. 246–249; Walter L. Hixson: Parting the Curtain: Propaganda, Culture, and the Cold War, 1945–1961. New York 1997, S. 1–27.

[48] Volker R. Berghahn: America and the Intellectual Cold Wars in Europe. Shepard Stone between Philanthropy, Academy, and Diplomacy. Princeton 2001.

[49] Joseph Nye: Soft Power. The Means to Success in World Politics. New York 2004; Carolin Viktorin u. a.: Nation Branding in Modern History. New York/Oxford 2018.

[50] Frevert: Trust (wie Anm. 9), S. 93–108.

[51] Ebd., S. 98.

[52] Melvyn P. Leffler: A Preponderance of Power. National Security, the Truman Administration, and the Cold War. Stanford 1992; John Lewis Gaddis: We Now Know. Rethinking Cold War History. Oxford u. a. 1997; Timothy Naftali: The New Cold War History. In: Survival 39 (1997) 2, S. 151–157; Gabriel Kolko: Confronting the Third World. United States Foreign Policy, 1945–1980. New York [1]1988; Walter LaFeber: The New Empire. An Interpretation of American Expansion, 1860–1898. Ithaca 1963.

von „Tauwetter“ und *Détente* im Wesentlichen durch einen eklatanten Mangel an Vertrauen auf beiden Seiten geprägt. Dies hatte unübersehbare Folgen: Beiden Supermächten gelang es lange Zeit nicht, sich auf eine Sperre von Atomtests zu verständigen. Beide Mächte brauchten bis 1970, um zu einem Kompromiss bezüglich der „deutschen Frage“ zu gelangen und schafften es bis 1989 nicht, ein Abkommen über die Reduzierung nuklearer Waffen zu unterzeichnen.

Diese Lücke zwischen Vertrauenswürdigkeit und Vertrauensneigung kann man ähnlich der Lücke zwischen Rhetorik und Realpolitik wegdiskutieren. So schreibt der US-amerikanische Diplomatiehistoriker Mark Lawrence, dass sich die USA Mitte des 20. Jahrhunderts im Kontext kolonialer Herausforderungen mit derselben Frage wie alle anderen westlichen Nationen auseinandersetzen mussten – nämlich mit der, ob sie in ihren Beziehungen zu asiatischen, afrikanischen und lateinamerikanischen Völkern entweder Herrschaft (das heißt: ihre eigenen politischen und wirtschaftlichen Interessen) oder Harmonie (unter Berücksichtigung der Wünsche und Sehnsüchte der Kolonialvölker) akzentuieren sollten. Die Lösung lag meist in einem Kompromiss bestehend aus dem Lippenbekenntnis zu Gunsten antikolonialer Politik und Selbstbestimmung in Form von Wahlen, Reformen und Modernisierungshilfen bei gleichbleibender Unterstützung westlicher neokolonialer Interessen. Kam es zwischen beiden Polen zu einem Konflikt, so zum Beispiel in Vietnam, Guatemala, Äthiopien oder Südafrika, so entschieden sich US-Politiker regelmäßig für Kontrolle und illiberale Maßnahmen.[53]

Gleichzeitig waren die Lippenbekenntnisse nicht nur Schall und Rauch. Im Gegenteil: Gerade in den 1960er- und 1970er-Jahren bestand ihr explizites Ziel im langwierigen Aufbau von Vertrauen in verschiedenen Regionen der Welt. Vertrauen bildete unter den militärischen Alliierten der NATO die Grundlage zur Zusammenarbeit. In Bezug auf die blockfreien Staaten sollte Vertrauen dazu dienen, dass diese nicht mit fliegenden Fahnen zur Gegenseite überwechselten. Die Präsidentschaft Lyndon B. Johnsons (1963–1969) war deutlich geprägt von der Furcht, dass wenn die USA dieses Vertrauen verlören, sich ein Großteil der Welt dem Kommunismus zuwenden würde. 1965 riet der Verteidigungsexperte John McNaughton dem Verteidigungsminister Robert McNamara, dass 70 Prozent der US-amerikanischen Kriegsziele in Vietnam darin bestünden, „eine beschämende Niederlage der USA zu vermeiden“. Stattdessen müssten die USA ihre Glaubwürdigkeit an anderen Fronten des Kalten Kriegs wie zum Beispiel in Deutschland oder Korea unter Beweis stellen. Nur 10 Prozent des Einsatzes, so McNaughton, geschehe aus dem Wunsch heraus, den Südvietnamesen zu helfen, „ein freieres Leben“ zu führen.[54]

Und dennoch gab es Momente im Kalten Krieg, in denen gerade die „Falken“, also die Hardliner der US-Politik, in der Lage waren, ihr grundsätzliches Miss-

[53] Mark Atwood Lawrence: Assuming the Burden. Europe and the American Commitment in Vietnam. Berkeley 2005, S. 3–27, S. 41–54, S. 204, S. 234, S. 240–224, S. 276–287.

[54] Draft Memorandum from McNaughton to Robert McNamara, „Proposed Course of Action re: Vietnam“, (draft), 24. 3. 1965, https://www.mtholyoke.edu/acad/intrel/pentagon3/doc253.htm (letzter Zugriff am 5. 5. 2020).

trauen für einen Moment zu vergessen. Die Öffnung nach China und in die Sowjetunion zu Beginn der 1970er-Jahre waren solche Momente: Henry Kissinger und Richard Nixon (der womöglich misstrauischste Präsident in der gesamten US-Geschichte) waren damals davon überzeugt, dass die chinesische Führung um Mao Zedong und Zhou Enlai mitnichten von tiefem Hass auf das US-kapitalistische System getrieben werde. Beide Supermächte unterzeichneten in der Folge Kooperationsabkommen, die Atomwaffentests im Weltraum verboten, atomare Verteidigungssysteme limitierten, nukleare Mittelstreckenraketen eliminierten und sogar eine gegenseitigen Waffenkontrolle zuließen.[55]

Solche Momente waren häufig sehr persönlich und nur von vorübergehender Dauer. Genau deshalb werden diese Augenblicke der Annäherung von der Historiografie häufig übersehen oder – vor dem Hintergrund einer Analyse in den Kategorien von unmittelbarem Erfolg oder Misserfolg – geringgeschätzt. Nicht beachtet wird dabei ihre Qualität als in sich schlüssige und oft langfristig geplante Maßnahme, deren Konsequenz oder gar Effizienz im Sinne von Affinität, Sympathie und Zusammenarbeit weit in der Zukunft liegen mochte. Im Sinne des Sprichworts „Nicht jede verpasste Chance ist ein Verlust" indizieren ein nicht zustande gekommenes Geschäft oder ein nicht unterzeichneter Vertrag immerhin gemeinsame Neigungen und Ziele sowie die Bereitschaft der Verhandlungspartner, zumindest über eine gemeinsame Abmachung sprechen zu wollen. Wie zwischen Freunden und Geschäftspartnern ist auch im Zusammenspiel der Staaten eine Interaktion nicht nur anhand deren Ergebnis und deren unmittelbarem Nachspiel bewertbar. Vielmehr kann sie dazu beitragen, ein Gesprächs- und Arbeitsklima zu schaffen, dessen Wert sich erst Jahre später herausstellen wird.

Eine Schlüsselrolle dabei spielt das in der Geschichtswissenschaft oft wenig differenzierte Verhältnis zwischen persönlichen Affinitäten und staatlichem Interesse. So war der US-amerikanische Präsident John F. Kennedy zu Ende seines ersten Amtsjahres davon überzeugt, dass die öffentliche und verfemende Rhetorik der USA dazu beigetragen habe, ein internationales Gesprächsklima zu kultivieren, in welchem die beiden Supermächte sich nicht auf ein Ende nuklearer Waffentests hätten einigen können. Hätten die USA nicht offiziell behauptet, die UdSSR würde heimlich unterirdische Atombombenversuche durchführen und sich damit einen immensen technologischen Vorsprung schaffen, so hätte es zu einem für beide Seiten zufriedenstellenden Abkommen und einem Testverbot kommen können.[56] Chruschtschow und Eisenhower wiederum bedauerten öffentlich, dass der „militärisch-industrielle Komplex" sie gegeneinander in einer Weise ausspiele, die dem gegenseitigen Vertrauen zwischen beiden Männern den Boden entziehe. So soll Eisenhower gesagt haben: „Da kommen die hohen Militärs zu mir und sagen, ‚Mr. President, wir brauchen soundso viel Geld für dieses oder jenes Programm.' Ich sage: ‚Sorry, so viel Geld haben wir nicht.' Darauf sie: ‚Ja, aber wir haben zu-

[55] Alexander L. George u. a.: U.S.-Soviet Security Cooperation. Achievements, Failures, Lessons. Oxford 1988.
[56] Glenn Seaborg: Kennedy, Khrushchev and the Test Ban. Berkeley 1981, S. 134.

verlässige Informationen, dass in der Sowjetunion die Mittel für das gleiche Programm bereitgestellt worden sind. Wenn wir das Geld nicht kriegen, überholt uns die Sowjetunion auf diesem Sektor.' Also gebe ich nach."[57] Nachdem Chruschtschow betont habe, dass es ihm genauso gehe, habe Eisenhower ihm gegenüber resümiert: „Ja […] so habe ich mir das vorgestellt […]. Wissen Sie, wir sollten wirklich in irgendeiner Form eine Vereinbarung treffen, statt für diese fruchtlosen Rivalitäten Geld auszugeben." Doch wie der sowjetische Ministerpräsident sich noch Jahre später erinnerte: „Wir konnten uns damals nicht einigen und wir können uns heute immer noch nicht einigen."[58]

Der wohl aufsehenerregendste Moment von Vertrauensbildung fand gerade dort statt, wo die Geschichtsschreibung ihn lange am wenigsten vermutet hat – während des Treffens von US-Präsident Ronald Reagan und dem sowjetischen Generalsekretär Michail Gorbatschow in Reykjavik, einem Ereignis, das viele Analytiker des Kalten Kriegs, wie zum Beispiel Melvyn P. Leffler und Thomas Risse-Kappe lange beschäftigt hat.[59]

Was war passiert? Heute ist bekannt, dass sich Reagan im Vorfeld des Gipfels von Reykjavik am 11. und 12. Oktober 1986 bewusst dazu entschied, Gorbatschow sein Vertrauen zu schenken. Beide Staatsoberhäupter beschlossen in einem privaten Gespräch und unter kompletter Missachtung jeglicher strategischen Planung eine umfassende nukleare Abrüstung – eine informelle Übereinkunft, die aber nicht verwirklicht wurde: Reagans Berater widersetzten sich den getroffenen Absprachen mit großer Vehemenz, während Gorbatschow selbst auf einem Ende der Forschung zu SDI (*Strategic Defense Initiative*) beharrte.[60] Wichtig bleibt dennoch festzuhalten, dass Reagan mit Gorbatschow sympathisierte und ihm vertraute. Warum tat er das?

Seit seinem Amtsantritt 1981 hatte der US-Präsident versucht, mit dem Führungskader des Zentralkomitees der KPdSU und vor allen Dingen mit dessen Vorsitzenden, das heißt mit Gorbatschows Vorgängern – Männern wie Leonid Breschnew, Juri Andropow und Konstantin Tschernenko –, ins Gespräch zu kommen. Reagan war bei seinem Versuch nie weit gekommen, denn in der Regel äußerten die sowjetischen Staatsoberhäupter wenig Interesse an einem Austausch oder gingen nicht auf die Bedingungen des US-Präsidenten ein. Reagans Vertrauen in Gorbatschow wurde durch die Tatsache beflügelt, dass jener der erste sowjetische Staatsführer war, der offen und ehrlich über sowjetische Belange sprach, Probleme klar darlegte, Wirtschaftsfragen öffentlich thematisierte und vor allem den gemeinsamen Wunsch artikulierte, den Kalten Krieg zu beenden. Mit dieser Hal-

[57] Nikita Chruschtschow: Chruschtschow erinnert sich. Reinbek 1971, S. 520.
[58] Ebd., S. 521.
[59] Thomas Risse-Kappe: Did Peace Through Strength End the Cold War?. Lesson from INF. In: International Security 16 (1991), S. 162–188; ders.: Ideas Do Not Float Freely. Transational Coalitions, Domestic Structures and the End of the Cold War. In: International Organization 48 (1994), S. 185–214.
[60] James Mann: Rebellion of Ronald Reagan. A History of the End of the Cold War. New York 2009, S. 45.

tung zeigte Gorbatschow ein Maß an Humanität, das aufgrund der bisherigen Erfahrung mit Mitgliedern des sowjetischen Zentralkomitees niemand in der US-Regierung einem kommunistischen Führer überhaupt zugetraut hätte. Der Historiker Archie Brown nennt dies den „Gorbatschow-Faktor" und meint damit insbesondere dessen große Flexibilität sowie seine Fähigkeit, sehr schnell persönliche Beziehungen und ein Klima des Vertrauens herzustellen.[61] Michail Gorbatschow galt im Westen bald als menschlich, sympathisch, freundlich, mitfühlend, ehrlich, neugierig und als sehr guter Zuhörer. Er war das erste sowjetische Staatsoberhaupt, welches überhaupt einmal konzedierte, dass Fehler und Missstände in der Sowjetunion geschehen seien beziehungsweise existierten. Gorbatschow gab zu, dass das wirtschaftspolitische System der UdSSR große Mängel aufweise und sowjetische Truppen Afghanistan verlassen müssten. Zudem benutzte er eine moderne politische Terminologie jenseits des üblichen leninistisch-marxistischen Jargons. In einer Reihe von Reden griff Gorbatschow Ende der 1980er-Jahre immer wieder auf Vokabular des „liberalen Skripts" zurück, etwa indem er wiederholt Wörter wie „Menschenrechte" und „Demokratie" benutzte.[62]

Es kann angenommen werden, dass Reagan zu Gorbatschow mehr Vertrauen fasste als umgekehrt. Das ist nicht überraschend, denn Vertrauen erfordert Wahlmöglichkeiten – insbesondere die zwischen den Optionen, ein solches zu fassen oder nicht. Doch Gorbatschow stand angesichts der gravierenden ökonomischen und finanziellen Herausforderungen, mit denen sich die Sowjetunion seit den 1970er-Jahren konfrontiert sah, mit dem Rücken zur Wand. Im Gegensatz zu Reagan hatte er keine Wahl. Der US-Präsident hingegen musste Gorbatschow nicht vertrauen. Reagan hätte seine Ziele – was immer diese sein mochten, sie gelten auch 30 Jahre später immer noch als unklar – ebenso durch reine Machtpolitik durchsetzen können. Aber genau das wollte der US-Präsident nicht: „Zwischen mir und Gorbatschow", so Reagan später, „gab es eine Chemie, die fast so etwas wie eine Freundschaft schuf".[63]

Reagans Vertrauen sollte sich als gerechtfertigt erweisen: In seiner Rede vor den Vereinten Nationen im Dezember 1988 kündigte der sowjetische Generalsekretär an, dass er die sowjetische Präsenz in Europa um eine halbe Million Soldaten und 5 000 Panzer reduzieren werde.[64] Gorbatschow ging damit weiter, als er es trotz innersowjetischer Missstände hätte tun müssen. Ähnlich wie Reagan, zeigte er Vertrauen. Sein Verhalten kann als Bilderbuchbeispiel dafür gelten, was nach Mayer, Davis und Schoorman mit „choice of trust" (Vertrauenswahl) gemeint ist: „Die Bereitschaft einer Gruppe, sich trotz limitierter Optionen verwundbar ge-

[61] Archie Brown: The Gorbachev Factor. Oxford 1997, S. 37f., S. 108, S. 117, S. 230, S. 245, S. 250.
[62] Vgl. z. B. Gorbatschows Rede vor den Vereinten Nationen, 7. 12. 1988, https://www.c-span.org/video/?5292-1/gorbachev-united-nations (letzter Zugriff am 5. 5. 2020).
[63] Ronald Reagan: An American Life. New York 1990, S. 707.
[64] Vgl. Gorbachev's Speech to the U.N., 7. 12. 1988, https://astro.temple.edu/~rimmerma/gorbachev_speech_to_UN.htm (letzter Zugriff am 5. 5. 2020).

genüber einer anderen Gruppe zu zeigen, in der Erwartung, dass diese andere Gruppe eine bestimmte Handlung vollziehen wird."[65]

Damit soll nicht gesagt werden, dass der Kalte Krieg deshalb zu Ende ging, weil Reagan Gorbatschow vertraute. Aber der Konflikt endete auf eine friedliche Weise und mithilfe einer starken persönlichen, emotional unterfütterten Beziehung, die für Zeitgenossen unvorhersehbar war. „Am Ende des Kalten Kriegs gab es einen Zeichenprozess, der den Westen in Bezug auf sowjetische Motivationen beruhigte", so Andrew Kydd. „Der Westen änderte seine Überzeugung und sah die Sowjets nicht mehr als Expansionisten, sondern als Menschen, die nach Sicherheit strebten."[66] Man mag konstatieren, dass diese Einsicht nicht neu ist oder dass Expansion und Sicherheit, je nach Perspektive, jeweils nur zwei Seiten ein und derselben Medaille darstellen. In jedem Fall wurde ein Verständnis der Gegenposition aus einer Position des gegenseitigen Vertrauens generiert.

Zusammenfassung und Postskriptum

Die vorangegangenen Beobachtungen und Analysen lassen zwei Rückschlüsse zu: *Erstens* schufen US-Entscheidungsträger lieber Vertrauen, als dass sie anderen vertrauten. Auf diese Weise existierte in der politischen Vertrauensarbeit der USA im Kalten Krieg eine erhebliche Asymmetrie. So bemühten sich US-Regierungsmitglieder seit dem Zweiten Weltkrieg sehr viel mehr darum, vertrauensvoll zu erscheinen, als selbst Vertrauen gegenüber anderen zu entwickeln. Die angeführten Beispiele zeigen die Unausgewogenheit dieser einseitigen „Vertrauenspolitik" auf: Der Marshallplan und die Informationsprogramme nach 1945 stehen für eine langfristige und erfolgreiche Vertrauensbildungsarbeit im Ausland. Die Reagan-Gorbatschow-Gespräche stehen hingegen für die seltene Bereitschaft aufseiten der USA, anderen zu vertrauen. Beide Beispiele belegen, dass neben Macht Vertrauen eine zentrale strategische, aber auch asymmetrische Rolle im Kalten Krieg spielte.

Zweitens fällt auf, dass der Faktor „Vertrauen" in der Geschichtsschreibung der internationalen Beziehung noch immer vernachlässigt wird. Dies geschieht trotz der Tatsache, dass diese mit kompatiblen Schlüsselbegriffen wie Kontrolle, Sicherheit, Werte, Wahlmöglichkeiten, Verwundbarkeit und Zukunft arbeitet. Historikerinnen und Historiker sind als einzige in der Lage, zu überprüfen, ob langfristig gehegte Erwartungen erfüllt wurden und sich dementsprechend auszahlten. Aus der Rückschau wird deutlich, dass sich das Vorschussvertrauen von Nixon und Kissinger in Zhou Enlai ebenso wie das Vertrauen, das Reagan (oft gegen den Rat seiner Umgebung) für Gorbatschow empfand, bewährt hat. Die Welt wurde nachhaltig verändert, Mauern fielen und Beziehungen entstanden, weil die Führungs-

[65] Roger C. Mayer/James H. Davis/F. David Schoorman: An Integrative Model of Organizational Trust. In: AMR 20 (1995) 3, S. 709–734, hier insbes. S. 712.
[66] Andrew Kydd: Trust and Mistrust in International Relations. Princeton 2005, S. 221.

riege der USA sich für einen Moment für Vertrauen und nicht für Kontrolle entschied.

Diese Momente sind außergewöhnlich. Norm in der Geschichte der US-Außenbeziehungen war und bleibt Vorsicht und Misstrauen. Das letzte Wort zur Beurteilung dieser Einstellung ist längst nicht gesprochen: Deborah Welch Larson argumentiert, dass konstantes Dominanz- und Kontrollverhalten dem internationalen System eher schade als nütze. Die Abwesenheit von Vertrauen, so Larson führe dazu, dass es „Staaten oft nicht gelingt, zusammenzuarbeiten, selbst wenn sie kompatible Prioritäten haben, weil Entscheidungsträger inkorrekte Rückschlüsse aus den Motiven und Intentionen ihres Gegenübers ziehen".[67]

Gleichzeitig sind neorealistische Einwände nicht von der Hand zu weisen: Ihr Engagement in Übersee, in welcher Form auch immer, hat die USA global verwundbarer gemacht. Seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs ist es immer wieder zu realen Bedrohungen gegen US-Bürger, US-Institutionen und deren Sicherheit gekommen. Es wäre dementsprechend unsinnig, in Zweifel zu ziehen, dass es viele Menschen gab und gibt, die die Zerstörung des US-Kapitalismus als ihre Aufgabe betrachten.[68] Angesichts dieser permanenten Bedrohung mag man im Rückgriff auf die oben erwähnte Dichotomie zwischen „Macht" und „Vertrauen" den Schluss ziehen, dass Hegemonialmächte es sich nicht leisten können, anderen zu vertrauen.

Demgegenüber jedoch steht eine breite Forschung zu Empire, s*oft power* und *nation branding*, die dezidiert auf kulturdiplomatische Faktoren wie „Einladung", Attraktivität, Anziehungskraft und Humanität als bi- beziehungsweise multilaterale Mittel zur Koexistenz hingewiesen hat. Eine Reihe von Theoretikern der internationalen Beziehungen hat in diesem Zusammenhang den Analysefokus jüngst verschoben, nämlich weg von Rationalität, Berechenbarkeit und Stabilität, hin zu Emotion und Intuition. Werte wie „Vertrauen", so Kate Schick und Amanda Russell Beattie, mögen nicht mit westlichen Vorstellungen vom internationalen System einhergehen, würden aber in Zukunft den Schlüssel zu größerer internationaler Kooperation und Stabilität bilden.[69] Dementsprechend argumentiert Torsten Michel, dass der Faktor „Mensch" von rationalen politischen Überlegungen losgelöst werden müsse. Stattdessen, so Michel, sei Vertrauen selbst ein Motiv, das eine Beziehung involviert und zudem Verwundbarkeit reflektiert. Nach Michel gibt es einen wichtigen Unterschied zwischen Verlässlichkeit und Vertrauen in den internationalen Beziehungen: Während das Fehlen von Verlässlichkeit Enttäuschung hervorbringe, führe gescheitertes Vertrauen zum Gefühl, verraten worden zu sein, was wiederum den Einzelnen dazu bewege, „die Grenzen der Erwar-

[67] Deborah Welch Larson: Trust and Missed Opportunities in International Relations. In: Political Psychology 18 (1997), S. 701–734, Zitat: S. 701.
[68] Jeremi Suri: The Myths and Realities of Anti-Americanism. In: H-Diplo, Juni 2013, http://www.h-net.org/reviews/showrev.php?id=37406 (letzter Zugriff 5. 5. 2020).
[69] Kate Schick/Amanda Russell Beattie (Hg.): The Vulnerable Subject in International Relations. Houndmills 2013, Zitat: S. 9.

tungen, von denen wir annahmen, dass sie unverletzlich seien, zu überdenken und neu zu definieren".[70]

Vertrauen ist also eine Aspiration und eine Investition in Bezug auf die Zukunft. Historikerinnen und Historiker, so argumentiert der vorliegende Beitrag, können untersuchen, ob vertrauensbildende Maßnahmen sich langfristig bewährt haben – oder nicht. Die wichtigste Frage in Bezug auf die Langzeit(aus)wirkung von Vertrauen bleibt: Warum und wann haben Menschen, Gruppen, Staaten und Allianzen in der Vergangenheit manchen vertraut, anderen aber nicht? Wann hat sich Vertrauen gelohnt, wann nicht? Vertrauen ist ein politischer Wert, der einen unmittelbaren Effekt zeigt, jedoch das Gegenteil von Macht und Einfluss darstellt. Wie hat dies die internationalen Beziehungen und Entscheidungsfindungsprozesse in der Vergangenheit geprägt und welche Erkenntnisse kann die Politik daraus für die Zukunft ziehen? In einem 2014 gehaltenen Vortrag stellte der Wirtschaftswissenschaftler Jonathan Fox heraus, dass Norwegen mit über 80 Prozent weltweit den höchsten Anteil von Einwohnern aufweise, die glaubten, anderen Menschen vertrauen zu können. Die niedrigsten Werte würden in Afrika und Südamerika ermittelt, was Fox auf instabile politische Verhältnisse zurückführt.[71] Wie hat diese Diskrepanz die internationalen Beziehungen in der Vergangenheit beeinflusst? Lassen sich die Parameter der Vertrauensgeschichte des Ost-West-Konflikts auf andere Krisenherde übertragen, wie zum Beispiel auf Nordirland, auf Israel/Palästina, auf Südafrika – also auf Länder, die ebenfalls in den 1990er-Jahren eine – wenngleich oft begrenzte – Periode der Annäherung erlebten?

Dies ist eine umfangreiche Aufgabe. Historiker und Historikerinnen sind gut beraten, in diesem Zusammenhang mit Kolleginnen und Kollegen aus der Psychologie, aber auch der Sozial- und Globalgeschichte, den Politik-, Rechts-, Theater-, Wirtschafts- und insbesondere den Regionalwissenschaften zusammenzuarbeiten, um zu untersuchen, wie Vertrauen in unterschiedlichen Zusammenhängen funktioniert, sowie um zu analysieren, unter welchen Umständen es sich als die richtige Politik erwiesen hat – und unter welchen nicht.

Abstract

This essay, first, points to an idiosyncrasy in the history of U.S. foreign relations: A lack of trust that is indeed not a new phenomenon arising only in the context of 9/11. Both U.S. leaders and the people who vote them into office have historically been reluctant to exert "trust propensity," that is an ability to trust others at the expense of control. Ironically, however, striving for "trustworthiness" – i.e. gain-

[70] Torsten Michel: Trust, Rationality and Vulnerablity in International Relations. In: Schick/Beattie (Hg.): Vulnerable Subject (wie Anm. 69), S. 86–112, Zitat: S. 102; Robin Markwica: Emotional Choices. How the Logic of Affect Shapes Coercive Diplomacy. New York/Oxford 2018.

[71] Jonathan Fox: Why Is It that Economists Are Interested in Trust?. Präsentation anlässlich der Ringvorlesung „Trust", FU Berlin, 5. 11. 2014.

ing the trust of others – became a persistent strategic goal in the U.S. foreign policy of the twentieth century. Secondly, the essay presents an argument about trust and time. The spirit of "short-termism" (marked by vistas limited to only a few years, funding cycles, election terms, and business quarters) has increasingly clouded contemporaries' perception of the relevance of long-term developments for the future. There is much that historians can offer with regard to the value of trust in international relations in the *longue durée*. Since trust is an aspiration concerning the future, historians can study in retrospect whether the trust maintained and propelled by historical actors paid off.

Thomas Freiberger

Getting „stingy with an ally“ – Eisenhowers emotive Reaktionen in der Suezkrise 1956

Jede geschichtswissenschaftliche Beschäftigung mit Emotionen ist dazu verdammt, mit einer Enttäuschung zu beginnen. Nach wie vor gibt es keine allgemeingültige Definition für das, was wir alltagssprachlich als „Gefühle“ beziehungsweise „Emotionen“ bezeichnen. Obwohl das Wissen über Emotionen in den vergangenen zwei Jahrzehnten geradezu explodiert ist, wird immer deutlicher, dass Emotionen zu den komplexesten Phänomenen zählen, mit denen sich die modernen Kognitionswissenschaften beschäftigen.[1] Dementsprechend macht es Sinn, grob zu skizzieren, wo sich der Autor im Spektrum der Theoriedebatte verortet.[2]

Den Diplomatiehistoriker interessiert vor allem, wie Gefühle menschliche Handlungen beeinflussen. Wir wissen, dass einer Handlung stets kognitive Prozesse wie Vorstellungen und Wahrnehmungen vorausgehen und Kognitionen wiederum stark von Emotionen beeinträchtigt werden können. Problematisch an Gefühlen ist jedoch, dass sie „typischerweise gegenstandsarm und unpräzise“ sind und ihrem Wesen nach nicht den Wahrnehmungen, Vorstellungen und Gedanken zugerechnet werden können, da Letztgenannte in der Regel konkrete, benennbare Inhalte aufweisen.[3] Neueste Forschungen gehen davon aus, dass „Gefühle ihre physiologische Grundlage auf gemischten Prozessen haben, die weder rein neuronal noch rein körperlich sind“.[4] Ferner folgt der Autor der Ansicht, dass sich Emotionen aus einer angeborenen physiologischen und einer sozial erlernten Komponente zusammensetzen.[5] Arne Öhman hat Emotionen daher einmal tref-

[1] Vgl. dazu zusammenfassend Jan Plamper: Geschichte und Gefühl. Grundlagen der Emotionsgeschichte. München 2012, S. 9–40; Antonio Damasio: Im Anfang war das Gefühl. Der biologische Ursprung menschlicher Kultur. München 2017, bes. S. 160–162; Gerhard Roth: Fühlen, Denken, Handeln. Wie das Gehirn unser Verhalten steuert. Frankfurt a. M. 2003, S. 291.

[2] Die nachfolgenden Gedanken knüpfen an die Grundüberlegungen zum Thema Emotionsforschung in Patrick Bormann/Thomas Freiberger/Judith Michel: Theoretische Überlegungen zum Thema Angst in den Internationalen Beziehungen. In: dies. (Hg.): Angst in den Internationalen Beziehungen. Göttingen 2010, S. 13–43 an.

[3] Vgl. Roth: Fühlen (wie Anm. 1), S. 294–297, Zitat: S. 297.

[4] Damasio: Anfang (wie Anm. 1), S. 162.

[5] Die nicht selten vertretene sozialkonstruktivistische These, wonach Emotionen rein kulturell erlernte Verhaltensweisen repräsentieren, ist vor allem durch die empirischen Studien von Paul Ekman, die darauf hindeuten, dass Menschen offenbar von Geburt an über einen Grundstock an Emotionen verfügen, massiv infrage gestellt worden. Vgl. Paul Ekman: Facial Expressions. In: Tim Dagleish/Mike J. Power (Hg.): Handbook of Cognition and Emotion. Chichester 1999,

https://doi.org/10.1515/9783110680522-012

fend als „biologically prepared learning“ beschrieben.[6] Schließlich werden Gefühl und Vernunft als einander nicht grundsätzlich ausschließende Handlungsantriebe betrachtet. Emotionen können sogar in bestimmten Situationen einen entscheidenden Anteil an einer rational folgerichtigen Handlung haben. Die Empfindung von Furcht hilft uns in der Regel, riskante Situationen zu erkennen und entsprechend zu reagieren. Umgekehrt kann man daraus jedoch nicht ableiten, dass Emotionen per se rationale Handlungen unterstützen.[7]

Im Folgenden werden Gefühle als bewusste mentale Erlebnisse definiert, deren Inhalte grundsätzlich eine körperliche Seite besitzen. Das, was wir mental als Gefühle erleben, hat seinen Ursprung in sogenannten emotiven Reaktionen. Emotive Reaktionen sind Rückmeldungen über eine schnelle Veränderung der regulativen Kräfte in unserem Körper, der sogenannten Homöostase. Diese homöostasischen Veränderungen sorgen dafür, dass wir unseren Lebenszustand in einem bestimmten Augenblick beispielsweise als angenehm oder unangenehm wahrnehmen beziehungsweise zwischen diesen beiden Extremen einordnen. Es sind also Gefühle, die unserem Innenleben erst eine gewisse Wertigkeit verleihen. Obwohl ein beträchtlicher Teil der emotiven Prozesse in unserem Körper den Blicken anderer Menschen verborgen bleibt, können Gefühle intellektuell verarbeitet und ausgedrückt werden.[8] Damit ist die Erforschung der Gefühlswelt einer Person aus der quellenkritischen Perspektive des Historikers genauso problematisch oder unproblematisch wie die Erforschung der Gedankenwelt einer Person. Es gibt also keinen plausiblen Grund, Quellen nicht auf mögliche Gefühlsäußerungen zu untersuchen. Emotive Reaktionen begleiten und beeinflussen permanent unser Leben. Am Fallbeispiel der Suezkrise soll im vorliegenden Aufsatz gezeigt werden, wie stark US-Präsident Dwight D. Eisenhowers emotive Reaktionen seine Handlungen gegenüber Großbritannien im Oktober und November 1956 beeinflussten.

Eisenhowers emotive Reaktionen in der Suezkrise

Die Suezkrise war eine der komplexesten internationalen Krisen in den 1950er-Jahren.[9] Die historischen Rahmenbedingungen, in die das nachfolgende Fall-

S. 301–320. Antonio Damasio stellt die sozialkonstruktivistische These in seiner jüngsten Studie gar auf den Kopf und behauptet, dass kulturelle Tätigkeit ihren Ausgangspunkt im Affekt hat, was jedoch nicht ausschließt, dass kulturelle Prägungen wiederum den Emotionshaushalt des Menschen beeinflussen können. Vgl. Damasio: Anfang (wie Anm. 1).

[6] Arne Öhman: Face the Beast and Fear the Face. Animal and Social Fears as Prototypes for Evolutionary Analyses of Emotion. In: Psychophysiology 23 (1986) 2, S. 123–145, hier: S. 129.

[7] Zum Zusammenhang von Emotionen und Rationalität sei vor allem auf die Pionierstudien von Antonio Damasio: Descartes’ Irrtum. Fühlen, Denken und das menschliche Gehirn. München/Leipzig ^{3}1997, S. 86–119 und Joseph E. LeDoux: Emotion in the Brain. In: Annual Review of Neuroscience 23 (2000), S. 155–184 verwiesen.

[8] Vgl. dazu Damasio: Anfang (wie Anm. 1), S. 120–132.

[9] Eine Zusammenfassung der Krise findet sich in Thomas Freiberger: Allianzpolitik in der Suezkrise 1956. Göttingen 2013, S. 585–601.

beispiel eingebettet werden muss, können daher hier nur angerissen werden. Auslöser der Suezkrise war die Verstaatlichung des Suezkanals am 26. Juli 1956 durch den ägyptischen Präsidenten Gamal Abdel Nasser gewesen. Da Nasser sowohl die lebenswichtige Versorgung Großbritanniens mit Öl bedrohte als auch algerische Rebellen im Kampf gegen Frankreich unterstützte, entschlossen sich beide Staaten, den Kanal zurückzuerobern und einen Regimewechsel herbeizuführen.[10] Den Vorwand für eine Intervention der alten Kolonialmächte lieferte Israel nach einer Geheimabsprache im Oktober. Gemäß dem Kriegskomplott griff Israel am 29. Oktober 1956 Ägypten an, woraufhin Großbritannien und Frankreich intervenierten, die Kanalzone besetzten und ägyptische Küstenstädte bombardierten. Die USA hatten eine militärische Intervention ihrer europäischen Bündnispartner von Anfang an abgelehnt, weil sie die neuen unabhängigen Staaten im Nahen Osten und in Nordafrika im ideologischen Wettstreit mit der Sowjetunion auf ihre Seite ziehen wollten. Der 29. Oktober 1956 markierte also einen massiven Bruch in den Bündnisbeziehungen zwischen den „großen Drei" (USA, Großbritannien, Frankreich) in der NATO.

Auf dem Höhepunkt der Suezkrise spielten Vertrauen,[11] Enttäuschung,[12] Zorn[13] und Demütigung[14] eine zentrale Rolle. Diese Gefühle haben erheblich dazu bei-

[10] Der Suezkanal wurde von der *Compagnie Universelle du Canal maritime de Suez* betrieben, deren Verwaltungssitz in Paris angesiedelt war. Von den 400 000 Aktien befanden sich rund 52 Prozent in der Hand französischer Privatanleger während der Rest der Anteile von der britischen Regierung gehalten wurde. Zum Zeitpunkt der Verstaatlichung passierten rund 70 von 90 Millionen Tonnen der jährlich in Westeuropa verbrauchten Ölprodukte den Suezkanal. Vgl. dazu Detlev Zimmermann: Frankreich und die Suezkrise 1956. In: Winfried Heinemann/Norbert Wiggershaus (Hg.): Das Internationale Krisenjahr 1956. Polen, Ungarn, Suez. München 1999, S. 395–420, hier: S. 398f. Zu den ökonomischen Aspekten der Krise vgl. Diane B. Kunz: The Economic Diplomacy of the Suez Crisis. Chapel Hill/London 1991.

[11] Vertrauen wird hier als Emotion betrachtet, an die zwei Erwartungshaltungen geknüpft sind: „Erstens, dass es nicht enttäuscht wird und dass der Vertrauensnehmer sich so verhält, wie ich es möchte oder wie er es versprochen hat. Zweitens soll sein Verhalten meine eigenen Handlungsmöglichkeiten erweitern und optimieren." Darüber hinaus ist Vertrauen ein persönliches zwischenmenschliches Gefühl, das auf der freiwillig zugelassenen, gegenseitigen emotionalen Verwundbarkeit basiert. Vgl. Frevert: Vertrauensfragen. Eine Obsession der Moderne. München 2013 (E-Book), Pos. 3468 (Zitat: Pos. 233).

[12] Auch die geschichtswissenschaftliche Erforschung des Gefühls der Enttäuschung steht noch am Anfang. Hier sei auf die Pionierarbeiten der *Leibniz Graduate School* zum Thema „Enttäuschung im 20. Jahrhundert – Utopieverlust, Verweigerung, Neuverhandlung" des Instituts für Zeitgeschichte München–Berlin und der Ludwigs-Maximilians-Universität München verwiesen. Als Arbeitsdefinition wird hier unter Enttäuschung eine positive Erwartungshaltung im Sinne einer Hoffnung verstanden, die auf eine unerwartet negative Gegenwartserfahrung prallt.

[13] Zorn wird hier als negative Emotion betrachtet, die jedoch im Gegensatz zu anderen negativen Emotionen wie beispielsweise Traurigkeit, Panik, Furcht oder Ekel keine wichtige Schutzfunktion ausübt. So mag der Zorn eventuell seinen Widersacher abschrecken, schlägt der Zorn jedoch in Jähzorn oder Gewalt um, zahlt die Person in der Regel einen hohen Preis für dieses Verhalten. Vgl. dazu Damasio: Anfang (wie Anm. 1), S. 252f.

[14] Eine Demütigung basiert auf einer Machtdemonstration in Form einer öffentlichen Beschämung des anderen. Scham wiederum ist eine interpersonale Emotion, deren Wirkmacht im Wesentlichen die Anwesenheit Dritter voraussetzt. Besonders in den internationalen Beziehungen

getragen, dass sich die Suezkrise schließlich zu einem bündnispolitischen Kommunikationsdesaster erster Ordnung entwickelte. Von Anfang an stand den Hauptakteuren in der Krise das Gefühl des Vertrauens im Wege. US-Präsident Eisenhower, sein Außenminister John Foster Dulles, der britische Premierminister Anthony Eden, sein Schatzkanzler Harold Macmillan sowie NATO-Generalsekretär Lord Ismay kannten sich alle aus der engen Zusammenarbeit im Zweiten Weltkrieg und waren seitdem miteinander befreundet. Zudem waren sie alle weltpolitisch erfahren. Diese Erfahrung nutzte ihnen jedoch nichts, da die freundschaftlichen Gefühle füreinander sie daran hinderten, unvereinbare bündnispolitische Vorstellungen und Interessenlagen als solche wahrzunehmen und nüchtern zu bewerten. In der Suezkrise gaben schließlich Emotionen dem Lauf der Dinge eine fatale Wendung. Mit Blick auf Eisenhower war dies umso bemerkenswerter, da er als überzeugter Bündnispolitiker noch im November 1955 im *National Security Council* eine freigiebigere Haltung gegenüber den Partnern in Europa anmahnt hatte: „‚For God's sake let us not be stingy with an ally.' […] [I]nstead of being generous, we treat many of our NATO allies like stepchildren, and then expect them to turn around and commit themselves to fight with us. By such actions we cut our own throats."[15] Nur ein Jahr später verstieß Eisenhower massiv gegen seine Vorsätze und wurde „stingy" mit Blick auf seine britischen und französischen Bündnispartner. Die Ursache für diese Kehrtwende ist in einer negativen Charaktereigenschaft zu suchen, die Eisenhower seit seiner Kindheit und Jugend begleitete: Er neigte zu Temperamentsausbrüchen, die schnell in Jähzorn umschlagen konnten. Als er als kleiner Junge einmal nicht seinen Willen bekam, bearbeitete er vor lauter Wut den Stamm eines Apfelbaums vor dem elterlichen Haus solange mit den Fäusten, bis sie bluteten. Auch wenn er diese Temperamentsausbrüche mit der Zeit weitgehend unter Kontrolle bringen konnte, so sollten auch später immer wieder Situationen eintreten, in denen ihm dies nur schwer gelang.[16] Eisenhower war sich dieser Schwäche durchaus bewusst. Als der NATO-Oberbefehlshaber für Europa, General Alfred Gruenther, der ein militärischer Weggefährte und enger Freund Eisenhowers war, diesem im September 1956 berichtete, er habe von gemeinsamen Freunden gehört, dass dieser im Präsidentschaftswahlkampf zur Dünnhäutigkeit neige, schrieb der Präsident zurück: „As to the thin-skinned business, you know I am apt to talk in a fairly urgent tone about anything when I take a real interest. So, for example, when I begin to question the right of anyone to make some of the extraordinary state-

eröffnen nationale Ehrbegriffe und die öffentliche Teilhabe an politischen Aushandlungsprozessen der Politik der Demütigung ein weites Wirkungsspektrum. Vgl. dazu Ute Frevert: Die Politik der Demütigung. Schauplätze von Macht und Ohnmacht. Frankfurt a. M. 2017 (E-Book).

[15] 267th NSC-Meeting, 21. 11. 1955. In: FRUS 1955–1957. Bd. 19. Washington 1990, Dok. 41, S. 150–153, Zitat: S. 151.

[16] Vgl. Stephen E. Ambrose: Eisenhower. Soldier and President. New York u. a. 1990, S. 18 f.; Fred I. Greenstein: The Hidden-Hand Presidency. Eisenhower as Leader. Baltimore/London 1982, S. 43–45.

ments that are made, involving distortions and even disregard of fact, I am apt to get very heated."[17]

Was „very heated" bedeuten sollte, bekamen die Entscheidungsträger in London und Paris unmittelbar nach Ausbruch des Suezkriegs am 29. Oktober 1956 zu spüren.[18] Als sich andeutete, dass Frankreich und Großbritannien mit Israel offenbar in eine Kriegsverschwörung verstrickt waren, brach sich bei Eisenhower der Zorn Bahn. Der US-Präsident fühlte sich besonders von der Londoner Regierung verraten und sprach von „double-crossing".[19] Zugleich wollte er nicht recht glauben, dass seine britischen Freunde Anthony Eden und Harold Macmillan hinter diesem Kriegskomplott stecken könnten, und verdächtigte zunächst Churchill als Urheber der Volte – „inasmuch as this action is in the mid-Victorian style".[20] In den folgenden Tagen nahm Eisenhower die Zügel der amerikanischen Außenpolitik fest in die Hand und erteilte seinen europäischen Bündnispartnern eine Lektion in Sachen ökonomischer Kriegführung. So verweigerte er Paris und London die dringend benötigten Öllieferungen nach der Blockade des Suezkanals. Seine Äußerungen hinter verschlossenen Türen zeigten deutlich seinen Zorn: „The President said he was inclined to think that those who began this operation should be left to work out their own oil problems – to boil in their own oil, so to speak. […] They may be planning to present us with a fait accompli, then expecting us to foot the bill. He said he is extremely angry with both the British and the French for taking this action unilaterally and in violation of agreed undertakings such as the Tri-Partite Declaration of 1950."[21] Auch der Umgangston in den Briefwechseln zwischen Eisenhower und Eden wurde ab dem 30. Oktober 1956 deutlich frostiger. Statt der üblichen Anrede „Dear Friend" oder „Dear Anthony" hieß es nun förmlich „Dear Mr. Prime Minister" und die üblichen Schlussformel „With warm regard, As ever" wich einem steifen „Sincerly".[22] Zugleich brachte die US-Regierung die Weltöffentlichkeit in der Generalversammlung der Vereinten Nationen gegen Großbritannien und Frankreich in Stellung. Auch wenn er nur wenige Tage vor seiner Wiederwahl stand, als die Krise in den Krieg umschlug, so waren doch keineswegs wahltaktische Überlegungen ausschlaggebend

[17] Eisenhower an Gruenther, 17. 9. 1956, DDEL, Gruenther Papers, Eisenhower Correspondence Series, Box 1, Eisenhower, Dwight D. –1956 (1). Zum Hintergrund des Briefwechsels siehe Gruenther an Eisenhower, 16. 9. 1956, DDEL, AWF, Administration Series, Box 17, Gruenther, General Alfred 1956–57 (5).

[18] Die nachfolgenden Ausführungen stützen sich auf Freiberger: Allianzpolitik (wie Anm. 9), S. 239–482.

[19] Memo of Conference (Eisenhower, Dulles, Hoover, Wilson, Radford, A. Dulles, Adams, Hagerty, Goodpaster), 29. 10. 1956. In: FRUS 1955–1957. Bd. 16. Washington 1990, Dok. 411, S. 833–839, Zitat: S. 836.

[20] Memo of Conference (Eisenhower, Dulles, Hoover, Phleger, Adams, Hagerty, Goodpaster), 30. 10. 1956. In: FRUS 1955–1957. Bd. 14. Washington 1990, Dok. 419, S. 851–855, Zitat: S. 853.

[21] Memo of Conference (Eisenhower, Flemming, Goodpaster), 30. 10. 1956. In: FRUS 1955–1957. Bd. 14. Washington 1990, Dok. 435, S. 873f., Zitat: S. 873.

[22] Vgl. Peter G. Boyle (Hg.): The Eden-Eisenhower Correspondence, 1955–1957. Chapell Hill/London 2015, S. 149–190.

für Eisenhowers harte Reaktion. Ebenso wenig waren hierfür der britische Verstoß gegen internationales Recht und die Aufgabe der Bündnissolidarität der Hauptgrund. Es war vielmehr persönliche Enttäuschung. In einem Telefonat mit dem kalifornischen Senator William Knowland wurde Eisenhowers innere Zerrissenheit über das bündnispolitische Zerwürfnis mit London deutlich. Obwohl der Präsident anmahnte, die Briten nicht zu harsch für ihr Vorgehen zu verurteilen, brach seine ganze Enttäuschung schließlich in dem Satz hervor: „I'm about to loose my British citizenship." Am 12. Juni 1945 hatte Großbritannien Eisenhower für seine Verdienste im Zweiten Weltkrieg in einer feierlichen Zeremonie die britische Ehrenstaatsbürgerschaft verliehen. Eisenhower hatte in seiner Dankesrede darauf abgehoben, dass die Verwandtschaft eines Londoner Bürgers und eines Bürgers aus dem Mittleren Westen der USA vor allem im Glauben an die gleichen politischen Werte zum Ausdruck komme.[23] Für Eisenhower hatte England mit der spätkolonialen Strafexpedition am Suezkanal die transatlantischen Werte verraten, für die man gemeinsam im Zweiten Weltkrieg gekämpft hatte. Erschwerend kam hinzu, dass die Sowjetunion zeitgleich den Ungarnaufstand brutal niederschlug. Kurzum: Eisenhower war tief enttäuscht von seinen britischen Freunden und zahlte es daher seinen Bündnispartnern mit gleicher Münze heim, was sich später als großer Fehler erweisen sollte.

In London und Paris hatte man mit dieser harten Reaktion aus Washington nicht gerechnet. Vielmehr war man aufgrund der vertrauensvollen Beziehungen davon ausgegangen, Eisenhower werde zumindest wohlwollende Neutralität wahren. Auch hier haben wir es mit enttäuschten Erwartungen zu tun. Der wachsende Druck der Weltöffentlichkeit und die Verweigerung der wichtigen Öllieferungen aus den USA brachen der britischen und französischen Militärintervention das Rückgrat. War es Eisenhower zuvor nicht möglich gewesen, mäßigend auf seine Bündnispartner einzuwirken, so wusste er als erfahrener Oberbefehlshaber um die Empfindlichkeit moderner Kriegslogistik. Erst im Krieg konnte er die volle Macht der USA ausspielen. Großbritannien trafen diese Maßnahmen besonders hart, da es unter chronisch geringen Dollarreserven litt. London war nun gezwungen, teures Öl auf dem Weltmarkt zu kaufen und musste dafür seine Dollarreserven aufzehren. In der Folge stürzte das Pfund, beschleunigt durch einsetzende Währungsspekulationen, ins Bodenlose. Am 5. November beschloss die Eden-Regierung daher unilateral, die Intervention abzubrechen. Frankreich hatte sich zwar besser auf diese Situation vorbereitet und vor Ausbruch der Krise einen Kredit aufgenommen, aber aufgrund der engen operativen Verflechtung der beiden Streitkräfte konnten die Franzosen den Krieg nicht alleine weiterführen. So mussten sie sich der britischen Entscheidung beugen. Vom Zorn übermannt hatte Eisenhower die volle Wucht amerikanischer Macht gegen seine europäischen Bündnispartner in Stellung gebracht und diese in demütigender Weise in die Knie gezwungen.

[23] Vgl. Dwight D. Eisenhower: Speech at London, England, 12. 6. 1945 (Guildhall Address), https://www.eisenhower.archives.gov/all_about_ike/speeches/pre_presidential_speeches.pdf (letzter Zugriff am 5. 3. 2019), S. 23–25.

Die am 5. November vom Kreml lancierten Drohungen, London, Paris und Tel Aviv mit Atomraketen zu beschießen, haben die Entscheidung zum Waffenstillstand nicht beeinflusst. Sowohl in London als auch in Paris hielt man Bulganins Drohbriefe, hinter denen in Wahrheit Chruschtschow steckte, für das, was sie in Wirklichkeit waren: einen großen Bluff. In Washington entfaltete die Drohung vor dem Hintergrund der zeitgleichen Niederschlagung des Ungarnaufstands jedoch größere Wirkung. Eisenhower, der ansonsten kühle Praktiker der nuklearen Abschreckung, war sich nicht mehr sicher, ob die Kreml-Führung, die während der Ungarnkrise unter dem Eindruck eines drohenden Zerfalls des eigenen Herrschaftsbereichs stand, ihre Entscheidungen noch mit der gebotenen Rationalität traf. Sobald der Gegner Anzeichen irrationalen Handelns erkennen ließ, brach für Eisenhower die Logik der Abschreckung in sich zusammen. Daher entschied er sich in der Suezkrise gegen die Anwendung der Strategie der massiven Vergeltung und vermied es, der Sowjetunion auch nur das geringste Anzeichen einer Vorbereitung militärischer Eskalationsmaßnahmen zu signalisieren. Stattdessen traf er alle Vorsichtsmaßnahmen für einen „Dritten Weltkrieg" so unauffällig wie möglich, um die Sowjetunion nicht zu provozieren. Eisenhowers Handlungen waren somit von der Furcht vor einem Atomkrieg geprägt, während Großbritannien und Frankreich keine Anzeichen von Furcht zeigten, weil sie auf die Stabilität der nuklearen Abschreckung vertrauten.

Die bündnispolitischen Probleme wurden jedoch paradoxerweise nach der Herstellung der Waffenruhe am Suezkanal durch das Verhalten der Vereinigten Staaten noch einmal auf die Spitze getrieben.[24] Als Anthony Eden und Guy Mollet nach dem Waffenstillstand um eine bündnispolitisch versöhnliche Geste in Form eines Treffens der „großen Drei" in Washington baten, willigte Eisenhower zunächst ein, sagte dieses Treffen nach Rücksprache mit seinen Beratern jedoch – seinen inneren Überzeugungen zuwider handelnd – wieder ab. Außenminister Dulles und Finanzminister George Humphrey hatten Eisenhower aus moralischen Erwägungen heraus gedrängt, Großbritannien und Frankreich noch nicht die Hand zur Versöhnung zu reichen. Sowohl Eisenhower als auch die Experten im *State Department* sahen, nachdem die Reputation der Vereinigten Staaten durch das moralisch integre Verhalten in der UN-Generalversammlung im Nahen Osten enorm angestiegen war, eine günstige Gelegenheit, den Nahen Osten für den Westen gewinnen zu können. Zu diesem Zweck war Eisenhower, der anfänglich noch zögerte, nun doch bereit, notfalls die bündnispolitischen Beziehungen zu Frankreich und Großbritannien zu beschädigen. Im *State Department* gab man sich geradezu berauscht von der eigenen moralischen Integrität in den Vereinten Nationen. Daher demütigte man die Bündnispartner bis Ende November weiter, in der Hoffnung, daraus im Nahen Osten Kapital schlagen zu können. Die Politik der Demütigung, die ihren Ursprung in Eisenhowers Jähzorn besaß, hatte sich nun in ein rationales Kalkül verwandelt.

[24] Der nachfolgende Absatz stützt sich auf Freiberger: Allianzpolitik (wie Anm. 9), S. 483–494.

So verweigerte man den Briten und Franzosen weiterhin die dringend benötigten Öllieferungen. Hierfür ausschlaggebend waren zwei Gründe: Zum einen wollte man in der arabischen Welt nicht den Eindruck erwecken, man verbünde sich nun wieder mit den Aggressoren des Suezkriegs. Zum anderen wollte man die Briten und Franzosen zu einem bedingungslosen Abzug ihrer Truppen aus der Kanalzone zwingen. Auch dies sollte dem Erhalt der amerikanischen Glaubwürdigkeit gegenüber den arabischen Staaten dienen. Als sich Ende November zeigte, dass sich die arabischen Staaten, allen voran Ägypten, nicht so verhielten, wie man sich das im *State Department* ausgemalt hatte, hatte man die NATO – ohne es richtig zu bemerken – an den Rand des Zusammenbruchs getrieben.

Von der Weltöffentlichkeit unbemerkt spielte sich Ende November in Paris die bündnispolitisch dramatischste Szene der Suezkrise ab, als der NATO-Generalsekretär, Lord Ismay, den US-Botschafter in Paris kontaktierte, um über einen streng geheimen *back channel* Eisenhower eine persönliche Nachricht zukommen zu lassen.[25] Diese Nachricht geriet schließlich zum reinsten emotionalen Ausbruch: „Ismay told me [Botschafter Dillon; Anm. des Verfassers] that he was more concerned today than at the darkest hour of the Battle of Britain. He said that he had only been persuaded to take this present job because he was told that the US had confidence in him and had wished him to do so. He said that he had always looked to you [Eisenhower; Anm. des Verfassers] as the leader of the free world and had had personal feelings toward you comparable only to his feelings for Churchill. […] Events of last few days, however, had so shaken his confidence that he no longer felt certain that he could continue as Secretary-General of NATO. He emphasized that he had mentioned his feeling to no one but me and in particular to no Britisher in or out of present British Govt. He wish to make clear that he was in no sense attempting to use his feelings as a threat but that on the contrary he was wholeheartedly at your service to carry on his work provided you wished him to do so and still regarded NATO as the Free Worlds Number One Defense against Soviet Communism. Ismay than said that he utterly condemned British-French action at Suez of which he had no inkling. However, problem was now how to patch up the Alliance. He pointed out that British and French had accepted cease fire in ignominious circumstance, had agreed to withdraw from Egypt and had commenced withdrawal. Therefore, this was no time for US Govt to continue to kick the British and French when they were clearly down. […] Despite all his efforts to be an international servant Ismay felt that in such circumstances, much as he deplored British action at Suez, he could not continue to work for NATO but would have to resign immediately and stand by his country. In his view there would be no valid reason for continued existánce [sic!] of NATO. Ismay talked at length of Edens personal weaknesses, including extreme vanity, and said that Butler would be much better Prime Minister. He hoped that US Govt by its attitude would not make Eden a martyr and a symbol of British national patriotism thus ensuring his return to office. Ismay throughout

[25] Vgl. dazu Freiberger: Allianzpolitik (wie Anm. 9), S. 500–522.

conversation was deeply moved and at times tears even came to his eyes. He emphasized that he was certain that you could not realize serious damage which US attitude of past few days, i. e. since cease fire, was doing to NATO, damage which he felt could shortly reach fatal proportion."[26]

An diesem Telegramm kann man hervorragend die Wirkmechanismen einer Demütigung studieren. Obwohl Ismay betonte, Eisenhower keineswegs zu drohen, war es genau das, was er mit seinen Äußerungen bezwecken wollte. Er machte dem US-Präsident klar, dass er sich in seinem nationalen Ehrgefühl zutiefst gekränkt fühlte, und dass dieses Gefühl stärker sei als seine freundschaftlichen Gefühle für Eisenhower. Seine heftige emotionale Reaktion wurde anhand seiner Tränen sogar physisch greifbar. Zugleich zeigte Ismay exemplarisch, wie man eine Demütigung in eine scharfe Waffe gegen ihren Urheber umwandeln konnte. Ein Rücktritt des britischen NATO-Generalsekretärs zu diesem Zeitpunkt wäre einem bündnispolitischen Desaster gleichgekommen. Zugleich drohte die Zerrüttung einer langjährigen Freundschaft. Mit diesem vertraulichen Telegramm setzte Ismay Eisenhower folglich massiv unter Druck. Mit einem langen Beschwichtigungsbrief und der Aufhebung der Sanktionen wenige Tage später, gelang es Eisenhower schließlich, seinen alten Freund vom Rücktritt abzuhalten.

Lord Ismays Rücktrittsdrohung war der emotionale Höhepunkt einer bündnispolitischen Beinah-Katastrophe, die man als solche in Washington nicht hatte kommen sehen. Während die politische Führung in den USA unmittelbar nach der Suezkrise die eigene moralische Integrität bejubelte, hatte man nicht bemerkt, dass durch das Verhalten in der Suezkrise die eigene Reputation im Bündnis beschädigt worden war. Viele Bündnispartner wagten es zwar nicht, in der Öffentlichkeit gegen die USA Stellung zu beziehen, unter der Oberfläche wurde jedoch wachsende Kritik am Verhalten der Führungsmacht laut. In Washington hatte man gehofft, dass das sowjetische Verhalten in der Ungarnkrise die Angst bei den Bündnispartnern vor der Sowjetunion wieder erhöht und auch den letzten Verfechter einer Ost-West-Entspannung von der Torheit seines Vorhabens überzeugt habe. Doch so war es nicht. Die meisten NATO-Mitglieder waren schockiert über die stille Allianz der beiden Supermächte in der UN-Generalversammlung, die sich gegen Großbritannien und Frankreich formiert hatte. Einige Bündnispartner waren zudem darüber besorgt, dass auf dem Höhepunkt der Ungarnkrise eine harte Verurteilung der sowjetischen Raketendrohungen seitens der USA und der NATO zunächst ausgeblieben war.[27] Die Gründe dafür, warum Eisenhower

[26] Ismay, Lord (3), Dillon (Paris) an Allen Dulles, 26. 11. 1956, DDEL, AWF, Name Series, Box 19. Das Originaltelegramm, das über den CIA-Direktor an Eisenhowers Ferienort weitergeleitet wurde, ist in der Eisenhower Library nicht vorhanden, sondern nur die am 26. November an Eisenhower weitergeleitete Kopie.

[27] Washington hatte zur sowjetischen Raketendrohung gegenüber Großbritannien, Frankreich und Israel in der Öffentlichkeit geschwiegen. Erst acht Tage nach der Drohung erfolgte eine Gegendrohung durch den NATO-Oberbefehlshaber in Europa, US-General Alfred Gruenther, der ein enger Vertrauter von US-Präsident Eisenhower war. Damit zeigte sich, dass die NATO im Krisenfall ein verlängerter Arm des US-Militärs war, da die militärischen Spitzenposten des

die Kreml-Führung nicht unnötig provozieren wollte, sind uns heute bekannt, die europäischen Bündnispartner waren damals jedoch weitgehend ahnungslos. Für sie hatten sich die Amerikaner schlicht als bündnispolitisch unsichere Kantonisten erwiesen. Am Ende zahlte Eisenhower einen hohen Preis für die Demütigung Großbritanniens und Frankreichs in der NATO, weil er im Eifer des Zorns und der moralischen Überlegenheit vergessen hatte, dass London und Paris nach der Suezkrise weiterhin seine wichtigsten Bündnispartner in Europa bleiben sollten. Im Nachhinein musste Eisenhower vor allem den Briten bündnispolitische Zugeständnisse machen, die ohne die Demütigung schwerlich denkbar gewesen wären.[28] Auch in diesem Fall gilt, was Ute Frevert in ihrer Studie zur Politik der Demütigung festgehalten hat: „Politiker und Diplomaten sind in solchen Fällen gut beraten, mit Fingerspitzengefühl vorzugehen und Demütigungen zu vermeiden."[29]

Methodische Reflexionen

Die Geschichte, die gerade erzählt wurde, hat allerdings einen großen Haken: Der Autor kann nicht mit letzter Sicherheit sagen, dass sie stimmt. Keiner hat dieses Grundproblem drastischer auf den Punkt gebracht als Ludwig Wittgenstein: „Was sich überhaupt sagen läßt, läßt sich klar sagen; und wovon man nicht reden kann, darüber muß man schweigen."[30] Folgten wir Wittgensteins Ratschlag, dann müssten wir über Emotionen schweigen, denn die Erfahrungsräume, in denen der andere seine Gefühle aufbewahrt und verbirgt, können wir nicht betreten. Wir können nicht in die Köpfe der Subjekte unserer wissenschaftlichen Betrachtung hineinschauen. Das gilt allerdings nicht nur für Emotionen, sondern auch für alle anderen Dinge, die sich in der Welt der Wahrnehmungen, Vorstellungen und Gedanken abspielen. In dieser Hinsicht unterscheidet sich das nüchterne Verhältnis zwischen dem Historiker und seinem Forschungssubjekt in keiner Weise von dem engen Verhältnis zweier sich nahestehenden Menschen, die einander bereits lange kennen: „Kein letztes Licht, keine einfühlende Liebe legt das Labyrinth der Innerlichkeit eines anderen frei."[31]

Supreme Allied Commander Europe (SACEUR) und des *Supreme Allied Commander Atlantic* (SACLANT) stets mit US-Offizieren besetzt wurden. Vgl. dazu Freiberger: Allianzpolitik (wie Anm. 9), S. 518f.

[28] Vgl. dazu ebd., S. 522–583.

[29] Frevert: Politik (wie Anm. 14), Pos. 198.

[30] Ludwig Wittgenstein: Logisch-philosophische Abhandlung. Tractatus logico-philosophicus. Frankfurt a. M. 1989, S. 7.

[31] Diese letztlich nie vollständig überwindbare „Einsamkeit" des Denkens ist nach George Steiner einer der zehn Gründe, warum dem Denken möglicherweise ein Gefühl der „Traurigkeit" anhaftet. George Steiner: Warum Denken traurig macht. Zehn (mögliche) Gründe. Frankfurt a. M., S. 83.

Egal wie viel Mühe sich der Historiker bei seinen empirischen Forschungen gibt, er bleibt letztlich ein Geschichtenerzähler und er wird nie ein Verkünder absoluter Wahrheiten sein. Das ist der konstruktivistische Makel der Geschichtswissenschaft.[32] Die Organisation der Geschichten, die wir erzählen, folgt unseren Annahmen über geschichtliche Kontinuität, unseren Vorstellungen von Ursache und Wirkung, und nicht zuletzt folgt sie inhaltlich und sprachlich unserer kulturell erlernten Grammatik. „Das Erzählen von Geschichte ist ein Organisieren vergangener Ereignisse unter spezifisch menschlichen Interessen."[33] Egal wie sehr wir uns um Objektivität bemühen, das Ergebnis hat den faden Beigeschmack einer unvermeidlichen Subjektivität. Historiker sind somit vielleicht die schlechtesten Kenner der Welt, weil sie ständig versuchen, die Welt in eine Ordnung zu zwingen, die sie womöglich gar nicht besessen hat.[34] Aber in dieser Einsicht liegt auch etwas Tröstliches: Es gibt eigentlich keinen plausiblen Grund, warum sich Historiker *nicht* mit Emotionen beschäftigen sollten, zumal die Geschichtsschreibung unvermeidlich anthropozentrisch ist.[35] Wir *müssen* uns sogar mit Emotionen beschäftigen, denn „[u]nsere Aufgabe in dieser Welt ist es nicht, alle Dinge zu wissen, wohl aber diejenigen, die unser Verhalten betreffen"[36].

Allerdings stellt sich die Frage, wie der Historiker den Emotionen praktisch auf die Spur kommen kann. In der Studie des Autors über die Suezkrise[37] spielten Emotionen eine erhebliche Rolle, da der Autor dies jedoch zu Beginn nicht wissen konnte, hatte er sich auch keine methodischen Gedanken zu diesem Problem gemacht. Erst die Beschäftigung mit dem Thema „Angst in den internationalen Beziehungen" im Rahmen einer Tagung mit anschließender Publikation führte zu einer intensiveren Auseinandersetzung mit der Emotionsforschung.[38] Zu diesem Zeitpunkt war jedoch die Studie zur Suezkrise schon zu weit fortgeschritten, um sie noch einmal umzuschreiben. Im Nachhinein ist dem Autor jedoch klar geworden, dass er vielleicht gar nicht so unmethodisch vorgegangen ist, wie er zunächst angenommen hatte. Erst folgendes Zitat von Michel Foucault hat ihm das vor Augen geführt: „Wenn ich ein Buch beginne, weiß ich nicht nur nicht, was ich bei

[32] „Erst Geschichtsschreibung schafft Geschichte. Geschichte – um es ganz scharf zu sagen – ist keine Realität, sie ist ein Zweig der Literatur." Sebastian Haffner: Was ist eigentlich Geschichte?. In: ders.: Historische Variationen. Stuttgart/München 2001, S. 23–30, hier: S. 28. Ähnlich argumentieren Eberhard Jäckel: Über den Umgang mit Vergangenheit. In: ders.: Umgang mit Vergangenheit. Beiträge zur Geschichte. Stuttgart 1989, S. 118–130, hier: S. 118–120 sowie Edward H. Carr: What is History?. London 2001, S. 20.

[33] Siehe dazu ausführlich Hans Michael Baumgartner: Kontinuität und Geschichte. Zur Kritik und Metakritik der historischen Vernunft. Frankfurt a. M. 1997, S. 249–343, Zitat: S. 273.

[34] Grundlegend dazu Michel Foucault: Die Ordnung des Diskurses. Frankfurt a. M. 1991.

[35] Vgl. Plamper: Geschichte (wie Anm. 1), S. 39. Geschichte wurde und wird immer von Menschen für Menschen geschrieben. Zum Anthropozentrismus der Geschichtswissenschaft vgl. Marc Bloch: Apologie der Geschichtswissenschaft oder der Beruf des Historikers. Stuttgart 2002, S. 30; John Lukacs: The Future of History. New Haven/London 2011, S. 111.

[36] John Locke: Versuch über den menschlichen Verstand. In vier Büchern. Bd. 1: Buch I und II. Hamburg [4]1981, S. 27.

[37] Freiberger: Allianzpolitik (wie Anm. 9).

[38] Bormann/ders./Michel: Überlegungen (wie Anm. 2).

seiner Vollendung denken werde; mir ist nicht einmal sonderlich klar, welche Methode ich verwenden werde. Jedes meiner Bücher ist eine Weise, einen Gegenstand zu konturieren und eine Methode zu seiner Analyse zu erfinden. Ist meine Arbeit beendet, so kann ich – gewissermaßen im Rückblick – aus der soeben gemachten Erfahrung eine methodologische Reflexion entwickeln, welche die Methode herausarbeitet, der das Buch hätte folgen sollen. So daß ich abwechselnd Bücher schreibe, die ich als explorative und als methodische bezeichnen würde. […] Was ich geschrieben habe, sind keine Rezepte, weder für mich noch für sonst jemand. Es sind bestenfalls Werkzeuge – und Träume."[39]

Auch in der Studie zur „Allianzpolitik in der Suezkrise 1956" wurde ein „explorativer" Ansatz verwendet, was bedeutet, dass alle „Werkzeuge" herangezogen wurden, die geeignet schienen, um die komplexen Zusammenhänge der Suezkrise besser zu verstehen. Allerdings eignet sich die explorative Herangehensweise nur sehr eingeschränkt zur Darlegung in einem einleitenden Methodenkapitel. Ein weiterer Nachteil der explorativen Methode besteht darin, dass sie extrem zeitaufwendig und damit wenig effizient ist. Umberto Eco gab in der Nachschrift zu seinem Buch „Der Name der Rose" einmal zu, dass er das erste Jahr der Arbeit an seinem Roman nur mit aufwendigen und scheinbar überflüssigen Recherchen verbracht habe: „Denn ich musste ja schließlich auch wissen, wer die Mönche waren, die nicht im Buch auftreten; es war nicht nötig, daß der Leser ihre Bekanntschaft macht, aber ich mußte sie kennen."[40] Auch der Autor dieser Zeilen hat immens viel Zeit damit verbracht, Dinge über seine handelnden Personen und ihre Zeit in Erfahrung zu bringen, die anschließend im Buch nur noch punktuell Verwendung fanden. War das also alles sinnlos? Nein. Der Historiker kennt die Gegenwart in der Regel nur aus zweiter Hand, aber über die Vergangenheit, in diesem Fall: die 1950er-Jahre, verfügt er über solide Kenntnisse aus erster Hand. Das Quellenmaterial in den Archiven ermöglicht es dem Historiker zuweilen, hinter die Fassade der Persönlichkeiten zu schauen, die es zu erforschen gilt. In Tagebüchern, Briefen, Telegrammen, Telefonaufzeichnungen und Zeitzeugenberichten können mit ein wenig Quellenglück Emotionen sichtbar werden. Ebenso spielen diplomatische Kulturen bei der Erforschung von Emotionen eine Rolle. So erlauben angelsächsische Diplomatenberichte sehr viel tiefere Einblicke in persönliche und allgemeine Stimmungslagen als ihre nüchtern und unpersönlich gehaltenen französischen Gegenstücke. Alle diese Erkenntnisse waren enorm hilfreich, um die Protagonisten der Suezkrise in ihrer Komplexität und ihren Eigenheiten besser zu verstehen.

Wenn der Autor nun versuchen müsste, seine „explorative" Vorgehensweise methodisch genauer zu spezifizieren, dann käme wohl am ehesten Clifford Geertz' Konzept der *thick description* der gewählten Methode am nächsten. Das Konzept der „dichten Beschreibung" ist eine explorative Methode, die eine mikroskopische Betrachtungsweise bevorzugt und bei der die empirische Vorgehens-

[39] Michel Foucault: Der Mensch ist ein Erfahrungstier. Gespräch mit Ducio Trombadori. Frankfurt a. M. 1997, Zitat: S. 24f.
[40] Umberto Eco: Nachschrift zum „Namen der Rose". München [11]2012, S. 32.

weise den Blick auf das Abstrakte lenkt und nicht umgekehrt. Nur so verlieren wir nicht den Kontakt mit den *hard surfaces of life* wie es Geertz einmal genannt hat.[41] Die explorative Methode und das Konzept der „dichten Beschreibung" sind daher auch denkbar ungeeignet zur Ableitung abstrakter Theorien, denn je näher der Historiker am Gegenstand arbeitet, umso schwerer lassen sich generalisierende Aussagen formulieren und umgekehrt.[42] Man sollte sich jedoch davor hüten, aus diesem Umstand eine dezidierte Theoriefeindlichkeit der Geschichtswissenschaft abzuleiten. Folgt man den Überlegungen von John L. Gaddis, dann trifft eher das Gegenteil zu: „Historians are – or ought to be – open to diverse ways of organizing knowledge: our reliance on micro- rather than macro-generalization opens up for us a wide range of methodological approaches. […] Whatever works, in short, we should use."[43] Der Balanceakt des Historikers besteht also darin, den quellenkritischen Blick immer wieder durch Theorie- und Methodenkenntnisse zu schärfen. Die theoretisch gerahmte Sichtweise darf jedoch nicht den Blick auf Fakten versperren, die den theoretischen Annahmen widersprechen.

Es mag sein, dass alle diese Überlegungen banal klingen und alle unsere wissenschaftlichen Erkenntnisse letztlich auf tönernen Füßen stehen. Dennoch ist der Autor dieser Zeilen davon überzeugt, dass wir nicht Ludwig Wittgensteins Diktum folgen sollten, sondern eher Umberto Ecos kluger und humorvoller Entgegnung: „Wovon man nicht theoretisch sprechen kann, darüber muß man erzählen."[44] Diese methodische Herangehensweise ist keineswegs so unwissenschaftlich, wie sie auf den ersten Blick scheint. Im Gegenteil: Das Vordringen zu den Begründungszusammenhängen eines zu erkennenden Gegenstands ist immer ein Sprung ins Dunkel. Aber im Moment des Absprungs erleben wir die Verdichtung all dessen, was Wissenschaft ausmacht: „Here, on the edge of what we know, in contact with the ocean of the unknown, shines the mystery and the beauty of the world. And it's breathtaking."[45]

Abstract

The Suez Crisis of 1956 was one of the most complex international crises of the Cold War. While it had lasting consequences on the development of the modern Middle East, the crisis also placed a heavy strain on the cohesion of the NATO

[41] Vgl. Clifford Geertz: Thick Description. Toward an Interpretive Theory of Culture. In: ders.: The Interpretation of Cultures. Selected Essays by Clifford Geertz. New York 1973, S. 3–30.
[42] Vgl. dazu Marcus Beiner: Humanities. Was Geisteswissenschaft macht. Und was sie ausmacht. Darmstadt, S. 16–18.
[43] John L. Gaddis: The Landscape of History. How Historians Map the Past. Oxford/New York 2002, S. 108f. Gaddis wendet sich damit explizit gegen die Aussage von Edward H. Carr, wonach der Historiker ein „chronic generalizer" sei. Carr: History (wie Anm. 32), S. 58.
[44] Umberto Eco: Der Name der Rose. München 1982, Klappentext. Zur Entstehung dieses Zitats vgl. Dieter Mersch: Umberto Eco zur Einführung. Hamburg 1993, S. 7f., S. 199, Anm. 3.
[45] Carlo Rovelli: Seven Brief Lessons on Physics. London 2015, S. 79.

alliance, with Britain and France at odds with the United States on the issue of going to war with Egypt. During the crisis, emotions impacted the intra-alliance bargaining process quite significantly. The decision-makers on the British and the American sides had worked in close collaboration during World War II and thus enjoyed an unusually high level of trust. When that trust turned into bitter disappointment at the apex of the Suez Crisis, President Eisenhower overreacted in an emotional state of rage. In the end, Eisenhower's politics of rage brought the NATO alliance close to the brink of collapse.

Frederike Schotters

Gefühlsstrategien und Erwartungsmanagement

Die *équipe Mitterrand* und die deutsch-französischen Beziehungen 1981–1983

Einleitung

In den frühen 1980er-Jahren herrschte Krisenstimmung: Nicht nur folgten auf die Entspannung zwischen Ost und West der 1970er-Jahre neuen Konfrontationen, auch war eine Fortsetzung des europäischen Integrationsprozesses durch zahlreiche Unstimmigkeiten zwischen den Mitgliedsländern der Europäischen Gemeinschaft (EG) blockiert. Infolge von Entwicklungen der 1970er-Jahre zeichneten sich zudem wirtschafts- und finanzpolitische Schwierigkeiten ab. All diese Krisenerscheinungen blieben nicht ohne Rückwirkung auf das Verhältnis zwischen den Verbündeten der NATO.[1] In das zeitgenössische Krisennarrativ fügt sich der Eindruck, dass mit dem Amtsantritt von François Mitterrand der deutsch-französische „Motor" ins Stocken geraten sei. Zu diesem Bild hat nicht zuletzt die Memoirenliteratur zeitgenössischer Akteure beigetragen.[2]

Die historische Forschung hat zuletzt eine Historisierung des Krisendiskurses der 1970er-Jahre vorgenommen.[3] In dem Maße, wie die europäische *relance* ab

[1] Zu Krisenerscheinungen zu Beginn der 1980er-Jahre vgl. u. a. Andreas Wirsching: Abschied vom Provisorium. Die Geschichte der Bundesrepublik Deutschland 1982–1990. München 2006; Jan Hansen: Abschied vom Kalten Krieg?. Die Sozialdemokraten und der Nachrüstungsstreit (1977–1987). Berlin/Boston 2016; Leopoldo Nuti (Hg.): The Crisis of Détente in Europe. From Helsinki to Gorbachev, 1975–1985. London/New York 2009; Philipp Gassert/Tim Geiger/Hermann Wentker (Hg.): Zweiter Kalter Krieg und Friedensbewegung. Der NATO-Doppelbeschluss in deutsch-deutscher und internationaler Perspektive. München 2011; Christoph Becker-Schaum u. a. (Hg.): „Entrüstet euch!". Nuklearkrise, NATO-Doppelbeschluss und Friedensbewegung. Paderborn u. a. 2012.

[2] Vgl. z. B. Helmut Schmidt: Weggefährten. Erinnerungen und Reflexionen. Berlin 1996. S. 256; Zu deutsch-französischen Divergenzen und Schwierigkeiten der politischen Eliten vgl. zudem Hélène Miard-Delacroix: Ungebrochene Kontinuität. François Mitterrand und die deutschen Kanzler Helmut Schmidt und Helmut Kohl 1981–1984. In: VfZ 47 (1999) 4. S. 539–558, hier: S. 543–545.

[3] Vgl. u. a. Poul Villaume/Rasmus Mariager/Helle Porsdam (Hg.): The „Long 1970s". Human Rights, East-West Détente, and Transnational Relations. London/New York 2016; Claudia Hiepel (Hg.): Europe in a Globalising World. Global Challenges and European Responses in the „Long" 1970s. Baden-Baden 2014; Anselm Doering-Manteuffel/Lutz Raphael: Nach dem Boom. Perspektiven auf die Zeitgeschichte seit 1970. Göttingen 2010; Niall Ferguson u. a. (Hg.): The Shock of the Global. The 1970s in Perspective. Cambridge 2010; Konrad H. Jarausch (Hg.): Das Ende der Zuversicht. Die siebziger Jahre als Geschichte. Göttingen 2008.

https://doi.org/10.1515/9783110680522-013

1983/1984 in den Fokus der Geschichtswissenschaft rückt, ist es auch notwendig, stärker nach den Voraussetzungen für die wachsende Dynamik in den deutsch-französischen Beziehungen ab Mitte der 1980er-Jahre zu fragen. Insbesondere im Kontext der deutsch-französischen Beziehungen empfiehlt es sich, neuere Forschungstrends der Geschichtswissenschaft zu berücksichtigen und die emotionalen Dimensionen dieser Beziehungen in Rechnung zu stellen.

Spätestens mit den offiziellen Inszenierungen seit 1963 erfuhren die deutsch-französischen Beziehungen eine „emotionale und symbolische Aufladung".[4] Der Elysée-Vertrag bildete eine Symbiose aus kalkulierter Politik und emotionaler Identifizierung. Mit ihm wurden Gefühle gleichsam zu einem *emotional regime*[5], zu einer Erwartungsgröße und normativen Komponente der deutsch-französischen Beziehungen, die es fortan mitzudenken gilt.[6] Emotionen sollten in diesem Kontext aber nicht nur deshalb zum Gegenstand der Analyse gemacht werden, weil sie im Zentrum der Meistererzählung einer deutsch-französischen Freundschaft stehen, sondern auch, weil sie generell auf vielfältige Weise in das Handeln politischer Akteure der internationalen Beziehungen einfließen.

„Außenpolitik [ist] ein Geschäft mit Erwartungen",[7] war anlässlich der Münchner Sicherheitskonferenz 2018 in der „Süddeutschen Zeitung" zu lesen. Der dem Ökonomischen entlehnte Begriff „Geschäft" suggeriert insofern ein auf Rationalität gründendes Handlungsmodell, als im Verständnis der *rational choice*-Theorie das Handeln des *homo oeconomicus* auf dem Abwägen von Kosten und Nutzen beruht.[8] Ein auf Rationalität basierendes Verständnis von Außenpolitik wird in der Geschichtsschreibung der internationalen Beziehungen allerdings zunehmend infrage gestellt. Der vorliegende Beitrag schließt sich dem aktuellen Forschungstrend an, die Geschichte der internationalen Beziehungen als Erfahrungs- und Wahrnehmungsgeschichte zu schreiben sowie Emotionen als Einflussfaktoren von politischem Handeln ernst zu nehmen, um dadurch jene Ansätze produktiv fortzuentwickeln, die unter anderem infolge der Kritik an der „realistischen Schule" entstanden sind.[9] Damit rücken Perzeptionen und Emotionen ins Betrachtungs-

[4] Jörn Leonhard: Nationen und Emotionen nach dem Zeitalter der Extreme. Deutschland und Frankreich im 20. Jahrhundert. In: ders. (Hg.): Vergleich und Verflechtung. Deutschland und Frankreich im 20. Jahrhundert. Berlin 2015, S. 7–25, hier: S. 15.

[5] Zu dem Konzept eines *emotional regime* vgl. William M. Reddy: The Navigation of Feeling. A Framework for the History of Emotions. Cambridge 2006.

[6] Vgl. dazu Hélène Miard-Delacroix: Kalkulation und Emotion. Der Elysée-Vertrag vom 22. Januar 1963. In: Leonhard (Hg.): Vergleich (wie Anm. 4), S. 127–142; vgl. ferner Gesa Bluhm: Vertrauensarbeit. Deutsch-französische Beziehungen nach 1945. In: Ute Frevert (Hg.): Vertrauen. Historische Annäherungen. Göttingen 2003, S. 365–393, hier: S. 371.

[7] Daniel Brössler/Mike Szymanski: Die Welt wartet auf Deutschland. In: Süddeutsche Zeitung, 17./18. 2. 2018, S. 6.

[8] Vgl. Gabler Kompakt-Lexikon Wirtschaft. 4 500 Begriffe nachschlagen, verstehen, anwenden. Wiesbaden ^{10}2010, S. 206.

[9] Vgl. u. a. Martin Klimke/Reinhild Kreis/Christian F. Ostermann (Hg.): Trust, but Verify. The Politics of Uncertainty and the Transformation of the Cold War Order 1969–1991. Washington 2016; Birgit Aschmann (Hg.): Gefühl und Kalkül. Der Einfluss von Emotionen auf die Politik

feld von Historikerinnen und Historikern. Ziel dieses Aufsatzes ist es, zur Erneuerung der klassischen Diplomatie- und Außenpolitikgeschichte beizutragen. Zwar bleibt er den klassischen Quellen der Diplomatiegeschichte verpflichtet, untersucht diese mit einem konsequent emotionshistorischen Blick jedoch aus einer innovativen methodischen Perspektive. Als Materialgrundlage dienen die Dokumente der Beraterinnen und Berater Mitterrands sowie Papiere des französischen Außenministeriums. Diese Quellen werden ergänzt um deutsche Parallelüberlieferungen, die sich etwa in den „Akten der Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland" und in der einschlägigen Memoirenliteratur finden.

Der Beitrag widmet sich der zentralen Frage, welche Rolle Emotionen in der außenpolitischen Praxis der *équipe Mitterrand*[10] spielten und untersucht insbesondere politische Strategien und Methoden, die durch Mitterrand und seine Regierungsmannschaft zum Zweck deutsch-französischer Vertrauensbildung eingesetzt wurden. William Reddys Konzept des *emotional regime*, das dieser als ein durch eine gesellschaftlich dominante Gruppe festgelegtes Set an Gefühlsnormen versteht,[11] ist für die vorliegende Analyse insofern relevant, als sich infolge des Elysée-Vertrags die bereits erwähnten normativen Gefühlserwartungen etablierten. Diese Gefühlsnormen sind das Ergebnis von Lernprozessen und unterliegen dem historischen Wandel. Da sie auf das Individuum wirken und gleichzeitig Raum für individuelles Empfinden lassen, wird die Dichotomie zwischen Struktur und Handeln in Reddys Ansatz aufgebrochen.[12]

Methodisch birgt ein emotionshistorischer Zugriff für Historikerinnen und Historiker einige Herausforderungen, da sie Gefühle meist nur über Verbalisie-

des 19. und 20. Jahrhunderts. Stuttgart 2005; Patrick Bormann/Thomas Freiberger/Judith Michel (Hg.): Angst in den Internationalen Beziehungen. Göttingen 2010; Bernd Greiner/Christian Th. Müller/Dierk Walter (Hg.): Angst im Kalten Krieg. Hamburg 2009; Reinhild Kreis (Hg.): Diplomatie mit Gefühl. Vertrauen, Misstrauen und die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland. Berlin/München/Boston 2015; Wilfried Loth: Angst und Vertrauensbildung. In: Jost Dülffer/ders. (Hg.): Dimensionen internationaler Geschichte. München 2012, S. 29–46. Im Kontext der deutsch-französischen Beziehungen wurde der emotionshistorische Forschungstrend bereits ebenfalls aufgegriffen, vgl. dafür Miard-Delacroix: Kalkulation (wie Anm. 6); dies.: Émoi versus émotion programmée. L'instrusion de l'actualité dans la commémoration du vingtième anniversaire du traité de l'Élysée en janvier 1983. In: Antoine Marès/Marie-Pierre Rey (Hg.): Mémoires et émotions. Au cœur de l'histoire des relations internationales. Paris 2014, S. 55–65; Bluhm: Vertrauensarbeit (wie Anm. 6); Ulrich Lappenküper: Prekäres Vertrauen. François Mitterrand und Deutschland seit 1971. In: Kreis (Hg.): Diplomatie (wie Anm. 9), S. 83–96. Für eine Übersicht über unterschiedliche Ansätze der Emotionsforschung sowie einen Forschungsüberblick aus geschichtswissenschaftlicher Perspektive vgl. außerdem Bettina Hitzer: Emotionsgeschichte – ein Anfang mit Folgen. In: H-Soz-Kult, 23. 11. 2011, http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/forum/2011-11-001 (letzter Zugriff am 6. 3. 2018).

[10] Dieser Begriff bezeichnet ein Geflecht an Akteuren um den französischen Präsidenten François Mitterrand, die an der Genese der französischen Außen-, Sicherheits- und Europapolitik beteiligt waren. Für ausführlichere Erläuterungen vgl. Frederike Schotters: Frankreich und das Ende des Kalten Krieges. Gefühlsstrategien der équipe Mitterrand 1981–1990. Berlin/Boston 2019, S. 73–81.

[11] Reddy: Navigation (wie Anm. 5), S. 129.

[12] Loth: Angst (wie Anm. 9), S. 30.

rungen erfassen können, diese aber in formalisierten außenpolitischen Akten selten explizit zum Ausdruck kommen. Aus diesem Grund und um sie auch jenseits einer rein diskursiven Ebene für die Untersuchung fruchtbar zu machen, werden Emotionen im vorliegenden Aufsatz als Analysekategorien verwendet. Der Beitrag konzentriert sich dabei im Anschluss an jüngere Forschungen zum Ost-West-Konflikt auf „Angst" und „Vertrauen" und nutzt diese Gefühle auf Grundlage der folgenden Punkte als Analysekonzepte.[13]

Erstens ist von einem Wechselverhältnis zwischen Perzeption und Emotion auszugehen, dem jenseits der „realistischen Schule" in Geschichts- und Politikwissenschaft schon seit Längerem Rechnung getragen wird. Janice Gross Stein hat darauf verwiesen, dass *belief-systems* und Feindbilder eine „emotional dimension of strong dislike" aufweisen.[14]

Zweitens wird zur Konzeptualisierung von „Angst" und „Vertrauen" der von Reinhart Koselleck entworfene Zusammenhang von Erfahrung und Erwartung analytisch genutzt.[15] „Angst" zeichnet sich durch die Erwartung einer Bedrohung aus – diese Zukunftserwartung leitet sich wiederum aus Erfahrungen der Vergangenheit ab. Dazu zählen sowohl individuelle als auch kollektive Traumata.[16] Im Anschluss an Bernhard Gotto und Reinhild Kreis wird davon ausgegangen, dass sich der Zusammenhang von Erfahrung und Erwartung auf „Vertrauen" als Analysekonzept übertragen lässt: Gotto empfiehlt, „Vertrauen" als „generalisierte Erwartungshaltung"[17] zu verstehen. Erwartungshaltungen, die laut Niklas Luhmann eine Vorwegnahme der Zukunft darstellen und sich durch ein hohes Maß an vermeintlicher Gewissheit über das Verhalten anderer auszeichnen, beruhen ebenfalls auf Erfahrungen der Vergangenheit. Sowohl „Vertrauen" als auch „Angst" weisen somit durch das Interaktionsverhältnis von Erfahrung und Erwartung einen Zukunfts- wie auch einen Vergangenheitsbezug auf. Mit der Kategorie der Erfahrung geraten Prozesse von Vertrauensbildung oder -verlust in den Blick, die es als historische Dimensionen zu berücksichtigen gilt. Die hier entwickelte Definition

[13] Vgl. Anm. 9.

[14] Janice Gross Stein: Threat Perception in International Relations. In: Leonie Huddy/David Sears/Jack Levy (Hg.): The Oxford Handbook of Political Psychologie. Oxford/New York ²2013, S. 364–394, hier: S. 386; Zitat: Janice Gross Stein: Psychological Explanations of International Conflict. In: Walter Carlsnaes/Thomas Risse/Beth Sommons (Hg.): Handbook of International Relations. London u. a. 2002, S. 292–308, hier: S. 294; vgl. ferner z. B. David L. Rousseau/Rocio Garcia-Retamero: Identity, Power and Threat Perception. A Cross-National Experiment Study. In: JCR 51 (2007) 5, S. 744–771; Gottfried Niedhart: Selektive Wahrnehmung und politisches Handeln. Internationale Beziehungen im Perzeptionsparadigma. In: Wilfried Loth/Jürgen Osterhammel (Hg.): Internationale Geschichte. Themen – Ergebnisse – Aussichten. München 2000, S. 141–157.

[15] Vgl. dazu Reinhart Koselleck: Vergangene Zukunft. Zur Semantik geschichtlicher Zeiten. Frankfurt a. M. ⁴2000, S. 349–375.

[16] Loth: Angst (wie Anm. 9), S. 31; Patrick Bormann/Thomas Freiberger/Judith Michel: Theoretische Überlegungen zum Thema Angst in den internationalen Beziehungen. In: dies. (Hg.): Angst (wie Anm. 9), S. 13–43.

[17] Bernhard Gotto: Kommentar. In: Kreis (Hg.): Diplomatie (wie Anm. 9), S. 97–105, hier: S. 99.

von Vertrauen grenzt sich daher explizit von dem rein auf Kalkulation und Berechenbarkeit basierendem Verständnis in der Spieltheorie ab.[18]

Eine weitere Dimension von Angst und Vertrauen ist *drittens* Wissen. Da das Verhalten anderer Akteure prinzipiell nicht vorhersagbar ist, kompensiert Vertrauen Wissenslücken über das Verhalten anderer, um Handeln zu ermöglichen. Werden Wissenslücken hingegen zu groß – erscheint die Zukunft zu ungewiss –, kann dies Ängste auslösen.[19]

Emotionen besitzen *viertens* eine Kommunikations- und Handlungsdimension, da sie in unterschiedlicher Form in politisches Handeln eingehen. In Anlehnung an Ute Frevert und die Beiträge des von Reinhild Kreis herausgegebenen Bandes „Diplomatie mit Gefühl" wird im vorliegenden Beitrag davon ausgegangen, dass sowohl Angst als auch Vertrauen zum operativen Ziel von politischem Handeln werden können. Darüber hinaus motivieren Angst und Vertrauen politisches Handeln, indem sie – im Fall von Vertrauen – Beziehungen stiften und Handeln ermöglichen oder – im Fall von Angst – Bewältigungsmaßnahmen auslösen. Ferner stellen Angst und Vertrauen insofern politische Ressourcen dar, als die diskursive Verwendung dieser Begriffe als rhetorische Strategie der außenpolitischen Kommunikation dient.[20] Die hier entwickelten Analysekonzepte basieren folglich insgesamt auf einem spezifischen Zusammenhang von Perzeption, Emotion, Gefühlskommunikation beziehungsweise politischem Handeln, Wissen und Zeitdimensionen. In den folgenden drei Abschnitten wird untersucht, wie Perzeptionen und Emotionen in das außenpolitische Handeln der Regierungsmannschaft um François Mitterrand eingingen. Zunächst wird herausgearbeitet, wie französische Akteure deutsche Perzeptionen und Emotionen erforschten, um im zweiten Schritt aufzuzeigen, wie die gewonnenen Erkenntnisse zur Grundlage außenpolitischen Handelns wurden. Während der zweite Abschnitt danach fragt, auf welche Weise versucht wurde, Gefühle strategisch zu erzeugen, verdeutlicht der dritte Abschnitt, wie diese instrumentalisiert wurden, um die eigenen politischen Handlungsspielräume zu vergrößern. Die Analyse vermag die hinter politischem Vertrauen stehenden Prozesse und Strategien sichtbar zu machen. Damit liefert sie einen Beitrag zu der übergeordneten Frage, welchen Gewinn ein emotionshistorischer Blick für die Diplomatiegeschichtsschreibung bringt.

[18] Niklas Luhmann: Vertrauen. Stuttgart [4]2009, S. 9; Reinhild Kreis: Arbeit am Beziehungsstatus. Vertrauen und Misstrauen in den außenpolitischen Beziehungen der Bundesrepublik Deutschland. In: dies. (Hg.): Diplomatie (wie Anm. 9), S. 7–16, hier: S. 9f.

[19] Luhmann: Vertrauen (wie Anm. 18), S. 9; Kreis: Arbeit (wie Anm. 18), S. 10.

[20] Ute Frevert: Gefühlspolitik. Friedrich II. als Herr über die Herzen. Göttingen 2012, S. 16f.; Kreis: Arbeit (wie Anm. 18), S. 13f.; Gotto: Kommentar (wie Anm. 17), S. 98f.; Philipp Gassert: „Vertrauen, Einsicht und guten Willen zuwecken". Überlegungen zu einem Zentralbegriff westdeutscher Außenpolitik. In: Kreis (Hg.): Diplomatie (wie Anm. 9), S. 17–31; Loth: Angst (wie Anm. 9), S. 31.

Empathie als Gefühlsstrategie – *Une Allemagne „incertaine"*

In der öffentlichen Wahrnehmung steht das deutsch-französische *Couple* Mitterrand/Schmidt meist hinter dem Eindruck des weitaus erfolgreicheren Paares Mitterrand/Kohl zurück. Dies liegt erstens an der vergleichsweise kurzen Phase der Zusammenarbeit von gerade einmal anderthalb Jahren. Zweitens erscheint dieser Zeitraum aufgrund der stilisierten politischen Freundschaften zwischen Helmut Schmidt und Valéry Giscard d'Estaing sowie François Mitterrand und Helmut Kohl als eine Art Übergangsphase. Und drittens lassen sich gewisse Unstimmigkeiten bei Mitterrands Amtsantritt nicht leugnen. Schmidt und Mitterrand trennten nicht nur unterschiedliche wirtschaftspolitische Vorstellungen, sondern auch Divergenzen in zentralen politischen Sachfragen der europäischen Zusammenarbeit wie der Gemeinsamen Agrarpolitik oder der Finanzierungsfrage.[21]

Darüber hinaus hegten Mitterrand und Schmidt kategorisch unterschiedliche europapolitische Vorstellungen über das Verhältnis der EG-Mitgliedsländer zueinander: Da die Zusammenarbeit innerhalb der Europäischen Gemeinschaft seit dem Ende der 1970er-Jahre durch Unstimmigkeiten in verschiedenen Fragen erschwert war, versuchte François Mitterrand zu Beginn seiner Amtszeit die „Befürchtungen der kleineren EG-Partner vor einem deutsch-französischen Kondominium"[22] zu zerstreuen. Mitterrand sowie seine Beraterinnen und Berater verzichteten bewusst auf die Formulierung „deutsch-französische Achse" bei der Beschreibung der deutsch-französischen Rolle in Europa. Damit nahmen sie Emotionen als Einflussfaktoren für politisches Handeln insofern ernst, als sie davon ausgingen, dass das Misstrauen der kleineren europäischen Staaten Fortschritte im europäischen Integrationsprozess verhindere. Emotionen – sowie die Fähigkeit der *équipe Mitterrand*, diese zu erkennen – wurden hierbei handlungsleitend. Die Begriffsvermeidung zielte darauf, die Beziehungen der EG-Mitgliedstaaten rhetorisch zu egalisieren und Misstrauen zu beseitigen. Demgegenüber beruhten Helmut Schmidts Vorstellungen eher auf einem realpolitischen Verständnis, demzufolge die EG gleichsam einer „politische[n] Direktion" durch Paris und Bonn geführt werden sollte.[23] Die *équipe Mitterrand* zeigte ein hohes Maß an Empathie für die Selbst- und Fremdwahrnehmungen anderer außenpolitischer Akteure – in diesem Fall gegenüber den kleineren Mitgliedstaaten in der EG. Empathie wird in diesem Zusammenhang weniger auf einer individuellen Ebene verstanden, sondern vielmehr als eine politische Strategie. Wie im Folgenden noch aufgezeigt wird, zeichnete sie sich dadurch aus, die Emotionen anderer Akteure wahrzunehmen und für das eigene Handeln zu berücksichtigen.

[21] Vgl. Hélène Miard-Delacroix: Les relations franco-allemandes. In: Serge Berstein/Jean-Louis Bianco/Pierre Milza (Hg.): Les années Mitterrand. Les années du changement (1981–1984). Paris 2001, S. 295–310, hier: S. 299; Miard-Delacroix: Kontinuität (wie Anm. 2), S. 544, S. 555f.

[22] Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Staatspräsident Mitterrand in Latche, 7. Oktober 1981, AAPD 1981, Dok. 287, S. 1536–1544, hier: S. 1539.

[23] Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Staatspräsident Mitterrand in Brüssel, 29. Juni 1982, AAPD 1982, Dok. 196, S. 1036–1042, hier: S. 1039.

Diese unterschiedlichen europapolitischen Konzeptionen in Deutschland und Frankreich lösten auf bundesdeutscher Seite jedoch Misstrauen aus. Die deutschen Akteure interpretierten Mitterrands Ablehnung einer „deutsch-französischen Achse" als „Zerbrechen der Achse Paris Bonn" und fürchteten eine Annäherung zwischen Frankreich und Großbritannien. Sowohl in der bundesdeutschen Presse als auch im persönlichen Gespräch mit dem deutschen Botschafter versuchte Mitterrand, solche Bedenken auszuräumen.[24] Dieses Beispiel führt vor Augen, welche Unstimmigkeiten in den deutsch-französischen Beziehungen zu Beginn von Mitterrands Amtszeit durch Vertrauensbildung zu überwinden waren. Gleichzeitig verdeutlicht es aber auch die Ambivalenzen, durch die sich Prozesse der Vertrauensbildung grundsätzlich auszeichnen. Als vertrauensbildend intendierte Maßnahmen Frankreichs auf europäischer Ebene lösten in bundesdeutschen Medien und Regierungskreisen Misstrauen aus. In ihrer Fähigkeit, die Erwartungen der deutschen Partner zu erkennen, war die *équipe Mitterrand* offenbar an eine Grenze gestoßen.

Doch trotz der politischen Divergenzen konstatiert Hélène Miard-Delacroix eine Intensivierung der Beziehungen zwischen französischem *Elysée* und bundesdeutschem Kanzleramt, insbesondere im Bereich der Verteidigungspolitik: Angesichts der zu Anfang genannten internationalen Spannungen traten die Unstimmigkeiten hinter wachsender deutsch-französischer Solidarität zurück.[25] Für Mitterrands politischen Berater, Hubert Védrine, gründete effektive Vertrauensbildung auf zwei Komponenten: Anlässlich des deutsch-französischen Gipfels im Oktober 1981 identifizierte er zunächst Aspekte, die in bundesdeutschen Regierungskreisen Misstrauen evozierten. Insbesondere die französische Wirtschaftspolitik stellte er als einen dieser Aspekte explizit heraus. Sodann entwickelte er Vorschläge, um perzipiertes Misstrauen durch Dialog zu beseitigen.[26] Wissen über den Partner und wechselseitiges Verständnis, was man mit Niklas Luhmann auch als „Vertrautheit" bezeichnen könnte,[27] stellten für Védrine somit wichtige Bedingungen für den Aufbau vertrauensvoller Beziehungen dar.

Ursächlich für die Bereitschaft der *équipe Mitterrand* zu einer dynamischeren Kooperation in der Verteidigungspolitik waren bundesdeutsche Ängste in der Euroraketenkrise, zum Schlachtfeld eines Nuklearkriegs zu werden. Im Zuge des NATO-Doppelbeschlusses vom 12. Dezember 1979 boten die Mitglieder des Bündnisses der Sowjetunion an, mit den USA über die Reduzierung der eurostrategischen Rüstung zu verhandeln. Sollten diese Verhandlungen aber zu keinem Ergebnis führen, beschloss die NATO, mit einer „Nachrüstung" auf die sowjetische Aufstellung der aus europäischer Sicht bedrohlichen SS 20-Raketen zu

[24] Botschafter Herbst, Paris, an das Auswärtige Amt, 11. Januar 1982, AAPD 1982, Dok. 16, S. 66–69, hier: S. 69; François Mitterrand: „Die deutsch-französische Freundschaft hängt doch nicht an einer Tasse Tee". Interview. In: Stern, 9. 7. 1981, S. 80–84.

[25] Miard-Delacroix: Kontinuität (wie Anm. 2), S. 548; dies.: Relations (wie Anm. 21), S. 301–303.

[26] Présidence de la République, Le Conseiller technique, Hubert Védrine, Note pour Jean-Michel Gaillard, 13. 8. 1982, AN, AG/5(4)/CD/174.

[27] Luhmann: Vertrauen (wie Anm. 18), S. 22f.

reagieren. Anders als unter Giscard d'Estaing erschien Bonn der *équipe Mitterrand* weniger als „Urheber der ganzen Krise", denn vielmehr als Opfer und Ziel sowjetischer Kampagnen.[28] Die Friedensbewegung, die sich als Reaktion auf den NATO-Doppelbeschluss formierte, wurde in *Elysée* und *Quai d'Orsay* als Gefahr für die europäische Stabilität angesehen: Der Druck der Friedensbewegung drohte die Abgeordneten im Deutschen Bundestag bei der Abstimmung über die „Nachrüstung" zu beeinflussen. Zu Beginn der 1980er-Jahre wuchs vor allem in der SPD der Widerstand gegen die Aufstellung amerikanischer Pershing-II-Raketen und Marschflugkörper. Des Weiteren standen auf französischer Seite hinter der Angst vor der *German Angst* wiederum französische Ängste vor einem neuen „Rapollo" – die Furcht, die Bundesrepublik könne versucht sein, einen Ausgleich mit der Sowjetunion zu suchen und gleichsam „nach Osten abdriften" oder dem „Neutralismus" anheimfallen.[29] Im Juni 1981 gab der Generalsekretär des *Elysée*, Pierre Bérégovoy, den Auftrag an das Außenministerium, die pazifistischen und neutralistischen Tendenzen in der Bundesrepublik intensiv zu beobachten und ihren potenziellen Einfluss auf Regierungshandeln einzuschätzen.[30] Das systematische Erforschen der bundesdeutschen Emotionen wurde durch die Beraterinnen und Berater im *Elysée* sowie die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Außenministeriums also strategisch betrieben. Die politischen Handlungsstrategien, die Gefühle kalkulieren, kommunizieren, evozieren, instrumentalisieren oder adressieren, werden im Folgenden auch als „Gefühlsstrategien" bezeichnet. Auf Grundlage der durch die Gefühlsstrategie Empathie gewonnenen Erkenntnisse entwickelte die *équipe Mitterrand* ihre Wahrnehmung einer verwundbaren Bundesrepublik und leitete daraus anschließend konkrete Handlungsfolgen ab.

Empathie war ein zentraler Bestandteil der außenpolitischen Praxis: Die Aufgabe einer neu eingerichteten Arbeitsgruppe mit dem Namen *Image de la France en Allemagne* bestand darin, das Frankreichbild in der Bundesrepublik zu analysieren und herauszufinden, welche Missverständnisse über und welche Kritik an Frankreich in der deutschen Öffentlichkeit kursierten. Die Ergebnisse der Analyse wurden anschließend zur Harmonisierung der Beziehungen eingesetzt, indem sie zur Grundlage gezielter Vertrauensbildung gegenüber deutschen Journalisten gemacht wurden. Das kritische Frankreichbild bei bundesdeutschen Auslandskorrespondenten sollte etwa in persönlichen Treffen revidiert werden.[31] Die Einsetzung dieser Arbeitsgruppe verdeutlicht zum einen die Relevanz von Empathie

[28] Georges-Henri Soutou: Mitläufer der Allianz?. Frankreich und der NATO-Doppelbeschluss. In: Gassert/Geiger/Wentker (Hg.): Zweiter Kalter Krieg (wie Anm. 1), S. 363–377, hier: S. 373; vgl. außerdem MRE, Direction d'Europe, Note, Réflexions sur la visite Brejnev à Bonn (23–24 novembre 1981), 8. 12. 1981, AN, AG/5(4)/CD/160.

[29] Vgl. dafür auch Miard-Delacroix: Relations (wie Anm. 21), S. 304f.

[30] Pierre Bérégovoy, Note pour le Ministre des Relations Extérieures, 3. 6. 1981, AN, AG/5(4)/CD/160.

[31] MRE, Direction d'Europe, Sous-Direction d'Europe Centrale, Dufourcq, Comptes Rendus, groupe „Image de la France en Allemagne" – 1ère réunion, 1. 2. 1983, AN, AG/5(4)/CD/161; MRE, Direction d'Europe, Sous-Direction d'Europe Centrale, Comptes Rendus, groupe „Image de la France en Allemagne" réunion de 15 mars 1983, 17. 3. 1983, AN, AG/5(4)/CD/161.

für das außenpolitische Handeln der *équipe Mitterrand*, zum anderen zeigt sich hierin auch die Komplexität von Prozessen der Vertrauensbildung, die sich nicht ausschließlich auf politische Akteure beziehen: Jenseits der Staats- und Regierungschefs berücksichtigen sowohl die Arbeitsgruppe im *Quai d'Orsay* als auch Bérégovoy die Perspektiven verschiedener Akteure innerhalb der Gesellschaft. Folglich muss eine historische Analyse diesen ebenfalls Rechnung tragen.

Die analysierten bundesdeutschen Bedrohungsperzeptionen im Zuge der Euroraketenkrise wurden handlungsleitend für sicherheitspolitische Entscheidungen: Aus den Befürchtungen, die Bundesrepublik drohe „gen Osten abzudriften", wurde der Entschluss abgeleitet, sich stärker für die Verteidigung Europas zu engagieren und Westdeutschland langfristig eine europäische Alternative zur Abhängigkeit vom US-amerikanischen Schutz anzubieten.[32] Helmut Schmidt und François Mitterrand brachten im Februar 1982 durch die Einführung regelmäßiger Treffen der Außen- und Verteidigungsminister, die dann allerdings erstmals unter Schmidts Nachfolger Helmut Kohl stattfanden, eine intensivere deutsch-französische Zusammenarbeit in Verteidigungsfragen auf den Weg.[33] Zudem nahm die französische Regierung im Frühjahr 1983 mit dem Gesetzentwurf über das französische Militärprogramm der Jahre 1984 bis 1988 militärische Umstrukturierungen vor. Die Schaffung einer mobilen Eingreiftruppe erhöhte die Flexibilität der französischen Armee und zielte darauf, die Glaubwürdigkeit des französischen Engagements an den Seiten der Verbündeten zu steigern.[34] Von der Bundesregierung wurde diese *Force d'Action Rapide* trotz einiger Vorbehalte als ein Fortschritt in der konventionellen Verteidigung Europas begrüßt.[35]

Es gelang den deutschen und französischen politischen Akteuren unter François Mitterrand und Helmut Schmidt trotz der eingangs erwähnten Differenzen, die konstruktiven Beziehungen der Vergangenheit fortzuführen.[36] Zum einen waren dafür die französischen Maßnahmen verantwortlich, bundesdeutschen Bedrohungsperzeptionen mit verteidigungspolitischer Solidarität zu begegnen. Zum anderen signalisierte Helmut Schmidt dem französischen Präsidenten unmittelbar nach dessen Amtsantritt Solidarität in der Währungsfrage.[37] Als Frankreich in währungspolitischen Schwierigkeiten steckte und sich im Oktober 1981 und Juni 1982 zu Anpassungen des Wechselkurses genötigt sah, unterstützte die Bundesregierung Paris dabei, den Franc zu stabilisieren. Die wenigen Monate der Zusammenarbeit zwischen Mitterrand und Schmidt, die Maßnahmen auf unteren

[32] MRE, Centre d'Analyse et de Prévision, Note, Approfondissement des rapports de sécurité franco-allemands, 12. 2. 1982, AN, AG/5(4)/CD/160.
[33] Aufzeichnung des Ministerialdirektors Pfeffer, 22. Oktober 1982, AAPD 1982, Dok. 284, S. 1480–1487.
[34] Frédéric Bozo: La France et l'OTAN. De la guerre froide au nouvel ordre européen. Paris 1991, S. 124–128.
[35] MRE, Centre d'Analyse et de Prévision, Michel Duclos, Note, Relations de sécurité franco-allemandes: Entretien avec A. Mertes, 26. 4. 1983, AN, AG/5(4)/CD/160.
[36] Vgl. dafür ausführlicher Miard-Delacroix: Kontinuität (wie Anm. 2).
[37] Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Staatspräsident Mitterrand in Paris, 24. Mai 1981, AAPD 1981, Dok. 153, S. 844–858, hier: S. 850.

Regierungsebenen ebenso wie die öffentliche Demonstration von Solidarität in der Militär- oder Währungspolitik sollten als Erfahrungen konstruktiver Kooperation in ihrer Bedeutung nicht unterschätzt werden. Vielmehr stellten sie wesentliche Voraussetzungen für die wachsende Dynamik in den deutsch-französischen Beziehungen während der Kanzlerschaft Helmut Kohls dar.

Strategische Gefühlspolitik – Mitterrands Bundestagsrede am 20. Januar 1983

In der Gefühlsstrategie Empathie schlug sich das Bewusstsein der *équipe Mitterrand* nieder, dass Emotionen und Wahrnehmungen politisches Handeln prägen und beeinflussen. Diese Überzeugung wiederum versetzte sie in die Lage, Erwartungen und Gefühle anderer Akteure strategisch zu evozieren und für ihr politisches Handeln zu nutzen. Damit wurde Empathie zur Grundlage einer weiteren Gefühlsstrategie, die hier in Anschluss an Ute Frevert als „Gefühlspolitik" bezeichnet wird. Gefühlspolitik meint weniger eine durch Gefühle beeinflusste Politik als vielmehr eine Politik, die sich darauf richtet, Gefühle zu inszenieren, zu adressieren, zu erzeugen und in den Dienst zu nehmen.[38] Sie zeichnete sich dadurch aus, dass das Evozieren von Angst oder Vertrauen zum operativen Ziel der französischen Akteure wurde.[39] Dahinter stand der Zweck, die evozierten Gefühle anschließend als Ressource für politisches Handeln zu nutzen. Ein emotionshistorischer Zugriff eröffnet einen neuen Blickwinkel auf Mitterrands Bundestagsrede vom 20. Januar 1983, die ein zentrales Ereignis deutsch-französischer Vertrauensbildung in der ersten Hälfte der 1980er-Jahre darstellt. Bereits Hélène Miard-Delacroix hat eine solche Perspektivverschiebung, die hier unter anderer Fragestellung weiter verfolgt werden soll, angestoßen.[40]

Emotionen spielten in Mitterrands Bundestagsrede auf vielen verschiedenen Ebenen eine Rolle. Die Dichotomie von Rationalität und Emotionalität bricht Hélène Miard-Delacroix insofern auf, als sie in der Rede eine Kopplung zwischen Emotion und Kalkül erkennt – zwischen der Angst vor der deutschen Friedensbewegung und dem Kalkül, die Abgeordneten des Deutschen Bundestages davon zu überzeugen, für eine Aufstellung amerikanischer Raketen auf deutschem Boden zu stimmen. Für Miard-Delacroix stellen Emotionen ein Instrument dar, um politisches Handeln sichtbar zu machen. In der Inszenierung der deutsch-französischen Freundschaft im Rahmen des zwanzigjährigen Jubiläums des Elysée-Vertrags habe politisches Handeln als kommunikatives Handeln der Identifikation des Einzelnen mit dem deutsch-französische Versöhnungsprojekt gedient, so die Historikerin.[41] Bei einer Analyse der Bundestagsrede Mitterrands gilt es also, die

[38] Frevert: Gefühlspolitik (wie Anm. 20), S. 16f.
[39] Kreis: Arbeit (wie Anm. 18), S. 13f.
[40] Miard-Delacroix: Émoi (wie Anm. 9).
[41] Dies.: Kalkulation (wie Anm. 6), S. 137, S. 140.

Rolle von Emotionen auf kollektiver Ebene in den Blick zu nehmen und den größeren Rahmen der Feierlichkeiten zu berücksichtigen: Verschiedene Programmpunkte anlässlich des Jubiläums richteten sich darauf, in einem öffentlichen Kommunikationsraum Gefühle auszudrücken und hervorzurufen, die sich in das *emotional regime* einer deutsch-französischen Versöhnung und Freundschaft einfügten.[42] Der Besuch des französischen Staatspräsidenten war von einer Medienkampagne begleitet, bei der sehr viel Wert auf die öffentliche Inszenierung der deutsch-französischen Freundschaft gelegt wurde. In dem Zuge lancierte François Mitterrand im „Spiegel" den Appell an die deutsche Öffentlichkeit, „[g]emeinsam das Europa von morgen [zu] bauen"[43].

Grundsätzlich gilt es, Mitterrands Rede in einem dreifachen historischen Kontext zu interpretieren: Erstens lässt sie sich in den der deutsch-französischen Beziehungen stellen. Zweitens bezog sie sich auf den europäischen Integrationsprozess, dessen Fortkommen nach wie vor durch verschiedene Streitpunkte zwischen den Mitgliedstaaten blockiert war.[44] Drittens stand sie im Kontext des von Zeitgenossen so genannten Zweiten Kalten Kriegs.[45] Der Rede lagen aufseiten der *équipe Mitterrand* drei zentrale Motive zugrunde: Erstens sah sie sich zur Jahreswende 1982/1983 genötigt, in der Debatte um die Euroraketen explizit Stellung zu beziehen.[46] Zweitens diente die Rede der Unterstützung des deutschen Partners angesichts des zunehmenden Drucks durch die Friedensbewegung und durch die Medienkampagnen der Sowjetunion. Drittens beabsichtigte Mitterrand mit der Rede, eine Initiative für einen politischen Aufbruch in Europa zu lancieren, wie sich mithilfe einer emotionshistorischen Perspektive herausarbeiten lässt.

Da Mitterrands Bundestagsrede in der Forschung bereits sehr viel Beachtung erfahren hat, konzentriert sich die Analyse im vorliegenden Beitrag auf die Rolle der Gefühlspolitik als Strategie sowie auf die Frage, welche Instrumente und Methoden hierfür herangezogen wurden. François Mitterrand bediente sich einer Gefühlspolitik auf unterschiedliche Weise:

[42] Dies.: Émoi (wie Anm. 9), S. 58–61.

[43] François Mitterrand: Gemeinsam das Europa von morgen bauen. In: Der Spiegel, 17. 1. 1983, S. 100 f.

[44] Zu den Gründen für eine Stagnation im europäischen Integrationsprozess sowie ihre Überwindung vgl. Wilfried Loth: Europas Einigung. Eine unvollendete Geschichte. Frankfurt a. M. 2014, S. 249–258.

[45] Zu den zeitgenössischen Implikationen des Begriffs „Zweiter Kalter Krieg" vgl. Gottfried Niedhart: Der Ost-West-Konflikt. Konfrontation im Kalten Krieg und Stufen der Deeskalation. In: AfS 50 (2010), S. 557–594, hier: S. 588; weiterführend Gassert/Geiger/Wentker (Hg.): Zweiter Kalter Krieg (wie Anm. 1).

[46] An der Jahreswende 1982/1983 nahm der Druck auf den französischen Präsidenten zu, die französischen Nuklearwaffen in die amerikanisch-sowjetischen Abrüstungsverhandlungen einzurechnen. Diese sowjetische und für François Mitterrand inakzeptable Forderung wurde durch einige Partner in der NATO durchaus in Betracht gezogen, um zu einem Verhandlungserfolg durchzudringen. Vgl. dazu insgesamt ADMAE, 1930-INVA 5642; vgl. außerdem u. a. Ministère des Relations Extérieures, TD Diplomatie 26839, Consultations politiques franco-canadienne, 15. 6. 1983, ADMAE, 1930-INVA 5641.

Erstens betrieb er bei seinem Publikum Vertrauensbildung in die Verlässlichkeit des französischen Partners: Er versicherte nicht nur seine Treue zur NATO,[47] sondern beschwor – insbesondere durch den häufigen Gebrauch des Begriffs „Solidarität"[48] – darüber hinaus auch eine deutsch-französische und europäische Verbundenheit.

Zweitens versuchte er durch Formulierungen wie „meine deutschen Freunde"[49] oder „Ihrem ganzen Volk, dem großen, edlen und mutigen Volk, das wir Franzosen kennengelernt haben",[50] Vertrautheit zu suggerieren und diese bei seinem Publikum zu evozieren. Eine solche Rhetorik fügt sich in das *emotional regime* der deutsch-französischen Beziehungen ein, in dem Freundschaft und Vertrauen zu Erwartungsgrößen geworden waren, die nun in der Rede Mitterrands zur politischen Ressource für seine Initiativen wurden.

Drittens diente das Einflechten persönlicher Erinnerungen wie beispielsweise die an seine Teilnahme am Europäischen Kongress in Den Haag 1948 dazu,[51] die Distanz zu seinem Publikum zu überwinden und die Glaubwürdigkeit seiner europäischen Überzeugungen sowie die Vertrauenswürdigkeit seiner Person unter Beweis zu stellen.[52] Diese Kopplung aus persönlicher Erinnerung und politischer Rolle bildet in der Verschmelzung von Privatem und Öffentlichem ein Grundmuster der Emotionalisierung.[53]

Viertens evozierte Mitterrand in seiner Rede negative Gefühle. Hierzu nutzte er eine stark emotionalisierte Sprache wie sie beispielsweise im Satz „Meine Damen und Herren, unsere Völker *hassen* den Krieg, unter dem sie und die anderen Völker Europas so viel *gelitten* haben"[54] zum Ausdruck kam. Darüber hinaus diente die Instrumentalisierung einer ungewissen Zukunft dem Evozieren von Angst. Hierbei entwarf der französische Präsident konkrete Szenarien gegenwärtiger und künftiger Entwicklungen. So führte er beispielsweise die steigende Arbeitslosigkeit in den europäischen Staaten an und bemängelte, dass „in vielen zukunftsträchtigen Bereichen die Europäer weit ins Hintertreffen geraten" seien. Mitterrand sah vor diesem Hintergrund die „Gefahr, daß jeder sich auf sich selbst zurückzieht". Unerbittliche Konkurrenz der Unternehmen, „Angst vor der Arbeitslosigkeit" und „Sorgen um [die] […] Zukunft und die ihrer Kinder" seien die Folge. Der französische Staatspräsident prognostizierte: „Unseren Gesellschaften drohen Zersplitterungen und Brüche, und wir müssen uns an die Auflösungserscheinungen erinnern, die in den

[47] Rede von François Mitterrand, in: Deutscher Bundestag. Protokolle. 9. Wahlperiode, 142. Sitzung, 20. 1. 1983, S. 8987.
[48] Ebd., S. 8986f., S. 8989f.
[49] Ebd., S. 8991.
[50] Ebd., S. 8991.
[51] Ebd., S. 8991.
[52] Vgl. hierzu auch Georges Saunier: „J'y étais, j'y croyais". François Mitterrand et le Congrès de La Haye. In: Jean-Michel Guieu/Christophe Le Dréau (Hg.): Le „Congrès de l'Europe" à La Haye (1948–2008). Brüssel u. a. 2009, S. 375–391, hier: S. 386.
[53] Vgl. dazu grundsätzlich Miard-Delacroix: Kalkulation (wie Anm. 6), S. 132.
[54] Rede von François Mitterrand (wie Anm. 47), S. 8987 (Hervorhebung durch die Verfasserin).

dreißiger Jahren in unseren Ländern auftraten".[55] Diese Zukunftsprojektion wies durch die Analogie zu den 1930er-Jahren einen eindeutigen Vergangenheitsbezug auf. Erinnerungen an die Weltwirtschaftskrise infolge des New Yorker Börsencrashs 1929, die steigende Arbeitslosigkeit und den darauf folgenden Aufstieg der Nationalsozialisten dienten Mitterrand, indem sie Ängste evozierten, als politisches Instrument. Erinnerungen und Projektionen einer gemeinsam erfahrenen Vergangenheit wurden in diesem Fall zu einem negativen Bezugspunkt und richteten sich auf die Mobilisierung seiner Zuhörer zu einer gemeinsamen Zukunftsplanung.[56] Zudem gebrauchte Mitterrand negativ konnotierte Begriffe wie „Gefahr", „Angst", „drohen", „Zersplitterungen", „Brüche", „Auflösungserscheinungen" und „Sorgen" – und entwarf damit die Zukunft als potenzielles Schreckensszenario. In dieser Rhetorik zeichnete er das Bild einer ungewissen Zukunft als Folge falscher Entscheidungen in der Gegenwart. Dieses Vorgehen richtete sich darauf, sein Auditorium dahingehend zu mobilisieren, Maßnahmen zur Bewältigung künftiger Bedrohungen zu ergreifen.

Maßnahmen, die ergriffen werden müssten, um die skizzierten düsteren Zukunftsaussichten nicht wahr werden zu lassen, lieferte der französische Präsident in seiner Rede sogleich mit: Dem zuvor ausgeführten bedrohlichen stellte Mitterrand das verheißungsvolle Zukunftsszenario eines selbstbestimmten und prosperierenden Europa entgegen. Angesichts der projizierten Bedrohung erschien der Ausweg, den der Präsident seinem Publikum anbot, geradezu als alternativlos: Mit Appellen an die Schaffung eines „neue[n] Europa der Industrie", an „finanzielle Solidarität" und eine „soziale Dimension" in Europa[57] entwarf Mitterrand für Europa die Zukunftsperspektive, „auf allen Gebieten eines Tages frei zu werden von äußeren Bedrohungen" und in der Lage zu sein, das eigene Schicksal „selbst in die Hand zu nehmen"[58]. François Mitterrand stellte somit eine europäische Unabhängigkeit in Aussicht. Das zuvor erzeugte Vertrauen in seine Person und die deutsch-französische Freundschaft, die Angst vor potenziellen Bedrohungen sowie die Hoffnung auf eine bessere Zukunft hatten die strategische Funktion, die Zuhörerinnen und Zuhörer von der europäischen Idee und der Notwendigkeit von europäischer Solidarität zu überzeugen.

Sowohl Zeitgenossinnen und Zeitgenossen als auch Historikerinnen und Historiker haben Mitterrands Bundestagsrede überwiegend in den Kontext des NATO-Doppelbeschlusses gestellt und sie als Unterstützung für den deutschen Bundeskanzler Helmut Kohl in der Euroraketenkrise sowie als einseitigen Appell für die Nachrüstung interpretiert.[59] In der Tat waren die deutschen Ängste und Wahr-

[55] Ebd., S. 8989.
[56] Vgl. dazu Bluhm: Vertrauensarbeit (wie Anm. 6), S. 379.
[57] Rede von François Mitterrand (wie Anm. 47), S. 8990.
[58] Ebd., S. 8991.
[59] Vgl. u. a. From White House to the Elysée Palace, his Excellency François Mitterrand, President of the French Republic, Paris, via blue Channels, 26. 1. 1983, AN, AG/5(4)/6523; Pierre Favier/Michel Martin-Roland: La Décennie Mitterrand. Bd. 1: Les ruptures (1981–1984). Paris 1990, S. 229; Roland Dumas: Affaires étrangères I. 1981–1988. Paris 2007, S. 162 f.; Soutou: Mitläufer (wie Anm. 28), S. 376.

nehmungen, die auf französischer Seite Furcht vor einem Abdriften der Bundesrepublik auslösten, handlungsleitend. Insofern stellte die eingangs skizzierte strategische Empathie – das Ergründen bundesdeutscher Wahrnehmungen und Emotionen – eine Voraussetzung für Mitterrands strategische Gefühlspolitik dar, wie sie in der Bundestagsrede zum Ausdruck kommt. Gleichwohl zeigt sich in der emotionshistorischen Analyse von Mitterrands Rede, dass diese nicht nur ein Beitrag zu den zeitgenössischen Diskursen um die Mittelstreckenraketen darstellte, sondern vielmehr ein Lösungsangebot für Herausforderungen mithilfe von Zukunftsvisionen machte. Die emotionale Vergemeinschaftung richtete sich darauf, das deutsch-französische und europäische Verbundenheitsgefühl zu stärken, um dadurch Ressourcen zu mobilisieren und Mitstreiterinnen und Mistreiter für die Gestaltung eines „Europa von morgen“[60] zu gewinnen.

Politische Inszenierung – Die Anpassung des Wechselkurses im März 1983

Die zeitgenössischen Deutungen von Mitterrands Bundestagsrede am 20. Januar 1983 als politische Unterstützung für den deutschen Bundeskanzler in der Nachrüstungsfrage bildeten zwar nur eine von mehreren Dimensionen der Rede ab. Gleichwohl waren sie für die Prozesse von Vertrauensbildung zwischen *Elysée* und Kanzleramt von Bedeutung. Wie eingangs erläutert, geraten diese Prozesse als historische Dimension von Vertrauen durch Kosellecks Kategorie der Erfahrung in den Blick: Mitterands Rede wurde in der Bundesrepublik als ein Solidaritätsakt erfahren und stellte insofern eine Voraussetzung für die Bildung deutsch-französischen Vertrauens auf Regierungsebene dar. Im Frühjahr 1983 erhielt die deutsche Bundesregierung Gelegenheit, sich durch solidarisches Handeln zu revanchieren. Trotz zweimaliger Abwertungen des Franc im Oktober 1981 und Juni 1982 sowie einer Rückkehr zur Austeritätspolitik hatte die französische Währung nicht zu neuer Stabilität gefunden.[61] Seit Mitterrands Amtsantritt befand sich Frankreich in einer schwierigen wirtschaftlichen Situation und in einer veritablen Währungskrise. Appelle beim G 7-Gipfel in Ottawa am 20. und 21. Juni 1981 an die US-Regierung, die Austeritätspolitik zu Gunsten einer internationalen Wirtschaftsbelebung (*relance)* aufzugeben, verhallten ungehört. Auch das sozialistische Experiment einer protektionistischen Wirtschaftspolitik, mit der kurzfristig äußere und innere Märkte für französische Produkte zurückgewonnen werden sollten,[62] zeigte nicht die erhofften Effekte. Diese Erfahrungen trugen dazu bei, dass die *équipe Mitterrand* – nachdem ihre Erwartungen in die transatlantische Partnerschaft enttäuscht worden waren – ab

[60] Mitterrand: Europa (wie Anm. 43), S. 100.
[61] Jean-Charles Asselain: L'expérience socialiste face à la contrainte extérieure (1981–1983). In: Berstein/Bianco/Milza (Hg.): François Mitterrand (wie Anm. 21), S. 385–430, hier: S. 414.
[62] Vgl. dazu Dumas: Affaires (wie Anm. 59), S. 103–108, S. 122f.

Mitte 1982 auf die Suche nach neuen Partnern für eine wirtschaftliche *relance* ging. Die Bundesregierung hatte sich – damals noch unter der Führung der SPD – bereits bei den ersten beiden Anpassungen des Franc-Wechselkurses durch ihre Unterstützung als verlässliche Partnerin erwiesen.

Im Frühjahr 1983 wuchs der Druck auf die französische Regierung, eine erneute Abwertung des Franc vorzunehmen. Alternativ wurde von einigen französischen Vertretern auch erwogen, das Europäische Währungssystem (EWS) zu verlassen.[63] In den Memoiren zeitgenössischer Akteure wird die Diskussion dieser verschiedenen Optionen als eine Debatte zwischen zwei politischen Lagern dargestellt. Zudem hat es in der Erinnerungspublizistik den Anschein, dass der Präsident in seiner Entscheidung unentschlossen gewesen sei und regelmäßig den Argumenten beider Parteien sein Ohr geschenkt habe.[64]

Anstatt Mitterrands Zögern als Unentschlossenheit zu werten, wird im Nachfolgenden ausgehend von dem hier angewendeten methodischen Ansatz eine alternative Erklärung vorgeschlagen: Vor dem Hintergrund der Beobachtung, dass die *équipe Mitterrand* wiederholt die Perzeptionen anderer Akteure ergründete und als politische Werkzeuge nutzte, lässt sich Mitterrands Zögern auch als politische Strategie deuten. Der französische Finanzminister Jacques Delors führte in Brüssel schwierige Verhandlungen mit seinen europäischen Amtskollegen. Da die übrigen EG-Finanzminister es ablehnten, eine Währungsanpassung in der von Mitterrand vorgeschlagenen Höhe vorzunehmen, ließ Delors durchscheinen, dass sich der Präsident womöglich zu einem Verlassen des EWS genötigt sehen könnte.[65] Da Mitterrand bis dahin in der Debatte keine Stellung bezogen hatte, stand ein französischer Rückzug aus dem EWS als glaubwürdiges Szenario im Raum. Die Inszenierung des Zögerns reduzierte die Verhandlungen auf eine Entscheidung zwischen zwei sich ausschließenden Zukünften – einer Anpassung des Wechselkurses in der von der französischen Regierung angestrebten Höhe oder einem Ausscheiden Frankreichs aus dem EWS. Diese Strategie instrumentalisierte durch Imagination und Inszenierung Wahrnehmungen anderer Akteure und war insofern von Erfolg gekrönt, als Helmut Kohl den französischen Nachbarn gegen den Widerstand anderer Akteure unterstützte, sodass schließlich eine Einigung über den Wechselkurs erzielt werden konnte.[66] Da die französische Regierung ohne einen Trumpf in den Verhandlungen in Brüssel eigentlich als Bittsteller auftrat, diente die Drohung in der Währungsfrage dazu, den eng gesteckten Handlungsspielraum durch eine politische Inszenierung zu erweitern. Politische Inszenierung wird hier als eine Strategie verstanden, mit der auf Grundlage von Illu-

[63] Jean-Philippe Baulon: Au risque de l'isolement ou de l'alignement. La politique de la France dans la crise des euromissiles (1977–1987). In: RHD 124 (2010), S. 163–187, hier: S. 179.

[64] Vgl. u. a. Jaques Attali: Verbatim 1981–1986. Paris 2011, S. 483–494 (14.–24. 3. 1983); Dumas: Affaires (wie Anm. 59), S. 121–141; Laurent Fabius: Les Blessures de la Vérité. Paris 1995, S. 73–75.

[65] Dumas: Affaires (wie Anm. 59), S. 130.

[66] Runderlaß des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Steinkühler, 23. 3. 1983, AAPD 1983, Dok. 74, S. 373–375, hier: S. 373 f.

sionen und Imaginationen spezifische Erwartungen bei anderen Akteuren erzeugt beziehungsweise instrumentalisiert werden. Sie steht damit in einem engen Zusammenhang zur Strategie der Gefühlspolitik.

Die Entscheidung über den Wechselkurs wirkte in dieser Inszenierung zeitgenössisch offener als sie tatsächlich war. Weder hatte Mitterrand aufgrund seiner europäischen Absichten, wie sie in der Bundestagsrede aufscheinen, Interesse an einem Signal nationaler Abschottung, noch wäre Helmut Kohl als amtierendem Ratspräsidenten an einem Verlust des französischen Partners gelegen gewesen. Ein Ausscheiden Frankreichs aus dem EWS war daher zwar eine durchaus mögliche, aber wohl zu keinem Zeitpunkt eine präferierte Alternative für die politischen Akteure. Als weitere Solidaritätserfahrung zwischen Paris und Bonn wirkte sich die in der Währungsfrage gefundene Übereinkunft förderlich auf den Prozess deutsch-französischer Vertrauensbildung aus. Nachdem Mitterrand und die französische Regierung in den vorausgegangenen Monaten um die Demonstration verteidigungspolitischer Solidarität bemüht gewesen waren, erfuhren sie nun ihrerseits Solidarität in währungspolitischen Fragen. Das darauf gründende Vertrauen auf Regierungsebene wurde zu einer wichtigen Ressource bei der Wiederbelebung des europäischen Integrationsprozesses ab 1984.

Bilanz und Ausblick

Der vorliegende Beitrag hat verdeutlicht, wie ein emotionshistorischer Ansatz zu einer methodischen Erneuerung der traditionellen Diplomatiegeschichte beitragen kann. Unter dem Blickwinkel des hier gewählten Zugangs erscheinen die Jahre 1981 bis 1983 weniger als Übergangsphase der deutsch-französischen Beziehungen, denn als Zeitraum, in dem wichtige Voraussetzungen für das Vertrauen späterer Jahre gelegt wurden. Die deutschen und französischen Erfahrungen in Mitterrands ersten Amtsjahren sind als historische Dimension jenes Vertrauens von Bedeutung, das sich auf individueller Ebene zwischen einzelnen politischen Akteuren zu entwickeln begann. Dennoch wäre es unterkomplex, von einem deutsch-französischen Vertrauen im Allgemeinen zu sprechen. Auch ist die Vorstellung eines konstanten und bei allen Akteuren gleichermaßen ausgeprägten Vertrauens zu simpel. Vertrauensbildungsprozesse sind keineswegs linear, vielmehr mehrdimensional und ambivalent. Daher muss zum einen der Komplexität von Akteurs-Geflechten (dazu zählten auf französischer Seite die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Außenministerium, die Beraterinnen und Berater des Präsidenten, die Ministerinnen und Minister, der Präsident selbst, aber auch die Medien und die kritische Öffentlichkeit) Rechnung getragen werden. Zum anderen darf das Verhältnis von kollektiver und individueller Ebene nicht außer Acht gelassen werden. Die normative Erwartungsgröße einer deutsch-französischen Freundschaft schließt politische Divergenzen und Aushandlungsprozesse auf individueller Ebene keineswegs aus, wie Unstimmigkeiten in zentralen politischen Fragen zu Beginn der 1980er-Jahre zeigen.

Beispielhaft wurden im vorliegenden Beitrag drei Gefühlsstrategien der *équipe Mitterrand* vorgestellt: erstens Empathie, zweitens Gefühlspolitik und drittens politische Inszenierung. Versteht man politische Inszenierung als das Erzeugen von Erwartungen mithilfe von Visionen oder Illusionen, muss aus diesen nicht zwangsläufig Vertrauen folgen. Vielmehr inszenierte Mitterrand in der Währungsfrage die Wahl zwischen zwei Zukunftsszenarien, von dem eines die europapolitischen Absichten der Bundesregierung konterkarierte. Die Illusion und Inszenierung einer alternativen Handlungsoption wurde in der Währungsfrage zur Strategie, um den eigenen Handlungsspielraum zu erweitern. Erfahrungen und Erwartungen anderer Akteure dienten der *équipe Mitterrand* hierbei als Werkzeug.

Inszenierung steht außerdem in einem engen Zusammenhang zur Gefühlspolitik, bei der mithilfe bedrohlicher oder verheißungsvoller Zukunftsszenarien Vertrauen oder Angst evoziert wurde – Gefühle, die Mitterrand als politische Ressourcen dienten. Diese Strategie richtete sich darauf, andere Akteure zu gewissen Handlungen zu motivieren, und basierte folglich auf der Annahme, dass Gefühle ein Handlungsmotiv darstellen. Zudem war mit Gefühlspolitik oftmals der Einsatz rhetorischer Strategien verbunden. Entweder wurde durch bedrohliches Vokabular Angst geschürt oder durch die Verwendung von Begriffen aus dem semantischen Feld „Vertrauen – Solidarität – Freundschaft“ ein Vertrauensverhältnis inszeniert. Sowohl politische Inszenierung als auch Gefühlspolitik gründeten insofern auf strategischer Empathie, als sie die Emotionen anderer strategisch instrumentalisierten. Perzeptionen und Emotionen anderer Akteure wurden außerdem handlungsleitend, da auf ihrer Grundlage spezifische politische Maßnehmen entwickelt wurden.

Für die Geschichte der Außenpolitik und der internationalen Beziehungen lassen sich durch einen emotionshistorischen Zugriff neue Erkenntnisse gewinnen: Die analysierten Gefühlsstrategien zeigen deutlich, dass Emotionen auf vielfache Weise in außenpolitisches Handeln einfließen. „Angst“ und „Vertrauen“ weisen durch das Verständnis als generalisierte Erwartungshaltungen einen Zukunftsbezug auf und besitzen durch Erfahrungen in der Vergangenheit eine historische Dimension. Mithilfe der Untersuchung dieser Erfahrungsdimension lassen sich Prozesse der Vertrauensbildung oder der Entstehung von Ängsten sichtbar machen. Auf diese Weise werden „Angst“ und „Vertrauen“ zu Untersuchungskonzepten, die es ermöglichen, bei der Frage nach der Rolle von Emotionen in politischem Handeln über eine rein diskursive Analyse von Gefühlskommunikation hinauszugehen. Die Phase des Übergangs 1981/1982 erscheint aus dieser Perspektive als „Erfahrungsraum“.[67] Sie bildet die historische Dimension und eine wichtige Voraussetzung für die zunehmend dynamischen deutsch-französischen Beziehungen ab 1983/1984. Insgesamt ergänzen emotionshistorische Ansätze ein auf Rationalität basierendes Handlungsmodell der „realistischen Schule“ internatio-

[67] Koselleck: Zukunft (wie Anm. 15), S. 349.

naler Beziehungen. Außenpolitik als „Geschäft mit Erwartungen“[68] schließt somit stets ein Geschäft mit Emotionen ein.

Abstract

Emotions have been at the heart of the master narrative of Franco-German friendship since 1963. This can be described as an “emotional regime” (William M. Reddy) of reconciliation and trust. Emotions indeed play a decisive role with regard to agency in international relations. This paper therefore rejects the expectation that political action is based on the principle of rationality. Developing trust and fear as analytical categories, it instead explores the role of emotions in French foreign policy in terms of the strategies and instruments that served to build Franco-German trust. François Mitterrand and his team strategically focused on West German perceptions and emotions, and the perception of threat during the Euromissile Crisis in particular. The example of Mitterrand’s January 1983 speech before the German Parliament, moreover, reveals an intention to strategically evoke emotions – in this case trust and feelings of European community. Emotions were, furthermore, also instrumentalized in order to expand French manoeuvring room, as reflected in the March 1983 currency alignment decision. The exploration here of three emotional strategies highlights methods and processes of generating and losing trust.

[68] Brössler/Szymanski: Welt (wie Anm. 7), S. 6.

Dominik Geppert

Beziehungsprobleme

Margaret Thatcher, Helmut Kohl und die schlechte Chemie

Wenn es so etwas wie eine eigene Gefühlswelt des Kalten Kriegs gab, hätte man vermuten können, dass der deutsche Bundeskanzler Helmut Kohl und die britische Premierministerin Margaret Thatcher darin eng miteinander verbunden waren – dass sie also, um die Diktion von William M. Reddy zu verwenden, denselben *emotional regimes* unterlagen. Schließlich galten beide Regierungschefs ihren Anhängern wie Gegnern als eingefleischte „Kalte Krieger" und ausgemachte „Atlantiker", die nicht nur aus rationalem Kalkül und nationalem Interesse, sondern aus emotionaler Überzeugung ein möglichst enges Bündnis mit den Vereinigten Staaten von Amerika anstrebten und die Abgrenzung von der Sowjetunion suchten.[1] Thatcher wie Kohl standen zudem an der Spitze von Mitte-Rechts-Parteien, denen sie sich mit einem starken Gefühl instinktiver Verbundenheit, ja fast stammesmäßiger Zugehörigkeit, verpflichtet fühlten.[2] Beide inszenierten sich als Aufsteiger aus einfachen Verhältnissen, die es aus der Provinz bis an die politische Spitze ihres Landes gebracht, sich aber die gefühlsmäßige Nähe zu den „kleinen Leuten" bewahrt hatten. Beide waren zudem mit der Forderung nach tief greifendem Wandel beziehungsweise einer geistig-moralischen Wende angetreten, die als leidenschaftliches Signal an die eigenen Anhänger und Unterstützer zu verstehen war, gemeinsam zu neuen Ufern aufzubrechen.[3]

Angesichts dieser beträchtlichen – und eben nicht nur politisch-ideologischen, sondern auch emotionalen – Gemeinsamkeiten erscheint es auf den ersten Blick verwunderlich, dass die Beziehungen zwischen dem deutschen Bundeskanzler und der britischen Premierministerin derart schlecht waren. Schon Mitte der 1980er-Jahre vermeldete der britische Botschafter in Bonn besorgt nach London, das deutsch-britische Verhältnis auf der höchsten Ebene sei keineswegs so, wie es sein sollte. Dabei bildete die Sprachbarriere – Thatcher konnte kein Deutsch und

[1] Zu Thatcher vgl. Richard Vinen: Thatcherism and the Cold War. In: Ben Jackson/Robert Saunders (Hg.): Making Thatcher's Britain. Cambridge 2012, S. 199–217.

[2] Zu Kohl vgl. etwa Günter Buchstab: Die politische Heimat. Helmut Kohl und seine Partei. In: Die Politische Meinung 6/2018, S. 35–40; Philip Rosin: Abschied von der „Adenauer-CDU". Innerparteiliche Veränderungen in Regierungs- und Oppositionszeit 1967–1971. In: HPM 25 (2018), S. 135–158.

[3] Die Nähe zwischen Thatcher und Kohl betont auch Frank Bösch: Zeitenwende 1979. Als die Welt von heute begann. München 2019, S. 291–293.

https://doi.org/10.1515/9783110680522-014

Kohl kein Englisch – keineswegs das Hauptproblem. Die beiden, so lautete die einhellige Einschätzung im Auswärtigen Dienst des Vereinigten Königreichs „might not be particularly close friends even if Kohl spoke English".[4] Kohl bestätigte diese Einschätzung in seinen Memoiren. Das Verhältnis zwischen ihm und Thatcher sei immer angespannt gewesen, schrieb er: „Wir verstanden uns nicht. […] [W]ir hatten einfach nicht dieselbe Wellenlänge."[5]

Die Antipathie zwischen Kohl und Thatcher ist nicht nur von den zeitgenössischen Akteuren, sondern auch von der historischen Forschung oft konstatiert, aber selten genauer analysiert worden.[6] Zumeist ist die „schlechte Chemie" zwischen den beiden ohne nähere Erläuterung als ein Faktor zur Erklärung der politischen Spannungen, die etwa in der Europapolitik, bei der Diskussion über die Stationierung nuklearer Kurzstreckenraketen in Mitteleuropa oder im Zuge der deutschen Wiedervereinigung auftraten, herangezogen worden. Tatsächlich fällt auf, dass es Helmut Kohl gelang, zu fast allen führenden Staatsleuten, mit denen er es in den entscheidenden Monaten des weltpolitischen Umbruchs in Deutschland und Europa 1989/1990 zu tun hatte, nicht nur gute politische Beziehungen, sondern auch ein vertrauensvolles persönliches Verhältnis aufzubauen. Das galt für den französischen Staatspräsidenten François Mitterrand ebenso wie für den US-Präsidenten George Herbert Walker Bush und den sowjetischen Staats- und Parteichef Michail Gorbatschow; die britische Premierministerin bildete in dieser Hinsicht die große Ausnahme.[7]

Vor diesem Hintergrund fragt der vorliegende Beitrag nicht erneut nach den – bereits gut erforschten – Folgewirkungen der persönlichen Abneigung zwischen Kohl und Thatcher. Er versucht vielmehr zu ergründen, aus welchen Quellen sich die Antipathie zwischen den beiden speiste, wie sie entstand und wie sie sich im Laufe der Zeit wandelte. Im Mittelpunkt der Ausführungen steht die Frage, welche kollektiven oder individuellen Erfahrungen, Wirklichkeitskonstruktionen und Weltdeutungen dem emotionalen Antagonismus der beiden zugrunde lagen, wie dieser eingesetzt wurde, um bestimmte Wirkungen zu erzielen, aber auch welche nicht intendierten Nebenfolgen daraus resultierten. Als Quellengrundlage dienen zum einen die Erinnerungsschriften der beiden Protagonisten, die gerade im Hinblick auf das gegenseitige Verhältnis starke Emotionen aufscheinen lassen.[8] Zum anderen kann auf die mittlerweile recht umfangreich vorliegende Sammlung von

[4] Sir Julian Bullard an Charles D. Powell, 25. 9. 1984, TNA, PREM 19/1244.

[5] Helmut Kohl: Erinnerungen 1990–1994. München 2007, S. 61.

[6] Vgl. etwa John Campbell: Margaret Thatcher. Bd. 2: The Iron Lady. London 2003, S. 304; Charles Moore: Margaret Thatcher. The Authorized Biography. Bd. 2: Everything She Wants. London 2015, S. 22.

[7] Rafael Biermann: Zur Bedeutung freundschaftlicher Verbundenheit in der Politik. Eine Annäherung am Beispiel des deutschen Einigungsprozesses. In: Birgit Aschmann (Hg.): Gefühl und Kalkül. Der Einfluss von Emotionen auf die Politik des 19. und 20. Jahrhunderts. Stuttgart 2005, S. 197–230.

[8] Margaret Thatcher: Downing Street No. 10. Die Erinnerungen. Düsseldorf 1993; dies.: Die Erinnerungen 1925–1979. Düsseldorf 1995; Helmut Kohl: Erinnerungen 1930–1982. München 2004; ders.: Erinnerungen 1982–1990. München 2005; ders.: Erinnerungen (wie Anm. 5).

Quellenbeständen auf der Seite der *Margaret Thatcher Foundation*[9] sowie aus dem Politischen Archiv des Auswärtigen Amtes[10] zurückgegriffen werden; diese verzeichnen zwar selten so explizit Gefühlsregungen wie die Memoirenliteratur, aber sie lassen dennoch Rückschlüsse auf Emotionen der handelnden Akteure zu. Darüber hinaus wurden für die Jahre 1982 bis 1987 auch bislang nicht edierte einschlägige Dokumente und Aktenbestände aus dem Thatcher-Nachlass im *Churchill College* in Cambridge[11] und aus den Regierungsakten im britischen Nationalarchiv (Büro der Premierministerin, *Foreign and Commonwealth Office*, *Cabinet Office*) ausgewertet.[12]

Als Ausgangspunkt zur Erkundung der persönlichen Beziehung zwischen Kohl und Thatcher eignet sich der gemeinsame Besuch im Dom zu Speyer im April 1989: Dorthin hatte der deutsche Bundeskanzler seine britische Amtskollegin eingeladen, um die Qualität der Kontakte nach einer Phase über Jahre gewachsener persönlicher Spannungen und Animositäten zu verbessern. Kohl hoffte, sein schwieriges Verhältnis zur „Eisernen Lady" zu entkrampfen, indem er ihr seine Heimat nahebrachte. Zu diesem Zweck empfing er die Britin in Deidesheim, ließ pfälzischen Saumagen servieren und führte die Besucherin zur Grablege der salischen Kaiser im Speyerer Dom. Dort zog der Kanzler den engsten außenpolitischen Berater der Premierministerin, Charles Powell, hinter einen Pfeiler und raunte ihm zu, nun da Thatcher ihn, Kohl, in seiner Heimat erlebt habe, im Herzen Europas, werde sie doch verstehen, dass er nicht nur Deutscher, sondern auch Europäer sei: „Sie müssen sie davon überzeugen!" Falls Powell jemals im Sinn gehabt haben sollte, dieser Aufforderung nachzukommen, muss ihm die Aussichtslosigkeit eines solchen Vorhabens rasch deutlich geworden sein. Thatcher ließ sich, kaum an Bord des Flugzeugs, das sie zurück nach London brachte, in ihren Sitz fallen, streifte die Schuhe ab und rief: „Mein Gott, der Mann ist so deutsch!"[13]

Die Anekdote erhellt nicht nur Probleme in den deutsch-britischen Beziehungen, die aus einer gegensätzlichen Deutung der eigenen nationalen, imperialen und europäischen Vergangenheit resultieren,[14] sie wirft auch ein Schlaglicht auf das persönliche Verhältnis zwischen Kohl und Thatcher. Für die Analyse der Beziehungen zwischen den beiden ergeben sich aus der Episode im Dom zu Speyer fünf Ansatzpunkte, die im Folgenden näher verfolgt werden sollen: Erstens stellt sich die Frage, wie sich der Umstand auswirkte, dass hier nicht zwei Regierungschefs gleichen Geschlechts miteinander zu tun hatten, sondern ein Mann und eine Frau. Zweitens gilt es zu erkunden, welche Rolle nationale Stereotypen, nationale

[9] Margaret Thatcher Foundation, https://www.margaretthatcher.org/archive (letzter Zugriff am 2. 4. 2020).
[10] Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland (AAPD).
[11] Churchill Archives Centre, Cambridge, The Papers of Baroness Thatcher (CCC, THCR).
[12] TNA, PREM 19; TNA, FCO 33; TNA, CAB 164.
[13] Campbell: Thatcher (wie Anm. 6), S. 304.
[14] Dominik Geppert: The Power of History. British and German Views of the European, National and Imperial Past. In: CEH 28 (2019) 1, S. 14–18.

Geschichtsvorstellungen und die darin wurzelnden Gefühle spielten. Drittens erscheint es – über die nationale Dimension hinaus – aufschlussreich zu untersuchen, welche unterschiedliche emotionale Bedeutung die engere geografische Heimat für Kohl (die Pfalz) und Thatcher (Lincolnshire) besaß. Viertens legt es die Rolle von Thatchers außenpolitischem Berater Charles Powell in Speyer nahe, über die Entourage von Spitzenpolitikern nachzudenken: Welche Auswirkungen hatten sie als Gefühlsverstärker oder auch als emotionale Abfederungsinstanzen? Fünftens schließlich lässt sich für Kohls und Thatchers persönliche Beziehung auch nach „Enttäuschung als analytischer Kategorie" fragen, wie es Bernhard Gotto jüngst in anderem Zusammenhang getan hat.[15]

Männer und Frauen in der Politik

Um die Bedeutung von Wahrnehmungen und Gefühlen bei der Begegnung Kohls und Thatchers in der Pfalz zu ergründen, ist es aufschlussreich, zunächst zu untersuchen, wie die beiden Akteure in ihren Memoiren über das Zusammentreffen berichtet haben. Thatcher schrieb, die Stimmung in Deidesheim und Speyer sei „durchaus erfreulich" gewesen: „anheimelnd und ein wenig übertrieben – *gemütlich* [deutsch auch im englischen Original; Anm. des Verfassers]".[16] Kohl hingegen erinnerte sich vor allem an derart hitzige Diskussionen über die Stationierung nuklearer Kurzstreckenwaffen in der Bundesrepublik, „dass selbst das gemütliche Mittagessen und die Besichtigung des Doms in Speyer, bei der ich eigens für Thatcher, die Kirchenmusik liebte, einen glänzenden Organisten engagiert hatte, die Atmosphäre nicht zu bessern vermochten".[17] In der Zusammenschau beider Schilderungen gewinnt man den Eindruck eines erfolglosen Annäherungsversuchs, bei dem sich Kohl in seinen persönlichen Bemühungen von Thatcher zurückgewiesen fühlte, während die Britin die Bestrebungen, der Beziehung eine persönliche Note zu verleihen, als etwas aufdringlich empfunden zu haben scheint. Deutsche „Gemütlichkeit" musste nicht allen gleichermaßen behagen.

Es wäre sicherlich falsch, die Begegnung im Speyerer Dom als abgewiesene Minne oder gescheiterte Brautwerbung zu deuten. Gleichwohl spielte die Tatsache, dass hier ein männlicher Kanzler und eine weibliche Premierministerin aufeinandertrafen, eine Rolle. Aus heutiger Perspektive unterschätzt man leicht, wie ungewöhnlich den Zeitgenossen 1975 die Wahl einer Frau an die Spitze einer Volkspartei und vier Jahre später ins höchste Regierungsamt einer großen westlichen Industrienation erschien. Dass Thatcher eine Frau war, prägte sowohl Wahrnehmung und Verhalten von Kollegen, Rivalen sowie Wählern als auch ihr

[15] Vgl. Bernhard Gotto: Enttäuschung in der Demokratie. Erfahrung und Deutung von politischem Engagement in der Bundesrepublik Deutschland während der 1970er und 1980er Jahre. München 2018, S. 11–15.
[16] Thatcher: Downing Street (wie Anm. 8), S. 1034.
[17] Kohl: Erinnerungen (wie Anm. 5), S. 62.

eigenes Handeln.[18] Sie inszenierte sich gerne als sparsame Hausfrau, die den Staatshaushalt ebenso zusammenzuhalten verstand wie die Familienkasse. Die Medien griffen das Image von der Politikerin mit Hausfrauentugenden begierig auf. Es war im Kampf um öffentliche Aufmerksamkeit und die Ausprägung eines eigenen medialen Profils Gold wert – insbesondere nachdem die Zeitung der Roten Armee Thatcher den Gefallen getan hatte, mit der abwertend gemeinten Bezeichnung „Eiserne Lady" die Vorstellung weiblicher Qualitäten mit Härte und Führungsstärke zu verbinden und damit überkommene Rollenvorstellungen zu unterlaufen. Von da ab ließ Thatcher die Bezeichnung *Iron Lady* immer wieder gern in ihre Reden und Interviews einfließen.[19]

Oft sprach aus Thatchers öffentlichen wie privaten Äußerungen das Gefühl, sich in einem maskulin geprägten Umfeld behaupten zu müssen. In ihren Erinnerungen vermerkte sie, vermutlich sei „eine Frau – auch wenn sie ihr ganzes Berufsleben in einer Männerwelt verbracht hat – emotional für persönliche Verunglimpfungen anfälliger als die meisten Männer".[20] Für Doppeldeutigkeiten und schlüpfrige Anspielungen, wie sie in Männergesprächen immer wieder vorkommen, besaß Thatcher keine Antenne – oder wollte sie aus Gründen des Selbstschutzes nicht besitzen. Es fehlte ihr das Gespür für jenes Gemisch aus Ironie und verstecktem Hintersinn, das bei vielen männlichen Politikern den Umgangston prägte. Von der parteiübergreifenden Kameraderie unter Männern, die nicht zuletzt auf diesem Umgangston, britischem Understatement und augenzwinkerndem Einverständnis beruhte, war sie ausgeschlossen. In den Bars und Raucherzimmern des Parlaments, wo ihre Kollegen sich zu treffen und einander auch über Parteigrenzen hinweg kennenzulernen pflegten, sah man sie selten – und nie ohne männliche Begleitung.[21] Zugleich genoss sie es durchaus, die einzige Frau im Raum zu sein und mit traditionellen Geschlechterklischees zu spielen. Beim Festakt nach dem Falklandkrieg fragte sie nach dem Dinner die anwesenden Herren: „Gentlemen, shall we join the ladies?"[22]

Unter ihren Parteifreunden und den internationalen Staatsmännern, mit denen sie zusammenkam, schätzte Thatcher angeblich besonders gutaussehende, schneidige Typen mit Charme.[23] Das herausragende Beispiel der Sorte Mann, die Thatcher mochte, war US-Präsident Ronald Reagan, mit dem sie nicht nur weltanschauliche Übereinstimmungen verbanden, sondern mit dem sie in ihrer

[18] Ausführlicher hierzu Dominik Geppert: Thatchers konservative Revolution. Der Richtungswandel der britischen Tories (1975–1979). München 2002, S. 83–94.
[19] Peter Cockerell: Live from Number Ten. London 1988, S. 234.
[20] Thatcher: Erinnerungen (wie Anm. 8), S. 218.
[21] Charles Moore: Margret Thatcher. The Authorized Biography. Bd. 1: Not for Turning. London 2013, S. 145, S. 388.
[22] Charles Moore vermutet, Thatcher habe diesen Augenblick als Höhepunkt ihres Lebens empfunden; ebd., S. 758; David Cannadine beschreibt Thatcher als „bundle of gendered contradictions"; David Cannadine: Margaret Thatcher. A Life and Legacy. Oxford 2017, S. 66.
[23] Zum Beispiel den langjährigen Vorsitzenden ihrer Konservativen Partei Cecil Parkinson oder den niederländischen Ministerpräsidenten Ruud Lubbers; vgl. Campbell: Thatcher (wie Anm. 6), S. 304, S. 731.

Vorliebe für gepflegtes Äußeres und elegante Kleidung auch ästhetische Gemeinsamkeiten teilte. Reagan behandelte Thatcher, wie sich ein hoher britischer Beamter erinnerte, stets „in a very courteous and sort of slightly flirtatious way to which she responded".[24] Thatchers Kollegen in Großbritannien reagierten unterschiedlich auf die Tatsache, dass sie es mit einer Frau in einem politischen Spitzenamt zu tun hatten. Bei vielen traditionellen Konservativen mischten sich Beschützerinstinkte und Ritterlichkeit mit dem Gefühl, dass mit einer gesellschaftlichen Ordnung, die eine Frau an der Spitze möglich machte, etwas grundsätzlich nicht stimmen könne. Im harten Wettkampf des politischen Geschäfts fühlten viele ein ähnliches Unbehagen, wie es rechtshändige Boxer verspüren, wenn sie auf einen Linksausleger treffen, der ihnen gegenüber im Vorteil ist, weil er ständig gegen Rechtsausleger kämpft, während sie selbst äußerst selten Linkshändern gegenüberstehen. Ihre Kollegen, bemerkte Thatcher einmal in einem Interview, „may be more conscious of me as a woman than I am of them as men".[25]

Liebenswürdige Höflichkeit und abschätzige Gefühle gegenüber „dieser Frau" lagen oft nicht weit auseinander. Der französische Staatspräsident François Mitterrand bemerkte einmal in einer für diese Zwiespältigkeit nicht untypischen Art und Weise, Thatcher habe die Augen Caligulas, aber den Mund Marilyn Monroes.[26] Tatsächlich fühlten nicht wenige Männer, denen Thatcher als Premierministerin begegnete, eine Attraktion von ihr ausgehen, die irgendwo zwischen romantischer Hingabe und erotischer Anziehungskraft angesiedelt war. Dabei schien nicht immer klar zu sein, ob die Fantasien und Gefühle eher der Person galten oder der mit dem Amt verbundenen Macht geschuldet waren. Der Schriftsteller Kingsley Amis etwa beschrieb die Politikerin einmal als eine der bestaussehenden Frauen, die er jemals getroffen habe: „The fact that it is not a sensual or sexy beauty does not make it a less sexual beauty, and that sexuality is still, I think, an underrated factor in her appeal (or repellence)."[27]

Dieses Gemisch ambivalenter Gefühle zeigte sich auch im Verhältnis zwischen Kohl und Thatcher. In Erinnerung an ihre erste Begegnung 1975 auf dem CDU-Parteitag in Hannover vermerkte Thatcher den offenkundig nicht sehr günstigen körperlichen Eindruck, den Kohl auf sie machte, und beschrieb den CDU-Vorsitzenden als einen „Hünen und sehr deutsch". [28] Britische Diplomaten berichteten später, Thatcher habe Kohl von Anfang an als langweilig und schwergängig empfunden, intellektuell nicht auf derselben Stufe mit seinem Amtsvorgänger Helmut Schmidt, dessen „Klugheit" und „Sachverstand in Fragen der internationalen Wirtschaft" sie unvorteilhaft mit den Fähigkeiten des CDU-Politikers kontrastierte. Kohls diplomatischer Stil zeichnete sich in Thatchers Augen durch „noch größere Direktheit" aus als ihr eigener: Gelegentlich habe er bei Diskussionen

[24] Zit. nach Moore: Thatcher (wie Anm. 21), S. 547.
[25] The Observer, 18. 2. 1979.
[26] Zitiert etwa bei Cannadine: Thatcher (wie Anm. 22), S. 66.
[27] Kingsley Amis: Memoirs. London 1991, S. 316.
[28] Thatcher: Erinnerungen (wie Anm. 8), S. 407, S. 410.

„mit der Faust auf den Tisch“ geschlagen und bei Gesprächen, wenn es ans Eingemachte ging, „durchweg im Feldwebelton“ geredet.[29]

Mit seinem stattlichen Leibesumfang, biederen Aussehen und der Neigung zu längeren Monologen gehörte Kohl nicht in jene Kategorie attraktiver, schlanker, charmanter und geistreicher Männer, die Thatcher mochte.[30] Stattdessen erkannte sie an ihm jene von ihr als typisch männlich verachtete Neigung zur Schwafelei, die über mangelnde Kenntnisse der Einzelheiten der zur Diskussion stehenden Materie hinwegtäusche. Während sich vor ihr selbst, so notierte sie in ihren Erinnerungen, bei Gipfeltreffen des Europäischen Rats stets Aktenberge auftürmten, habe sie an Kohls Platz nie größere Stapel Papier bemerkt, was wohl den „Eindruck angemessener olympischer Erhabenheit“ erwecken sollte, tatsächlich aber nur gezeigt habe, dass der Bundeskanzler sich nicht „in die Niederungen der Details“ begeben wolle.[31] So wie Thatcher sich über Kohls Hang zum Monologisieren beklagte, empfand der Kanzler seinerseits die Gesprächsführung der Premierministerin als unerträglich dominant. Sie habe „mit einer unglaublichen Geschwindigkeit“ geredet und ihn kaum zu Wort kommen lassen. Habe es ein Gesprächspartner gewagt, sich selbst das Wort zu nehmen, „fuhr sie regelmäßig dazwischen: ‚Unterbrechen Sie mich nicht! Sie reden dauernd!‘“[32]

In seinen „Erinnerungen“ strich Kohl bei Thatcher Eigenschaften heraus, die er zwar nicht explizit als typisch weiblich benannte, die aber doch bestimmte Klischees weiblichen Verhaltens widerspiegelten. So berichtete er, die britische Premierministerin habe beim EG-Gipfel 1984 in Fontainebleau, bei dem die Beilegung der Auseinandersetzungen um den britischen Budgetbeitrag im Mittelpunkt stand, „die Nerven“ verloren[33] und auch bei anderen Gelegenheiten „aus den Gesprächen, die sie führte, immer nur das [herausgehört], was sie hören wollte“.[34] Konfrontiert mit dem herablassenden Spott des französischen Staatspräsidenten Mitterrand reagierte Thatcher „oft beleidigt und beschimpfte die Männerriege, dass sie sie nicht ernst nähme“, so Kohl.[35] Im Winter 1989/1990 sei sie angesichts des Scheiterns ihrer Deutschlandpolitik „fast schon hysterisch“ geworden.[36] An anderer Stelle schilderte er eine Szene auf dem EG-Gipfel in Straßburg Anfang Dezember 1989, auf dem Höhepunkt der Sorgen um die Krise in der DDR und der Spannungen um die plötzlich aufscheinende Perspektive einer deutschen Wiedervereinigung, bei der die britische Premierministerin erst „fauchte“, dann „schrie“ und schließlich „mit den Füßen“ stampfte – er selbst aber sei „gelassen“ geblieben.[37]

[29] Dies.: Downing Street (wie Anm. 8), S. 374, S. 1017.
[30] Moore: Thatcher (wie Anm. 6), S. 22.
[31] Thatcher: Downing Street (wie Anm. 8), S. 479.
[32] Kohl: Erinnerungen (wie Anm. 5), S. 59.
[33] Ders.: Erinnerungen 1982–1990 (wie Anm. 8), S. 283.
[34] Ebd., S. 958.
[35] Ebd., S. 138.
[36] Ders.: Erinnerungen (wie Anm. 5), S. 59.
[37] Ders.: Erinnerungen 1982–1990 (wie Anm. 8), S. 984.

Gefühlte Geschichte

Es griffe zu kurz, die Beziehungsprobleme zwischen Thatcher und Kohl nur als Verständigungsschwierigkeit aufgrund von Geschlechterstereotypen zu interpretieren. Man sollte sie auch als Aufeinanderprallen zweier unterschiedlich gefühlter Geschichtswelten und gegensätzlicher Vorstellungen von Nationalgeschichte verstehen. Während Kohl der Premierministerin zu verstehen geben wollte, dass Deutschland sich endgültig von den nationalistischen Irrwegen der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts verabschiedet und einer friedlichen europäischen Zukunft zugewandt habe, verstand seine Gesprächspartnerin diese Wandlung als neuerliche deutsche Deformation – diesmal in die entgegengesetzte Richtung einer völligen (und aus ihrer Sicht widernatürlichen) Negation des nationalen Gedankens. Entsprechend bemerkte sie in ihren Erinnerungen, das Bedürfnis deutscher Politiker, ihr Nationalbewusstsein mit einer weiter gefassten europäischen Identität zu verschmelzen, sei zwar verständlich, es stelle jedoch die selbstbewussten Staaten Europas vor Probleme: „Weil die Deutschen eine Scheu davor haben, sich selbst zu regieren, versuchen sie ein europaweites System zu schaffen, in dem sich keine Nation mehr selbst regiert."[38]

Zwar war die Politikerin klug genug, derartige Ansichten nicht öffentlich zu äußern, solange sie noch im Amt war, in privaten Gesprächen aber hielt sie mit ihrer Meinung weniger hinter dem Berg. Sie habe, so berichtete ihr langjähriger Schatzkanzler Nigel Lawson in seinen Memoiren, die Kontinentaleuropäer und insbesondere die Deutschen mit tiefem Misstrauen, unverhülltem Widerwillen und Feindseligkeit betrachtet.[39] Ein außenpolitischer Berater klagte, die Politikerin habe sich zunehmend dagegen gewehrt, ihre Vorurteile über Deutschland an der Realität der Gegenwart zu messen: „The past, and especially the symbolism of the Second World War and the empire still loomed large in Margaret Thatcher's imagination."[40] Kanzler Kohl schnappte im Dezember 1989 bei einer Sitzung der Staats- und Regierungschefs der EG in Straßburg eine Bemerkung auf, die Thatcher im Vertrauen, nicht gehört zu werden, von sich gegeben habe: „Zweimal haben wir die Deutschen geschlagen! Jetzt sind sie wieder da!"[41] Schon in den Jahren zuvor schimmerte in ihren internen Bemerkungen und Einschätzungen bisweilen das in Großbritannien verbreitete – im Ersten Weltkrieg entstandene und im Zweiten Weltkrieg bestätigte – Klischeebild von den Deutschen als fügsamem und zugleich aggressivem Volk durch, das unter einer entschlossenen Führung zu erstaunlichen Dingen fähig war, dem man aber letztlich nicht trauen konnte. Die Wurzeln dieses Weltbildes reichten weit zurück. Schon in ihrer ersten überliefer-

[38] Thatcher: Downing Street (wie Anm. 8), S. 1034.
[39] Nigel Lawson: The View from No. 11. Memoirs of a Tory Radical. London 1992, S. 900.
[40] George Robert Urban: Diplomacy and Disillusion at the Court of Margaret Thatcher. An Insider's View. London 1996, S. 5; ähnlich auch Percy Cradock: In Pursuit of British Interest. Reflections on Foreign Policy under Margaret Thatcher and John Major. London 1997, S. 21.
[41] Kohl: Erinnerungen 1982–1990 (wie Anm. 8), S. 1013.

ten politischen Rede bei einer Wahlkampfveranstaltung in ihrer Heimatstadt Grantham im Juni 1945 hatte sie erklärt, „that once in her lifetime, twice in many people's time, and three times in the lives of some people, Germany had plunged the world into war".[42]

Insofern spricht einiges für die von Thatchers Biografen John Campbell vertretene These von der besonderen Prägekraft, die der Zweite Weltkrieg auf Thatchers Weltsicht und Blick auf die internationalen Beziehungen ausgeübt habe: mit den Deutschen als gefürchtetem Gegner, den Franzosen als unsicherem Verbündeten und den Amerikanern als zuverlässigem und starkem Rückhalt. Anders als ihre männlichen Altersgenossen, die im britischen Militär in Frankreich, Deutschland oder Nordafrika gekämpft hatten, hatte Thatcher als junge Frau den Krieg an der Heimatfront erlebt und war dabei in ihrer Geburtsstadt Grantham wiederholt deutschen Luftangriffen ausgesetzt gewesen. Ihr fehlten daher laut Campbell ein Bewusstsein für die Barbarei des Kriegs an der Front und eine tief sitzende Überzeugung, dass Europa sich vereinigen müsse, um einen weiteren Krieg unmöglich zu machen.[43]

Vor dem Hintergrund dieser These ist interessant, an welcher Stelle Thatchers Name in Kohls Erinnerungen zum ersten Mal auftaucht: im Zusammenhang mit einem Treffen des NATO-Rats Ende der 1980er-Jahre, bei dem sich Thatcher an der Seite der Amerikaner vehement für eine Modernisierung der in Deutschland stationierten atomaren Kurzstreckenraketen einsetzte. Kohl berichtete, dass er damals von seinen persönlichen Erfahrungen erzählt habe, um den Verhandlungspartnern die besondere Sensibilität der Deutschen in dieser Frage zu verdeutlichen – schließlich galt für jene Waffen, die vor allem auf das Land in der Mitte Europas gerichtet waren, nach verbreiteter Ansicht der Grundsatz: „je kürzer die Reichweite, desto toter die Deutschen".[44] Die Anekdote, mit der Kohl seine eigene biografische Betroffenheit deutlich machen wollte, handelte von der Geburt seines Sohnes, den er nach seinem im Ersten Weltkrieg gefallenen Onkel und seinem im Zweiten Weltkrieg gebliebenen Bruder „Walter" nannte. „Kann man das zum dritten Mal machen?", habe seine Mutter ihn damals bang gefragt.[45]

Der Subtext war deutlich genug: Kohl fühlte sich in seiner eigenen Lebens- und Familiengeschichte von „Krieg und Waffen" in einem Ausmaß persönlich betroffen, das Thatcher fremd geblieben sei.[46] Deren „Anti-Germanismus" deutete der Bundeskanzler als eine Mischung aus Instinkt und Interessenkalkül. Der affekthafte Zug rührte seiner Einschätzung nach von ihren persönlichen Erfahrungen her, „die auf der britischen Kriegspropaganda, aber auch darauf gründeten, dass

[42] Zitiert nach Moore: Thatcher (wie Anm. 21), S. 52.
[43] John Campbell: Margaret Thatcher. Bd. 1: The Grocer's Daughter. London 2000, S. 40.
[44] Zum Hintergrund vgl. etwa Hans-Dietrich Genscher: Erinnerungen. Berlin 1995, S. 581–621.
[45] Kohl: Erinnerungen 1930–1982 (wie Anm. 8), S. 169f.
[46] In seinen Memoiren beschreibt Kohl nicht nur die Reaktion auf den Tod seines Bruders, sondern auch wie er als Schüler bei Lösch- und Aufräumarbeiten nach Bombenangriffen helfen musste und dabei mit Leichen konfrontiert wurde; ebd., S. 35–37.

sie selbst erlebte, wie Deutsche Großbritannien bombardierten". Das rational kalkulierte Element in Thatchers Deutschlandpolitik verband sich für Kohl mit einer von der britischen Tradition bestimmten Interessenpolitik, die darauf zielte, eine deutsche Hegemonie in Europa zu verhindern, die Stabilität von Europäischer Gemeinschaft und NATO zu sichern sowie Gorbatschows Reformen in der Sowjetunion nicht zu gefährden.[47]

Bei seinen Begegnungen mit der britischen Premierministerin thematisierte der Bundeskanzler häufig die historische Dimension der internationalen Beziehungen. Bei einem Vier-Augen-Gespräch im April 1983 leitete er beispielweise die antiamerikanischen Tendenzen in Deutschland aus einer nationalen Vergangenheit her, die sich fundamental von der britischen unterscheide. Die deutsche Geschichte sei durch einen „gewissen Antagonismus der Ost- und Westorientierung" geprägt. Berlin liege eben in der Mitte zwischen Paris und St. Petersburg. Es habe in Deutschland „immer eine sehr starke Strömung der Ostorientierung" gegeben. Die Westorientierung reiche jedoch ebenfalls weit zurück – bis in die römische Zeit. Es gebe einen „geschichtlich überkommenen Unterschied des Lebensgefühls und auch der Lebensumstände zwischen Nord und Süd in Deutschland, d. h. zwischen den Regionen diesseits und jenseits des Limes".[48]

Seine eigene Außen- und Europapolitik leitete Kohl dezidiert aus den negativen historischen Erfahrungen der deutschen Vergangenheit her. Die „zwei Grundpositionen" der nordatlantischen Allianz und der Bindung in der EG, so führte er in einem anderen Vier-Augen-Gespräch mit der britischen Premierministerin im Februar 1984 aus, seien aus historischen Gründen „irreversibel". Die Bundesrepublik brauche beides, „weil wir auf keinen Fall mehr zwischen die Stühle geraten dürften. Ein großer Teil des Elends unserer Geschichte resultiere daraus, daß wir unseren Platz in Europa nicht gefunden hätten."[49] Wiederholt kam Kohl in diesem Zusammenhang auf die negativen Erfahrungen der Zwischenkriegszeit zu sprechen, als es Gustav Stresemann nicht gelungen sei, „die Westorientierung zu stabilisieren".[50] Die Politik Stresemanns und Aristide Briands, so argumentierte Kohl, sei dabei „auch an britischem Desinteresse und an amerikanischem Isolationismus" gescheitert.[51]

Thatcher ging auf diese historischen Begründungen deutscher Politik nicht ein. Während Kohl immer wieder auch die eigene Lebensgeschichte thematisierte, etwa seine Erlebnisse in der zu 80 Prozent zerstörten Heimatstadt Ludwigshafen,[52] schwieg sie sich über ihre Erfahrungen in Grantham ebenso aus wie über die historischen Traditionslinien britischer Außen- und Europapolitik. Beides schien ihr offenbar als Gesprächsgegenstand für Unterhaltungen mit dem deutschen Bun-

[47] Ders.: Erinnerungen (wie Anm. 5), S. 60.
[48] Gespräch in London, 22. 4. 1983, AAPD 1983, Dok. 111, S. 578–592, hier: S. 581.
[49] Gespräch in London, 28. 2. 1984, AAPD 1984, Dok. 64, S. 321–332, hier: S. 328.
[50] Gespräch in London, 22. 4. 1983 (wie Anm. 48), hier: S. 581.
[51] Gespräch in London, 28. 2. 1984 (wie Anm. 49), hier: S. 328.
[52] Gespräch in London, 22. 4. 1983 (wie Anm. 48), hier: S. 581.

deskanzler ungeeignet, was Kohl zu der Bemerkung veranlasste, „Frau Thatcher unterschätze die Geschichte“.[53]

Emotionales Hinterland

Die emotionalen Verständigungsschwierigkeiten bei der Begegnung in Speyer hatten noch eine weitere Dimension, die nicht mit der deutschen und britischen Nationalgeschichte zusammenhing, sondern mit der regionalen Herkunft der beiden Politiker. Für Kohl bedeutete die Einladung in seine pfälzische Heimat ein Angebot an die Britin, ihn als Mensch besser kennenzulernen. Die Verwurzelung im deutschen Südwesten (und eben nicht im „preußischen“ Norden oder Osten Deutschlands) sowie die geografische und gefühlsmäßige Nähe zu Frankreich verstand er als ebenso wesentlichen Teil seiner Persönlichkeit wie die selbstbewusst gesprochene pfälzische Mundart, „die auf Nicht-Pfälzer gemütlich wirkt, aber auch ungeschlacht“.[54]

Kohl fühlte sich emotional und biografisch jener Wohlstandsregion entlang des Rheins von der Nordsee bis zu den Alpen zugehörig, die im Herzen des alten „Europa der Sechs“ lag und die wie kein anderer Landstrich von der europäischen Einigung profitiert hatte. Geschichte und Gegenwart verwiesen in dieser Gegend stärker als anderswo auf die europäische Dimension der Dinge. Es ist kein Zufall, dass besonders enthusiastische Fürsprecher des Einigungsprojekts häufig aus dieser alteuropäischen Kernregion kamen, die einst die wichtigste Kommunikationsader im Karolingerreich war und die man südlich der Alpen noch um Norditalien bis zur Poebene erweitern könnte: neben dem Pfälzer Helmut Kohl auch Männer wie der Mainzer Walter Hallstein, Paul-Henri Spaak aus Brüssel, Alcide de Gasperi aus dem Trentino oder der Lothringer Robert Schuman. Sie alle dachten und fühlten über den Nationalstaat und dessen Grenzen hinaus.[55]

Thatcher fehlte jeglicher Zugang zu dieser Gefühlswelt. Mehr noch: Im Gegensatz zu Kohl hatte sie sich intensiv darum bemüht, das provinzielle Lincolnshire, aus dem sie stammte, hinter sich zu lassen.[56] Das Studium in Oxford, die Ehe mit einem wohlhabenden Mann aus dem englischen Süden und der Aufstieg in der Konservativen Partei dienten ihr dazu, der gefühlten Enge ihres Herkunftsmilieus zu entkommen. Sie hatte die Verbindungsstränge mit der eigenen „Heimat“ – ein Wort, für das es bezeichnenderweise im Englischen keine adäquate Übersetzung

[53] Gespräch in London, 28. 2. 1984 (wie Anm. 49), hier: S. 332. Wenn sie überhaupt auf die geschichtliche Dimension britischer Politik zu sprechen kam, dann im Zusammenhang mit der Waffenbrüderschaft der Commonwealth-Staaten im Zweiten Weltkrieg; so etwa beim deutsch-britischen Regierungsgespräch in Chequers, 2. 5. 1984, AAPD 1984, Dok. 122, S. 585–597, hier: S. 587.

[54] Hans-Peter Schwarz: Helmut Kohl. Eine politische Biographie. München ²2012, S. 24.

[55] Vgl. Dominik Geppert: Ein Europa, das es nicht gibt. Die fatale Sprengkraft des Euro. Berlin 2013, S. 118f.

[56] Campbell: Thatcher (wie Anm. 43), S. 74.

gibt – weitgehend gekappt: Das galt für die konfessionelle Zugehörigkeit (durch die Ehe mit Denis Thatcher war aus der Methodistin eine Anglikanerin geworden) ebenso wie für die dialektale Sprachfärbung. Schon als Schülerin hatte sie zusätzlich zu ihrem normalen Stundenplan Sprechunterricht genommen.[57] Vor dem Beginn ihres Studiums suchte sie auf Rat ihres Vaters noch einmal einen Sprechlehrer auf, um endgültig ihren Lincolnshire-Akzent loszuwerden, der sie in Oxford als Mädchen aus der Provinz und als Angehörige der unteren Mittelschicht verraten hätte.[58] Der Übung war jedoch nur ein begrenzter Erfolg beschieden. Die Studentin verlor zwar ihren heimatlichen Zungenschlag, aber die neue, ungewohnte Sprechweise ließ ihre Stimme nicht nur unnatürlich hoch klingen, sondern auch etwas gekünstelt wirken. Noch Jahre später fiel ihre Gewohnheit auf, dann und wann das falsche Wort zu betonen – ein Hinweis darauf, dass sie in der Hochsprache immer noch nicht ganz zu Hause war.[59]

Insofern ist Thatchers Bemerkung, Kohl habe die „unverwechselbare Aura eines deutschen Provinzpolitikers" umgeben, die sich „politisch durchaus zu seinem Vorteil auswirkte", in verschiedener Hinsicht aufschlussreich.[60] Einmal verweist sie auf Unterschiede zwischen dem deutschen Föderalismus, der erkennbare regionale Verwurzelung eher prämierte, und dem britischen, ganz auf die Hauptstadt ausgerichteten Zentralismus, in dem es galt, in London zu reüssieren und die Provinz hinter sich zu lassen. Sodann mag sich in Thatchers Charakterisierung auch eine gewisse Geringschätzung für jemanden widerspiegeln, der es nicht verstanden oder nicht für nötig befunden hatte, die Spuren seiner provinziellen Herkunft durch harte Arbeit verschwinden zu lassen. Vielleicht schimmert in der Äußerung jedoch auch die Ahnung durch, dass die eigenen Anstrengungen um den Preis eines gewissen Verlusts von Authentizität erkauft worden waren.

Politische Berater als Gefühlsverstärker und Affektabfederer

Die politischen Berater in London und Bonn zeigten sich alarmiert durch die Animositäten zwischen den beiden Spitzenleuten, die spätestens seit Mitte der 1980er-Jahre nicht mehr zu übersehen waren.[61] Es sei offenkundig, lautete die Einschätzung im britischen Außenministerium, dass es keinen adäquaten Ersatz für persönliche Beziehungen zwischen den beiden Regierungschefs geben könne.[62] In dem Bemühen, eine Verbesserung zu bewirken, dachte man über verschiedene Maßnahmen nach. Der britische Botschafter in Bonn, Sir Julian

[57] Hugo Young/Anne Sloman (Hg.): The Thatcher Phenomenon. London 1986, S. 15.
[58] Penny Junor: Margaret Thatcher. Wife, Mother, Politician. London 1984, S. 11f.
[59] Vgl. Geppert: Revolution (wie Anm. 18), S. 88.
[60] Thatcher: Downing Street (wie Anm. 8), S. 767.
[61] Die folgenden Beobachtungen stützen sich auf britische Quellen; die entsprechenden Unterlagen des Bundeskanzleramtes für eine genauere Untersuchung der deutschen Seite wären noch auszuwerten.
[62] Sir Julian Bullard an Charles D. Powell, 25. 9. 1984 (wie Anm. 4).

Bullard, schlug vor, die Küchenkabinette der beiden Politiker zu aktivieren, um über deren engste politische Umgebung positiv Einfluss zu nehmen. Konkret dachte Bullard an den Kohl-Vertrauten Wolfgang Bergsdorf, damals Leiter der Abteilung Inland im Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, und den britischen *Paymaster General*, John Gummer, seit 1984 Vorsitzender der Konservativen Partei.[63] Es gehe nicht nur darum, sich persönlichen Zugang zum Kanzler zu sichern, so Bullard, sondern auch darum, ihn mental und emotional zu erreichen.[64]

In *Downing Street* war man skeptisch. Gummer sei „definitely not the right person", notierte Charles Powell. Auch informelle Beratertreffen im größeren Kreis hielt er für impraktikabel. Der deutsche und britische Politikbetrieb seien zu unterschiedlich: Während in Bonn überwiegend Parteifreunde dem engsten Zirkel des Kanzlers angehörten, bildete in London der *Civil Service* das Rückgrat des Regierungsapparats, argumentierte Powell: „Attempts to develop special links between private offices and other individuals which bypass these [*official interministerial*; Anm. des Verfassers] channels tend to lead to confusion".[65] Am Ende einigte man sich, Gummer solle Kohl einen persönlichen Brief der Premierministerin überbringen, idealerweise versehen mit einigen warmen Worten Thatchers. Es sei nur eine Geste, schrieb Powell an seine Chefin, „but gestures seem to matter a lot for Kohl and he is susceptible to flattery […] particularly if you can bring yourself to put ‚Dear Helmut'".[66] Am Ende brachte die Premierministerin es nicht über sich, die Anrede mit dem Vornamen zu verwenden, und entschied sich für die unpersönlichere Variante „My dear Chancellor".[67]

Mitunter versuchten sich die Außenämter auch in vorauseilendem Gefühlsmanagement, indem sie eine bestimmte Art der Verhandlungsführung vorschlugen, die darauf abzielte, negative Emotionen der Regierungschefs zu vermeiden oder wenigstens zu begrenzen. So informierte der deutsche Botschafter in London, Rüdiger von Wechmar, seine britischen Kollegen im Februar 1984, Kohl neige dazu, in sehr allgemeiner Art und Weise über Europa zu sprechen, während Thatcher bekanntlich eine Meisterin darin sei, alle Details einer Materie zu beherrschen. Er empfehle daher, die britische Seite solle sich bemühen, „to pitch the conversation on the European Community in something like the same key which Kohl and Mitterrand had recently been using. Otherwise […] there was a risk of Kohl drawing the conclusion that Britain saw nothing in Europe except material interests."[68] Das britische Außenministerium sorgte dafür, dass Rüdiger von

[63] Ebd.
[64] Bullard-Memorandum, 29. 10. 1984, TNA, PREM 19/1764.
[65] Charles D. Powell an Michael Jay, 26. 9. 1984, TNA, PREM 19/1244 (Hervorhebung im Original); Powell an Bullard, 28. 9. 1984, ebd.
[66] Charles D. Powell an Margaret Thatcher, 27. 9. 1984, https://www.margaretthatcher.org/document/146547 (letzter Zugriff am 2. 4. 2020).
[67] Margaret Thatcher an Helmut Kohl, 28. 9. 1984, https://www.margaretthatcher.org/document/146545 (letzter Zugriff am 2. 4. 2020).
[68] Bullard-Memorandum, 24. 2. 1984, TNA, PREM 19/1245/1.

Wechmars Bericht der Premierministerin vorgelegt wurde. Großen Einfluss auf Thatchers Verhandlungsstil scheint er aber nicht gehabt zu haben.

Die Aktivitäten der Entourage wirkten allerdings nicht einseitig auf eine Dämpfung der negativen Emotionen der Spitzenleute hin. Ihre Einschätzungen und Ratschläge dienten manchmal auch dazu, die Regierungschefs in ihren Vorurteilen und Gefühlen zu bestärken. Dabei war nicht immer klar erkennbar, ob die Berater den Chefs nach dem Mund redeten oder ob umgekehrt die Ansichten Kohls und Thatchers von den Zuarbeiten ihrer Helfer beeinflusst wurden. In jedem Fall liegt es nahe, dass sich Berater und Chefs in ihren Wahrnehmungen und emotionalen Reaktionen gegenseitig bestärkten, sodass man diese in Anlehnung an Barbara H. Rosenweins *emotional communities* durchaus auch als Gefühlsgemeinschaften bezeichnen könnte.[69]

So strich etwa Botschafter Bullard ähnlich wie Thatcher die ausschweifende Langatmigkeit von Kohls historischen Monologen heraus. Die Ausführungen des Kanzlers zur aktuellen politischen Lage, berichtete er beispielsweise im September 1984, „enveloped in a broad but to me obscure historical framework, with allusions to Austen Chamberlain, the Treaty of St. Germain etc.". Wie häufig bei Kohl sei es eine ziemlich einseitige Konversation mit wenig unmittelbar operativem Bezug gewesen.[70] Die Redseligkeit des Bundeskanzlers sei bemerkenswert, berichtete Bullard bei anderer Gelegenheit: „He did about 85 % of the talking."[71]

Auch in der Deutschlandpolitik bestätigten die Rückmeldungen, die Thatcher aus dem *Foreign Office* und dem Kreis ihrer außenpolitischen Berater erreichten, häufig die instinktiven Ansichten der Premierministerin. Insofern muss die – von Thatcher selbst wie von ihren Diplomaten später genährte und von der zeithistorischen Forschung weitgehend übernommene – Lesart eines deutschlandpolitischen Bruchs zwischen *10 Downing Street* und dem Außenamt in der King Charles Street jedenfalls für die Mitte der 1980er-Jahre relativiert werden.[72] Deutschland sei ein Land dunkler und tiefer Leidenschaften, notierte beispielsweise Bullard im Februar 1985. Manchmal habe er den Eindruck, es platze emotional aus den Nähten, „as Kohl gives the impression of bursting out of his suits". Er sei sich sicher, dass die Ruhelosigkeit, die im 20. Jahrhundert für so viel Ärger in Europa und der Welt gesorgt habe, immer noch im deutschen Charakter gegenwärtig sei – „or perhaps I should say that it has re-emerged".[73]

[69] Barbara H. Rosenwein: Emotional Communities in the Early Middle Ages. Ithaca 2006.

[70] Sir Julian Bullard an Foreign Office, 19. 9. 1984, TNA, PREM 19/1244.

[71] Der Botschafter glaubte nicht, dass Kohl ohne Hintersinn handelte. Derartige Reden dienten der Selbstbestätigung und verkürzten dem jeweiligen Gesprächspartner die Zeit für unbequeme Fragen; Sir Julian Bullard an Foreign Office, 19. 7. 1985, TNA, PREM 19/1764.

[72] Diese Lesart durchzieht nicht nur die Memoirenliteratur, etwa die Erinnerungen von Thatcher und ihrem damaligen Außenminister Douglas Hurd: Memoirs. London 2003, sondern liegt auch der einschlägigen Dokumentensammlung des britischen Außenministeriums zugrunde; vgl. Patrick Salmson (Hg.): Documents on British Policy Overseas. Reihe 3. Bd. 7: German Unification 1989–1990. London 2010.

[73] Sir Julian Bullard an Sir Antony Acland, 2. 2. 1985, TNA, PREM 19/1764.

In einem umfangreichen „Memorandum zur deutschen Frage“ verwies der Botschafter im Oktober 1985 auf die nach britischen Maßstäben logisch unvereinbare doppelte Stoßrichtung deutscher Staatsräson, indem er fragte: „How is the building of a special relationship with the GDR to be combined with increased unity within the European Community, and how far can the Federal Republic give a lead in dialogue and cooperation with the East while remaining in the centre of the convoy within the Western alliance?“[74] Am Rande des Begleitschreibens, mit dem das Bullard-Memorandum in *Downing Street* einging, notierte Powell für die Premierministerin: „German reunification is an area where we have to say one thing and think another.“[75] Das Problem bestand allerdings darin, dass Thatcher nicht besonders gut darin war, mit kognitiver Dissonanz umzugehen: Das eine zu sagen und das andere zu denken, lag ihr nicht.[76]

Enttäuschte Erwartungen

Es wäre jedoch falsch anzunehmen, Differenzen von Gender, Nationsverständnis und Heimatgefühl sowie die sich einander bestärkenden Gefühlswelten der Premierministerin und ihrer Berater hätten Kohl und Thatcher von Beginn an auf einen emotionalen Konfrontationskurs festgelegt. Vielmehr deuten alle verfügbaren Zeugnisse darauf hin, dass die beiden anfangs recht gut miteinander auskamen. Allen frühen germanophoben Prägungen zum Trotz schätzte Thatcher die Bundesrepublik nicht zuletzt als das Land Ludwig Erhards und einer sozialen Marktwirtschaft, an der sich das von Inflation und Streiks gebeutelte Großbritannien der 1970er-Jahre ihrer Ansicht nach ein Beispiel nehmen sollte. Bei ihrer ersten Begegnung mit Kohl auf dem CDU-Parteitag in Hannover 1975 gewann sie den Eindruck „eines liebenswürdigen Mannes, der in den wichtigen Fragen instinktiv richtig lag“.[77] Sie selbst beteiligte sich während ihres ersten Jahres als Parteichefin konstruktiv am Wahlkampf für den Verbleib Großbritanniens in der Europäischen Gemeinschaft und ließ dabei zwar vielleicht keinen großen Enthusiasmus, aber jedenfalls auch keinen Europaskeptizismus erkennen.[78]

Kohl führte seinerseits den Bundestagswahlkampf 1976 unter dem Slogan „Freiheit statt Sozialismus“, der auf der Linie dessen lag, was die *Tories* unter

[74] Bullard-Memorandum, 5. 10. 1984, TNA, PREM 19/1764; vgl. hierzu auch Dominik Geppert: Die doppelte Staatsräson. Kontinuität und Wandel außenpolitischer Rollen der Bundesrepublik im Übergang von der Bonner zur Berliner Republik. In: Klaus Brummer/Friedrich Kießling (Hg.): Zivilmacht Bundesrepublik?. Bundesdeutsche außenpolitische Rollen vor und nach 1989 aus politik- und geschichtswissenschaftlichen Perspektiven. Baden-Baden 2019, S. 37–49.

[75] Handschriftliche Bemerkung von Charles D. Powell am Rand von Budd an Powell, 11. 10. 1984, TNA, PREM 19/1764.

[76] Ähnlich auch Moore: Thatcher (wie Anm. 6), S. 396.

[77] Thatcher: Erinnerungen (wie Anm. 8), S. 407.

[78] Robert Saunders: Yes to Europe!. The 1975 Referendum and Seventies Britain. New York 2018, S. 112.

Thatcher in Großbritannien verfochten.[79] In seinem Glückwunschschreiben zu Thatchers Wahlsieg im Frühjahr 1979 betonte der damalige Oppositionsführer im Deutschen Bundestag, der Sieg der Konservativen habe weit über Großbritannien die politischen Gewichte in Europa verändert: „Es wird unser gemeinsames Anliegen sein, in der Fortsetzung Ihres Erfolges […] dem Sozialismus weitere Niederlagen zu bereiten."[80] Auch Thatchers erster Besuch in Deutschland nach der Wahl Kohls zum Bundeskanzler stand – im Schatten der Nachrüstungsdebatte – noch ganz im Zeichen antikommunistischer beziehungsweise antisozialistischer Gemeinsamkeiten zwischen britischen *Tories* und deutschen Christdemokraten. Hierzu passte auch Thatchers Reise nach Westberlin und ihr Besuch an der Mauer, den Kohl „dankbar" quittierte und als „Geste der Freundschaft und Verbundenheit" würdigte.[81]

Diesen vielversprechenden Anfängen folgte jedoch bald Ernüchterung. Definiert man Enttäuschung mit der israelischen Soziologin Eva Illouz als „kulturelle Praxis", um die Inkongruenz zwischen kulturell verfestigten Idealvorstellungen und konkreter Erfahrung zu bewältigen,[82] dann kann man die Entwicklung der Beziehungen zwischen Kohl und Thatcher auch als Geschichte zweier Frustrationen interpretieren.

Thatchers Enttäuschung bestand nicht zuletzt in der sich allmählich verdichtenden Gewissheit, dass sich das Modell der sozialen Marktwirtschaft in der Bundesrepublik deutlich von ihren eigenen Vorstellungen eines volkstümlichen Kapitalismus (*popular capitalism*) unterschied.[83] Noch 1975 hatte ein ihr nahestehender Thinktank eine Broschüre mit dem Titel „Why Britain Needs a Social Market Economy" herausgegeben.[84] Bereits zwei Jahre später jedoch, als ihr Schattenschatzkanzler Geoffrey Howe dafür warb, eine „Konzertierte Aktion" von Regierung, Arbeitgebern und Gewerkschaften nach bundesdeutschem Vorbild auch in Großbritannien auszuprobieren, lehnte Thatcher mit der Begründung ab, dass dies „bei den Deutschen nur funktioniert, weil sie Deutsche sind". Ihrer Ansicht nach enthielten die Planungen ihres Schattenschatzkanzlers „ein gutes Stück Korporatismus und zentrale Entscheidung" – Elemente, die in den Beziehungen zwischen Arbeit und Kapitel im Vereinigten Königreich nichts zu suchen hätten.[85]

Während Thatchers Regierungszeit vergrößerte sich ihre beginnende Enttäuschung über die bundesrepublikanische Wirtschaftspolitik noch. In der Phase der heftigen Auseinandersetzungen um den britischen Beitrag zum EG-Haushalt

[79] Schwarz: Kohl (wie Anm. 54), S. 206–214.
[80] Kohl an Thatcher, 9. 5. 1979, CCC, THCR 6/3/2/22.
[81] Kohl: Erinnerungen 1982–1990 (wie Anm. 8), S. 60; zum Berlin-Besuch vgl. auch TNA, PREM 19/1036.
[82] Eva Illouz: Warum Liebe wehtut. Eine soziologische Erklärung. Berlin 2011, S. 387–393; vgl. auch Gotto: Enttäuschung (wie Anm. 15), S. 3.
[83] Ewan H. H. Green: Thatcher and Privatization. In: ders.: Thatcher. London 2006, S. 83–101; Campbell: Thatcher (wie Anm. 6), S. 207–252.
[84] Centre for Policy Studies: Why Britain Needs a Social Market Economy. London 1975.
[85] Thatcher: Erinnerungen (wie Anm. 8), S. 359–362, S. 474.

hoffte sie anfänglich auf die Unterstützung der Bundesrepublik, die damals neben Großbritannien der einzige Nettozahler in der EG war. Dass Kohl seine langfristigen europapolitischen Visionen wichtiger waren als kurzfristige finanzielle Erfolge, erschien ihr unverständlich und war daher umso enttäuschender. Das diplomatische Porzellan, das sie bei dem hartnäckigen Versuch zerschlug, „ihr Geld" von der EG zurückzubekommen, ließ sich in Thatchers Augen durch zweierlei rechtfertigen: Zum einen habe Großbritannien bei der Beendigung des Budgetstreits in Fontainebleau 1984 den besten Handel abgeschlossen, der unter den gegebenen Umständen erreichbar gewesen sei; zum anderen konnte sie sich nun einer strategischen Neuausrichtung der britischen Europapolitik zuwenden, die darauf hinauslief, die Errungenschaften des Thatcherismus gleichsam auf den Kontinent zu exportieren.[86]

Als Vehikel sollte die Vollendung des europäischen Binnenmarkts dienen, für die sie auch die ungeliebte Einheitliche Europäische Akte in Kauf nahm.[87] Das Problem bestand darin, dass weder der französische Staatspräsident Mitterrand noch EG-Kommissionspräsident Jacques Delors beim bloßen Abbau von Handelshindernissen stehen bleiben wollten. Beide begriffen den Binnenmarkt und die Ausdehnung von Mehrheitsbeschlüssen im Europäischen Rat lediglich als Teil eines größeren Umbaus des Einigungsprojekts, zu dem auch eine europäische Sozialcharta, größere Befugnisse für die Kommission und eine gemeinsame Währung gehören sollten.[88] Kohl, von dem Thatcher Unterstützung für ihre Politik erhofft hatte, ging mit den Plänen Frankreichs und der Kommission konform. Er verstärkte damit Thatchers Verdacht, Westdeutschland sei vielleicht gar nicht das liberale Wirtschaftswunderland, dessen Vorbild sie in den 1970er-Jahren gepriesen hatte, sondern wurzele immer noch tief in seinen kollektivistischen, korporatistischen Traditionen. Kohl sei als Christdemokrat „mehr der sozialen als der wirtschaftlichen Rechten zuzuordnen", schrieb Thatcher, er habe daher „weitaus stärker die Weltsicht des sozialistischen französischen Präsidenten [geteilt] als jeder britische Konservative".[89] Die EG und insbesondere die Bundesrepublik erschienen der britischen Premierministerin immer mehr als Reformbremse, ja als Gefährdung der in Großbritannien mühsam erkämpften marktwirtschaftlichen Veränderungen. „I cannot rate the Single European Act as other than a disappointment", notierte sie verbittert in ihrem letzten Buch, das 2002 unter dem Titel „Statecraft. Strategies for a Changing World" erschien. „History does not allow us to retrace our steps. But it does allow us and our successors to learn from what

[86] Thatcher: Downing Street (wie Anm. 8), S. 746–756.
[87] Hierzu und zum Folgenden vgl. Dominik Geppert: Die Rolle Deutschlands und Europas in Margaret Thatchers politischem Weltbild. In: Jürgen Luh/Vinzenz Czech/Bert Becker (Hg.): Preussen, Deutschland und Europa, 1701–2001. Groningen 2003, S. 234–250.
[88] Vgl. mit unterschiedlicher Stoßrichtung Wilfried Loth: Europas Einigung. Eine unvollendete Geschichte. Frankfurt a. M./New York 2014, S. 259–309; John Gillingham: European Integration 1950–2003. Superstate or New Market Economy?. Cambridge 2003, S. 149–302.
[89] Thatcher: Downing Street (wie Anm. 8), S. 767.

has transpired."[90] Viel deutlicher hätte ein Aufruf zum Rückzug Großbritanniens vom europäischen Einigungsprojekt kaum ausfallen können.

Kohls Enttäuschung war anderer Art als diejenige Thatchers. Sie speiste sich aus dem, was er als die hartnäckige Weigerung der Britin empfand, die Lauterkeit seiner Motive anzuerkennen und einzusehen, dass ein europäisches Deutschland unter seiner Führung für niemanden eine Bedrohung oder Gefahr darstelle. Für einen Politiker wie Kohl, der auf die „unmittelbare Wirkungskraft" von Gipfeltreffen setzte und für den persönliche Begegnungen führender Staatsleute einen „Wert an sich" darstellten, war es desillusionierend festzustellen, dass Thatcher derartige Zusammenkünfte entweder für Zeitverschwendung hielt oder zum Anlass nahm, Macht- und Willensproben zu veranstalten, die keine vernünftigen Kompromisse zuließen, sondern nur Sieger und Verlierer kannten. Nach dem Treffen des Europäischen Rats in Stuttgart 1983 beispielsweise, bei dem Kohl seinem eigenen Eindruck nach „wie ein Pferdehändler, der keine eigenen Tiere anzubieten hat", zwischen Mitterrand und Thatcher zu vermitteln gesucht hatte, fühlte sich der Bundeskanzler tief enttäuscht. Die britische Premierministerin, die „eiskalt" und „auf Biegen und Brechen" verhandelt habe, sei über einen Kompromiss, der sie Kohls Eindruck nach als Siegerin dastehen ließ, nicht etwa dankbar gewesen, sondern habe von einer Beleidigung Ihrer Majestät gesprochen: „Das war mir eine Lehre für den weiteren Umgang mit ihr".[91]

Ähnlich frustriert zeigte sich Kohl im Folgejahr, als Thatcher im diplomatischen Endkampf um den britischen Budgetbeitrag den Kanzler „äußerst heftig" unter Druck setzte und mahnte, die Bundesregierung müsse Großbritannien in den Haushaltsverhandlungen schon deshalb unterstützen, „weil britische Truppen in unserem Land stationiert" seien.[92] Anders als die britische Premierministerin legte der Kanzler die Erfahrungen des Budgetstreits nicht einfach zu den Akten, um sich neuen gemeinsamen Projekten zuzuwenden. Für ihn waren die Enttäuschungen der vergangenen Jahre Anlass, sich bei künftigen Unternehmungen noch intensiver mit Frankreich abzustimmen und die Britin vor vollendete Tatsachen zu stellen. Entsprechend verstimmt reagierte man in London, als Kohl und Mitterrand ein britisches Papier über eine Neuausrichtung der EG mit einer – inhaltlich weitgehend deckungsgleichen – deutsch-französischen Initiative konterten.[93]

Die größte Enttäuschung stellte für Kohl jedoch Thatchers Verhalten im Winter 1989/1990 dar, als sie entgegen förmlicher Zusagen, die britische Regierungen seit den 1950er-Jahren wiederholt gegeben hatten, die deutsche Einheit zunächst zu verhindern, später wenigstens zu verzögern trachtete.[94] Beim Wiedervereini-

[90] Dies.: Statecraft. Strategies for a Changing World. London 2002, S. 376.
[91] Kohl: Erinnerungen 1982–1990 (wie Anm. 8), S. 138, S. 156.
[92] Ebd., S. 283.
[93] Vgl. Moore: Thatcher (wie Anm. 6), S. 397–401.
[94] Vgl. Dominik Geppert: Isolation oder Einvernehmen?. Großbritannien und die deutsche Einheit. In: GWU 67 (2016) 1/2, S. 5–22.

gungsprozess habe die britische Premierministerin eine „unfreundliche, ja gefährliche Rolle“ gespielt, notierte Kohl später. Sei sie anfangs nur im kleinen Kreis gegen die Vereinigung der beiden deutschen Staaten eingetreten, so habe sie spätestens mit einem freimütigen Interview im „Wall Street Journal“ im Januar 1990 „alle Masken fallen“ gelassen und öffentlich gegen die deutsche Einheit Stellung bezogen.[95] Thatchers Haltung ihm gegenüber, so lautete Kohls enttäuschtes Fazit, sei „von ihrer emotionalen Feindseligkeit gegenüber Deutschland“ bestimmt gewesen: „Unsere Biographien und Temperamente waren geradezu konträr.“[96]

Resümee

Was kann man aus dem persönlichen Verhältnis zwischen Margaret Thatcher und Helmut Kohl für eine Gefühlsgeschichte der internationalen Beziehungen im Kalten Krieg lernen? Zunächst lässt sich feststellen, dass sowohl die Premierministerin als auch der Bundeskanzler zeitgenössisch und – mehr noch – im Rückblick bestrebt waren, das eigene Handeln als rational und die Aktionen des beziehungsweise der anderen als gefühlsgeleitet darzustellen. Aus Thatchers Sicht stand das vernunftgeleitete nationale Interesse des Vereinigten Königreichs gegen die europäische Gefühlsduselei der Bundesrepublik, während Kohl ein rationales Interesse seines Landes an der europäischen Einigung dem aus seiner Sicht geschichtlich überholten und irrationalen britischen Festhalten an Nation und Nationalismus gegenüberstellte.

Beide Seiten argumentierten bei ihren emotionalen Zuschreibungen mehr oder weniger explizit auch mit Geschlechterstereotypen. Thatcher charakterisierte den deutschen Bundeskanzler als etwas grobschlächtigen, aber letztlich typischen Vertreter seines Geschlechts, der gern schwadronierte, sich in Allgemeinplätzen verlor und die Einzelheiten der politischen Materie nicht kannte, während sie selbst allein auf die Sache konzentriert war und die Details beherrschte. Umgekehrt kennzeichnete der Kanzler die Premierministerin als humorlos-herrische, häufig aufbrausende und leicht eingeschnappte Frau, die ihre Gefühle in diplomatischen Krisensituationen nicht unter Kontrolle hatte; er selbst erscheint hingegen in seiner eigenen Darstellung zumeist als die (männliche) Ruhe in Person.

Es gab jedoch auch Situationen, in denen Helmut Kohl die Diskussion bewusst emotionalisierte, um aus der mit starken Gefühlen befrachteten eigenen Familien- und Lebensgeschichte Überzeugungskraft abzuleiten. Thatcher hatte der emotionalen Wucht der eigenen Erfahrung, die Kohl ins Feld führte, wenig mehr entgegenzusetzen als die mit unerbittlichem Ernst und großer Vehemenz vorgetragenen eigenen rechtlichen oder ökonomischen Argumente.

Darüber hinaus ist zu konstatieren, dass die *emotional regimes* des Kalten Kriegs von anderen quer dazu stehenden Gefühlskonstellationen unterminiert

[95] Kohl: Erinnerungen 1982–1990 (wie Anm. 8), S. 59, S. 1042.
[96] Ders.: Erinnerungen (wie Anm. 5), S. 61.

oder konterkariert werden konnten – zumal dann, wenn sich die emotionalen Grundbefindlichkeiten der Spitzenpolitiker und ihrer Entourage gegenseitig verstärkten. Obwohl Kohl und Thatcher demselben Lager im Ost-West-Konflikt und auch derselben Familie gemäßigter Mitte-Rechts-Parteien angehörten, obwohl sie etwa gleich alt waren und eine grundsätzlich marktwirtschaftliche und atlantische Ausrichtung teilten, lagen sie gefühlsmäßig nicht auf derselben Wellenlänge. Unterschiedliche Geschlechtszugehörigkeit, inkompatible Nationsvorstellungen, Geschichtsbilder und Heimatgefühle sowie gegenseitige Frustrationserlebnisse überlagerten die weltanschaulichen Gemeinsamkeiten und wirkten den transnationalen *emotional regimes* des „Westens" entgegen.

Abstract

This paper uses an encounter at Speyer Cathedral between West German Chancellor Helmut Kohl and British Prime Minister Margaret Thatcher in April 1989 as a starting point to analyse how various emotional constellations could undermine the "emotional regime" of the "West" during the Cold War. More specifically, the paper examines the emotional effects of gender relations, national stereotypes, and historical perceptions, taking into account different regional origins, politicians' entourages, and the experience of disappointment and frustration. It can be demonstrated that both Kohl and Thatcher strove to portray their own actions as rational while depicting their counterparts as irrational or emotional. And both politicians resorted to gender stereotyping in order to improve their argumentative position. While Kohl at times emotionalised discussions by invoking his own personal or family history, Thatcher refrained from doing so. All of this contributed to the emotional antagonism which divided Kohl and Thatcher although they were on the same side in the East-West conflict, belonged to centre-right political parties with similar ideological outlooks and shared fundamental beliefs in economic and security policy.

Emotionen in der ideologischen Auseinandersetzung an der Peripherie

Joachim Scholtyseck

„Unter der Fahne der heiligen Sache der Erlösung der Menschheit“

Dekolonisierung, Revolutionsbegeisterung und romantische Verklärungen bei der Neuen Linken

Im Kalten Krieg, der die zweite Hälfte des 20. Jahrhunderts wesentlich bestimmte, waren Emotionen ein wirkmächtiges Element. Sie werden zumeist mit Aggression, Schrecken, Misstrauen, Panik, Verzweiflung und vor allem mit Angst in vielfältigen Erscheinungsformen assoziiert. Literatur zu diesen unangenehmen Gefühlen füllt inzwischen ganze Regale.[1] Gerade die rebellische Aufbruchszeit der 1960er-Jahre war aber auch durch ganz andere, nämlich beflügelnde Emotionen gekennzeichnet: Hoffnung, Ekstase, Vergnügen, Begeisterung, Ergriffenheit, Rührung und Freude. Trotz der ubiquitären und wenig aussagekräftigen Chiffre des *Make Love, Not War* sind Studien über „positive“ Gefühlshaushalte allerdings selten. Wie diffus die Beschreibung ausfallen kann, hat William M. Reddy, einer der wichtigsten Theoretiker der Emotionsforschung, verdeutlicht. Die Periode des geradezu rauschhaften Aufbruchs der 1960er-Jahre kennzeichnete er in einem Forschungsüberblick als Zeit der „rock concerts, transcendental meditations, or wife-swapping parties“ und hob hauptsächlich die Ventilfunktion der damit verbundenen Emotionen hervor.[2]

Wie die Geschichtswissenschaft, die mit dem klassischen „Werkzeug des Historikers“ vertraut ist und ihren „Kompetenzanspruch“[3] aus der Beherrschung dieser

[1] Vgl. die Literaturdiskussion in Patrick Bormann/Thomas Freiberger/Judith Michel: Theoretische Überlegungen zum Thema Angst in den Internationalen Beziehungen. In: dies. (Hg.): Angst in den Internationalen Beziehungen. Göttingen 2010, S. 15–46, insbes.: S. 16–25; Ute Frevert: Was haben Gefühle in der Geschichte zu suchen?. In: GG 35 (2009), S. 183–208; Anna Wierzbicka: The „History of Emotions“ and the Future of Emotion Research. In: Emotion Review 2 (2010), S. 269–273 sowie der Literaturüberblick bei Susan J. Matt: Current Emotion Research in History: Or, Doing History from the Inside Out. In: Emotion Review 3 (2011), S. 117–124. Eher feuilletonistisch vgl. Dominique Moisi: Kampf der Emotionen. Wie Kulturen der Angst, Demütigung und Hoffnung die Weltpolitik bestimmen. München 2009.

[2] William M. Reddy: Historical Research on the Self and Emotions. In: Emotion Review 1 (2009), S. 302–315, hier: S. 310.

[3] Konrad H. Jarausch: Zeitgeschichte und Erinnerung. Deutungskonkurrenz oder Interdependenz?. In: Martin Sabrow (Hg.): Verletztes Gedächtnis. Erinnerungskultur und Zeitgeschichte im Konflikt. Frankfurt a. M. 2002, S. 9–37, hier: S. 27.

https://doi.org/10.1515/9783110680522-015

Instrumente ableitet, solche Emotionen überhaupt bewerten soll, ist selbst nach mehreren Jahrzehnten Emotionsforschung noch nicht ausgemacht. Bis zum *emotional turn* hat sie sich selten in die Grauzonen dieser Erklärungsansätze vorgewagt, wohl auch deshalb, weil es der eine Zeit lang en vogue befindlichen *Psycho History* nicht gelungen war, angesichts ihres bisweilen spekulativen Deutungsrahmens die vorherrschende „Skepsis gegenüber ihren Methoden und Resultaten" zu entkräften.[4] Andere Hindernisse treten hinzu: Die Neuro- und Kognitionswissenschaften erheben einen eigenen Geltungsanspruch auf die Erklärung der Gefühlswelten. Historikern ist das Feld von Neurotransmittern, Botenstoffen, Serotonin und Endorphinen allerdings fremd. Sie bedienen sich bei ihrer Navigation auf dem Feld der *emotional regimes* immer noch vornehmlich ihres „gesunden Menschenverstandes".[5] Emotionen sind „typischerweise gegenstandsarm und unpräzise"[6] und treten meist „in einer Mischung verschiedener Gefühle" auf[7]. Wie diese Gefühlswelten methodisch sauber zu erfassen sind, ist von Hans-Ulrich Wehler einmal als 100 000-Dollar-Frage bezeichnet worden.[8] Last, but not least ist ungeklärt, ob es sich bei *emotional regimes* als Grundlage politischer Ordnungen um Machtbeziehungen handelt beziehungsweise ob es Machtgefälle zwischen verschiedenen *emotional communities* gibt.[9] Diese Fragen stellen sich erst recht für die 68er-Bewegung, für die eine fundierte Emotionsgeschichte noch aussteht, wenn man einmal von einer Studie absieht, die sich den überwiegend männlichen Codes und ihrer spezifischen „Gemeinschaftssehnsucht" widmet.[10]

Ungeachtet aller methodischen Vorbehalte sollen an dieser Stelle die Wirkungsmechanismen einiger der oben erwähnten „positiven" Gefühle und Affekte mit dem Blick auf die Dekolonisierung untersucht werden.

[4] Klaus Hildebrand: Das Dritte Reich. München [6]2003, S. 190. Ähnlich Hans-Ulrich Wehler: Einleitung. In: ders. (Hg.): Soziologie und Psychoanalyse. Stuttgart 1972, S. 7–10, hier: S. 8. Vgl. hierzu Birgit Aschmann: Vom Nutzen und Nachteil der Emotionen in der Geschichte. Eine Einführung. In: dies. (Hg.): Gefühl und Kalkül. Der Einfluss von Emotionen auf die Politik des 19. und 20. Jahrhunderts. Stuttgart 2005, S. 9–32, hier: S. 26f.; die Beiträge in Moshe Zuckermann (Hg.): Geschichte und Psychoanalyse (= TAJB 32 (2004)).

[5] Wie schreibt man die Geschichte der Gefühle?. William Reddy, Barbara Rosenwein und Peter Stearns im Gespräch mit Jan Plamper. In: WerkstattGeschichte 54 (2010), S. 39–69, hier: S. 40. Vgl. Debra Hopkins u. a. (Hg.): Theorizing Emotions. Sociological Explorations and Applications. Frankfurt a. M. 2009; Daniel M. Gross: The Secret History of Emotion. From Aristotle's Rhetoric to Modern Brain Science. Chicago 2006.

[6] Gerhard Roth: Fühlen, Denken, Handeln. Wie das Gehirn unser Verhalten steuert. Frankfurt a. M. 2003, S. 297.

[7] Bormann/Freiberger/Michel: Überlegungen (wie Anm. 1), S. 29; Aschmann: Nutzen (wie Anm. 4), S. 31.

[8] Hans-Ulrich Wehler: Emotionen in der Geschichte. Sind soziale Klassen auch emotionale Klassen?. In: Christof Dipper/Lutz Klinkhammer/Alexander Nützenadel (Hg.): Europäische Sozialgeschichte. Festschrift für Wolfgang Schieder. Berlin 2000, S. 461–473, hier: S. 468.

[9] William M. Reddy: The Navigation of Feeling. A Framework for the History of Emotions. Cambridge 2001, S. 129.

[10] Stefanie Pilzweger: Männlichkeit zwischen Gefühl und Revolution. Eine Emotionsgeschichte der bundesdeutschen 68-er Bewegung. Bielefeld 2015, S. 347.

Die Kolonialmächte hatten ihr schon 1918 beschädigtes Renommee nach 1945 endgültig verspielt. Aus ihrem Selbstvertrauens- und Machtverlust resultierte ein „scramble out of Africa and Asia“.[11] An ihre Stelle traten entweder schwache Übergangsregime oder Befreiungsbewegungen, die das revolutionäre Potenzial der „Dritten Welt“ verkörperten. Diese würden, wie Alfred Sauvy, der Schöpfer des Ausdrucks der *Tiers Monde*, im Jahr 1952 hervorhob, ähnlich wie 1789 der „Dritte Stand“, die zukünftige Welt radikal verändern: „Ce qui importe à chacun des deux mondes, c'est de conquérir le troisième ou du moins de l'avoir de son côté. Et de là viennent tous les troubles de la coexistence“.[12]

Parallel zur Blockbildung im Kalten Krieg wurden die „Entwicklungsländer“, wie der damals gängige Begriff lautete, zum Schauplatz der Systemkonkurrenz. Während die ehemaligen Kolonialmächte und die USA die Vorherrschaft westlicher Macht und Ideen – Demokratie, Marktwirtschaft und Individualismus – zu bewahren trachteten, erhob die Sowjetunion in einer komplexen Mischung von traditionell-realpolitischen und ideologisch-klassenkämpferischen Motiven ihren Anspruch auf Einfluss bis in den asiatisch-pazifischen Raum sowie nach Lateinamerika und Afrika.[13] Die Akteure der „Dritten Welt“, ob bereits als unabhängige Staaten oder als Befreiungsbewegungen, hatten häufig nur die Wahl, sich entweder als *client-state* an eine der beiden Großmächte anzulehnen oder als „Blockfreie“ einen unabhängigeren Kurs einzuschlagen, was wiederum mit eigenen Gefahren verbunden war. Trotz aller in den Staaten der „Dritten Welt“ bestehenden „relativen Autonomie gewisser Subsysteme“[14] führte der Transformationsprozess in der Regel zu politischer Instabilität, zu Aufständen, Rebellionen und Coups. Die Vorgänge sind daher sarkastisch als „Fortsetzung des Kolonialismus mit leicht modifizierten Mitteln“ bezeichnet worden.[15]

Die Befreiungsbewegungen und ihre Protagonisten rückten durch diese Entwicklungen immer stärker ins Rampenlicht und stießen vor allem im linken Spektrum der westlichen Welt auf Aufmerksamkeit, Sympathie und Mitgefühl. Natur-

[11] William Roger Louis: Suez and Decolonization: Scrambling out of Africa and Asia. In: ders.: Ends of British Imperialism. The Scramble for Empire, Suez and Decolonization. London/New York 2006, S. 1–31.

[12] Alfred Sauvy: Trois mondes, une planète. In: L'Observateur, 14. 8. 1952.

[13] Odd Arne Westad: The Cold War. A Global History. New York 2017; ders.: The Global Cold War. Third World Interventions and the Making of Our Times. Cambridge 2005; John Lewis Gaddis: We Now Know. Rethinking Cold War History. New York 1997; Bernd Greiner/Christian Th. Müller/Dierk Walter (Hg.): Heiße Kriege im Kalten Krieg. Studien zum Kalten Krieg. Hamburg 2006; Roger E. Kanet: The Superpower Quest for Empire. The Cold War and Soviet Support for „Wars of National Liberation“. In: CWH 6 (2006), S. 331–352. Eine andere Perspektive bietet Matthew Connelly: Taking Off the Cold War Lens: Visions of North-South Conflict during the Algerian War for Independence. In: AHR 105 (2000), S. 739–769; Geir Lundestad: International Relations since 1945. East, West, North, South. London ^{8}2017; Odd Arne Westad: The New International History of the Cold War. Three (Possible) Paradigms. In: DH 24 (2000), S. 551–565, insbes.: S. 561–564.

[14] Raymond Aron: Die imperiale Republik. Die Vereinigten Staaten von Amerika und die übrige Welt seit 1945. Stuttgart/Zürich 1975, S. 205.

[15] Westad: War (wie Anm. 13), S. 396.

gemäß fällt es schwer, die verschiedenen Stränge dieser antikolonialen Strömungen, die in den 1960er-Jahren mit einer erheblichen moralischen Aufladung entstanden, über einen Kamm zu scheren, zumal sie ebenso wenig eng umgrenzt waren wie die „Neue Linke", die sich sowohl vom erstarrten Kommunismus Moskauer Prägung wie von der als domestiziert angesehenen westeuropäischen Sozialdemokratie distanzierte.[16] Trotz allen Facettenreichtums – und mancher Beimengungen südamerikanischer Befreiungstheologie – hatten die unorthodoxen neomarxistischen Bewegungen zahlreiche Gemeinsamkeiten: Die wiederentdeckten Texte von Urvätern des Sozialismus wie Saint-Simon und Fourier, die Klassiker des Marxismus, die Imperialismustheorien von Rosa Luxemburg, Lenin und Bucharin, aber auch von Anarchisten wie Bakunin[17] dienten ihnen als Legitimation für die Unterstützung der Unabhängigkeitsbewegungen.

Der Blick der Neuen Linken reichte erstmals kulturell über den europäischen Tellerrand hinaus und weitete sich mit einem globalen Revolutionsmodell auf die ganze Welt aus. Die stimmungsvolle Tiefe des gemeinsamen Anliegens, den Unterdrückten der „Dritten Welt" in dem Befreiungskampf von David gegen Goliath beizustehen und ein Bündnis der Solidarität gegen Ausbeutung und Unterdrückung zu schmieden, nobilitierte den Protest gegen die Politik der Industrieländer und wurde zum Lebensgefühl der nun entstehenden Dritte-Welt-Bewegung.[18] Dem kongolesischen Rebellenführer Patrice Lumumba wurde nach dessen Ermordung 1960, um nur ein prominentes Beispiel zu nennen, durch die Linksintellektuellen der westlichen Welt geradezu der Status eines Märtyrers zuerkannt.[19] Das 1961 erschienene Werk von Frantz Fanon über „Les Damnés de la Terre" mit seiner These, dass der „Dritten Welt" die Aufgabe zukomme, eine neue Menschheit und Menschlichkeit zu begründen, wurde zum Verkaufsschlager und verschaffte den Befreiungsbewegungen eine besondere Legitimität. Fanons Schrift faszinierte durch die Kompromisslosigkeit, mit dem der Kolonialismus als brutalste Form der Ausbeutung verurteilt und die Unterdrückten der „Dritten Welt"

[16] Vgl. Ingo Juchler: Die Studentenbewegungen in den Vereinigten Staaten und der Bundesrepublik Deutschland der sechziger Jahre. Eine Untersuchung hinsichtlich ihrer Befreiungsbewegungen und -theorien aus der Dritten Welt. Berlin 1996; Dorothee Weitbrecht: Aufbruch in die Dritte Welt. Der Internationalismus der Studentenbewegung von 1968 in der Bundesrepublik Deutschland. Göttingen 2012. Zu den Konflikten innerhalb der Sozialdemokratie vgl. Annekatrin Gebauer: Der Richtungsstreit in der SPD. Seeheimer Kreis und Neue Linke im innerparteilichen Machtkampf. Wiesbaden 2005; Martin Oberpriller: Jungsozialisten. Parteijugend zwischen Anpassung und Opposition. Bonn 2004. Interessanterweise stellt eine neuere Studie zu den Gefühlshaushalten der Neuen Linken keine genuine Verbindung zur Dritten Welt her. Joachim C. Häberlein: The Emotional Politics of the Alternative Left, 1968–1984. Cambridge 2018.

[17] Vgl. Christoph Kalter: Die Entdeckung der Dritten Welt. Dekolonialisierung und neue radikale Linke in Frankreich. Frankfurt a. M./New York 2011.

[18] Aus der Binnensicht einer ehemaligen Aktivistin vgl. Claudia Olejniczak: Die Dritte-Welt-Bewegung in Deutschland. Konzeptionelle und organisatorische Strukturmerkmale einer neuen sozialen Bewegung. Wiesbaden 1998.

[19] Jean-Paul Sartre: Preface. In: Jean Van Lierde (Hg.): La pensée politique de Patrice Emery Lumumba. Paris 1963, S. XLIV.

zum revolutionären Befreiungssubjekt gemacht wurden. Seine pathetischen, aber auch holzschnittartigen Thesen trafen einen Nerv der Zeit. In der Bundesrepublik behandelte das von Hans Magnus Enzensberger herausgegebene „Kursbuch“ im Jahr 1965 die Probleme der „Dritten Welt“ ausführlich und druckte Fanons Schlüsseltext ab.[20] 1966 wurde sein Werk „Die Verdammten dieser Erde“ ins Deutsche übersetzt und erschien in der „edition suhrkamp“ mit einem aufrüttelnden Vorwort von Jean-Paul Sartre.[21]

Die Guerillakämpfe in Bolivien und Venezuela galten als Indiz für das bevorstehende Übergreifen der sozialistischen Revolution auf den gesamten Subkontinent.[22] Das in Kuba unter Fidel Castro angebotene Rezept für die Emanzipation von der amerikanischen Vorherrschaft, seine Anwendung der maoistischen Guerillatheorie und der Aufruf zum Kampf gegen den Kapitalismus faszinierten ebenso. Der Auslandsredakteur der Zeitschrift „Konkret“, Jürgen Holtkamp, lieferte 1962 einen Augenzeugenbericht über einen Auftritt von Fidel Castro in Havanna: „Sprechchöre laden einander auf, jagen sich: ‚Wenn Fidel spricht, scheint Kubas Licht‘ […] endlich, nach drei vier Stunden, zwängt sich der olivgrüne Cadillac Castros durch die enge Zufahrt. Ein Beifallsturm braust auf, […] die Radioprogramme aller Stationen verstummen: In dieser Nacht wird die Insel nur auf eine Stimme hören, die des mythischen Heroen der Sierra Maestra. […] Die Menge klatscht und ruft, wieder formen sich Sprechchöre und Singsangs, es ist aussichtslos, Fidel resigniert und stützt beide Arme auf das Pult, rauft seinen Jesusbart: tosender Beifall klingt auf, Gelächter.“[23] Die andächtige beziehungsweise fiebrige Ergriffenheit, mit der diese und zahlreiche andere Elogen im Reportagestil verfasst waren, wurde durch die markige Gewaltrhetorik der Revolutionäre sogar noch angefacht. Der charismatische Che Guevara, der zu Anfang der 1950er-Jahre mit seiner Norton 18 quer durch Südamerika gefahren war, sprach vom „absoluten Krieg“. Dieser müsse „dorthin gebracht werden, wohin der Feind ihn bringt: in sein Haus, in seine Vergnügungsviertel. […] Dann wird sich ein wahrer proletarischer Internationalismus herausbilden: mit internationalen proletarischen Armeen, in denen gekämpft wird unter der Fahne der heiligen Sache der Erlösung der Menschheit.“[24] Der radikale Journalist I. F. Stone porträtierte Che Guevara nach einer Begegnung im Jahr 1960 wie folgt: „He was the first man I ever met whom I thought not just handsome but beautiful. With his curly, reddish beard, he looked like a cross between a faun and a Sunday School print of Jesus. […] In

[20] Kristof Niese: „Vademekum“ der Protestbewegung?. Transnationale Vermittlungen durch das Kursbuch von 1965 bis 1975. Baden-Baden 2017.

[21] Frantz Fanon: Die Verdammten dieser Erde. Mit einem Vorwort von Jean-Paul Sartre. Frankfurt a. M. 1966.

[22] Greg Grandin: The Last Colonial Massacre. Latin America in the Cold War. Chicago 2004.

[23] Jürgen Holtkamp: Kubanisches Tagebuch. Cha-Cha-Cha auf dem Vulkan. In: Konkret, 12/1962, S. 13–16, hier: S. 15. Vgl. Kepa Artarraz: Cuba and Western Intellectuals Since 1959. New York 2009.

[24] Ernesto Che Guevara: Schaffen wir zwei, drei, viele Vietnam!. Brief an das Exekutivsekretariat von OSPAAL. Berlin 1967, S. 7–16, hier: S. 14.

Che, one felt a desire to heal and pity for suffering. […] It was out of love, like the perfect knight of medieval romance, that he had set out to combat with the powers of the world. […] In that sense he was, like some early saint, taking refuge in the desert. Only there could the purity of the faith be safeguarded."[25] Guevara, der dem Reporter wie ein neuer Messias erschien, hatte eine begeisternde Botschaft. Er beschwor in seinem hunderttausendfach verbreiteten Pamphlet „Schaffen wir zwei, drei, viele Vietnam!" mit revolutionärem Pathos „die Totenlieder mit Maschinengewehrgeknatter und neuen Kriegs- und Siegesrufen".[26]

Dass Guevara eine Linie bis nach Vietnam zog, war kein Zufall. Vom dortigen Partisanenkampf des nationalistischen Kommunismus war die Neue Linke begeistert. An China, das sich unter Mao immer stärker dem sowjetischen Führungsanspruch entzog,[27] faszinierte die gewalttätige „Kulturrevolution", die radikale Rebellion gegen die eigene Kultur und die Idee der „permanenten Revolution". Nordafrika, der Nahe und Mittlere Osten sowie der indische Subkontinent rückten ebenfalls ins Blickfeld der Neuen Linken.[28]

Mit idealistisch-romantischem Elan zeichnete sie in bewusster Absetzung von der westlich-bürgerlichen Konsumgesellschaft ein idealisiertes Bild der revolutionären Avantgarde in der „Dritten Welt": Hier schien sich die Solidarität des Spanischen Bürgerkriegs mit seiner internationalen Zusammenarbeit von Sozialisten und Kommunisten zu wiederholen. Für die begeisterten europäischen Anhänger war die Unterstützung für die Befreiungsbewegungen der „Dritten Welt" an den Kampf gegen das kapitalistische System in den „Metropolen" der „Ersten Welt" gekoppelt.[29] Die „Systemauseinandersetzung", so lautete die Parole, werde künftig in der südlichen Hemisphäre ausgetragen. Für Rudi Dutschke stellte die „Dritte Welt" die „Gesamtheit der unter dem Terrorismus des von den ‚giant-corporations' bestimmten Weltmarktmechanismus leidenden Völker"[30] dar.

[25] I. F. Stone: The Spirit of Che Guevara. In: New Statesman, 20. 10. 1967.

[26] Guevara: Vietnam (wie Anm. 24), S. 16, S. 13.

[27] Vgl. Jung Chang/Jon Halliday: Mao. The Unknown Story. New York 2007; Roderick MacFarquhar/Michael Schoenhals: Maos Last Revolution. Cambridge/London 2008.

[28] Michael B. Oren: Six Days of War. June 1967 and the Making of the Modern Middle East. New York u. a. 2003; Warren Bass: Support Any Friend. Kennedy's Middle East and the Making of the US-Israeli Alliance. New York 2003; Robert J. McMahon: The Cold War on the Periphery. The United States, India, and Pakistan. New York 1996; Andrew J. Rotter: Comrades at Odds. The United States and India, 1947–1964. Ithaca 2000.

[29] Vgl. die einleitenden Bemerkungen von Gaston Salvatore/Rudi Dutschke in Guevara: Vietnam (wie Anm. 24). S. 3–6, insbes.: S. 5; Wolfgang Kraushaar: Achtundsechzig. Eine Bilanz. Berlin 2008, S. 100–110. Vgl. Chile und die deutsche Linke. Ein Roundtable-Gespräch mit Dieter Boris, Klaus Meschkat und Urs Müller-Plantenberg. In: Lateinamerika-Analysen 6 (Oktober 2003), S. 75–94, insbes.: S. 80. Zu den Austauschbeziehungen mit Studenten aus der „Dritten Welt" in der Bundesrepublik vgl. etwa Quinn Slobodian: Foreign Front. Third World Politics in Western Germany. Durham 2012.

[30] Rudi Dutschke: Die geschichtlichen Bedingungen für den internationalen Emanzipationskampf. In: Uwe Bergmann u. a. (Hg.): Rebellion der Studenten oder Die neue Opposition. Hamburg 1968, S. 85–93, hier: S. 85.

Der nur schwer zu fassende „Zeitgeist“ in den „kaleidoscopic sixties“[31] verstärkte das Gefühlshoch noch. Die Wortführer der Neuen Linken zählten schon Anfang der 1960er-Jahre in der Bundesrepublik nicht mehr zu den „Ausgestoßenen der Gesellschaft“, sondern waren „die einflussreichste und sozusagen marktbeherrschende Gruppe des deutschen Literatur- und Kulturbetriebs“ geworden.[32] Viele junge Journalisten verstanden sich als offensive Kämpfer für Reformen, als „Sprecher der Unterprivilegierten und Weckdienst für ein schläfriges Publikum“.[33] Im „Fieber der Veränderung“ (Klaus Hildebrand) verwandelte sich gleichsam über Nacht die „Resignation in Rebellion“.[34] Die Broschüren und Pamphlete der Revolutionäre wurden zur Pflichtlektüre. Es sei nicht schwer gewesen, in jenen Jahren ein Lateinamerika-Experte zu werden, hat der marxistische britische Historiker Eric Hobsbawm rückblickend selbstironisch gemeint.[35] Die Erregung erfasste zahlreiche bislang unpolitische Schriftsteller, deren Namen sich nun im Zusammenhang von Appellen, Flugblattaktionen, offenen Briefen und Demonstrationsaufrufen wiederfanden. Im Dezember 1965 protestierten unter anderem Günther Anders, Ernst Bloch, Heinrich Böll, Hans Magnus Enzensberger, Helmut Gollwitzer, Jürgen Habermas, Erich Kästner und Martin Niemöller öffentlich gegen den amerikanischen „Imperialismus“ in Vietnam.[36] Der Journalist Cord Schnibben erinnerte sich später an den gemeinschaftlichen Ausbruch aus der bundesrepublikanischen „Sofakissendiktatur“, den er in der linken Bremer Schülerbewegung erlebte: „Wo wir hinblickten, ob nach San Francisco, Havanna oder Paris, entdeckten wir Mitkämpfer, und wo immer wir hinkamen, […] konnten wir unseren Schlafsack ausrollen und eine selbst gedrehte Zigarette schnorren. Wir lebten in dem Gefühl, ehrlicher zu leben, sinnvoller und moralischer als die ‚Spießer‘ und ‚Konsumtrottel‘, wir glaubten zu denen zu gehören, die das Richtige zur richtigen Zeit tun, wie ein Surfer, der auf einer gewaltigen Welle vor Glück brüllend dem Strand entgegenfliegt.“[37] Beflügelnde Botschaften finden sich ebenso in den zahlreichen Stellungnahmen westlicher Sympathisanten und *Fellow Traveller* wie Noam Chomsky über Giangiacomo Feltrinelli und Régis Debray bis Jan Myrdal. Von hier aus war es nicht mehr weit zum erregten Aufruf für den nordvietnamesischen „Befreiungskampf“. Gewaltanwendung, so lauteten die Erklärungen, gehöre entweder dazu beziehungsweise sei eine vorübergehende Abirrung einer prinzipiell ebenbürtigen beziehungsweise moralisch überlegenen Idee.

[31] Gerald J. DeGroot: The 60s Unplugged. A Kaleidoscopic History of a Disorderly Decade. Cambridge 2008.
[32] Wolf Jobst Siedler: Staatsbeihilfe für die Aufsässigen. Ihre Schonbedürftigkeit, nicht ihre Provokationen sind der „Heimatlosen Linken“ vorzuwerfen. In: Die Zeit, 26. 1. 1962.
[33] Christina von Hodenberg: Der Kampf um die Redaktionen. „1968“ und der Wandel der westdeutschen Massenmedien. In: dies./Detlef Siegfried (Hg.): Wo „1968“ liegt. Reform und Revolte in der Geschichte der Bundesrepublik. Göttingen 2006, S. 139–163, hier: S. 150.
[34] Arnulf Baring: Machtwechsel. Stuttgart 1982, S. 80.
[35] Eric Hobsbawm: Interesting Times. A Twentieth-Century Life. New York 2002, S. 378.
[36] „Erklärung über den Krieg in Vietnam“. In: Der Spiegel, 15. 12. 1965.
[37] Cordt Schnibben: Das große Sackhüpfen. In: Der Spiegel, 5/2001, S. 172–176, hier: S. 173.

Die „strukturelle Gewalt“ in der „Dritten Welt“ wurde kritisiert, aber das eigene Verhältnis zur Gewaltfrage niemals eindeutig gelöst. Das erhebende Gefühl und die Selbstgewissheit, auf der richtigen Seite zu stehen, wurden noch verstärkt durch die „handzahmen, beschönigenden Artikel“,[38] die etwa „Der Spiegel“ im Gefolge von organisierten „Pressereisen“ von Journalisten in die Diktaturen der „Dritten Welt“ beisteuerte. In der Aufbruchszeit wurde auch für die Medienlandschaft des *juste milieu* die „Dritte Welt“ zum Sehnsuchtsort. Die Lektüre der sozialrevolutionären Schlüsseltexte der Befreiungsbewegungen hatte eine wahre Literaturexplosion zur Folge. Neomarxistische Darstellungen wurden zu meinungsprägenden Bestsellern. Aus der Fülle der zum revolutionären Kampf anleitenden Schriften, die in diesen Jahren eifrig rezipiert wurden, seien an dieser Stelle nur die wichtigsten angeführt: Die 1967 erstmals auf Deutsch erschienene „Mao-Bibel“,[39] Hồ Chí Minhs zentrale theoretische Anleitung für den Guerillakrieg,[40] die für die kriegerische Praxis gedachte Schrift von Nguyên Giáp[41] sowie das „Handbuch des Stadtguerillero“ aus der Feder des bolivianischen Revolutionärs Carlos Marighella[42]. Ein auflagenstarkes Suhrkamp-Taschenbuch von Jürgen Horlemann über den Vietnamkrieg war ein Verdikt gegen den verachteten „Yankee-Imperialismus“ und gegen den vermeintlichen kapitalistischen Warenwelt-Fetischismus zugleich.[43] Eine Brandschrift aus der Feder von Bahman Nirumand über Persien unter dem Schah-Regime wurde in der Bundesrepublik mit einer Auflage von 150 000 Exemplaren zum sofortigen Kassenschlager.[44] Die meinungsführenden Szeneblätter des linken Milieus sekundierten, an allererster Stelle das „Kursbuch“, das damalige publizistische Zentralorgan und „Vademekum der Protestbewegung“ (Wolfgang Kraushaar), aber auch Klaus Rainer Röhls „Konkret“ und Zeitschriften wie „Kürbiskern“, „Das Argument“, „Die Alternative“ sowie diverse aus dem Boden schießende obskure Blätter wie „Agit 883“.

Die besondere Leidenschaft der Neuen Linken für die Unterstützung der Bevölkerung in den Entwicklungsländern hatte nicht nur altruistische Motive – ein Begriff, der übrigens mit Definitionsproblemen behaftet ist[45] –, sondern auch

[38] Gunnar Hinck: Wir waren wie Maschinen. Die bundesdeutsche Linke der siebziger Jahre. Berlin 2012, insbes.: S. 289–320, Zitat: S. 304.

[39] Anke Jaspers/Claudia Michalski/Morten Paul (Hg.): Ein kleines rotes Buch. Die Mao-Bibel und die Bücher-Revolution der Sechzigerjahre. Berlin 2018.

[40] Ho Tschi Minh: Revolution und nationaler Befreiungskampf. Reden und Schriften 1920–1968. München 1968.

[41] Nguyen Giap: Volkskrieg, Volksarmee. München 1968.

[42] Carlos Marighella: Handbuch des Stadtguerillero. In: Márcio M. Alves/Conrad Detrez/ders. (Hg.): Zerschlagt die Wohlstandsinseln der Dritten Welt – Mit dem Handbuch des Guerrilleros von São Paulo. Reinbek 1971.

[43] Jürgen Horlemann/Peter Gäng: Vietnam – Genesis eines Konfliktes. Frankfurt a. M. 1966.

[44] Bahman Nirumand: Persien, Modell eines Entwicklungslandes oder Die Diktatur der freien Welt. Reinbek 1967.

[45] Samuel P. Oliner/Pearl M. Oliner: The Altruistic Personality. Rescuers of Jews in Nazi Europe. New York 1988. Vgl. Pearl M. Oliner u. a. (Hg.): Embracing the Other. Philosophical, Psychological, and Historical Perspectives on Altruism. New York 1992.

handfeste politische Ursachen. Die in der „Ersten Welt“ vorherrschenden Spielarten des Sozialismus galten als erstarrt.[46] Die „Dritte Welt“ hingegen bot die Möglichkeit zur Identifizierung mit der sozialistischen Sache und befreite zudem von der unangenehmen Aufgabe, die Sowjetunion und ihren unattraktiven „real existierenden Sozialismus“ verteidigen zu müssen. Mit ihrer Hoffnung konnte sich die Neue Linke auf Fanons „Absage an Europa“[47] stützen. Im „Bündnis der ‚Geächteten‘ und Intellektuellen“ wurde der „Sozialismus als Gegenmodell“ in die Entwicklungsländer verlagert.[48]

Für die rebellischen Idealisten wurden die Freiheitsbewegungen gleichsam zum „Ersatzproletariat“[49] für die Weltrevolution. Die „Dritte Welt“ entwickelte sich zum Laboratorium des Klassenkampfs und zur „‚Projektionsbühne‘ für ihre im eigenen Land mehr oder weniger gegenstandslosen revolutionären Hoffnungen“.[50] Die ubiquitären Banner mit Porträts von Hồ Chí Minh, Fidel Castro und Mao verwiesen ikonografisch auf die neuen strahlenden Helden und wurden geradezu Andachtsbilder eines neuen Kults.[51]

Nicht zufällig wurde der Besuch des verhassten Schahs von Persien zum „Fanal“ der antikolonialen Bewegung in Deutschland.[52] Rudi Dutschke sprach wenige Monate später auf dem „Internationalen Vietnam-Kongress“ des Jahres 1968 von der zentralen Bedeutung der Befreiungsbewegungen für die Destabilisierung des „niedergehenden Kapitalismus“ und forderte daher „revolutionäre Solidarität“.[53] Einer der Aktivisten erinnerte sich an die Wirkung der aufrüttelnden

[46] Vgl. Andrei S. Markovits/Philip S. Gorski: Grün schlägt Rot. Die deutsche Linke nach 1945. Hamburg 1997, S. 61–78.

[47] Herfried Münkler: Perspektiven der Befreiung. Die Philosophie der Gewalt in der Revolutionstheorie Frantz Fanons. In: KZfSS 33 (1981), S. 437–468, hier: S. 437; Wolfgang Kraushaar: Denkmodelle der 68er-Bewegung. In: APUZ (2001) B 22/23, S. 14–27, hier: S. 23f.

[48] Hans-Ulrich Thamer: Sozialismus als Gegenmodell. Theoretische Radikalisierung und Ritualisierung einer Oppositionsbewegung. In: Matthias Frese/Julia Paulus/Karl Teppe (Hg.): Demokratisierung und gesellschaftlicher Aufbruch. Die sechziger Jahre als Wendezeit der Bundesrepublik. Paderborn u. a. 2005, S. 741–758, hier: S. 753f.; Wilfried Mausbach: Von der „Zweiten Front“ in die friedliche Etappe?. Internationale Solidaritätsbewegungen in der Bundesrepublik 1968–1983. In: Sven Reichardt/Detlef Siegfried (Hg.): Das alternative Milieu. Antibürgerlicher Lebensstil und linke Politik in der Bundesrepublik Deutschland und Europa 1968–1983. Göttingen 2010, S. 423–444.

[49] Gerhard Fels: Der Aufruhr der 68er. Zu den geistigen Grundlagen der Studentenbewegung und der RAF. Bonn 1998, S. 146f.

[50] Kraushaar: Denkmodelle (wie Anm. 47), S. 24.

[51] Zur geradezu grotesken Mao-Huldigung in den linken Milieus der westlichen Welt vgl. Julia Lovell: Maoism. A Global History. London 2009, insbes.: S. 267–305. Daneben vgl. auch Laura K. Diehl: Die Konjunktur von Mao-Images in der bundesdeutschen „68er“-Bewegung. In: Sebastian Gehrig u. a. (Hg.): Kulturrevolution als Vorbild?. Maoisten im deutschsprachigen Raum. Frankfurt a. M. 2008, S. 179–202; Sebastian Gehring: (Re)-Configuring Mao. Trajectories of a Culturo-Political Trend in West-Germany. In: Transcultural Studies 2 (2011), S. 189–231.

[52] Eckard Michels: Schahbesuch 1967. Fanal für die Studentenbewegung. Berlin 2017.

[53] Rudi Dutschke: Die geschichtlichen Bedingungen für den internationalen Befreiungskampf. In: Sibylle Plogstedt (Red.): Der Kampf des vietnamesischen Volkes und die Globalstrategie des Imperialismus. Internationaler Vietnam-Kongress 17./18. Februar 1968 Westberlin. Berlin 1968, S. 107–124, hier: S. 115, S. 124.

Abschlussdemonstration: „Das hat der ganzen Bewegung nochmal einen richtigen Schwung gegeben. Dieses Gefühl, dass man über den provinziellen Schulkram hinaus Teil einer weltweiten Bewegung ist. […] [D]er Vietnam-Kongress war eine unheimlich euphorisierende, alle unheimlich motivierende Angelegenheit."[54]

Der hier anklingende und geradezu familiäre Zusammenhalt, die Solidarität, der ideologische Eifer und das vergewissernde Gemeinschaftsgefühl[55] waren integraler Bestandteil der *emotional regimes* der Neuen Linken, die einen willkommenen Rahmen für das eigene selbstreferenzielle Wertesystem boten.[56] Dass Protestbewegungen „in hohem Maße von der Mobilisierung und Stabilisierung von Gefühlen leben, nicht allein von ihren guten Argumenten",[57] ist bekannt. Die Berichterstattung einer linksalternativen Zeitschrift über eine Demonstration zeigte exemplarisch die Wirkungskraft der gemeinsam erlebten Leidenschaft: „Das Wichtigste war wohl das Gefühl der Leute, die dabei waren. Ich habe lange nicht mehr so viele ausgelassene, lachende, fröhliche, liebe Menschen um mich gesehen. Ich fühlte eine Vertrautheit zu den Leuten ringsum, die ich in letzter Zeit höchstens noch aus der Küche meiner Wohngemeinschaft kenne."[58]

Das Management dieses Gefühlshaushalts entsprang in einem hohen Maß einem rationalen Kalkül, auch wenn die handelnden Akteure dies selbst nicht wahrhaben wollten und rückblickend sogar vehement abstritten.[59] Die Beteiligten waren aus soziologischer Perspektive „rationale Altruisten, die sich für Kollektivgüter engagieren, wenn sie diese für aussichtsreich halten und ihnen die ‚Kosten', die

[54] Zitiert nach Detlef Michelers: Draufhauen, Draufhauen, Nachsetzen!. Die Bremer Schülerbewegung, die Straßenbahndemonstrationen und ihre Folgen 1967/70. Bremen 2002, S. 114.

[55] Helena Flam: Emotions' map. A Research Agenda. In: dies./Debra King (Hg.): Emotions and Social Movements. London/New York 2005, S. 19–40, hier: S. 35; Donatella della Porta: Social Movements, Political Violence, and the State: A Comparative Analysis of Italy and Germany. Cambridge 1995.

[56] William A. Gamson/David S. Meyer: Framing political opportunity. In: Doug McAdam/John D. McCarthy/Mayer N. Zald (Hg.): Comparative Perspectives on Social Movements. Political Opportunities, Mobilizing Structures, and Cultural Framings. Cambridge 1996, S. 275–290, insbes.: S. 280f.; Rebecca Anne Allahyari: The Felt Politics of Charity. Serving „The Ambassadors of God" and Saving „The Sinking Classes". In: Jeff Goodwin/James M. Jasper/Francesca Polletta (Hg.): Passionate Politics. Emotions and Social Movements. Chicago/London 2001, S. 195–211, insbes.: S. 209f.

[57] Wehler: Emotionen (wie Anm. 8), S. 468.

[58] Zitiert nach Andreas Pettenkofer: Die Euphorie des Protests. Starke Emotionen in sozialen Bewegungen. In: Rainer Schützeichel (Hg.): Emotionen und Sozialtheorie. Disziplinäre Ansätze. Frankfurt a. M./New York 2006, S. 256–285, hier: S. 270. Vgl. grundsätzlich auch Sven Reichardt: Authentizität und Gemeinschaft. Linksalternatives Leben in den siebziger und frühen achtziger Jahren. Berlin 2014.

[59] „Prevailing social movement theorists […] have perhaps moved a bit too far in the direction of taking actor's accounts as the gospel." Frank Dobbin: The Business of Social Movements. In: Goodwin/Jasper/Polletta (Hg.): Politics (wie Anm. 56), S. 74–80, hier: S. 79; vgl. Gunter Gebauer/Sven Rücker: Vom Sog der Massen und der neuen Macht der Einzelnen. München 2019, insbes.: S. 285–289; Claudia Ritter: Passion und Politik. Zur Rationalität von Emotionen in Prozessen politischer Identitätsbildung. In: Ansgar Klein/Frank Nullmeier (Hg.): Masse – Macht – Emotionen. Zu einer politischen Soziologie der Emotionen. Opladen/Wiesbaden 1999, S. 219–237, insbes.: S. 234f.

etwa durch staatliche Repression entstehen, nicht zu hoch erscheinen“.[60] Die „Kosten“ waren beim Engagement für den „antiimperialistischen“ Kampf vergleichsweise niedrig, denn die zu befürchtenden Sanktionen waren in den westlichen Demokratien erheblich geringer als etwa in den Staaten im sowjetischen Einflussbereich, wo jegliche Form des Protests sogar mit einem existenziellen Risiko behaftet war. Am Entkolonialisierungskampf aus der Ferne teilzuhaben, sich zu empören, aber sich zugleich erhaben, stolz und glücklich zu fühlen, hatte einen objektiven Mehrwert: „Ideologically motivated protesters may feel proud of themselves, as they stand up for what they believe in. It could be a moment, so to speak, you tell your grandchildren you were there.“[61] Die Hingabe an die Befreiungsbewegungen der „Dritten Welt“ war ebenso attraktiv wie risikolos, was zur Erklärung des Massencharakters der Bewegung beiträgt.

Die Suche nach Ursprünglichkeit und Spontaneität war wesentliche Ursache für die Auswahl der revolutionären Sehnsuchtsorte. Die unterschiedlichsten Formen des Abenteuers, des Rauschs, der Feste und des Feierns gehörten untrennbar zum Gefühlshaushalt. Im Glauben an eine herrschaftsfreie Gesellschaft und an die Aufhebung der menschlichen Entfremdung lag offenbar ein Zauber. Die utopischen Zukunftsentwürfe und die „Suche nach dem verborgenen Diesseits“[62] jenseits der Grenzen der „Alten Welt“ wurden in einer „säkularisierten Erlösungshaltung“[63] geradezu als Heilslehren zelebriert – eingebettet in die mächtige Dynamik des „Wertewandels“, verstanden als Individualisierung, Entnormativierung und radikale Pluralisierung der Privatheitsformen,[64] der das Lustprinzip dem Leistungsprinzip gegenüberstellte. Traditionelle Praktiken des Protests wurden durch innovative Elemente ergänzt. Sit-ins, Teach-ins, Love-ins, „Spaziergangsdemonstrationen“, Flower-Power-Inszenierungen und das aus den USA importierte Hippietum entwickelten eigene emotionale Stile, die Ausdruck des Anspruchs auf Lebensbejahung, sexuelle Befreiung und antiautoritäre Strukturen waren. Spielerische Elemente, Konfetti, Luftschlangen und spontanistische Provokationen gehörten zu diesem Set dazu, wie sich paradigmatisch etwa in der Autobiografie des Aktivisten Bommi Baumann nachvollziehen lässt.[65] Auch die Musik war nicht nur Beiwerk, sondern hatte unverkennbar eine prägende Bedeutung für eine ganze Generation. Einer derjenigen, der sich den Neuen Linken zurechnete, berichtete in seinen Memoiren, auf Konzerten das erste Mal gespürt zu haben, „dass man

[60] Pettenkofer: Euphorie (wie Anm. 58), S. 257.
[61] Dunya van Troost/Jacquelin van Stekelenburg/Bet Klandermans: Emotions of Protest. In: Nicolas Demertzis (Hg.): Emotions in Politics. The Affect Dimensions in Political Tension. Basingstoke 2013, S. 186–203, hier: S. 199.
[62] Hellmuth Plessner: Die verspätete Nation. Frankfurt a. M. 1982, S. 118.
[63] Lothar Voigt: Aktivismus und moralischer Rigorismus. Die politische Romantik der 68er Studentenbewegung. Wiesbaden 1991, S. 9.
[64] Vgl. zusammenfassend Andreas Rödder: Moderne – Postmoderne – Zweite Moderne. Deutungskategorien für die Geschichte der Bundesrepublik in den siebziger und achtziger Jahren. In: Thomas Raithel/ders./Andreas Wirsching (Hg.): Auf dem Weg in eine neue Moderne?. Die Bundesrepublik in den siebziger und achtziger Jahren. München 2009, S. 181–201.
[65] Bommi Baumann: Wie alles anfing. Berlin [5]1998.

nicht allein, dass ‚wir' ‚viele' sind und dass es emotional spürbare Gemeinsamkeiten gegeben" habe.[66] In einem anderen Fall diente ein Auftritt der „Rolling Stones" auf der Berliner Waldbühne im Jahr 1965 gar als Initiationsritus, wie sich ein späteres Mitglied der „Bewegung 2. Juni" erinnerte: „Und für viele von uns kam damit ein kleiner Durchbruch. […] An diesem Abend hat sich dort eine Stimmung entwickelt, wo ich zum ersten Mal auch ansonsten ganz unpolitische Leute sah. […] Jeder kannte jeden und es gab ein Stück Gemeinsamkeiten, ein gemeinsames Gefühl."[67]

Gerd Koenen hat manche an *rites de passage* erinnernde und „in rührender Weise" ans Licht tretende Grundmotivationen der Protestierenden benannt. Es gab einen Wunsch, „im Feuer einer namenlosen Gefahr […] eine Grenze zu überschreiten, die alte bürgerliche Existenz abzustreifen und wie in einem Autodafé zu verbrennen".[68] Die „überdimensionale romantische Wolke",[69] die über den jungen Anhängern der Revolution schwebte, vernebelte einen nüchternen Blick. Die Bewegung trug Züge einer euphorischen Selbstverwirklichung, bisweilen auch den Charakter eines narzisstischen Egotrips. So vermitteln die frühen Gerichtsprozesse gegen Mitglieder der „Kommune I" den Eindruck von Happenings: Bei der Betrachtung der Fotos von den Beschuldigten auf der Anklagebank, „wie sie im Blitzlichtgewitter Castro-Zigarren rauchen, das Rote Buch schwenken, sich küssen oder über die Bänke hechten, fühlt man sich wie im Film. Schon der Aufbruch zur ‚Tat' selbst hatte ja […] Züge eines road movie getragen. Offensichtlich fühlten sie sich als Akteure und Stars eines selbstinszenierten Filmdramas."[70] Mit Feuereifer wurden das Paradies auf Erden und ein neuer Garten Eden angestrebt. Der programmatische Hinweis, dass *sous les pavés la plage* liege, wurde konsequenterweise im „Pflasterstrand" umgesetzt, seit 1976 das Zentralorgan der Frankfurter Spontis, das seinen Blick auf die fernen Strände Kubas, die Dschungel Indochinas und Südamerikas richtete. Schriftsteller und Journalisten wurden, auch wenn sie schon älter waren, Teil dieser Jugendbewegung – gefangen, dynamisiert, fasziniert und verführt zugleich von diesem geistigen Jungbrunnen. Herbert Marcuse, der das Hauptreferat auf dem Frankfurter SDS-Vietnam-Kongress im Mai 1966 hielt, sprach sogar von einer neuen „Einheit von Politik und Eros".[71]

Die Erweckungserlebnisse paraphrasierte Rudi Dutschke im Jahr 1968 mit der „Schaffung des neuen Menschen",[72] was an Gabriele d'Annunzios und Benito Mussolinis *uomo nuovo* erinnerte, aber damals wahrscheinlich nur Reminiszen-

[66] Diedrich Diederichsen: „We were half a million strong …". Massenereignisse, Festivals und Paraden in Pop- und Gegenkulturen. In: Klein/Nullmeier (Hg.): Masse (wie Anm. 59), hier: S. 335.
[67] Zitiert nach ebd., S. 335f.
[68] Gerd Koenen: Das rote Jahrzehnt. Unsere kleine deutsche Kulturrevolution 1967–1977. Köln 2011, S. 376.
[69] Wolfgang Kraushaar: Die blinden Flecken der „68-er Bewegung". Stuttgart 2018, S. 35.
[70] Koenen: Jahrzehnt (wie Anm. 68), S. 360.
[71] Zitiert nach Tilman Fichter/Siegward Lönnendonker: Berlin: Hauptstadt der Revolte. In: Michael Ruetz (Hg.): „Ihr müßt diesen Typen nur ins Gesicht sehen". APO Berlin 1966–1969. Frankfurt a. M. 1980, S. 160–168, hier: S. 167.
[72] Rudi Dutschke: Diskussionsbeitrag. In: Plogstedt (Red.): Kampf (wie Anm. 53), S. 87.

zen an Stalins „neuen Menschen“ hervorrief. Hans Magnus Enzensberger hat seine eigene rauschhafte Begeisterung, die ihn im Jahr 1968 nach Kuba führte, so beschrieben: „Augenblicke der Rebellion sind in der deutschen Geschichte ziemlich selten. Ich wollte diese Gelegenheit auf keinen Fall verstreichen lassen.“[73] Der den Gefühlsaufwallungen reserviert gegenüberstehende Journalist Günter Gaus stellte in einem Fernsehinterview Rudi Dutschke die kluge Frage nach der Vergleichbarkeit der zeitgenössischen Aufbruchsstimmung mit derjenigen, mit der die bürgerliche Jugend 1914 nach einem „Stahlbad“ gerufen hatte: Sei es nicht so, dass sich ein Teil der Anhängerschaft nicht „einfach im Wohlfahrtsstaat“ langweile? Dutschkes Antwort war zweideutig: „Bei uns kann Langeweile ein Ausgangspunkt politischen Bewusstseins sein.“ [74] Margrit Schiller, die später in den Terrorismus abglitt, hat rückblickend ihren Wandel wie folgt zu erklären versucht: „Ich war dabei, mit den zentralen Normen und Werten meiner Erziehung zu brechen. […] Ich spürte deutlich, dass jetzt etwas auf mich zukam, das mein Leben entscheidend bestimmen würde. […] Ich begann von meinem bisherigen Leben Abschied zu nehmen.“[75]

Eine wirkliche Kenntnis der jeweiligen Kultur und politischen Traditionen war nur in den seltensten Fällen vorhanden. Die jugendliche Dritte-Welt-Bewegung war optimistisch, beschwingt, mit hedonistischen Einsprengseln versehen und vor allem nicht von Selbstzweifeln geplagt. Meist akademisch gebildet, beharrten ihre Protagonisten darauf, die Verhältnisse in der „Dritten Welt“ und ihre Repressionszusammenhänge zu durchschauen. Die „Menschenbeglücker“ der Neuen Linken wollten etwas ganz anderes als diejenigen, die bislang im Sinne der traditionellen christlichen Caritas – wie Misereor, Adveniat und Brot für die Welt, der Caritasverband, das Deutsche Rote Kreuz, der Deutsche Paritätische Wohlstandsverband, die Katholischen und Evangelischen Zentralstellen für Entwicklungshilfe und der Malteser-Hilfsdienst – in den Ländern der „Dritten Welt“ als Experten tätig waren.[76]

[73] Hans Magnus Enzensberger: Wie ich fünfzig Jahre lang versuchte, Amerika zu entdecken. In: Rainer Wieland (Hg.): Der Zorn altert, die Ironie ist unsterblich. Über Hans Magnus Enzensberger. Frankfurt a. M. 1999, S. 96–111, hier: S. 105.

[74] „Zu Protokoll“. Fernsehinterview vom 3. Dezember 1967. In: Rudi Dutschke: Mein langer Marsch. Reden, Schriften und Tagebücher aus zwanzig Jahren. Reinbek 1980, S. 51. Vgl. Martina Kessel: Langeweile. Zum Umgang mit Zeit und Gefühlen in Deutschland vom späten 18. bis zum frühen 20. Jahrhundert. Göttingen 2001.

[75] Margrit Schiller: Es war ein harter Kampf – Ein Lebensbericht aus der RAF. Hamburg 2000, S. 38.

[76] Pragmatisch ausgerichtet waren auch politische Organisationen wie der Deutsche Entwicklungsdienst (DED), die Deutsche Gesellschaft für wirtschaftliche Zusammenarbeit, andere Einrichtungen der Entwicklungshilfe sowie die Konrad-Adenauer- und die Friedrich-Ebert-Stiftung, deren Arbeit sich wiederum signifikant von den amerikanischen Institutionen unterschied, die im Zusammenhang der politisch motivierten *Alliance for Progress*-Modernisierungsprojekte förderte. Vgl. Heide-Irene Schmidt: Pushed to the Front: The Foreign Assistance Policy of the Federal Republic of Germany, 1958–1971. In: CEH 12 (2003), S. 473–508; Stephen G. Rabe: Eisenhower and Latin America. The Foreign Policy of Anticommunism. Chapel Hill/London 1998, insbes. S. 175 f.; ders.: The Most Dangerous Area in the World. John F. Kennedy Confronts Communist Revolution in Latin America. Chapel Hill/London 1999, insbes.: S. 1–8, S. 195–199.

Jene Organisationen waren geprägt von der traditionellen Idee der „Mildtätigkeit" im Wissen um das Leiden anderer und hielten in ihrem Tagesgeschäft zu den linken Revolutionstouristen ebenso gebührenden Abstand wie zu den ubiquitären Missionaren. Die begeisterten Revolutionäre, die an die fernen Gestade der „Dritten Welt" reisten, hingegen wollten meistens ihr schon vorher festgelegtes Idealbild von der Erfüllung eines Menschheitstraums bestätigt sehen und sahen keinen Anlass, ihre Utopie infrage zu stellen: „Wie Waisenkinder, die am Herde einer fremden Familie Wärme suchen, stürzen sich diese Rebellen auf die Dritte Welt."[77] Das galt auch für diejenigen, die von der komfortablen Heimat aus die Entwicklungsländer beobachteten. Die glühenden Anhänger des „Großen Sprungs vorwärts" blendeten das aus, was man über die Hintergründe und Implikationen dieses Menschheitsverbrechens wissen konnte, während sie über amerikanische Kriegsverbrechen akribisch recherchierten. Man nahm realitätsblind, wie die zeitgenössischen Reiseberichte aus der „Dritten Welt" erkennen lassen, in einem Vorgang der Autoselektion nur das zur Kenntnis, was die eigene Sichtweise bestätigte.[78] Unbequeme Wahrheiten wurden als Kalte-Kriegs-Rhetorik abqualifiziert. Wer seine Informationen aus neomarxistischen Broschüren bezog und diese Angaben nicht kritisch überprüfen konnte oder wollte, erlag in der Regel der Euphorie – Manès Sperber attestierte den Revolutionsbegeisterten einen „komfortablen Charakter der praktischen Unwissenheit". Diese, so lautete der Vorwurf, wollten in der Aula ihrer Universitäten am liebsten „bis zum letzten Vietnamesen und bis zum elendsten Guerillero" kämpfen.[79] Es war einfacher, sich durch Reduktion von Komplexität nur mit den Sonnen-, nicht aber mit den Schattenseiten der Staaten zu beschäftigen, die sich auf dem Weg zur „Diktatur des Proletariats" befanden. Das ist umso erstaunlicher, als gerade die Neue Linke ihren Gegnern permanent Verblendungszusammenhänge unterstellte und den „eindimensionalen Menschen" als Negativfolie zeichnete.

Natürlich gab es zeitgenössisch Kritiker, die auf die ideologische Verführbarkeit hinwiesen, die Raymond Aron bereits 1955 in seinem „L'Opium des Intellectuels" treffend analysiert hatte.[80] Hans Werner Richter, der mit der ihm naiv erscheinenden Dritte-Welt-Begeisterung wenig anfangen konnte, beobachtete eine Kundgebung des SDS: „Eine seltsame Demonstration mit Sonnenblume und Leierkasten, der Melodien wie ‚Püppchen, Du bist mein Augenstern' spielte, […] eine Demonstration, die jede echte politische Spannung vermissen ließ und scheinbar

[77] Manès Sperber: Wider den Zeitgeist. In: Der Monat 20 (1968), S. 20–32, hier: S. 32.

[78] Einen Überblick zu diesem Phänomen des „Confirmation Bias" bietet Hugo Mercier: Confirmation Bias – Myside Bias. In: Rüdiger F. Pohl (Hg.): Cognitive Illusions. Intriguing Phenomena in Thinking, Judgment and Memory. Milton Park/New York 2017, S. 99–114.

[79] Sperber: Zeitgeist (wie Anm. 77), S. 32.

[80] Raymond Aron: L'Opium des Intellectuels. Paris 1955, S. 7. Vgl. Aurelian Craiutu: Thinking Politically. Raymond Aron and the Revolution of 1968 in France. In: Vladimir Tismaneanu (Hg.): Promises of 1968. Crisis, Illusion, and Utopia. Budapest/New York 2011, S. 103–129, insbes.: S. 114f. Zur intellektuellen Begeisterung für totale Ordnungssysteme vgl. auch Kurt Sontheimer: Das Elend unserer Intellektuellen. Hamburg 1976; Paul Hollander: From Benito Mussolini to Hugo Chavez. Intellectuals and a Century of Political Hero Worship. Cambridge 2016, insbes.: S. 162–243.

mehr der Gaudi diente.“[81] Richter war angesichts seiner eigenen Erfahrung mit dem „Dritten Reich“ „jede Form des normativen Kollektivs mit Generallinie, Fahne und Programm“ suspekt.[82] Die jüngere Generation, so stellte er fest, habe zwar mehr Begabung als seine eigene, sei aber „leider, leider auch weniger tolerant, ein unverzeihlicher Nachteil in diesem Land“.[83]

Auch die merkwürdigen Pilgerströme der Revolutionsjünger, die sich für ein paar Wochen in die Sehnsuchtsorte aufmachten und verklärt in die „Erste Welt“ zurückkamen, wurden der Kritik unterzogen. Hans Magnus Enzensberger, ein unabhängiger Geist, der sich 1969 einen eigenen Eindruck vom katastrophalen Missmanagement Fidel Castros auf Kuba verschaffte, hat sich geradezu kopfschüttelnd an die ideologietrunkenen westlichen Erntehelfer erinnert: „Ich wollte mich auf keinen Fall einer Brigade von Revolutionstouristen anschließen, blonden Schwedinnen, Hippies aus dem Mittleren Westen, höheren Töchtern aus der Auvergne und widerspenstigen Seminaristen aus El Salvador, die mit großen Messern auf den Zuckerfeldern von Camagüey umherirrten. Sie ließen sich filmen und gaben gern Interviews. Manche waren bald zu müde, um darüber nachzudenken, wozu ihr Eifer gut sein sollte.“[84] Der Kubaner Heberto Padilla, der sich vom Rummel ein ebenso authentisches Bild machte, spottete über die „Reisenden“, die sich in den „Kleidern der Überflussgesellschaft“ in seiner Heimat „angenehm subversiv, mit ruhigem Gewissen“ als „vierzehntätige Helden“ betätigten.[85]

Erwin Scheuch sprach 1968 von den „Wiedertäufer[n] der Wohlstandsgesellschaft“.[86] Der sozialdemokratische Politikwissenschaftler Richard Löwenthal, der den Zweiten Weltkrieg im Exil in Großbritannien verbracht hatte, beklagte den „romantischen Rückfall“ der „radikalen Utopisten unserer Zeit“.[87] Die Neuen Linken suchten, so Löwenthal, „unter den Völkern der unterentwickelten ‚Dörfern der Welt‘, deren revolutionäre Glut noch nicht durch materielle Sättigung abgekühlt ist, und finden ihre Propheten in Mao und Castro“. Die „utopistisch inspirierte Rebellion“, die einer „romantischen Verzweiflung“ entspreche, werde

[81] Eintrag vom 28. Januar 1967. In: Dominik Geppert (Hg.): Hans Werner Richter, Mittendrin. Die Tagebücher 1966–1972. München 2012, S. 54. Vgl. den Eintrag vom 9. Dezember 1969. In: ebd., S. 146.

[82] Hans Werner Richter: Fünfzehn Jahre. In: Almanach der Gruppe 47. Reinbek 1962, S. 10.

[83] Richter an Rudolf Walter Leonhardt vom 29. März 1962. In: Sabine Cofalla (Hg.): Briefe von und an Hans Werner Richter 1947–1978. München 1997, S. 402, Anm. 3.

[84] Hans Magnus Enzensberger: Tumult. Berlin 2014, S. 182. Vgl. bereits ders.: Dossier. Revolutions-Tourismus. In: Kursbuch 30 (1972), S. 155–181.

[85] Heberto Padilla: Die Reisenden. In: ders. (Hg.): Außerhalb des Spiels. Frankfurt a. M. 1971, S. 113–115.

[86] Erwin K. Scheuch: Zur Einleitung. In: ders. (Hg.): Die Wiedertäufer der Wohlstandsgesellschaft. Eine kritische Untersuchung der „Neuen Linken“ und ihrer Dogmen. Köln 1968, S. 7–12, hier: S. 11.

[87] Richard Löwenthal: Der romantische Rückfall. Wege und Irrwege einer rückwärts gewendeten Revolution. Stuttgart u. a. 1970, S. 33. Vgl. Wolfgang Kraushaar: Die Revolutionsromantik der Studentenbewegung. In: Martin Sabrow (Hg.): Revolution! Verehrt – verhasst – vergessen. Göttingen 2019, S. 85–106, insbes.: S. 100–103.

unweigerlich und notwendigerweise einer Enttäuschung weichen.[88] Die Erweckungsbegeisterung und das „unkritische Tagträumen" waren Löwenthal höchst suspekt: „Wir stehen vor einem Rückfall in eine primitivere Art von Diesseits-Religion, die von der Marxschen nicht weniger verschieden ist als der Glaube der böhmischen Taboriten oder der Wiedertäufer von Münster von der Hauptströmung des abendländischen Christentums."[89] Die Skeptiker und Zweifler notierten die rätselhafte Verführungskraft der Ideologien, aus der heraus sie die Hingabe für antidemokratische Diktatoren und die Gewaltbereitschaft erklärten. Diese Stimmen gingen allerdings weitgehend unter, weil sich das Meinungsklima in der Bundesrepublik überdeutlich verschoben hatte.[90] Es war kein Wunder, dass ein unbotmäßiger Schriftsteller wie Walter Kempowski, dem die jugendliche Euphorie ebenso dubios vorkam, in diesen Kreisen Persona non grata war.

Allerdings erwies sich die Hochstimmung schon bald als Strohfeuer. Das Jahr 1973 stand im Zeichen der „großen Ernüchterung" (Tim Schanetzky) und des „Endes der Zuversicht" (Konrad Jarausch).[91] In den Industrieländern waren alle mit hochgespannten Erwartungen und antiautoritärem Pathos begonnenen Revolutionierungsversuche kläglich gescheitert. Desillusioniert wandten sich die Aktivisten der Neuen Linken von dem Versuch ab, die vermeintlich autoritätsfixierten „kaputten Proleten"[92] für ihre Sache zu gewinnen oder gar die Fabrikarbeiter für den internationalen „Befreiungskampf" zu mobilisieren. Salvador Allende, der seit 1970 in Chile sein „sozialistisches Experiment" begonnen hatte, wurde zwar nach dem gewaltsamen Sturz der Volksfrontregierung und seinem Selbstmord im Herbst 1973 zum Märtyrer stilisiert. Aber ohne dass ein direkter Zusammenhang bestand, war sein Tod auch ein symbolisches Zeichen für das Ende der Dritte-Welt-Begeisterung der Neuen Linken. Der linke Terrorismus, der europaweit eine ernsthafte Bedrohung der demokratischen Ordnung wurde, aber auch die Entwicklungen in Ländern der „Dritten Welt", zwang diese, wenn auch zeitverzögert, in den folgenden Jahren zu einer ernsthaften Auseinandersetzung mit ihrem Engagement für die Befreiungsbewegungen.

In den sozialistischen Entwicklungsländern geriet der zwangsweise Umbau zur Planwirtschaft zum Desaster. Das wirtschaftliche Missmanagement Fidel Castros

[88] Löwenthal: Rückfall (wie Anm. 87), S. 67, S. 71.

[89] Ebd., S. 84, S. 69. Zu den religiösen Komponenten im Gefühlshaushalt der Neuen Linken vgl. Wolfgang Eßbach: Religionssoziologie 1. Glaubenskrieg und Revolution als Wiege neuer Religionen. München 2014; Clemens Albrecht: Umziehende Götter. 1968 und die Transformation des revolutionären Enthusiasmus. In: Merkur 832 (2018), S. 65–70, insbes.: S. 66.

[90] Jeremi Suri: Power and Protest. Global Revolution and the Rise of Détente. Cambridge/London 2003, S. 212. Zur Bundesrepublik vgl. Klaus Hildebrand: Von Erhard zur Großen Koalition 1963–1969. Stuttgart/Wiesbaden 1984, S. 417.

[91] Vgl. Bernhard Gotto: Enttäuschung in der Demokratie. Erfahrung und Deutung von politischem Engagement in der Bundesrepublik Deutschland während der 1970er und 1980er Jahre. München 2018; Bernd Faulenbach: Das sozialdemokratische Jahrzehnt. Von der Reformeuphorie zur neuen Unübersichtlichkeit. Bonn 2011.

[92] Ruetz (Hg.): Typen (wie Anm. 71), S. 46.

warf Kuba in seiner Entwicklung weit zurück.[93] In China wurde 1977 die „Viererbande“ verhaftet. Die maoistische „Kulturrevolution“ hatte millionenfachen Tod mit sich gebracht,[94] und der intellektuell heute kaum noch nachvollziehbare Flirt mancher deutscher Linker mit dem chinesischen Außenposten in Enver Hodschas Volksrepublik Albanien war in gleich mehrfacher Hinsicht ein Untergangsphänomen. Die Hoffnung, der Export des Sozialismus in die Länder Afrikas werde einen Beitrag zur Wohlstandsmehrung und zugleich zum Sieg des Weltkommunismus leisten, erwies sich ebenfalls als Chimäre. Die Sympathie für diverse afrikanische Despoten war ein Irrweg. In Angola, Mosambik und Äthiopien nahmen die „Befreiungskriege“ das Gesicht eines „Kriegssozialismus“ an beziehungsweise arteten in einen Kampf der marxistischen Staatsspitzen gegen die Landbevölkerung aus.[95] Die vielschichtigen Konflikte und Probleme in den Entwicklungsländern ließen sich nicht allein durch kapitalistischen „Neokolonialismus“ erklären. Die Linke verlor allmählich das Interesse an der „Dritten Welt“, die nur noch gelegentlich einen Fluchtpunkt bot, etwa im sandinistischen Regime in Nicaragua und – nochmals später – im Venezuela von Hugo Chavez. Die verschiedenen Fraktionen und Splittergruppen marxistisch-leninistischer, maoistischer, trotzkistischer und anarchistischer Provenienz befehdeten sich fortan untereinander noch heftiger als zuvor. Der Blick ins „Kursbuch“ bietet eine instruktive Chronik des Abgesangs auf die sozialistischen Utopien und zeigt eindrücklich den überall zu verspürenden Katzenjammer, der die unerbittliche Folge des Rauschs war. Bezeichnenderweise fehlte den neuen linken Aktionsgemeinschaften jeglicher Optimismus, den die Dritte-Welt-Bewegung in den 1960er-Jahren ausgezeichnet hatte. An ihre Stelle trat die verängstigte und von Befürchtungen geradezu gelähmte „Generation Waldsterben“. Nicht hoffnungsvoller Aufbruch, sondern fundamentale Zukunfts- und Überlebenssorgen gaben ihr den notwendigen Antrieb.[96]

[93] José Rodríguez Elizondo: Crisis y renovacion de las izquierdas. De la revolución cubana a Chiapas, pasando por „el caso chileno“. Santiago de Chile 1995, S. 361, S. 17; vgl. auch Jorge G. Castañeda: Utopia Unarmed. The Latin American Left After the Cold War. New York 1993.

[94] Die Zahl der Todesopfer dieser gigantischen Kollektivierungs- und Umerziehungsmaßnahmen seit Ende der 1950er-Jahre wird auf 16 bis 27 Millionen Menschen geschätzt, ohne dass es letztlich exaktere Zahlenangaben gibt. Vgl. Gaddis: We (wie Anm. 13), S. 215 f.; Jasper Becker: Hungry Ghosts. Mao's Secret Famine. New York ²1998.

[95] Mark F. Chingono: The State, Violence, and Development: the Political Economy of War in Mozambique, 1975–1992. Aldershot 1996; Pierre Baudet (Hg.): Angola: bilan d'un socialisme de guerre. Paris 1992; Tefarra Haile-Selassie: The Ethiopian Revolution, 1974–1991. London 1997; ders.: The Agricultural, Environmental, and Social Impact of the Villagization Programme in Northern Shewa, Ethiopia. Addis Abeba 1994.

[96] Vgl. die Kritik Hans Magnus Enzensbergers an der Friedensbewegung: Heinz D. Osterle: Interview with Hans Magnus Enzensberger on German-American Relations. In: NGC 42 (1987), S. 129–149. Eine Ausnahme bildete der Eskapismus derjenigen, die als „spaßige Spontis, fröhliche Freaks und muntere Mescaleros“ zum Beispiel bei den sogenannten Tunix-Aktionen und Veranstaltungen mitmachten. Vgl. Anina Falasca: „Spaßige Spontis“ und „fröhliche Freaks“. Zur theoretischen Neuorientierung der Neuen Linken um 1978. In: Arbeit – Bewegung – Geschichte 11 (2008), S. 72–87, Zitat: S. 78.

Die realpolitischen Folgen der Dritte-Welt-Euphorie der Neuen Linken auf die bipolare Welt im Kalten Krieg waren vernachlässigenswert. Keines der Regime, die mit Sympathie, Liebesbekundungen und Revolutionstourismus bedacht wurden, erwies sich – sieht man einmal vom Sonderfall Kuba ab – als überlebensfähig. Die linken Diktaturen setzten auf ein völlig inadäquates planwirtschaftliches System und verloren in der Systemkonkurrenz des Kalten Kriegs auch den Kampf um die Herzen. Der „War by Other Means",[97] den die Neue Linke hatte gewinnen wollen, endete mit einer dramatischen politisch-moralischen Niederlage.[98]

Die geschichtswissenschaftliche Beurteilung der gefühlsbezogenen Stellungnahmen der Neuen Linken zu den Befreiungsbewegungen könnte negativer kaum ausfallen. Die „Aporien des neuen Internationalismus", die „romantischen Identifikationen mit den Protagonisten des Trikont",[99] schließlich der „tam-tam de los años 60"[100] sind heute ohne eine Kontextualisierung kaum noch nachzuvollziehen. Das Kauderwelsch der Pamphlete, die jene „Traumpfade der Weltrevolution"[101] säumten, ist mit gutem Grund als „Sanskrit"[102] bezeichnet worden. Die kommunistischen Diktatoren in den Entwicklungsländern, seien, so lautet etwa das Verdikt von Hans-Ulrich Wehler, trotz ihrer „mörderischen Bilanz" nicht nur verklärt, „sondern auch noch zum Vorbild für den revolutionären Umbau komplexer westlicher Gesellschaften und Staaten erhoben" worden.[103] Für François Furet waren die Intellektuellen dem Zeitgeist „kritiklos verfallen" gewesen.[104] Robert Conquest stellte die Frage: „How could so many educated minds believe all that fantasy and falsification?".[105]

Die gefühlsbetonte Beschwörung der Guerilleros und der „Internationale" auf Kuba, in China und Kambodscha, die folkloristisch-kultischen Heroisierungen Che Guevaras, Fidel Castros, Hồ Chí Minhs, Maos und Pol Pots waren Schwärmereien und Zeugnisse hermetischer Selbstbezogenheit, für die häufig ein Generationenegoismus von Bürgerkindern der Nachkriegszeit verantwortlich gemacht wird. Der britische Historiker Michael Burleigh meint, „a narcissistic celebration of youth as opposed to such values as caution, responsibility, restraint and shame"[106]

[97] Jeffrey Herf: War by Other Means. Soviet Power, West German Resistance and the Battle of the Euromissiles. New York 1991, S. 231.

[98] John Lewis Gaddis: On Moral Equivalency and Cold War History. In: EIA 10 (1996), S. 131–148, ders.: We (wie Anm. 13), S. 286f.

[99] Detlef Siegfried: 1968. Protest, Revolte, Gegenkultur. Ditzingen 2018, S. 191, S. 230.

[100] Elizondo: Crisis (wie Anm. 93), S. 361, S. 17; vgl. auch Jorge G. Castañeda: Utopia Unarmed. The Latin American Left After the Cold War. New York 1993.

[101] Gerd Koenen: Traumpfade der Weltrevolution. Das Guevara-Projekt. Köln 2008.

[102] Ders.: Jahrzehnt (wie Anm. 68), S. 389.

[103] Hans-Ulrich Wehler: Deutsche Gesellschaftsgeschichte. Bd. 5: Bundesrepublik und DDR 1949–1990. München 2008, S. 318.

[104] François Furet: Das Ende der Illusion. Der Kommunismus im 20. Jahrhundert. München/Zürich ²1999, S. 15.

[105] Robert Conquest: Orwell, Socialism and the Cold War. In: John Rodden (Hg.): The Cambridge Companion to George Orwell. Cambridge 2007, S. 126–132, hier: S. 129.

[106] Michael Burleigh: We Beat the 68ers Once. We Must Do it Again. In: Telegraph, 4. 5. 2008.

zu erkennen – gleichsam den Exzess einer wohlstandsverwahrlosten *jeunesse dorée*. Die Neue Linke habe sich, so Gerd Koenen, ein Bild der Welt geschaffen, das für ihre „generationellen Oppositionsbedürfnisse“ passend erschien.[107] Es sei eine Generation gewesen, „die sich in der Unerbittlichkeit ihres Urteils, der Aggressivität ihrer Moral und dem Ausmaß ihrer Gefühlskälte von keiner Generation zuvor hat überbieten lassen“, urteilt Günther Franzen.[108] Marcel Reich-Ranicki sprach von der „Freizeitbeschäftigung der Wohlstandskinder“.[109] Der fröhliche und gefühlsbetonte Revolutionstrubel wird daher vielfach als „kollektive Selbstermächtigung“[110] beziehungsweise als „Selbstanmaßung einer ganzen Generation“[111] gedeutet.

Andere machen die „kategorische Realitätsverweigerung“ für den „Obskurantismus“ der Neuen Linken verantwortlich,[112] einige wiederum vermuten eine Sehnsucht nach dem Eigenen im Fremden[113] und eine „Wahrnehmungsrevolution“[114]. Allen diesen durchaus disparaten Interpretationen ist allerdings auch eine gewisse Ratlosigkeit anzumerken, wie die gefühlsmäßigen Verirrungen letztlich zu erklären sind.

Der Blick auf die Memoiren und Reminiszenzen der damaligen Akteure hilft in dieser Hinsicht kaum weiter und verrät vielmehr die Stabilität mancher Emotionshaushalte selbst über Jahrzehnte hinweg. In der inzwischen gealterten Generation der jugendbewegten Anhänger der Befreiungskämpfer überwiegt immer noch das nostalgische Schwelgen in einer Rebellionserfahrung. Bei diesen Miterlebenden, die sich oftmals als Exponenten der zur gleichen Zeit entstehenden „emanzipatorischen Geschichtsschreibung“ verstehen,[115] verbleiben die Rückblicke auf ihre Jugendrevolte daher eine Spielart der *Littérature engagée*, die folkloristisch bis-

[107] Gerd Koenen: Kommunismus – als Ideologie und als historische Praxis. In: E & D 12 (2000), S. 31–52, insbes.: S. 31–34 und grundsätzlich ders.: Die Farbe Rot. Ursprünge und Geschichte des Kommunismus. München 2017.

[108] Günter Franzen: Zur Identifikationsproblematik der 68er. In: Psyche 60 (2006) 6, S. 573–581, hier: S. 581.

[109] Marcel Reich-Ranicki im Interview in Bettina Röhl: So macht Kommunismus Spaß!. Ulrike Meinhof, Klaus Rainer Röhl und die Akte Konkret. Frankfurt a. M. 2006, S. 534.

[110] Simon Kießling: Die antiautoritäre Revolte der 68er. Postindustrielle Konsumgesellschaft und säkulare Religionsgeschichte der Moderne. Köln/Weimar/Wien 2006, S. 103.

[111] So Astrid Proll, eine der RAF-Terroristinnen, in ihrer kritischen Rückschau. Zitiert nach Carlchristian von Braunmühl: Erfahrung von Gewalt – ein Anschlag der RAF und ein Versuch der Angehörigen, darauf zu reagieren. In: Hans-Jürgen Wirth (Hg.): Hitlers Enkel oder Kinder der Demokratie?. Gießen ²2004, S 175–194, hier: S. 177. Vgl. Koenen: Jahrzehnt (wie Anm. 68), S. 377–379; Iring Fetscher: Terrorismus und Reaktion. Köln/Frankfurt a. M. 1977, S. 20–28.

[112] Koenen: Jahrzehnt (wie Anm. 68), S. 400.

[113] Christopher Kalter: Das Eigene im Fremden. Der Algerienkrieg und die Anfänge der Neuen Linken in der Bundesrepublik. In: ZfG 55 (2007), S. 142–161.

[114] Vgl. den kritischen Kommentar von Philipp Gassert: „1968“ als Wahrnehmungsrevolution. In: Ingrid Gilcher-Holtey (Hg.): „1968“ – Eine Wahrnehmungsrevolution?. Horizont-Verschiebungen des Politischen in den 1960er und 1970er Jahren. München 2013, S. 123–134.

[115] Jan Plamper: Geschichte und Gefühl. Grundlagen der Emotionsgeschichte. München 2012, S. 343.

weilen sogar heute noch ihre kultischen Heroisierungen repetiert. Die Zeitzeugen gehen zwar auf generationelle Zusammenhänge ein, ihre Darstellungen wirken aber bemerkenswert farblos, wenn es um eine kritische Betrachtung ihrer damaligen Verirrungen geht.[116] Dies gilt für Daniel Cohn-Bendits nostalgische Reminiszenzen an diese Aufbruchszeit, die unter dem vielsagenden französischen Titel „Nous l'avons tant aimée, la révolution"[117] erschienen ebenso wie für die Erinnerungen an Rudi Dutschkes „barbarisches, schönes Leben."[118]

Letztlich verbleiben die meisten Akteure in einem selbstreferenziellen Diskurs und möchten nicht wahrnehmen, dass sie sich als Revolutionsbegeisterte noch Jahrzehnte später eine Tendenzliteratur verordnet haben.[119] Joscha Schmierer, einst glühender Verehrer des kambodschanischen Steinzeitkommunismus, bestreitet beispielsweise, dass seine Reiseberichte „enthusiastisch" gewesen seien, und konzediert zögernd, dass er im Land Pol Pots „nur Fortschritte gesehen" habe.[120] Der Kommunarde Dieter Kunzelmann gestand immerhin selbstkritisch ein, er habe „erst lange Zeit später" begriffen, „welchem Irrtum wir mit dieser Projektion unserer Vorstellungen auf das ferne China aufgesessen waren".[121] Der Schriftsteller Peter Schneider, einst ein eifriger Verfechter des Befreiungskampfs und nach eigener Ansicht „eines der ersten Lektüreopfer des Roten Buches", hat später für sich zu erklären versucht, warum der „emotionale Internationalismus" eine so große Anhängerschaft gehabt habe. Man habe diesen Internationalismus „immer nur so lange aufrecht erhalten, so lange er der Affirmation der eigenen Ideen und Vorstellungen diente. Und man war dann bitter enttäuscht, bis zur Blindheit und zum Weghören enttäuscht, wenn sich der wirkliche Verlauf dann anders, weniger erhebend, weniger revolutionär gestaltete als man sich das vorstellte und wünschte."[122] Am eindrucksvollsten sind bis heute literarische Erklärungsversuche. Zu ihnen zählt der verstörende Rückblick des schwedischen Journalisten

[116] Vgl. Heinz Bude: Adorno für Ruinenkinder. Eine Geschichte von 1968. Berlin 2018; Robert Gildea/James Mark/Anette Warring (Hg.): Europe's 1968. Voices of Revolt. Oxford 2013.

[117] Daniel Cohn-Bendit: Nous l'avons tant aimée, la révolution. Paris 1986; deutsche Ausgabe: ders.: Wir haben sie so geliebt, die Revolution. Frankfurt a. M. 1987.

[118] Gretchen Dutschke: Wir hatten ein barbarisches, schönes Leben. Rudi Dutschke. Eine Biographie. München 1998.

[119] Kurt Sontheimer: So war Deutschland nie. Anmerkungen zur politischen Kultur der Bundesrepublik. München 1999, S. 133; Sean A. Forner: German Intellectuals and the Challenge of Democratic Renewal. Culture and Politics after 1945. Cambridge 2014, insbes.: S. 114–148, S. 279–320.

[120] Zitiert nach Daniel Bultmann: Kambodscha unter den Roten Khmer. Die Erschaffung des perfekten Sozialisten. Paderborn 2017, S. 218. Vgl. auch Tim Szatkowski: Von Sihanouk bis Pol Pot. Diplomatie und Menschenrechte in den Beziehungen der Bundesrepublik zu Kambodscha (1967–1979). In: VfZ 61 (2013), S. 1–34; Kiran Klaus Patel: Cold War Myopia. Germany's World in the 1970s and its Relations with Cambodia. In: GYCH 2 (2017), S. 63–75.

[121] Dieter Kunzelmann: Leisten Sie keinen Widerstand!. Bilder aus meinem Leben. Berlin 1998, S. 55.

[122] Peter Schneider in einer Ringvorlesung vom 15. Juni 1985. In: Siegward Lönnendonker/Bernd Rabehl/Jochen Staadt (Hg.): Die Antiautoritäre Revolte. Bd. 1: 1960–1967. Wiesbaden 2002, S. 300f.

Peter Fröberg Idling, der die ideologisch-psychologischen Anpassungsleistungen zu verstehen versucht, die manche Genossen auf einer ausgedehnten Reise zu den Roten Khmer dazu brachten, die Verbrechen des Regimes komplett auszublenden.[123]

Im vorliegenden Beitrag stehen jedoch weniger die Fehleinschätzungen und Fehlwahrnehmungen der Neuen Linken im Zentrum und auch nicht das spätere Erschrecken mancher Akteure, das bis ins Renegatenhafte reichen konnte.[124] Was waren die Ursachen der Revolutionsbegeisterung? Lassen sie sich mit emotionsgeschichtlichen Ansätzen erklären? Die spätmittelalterliche „Verzückung“ und ähnliche Leidenschaften helfen zum Verständnis neuzeitlicher Emotionen nur bedingt.[125] Hilfreicher erscheinen massenpsychologische Zugänge: Die allmähliche Einbeziehung einer wachsenden Zahl von Menschen in politische Entscheidungsprozesse seit dem 19. Jahrhundert brachte scheinbar paradoxe Ergebnisse mit sich. Demokratisierung und Emanzipation von Bevölkerungsschichten, die bislang von der Partizipation ausgeschlossen gewesen waren, resultierten in zusätzlichen Möglichkeiten, sich gemeinsam zu artikulieren und der Vereinzelung in der Industriegesellschaft zu entgehen. Nicht zufälligerweise hat der Religionssoziologe Émile Durkheim zu Beginn des 20. Jahrhunderts emotionale Bindungen als „ritualgestützte Glückserfahrungen“ bezeichnet.[126] Gustave Le Bon argumentierte mit seinem Blick auf die ihn faszinierenden „Massenemotionen“ in eine ähnliche Richtung. Max Weber machte die aus „Begeisterung“ geborene „gläubige, ganz persönliche Hingabe“ als zentrales Element der charismatischen Führer aus.[127] Sigmund Freud wiederum bezeichnete wenig später die Entgrenzung des Individuums durch die Masse als „ozeanisches Gefühl“. Man habe den Eindruck „der unauflösbaren Verbundenheit, der Zusammengehörigkeit mit dem Ganzen in der Außenwelt“.[128] Die Emotionalisierung, das geradezu Rauschhafte von Massenerfahrungen und Gemeinschaftserlebnissen, kurzum: die politischen Leidenschaften,[129] waren Spezifika des 20. Jahrhunderts. Zum Charme der totalitären Diktaturen, die nun wirkungsmächtig wurden, gehörte es, diese emotionalen Be-

[123] Peter Fröberg Idling: Pol Pots Lächeln. Eine schwedische Reise durch das Kambodscha der Roten Kmer. Frankfurt a. M. 2013.

[124] Ingo Cornils: Writing the Revolution. The Construction of „1968“ in Germany. Woodbridge 2006, insbes.: S. 73–93.

[125] Barbara H. Rosenwein: Emotional Communities in the Early Middle Ages. Ithaca 2006.

[126] Vgl. Andreas Pettenkofer: Radikaler Protest. Zur soziologischen Theorie politischer Bewegungen. Frankfurt a. M./New York 2010, S. 209.

[127] Max Weber: Wirtschaft und Gesellschaft. Grundriß der verstehenden Soziologie (1921/22). Tübingen ^{5}1985, S. 140.

[128] Sigmund Freud: Das Unbehagen in der Natur (1930). In: Anna Freud/Ilse Grubrich-Simitis (Hg.): Sigmund Freud. Werkausgabe in zwei Bänden. Bd. 2: Anwendung der Psychoanalyse. Frankfurt a. M. 1978, S. 367–426, hier: S. 368. Vgl. Luc Ciompi/Elke Endert: Gefühle machen Geschichte. Die Wirkung kollektiver Emotionen – von Hitler bis Obama. Göttingen 2011, insbes.: S. 77–89.

[129] José Brunner (Hg.): Politische Leidenschaften. Zur Verknüpfung von Macht, Emotion und Vernunft in Deutschland. In: TAJG 38 (2010). Göttingen 2010.

dürfnisse zu bedienen: „Glücklichsein“, „Dankbarkeit“, „Hingabe“ und „Liebe“ gehörten zu ihren Standardvokabeln. Die modernen Diktatoren, „eifrige Leser massenpsychologischer Lektüre“, waren entsprechend von der „emotionalen Steuerbarkeit des Menschen“ überzeugt.[130] Im „Dritten Reich“ mündete dieses Denken in der These der „Volksgemeinschaft“, die, so mythenbehaftet sie auch war, doch ihre Wirkung entfaltete. Die quasi-religiöse Ergriffenheit, mit der Joseph Goebbels dazu aufrief, in den totalen Krieg „wie in einen Gottesdienst“ zu gehen, ist ein erschreckendes Beispiel für den Erfolg, den die geschickte Dienstbarmachung von Emotionen erreichen kann. Wer im NS-Staat dieser unheimlichen Suggestivkraft erlag, hatte „das befreiende Gefühl, im Einklang mit der Zeit zu stehen und einen geschichtlichen Auftrag zu erfüllen“.[131] Auf den verführerischen Charakter dieser Emotionen haben nach 1945 José Ortega y Gasset und Elias Canetti mehrfach hingewiesen.[132] Das erregende Gemeinschaftsgefühl, so Canetti, der seine eigenen befremdlichen Erfahrungen bei den Demonstrationen nach der Ermordung von Walter Rathenau 1922 und nach dem Brand des Wiener Justizpalastes 1927 gemacht hatte, hebe, wie er fasziniert und beunruhigt zugleich feststellte, die „Berührungsangst“ des Einzelnen auf.

Bei der „skeptischen Generation“[133] war der Bedarf an Erregungszuständen und -gefühlen nach den Erfahrungen mit den totalitären Massenregimes zwar gestillt. Aber die Folgegeneration, der das Auf und Ab der Gefühle im NS-Staat erspart geblieben war, war für emotionale Hochgefühle wieder empfänglicher.

Ähnliche Gefühle, nun aber in einem ganz anderen politischen Kontext, spielten, das sollte deutlich geworden sein, auch beim romantisierend-verklärenden Blick auf die „Dritte Welt“ eine zentrale Rolle. An diesen Befund knüpfen sich Fragen an, die einer Antwort durch die Emotionsforschung bedürfen, wenn diese auch zukünftig eine „Legitimation“[134] beanspruchen möchte. Zwar wird immer wieder gerne auf den „wohlbekannten Topos von der ‚Erregung der Massen‘“ verwiesen,[135] aber dann nicht weiter nachgefragt. Statt auf Gustave Le Bon und Elias Canetti zu schauen, werden Johan Huizinga und Norbert Elias herangezogen, deren Forschungen aber in eine ganz andere Richtung zielen. Weitere Fragen liegen aber auf der Hand: Legt die Begeisterung und Exaltation der Dritte-Welt-

[130] Árpád von Klimó/Malte Rolf: Rausch und Diktatur. Emotionen, Erfahrungen und Inszenierungen totalitärer Herrschaft. In: dies. (Hg.): Rausch und Diktatur. Inszenierung, Mobilisierung und Kontrolle in totalitären Systemen. Frankfurt a. M./New York 2006, S. 11–43, hier: S. 17.

[131] Hans Maier: Politische Religionen. München 2007, S. 146. Vgl. schon Karl Dietrich Bracher: Die deutsche Diktatur. Entstehung, Struktur, Folgen des Nationalsozialismus. Frankfurt a. M./Berlin/Wien ^{6}1979, S. 367.

[132] Elias Canetti: Masse und Macht. Hamburg 1960.

[133] Helmut Schelsky: Die skeptische Generation. Eine Soziologie der deutschen Jugend. Düsseldorf/Köln 1957, S. 74. Vgl. Franz-Werner Kersting: Helmut Schelskys „Skeptische Generation“ von 1957. Zur Publikations- und Wirkungsgeschichte eines Standardwerkes. In: VfZ 50 (2002), S. 465–495.

[134] Alexandra Przyrembel: Sehnsucht nach Gefühlen: Zur Konjunktur der Emotionen in der Geschichtswissenschaft. In: L’Homme 16 (2005), S. 116–124, hier: S. 117.

[135] Frevert: Gefühle (wie Anm. 1), S. 199.

Jünger nicht den Vergleich mit den Jakobinern der Französischen Revolution nahe? Waren die Anhänger der Befreiungsbewegungen *saintly idealists* wie die Anarchisten vom Schlage Bakunins?[136] Gibt es Schnittmengen mit den ebenso gewaltbereiten wie enthusiastischen Futuristen und ihrem Führer Filippo Tommaso Marinetti am Vorabend des Ersten Weltkriegs? Finden sich Anklänge an Gabriele d'Annunzios Schwarzhemden in Fiume 1919 und deren „ideologischen Hexentrank aus nationalistischer Leidenschaft, anarchistischer Schwärmerei und plebiszitärer Herrschaftstechnik“, wie Richard Löwenthal vermutet hat?[137] Man kann noch einen Schritt weitergehen: Marcel Reich-Ranicki erinnerten die Demonstrationen an seine „Kindheit und Jugend in der Nazizeit“.[138] Hatte Theodor Adorno recht, als er 1969 der von ihm ursprünglich mit Wohlwollen begleiteten rebellischen Jugendbewegung bescheinigte, ihr sei „ein Quentchen Wahn beigemischt, dem das Totalitäre teleologisch innewohnt“?[139] Gibt es also, wie Götz Aly pointiert ausführt, Gemeinsamkeiten mit den jungen „braunen Revolutionären“ des NS-Regimes, die mit Hingabe ihre „Aufpeitschung von Leidenschaften“ gegen das Establishment zelebrierten?[140]

Utopien entfesseln gleichermaßen starke positive Emotionen, gekoppelt an das euphorische Gefühl, gemeinsam mit anderen – und getragen vom „Zeitgeist“ – zu fühlen, zu handeln und das Richtige zu tun. Die revolutionsbegeisterten Neuen Linken verfügten über das, was man eine „ostensible Missionsidee“ nennen könnte.[141] Sie hatten damit in der Zeit des Ost-West-Konflikts, der auch ein Nord-Süd-Konflikt war, einen gewissen Vorteil gegenüber denjenigen, die sich auf die Seite eines „kalten Projekts“ wie der westdeutschen Demokratie stellten. Demokratien mit ihren mühsamen Aushandlungsprozessen geben nun einmal „den Menschen weder Identität noch einen Sinn der Zugehörigkeit“[142] und vermitteln auch keinen greifbaren „Lebenssinn“.[143] Insofern gehören die kollektive Begeisterung, die guten Gefühle und die politischen Verirrungen der revolutionsbewegten Neuen Linken zum *age of extremes*.

Ob jemand enthusiastisch-leidenschaftlich erregt ist, hängt offensichtlich nicht von politischen Präferenzen oder Wertvorstellungen ab, mit anderen Worten:

[136] Arthur P. Mendel: Michael Bakunin. Roots of Apocalypse. New York 1981, S. 425.
[137] Löwenthal: Rückfall (wie Anm. 87), S. 71.
[138] Reich-Ranicki im Interview in Röhl: Kommunismus (wie Anm. 109), S. 534.
[139] Theodor W. Adorno an Herbert Marcuse vom 6. August 1969, abgedruckt in Wolfgang Kraushaar (Hg.): Frankfurter Schule und Studentenbewegung. Von der Flaschenpost zum Molotowcocktail 1946 bis 1995. Bd. 2: Dokumente. Hamburg 1998, S. 671.
[140] Götz Aly: Unser Kampf. 1968 – ein irritierter Blick zurück. Frankfurt a. M. 2008.
[141] Klaus Hildebrand: Das vergangene Reich. Deutsche Außenpolitik von Bismarck bis Hitler. München München ^{8}2008, S. 338.
[142] Ralf Dahrendorf: Freiheit und soziale Bindungen. Anmerkungen zur Struktur einer Argumentation. In: Krzysztof Michalski (Hg.): Die liberale Gesellschaft. Stuttgart 1993, S. 11–20, hier: S. 11. Zum „Liberalismus ohne Tugend“ vgl. Hans Vorländer: Der ambivalente Liberalismus oder: Was hält die liberale Demokratie zusammen?. In: ZfP 42 (1995), S. 250–267, hier: S. 253.
[143] Joachim Fest: Die schwierige Freiheit. Über die offene Flanke der offenen Gesellschaft. Berlin 1993, S. 31.

Starke positive Emotionen – von Ergriffenheit bis zur Begeisterung – sind unabhängig davon wirkmächtig, ob man Anhänger sozialistisch-kommunistischer Paradiese in den Tropen ist, ob man einen „Rassenstaat" konstruieren möchte, ob man auf eine öffentliche Sportveranstaltung,[144] ins Kino[145] oder auf ein Rockkonzert[146] geht. Diesem verstörenden Befund sollte die Emotionsforschung zukünftig stärker nachgehen.

Abstract

The Cold War is mostly associated with aggression and fear. However, the rebellious period of upheaval in the 1960s was also characterized by "positive" emotions: hope, ecstasy, pleasure, and enthusiasm. The liberation movements of the "Third World" and its protagonists found sympathy especially among the New Left of the Western world. With an idealistic-romantic verve, they painted an idealized image of the revolutionary avant-garde from Che Guevara and Mao to Fidel Castro, in deliberate abandonment of Western bourgeois consumer society. Utopian visions of the future were celebrated as a secularized form of salvation. While the New Left's enthusiasm had a negligible impact on the development and outcome of the Cold War, their "positive" emotions had a questionable component, leading to the support of brutal dictatorships.

[144] Michael Ott: Weinende Helden. Bilder der Tränen im modernen Sport. In: Beate Söntgen/Geraldine Spiekermann (Hg.): Tränen. München 2008, S. 207–217.
[145] Matthias Brütsch (Hg.): Kinogefühle. Emotionalität und Film. Marburg 2005; Hermann Kappelhoff: Zuschauergefühl. Die Inszenierung der Empfindung im dunklen Raum des Kinos. In: Söntgen/Geraldine (Hg.): Tränen (wie Anm. 144), S. 195–206.
[146] Oliver Grau/Andreas Keil (Hg.): Mediale Emotionen. Zur Lenkung von Gefühlen durch Bild und Sound. Frankfurt a. M. 2005.

Frank Bösch

Euphorie, Angst und Enttäuschung

Die bundesdeutsche Solidarität mit dem sandinistischen Nicaragua

Die „langen 1970er-Jahre" waren eine Phase, in der Emotionen eine neue Bedeutung erhielten. Besonders das links-alternative Milieu förderte eine selbstreflexive Auseinandersetzung mit Gefühlen und besetzte selbst Emotionen wie Angst positiv.[1] Über den „Psychoboom" hinaus prägte der so etablierte expressive Ausdruck von Emotionen das politische Engagement. Besonders am Ende des Jahrzehnts wuchsen „apokalyptische Ängste":[2] Die Furcht vor der Atomkraft verband sich mit der vor einem Atomkrieg, was international die Anti-AKW- und die Friedensbewegung stärkte.[3] Kontrovers wurde diskutiert, ob die artikulierten Ängste und Proteste die Abrüstungsverhandlungen fördern oder gar blockieren würden.[4]

Auch in der internationalen Politik entwickelte sich das links-alternative Milieu zu einem Akteur, der in Abgrenzung zur vermeintlich sachlich-kühlen Diplomatie mit expressiven Emotionen agierte. In vielen westlichen Staaten formierten sich Solidaritätsbewegungen, die sich für die Unabhängigkeit und die sozialistische Transformation im „Globalen Süden" einsetzten und Menschenrechtsverletzungen anprangerten. Vor allem die Solidarität mit dem sozialistischen Vietnam führte – entscheidend beflügelt durch den Militäreinsatz der USA – zu einer emotionalen Mobilisierung: zu Empathie mit den Opfern, zu Hass gegen die Vereinigten Staaten von Amerika und zu einer euphorischen Unterstützung für Hồ Chí Minh. Die Folge waren Spenden, Hilfsaktionen und Proteste, die auch politische Entscheidungen beeinflussten. Diese Praktiken, die sich zeitgleich während des Biafra-Kriegs auch in christlichen und bürgerlichen Milieus zeigten, wurden von

[1] Stefanie Pilzweg: Männlichkeit zwischen Gefühl und Revolution. Eine Emotionsgeschichte der bundesdeutschen 68er-Bewegung. Bielefeld 2015; Sven Reichardt: Authentizität und Gemeinschaft. Linksalternatives Leben in den siebziger und frühen achtziger Jahren. Berlin 2014, S. 782–820; Frank Biess: Republik der Angst. Eine andere Geschichte der Bundesrepublik. Reinbek 2019, S. 241–358.

[2] Biess: Republik (wie Anm. 1), S. 359–412.

[3] Konkrete Praktiken des körperlichen Protests zeigt Susanne Schregel: Der Atomkrieg vor der Wohnungstür. Eine Politikgeschichte der neuen Friedensbewegung in der Bundesrepublik 1970–1985. Frankfurt a. M. 2011, S. 226–266.

[4] Helge Heidemeyer: Nato-Doppelbeschluss, westdeutsche Friedensbewegung und der Einfluss der DDR. In: Philipp Gassert (Hg.): Zweiter Kalter Krieg und Friedensbewegung. Der NATO-Doppelbeschluss in deutsch-deutscher und internationaler Perspektive. München 2011, S. 247–268.

https://doi.org/10.1515/9783110680522-016

Lasse Heerten als „postkolonialer Humanitarismus“ bezeichnet, bei dessen Aufkommen die Bildmedien eine Schlüsselrolle einnahmen.[5] Ende der 1970er-Jahre sorgten Bilder von Flüchtlingen aus Vietnam für internationale Empathie und Solidaritätsaktionen aus dem bürgerlichen Milieu, deren spendenfinanziertes Engagement auch die westlichen Regierungen zur Aufnahme einiger Hunderttausend Flüchtlinge drängte.[6]

Im links-alternativen Milieu entstand besonders mit Lateinamerikas revolutionären Bewegungen eine emotionale Verbundenheit. Seit der Kubanischen Revolution hatte der dortige „Befreiungskampf“ die westliche Linke elektrisiert. Ihrer Begeisterung für den Revolutionskämpfer Che Guevara und Fidel Castros Kuba folgten starke Enttäuschungen, Wut und Ängste nach dem Militärputsch in Chile 1973 und dem gewaltsamen Tod von Salvador Allende. Gerade die Verbitterung über diesen Putsch führte zur Gründung von zahlreichen Solidaritätsgruppen, die gegen die Missachtung von Menschenrechten unter Pinochet und für sozialistische Reformen eintraten.[7] Der Humanitarismus der NGOs erzeugte dabei Empathie – eine Strategie, die in neueren Studien durchaus kritisch bewertet wird.[8] Das vielfach benutzte Wort „Solidarität“ verwies auf selbstlose Empathie und emotionale Verbundenheit. „Solidarität ist die Zärtlichkeit der Völker“, umschrieben viele Linke unter Verweis auf Che Guevara den Begriff, etwa im Kontext der Nicaragua-Solidarität.[9] Auch andere Che-Guevara-Zitate wie: „Um etwas zu tun, muss man es sehr lieben. Um etwas zu lieben, muss man bis zur Verrücktheit daran glauben“ wurden angeführt, um Aktivismus und Solidarität mit der Semantik der Liebe zu verknüpfen.[10]

Kaum eine Solidaritätsbewegung entwickelte eine so starke und lang anhaltende Dynamik wie die für Nicaragua. Nachdem sie sich ab 1977 zunächst für den Sturz des dortigen Autokraten Anastasio Somoza Debayle eingesetzt hatte, trat sie nach der Revolution 1979 für die Unterstützung des neuen, sandinistisch dominierten Regimes ein. Zehntausende sammelten auch in der Bundesrepublik Spenden, leis-

[5] Lasse Heerten: The Biafran War and Postcolonial Humanitarianism. Spectacles of Suffering. Cambridge 2017.

[6] Frank Bösch: Engagement für Flüchtlinge. Die Aufnahme vietnamesischer „Boat People“ in der Bundesrepublik. In: ZF 14 (2017) 1, S. 13–40.

[7] Kim Christiaens u. a. (Hg.): European Solidarity with Chile 1970s–1980s. Frankfurt a. M. 2014.

[8] Am Beispiel zweier älterer britischer NGOs vgl. Matthias Kuhnert: Humanitäre Kommunikation. Entwicklung und Emotionen bei britischen NGOs 1945–1990. Berlin 2017; kritisch zur Empathie: Fritz Breithaupt: Die dunklen Seiten der Empathie. Berlin 2017.

[9] Vgl. den Zeitzeugenbericht bei Barbara Lucas: „Die Solidarität ist die Zärtlichkeit der Völker“. Überblick über die bundesdeutsche Solidaritätsbewegung. In: Erica Harzer/Willi Volks (Hg.): Aufbruch nach Nicaragua. Deutsch-Deutsche Solidarität im Systemwettstreit. Berlin 2008, S. 56–61; Susi Dengler u. a.: „Solidarität ist die Zärtlichkeit der Völker“. Berichte aus Nicaragua. Hg. vom Bundesvorstand der Jungsozialisten. Bonn 1983. Zu anderen Solidaritätsbewegungen und zum Begriff vgl. auch Frank Bösch/Caroline Moine/Stefanie Senger (Hg.): Internationale Solidarität. Globales Engagement in der Bundesrepublik und der DDR. Göttingen 2018.

[10] Zum Gebrauch vgl. etwa Frederik Hetmann: „Solidarität ist die Zärtlichkeit der Völker“. Die Lebensgeschichte des Che Guevara. Weinheim 1999.

teten auf eigene Kosten in Nicaragua Hilfsarbeiten oder vertrieben und tranken den fair gehandelten Kaffee, um den durch die US-finanzierten Contra-Rebellen gefährdeten Sandinismus zu unterstützten.[11] In Westdeutschland gründeten sich rund 300 „Nicaragua-Gruppen" und angeblich 15 000 Personen reisten ohne Lohn in das Land, um dort schwere körperliche Arbeiten zu übernehmen und danach in der Heimat über ihre Erfahrungen in Zentralamerika zu berichten.[12] Damit mischten sie sich aktiv in internationale Beziehungen ein. Auch in der Diplomatie wurde das Land zu einem Hotspot: Regierungen aus Ost und West bemühten sich um Einflussnahme und Unterstützung, was zunehmend in eine Art Stellvertreterkrieg mit Waffenlieferungen an die Sandinisten und ihre Gegner mündete. Diese Kämpfe, insbesondere die US-Unterstützung für die Contras, mobilisierte wiederum die emotionale Anteilnahme zivilgesellschaftlicher Gruppen.

Dem Ansatz des Sammelbandes entsprechend geht der vorliegende Beitrag deshalb der Frage nach, welche „emotionalen Regime" diese internationale Politik, die stark von zivilgesellschaftlichen Gruppen geprägt wurde, bestimmten. Im Anschluss an William Reddy werden „emotionale Regime" hier als normative Ordnungen für Emotionen verstanden, die deren Artikulation regulieren.[13] Angesichts der bekannten Schwierigkeiten, Emotionen in ihrer Artikulation und jeweiligen Bedeutung historisch auszumachen, beansprucht der vorliegende Aufsatz nicht, eine Emotionsgeschichte im engeren Sinne zu schreiben. Vielmehr wird im weiteren Sinne danach gefragt, mit welchen Emotionen die Nicaragua-Solidaritätsbewegung verbunden war und wie diese politisch relevante Handlungen prägten – etwa indem sie explizit benannt oder diskursiv aufgerufen wurden. Emotionen werden dabei als kulturell geprägte und damit historisch wandelbare Ausdrucksformen körperlichen Gefühlserlebens verstanden. Wenngleich sie individuell situativ artikuliert werden, sind sie hier vor allem in ihrer sozialen und gesellschaftspolitischen Dimension von Interesse. Mit dem unscharfen Begriff des „Emotionalisierens" werden im vorliegenden Beitrag die aktiven Bemühungen bezeichnet, bestimmte Emotionen hervorzurufen, etwa durch deren Benennung,

[11] Vgl. Kim Christiaens/Idesbald Goddeeris: Beyond Western European Idealism. A Comparative Perspective on the Transnational Scope of Belgian Solidarity Movements with Nicaragua, Poland and South Africa in the 1980s. In: JCH 50 (2015) 3, S. 632–655, hier: S. 637; Héctor Perla: Heirs of Sandino. The Nicaraguan Revolution and the U.S.-Nicaragua Solidarity Movement. In: LAP 36 (2009) 6, S. 80–100, hier: S. 82f.; Christian Helm: Botschafter der Revolution. Das transnationale Kommunikationsnetzwerk zwischen der Frente Sandinista de Liberación Nacional und bundesdeutscher Solidaritätsbewegung 1977–1990. Berlin 2018.

[12] 15 000 Personen waren es laut Eigenangaben von Aktivisten; vgl. Michael Förch: Zwischen utopischen Idealen und politischer Herausforderung. Die Nicaragua-Solidaritätsbewegung in der Bundesrepublik. Eine empirische Studie. Frankfurt a. M. 1995, S. 101; Christian Helm: Booming Solidarity. Sandinista Nicaragua and the West German Solidarity Movement in the 1980s. In: ERH 21 (2014) 4, S. 597–615, hier: S. 602.

[13] William M. Reddy: The Navigation of Feeling. A Framework for the History of Emotions. Cambridge 2001, S. 124f.: Jan Plamper: Geschichte und Gefühl. Grundlagen der Emotionsgeschichte. München 2012, S. 300f.

durch die Verwendung spezifischer Bilder oder durch symbolische Anordnungen. Als Quellen dienen Texte, Bilder und Zeitzeugenberichte von Solidaritätsgruppen, zeitgenössische Berichte über diese sowie Regierungsakten, besonders die des Auswärtigen Amtes.[14]

Emotionen, Proteste und der Wandel der Diplomatie

Auf den ersten Blick sprach vieles dagegen, dass ausgerechnet Nicaragua eine derartig breite und emotional aufgeladene Anteilnahme erhalten würde. Denn große südamerikanische Länder wie Argentinien, Brasilien und eben Chile erreichten viel leichter Aufmerksamkeit in den Medien, als dort rechte Militärdiktaturen die Macht übernahmen und systematisch sozialistische Gruppen verfolgten. Nicaragua war hingegen Mitte der 1970er-Jahre ein kleines armes Entwicklungsland, das in Deutschland kaum jemand kannte. Es hatte lediglich 2,3 Millionen Einwohner und kaum Rohstoffe. Wie viele lateinamerikanische Länder wurde Nicaragua von einem durch die USA unterstützten Autokraten regiert. Aber bis 1977 prangerten weder das Auswärtigen Amt noch links-alternative Gruppen die autoritäre Herrschaft von Anastasio Somoza Debayle nachdrücklich an.[15] Die Bundesrepublik gewährte vielmehr Entwicklungshilfe, technische Zusammenarbeit und war aus Sicht Nicaraguas ein wichtiger Wirtschaftspartner.

Dass Nicaragua Ende der 1970er-Jahre zu einem emotional aufgeladenen Sehnsuchtsort der Linken werden konnte, resultierte zunächst aus deren eigener Krise. Die einstigen revolutionären Träume der 68er waren der Ernüchterung gewichen – sei es mit Blick auf die Politik der sozialliberalen Regierung oder auf die ausgebliebene Massenbasis sowie die Stagnation und Fragmentierung des eigenen Milieus; sei es mit Blick auf die reale Entwicklung der internationalen Bezugspunkte, etwa in Chile unter Pinochet, in China, wo Strauß 1975 Mao die Hand schüttelte und dann Deng Xiaoping ab 1979 mit dem Kapitalismus kooperierte, oder auch in Vietnam, wo staatssozialistische Repressionen zunahmen und zahllose Menschen flohen. Nach der Eskalation des deutschen Terrorismus im Herbst 1977 wuchs das Krisengefühl und viele „K-Gruppen" lösten sich auf. Ihr euphorischer Aufbruch verkehrte sich somit in ein kollektives Gefühl der Enttäuschung.[16] Viele artikulierten deshalb Gefühle wie Angst und Zukunftslosigkeit. Nicaragua versprach in diesem Kontext einen Aufbruch unter neuen Vorzeichen: nicht die zunehmend quälende Beschäftigung mit theoretischen Texten, sondern eine praxisorientierte Erfahrung einer anderen Welt. Dass die USA die dortige Herrschaft

[14] Ausführlicher zum Themenfeld vgl. Frank Bösch: Zeitenwende 1979. Als die Welt von heute begann. München 2019, S. 95–140.

[15] Lediglich die Sandinisten wurden als „Terroristen" bezeichnet, vgl. Bericht Botschaft Managua, 8. 5. 1975, PAAA, MANAG, Bd. 17183.

[16] Vgl. den Ansatz von Bernhard Gotto: Enttäuschung in der Demokratie. Erfahrung und Deutung von politischem Engagement in der Bundesrepublik Deutschland während der 1970er und 1980er Jahre. München 2018.

unter Somoza stützten, verstärkte die Emotionen der Linken. Ihr Antiamerikanismus mobilisierte: Ähnlich wie Vietnam erschien Nicaragua als ein kleiner David, der sich gegen den kapitalistischen Goliath zur Wehr setzte. Dabei wurden Bilder, Vorstellungen und Emotionen aus dem Vietnamkrieg reaktualisiert. So schrieb eine christliche Jugendgruppe aus Westberlin angesichts der US-finanzierten Contra-Rebellen 1985: „Wie soll David gegen Goliath siegen? Mit List und Mut, Opfern und Tränen, Zärtlichkeit und Wut, Angst und Hoffnung verteidigt David den kleinen Garten des Friedens und der Befreiung."[17] Starke Emotionen schienen geeignete Mittel, um selbst in militärischen Konflikten gegen eine Übermacht zu obsiegen.

Bereits bei der Formierung der Solidaritätsbewegung zeichnete sich ab, wie sich spezifische „emotionale Regime" herausbildeten. Angestoßen wurde die Solidaritätskampagne in Westeuropa 1977/1978 vor allem durch Exilnicaraguaner, die hier studierten, lebten oder durch Deutschland reisten. Die frühen Solidaritätsveranstaltungen unterschieden sich markant von klassischen politischen Versammlungen der deutschen Parteien. Oft traten Musikgruppen oder Gitarristen aus Nicaragua auf und es wurde getanzt. „Blut, Tränen & Musik" war etwa eine Kölner Solidaritätsveranstaltung am 20. Oktober 1978 überschrieben, die auf dem Plakat fünf Musiker aus Nicaragua zeigte (Abb. 1). Bereits das Plakat markierte eine Form der melancholischen Verbundenheit mit dem lateinamerikanischen Land. Selbst wenn die wenigsten Besucher die spanischsprachigen Texte bei den Auftritten verstanden, förderte die musikalische Rahmung gemeinsame Gefühle – sei es durch traurige Balladen oder lebensfrohe schnellere Songs. Zugleich gab es viele Veranstaltungen, wie etwa das Treffen „Rock für Nicaragua" am 6. Juni 1978 in Essen, die Filme und kulinarische Spezialitäten aus Lateinamerika versprachen.[18] Durch Bilder und „durch den Magen" wurden Gefühle jenseits der Textlektüre adressiert. Entscheidend war, dass dabei Menschen aus Nicaragua auftraten. Ihre Berichte erhielten so eine andere emotionale Wirkung, da sie für jene „Authentizität" standen, die im Gefühlshaushalt der links-alternativen Bewegung eine große Bedeutung hatte.[19]

Generell stieg in den 1970er-Jahren die Faszination an der lateinamerikanischen Kultur. Im Fall von Nicaragua erhielten die Veranstaltungen des Priesters, Schriftstellers und späteren Kultusministers Ernesto Cardenal, der seit 1977 häufiger in Deutschland auftrat, eine besondere Bedeutung. Mit seinem wallenden weißen Haar, Baskenmütze und Poncho verkörperte er die Rolle des verfolgten Intellektuellen.[20] Seine Bücher, insbesondere das in dieser Zeit auch auf Deutsch publizierte Werk „Das Evangelium der Bauern von Solentiname", verstärkten in der

[17] So die „Evangelische Jugend Berlin West" 1985 zitiert nach Helm: Botschafter (wie Anm. 11), S. 296.
[18] Vgl. ebd. Plakatsammlungen finden sich etwa im Archiv des Hamburger Instituts für Sozialforschung (HIS) und im Informationsbüro Nicaragua Wuppertal. Im HIS konnte zudem auch das Periodikum „Nicaragua Aktuell" ausgewertet werden.
[19] Reichardt: Authentizität (wie Anm. 1), S. 218f.
[20] Vgl. etwa den Bericht über seinen Auftritt in Köln im Kölner Stadt-Anzeiger, 7. 12. 1977.

Abb. 1: Plakat zur Veranstaltung „Nicaragua heute: Blut, Tränen & Musik" im Oktober 1978[21]

Bundesrepublik die romantische Sehnsucht nach einem solidarischen, authentischen und von Nächstenliebe geprägten Landleben.[22] Cardenal verstand in Deutschland

[21] Aus Klaus Hess/Barbara Lucas: Die bundesdeutsche Solidaritätsbewegung. In: Otker Bujard (Hg.): Die Revolution ist ein Buch und ein freier Mensch. Die politischen Plakate des befreiten Nicaraguas 1979–1990. Köln 2007, S. 306–318, hier: S. 307.

[22] Ernesto Cardenal: Das Evangelium der Bauern von Solentiname. 2 Bde. Wuppertal 1976/1978; Helm: Botschafter (wie Anm. 11), S. 99.

mit historischen Analogien zu emotionalisieren: Er sprach von Konzentrationslagern in Nicaragua und verglich die deutsche Entwicklungshilfe für Somoza mit Spenden für Hitler.[23] Die lateinamerikanische Spiritualität, für die Cardenal und seine Bücher standen, war ebenfalls emotionsstark und unterschied sich deutlich von der bundesdeutschen Regierungspolitik und Theologie. Die Faszination für die Theologie der Befreiung in Lateinamerika, für die Cardenal stand, schuf eine Brücke zwischen alternativen, meist jungen Christen und kirchenfernen Linken.

Die nun entstehenden „Nicaragua-Gruppen", die sich mitunter auch aus existierenden „Lateinamerika-Gruppen" herausbildeten, publizierten 1978 Berichte über Menschenrechtsverletzungen. Ähnlich wie bei der NGO *Amnesty International* versuchten sie, möglichst konkrete Fälle von politischer Gewalt und Folter darzustellen, um so mehr Mitleid zu erregen als mit abstrakten Zahlen. Fotos von malträtierten Körpern und erschossenen Menschen verbanden sie mit detaillierten Berichten von Überlebenden.[24] Die Sandinisten versorgten die internationalen Solidaritätsgruppen dabei direkt mit Informationen. Um den Abbruch der bundesdeutschen diplomatischen Beziehungen mit Somozas Nicaragua zu erreichen, traten mehrere deutsche Aktionsgruppen im September 1978 in einen Hungerstreik, da Bonn sich „zum Komplizen der Diktatur" und des „Terrorregimes" mit Konzentrationslagern und Folter mache.[25] Parallel zum Generalstreik in Nicaragua hungerten Aktivisten in der Düsseldorfer Thomaskirche, im „Dritte-Welt-Laden" Mannheim und im Evangelischen Jugendreferat Aachen. Das Mitleid mit den Opfern in Nicaragua sollte sich so mit Mitleid mit ihren eigenen solidarisch hungerden Körpern verbinden. Hinzu kamen im Januar 1978 weltweit kursierende Bilder von Nicaraguas ermordetem Oppositionsführer Pedro Chamorro. Die internationalen Medien zeigten seinen von vielen Kugeln durchlöcherten Körper und bezeichneten Somoza als korrupten Diktator, den die USA finanzierten. Auch Reporter aus der Bundesrepublik reisten daraufhin nach Nicaragua, führten Interviews (auch mit Somoza) und porträtierten dessen Reichtum neben den Protesten und Toten.[26] Auch diese Bildsprache sollte gezielt schockieren und empören.

Bemerkenswert ist, dass diese stark emotional aufgeladenen Aktionen und Bilder tatsächlich Einfluss auf die Diplomatie des Auswärtigen Amtes hatten. Ab Anfang 1978 erbat die Bundesregierung von der Botschaft in Managua vermehrt Informationen über die Einhaltung der Menschenrechte in Nicaragua. Der Botschafter blieb hier jedoch bedeckt und bezeichnete vielmehr die Sandinisten

[23] Vgl. Brief Kraske/Synode Berlin-West an Helmut Schmidt, 18. 1. 1978, PAAA, B 33 (ZA), Bd. 111160.

[24] Vgl. etwa Vier Wochen Folter. In: Nicaragua Aktuell, Mai 1979, S. 7.

[25] Pressemeldungen und Vermerk AA zu Pressekonferenz Büro Nicaragua, 6. 9. 1978, Pressemitteilung Büro Nicaragua Wuppertal, 7. 9. 1978, Botschaft Managua, 11. 10. 1978, PAAA, B 33 (ZA), Bd. 111159.

[26] Walter Unger und Perry Kretz (Fotos): Tigerschrot für den Todfeind. In: Stern 6 (2. 2. 1978), S. 136–139; Nicaragua: Dollars für Kugeln. In: Der Spiegel, 23. 1. 1978, S. 119–121.

weiterhin als „terroristische Organisation“ und fragte im Auswärtigen Amt nach Hinweisen über Verbindungen zu deutschen Terroristen.[27] Die Auslandsvertretung versuchte somit, die Angst vor dem deutschen Terrorismus nach dem „heißen Herbst“ 1977 auf die Lage in Nicaragua zu übertragen; diese diskursive Strategie setzte im Übrigen zeitgleich auch die Botschaft der Bundesrepublik in Argentinien ein, um die westdeutsche Kritik an der dortigen Militärdiktatur zu dämpfen.[28] Angesichts der Proteste in der Bundesrepublik hinterfragte das Auswärtige Amt jedoch die verharmlosenden Berichte der Botschaft in Managua zunehmend.[29] Nichtsdestoweniger kritisierte die bundesdeutsche Auslandsvertretung selbst im Mai 1978 eher die Opposition als Somoza: Es gäbe keine systematischen Folterungen und die Opposition könne „in voller Freiheit veröffentlichen“, kabelte der deutsche Botschafter in Managua selbst nach der Ermordung Chamorros im Mai 1978.[30]

Bezeichnenderweise vertraute das Auswärtige Amt weniger den beschwichtigenden Berichten seiner Diplomaten als den kritischen Meldungen, die die Solidaritätsgruppen und die Presse aufbrachten. Deren öffentliche Emotionalisierung hatte damit direkte Konsequenzen für die internationalen Beziehungen. Die Bundesregierung stellte 1978 ihre Entwicklungshilfe ein, wobei 1978 noch Kredite in Höhe von 10 Millionen DM vorgesehen waren.[31] Im Oktober 1978 formulierten Sozial- und Christdemokraten im Europäischen Parlament sogar eine gemeinsame Entschließung, die die Unterdrückungen Somozas anprangerte und die Freilassung der politischen Gefangenen forderte.[32] Selbst eine Menschenrechtskommission der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) – einer Organisation, die sich überwiegend aus diktatorisch regierten Ländern zusammensetzte – legte im Herbst 1978 einen kritischen Bericht vor, der die Bombardierung von Städten, die Tötung von Jugendlichen, die Behinderung der Arbeit des Roten Kreuzes sowie Folterungen und willkürliche Verhaftungen anprangerte.[33] Die klaren Worte gegenüber Nicaragua sollten anscheinend die eigenen Regime gemäßigter wirken lassen. In den USA trugen insbesondere Fernsehbilder dazu bei, Somozas Regime

[27] BMI an AA, 3. 1. 1978, Vermerk der Botschaft Managua an AA, 4. 1. 1978, PAAA, B 33 (ZA), Bd. 111160.

[28] Felix Jiménez Botta: The Foreign Policy of State Terrorism. West Germany, the Military Juntas in Chile and Argentina and the Latin American Refugee Crisis of the 1970s. In: CEH 27 (2018) 4, S. 627–650.

[29] BMI an AA, 3. 1. 1978, Vermerk der Botschaft Managua an AA, 4. 1. 1978, PAAA, B 33 (ZA), Bd. 111160; Botschaft Managua an AA, 20. 1. 1978, PAAA, MANAG, Bd. 17183.

[30] Botschaft Managua an AA, 6. 5. 1978, PAAA, B 33 (ZA), Bd. 111160.

[31] Vgl. Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Brück auf die Mündliche Frage des Abgeordneten Gansel, in: Deutscher Bundestag. Protokolle. 8. Wahlperiode, 123. Sitzung, 7. 12. 1979, Sp. 9635; Abt. 3 AA an Staatssekretär, 28. 9. 1978, PAAA, B 33 (ZA), Bd. 111159; Gesprächsvorbereitung Schmidt von AA, 17. 10. 1978, PAAA, B 33 (ZA), Bd. 111160; Sprechzettel Dohnanyi, 26. 3. 1979, PAAA, B 33 (ZA), Bd. 116101.

[32] Vgl. Entschließung Europäisches Parlament, 12. 10. 1978, PAAA, B 33 (ZA), Bd. 111159.

[33] Vgl. den vom AA als zutreffend kommentierten Bericht der OSA vom 20. 11. 1978, 24. 3. 1979, PAAA, B 33 (ZA), Bd. 116101.

als unhaltbar erscheinen zu lassen. Emotional besonders wirkungsmächtig war eine global kursierende Aufnahme von 1979, die zeigte, wie Angehörige von Somozas Nationalgarde den US-amerikanischen Journalisten Bill Steward erst mit Füßen traten und dann erschossen.[34] Gewalt gegen westliche Staatsbürger schürte offensichtlich mehr Emotionen als Gewalt gegen Nicaraguaner. Ebenso emotionalisierte die Verbindung zwischen heimischen Wirtschaftsunternehmen und Nicaraguas Diktatur. Kritisch diskutierten die deutsche Öffentlichkeit und auch der Bundestag, ob deutsche Unternehmen, wie Siemens, in ihren Niederlassungen in Nicaragua Mitarbeiter an Somozas Polizei ausgeliefert hätten. Derartige Vorwürfe wanderten von der Opposition in Nicaragua über das Informationsbüro der Nicaragua-Solidarität in Wuppertal zu deutschen Politikern, um dann wiederum von der bundesdeutschen Botschaft geprüft zu werden, die sie als unzutreffend bezeichnete.[35] Außenminister Genscher brach zwar die diplomatischen Beziehungen nicht ab, aber der Botschafter der Bundesrepublik in Managua wurde im Herbst 1978 in den Ruhestand geschickt – nicht ohne sich von Somoza persönlich zu verabschieden.[36]

Euphorie und Ängste: Aufbruch nach Nicaragua

Die siegreiche Revolution Mitte 1979, bei der Somoza in die USA floh, löste eine Welle von internationaler Unterstützung und zahlreiche Reisen nach Nicaragua aus. Vermutlich gab es kein anderes Land dieser Größe, das in kurzer Zeit so viele Delegationen, Politiker und zivilgesellschaftliche Helfer empfing und aussandte. Ein Grund für die breite Begeisterung für die nicaraguanische Revolution war, dass es sich bei ihr nicht um einen blutigen Machtwechsel zu einer neuen sozialistischen Diktatur handelte, sondern neben Sozialisten auch Liberale und größere Teile der Kirchen für Somozas Sturz eingetreten waren. Nach dessen Absetzung übernahm eine Junta die Macht, der zunächst zwei bürgerliche Demokraten, zwei Sozialisten und ein Sozialdemokrat angehörten. Dies alles suggerierte einen Schulterschluss unter linkem Vorzeichen, der in Westeuropa gescheitert war – eine revolutionäre Gemeinschaft, die Geistesschaffende und Arbeiter, Stadt und Land vereinte. Dass die Junta und auch die Sandinisten erklärten, blockfrei zu bleiben, um mit Ost und West zusammenzuarbeiten, verstärkte die Euphorie. Hier schien ein Land aus der Logik des Kalten Kriegs auszusteigen. Zudem bekannten sich die Revolutionäre in christlicher Milde dazu, die einstigen Gegner nicht blutig zu verfolgen, sondern ihnen zu vergeben und sie lediglich vor Gericht zu stellen. Die Gewaltspirale schien nun durchbrochen und ein Neu-

[34] Vgl. New York Times, 21. 6. 1979, S. 12; Der Schuß. In: FAZ, 23. 6. 1979, S. 25.
[35] Vgl. Büro Nicaragua an Genscher, 15. 9. 1978, Botschaft Managua an AA, 6. 12. 1978, PAAA, B 33 (ZA), Bd. 111159.
[36] Vgl. Gespräch Somoza mit deutschen Botschafter Managua, 30. 11. 1978, PAAA, B 33 (ZA), Bd. 111159.

anfang, der für ganz Lateinamerika als Vorbild dienen sollte, möglich. Nicaragua wurde so zu einer Projektionsfläche für ganz unterschiedliche Gruppen und Sehnsüchte. Die bundesdeutsche Unterstützung reichte dabei von christlichen bis hin zu marxistischen Gruppen, von engagierten Lehrern und Lokalpolitikern bis hin zu Gewerkschaftern, Grünen und Jusos. Diese reisten in kleinen Gruppen nach Nicaragua, um sehr konkrete Aufbauprojekte durchzuführen: die Errichtung einer Brücke, einzelner Häuser oder die Mitarbeit in Krankenhäusern. Andere Aktivisten pflückten den Kaffee, der in Deutschland von „Dritte-Welt-Läden" verkauft wurde.

An Nicaragua faszinierte viele Linke, dass es hier nicht einfach um eine Katastrophen- oder Entwicklungshilfe ging, sondern um ein politisches Reformprojekt, das sich mit der heimischen Kapitalismuskritik verbinden ließ. Zudem war die emotionale Beziehung nach Lateinamerika oft enger als in anderen Weltregionen. So berichtete rückblickend eine Aktivistin, die sich ab 1982 im Wuppertaler „Nicaragua Büro" engagierte: „In Solingen hatte ich 1973 ein Chile Solidaritätskomitee mitgegründet und in Solidaritätsgruppen für die Befreiungsbewegungen in Vietnam, Zimbabwe und Mozambique mitgearbeitet. Aber der Volksaufstand der Sandinisten war mir näher, dort schienen meine Träume von Menschen mit schwarz-roten Halstüchern in die Tat umgesetzt zu werden. Das ethische und moralische Projekt der sandinistischen Revolution entsprach weitgehend den Idealen der Linken hier und es war weitaus einfacher, sich damit zu solidarisieren als mit anderen Befreiungsbewegungen in Afrika oder Asien. Zudem war es ein Hoffnungsschimmer in Lateinamerika nach Jahren der brutalen Zerschlagung der Linken in Chile, Argentinien und Uruguay."[37] Offensichtlich förderte die größere kulturelle Nähe die emotionale Verbundenheit.

Der links-alternative Rückzug in ländliche Kommunen und alternative Stadtteile korrespondierte mit dem Ziel, nun in Nicaraguas wildromantischer Natur in konkreten Einzelprojekten etwas Neues aufzubauen. Aufgezeichnete Gespräche aus den Sitzungen der bundesdeutschen „Nica-Gruppen" überliefern, wie meinungsstark diese die große Weltpolitik verhandelten und durch kleine Projekte zu verändern hofften.[38] Nicht die Weltrevolution war mehr das Ziel, sondern konkrete Projekte wie eine Trinkwasserleitung oder ein Sägewerk in kleinen Orten. In Nicaragua schien jene breite Gemeinschaft erreicht, nach der sich das links-alternative Milieu sehnte und die es unter den bundesdeutschen Arbeitern und Bauern kaum fand. Auch die links-alternative Sehnsucht nach emotionaler Wärme versprach Nicaragua zu erfüllen. Ein arbeitsloser Berliner Schlosser, der mit einer Brigade nach Nicaragua reiste, berichtete etwa danach: „In Europa herrscht die Kälte. In Nicaragua wird auch getötet und gehungert, aber bei uns läuft das psychologisch ab, da wächst du in Beton auf, da gibt es keine Liebe, da gibt's nur

[37] So Barbara Lucas rückblickend 2003, http://www.informationsbuero-nicaragua.org/neu/index.php/themen/solidaritaet/material/301-das-infobuero-in-den-80er-jahren- (letzter Zugriff am 12. 10. 2018).

[38] Vgl. Aufzeichnungen in Förch: Idealen (wie Anm. 12), Kap. 5.

psychischen Tod."[39] Nicaragua war in diesem Sinne eine Therapie für die strapazierte Seele des links-alternativen Milieus, das sich daheim in der Defensive sah. Es galt als Land, das trotz seiner Armut Lebensfreude und Kultur verband und emotionale Wärme versprach.

Zugleich deuten die Erinnerungen der Akteure an, dass die deutschen Solidaritätsgruppen sich mit großem politischem Ernst engagierten. So erinnerte ein Nicaraguaner, der die Arbeit der Solidaritätsgruppen bewerten sollte: „Die Cubaner versuchen mit den Frauen anzubändeln, die Spanier und Italiener feiern mit ihren nicaraguanischen Familien Feste und die Deutschen treffen sich zu Arbeitsbesprechungen und reden bis spät in die Nacht, in ihrer Sprache, die nur sie verstehen, über die künftige Arbeit."[40] So klischeehaft dies klingt: Die Berichte der bundesdeutschen Reisenden bestätigen zumindest, wie wichtig ihnen der politische Charakter ihres Einsatzes war. Viele beschrieben vor allem ihre Arbeitsleistung in Nicaragua, weniger persönliche Begegnungen.

Während die Linke sich in Westeuropa von der katholischen Kirche entfernt hatte, erschien ihr in Nicaragua selbst die katholische Volksfrömmigkeit als eindrucksvolles emotionales Erlebnis. Die Kreuze an der Brust der Sandinos und den allgegenwärtigen Glauben empfanden viele Reisende als Zeichen der Gemeinschaft, Nächstenliebe und als natürliche Form der Religiosität.[41] Ebenso strahlte das Bild des heroisch-romantisierten lateinamerikanischen Revolutionärs aus, wobei Zeitschriften häufig auch Fotos von Frauen mit Waffen abdruckten. Allerdings deutet sich an, dass im Zuge der erstarkten Friedensbewegung die Begeisterung für Waffen abnahm. Während die FSLN-Plakate in Nicaragua oft Menschen mit Waffen abbildeten – selbst bewaffnete, stillende Mütter –, bevorzugten die bundesdeutschen Solidaritätsplakate eher lachende lateinamerikanische Frauen und Kinder (Abb. 2).[42] Kurz: Nicaragua erschien als bessere Welt, als eine Welt des Aufbruchs, obgleich und gerade weil es arm und bedroht war. So pries eine Juso-Gruppe 1983 ihre „Bewunderung für diese Menschen, die so viel Leid erfahren haben und trotzdem voller Mut, Optimismus und Stärke sind".[43] Diese Erfahrung sollte in den Augen vieler Linker auf die Bundesrepublik zurückwirken.

Zudem pflegten sandinistische Politiker in ihrem Auftreten eine andere Form von Nähe als bundesdeutsche Repräsentanten. Nicaraguas Politiker waren meist sehr jung, einige von ihnen waren Priester beziehungsweise Kulturschaffende, sie kleideten sich lässig oder wie Ortega im *radical chic* mit Uniform. Sie verbanden

[39] Zitat in Marie-Luise Janssen-Jurreit: „Wir pflücken schon mehr als die Nicas". In: Der Spiegel, 30. 1. 1984, S. 113–116, hier: S. 114.

[40] Zitiert nach Rosemarie Karges: Solidarität oder Entwicklungshilfe?. Nachholende Entwicklung eines Lernprozesses am Beispiel der bundesdeutschen Solidaritätsbewegung mit Nicaragua. Hildesheim 1995, S. 259.

[41] Vgl. zeitgenössisch den linken Journalisten Leo Gabriel: Aufstand der Kulturen. Konfliktregion Zentralamerika: Guatemala, El Salvador, Nicaragua. München 1988, S. 182.

[42] Vgl. die Plakate in Bujard (Hg.): Revolution (wie Anm. 21), S. 349–375.

[43] Dengler u. a.: Solidarität (wie Anm. 9), S. 23.

Abb. 2: Plakat zur Kampagne „Nicaragua muß überleben"[44]

Diplomatie und Protestkultur. Als etwa Junta-Mitglied Sergio Ramírez 1980 nach Deutschland kam, traf er tagsüber die Regierung und sprach abends in den Kneipen der Solidaritätsaktivisten, begleitet von drei mitgereisten Musikern.[45] Und als 1983 Brigadisten eingeladen wurden, empfing Kultusminister Ernesto Cardenal die erste bundesdeutsche Brigade wie Staatsgäste persönlich am Flughafen und

[44] Aus Bujard (Hg.): Revolution (wie Anm. 21), S. 349.
[45] Vgl. Aufzeichnungen zu Gespräch Genscher mit Ramirez-Dohnanyi sowie mit Offergeld, 12. 3. 1980, PAAA, B 33 (ZA), Bd. 127451.

schüttelte jedem Einzelnen die Hand.[46] Dieser direkte nicaraguanische Kontakt zu Politikern förderte emotionale Bindungen.

Als Ziel ihres Engagements formulierte 1979 die „Nicaragua-Solidarität" den „Aufbau eines neuen Landes, in dem die Menschen frei sind, frei von Hunger und frei von Angst".[47] Die Forderung nach Überwindung von Ängsten, wie sie in der Bundesrepublik stark kursierte, wurde auf Nicaragua übertragen. Die zeitgleich beschlossene atomare Nachrüstung in Westeuropa schuf eine Brücke, um Kriegsängste in Deutschland und Nicaragua zu verbinden. Der Antiamerikanismus, der sich gerade im Zuge des NATO-Doppelbeschlusses neu formierte, mobilisierte nachhaltig – gerade weil Reagans Regierung zunehmend die Contra-Rebellen in Nicaragua unterstützte. Nach dem US-amerikanischen Einmarsch in den kleinen karibischen Inselstaat Grenada 1983 glaubten die meisten Nicaragua-Sympathisanten, nun würde eine direkte US-Intervention in Nicaragua und ein neues Vietnam folgen. Nicaragua wurde so zu einem Symbol für die weltweite kapitalistische Unterdrückung, insbesondere durch die USA. Vielfach verbreitet wurde damals Erich Frieds längeres Gedicht „Wo liegt Nicaragua?" von 1986: „Wo liegt Nicaragua, es liegt in Europa, das aussätzig ist, von seinen Atomraketen […]. Wo liegt Nicaragua? Es liegt überall dort, wo die Vereinigten Staaten Geheimdienstleute einschleusen […]. Nicaragua liegt in Deutschland, das Asylanten in ihre Herkunftsländer abschiebt zu Tod und Folter."[48]

Die Angst vor den Atomwaffen in Deutschland wurde mit den Ängsten in Nicaragua verbunden. Den zur gleichen Zeit stattfindenden sowjetischen Einmarsch in Afghanistan erwähnten die Aktivisten hingegen kaum. Obgleich weit über eine Million Menschen im Mittleren Osten vor dem Angriff einer Supermacht flohen, formierten sich im alternativen Milieu keine „Afghanistan-Gruppen", denn die dortige Region und Kultur war ihnen ferner und die Bedrohung durch die Sowjetunion mobilisierte sie weniger.

Einen großen Boom erlebten die Reisen nach Nicaragua dann wieder ab 1983, als die Sandinisten nach dem Einmarsch der USA in Grenada zur Bildung internationaler Brigaden aufriefen. Diese nun systematisch angeregten westlichen Brigaden sollten nicht nur wie die früheren Reisenden Aufbauhilfe leisten, sondern auch als quasi menschliche Schutzschilde einen Einmarsch der USA verhindern und die Kämpfe der Contras einhegen. Denn auf westliche Helfer, so das zynische Kalkül, würden die Contras nicht schießen, und falls doch, würde dies weltweit Proteste auslösen. Das Wuppertaler Informationsbüro verwies in seinen Rundschreiben direkt auf die „Entlastungsfunktion für die militärische Verteidigung" und das Ziel, „das Leben und auch das Risiko gemeinsam mit ihnen [den Menschen aus Nicaragua; Anm. des Verfassers] zu teilen".[49]

[46] Vgl. Janssen-Jurreit: Nicas (wie Anm. 39).
[47] Nicaragua Aktuell, April 1979, S. 4.
[48] Erich Fried: Wo liegt Nicaragua?. In: Erich Fried. Gesammelte Werke. Gedichte Bd. 3. Hg. von Volker Kaukoreit und Klaus Wagenbach. Berlin 1993, S. 529–531.
[49] Zitiert nach Karges: Solidarität (wie Anm. 40), S. 120.

Angst war damit ebenfalls eine Emotion, die beim Engagement für Nicaragua an Bedeutung gewann. Besonders die Reisen auf die Kaffeeplantagen im grenznahen Norden waren zunehmend mit Gefahren verbunden und die Helfer mussten unterschreiben, bei Unfällen keine Ansprüche zu stellen. Viele Helfer wollten bewusst die Ängste der Bevölkerung teilen. Die Berichte in den Rundbriefen beschrieben, wie die deutschen Helfer mitunter trotz entfernter Detonationsgeräusche ernteten und zugleich hofften, dass ihr Ort wegen der ausländischen Brigaden nicht angegriffen würde.[50] Tatsächlich entführten und töteten die Contras nur vereinzelt Helfer aus Nordamerika und Westeuropa, was jeweils große Empörung auslöste. Als Ende April 1983 der bundesdeutsche Entwicklungshelfer Albrecht Pflaum von Contras ermordet wurde, schockierte und mobilisierte sein Tod.[51] Nicht minder schockierend war der Mord am deutschen Helfer Bernhard Koberstein im Juli 1986 sowie die Entführung von acht westdeutschen Erntehelfern zwei Monate zuvor. Letztgenannte wurden erst nach 25 Tagen von den Contras freigelassen, nachdem eine Besetzung der bundesdeutschen Botschaft in Managua sowie die Bundestagsfraktionen von SPD und Grünen Druck auf die USA ausgeübt hatten, damit diese auf die Contras einwirkten.[52] Trotz der Gefahren war der Zulauf an freiwilligen Helfern gewaltig. Auf die 162 freien Plätze der ersten Brigade, die etwa das Wuppertaler Informationsbüro Ende 1983 organisierte, meldeten sich fast eintausend Interessierte.

Diese breite Solidarität von zivilgesellschaftlichen Gruppen ging mit einer intensivierten Form des offiziellen politischen Austauschs einher. Viele westliche Regierungen bemühten sich sofort um engere Kontakte zum neuen Regime. Bereits zwei Tage nach Somozas Flucht reiste der SPD-Bundestagsabgeordnete Manfred Coppik nach Managua, um mit Junta- und Regierungsmitgliedern Hilfslieferungen zu klären.[53] Eine Woche später übergab eine Sonderdelegation der Bundesregierung Spenden an das Rote Kreuz,[54] im Monat darauf brachten Bundestagsabgeordnete von SPD und CDU Hilfsgüter. Im November 1979 folgte der Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Rainer Offergeld, der eine langfristige finanzielle Zusammenarbeit und Kredite anbot.[55] Nicaraguas Regierung versprach dabei, konkurrierende Parteien, Verbände, Zeitungen und Privatunternehmen zuzulassen.[56] Diese erhielten auch tatkräftige finanzielle Unterstützung durch die CDU- und FDP-nahen Stiftungen. So wurde die große bürgerliche Op-

[50] Vgl. Rundbrief Erica Harzer, 1. 1. 1985, abgedruckt in dies.: Warum Nicaragua?. In: Bujard (Hg.): Revolution (wie Anm. 21), S. 324–341, hier: S. 337.

[51] Vgl. Runderlass des Vortragenden Legationsrats Karkow, 9. 5. 1983, AAPD 1983, Dok. 130, S. 680–682.

[52] Vgl. Bericht über das informelle EPZ-Außenministertreffen am 7./8. 6. 1986, Aufzeichnung der Vortragenden Legationsrätin Gnodtke, 9. 6. 1986, AAPD 1986, Dok. 167, S. 864–874, hier: S. 864f.; Nicaragua: Zum Jagen. In: Der Spiegel, 16. 6. 1986, S. 116f.

[53] Vgl. Botschaft San José an AA, 23. 7. 1979 und 26. 7. 1979, PAAA, B 33 (ZA), Bd. 116102.

[54] Vgl. Bericht AA, 31. 7. 1979, PAAA, B 33 (ZA), Bd. 116102.

[55] Vgl. BMZ an AA u. a., 30. 11. 1979, PAAA, B 33 (ZA), Bd. 136387.

[56] So Innenminister Tomás Borge laut Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Limmer (AA) nach Reise nach Nicaragua, 27. 9. 1979, AAPD 1979, Dok. 279, S. 1362–1370, hier: S. 1365.

positionszeitung „La Prensa“ maßgeblich von der Friedrich-Naumann-Stiftung finanziert.[57] Bei vielen bundesdeutschen Politikern und Gruppen schimmerte eine neugierige Faszination am Experiment Nicaragua durch, verbunden mit dem kühlen Wunsch, Einfluss zu nehmen. Die breite Anteilnahme „von unten“ prägte damit erneut die Politik „von oben“ und damit die internationalen Beziehungen.

Diese breite Faszination förderte anfangs auch die Vertrauensbildung auf dem diplomatischen Parkett. Als im September 1980 Außenminister Miguel d'Escoto in Bonn eintraf, versicherte Genscher ihm, dass die Bundesregierung und die bundesdeutsche Öffentlichkeit „Anteilnahme und Sympathie für die Revolution“ hätten.[58] Der Revolutionsbegriff, der eigentlich bei bürgerlichen Politikern eher verpönt war, gewann hier an Glanz und wurde mit der Idee einer friedlichen Umgestaltung verbunden. Neben Spanien war die Bundesrepublik anfangs der größte Geldgeber: Knapp 100 Millionen DM gewährte Bonn allein im ersten Jahr.[59] Selbst die USA sagten 1980 neben Hilfslieferungen Kredite in Höhe von 75 Millionen Dollar zu. Damit kam anfangs die größte Unterstützung aus dem Westen, nicht von Staaten des Warschauer Pakts.

Euphorische Solidarität und Enttäuschungen

Seit 1980 übernahm der sozialistische Flügel der Sandinisten immer mehr die Macht in der zunächst noch überparteilich ausgerichteten Regierung und schränkte die Spielräume bürgerlicher Gruppen stark ein. Bürgerliche Repräsentanten traten aus Protest zurück und wandten sich gegen die Einschränkung ihrer Rechte. Die emotionale Bindung des alternativen Milieus bezog sich jedoch ganz auf die Sandinisten. 1980 faszinierte sie besonders deren Bildungsprogramm, das – unterstützt von in- und ausländischen Freiwilligen – rasch eine Alphabetisierung erreichte. Angesichts der Kriegszerstörungen stand der Aufbau der Infrastruktur im Vordergrund, die Helfer in den 1980er-Jahren mit körperlicher Arbeit unterstützten. Hier lag ein zentraler Unterschied zu früheren Solidaritätsbewegungen: Die körperliche Erfahrung in dem fernen Land förderte eine oft lebenslange emotionale Bindung, wie auch Zeitzeugen rückblickend versichern.

Eine besondere Form der körperlichen und emotionalen Bindung entstand durch Nicaraguas Hauptexportgut: dem Kaffee. Dank des Preisverfalls trank seit den 1970er-Jahren auch die jüngere Generation vermehrt Kaffee. Mit der Revolution in Nicaragua politisierte sich sein Konsum. Der Genuss von Nicaraguas Kaffee ermöglichte es, im Alltag die Revolution zu unterstützen und für sie zu werben. Dies knüpfte an die Konsumpolitik des links-alternativen Milieus seit den

[57] Vgl. Vermerk AA, 1.7.1980, PAAA, B 33 (ZA), Bd. 124750; Anträge 1984, PAAA, B 98, Bd. 321.
[58] Gespräch Genscher mit d'Escoto, 28.8.1980, PAAA, B 33 (ZA), Bd. 127450.
[59] Vgl. Bericht AA, 3.10.1980, PAAA, B 33 (ZA), Bd. 127451. Wenig präzise und ergiebig ist die auf Presseangaben beruhende Arbeit von Max Seiler: Vergleich der Lateinamerikapolitik von Bundesrepublik Deutschland und DDR am Beispiel Nicaragua (1979–1989). Marburg 1999.

1970er-Jahren an: Produkte aus Ländern wie Südafrika wurden boykottiert und Produkte aus armen Regionen gezielt gefördert. Mit den „Dritte-Welt-Läden" bestand seit Mitte der 1970er-Jahre bereits ein wachsendes Vertriebsnetz und mit der „Gesellschaft zur Förderung der Partnerschaft mit der Dritten Welt" (GEPA) eine Fair-Trade-Handelsorganisation. Nach der Revolution in Nicaragua vermittelte das Wuppertaler Büro den GEPA-Vertretern Kontakte zu den Sandinisten, die dort im Herbst 1979 den Vertrieb in die Bundesrepublik aushandelten. Der Kaffee aus Nicaragua markierte dabei den Übergang vom „Dritte-Welt-Handel" zum alternativen Handel, bei dem die politische Bedeutung des Herkunftslandes wichtiger war als dessen Armut.[60]

Nicaraguas Kaffee schuf vielfältige Bindungen an das Land: Die schweißtreibende Unterstützung beim Pflücken der Bohnen in Nicaragua oder das ehrenamtliche Schleppen der Säcke in Deutschland ermöglichte, die Mühen der Revolution körperlich zu erleben. Beim Trinken der „Sandino-Dröhnung" nahm das linksalternative Milieu ebenfalls körperlich die Revolution und deren bitteren Geschmack auf, der durchaus selbst ein Solidaritätsbeweis war. Im Mai 1988 kam es deshalb sogar bei der alternativen Tageszeitung „taz" zu einer kleinen Rebellion: In der Berliner Kantine forderte eine Unterschriftenliste eine magenschonendere Mischung und die Hausmitteilung dazu fragte: „Ist das persönliche Wohlbefinden wichtiger als die internationale Solidarität?"[61] Die „taz" wechselte schließlich auf die Schonkaffee-Variante „Zarter Sandino".

Parallel dazu erwies sich unter den Staaten des Warschauer Pakts besonders die DDR als solidarisch. Unter Ägide der SED kam es zu zahllosen Spendensammlungen und offiziellen Solidaritätsgruppen, die breite Unterstützung erhielten. Dies war mehr als eine staatliche Propaganda-Aktion, bei der Spenden automatisch vom Lohn abgezogen wurden: Für viele DDR-Bürger war Nicaragua mit der Vision eines lebenswerteren Sozialismus verbunden, und auch hier führte der Antiamerikanismus, wie beim Vietnamkrieg, zu einer starken emotionalen Verbundenheit mit den Sandinisten, die sich in vielen Sachspenden niederschlug.[62] Zudem förderte die DDR den Aufbau der inneren Sicherheit und der nachrichtendienstlichen Kommunikation in Nicaragua, während Waffen aus dem Warschauer Pakt über Kuba kamen.[63] Damit zogen der Kalte Krieg und die deutsch-deutsche Konkurrenz in Nicaragua ein. Die diplomatischen Kontakte Nicaraguas zum Westen nahmen ab 1981 ab und das Land unterhielt per „Jo-Jo-Politik" Brücken zu beiden Seiten. Für bürgerliche Parteien begann die Enttäuschung über die Sandinisten schon jetzt. Selbst Genscher sprach nun fehlende politische Freiheiten an.

Die links-alternative Solidarität mit Nicaragua wäre sicher eingebrochen, wenn es nicht eine doppelte Wendung gegeben hätte: Einerseits sorgte die Eskalation

[60] Ruben Quaas: Fair Trade. Eine global-lokale Geschichte am Beispiel des Kaffees. Köln 2015, S. 197–228.
[61] So taz-Dossier Nicaragua, 17. 9. 2004, S. 3.
[62] Vgl. die vielen Zeitzeugenberichte in Harzer/Volks (Hg.): Aufbruch (wie Anm. 9).
[63] Vgl. hierzu demnächst die Dissertation von Anna Warda (ZZF Potsdam): Tschekistische Entwicklungshilfe. Das Ministerium für Staatssicherheit (MfS) in der „Dritten Welt".

der Kämpfe der US-finanzierten Contra-Rebellen für eine neue Mobilisierung, andererseits fror die Regierung Kohl nach ihrem Amtsantritt sofort die finanzielle Unterstützung sowie weitgehend die diplomatischen Kontakte zu Nicaragua ein und baute sie dafür zu rechts-autoritären Regimen wie dem in El Salvador aus.[64] Die einstige Euphorie wurde nun von neuen Emotionen überdeckt: im links-alternativen Milieu von der Wut, dass Aufgebautes zerstört würde, sowie vom Hass auf die Kontrarevolutionäre und aufseiten der konservativen westlichen Regierungen von der Angst, dass ein zweites Kuba vor den Toren der USA entstehen würde.

Die Christdemokraten übernahmen dabei die Techniken der Linken, um gegen das sandinistische Nicaragua zu mobilisieren. In Analogie zu den Menschenrechts-Hearings der Linken hielt die CDU 1985 ein international besetztes Nicaragua-Hearing ab.[65] Die Christdemokraten betonten, dass sie die Revolution anfangs begrüßt hätten, diese nun aber in eine „marxistische Diktatur" abgeglitten sei. Gegen die „einseitigen" Medien wollte man eine kritische Öffentlichkeit schaffen. Aus Nicaragua eingeladene Christdemokraten berichteten bei dem Hearing etwa, dass die Sandinisten bereits 1979 Menschen getötet hätten und dass es heute mehr politische Gefangene als unter Somoza 1978 geben würde – eine Aussage, die von der bisherigen Forschung jedoch nicht verifiziert werden kann.[66] Damit verkehrte sich die bisherige Emotionalisierung.

Die euphorische links-alternative Solidarität mit Nicaragua endete mit einer schrittweise wachsenden Enttäuschung. Das begann bei den Nicaragua-Reisenden selbst. Insgesamt überwogen bei ihnen zwar positive Eindrücke, die sie daheim mit Diavorträgen verbreiteten, zugleich merkten viele Aktivisten, dass sie Welten von den Einheimischen trennten. Die langen Haare und Ohrringe der männlichen Aktivisten sorgten mitunter für Spott, einige ließen sie sich abschneiden. Auch Appelle um halb sechs morgens, das Singen der Nationalhymne und hierarchische Ermahnungen waren vielen links-alternativen Basisgruppen fremd.[67] Viele spürten, dass sie für die harte körperliche Arbeit kaum qualifiziert waren. Andere klagten über die ineffektive Organisation und Arbeit in Lateinamerika.[68] Bei der Arbeit mangelte es an Ansprechpartnern und, so ein Aktivist, „es fehlte halt beständig an Material. Nichts ging weiter."[69] Krumme Nägel wurden wieder gerade geschlagen und Papier mehrfach benutzt. Die ökologisch bewegten Reisenden erinnerten sich an den Mangel auch als positive Erfahrung, da man dadurch gelernt habe, mit Material sparsam umzugehen. Herausgefordert wurde das ökologische

[64] Vgl. etwa Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Peckert, 30. 7. 1984, AAPD 1984, Dok. 210, S. 961–963.
[65] CDU-Bundesgeschäftsstelle (Hg.): Wie frei ist Nicaragua?. Bonn 1985.
[66] Vgl. José Esteban Gonzalez: Verletzung der Grundrechte. In: ebd. S. 15–18.
[67] Vgl. spöttisch dazu den Reisebericht über eine Brigade dort: Janssen-Jurreit: Nicas (wie Anm. 39).
[68] Vgl. Ali Schwarz/Manfred Ernst: Denn sie wissen, was sie tun. Zwischen Solidarität und Boykott. BRD & Nicaragua. Berlin 1985, S. 264.
[69] Interview mit Mitarbeitern der Baubrigade, in: ebd., S. 276f.

Bewusstsein der Brigadisten, als nicaraguanischen Bauern ihnen stolz Pflanzengift von BASF zeigten, das sie zur Verbesserung der Ernte einsetzten.[70]

Innerhalb der Linken löste der Umgang mit Waffen gemischte Gefühle aus. Viele Christen und Linksalternative, die nach Nicaragua reisten, stammten aus der Friedensbewegung und hatten daheim den Kriegsdienst verweigert. In Nicaragua trafen sie auf eine bewaffnete Gesellschaft, deren Widerstandskampf sie unterstützen wollten. Einige von ihnen beteiligten sich entsprechend an Nachtwachen mit Gewehren und zeigten eine gewisse Faszination an Waffen.[71] Ebenso nahmen Einzelne an militärischen Zeremoniellen teil.[72] Dies weckte nicht nur den Argwohn der Pazifisten, sondern auch Konservativer. Die CDU/CSU im Bundestag fragte deshalb sogar die Bundesregierung an, inwieweit in Nicaragua Kriegsdienstverweigerer Waffen tragen würden und ob dies etwa die Entführung von Aktivisten durch die Contras 1986 verursacht habe. Für beides hatte die Bundesregierung jedoch keine Belege.[73]

Die feministisch orientierten Brigadistinnen trafen oft auf lateinamerikanische Männer, die sie nicht ernst nahmen und sexistisch behandelten. Auch mit Blick auf Nicaraguas Gesellschaft monierten viele deutsche Frauen das Macho-Verhalten: Viele Männer würden abends trinken, während die Frauen die Hausarbeit übernahmen.[74] Viele Brigadisten waren schließlich enttäuscht, dass sie der Bevölkerung kaum klar machen konnten, dass sie ebenfalls politische Kämpfer seien und in der „BRD“ unterdrückt würden. Denn 90 Prozent der Einheimischen, so eine zeitgenössische Befragung für eine sozialwissenschaftliche Studie, hielten die bundesdeutschen Solidaritätsgruppen für gewöhnliche Entwicklungshelfer.[75] Andere Aktivisten plagten Selbstzweifel, ob statt praktische Arbeit in Nicaragua zu verrichten nicht eher daheim der Kapitalismus zu bekämpfen sei.[76] Dass kaum persönliche Kontakte geknüpft wurden, weil die Nicaragua-Solidarität als politisches Projekt gesehen wurde, bilanzierte auch die Geschäftsführerin des Wuppertaler Informationsbüros später selbstkritisch.[77]

Die Tatsache, dass die Sandinisten die Meinungsfreiheit einschränkten und der Opposition wenig Raum gewährten, stieß kaum auf Kritik. Kritisch bewerteten

[70] Förch: Idealen (wie Anm. 12), S. 320.
[71] Vgl. Interviews in: Schwarz/Ernst: Solidarität (wie Anm. 68), S. 259, S. 286.
[72] Vgl. Christian Helm: „The Sons of Marx Greet the Sons of Sandino“. West German Solidarity Visitors to Nicaragua Sandinista. In: JILAS 2 (2014), S. 153–170, hier: S. 162.
[73] Vgl. Anfrage Dr. Pohlmeier (CDU/CSU) und Antwort Staatsminister Dr. Stavenhagen vom 15. 7. 1986, in: Deutscher Bundestag. Drucksache. 10. Wahlperiode, 18. 7. 1986, S. 2f..
[74] Vgl. Informationsbüro Nicaragua e. V. (Hg.): „Unglaublich, wie störrisch manche Männer hier in Nicaragua sind“. Frauen in Nicaragua. Wuppertal 1985; Brief Harzer aus Nicaragua ans Kollektiv, 29. 4. 1984 und an Freundin, 13. 6. 1984 und 17. 6. 1984, abgedruckt in dies.: Nicaragua (wie Anm. 50), S. 324–341, bes. S. 328.
[75] Umfragen von Karges: Solidarität (wie Anm. 40), S. 239–243, S. 251–254, S. 265, S. 297, S. 303f.
[76] Brief Harzer aus Nicaragua ans Kollektiv, 29. 4. 1984 in: dies.: Nicaragua (wie Anm. 50), S. 328.
[77] So Barbara Lucas rückblickend 2003, in: http://www.informationsbuero-nicaragua.org/neu/index.php/themen/solidaritaet/material/301-das-infobuero-in-den-80er-jahren- (letzter Zugriff am 12. 10. 2018).

die Linksalternativen ab Mitte der 1980er-Jahre lediglich, wie autoritär die Sandinisten mit der indigenen Gruppe der Miskito umgingen – Angehörigen dieser wurden umgesiedelt und ihre Kultur wurde unterdrückt.[78] Dies, und nicht die Missachtung politischer Freiheiten, führte zu einer „kritischen Solidarität", wie es nun in der Bundesrepublik hieß. Bezeichnenderweise war es die Unterdrückung einer anderen romantisierten Minderheit, deren Angehörige als „Indianer" bezeichnet wurden, die den politischen Kurs prägte. Der Konflikt um die „kritische Solidarität mit Nicaragua" schlug sich auch im alternativen Kaffeehandel nieder: Das katholische Hilfswerk „Misereor" setzte als Hauptanteilseigner der GEPA 1985 durch, dass auf den Verpackungen neben der Errungenschaft der Revolution auch der repressive Umgang mit der Opposition erwähnt wurde.[79] Dieser Verweis auf die Risiken und Nebenwirkungen der Revolution markierte die Spaltung der Solidaritätsbewegung in der zweiten Hälfte der 1980er-Jahre. Einige „Dritte-Welt-Läden" übermalten die kritischen Sätze, andere bezogen den Nicaragua-Kaffee von anderen Kooperativen. In der zweiten Hälfte der 1980er-Jahre erschien die Herrschaft der Sandinisten vielen zunehmend verknöchert und bürokratisch, sodass die anfangs begeisterte Unterstützung abnahm. Dass die Wirtschaft Ende der 1980er-Jahre in einem katastrophalen Zustand war, führten viele auf die US-Politik und die Contras zurück – nicht auf das Scheitern des sozialistisch angehauchten Reformkurses.[80] Entsprechend groß war die Überraschung und Enttäuschung, als die Sandinisten im Februar 1990 die Wahlen gegen ein breites bürgerliches Oppositionsbündnis unter Violeta Chamorro verloren. Die internationale Solidarität mit Nicaragua brach nun ein.

Aus Sicht der internationalen Solidaritätsgruppen zog 1990 der „Neoliberalismus" auch in Nicaragua ein. Teile des Staatseigentums, das die Sandinisten oft wie Parteieigentum behandelt hatten, wurden privatisiert und die Inflation eingedämmt. Der Preis dafür war, wie in Ostmitteleuropa, eine steigende Arbeitslosigkeit und Abhängigkeit von ausländischen Geldgebern, besonders den USA.[81] Die politischen und ökonomischen Beziehungen zum Westen, auch zur Bundesrepublik, wurden nun schlagartig wieder enger. Obwohl Daniel Ortega 2006 ins Präsidentenamt zurückkehrte, blieb eine erneute Begeisterung aus. Trotz der beschworenen Mythen der Revolution galten die Sandinisten nun als eine verknöcherte Staatspartei. Neben Enttäuschung über Ortegas derzeitige Autokratie äußerten alle interviewten Zeitzeugen ihre fortbestehende enge Verbundenheit mit Nicaragua.

[78] Vgl. etwa den Reisebericht der Grünen MdB Gottwald 15. 7. 1984, AGG, A, Sig 84. Dies waren zunächst auch die einzigen Kritikpunkte zu Nicaragua in den Jahresberichten von *Amnesty International*; Amnesty International (Hg.): Jahresbericht 1981. Frankfurt a. M. 1982, S. 170–175; dies.: Jahresbericht 1982, Frankfurt a. M. 1983, S. 157f.; dies.: Jahresbericht 1983, Frankfurt a. M. 1984, S. 159–163.

[79] Vgl. Quaas: Fair Trade (wie Anm. 60), S. 233.

[80] Anders die Bevölkerung: Vgl. Gabriel Palma: Nicaragua. The Sandinista Experiment. In: Ha-Joon Chang/Peter Nolan (Hg.): The Transformation of the Communist Economies. Against the Mainstream. London 1995, S. 352f.

[81] Ebd., S. 358.

Fazit

Die Unterstützung für die sandinistische Revolution und Reformen war von Beginn an mit intensiven Emotionen verbunden. Bereits die frühen Solidaritätsgruppen förderten Emotionen wie Empathie, Hoffnung und Wut. Dies geschah nicht nur durch Bilder von Opfern, von heroischen Kämpfern und grausamen Tätern, sondern auch durch gemeinsame Erlebnisse. Als authentisch empfundene Erfahrungen förderten Konzerte, Lesungen oder gemeinsames Essen mit Exilanten aus Nicaragua die emotionalen Bindungen zu dem Land. In der als krisenhaft empfundenen Situation der Linken beflügelte der Aufbruch in und nach Nicaragua neue Hoffnungen. Nicaragua stand für eine neuartig euphorische und praxisorientierte Solidarität mit der „Dritten Welt", die sich aus der Resignation über die Verhältnisse im Westen und der Krise der Linken in der Bundesrepublik speisten. Die Solidaritätsaktionen sollten nicht nur den Wandel in Nicaragua stützen, sondern auch in das eigene Land zurückwirken. Es würde dabei zu kurz greifen, die politisch relevanten Emotionen lediglich instrumentell zu verstehen. Viele Berichte und Bilder versuchten zwar, gezielt Emotionen wie Wut und Mitleid zu erzeugen, aber getragen wurde das Engagement von einem übergreifenden „emotionalen Regime" im links-alternativen Milieu.

Deutlich wird zudem, dass die emotional aufgeladene Thematisierung Nicaraguas durch zivilgesellschaftliche Gruppen die internationalen Beziehungen beeinflusste. So gelang es, die Bundesregierung zu einem kritischen Umgang mit Somozas Regime zu bewegen und dessen Unterstützung zu beenden. Unmittelbar nach der Revolution partizipierten auch Mitglieder der westdeutschen Regierungsparteien am euphorischen Aufbruch. Die Empörung über die USA, die den Kampf der Contras förderten, wies Ähnlichkeiten zur Anti-Vietnamkriegs-Mobilisierung auf, die die emotionalen Bindungen an die Sandinisten stärkten. Über die 1980er-Jahre hinaus blieb die Solidarität mit Nicaragua, trotz aller Enttäuschungen über die weitere Entwicklung der Sandinisten, stark von Emotionen geprägt, die auf persönlichen Erfahrungen und Begegnungen beruhten.

Abstract

The "long 1970s" was a phase which saw the emergence of new emotional regimes. This has in fact already been discussed with regard to the self-techniques of the left-wing alternative milieu as well as to the fear of atomic threat. This article investigates the role emotions played in left-wing milieus with regard to foreign policy and transnational relations. The example of the movement for solidarity with Nicaragua illustrates how this long-term movement beginning in the late 1970s was borne by emotions such as empathy, hope, and anger, which often, however, gave way to disappointment. These emotions were fuelled both by images of victims, heroic fighters, and cruel perpetrators, as well as the acquisition and sharing of "authentic" experiences in Nicaragua and personal encounters with

Latin Americans. In a situation perceived by the left as a crisis, new hopes were kindled by the new start in Nicaragua along with a euphoric and practically-oriented solidarity with the "Third World". This was fed by a resignation over and a need to move past the state of affairs in the West. As the paper shows, this emotionally charged engagement with Nicaragua on the part of civil society groups was indeed able to have an influence on international relations. The West German government could, in this way, be moved to end its support for and take a critical approach towards the Somoza regime. Even representatives of West German governing parties themselves engaged in the euphoric new beginnings that immediately followed the revolution.

Agnes Bresselau von Bressensdorf

Von Flüchtlingen und Freiheitskämpfern

Humanitäre Kommunikation westdeutscher Akteure im Afghanistan-Krieg

Die Bedeutung von Emotionen für die Generierung humanitären Engagements ist in der Forschung unbestritten. Gefühlen, so die gängige Auffassung, kommt eine wichtige Rolle für die Motivation zu, humanitäre Hilfe in weit entfernten Weltregionen zu leisten. So naheliegend dieser Befund auf den ersten Blick sein mag, hat die bisherige Forschung zum weiten Feld des „Humanitarismus" die Frage, wie solche Gefühle konkret erzeugt wurden und inwiefern Emotionalisierungsstrategien von Erfolg gekrönt waren, bislang eher am Rande behandelt.[1] Mit der humanitären Kommunikation der britischen NGOs *War on Want* und *Christian Aid* hat sich jüngst Matthias Kuhnert in seiner Dissertation beschäftigt.[2] Im Zentrum seiner Arbeit steht die Frage, welche Emotionalisierungsstrategien die beiden Hilfsorganisationen anwandten, um Spenden zu generieren, Engagement zu mobilisieren und die eigene Herangehensweise zu legitimieren. Die narrative Vermittlung von Mitleid in der Bundesrepublik hat zudem Florian Hannig am Beispiel des Biafra-Konflikts analysiert.[3]

Auf die kommunikative Bedeutung von Emotionen, die stets bestimmte Wahrnehmungen und Bewertungen vermitteln, hat als einer der prominentesten Theoretiker der Emotionsgeschichte William Reddy mit seiner Analyse emotionaler Sprechakte, der sogenannten *emotives*, hingewiesen.[4] Er geht davon aus, dass die

[1] Zur Geschichte des Humanitarismus vgl. u. a. Michael N. Barnett: The International Humanitarian Order. London/New York 2010; ders.: Empire of Humanity. A History of Humanitarianism. Ithaca 2011; David Kennedy: The Dark Sides of Virtue. Reassessing International Humanitarianism. Princeton 2004; Johannes Paulmann: Conjunctures in the History of International Humanitarian Aid during the Twentieth Century. In: Humanity 4 (2013) 2, S. 215–238; Peter Walker/Daniel G. Maxwell: Shaping the Humanitarian World. Abingdon u. a. 2009; Richard Wilson/Richard D. Brown: Humanitarianism and Suffering. The Mobilization of Empathy. Cambridge/New York 2009; Jan Eckel: Die Ambivalenz des Guten. Menschenrechte in der internationalen Politik seit den 1940ern. Göttingen 2014.

[2] Matthias Kuhnert: Humanitäre Kommunikation. Entwicklung und Emotionen bei britischen NGOs 1945–1990. Berlin/Boston 2017.

[3] Florian Hannig: Mitleid mit Biafranern in Westdeutschland. Eine Historisierung von Empathie. In: WerkstattGeschichte 68 (2015), S. 65–77.

[4] William Reddy: The Navigation of Feeling. A Framework for the History of Emotions. Cambridge u. a. 2001.

https://doi.org/10.1515/9783110680522-017

Artikulation von Gefühlen mehr ist als deren bloße Beschreibung. Vielmehr könne sie sowohl bei demjenigen, der diese kommuniziert, als auch beim Adressaten eine Gefühlsreaktion hervorrufen. Gefühle könnten dabei explizit oder implizit vermittelt werden, ohne dass zwangsläufig Emotionsvokabular verwendet werden müsse. Der Gefühlsausdruck gleiche einer *navigation of feeling*, die durchaus nicht intendierte Rückwirkungen auf die Wahrnehmung des Akteurs selbst haben könne. In jedem Fall gebe Letzterer in seiner Kommunikation mit der Äußerung von Gefühlen einen bestimmten Interpretationsrahmen vor, um Sachverhalte einzuordnen und zu bewerten – unabhängig davon, ob dieser „kommunikative Code"[5] beim Adressaten die erwünschte Wirkung zeitige.

Grundlegende Voraussetzung für eine geschichtswissenschaftliche Analyse von Gefühlen ist, diese als sozial erlernte, vermittelte und wandelbare Größen zu begreifen.[6] Zu prüfen ist demnach auch, an welches soziokulturelle und normative Gefühlswissen die Akteure bei ihrer Arbeit anknüpfen konnten, um gezielt bestimmte Emotionen hervorzurufen, und welche dahinter liegenden Wertvorstellungen und Emotionskulturen sich erkennen lassen.[7] So ist zu vermuten, dass eine Hilfsorganisation, die in der westdeutschen Gesellschaft um Unterstützung bat, versuchte, semantisch an deren (emotionalen) Erfahrungsraum und Wertesystem anzuschließen, weil man sich davon eine Steigerung der Spendenbereitschaft erwartete.[8] Derselbe Spendenaufruf konnte in anderen Weltregionen womöglich wirkungslos verpuffen, weil der „kommunikative Code" dort nicht „griff". Wie auf die Artikulation eines Gefühls reagiert wurde, hing also entscheidend davon ab, vor welchem politischen, gesellschaftlichen und kulturellen Hintergrund es geäußert wurde. Frank Biess hat mit Blick auf die bundesdeutsche Geschichte am Beispiel der Angst dargelegt, dass sich diese von einer Ende der 1950er-Jahre noch weitgehend tabuisierten Emotion im Rahmen des Protest gegen Atomkraft und

[5] Vgl. dazu auch Kuhnert: Kommunikation (wie Anm. 2), S. 14.

[6] Ute Frevert: Was haben Gefühle in der Geschichte zu suchen?. In: GG 35 (2009), S. 183–208, hier: S. 202–205. Grundlegend zur Emotionsgeschichte vgl. auch Jan Plamper: Geschichte und Gefühl. Grundlagen der Emotionsgeschichte. München 2012; Nina Verheyen: Geschichte der Gefühle. In: Docupedia-Zeitgeschichte, 18. 6. 2010, http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.2.320.v1 (letzter Zugriff am 26. 3. 2020); Bettina Hitzer: Emotionsgeschichte – ein Anfang mit Folgen. In: HSoz-Kult, 23. 11. 2011, http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/forum/2011-11-001 (letzter Zugriff am 26. 3. 2020); Daniela Saxer: Mit Gefühl handeln. Ansätze der Emotionsgeschichte. In: Traverse 14 (2007) 2, S. 15–29; Birgit Aschmann: Vom Nutzen und Nachteil der Emotionen in der Geschichte. Eine Einführung. In: dies. (Hg.): Gefühl und Kalkül. Der Einfluss von Emotionen auf die Politik des 19. und 20. Jahrhunderts. München 2005, S. 9–32.

[7] Vgl. Monique Scheer: Are Emotions a Kind of Practice (and Is That What Makes Them Have a History)?. A Bourdieuian Approach to Understanding Emotion. In: H & T 51 (2012), S. 193–220, hier: S. 209–217; Hitzer: Emotionsgeschichte (wie Anm. 6), S. 35–44. Grundlegend dazu: Ute Frevert u. a. (Hg.): Gefühlswissen. Eine lexikalische Spurensuche in der Moderne. Frankfurt a. M. 2011.

[8] Grundlegend zu den Kategorien des „Erfahrungsraums" und „Erwartungshorizonts" vgl. Reinhart Koselleck: „Erfahrungsraum" und „Erwartungshorizont" – zwei historische Kategorien. In: ders.: Vergangene Zukunft. Zur Semantik geschichtlicher Zeiten. Frankfurt a. M. 1989, S. 349–375.

Nachrüstung in den 1970er-Jahren zu einer sagbaren Emotion entwickelt habe.[9] Auch spielen generationelle Erfahrungen eine wichtige Rolle für die Frage, ob und wie Emotionen artikuliert werden beziehungsweise ob und wie auf Gefühlsäußerungen reagiert wird.

Barbara Rosenwein hat zudem darauf aufmerksam gemacht, dass in jeder Gesellschaft stets verschiedene *emotional communities* existieren.[10] Ein Mensch kann demnach Teil mehrerer emotionaler Gemeinschaften sein, deren soziale, kulturelle und emotionale Erfahrungsräume sich überlappen, partiell aber auch widersprechen können. Letzteres ist, wie noch zu zeigen sein wird, von besonderer Bedeutung für die Untersuchung humanitärer Kommunikation, da das Feld humanitärer Hilfe netzwerkartig strukturiert ist. Dieselben Akteure aus Politik und Zivilgesellschaft können demnach als Empfänger, aber auch als Sender humanitärer Kommunikation agieren, je nachdem, in welcher Funktion sie auftreten.

Gerade die 1970er- und 1980er-Jahre stellen einen interessanten Betrachtungszeitraum für eine emotionsgeschichtliche Untersuchung humanitärer Krisen dar, denn zum einen schnellte die Zahl neu gegründeter humanitärer Nichtregierungsorganisationen und zivilgesellschaftlicher Solidaritätsbewegungen weltweit in die Höhe und es kam zu einem regelrechten Wettbewerb um Aufmerksamkeit, Prestige und Ressourcen, zum anderen machten technische Neuerungen und der Siegeszug des Fernsehens eine schnellere, unmittelbarere und scheinbar authentischere Berichterstattung aus weit entfernten Krisenregionen möglich.[11]

Der vorliegende Beitrag untersucht die Rolle von Emotionen in der humanitären Kommunikation westdeutscher Akteure am Beispiel des Afghanistan-Konflikts. Der Fokus liegt hierbei auf den Jahren des „Zweiten Kalten Kriegs" zwischen 1979 und 1983. Im Zentrum steht die Frage, welche Emotionalisierungsstrategien erkennbar waren, um humanitäres Engagement für die in pakistanischen Lagern untergebrachten afghanischen Flüchtlinge zu erzeugen – sei es durch Spenden der Zivilbevölkerung, sei es durch Zuwendungen des Auswärtigen Amtes (AA) oder des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ).

In einem ersten Teil werden kurz die weltpolitischen Rahmenbedingungen und das emotionale Setting westdeutscher Flüchtlingshilfe in Pakistan skizziert, um aufzuzeigen, an welches Gefühlswissen und welche zeitgenössischen Debatten die Akteure anknüpfen konnten, und einen knappen Einblick in den netzwerkartigen

[9] Vgl. Frank Biess: „Jeder hat eine Chance". Die Zivilschutzkampagnen der 1960er Jahre und die Angstgeschichte der Bundesrepublik. In: Bernd Greiner/Christian Th. Müller/Dierk Walter (Hg.): Angst im Kalten Krieg. Hamburg 2009, S. 61–93.

[10] Vgl. Barbara Rosenwein: Emotional Communities in the Early Middle Ages. Ithaca 2006; dies.: Thinking Historically about Medieval Emotions. In: HC 8 (2010) 8, S. 828–842.

[11] Zur Dynamik von Medien und Emotionen vgl. Ute Frevert/Anne Schmidt: Geschichte, Emotionen und die Macht der Bilder. In: dies. (Hg.): Geschichte, Emotionen und visuelle Medien (= GG 37 (2011) 1), S. 5–25; Frank Bösch/Manuel Borutta (Hg.): Die Massen bewegen. Medien und Emotionen in der Moderne. Frankfurt a. M. 2006; Lilie Chouliaraki: The Spectatorship of Suffering. London u. a. 2006.

Charakter dieses Politikfeldes zu geben. Im zweiten Teil richtet sich der Blick auf die Emotionalisierungsstrategien im bundesdeutschen Diskurs, mithilfe derer Empathie und Unterstützung für die Geflüchteten erzeugt werden sollten. Im Rahmen dieses Beitrags können nur narrative Darstellungen exemplarisch untersucht werden, audiovisuelles Material wie Fotografien, Hörfunk- und Fernsehbeiträge – gerade für dieses Themenfeld zweifellos wichtige Quellengattungen – findet leider keine Berücksichtigung. Abschließend wird versucht, auf Basis der gewonnenen Erkenntnisse Anregungen für die weitere Forschung zu geben.

Weltpolitische Rahmenbedingungen und emotionales Setting im „Zweiten Kalten Krieg"

Die dominierende Rahmung des Afghanistan-Konflikts bildete der Kalte Krieg. Als sowjetische Truppen an den Weihnachtstagen des Jahres 1979 die afghanische Grenze überschritten, das Kabuler Regime stürzten und den moskautreuen Babrak Karmal als Ministerpräsidenten und Generalsekretär der Demokratischen Volkspartei Afghanistans (DVPA) installierten, befanden sich die Ost-West-Beziehungen bereits in einer ausgesprochen angespannten Lage, die sich in den folgenden Jahren weiter zuspitzen sollte.[12] So hatte sich seit Mitte der 1970er-Jahre das weltpolitische Klima schrittweise eingetrübt. Debatten um die sowjetische Aufrüstung mit nuklearen Mittelstreckenwaffen und die Frage westlicher Nachrüstung schufen – nicht nur, aber besonders auch in der Bundesrepublik – ein Klima der Angst vor einem neuen (Atom-)Krieg.[13] Diese verschärfte sich mit dem NATO-Doppelbeschluss 1979, der Nichtratifizierung des SALT II-Vertrags durch den amerikanischen Senat, der Verhängung des Kriegsrechts in Polen 1981 und schließlich der Entscheidung der westlichen Allianz 1983, nukleare Mittelstreckenwaffen in Europa zu stationieren. Ihren wohl wirkmächtigsten Ausdruck fand die öffentliche und gesellschaftliche Bedrohungsperzeption im Erstarken der Friedensbewegung(en). Nach der Ära der Entspannungspolitik schien man sich zwischen 1979 und 1983 in einem „Zweiten Kalten Krieg"[14] zu befinden, so die Wahrnehmung vieler Zeitgenossen. Unabhängig davon, wie begründet oder unbegründet diese Bedrohung aus Sicht der heutigen geschichtswissenschaftlichen Forschung sein mag, bleibt festzuhalten, dass das diskursive Umfeld, in dem die

[12] Zur Entwicklung in Afghanistan und den damit verbundenen Debatten in der Bundesrepublik vgl. u. a. Agnes Bresselau von Bressensdorf: Frieden durch Kommunikation. Das System Genscher und die Entspannungspolitik im Zweiten Kalten Krieg, 1979–1982/83. Berlin/Boston 2015, S. 99–195.

[13] Vgl. zum Folgenden u. a. Phlipp Gassert/Tim Geiger/Hermann Wentker (Hg.): Zweiter Kalter Krieg und Friedensbewegung. Der NATO-Doppelbeschluss in deutsch-deutscher und internationaler Perspektive. München 2011.

[14] Zum Begriff des „Zweiten Kalten Kriegs" vgl. Bresselau von Bressensdorf: Frieden (wie Anm. 12), S. 2 f.; Gottfried Niedhart: Der Ost-West-Konflikt. Konfrontation im Kalten Krieg und Stufen der Deeskalation. In: AfS 50 (2010), S. 557–594, hier: S. 588.

bundesdeutschen Akteure Anfang der 1980er-Jahre agierten, hochgradig emotional aufgeladen war. Erkennbar sind die Angst vor der sowjetischen (militärischen) Gefahr, starke antiamerikanische Strömungen in Politik und Gesellschaft sowie das Misstrauen innerhalb der NATO hinsichtlich der Zuverlässigkeit und Solidarität der eigenen Bündnispartner.[15]

Hinzu trat eine zweite emotionale Rahmung: In den 1970er-Jahren hatte sich der internationale Menschenrechtsdiskurs verdichtet[16] – erinnert sei an die Gründung der sogenannten Helsinki-Gruppen in den Ostblockstaaten im Zuge des KSZE-Prozesses,[17] an die Menschenrechtspolitik des US-Präsidenten Jimmy Carter sowie an das Entstehen zahlreicher zivilgesellschaftlicher Gruppen, die gegen Menschenrechtsverletzungen in den Ländern des „Globalen Südens" protestierten und sich für humanitäre Hilfe und entwicklungspolitische Zusammenarbeit engagierten. Für viele Linke in der Bundesrepublik bildete die Ablehnung des Vietnamkriegs und der weltweiten sozialen Ungleichheit sowie die Forderung an die Staaten des „Nordens", ihrer moralischen Verantwortung für die Folgen des Kolonialismus gerecht zu werden, ein einigendes Band. In der Vorstellung einer globalen Gemeinschaft, die nicht zuletzt von der Umweltbewegung propagiert wurde, bündelte sich das gemeinsame Interesse an internationaler Solidarität.[18] Zunehmend musste sich schließlich auch die Bundesregierung mit der Frage auseinandersetzen, wie mit Flüchtlingsströmen in den Krisenherden der „Dritten Welt" umgegangen werden sollte. So war Bonn spätestens seit Ende der 1970er-Jahre mit einer wachsenden Zahl an Geflüchteten konfrontiert, die in Westdeutschland um Asyl nachsuchten. Das wohl bekannteste Beispiel hierfür ist die Krise um die vietnamesischen „Boatpeople".[19] Auch dieses weite Feld von Men-

[15] Zur emotionsgeschichtlichen Forschung zum Thema Angst vgl. u. a. Greiner/Müller/Walter: Angst (wie Anm. 9); Patrick Bormann/Thomas Freiberger/Judith Michel (Hg.): Angst in den internationalen Beziehungen. Göttingen 2010. Vgl. auch den Überblick bei Hitzer: Emotionsgeschichte (wie Anm. 6), S. 16–30.

[16] Vgl. Stefan-Ludwig Hoffmann: Introduction. Genealogies of Human Rights. In: ders. (Hg.): Human Rights in the Twentieth Century. New York 2011, S. 1–26; Samuel Moyn: The Last Utopia. Human Rights in History. Cambridge, MA/London 2010; Jan Eckel: Die Ambivalenz des Guten. Menschenrechte in der internationalen Politik seit den 1940ern. Göttingen 2014.

[17] Zum KSZE-Prozess vgl. u. a. Matthias Peter: Die Bundesrepublik im KSZE-Prozess 1975–1983. Die Umkehrung der Diplomatie. München 2015; ders./Hermann Wentker (Hg.): Die KSZE im Ost-West-Konflikt. Internationale Politik und gesellschaftliche Transformation 1975–1990. München 2012; Yuliya von Saal: KSZE-Prozess und Perestroika in der Sowjetunion. Demokratisierung, Werteumbruch und Auflösung, 1985–1991. München 2014; Sarah Snyder: Human Rights Activism and the End of the Cold War. A Transnational History of the Helsinki Network. Cambridge u. a. 2019.

[18] Vgl. u. a. Agnes Bresselau von Bressensdorf/Elke Seefried: Introduction: West Germany and the Global South in the Cold War Era. In: dies./Christian F. Ostermann (Hg.): West Germany, the Global South and the Cold War (= GYCH 2), Berlin u. a. 2017, S. 7–24; Frank Bösch/Caroline Moine/Stefanie Senger (Hg.): Internationale Solidarität. Globales Engagement in der Bundesrepublik und der DDR. Göttingen 2018.

[19] Vgl. u. a. Frank Bösch: Engagement für Flüchtlinge. Die Aufnahme vietnamesischer „Boat People" in der Bundesrepublik. In: ZF 14 (2017), S. 13–40; Julia Kleinschmidt: Die Aufnahme der

schenrechtsdiskursen, humanitärer Hilfe und Entwicklungszusammenarbeit gehörte also zum Wissens- und Erfahrungsraum der Zeitgenossen, den es im Folgenden zu berücksichtigen gilt.

Bereits in den Jahren vor dem sowjetischen Einmarsch in Kabul waren immer mehr Afghanen vor der Repression des kommunistischen Regimes nach Pakistan geflohen, sodass dort bei Ausbruch des Kriegs bereits etliche (provisorische) Flüchtlingslager existierten. Seit Dezember 1979 stieg die Zahl der Flüchtlinge noch einmal sprunghaft an. Neben internationalen Hilfsorganisationen wie dem *United Nations High Commissioner for Refugees* (UNHCR) oder dem Internationalen Komitee vom Roten Kreuz waren auch diverse westdeutsche NGOs, die sich teils über Spenden, teils über Mittel der Bundesregierung finanzierten, in den Lagern präsent. Zudem bildeten sich in der Bundesrepublik etliche zivilgesellschaftliche Organisationen, die sich auf die Unterstützung afghanischer Flüchtlinge spezialisierten und für humanitäre Hilfe warben.[20]

Wie eingangs bereits dargelegt, können politische und humanitäre Akteure dabei nicht immer trennscharf voneinander unterschieden werden, vielmehr muss von einem ineinander verflochtenen Netzwerk gesprochen werden. Bestes Beispiel hierfür ist die Organisation „HELP. Hilfe zur Selbsthilfe e. V.". Sie war von der Otto-Benecke-Stiftung (OBS) initiiert und durch Abgeordnete aller im Bundestag vertretenen Parteien sowie Persönlichkeiten aus Wissenschaft und Kirchen 1981 gegründet worden. HELP übernahm die Aufgabe, durch öffentlichkeitswirksame Maßnahmen Spenden privater Geldgeber sowie Mittel aus dem Bundeshaushalt zu akquirieren und mit diesen Geldern die Tätigkeit des Bonner „Vereins für Afghanische Flüchtlingshilfe" (VAF)[21] zu unterstützen. Letzterer rekrutierte seine Mitglieder überwiegend aus in Westdeutschland ansässigen Exilafghanen und war durch Personalunion eng mit der Otto-Benecke-Stiftung und HELP verbunden. So war der Generalsekretär der OBS, Wolfgang Beitz, zugleich Vorstandsmitglied von HELP. In den pakistanischen Flüchtlingslagern wurde der VAF unter dem Namen *Union Aid for Afghan Refugees* (UAAR) tätig.[22]

Darüber hinaus unternahmen Mitglieder des Auswärtigen Ausschusses des Deutschen Bundestages regelmäßig Reisen ins Krisengebiet und berichteten an-

ersten „boat people" in die Bundesrepublik. In: DA, 26. 11. 2013, http://www.bpb.de/170611 (letzter Zugriff am 26. 3. 2020); Olaf Beuchling: Die Flucht der vietnamesischen „Boat People" 1975–2000. Ein zeitgeschichtliches Lehrstück?. In: Agnes Bresselau von Bressensdorf (Hg.): Über Grenzen. Migration und Flucht in globaler Perspektive seit 1945. Göttingen 2019, S. 313–330.

[20] Beispiele hierfür sind das „Bonner Afghanistan-Komitee", der „Deutsche Freundeskreis Afghanistan e. V.", das „Komitee zur Unterstützung der politischen Flüchtlinge in Afghanistan e. V." (KUPFA) sowie das „Solidaritätskomitee für das afghanische Volk".

[21] Der „Verein für Afghanische Flüchtlingshilfe e. V." (VAF) wurde 1994 umbenannt in „Verein für Afghanistan-Förderung e. V." (VAF). Vgl. dazu auch VAF (Hg.): Verein für Afghanistan-Förderung e. V., 1979–2001. Bilanz unserer Hilfe. Bonn 2001, S. 3.

[22] Vgl. Gemeinsames Protokoll von VAF und HELP, 26. 6. 1981, Archiv des VAF, Vorstandsprotokolle.

schließend dem Parlament und der Bundesregierung von der Lage vor Ort. Hinzu kamen Medienvertreter, die entweder gemeinsam mit Bundestagsabgeordneten und dem Auswärtigen Amt nach Pakistan reisten oder eigenständig Recherchen unternahmen. Der westdeutsche Diskurs um afghanische Flüchtlinge in Pakistan spielte sich somit auf mehreren, vielfach verflochtenen Ebenen zwischen Politik, Medien und Zivilgesellschaft ab.

Emotionen als kommunikative Codes

Vor diesem Hintergrund soll nun wie eingangs beschrieben danach gefragt werden, welche narrativen Emotionalisierungen im westdeutschen Diskurs erkennbar waren und welche kommunikativen Codes, mithilfe derer Empathie und Unterstützung für die Geflüchteten erzeugt werden sollten, artikuliert wurden. Drei solcher kommunikativen Codes, die teils komplementär wirkten, einander aber auch widersprechen konnten, lassen sich differenzieren.

Der Flüchtling als Opfer

Einer dieser Codes ist die Darstellung des afghanischen Flüchtlings als Opfer. Dieses Narrativ findet sich vor allem in Spendenaufrufen, die Hilfsorganisationen an die Öffentlichkeit oder direkt an die Bundesregierung richteten. So schrieb Wolfgang Beitz, Generalsekretär der Otto-Benecke-Stiftung, am 12. August 1981 einen Brief an Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher, in dem er um ein persönliches Gespräch bat und den rein humanitären Charakter sowie den bisherigen Erfolg seiner Organisation unterstrich.[23] Dem Schreiben beigefügt war eine Auswahl von Spendenaufrufen namhafter Politiker mit dem Zusatz, dass infolge dieser Appelle bereits 6 Millionen DM hätten gesammelt werden können. Beispielhaft für diese, meist gleich oder ähnlich lautenden Aufrufe sei hier derjenige von Heinrich Windelen, Mitglied der CDU und Vizepräsident des Deutschen Bundestages, zitiert: „Am 15. Juli 1981 wurde in Frankfurt/Main die Initiative ‚Deutsche helfen Afghanistan' ins Leben gerufen, um in der Bundesrepublik Deutschland die Hilfe vieler uneigennützig tätiger Organisationen für die afghanischen Flüchtlinge zu erleichtern. Die Initiative ‚Deutsche helfen Afghanistan' will für ca. 2 Millionen Flüchtlinge in Pakistan eine ‚Luftbrücke' einrichten. Damit soll vor allem geholfen werden, für ca. 300 000 Flüchtlingskinder Schulen aufzubauen, Fahrzeuge für den Transport der Hilfsgüter zur Verfügung zu stellen und die medizinische Versorgung der Flüchtlinge zu sichern. Ein Flugzeug mit Versorgungsgütern an Bord ist bereits nach Pakistan unterwegs. Wir Deutschen haben nach dem zweiten [sic!] Weltkrieg selbst das bittere Los von Vertreibung

[23] Internes Schreiben des AA, Abt. 3, an BM Genscher, Humanitäre Hilfe für Afghanistan, hier: Initiative des Generalsekretärs der Otto-Benecke-Stiftung, Beitz, vom 12. 8. 1981, 25. 9. 1981, PAAA, B 45, Bd. 126840.

und Flucht erlebt. Wir können einer der größten Flüchtlingstragödien unserer Zeit in Afghanistan nicht gleichgültig gegenüberstehen. Wir müssen dem afghanischen Volk, das für uns Deutsche stets freundschaftliche Gefühle gehegt hat, in dieser schwierigen Lage durch unsere Unterstützung der Initiative ‚Deutsche helfen Afghanistan' helfen. Bitte tragen Sie durch Ihre Spende dazu bei, das Elend der Flüchtlinge in Afghanistan zu lindern."[24]

Dieser Spendenaufruf zeichnete *erstens* das Bild afghanischer Flüchtlinge als passive, namenlose Opfer, als ein homogenes, schutzbedürftiges Kollektiv – und übernahm damit ein in humanitären Krisen geradezu idealtypisches Narrativ. Im Konzept der Humanität als universell gültige Rahmung wird versucht, mit rhetorischen und visuellen Mitteln ein moralisches Band zu knüpfen zwischen denen, die helfen, und jenen, die Hilfe benötigen.[25] Es impliziert damit nicht nur eine hierarchische Beziehung zwischen gebender und empfangender Seite, sondern enthält – wie unter anderem Johannes Paulmann gezeigt hat – auch einen weiteren Aspekt: Wer *nicht* hilft, stellt sich außerhalb des moralischen und soziokulturellen Wertegefüges, er agiert unmenschlich.[26] Die Darstellung von Leid und die den Leidendenden explizit oder implizit zugeschriebene Unschuld – verstärkt durch den Topos des Flüchtlings*kindes* und des Flüchtlings*elends*[27] – bilden wichtige Instrumente zur Vermittlung von Empathie.[28]

Werden Kinder seit jeher mit Unschuld assoziiert, erlebte die Darstellung des Leidens von Kindern im „Globalen Süden" seit den 1970er-Jahren einen regelrechten Hype.[29] Verstärkt wurde dieser Trend durch Fotografien und Filmaufnahmen aus Krisenregionen, die für sich beanspruchten, die jeweilige humanitäre Notsituation authentisch in die Wohnzimmer der westlichen Welt zu transportieren.[30] Im Fall afghanischer Geflüchteter erlangte das ikonenhafte „Bild des afgha-

[24] Anhang zu: ebd. Im Anhang des Schreibens befinden sich weitere ausgewählte Spendenaufrufe u. a. von Josef Kürten (Oberbürgermeister von Düsseldorf, CDU), Gerhard Stoltenberg (Ministerpräsident von Schleswig-Holstein, CDU) und Bernhard Vogel (Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz, CDU).

[25] Vgl. Johannes Paulmann: Humanity – Humanitarian Reason – Imperial Humanitarianism. European Concepts in Practice. In: Fabian Klose/Miriam Thulin (Hg.): Humanity. A History of European Concepts in Practice from the Sixteenth Century to the Present. Göttingen 2016, S. 287–311, hier: S. 306f.

[26] Ebd., S. 292.

[27] Der Begriff „Elend"/„Flüchtlingselend" findet sich regelmäßig in den Quellen. Vgl. beispielhaft auch Schreiben der deutschen Botschaft in Islamabad, Scheske, an das Auswärtige Amt, Afghanische Flüchtlinge in Pakistan, 17. 10. 1979, PAAA, B 37, Bd. 110680.

[28] Vgl. u. a. Richard A. Wilson/Richard D. Brown: Introduction. In: dies. (Hg.): Humanitarianism (wie Anm. 1), S. 1–28, hier insbes.: S. 18–26.

[29] Vgl. Laura Suski: Children, Suffering, and the Humanitarian Appeal. In: Wilson/Brown (Hg.): Humanitarianism (wie Anm. 1), S. 202–222; Tobias Hof: Die Medien und die Hungerkrisen in Äthiopien in den 1970er und 1980er Jahren. In: Bresselau von Bressensdorf (Hg.): Grenzen (wie Anm. 19), S. 293–312, hier insbes.: S. 303.

[30] Vgl. dazu beispielhaft den Hilfsgüterflug nach Islamabad am 16. 10. 1982, an dem Vertreter des Auswärtigen Amtes, des Deutschen Bundestages, der Presse und HELP teilnahmen: Rundschreiben des Auswärtigen Amtes, Humanitäre Hilfe für afghanische Flüchtlinge in Pakistan, hier: Hilfsgüterflug nach Islamabad am 16. 10. 1982, 12. 10. 1982, PAAA, B 37, Bd. 127039.

nischen Mädchens“ Berühmtheit, das 1985 in einem der pakistanischen Lager vom Fotografen Steve McCurry aufgenommen worden war und es auf die Titelseite der „National Geographic“ geschafft hatte.[31] In der politik- und sozialwissenschaftlichen Forschung wird solches *refugee labeling* seit Jahren kritisiert, wird damit doch die Agency der Geflüchteten, also deren Erfahrungs-, Wahrnehmungs- und Handlungsspielraum, negiert.[32] Für die Akquirierung von Spendengeldern stellte diese Viktimisierung indes einen machtvollen kommunikativen Code dar, der damals auch die Schlagzeilen der bundesdeutschen Medien prägte.

Zweitens stellte der Spendenaufruf Windelens einen direkten Bezug zu Flucht und Vertreibung der Deutschen nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs her. Hier wurde deutlich, wie breit das Spektrum des Empathie-Begriffs sein konnte: Wurde zunächst versucht, Mitleid im paternalistischen Sinne zu erzeugen, appellierte der Aufruf zugleich an die Solidarität der Deutschen, die ein ähnliches Schicksal erlitten hätten. Ergänzt wurde dies durch die nicht zufällig als „Luftbrücke“ bezeichnete Aktion von HELP. Unmissverständlich wurde damit an die Berliner Luftbrücke von 1948 erinnert, als Deutsche ihrerseits existenziell auf Hilfe von außen angewiesen waren und sich mit den „Rosinenbombern“ die Solidarität des Westens ins kollektive Gedächtnis der Westdeutschen einschrieb. Der Begriff „Luftbrücke“ findet sich wiederholt in Schreiben von Wolfgang Beitz an das Auswärtige Amt, in denen er um finanzielle Unterstützung für Hilfsflüge nach Pakistan warb.[33] HELP knüpfte also an den spezifischen emotionalen Erfahrungsraum der westdeutschen Spender an, um Empathie zu erzeugen. Zugleich wird deutlich, dass die von Beitz gewählte Metapher der Luftbrücke in die Spendenaufrufe verschiedener politischer Akteuren übernommen worden war. Letztere vollzogen damit einen Funktionswechsel vom Empfänger zum Sender humanitärer Kommunikation.

Der Appell an die Solidarität der Westdeutschen prägte auch die öffentlichen Äußerungen bundesdeutscher Politiker. Beispielsweise formulierte Außenminister Hans-Dietrich Genscher in der Bundestagsdebatte vom 9. Juni 1982: „Die Staatenwelt bekundet dem afghanischen Volk ihre Solidarität. Zusammen mit seinen Freunden zeigt das deutsche Volk seine Verbundenheit mit dem afghanischen Volk durch seine umfassende humanitäre Hilfe. Als Flüchtlingshilfe und für flüchtlingsbedingte Projekte in Pakistan wurden im Haushaltsjahr 1981 rund 60 Millionen DM zur Verfügung gestellt; hinzu kommt der deutsche Anteil an

[31] Titelbild der National Geographic 167 (1985) 6. Im Jahr 2002 wurde „Das afghanische Mädchen“ als Sharbat Gula identifiziert, vgl. Cathy Newman: 17 Jahre danach. In: National Geographic (2002) 4, https://www.nationalgeographic.de/fotografie/17-jahre-danach (letzter Zugriff am 26. 3. 2020).

[32] Ulrike Krause: Das Label Flüchtling. Homogenisierung und Viktimisierung durch eine globale Labelkonstruktion. In: ZIB 23 (2016) 1, https://zib-online.org/2016/05/19/das-label-fluechtling-homogenisierung-und-viktimisierung-durch-eine-globale-labelkonstruktion/ (letzter Zugriff am 26. 3. 2020).

[33] Vgl. beispielsweise Schreiben von Wolfgang Beitz, Otto-Benecke-Stiftung, an BM Genscher, „HELP – Deutsche helfen Afghanistan“, 10. 7. 1981, PAAA, B 37, Bd. 127039.

einer EG-Soforthilfe in Höhe von rund 28 Millionen US-Dollar. Darüber hinaus haben viele Bürger unseres Staates ihre Solidarität durch ein persönliches Opfer bei einer der Spendenaktionen zugunsten Afghanistans in den letzten zwei Jahren zum Ausdruck gebracht. Ich rufe unsere Bevölkerung auf, aus Anlass des Afghanistantages erneut durch eine Spende einem Volk in Not zu helfen."[34]

Wolfgang Beitz bedankte sich am 14. September 1982 in einem Brief an Genscher für dessen Spendenaufruf anlässlich des ersten Jahrestages der Gründung von HELP. Wie erfolgreich derartige Appelle von Amtsträgern sein konnten, zeigt die dem Schreiben beigefügte Sammlung an Pressematerial. In einer Vielzahl an Zeitungsartikeln wurden die Flüchtlinge als „Opfer der sowjetischen Besetzung Afghanistans", die unter „menschenunwürdigen Bedingungen in pakistanischen Flüchtlingslagern hausen" müssten, dargestellt.[35] Genschers Aufruf sei es im Wesentlichen zu verdanken, so Beitz, dass im Anschluss mehr als 600 000 DM Spenden akquiriert werden konnten.

Zuschreibung von Schuld

In nahezu allen hier untersuchten Appellen zur humanitären Hilfe wurde die Notwendigkeit von Unterstützungsmaßnahmen für die Geflüchteten mit einem entsprechend deutlichen Hinweis auf die Sowjetunion, die als Verursacher des Leidens identifiziert wurde, verbunden. In oftmals schrillen Tönen und drastischen Bildern wurde Moskau als Kriegspartei und Interventionsmacht die alleinige Schuld an den Massenfluchten aus Afghanistan zugeschrieben. In einem Bericht des VAF über die Lage der Flüchtlinge in Pakistan vom 20. September 1980, der dem BMZ vorlag, heißt es: „Seit April 1978 haben ca[.] 1,5 Millionen Afghanen in Pakistan Zuflucht gesucht vor einer erbarmungslosen sowjetischen Kriegsmaschinerie, die von ihrem Land Besitz ergriffen hat, das Volk unterdrückt, ganze Dörfer mit Napalm-Bomben zerstört und so der Bevölkerung nur die Wahl läßt, entweder in ständiger Todesangst zu leben oder ihre Heimat zu verlassen. Die Lage der Flüchtlinge in Pakistan ist nach wie vor katastrophal."[36]

Ähnlich anklagend formulierte Jürgen Todenhöfer, Mitglied der Unionsfraktion, in der Bundestagsdebatte vom 11. März 1982: „Während wir heute im Deutschen Bundestag debattieren, sterben weitere Menschen in Afghanistan durch sowjetische Bombenangriffe, fliehen Frauen, Kinder, ältere Menschen vor dem Terror sowjetischer Bombenangriffe nach Pakistan und Iran. Ich war neun Tage zusammen mit afghanischen Freiheitskämpfern im Landesinnern Afghanistans. Ich werde nie die Flüchtlingsströme vergessen, die uns auf unserem Weg ins Lan-

[34] Hans-Dietrich Genscher. In: Deutscher Bundestag. Protokolle. 9. Wahlperiode, 105. Sitzung, 9. 6. 1982, S. 5445.

[35] Aachener Volkszeitung, 14. 7. 1982. Anhang zu Schreiben von Wolfgang Beitz, HELP, an BM Genscher, Presse-Echo auf Ihren Aufruf zu Spenden für afghanische Flüchtlinge, 14. 9. 1982, PAAA, B 37, Bd. 136776.

[36] Bericht des Vorstandes des VAF über die Lage der Flüchtlinge in Pakistan und Iran, 20. 9. 1980, BArch, B 213/11040, S. 1.

desinnere begegnet sind, darunter Kinder, die uns berichteten, daß sowjetische Soldaten wenige Tage zuvor vor ihren Augen ihre Eltern erschossen hatten. Ich werde nie die ausgebombten, dem Erdboden gleichgemachten afghanischen Dörfer vergessen, die wir in Afghanistan gesehen haben."[37]

Unabhängig davon, dass das erste Zitat aus einem internen Schreiben des VAF an das BMZ stammt und das zweite aus einer Bundestagsrede, die sich nicht zuletzt an die westdeutsche Öffentlichkeit richtete, ist beiden gemein, dass ihre Urheber für sich ein hohes Maß an Authentizität beanspruchten. Sie rekurrierten auf persönliche Besuche beziehungsweise ihre Arbeit in der Krisenregion selbst. Zudem wird in diesen Beispielen, denen sich etliche weitere hinzufügen ließen, interessanterweise nicht zwischen afghanischer (kommunistischer) Regierung und afghanischer Bevölkerung differenziert, sondern Moskau als alleiniger Aggressor gezeichnet, dem das als unschuldig apostrophierte afghanische Volk gegenüberstehe.[38] Eine solche Komplexitätsreduktion, die dem Rezipienten ein einfaches Modell bot, zwischen moralisch „Gut" und „Böse" zu unterscheiden und sich – etwa mittels Spenden – auf die „richtige" Seite zu stellen, ist typisch für humanitäre Krisen, insbesondere wenn diese im Kontext eines (Bürger-)Kriegs entstanden sind.[39]

Auch ist erkennbar, wie erneut an das spezifische Gefühlswissen der Westdeutschen angeknüpft wurde: Vor dem Hintergrund der laufenden Debatten um die sowjetische Hochrüstung und den NATO-Doppelbeschluss, der Hunderttausende Menschen auf die Straße trieb, um für Frieden in Europa zu demonstrieren, kann die plastische Darstellung von Kriegsrealität als gezielte Emotionalisierungsstrategie interpretiert werden, die Solidarität mit den – erneut als unschuldig konnotierten afghanischen „Frauen, Kindern und älteren Menschen" – erzeugen sollte. Solidarität wurde in diesem Fall allerdings nicht mit positiven Erfahrungen wie der Luftbrücke verknüpft, sondern mit der Angst vor der Sowjetunion und ihrem Expansionsdrang, mit der Perhorreszierung des sowjetischen Soldaten, der jede Menschlichkeit verloren zu haben schien und der bei der älteren Generation zudem Erinnerungen an den Zweiten Weltkrieg und die Nachkriegszeit wachrufen konnte.

Die Verknüpfung der afghanischen Flüchtlingssituation und der Auseinandersetzung mit der Friedensbewegung wurde auch in der Sitzung des Deutschen Bundestages am 9. Juni 1982, die sich dezidiert mit Afghanistan, nicht etwa mit Fragen der Nachrüstung befasste, mehrfach artikuliert. Dies zeigt beispielsweise die Äußerung des SPD-Abgeordneten Volker Neumann: „Der Kollege Todenhöfer hat in der Sitzung am 11. März darauf hingewiesen, daß es Parallelen zu dem Krieg in Vietnam gibt. Ich kann das nur unterstreichen. In gleicher Weise sollten sich alle, die gegen den amerikanischen Krieg in Vietnam protestiert haben,

[37] Jürgen Todenhöfer. In: Deutscher Bundestag. Protokolle. 9. Wahlperiode, 91. Sitzung, 11. 3. 1982, S. 5445.

[38] Vgl. beispielsweise Otto Wulff. In: Deutscher Bundestag. Protokolle. 9. Wahlperiode, 105. Sitzung, 9. 6. 1982, S. 6348.

[39] Vgl. dazu auch Hannig: Mitleid (wie Anm. 3), S. 70f.

gegen den sowjetischen Krieg in Afghanistan wenden. […] Ich wäre sehr dankbar, wenn sich auch unsere Jugend mit der Besetzung Afghanistans stärker befassen würde. Der Friedenswille der jungen Menschen – aber nicht nur der jungen Menschen – manifestiert sich gerade in diesen Tagen auf verschiedene Weise. Aber der Protest darf nicht einseitig sein."[40]

Ähnlich argumentierte Jürgen Möllemann (FDP), wenn er forderte: „Ich denke, man kann sich […] dem Dialog mit der Friedensbewegung in der Tat unmöglich stellen, wie wir das ja alle jeden Tag tun müssen, ohne auf die flagranteste Verletzung des Friedensgebotes, die es derzeit akut gibt, durch die Tötung von jetzt mehr als 500 000 und die Vertreibung von zweieinhalb Millionen Menschen hinzuweisen. Und das ist nun einmal Verantwortlichkeit, und zwar allein Verantwortlichkeit der Sowjetunion."[41]

Auch Genscher adressierte die Friedensbewegung in seiner bereits zitierten Rede, in der er zu weiteren Spenden aufgerufen hatte: „Wir treten dort wie anderswo für Freiheit, Selbstbestimmung und Menschenrechte ein. Wir wollen dort wie anderswo den Frieden. Wer in unserem Lande von Frieden spricht, wer für den Frieden eintritt, darf zu dem Krieg in Afghanistan nicht schweigen. Wir müssen immer in dem Bewusstsein handeln: Der Frieden des afghanischen Volkes ist auch unser Frieden!"[42]

Bei der Einordnung und Interpretation des Quellenmaterials muss somit stets der politische Standort des jeweiligen Akteurs berücksichtigt werden. So wird in den Berichten des VAF und anderer humanitärer Hilfsorganisationen kein Bezug zur Debatte um Nachrüstung und Friedensbewegung hergestellt, wohl aber von den bundesdeutschen Politikern, insbesondere denjenigen, die der Friedensbewegung kritisch gegenüberstanden. Die Appelle zugunsten weiterer Hilfsleistungen an die afghanischen Flüchtlinge wurden damit nicht nur instrumentalisiert, um die Sowjetunion für die Krise der Entspannungspolitik verantwortlich zu machen; sie wurden auch dazu genutzt, um Vertreter der Friedensbewegung und der Neuen Linken anzuprangern, sie würden undifferenziert antiamerikanische Positionen beziehen und seien blind gegenüber kommunistischen Menschenrechtsverletzungen und Kriegsgräueln.[43] Schwer zu ermessen bleibt indes, inwiefern die Adressierung von Schuld tatsächlich Auswirkungen auf die Spendenbereitschaft der Deutschen hatte.

Heroisierung

Eine weitere Form der Emotionalisierung, die in den angeführten Zitaten teils bereits angeklungen ist, bildete die Heroisierung der afghanischen Flüchtlinge, also die versuchte Erzeugung von Sympathie oder gar Bewunderung. Hierfür müssen

[40] Volker Neumann. In: Deutscher Bundestag. Protokolle, 9. Wahlperiode, 105. Sitzung, 9. 6. 1982, S. 6350f.
[41] Jürgen Möllemann. In: ebd., S. 6351.
[42] Hans-Dietrich Genscher. In: ebd., S. 5445.
[43] Ähnliches stellte Florian Hannig auch mit Blick auf den Biafra-Konflikt fest, vgl. Hannig: Mitleid (wie Anm. 3), S. 69.

nicht zwingendermaßen konkrete Gefühle benannt werden. Entscheidend ist vielmehr die Zuschreibung von positiven Absichten und Handlungen, während negative Aspekte gezielt ausgeblendet werden.[44] Um zu verstehen, was dies im hier untersuchten Fall bedeutete, ist ein kurzer Blick auf die Situation in den pakistanischen Lagern notwendig.

Diese Camps boten zum einen den dorthin geflohenen Zivilisten, Frauen und Kindern Schutz vor den Kämpfen in ihrer Heimat und eine teils temporäre, teils dauerhafte Bleibe.[45] Zum anderen verbrachten etliche der männlichen Flüchtlinge dort die Wintermonate, bevor sie im Frühjahr – ausgestattet mit Nahrungsmitteln, Medikamenten und Waffen – nach Afghanistan zurückkehrten, um dort ihren Kampf gegen die afghanisch-sowjetischen Regierungstruppen fortzusetzen. Diese Widerstandskämpfer waren im Wesentlichen in sieben rivalisierenden, überwiegend islamistisch ausgerichteten Parteien organisiert, die ihren Hauptsitz in der pakistanischen Stadt Peshawar hatten und die dortigen Flüchtlingslager kontrollierten. Jeder Flüchtling, der dort neu eintraf, musste sich – in Abstimmung mit der pakistanischen Regierung – unter dem Namen einer dieser Parteien registrieren lassen, um humanitäre Hilfsgüter empfangen zu können. Die soziale Binnenstruktur der Camps war daher hochgradig politisiert und militarisiert. Je länger der Krieg andauerte, umso nachhaltiger kam es zudem zu einer Verschmelzung tribaler und religiöser Vorstellungen. Er brachte eine neue Gruppe afghanischer Führungsfiguren hervor, die unter dem Banner des Islam den Kampf gegen die kommunistischen Invasoren propagierten und zum Heiligen Krieg gegen die Sowjetunion aufriefen.

Für die westlichen Regierungen – dies gilt für die der Bundesrepublik ebenso wie für die Großbritanniens, Frankreichs oder der USA – wurden die islamistischen Widerstandsbewegungen in ihrem Streben nach Freiheit von sozialistischer Bevormundung zum gleichsam natürlichen Verbündeten im globalen Kampf gegen den Kommunismus.[46] Nicht zufällig sprach man in Washington und London von afghanischen *freedom fighters* und im Auswärtigen Amt von „Befreiungsbewegungen", die für das Recht des afghanischen Volkes auf freie Selbstbestimmung kämpften. In etlichen öffentlichen Reden und internen Dokumenten verwiesen die politischen Akteure auf den „Freiheitswillen des afghanischen Volkes"[47] und die Notwendigkeit, nicht nur den Flüchtlingen, sondern explizit auch den afgha-

[44] Vgl. dazu auch Kuhnert: Kommunikation (wie Anm. 2), S. 15.

[45] Vgl. zum Folgenden Agnes Bresselau von Bressensdorf: Die unterschätzte Herausforderung. Afghanistan 1979, das Krisenmanagement der NATO-Staaten und der Islam als Faktor der internationalen Beziehungen. In: VfZ 64 (2016), S. 665-699, hier insbes.: S. 693–695; Fiona Terry: Condemned to Repeat?. The Paradox of Humanitarian Action. Ithaca/London 2012, S. 55–82; Rüdiger Schöch: UNHCR and the Afghan Refugees in the Early 1980s. Between Humanitarian Action and Cold War Politics. In: RSQ 27 (2008), S. 45–57.

[46] Vgl. dazu Bresselau von Bressensdorf: Herausforderung (wie Anm. 45), hier: S. 687–697.

[47] Hans-Dietrich Genscher. In: Deutscher Bundestag. Protokolle. 9. Wahlperiode, 91. Sitzung, 11. 3. 1982, S. 5443. Vgl. dazu beispielsweise auch Hans-Dietrich Genscher. In: Deutscher Bundestag. Protokolle. 10. Wahlperiode, 207. Sitzung, 20. 3. 1986, S. 15894.

nischen „Freiheitskämpfern“[48] zu helfen – eine Forderung, für die sich insbesondere auch der Auswärtige Ausschuss des Deutschen Bundestages durch interfraktionelle Anträge wiederholt starkmachte.[49] Ein gutes Beispiel hierfür bildet die Bundestagsdebatte vom 11. März 1982. Darin formulierte Genscher: „Der Freiheitswille, den das afghanische Volk in seiner Geschichte immer wieder bewiesen hat, bleibt nach zweijährigem Kampf gegen die sowjetischen Interventionstruppen und das von der Sowjetunion eingesetzte Regime ungebrochen. Der Widerstand dauert unvermindert an.“[50]

Besonders plastisch appellierte Jürgen Todenhöfer für eine gezielte Unterstützung der „Freiheitskämpfer“ und konnte dabei durch seine wiederholten Reisen in die Krisenregion besondere Authentizität für sich beanspruchen: „[I]ch werde nie die Tapferkeit vergessen, mit der das kleine afghanische Volk mit teilweise mittelalterlichen Waffen gegen die größte Armee der Welt um seine Freiheit kämpft. […] Die sowjetische Armee, die uns mitten im geteilten Deutschland, in der DDR, gegenübersteht, ist dieselbe Armee, die Afghanistan überfallen hat. […] Das gilt nicht nur für Asien, das gilt auch für Europa, wie die Ereignisse in der DDR, in Ungarn, in der Tschechoslowakei und in Polen gezeigt haben. Die Ereignisse in Afghanistan und in Polen lassen sich nicht trennen. Sie sind Ausdruck ein und derselben machtpolitischen Strategie der Sowjetunion. Ich sagte, aus Afghanistan sind über 3 Millionen Menschen vertrieben worden. Ich erinnere mich genauso wie meine Kollegen und viele in diesem Lande noch sehr plastisch an die monatelangen lautstarken Proteste und Demonstrationen der Linken im Zusammenhang mit Vietnam. Ich frage: Wo bleibt heute der Protest derselben Leute gegen den tausendfachen Terror der Sowjetunion in Afghanistan?“[51]

Der Flüchtling, der männliche wohlgemerkt, wurde dadurch unversehens vom Opfer zum Akteur – einem Akteur freilich, der auf westliche Hilfe angewiesen blieb. Das humanitäre Gefälle, also die dem Konzept des Humanitarismus innewohnende Hierarchie zwischen Gebern und Nehmern, blieb somit erhalten. Gleichzeitig fungierte der Begriff der Freiheit unter den Bedingungen des Kalten Kriegs als entscheidender Trigger. Er bildete einen Anknüpfungspunkt an den emotionalen und politischen Erfahrungs- und Wissensraum der westdeutschen Gesellschaft der 1980er-Jahre. Der Hinweis auf die blutig niedergeschlagenen Aufstände in der DDR 1953 und Ungarn 1956, den Prager Frühling 1968 sowie ganz aktuell die Verhängung des Kriegsrechts in Polen im Dezember 1981 verwiesen auf den Mut der dortigen Bevölkerungen, sich gegen die kommunistischen

[48] Vgl. beispielsweise Volker Neumann (SPD). In: Deutscher Bundestag. Protokoll. 9. Wahlperiode, 105. Sitzung, 9. 6. 1982, S. 6350; Jürgen Möllemann. In: ebd., S. 6351.

[49] Vgl. u. a. Jürgen Todenhöfer. In: Deutscher Bundestag. Protokolle. 9. Wahlperiode, 91. Sitzung, 11. 3. 1982, S. 5446; Vermerk des Auswärtigen Amtes, Wegener, Humanitäre Hilfe für afghanische Freiheitskämpfer, hier: Haltung der CDU/CSU-Fraktion, 2. 5. 1984, PAAA, B 37, Bd. 136777.

[50] Hans-Dietrich Genscher. In: Deutscher Bundestag. Protokolle. 9. Wahlperiode, 91. Sitzung, 11. 3. 1982, S. 5443.

[51] Jürgen Todenhöfer. In: Deutscher Bundestag. Protokolle. 9. Wahlperiode, 91. Sitzung, 11. 3. 1982, S. 5445.

Machthaber zu erheben und schürten zugleich die Angst vor erneuter Gewaltanwendung durch Moskau. Dies und der Verweis auf die Proteste gegen den Vietnamkrieg zogen die Verbindungslinie zur aktuellen Auseinandersetzung mit der Friedensbewegung. Ausgeblendet blieb allerdings, dass die als Befreiungsbewegungen titulierten Gruppierungen keineswegs einen westlichen Begriff von Freiheit vertraten, sondern ein dezidiert islamisches beziehungsweise islamistisches Profil hatten, das sich nicht nur gegen das sozialistische, sondern auch gegen das kapitalistische Gesellschaftssystem richten konnte, wie die Geschichte Afghanistans nach 1989 eindrücklich belegt.[52]

Die von Todenhöfer angedeutete Metapher des Kampfs zwischen dem afghanischen „David" und dem sowjetischen „Goliath" fand auch in den Folgejahren immer wieder Verwendung, wie eine Rede des Unionsabgeordneten Hans Stercken vor dem Deutschen Bundestag am 20. März 1986 beispielhaft zeigt: „[W]er sich erinnert, daß seit dem Zweiten Weltkrieg über 33 Millionen Menschen in über 100 Kriegen getötet wurden, für den ist der Freiheitskampf der Afghanen einer unter vielen. Doch wo in aller Welt kämpft nun schon im siebten Jahr David gegen Goliath, sind Gewalttätigkeit und Grausamkeit so übermächtig?"[53]

Schwer zu bewerten bleibt auch hier, ob diese Heroisierungsstrategie in der westdeutschen Gesellschaft tatsächlich verfing oder ob vielleicht das Bild des afghanischen Flüchtlings und seine Viktimisierung letztlich den wirkmächtigeren kommunikativen Code bildeten, um humanitäres Engagement, insbesondere in Form von Spenden, zu erzeugen.

Ausblick

In der westdeutschen humanitären Kommunikation wurden von den politischen und humanitären Akteuren mit Blick auf den Afghanistan-Konflikt drei emotionale Codes adressiert: Erstens war dies der Versuch, durch die Darstellung des afghanischen Flüchtlings als Opfer des kommunistischen Expansionsdrangs Empathie in Form von paternalistischem Mitleid zu erzeugen beziehungsweise an die Solidarität der Bundesbürger zu appellieren. Letzteres erfolgte insbesondere durch gezielte Verweise auf die Erfahrungen der Deutschen mit Flucht und Vertreibung nach dem Zweiten Weltkrieg sowie die Erinnerung an die Berliner Luftbrücke. Zweitens erfolgte eine Zuweisung von Schuld an die Sowjetunion als Aggressor, die mit der Debatte um den NATO-Doppelbeschluss verknüpft wurde und die die Friedensbewegung zu delegitimieren suchte. Drittens schließlich fand eine Heroisierung der Flüchtlinge als Freiheitskämpfer statt. Alle drei Emotionalisierungsstrategien hatten den Kalten Krieg als zentralen Bezugsrahmen und knüpften an zum Teil spezifisch deutsches beziehungsweise westdeutsches Ge-

[52] Vgl. Bresselau von Bressensdorf: Herausforderung (wie Anm. 45), hier: S. 687–697.
[53] Hans Stercken. In: Deutscher Bundestag. Protokolle. 10. Wahlperiode, 207. Sitzung, 20. 3. 1986, S. 15904.

fühlswissen an. Exemplarisch gezeigt werden konnte zudem, dass das Akteursfeld im Bereich des humanitären Engagements netzwerkartig strukturiert war und ist. Akteure konnten verschiedenen *emotional communities* angehören und wechselten mitunter ihre Funktion vom Empfänger zum Sender kommunikativer Codes (und umgekehrt). Beachtet werden muss bei der Analyse daher stets die konkrete Kommunikationssituation.

Welche der genannten kommunikativen Codes letztlich für die Einwerbung von Spendengeldern ausschlaggebend waren oder, allgemeiner gesprochen, zu humanitärem Engagement motivierten, ist nicht zuletzt deshalb schwer zu ermessen, da oftmals mehrere dieser hier analytisch differenzierten Codes gleichzeitig verwendet wurden. Für eine umfassende Untersuchung von Emotionalisierungsstrategien in humanitären Notsituationen seit den 1970er-Jahren ist zweifellos die Einbeziehung von Foto-, Film- und Audiomaterial erforderlich. Für den afghanischen Fall wäre diesbezüglich auch interessant, das Projekt „Gläsernes Afghanistan" aus emotionsgeschichtlicher Perspektive näher zu untersuchen.[54] Zudem könnte eine vergleichende Analyse von Emotionalisierungsstrategien hinsichtlich der humanitären Kommunikation über kriegsbedingte Flüchtlingslager einerseits und entwicklungspolitisch motiviertem Engagement andererseits zu weiterführenden Erkenntnissen beitragen.

Abstract

This paper investigates the meaning of emotions in the humanitarian communications of West German actors, pursuing the example of the Afghanistan Conflict at the height of "Second Cold War" between 1979 and 1983. The thesis presented here is that three emotional codes were employed to generate humanitarian support for the Afghan refugees in Pakistani camps – whether through donations on the part of civil society or through contributions by the state: Actors, first, attempted to evoke empathy in the form of paternalistic sympathy by depicting the Afghan refugees as victims of communist expansionism and by calling for West German solidarity. Secondly, blame was directed at the Soviet Union as the aggressor. This was tied in with the debate over the NATO Dual-Track Decision, with the goal of delegitimizing the peace movement. The heroization of refugees as freedom fighters constituted the third such code. All three emotionalization strategies had the Cold War as their central frame of reference and were connected to specific (West) German emotional knowledge.

[54] Das 1986 erstmals umgesetzte Projekt „Gläsernes Afghanistan" des VAF/UAAR, das von Jürgen Todenhöfer und Gerhard Löwenthal (ZDF) unterstützt wurde, setzte sich die Ausbildung afghanischer Kameramänner zum Ziel. Ausgestattet mit hochwertigem Equipment, sollten diese authentisches Material aus der Krisenregion liefern, um „die Weltöffentlichkeit über die Ereignisse besser zu informieren". Vgl. VAF (Hg.): Verein (wie Anm. 21), S. 17f.

Humanität jenseits des Kalten Kriegs?

Laurence Badel

Die Niederschlagung der Proteste auf dem Pekinger Tian'anmen-Platz 1989 und die Subjektivität der Diplomaten

Ein Plädoyer für die Berücksichtigung von Emotionen in der Geschichte der internationalen Beziehungen

Emotionen und internationale Beziehungen werden in der Geschichtswissenschaft selten zusammengedacht.[1] Besonders spürbar ist das – und hierauf werden sich die einleitenden Bemerkungen konzentrieren – in Frankreich, dem Land, das als die Wiege der Geschichte der internationalen Beziehungen gilt. Der Schlüsselbegriff, dessen erster Gebrauch Pierre Renouvin zugeschrieben wird, lautet in diesem Zusammenhang „tiefe Kräfte", *forces profondes*. Renouvin begann ihn 1934 zu verwenden, und zwar in einem historiografischen Kontext, der sehr stark durch die entstehende Schule der *Annales* geprägt war. Die Genese des Begriffs *forces profondes* wurde bisweilen auf die persönliche Auseinandersetzung Renouvins mit den *Annales* reduziert. Damit sollte der von ihm vollzogene „Bruch" betont werden, um zugleich die Modernität seines eigenen Ansatzes ins rechte Licht zu rücken. Aus dem Blickfeld geraten dabei aber die innovativen Formen einer erneuerten Diplomatiegeschichte, die sich in eine lange europäische Historiografie-Tradition einschreibt. Als *histoire des traités* war sie ein Zweig des internationalen Rechts und Bestandteil der Ausbildung der diplomatischen Eliten.[2] Diese Diplomatiegeschichte wurde in Frankreich maßgeblich von Renouvins Kollegen und Nachfolger Jean-Baptiste Duroselle vertreten. In ihr spielten Emotionen zumindest indirekt eine Rolle – zwar nicht als strukturierende Kräfte der internationalen Beziehungen, aber doch als Variablen, die Einfluss auf die Entscheidung des Staatsmannes haben.

Pierre Renouvin selbst rechnete die Emotionen allerdings nicht zu den *forces profondes*. In seinem methodologischen Werk „Introduction à l'histoire des rela-

[1] Der vorliegende Beitrag wurde von Catherine Gicquel-Bourlet, der ein ganz herzlicher Dank gebührt, aus dem Französischen ins Deutsche übersetzt. Darüber hinaus sei Andreas Wirsching für die kritische Durchsicht des Manuskripts gedankt.

[2] Laurence Badel: Histoire et relations internationales. La construction d'une discipline académique au défi du XXe siècle. In: dies. (Hg.): Histoire et relations internationales. Pierre Renouvin, Jean-Baptiste Duroselle et la naissance d'une discipline académique. Paris 2020, S. 3–42.

https://doi.org/10.1515/9783110680522-018

tions internationales", das er 1964 zusammen mit Duroselle verfasste, listete er die *forces profondes* auf. Dabei verwendete er den Begriff der „Psychologie", bezog ihn aber nicht auf das Individuum, sondern auf ein Kollektiv, nämlich auf die „öffentliche Meinung", die er in Kontinuität zu Gustave Le Bons „Psychologie der Massen" begriff.[3] Wenn die „öffentliche Meinung" von einem „Gefühl" durchdrungen wurde, so hatte dies seiner Ansicht nach nichts mit Affektivität zu tun und noch viel weniger mit Sinneswahrnehmungen. Vielmehr stellte er auf den Bereich der Intellektualität in dem Sinne ab: Eine Gruppe entwickele eine spezifische Denkweise, die wiederum eine ideologische Dimension besitze. Im Hinblick auf solche geistigen Kräfte konzentrierte sich Renouvin auf das „Nationalgefühl" und das „pazifistische Gefühl".

In Renouvins Büchern gibt es nur sehr wenige Beispiele für die Berücksichtigung des emotionalen Faktors. Das vielleicht auffälligste Beispiel entwickelte er in einem seiner letzten Bücher: „L'armistice de Rethondes" (1968). Eine allgemeine Kulturgeschichte der Emotionen lehnte er darin ab und beschäftigt sich stattdessen mit Emotionen als Faktoren der Entscheidung. Renouvin suchte damit Ludendorffs psychologische Fehler vom 28. und 29. September 1918 zu erklären, als er dem Reichskanzler die deutsche Niederlage eingestand und ihn aufforderte, bei US-Präsident Wilson um einen Waffenstillstand nachzusuchen.[4] Warum aber subsumierte Renouvin die im eigentlichen Sinne emotionale Dimension der psychologischen Faktoren nicht unter die *forces profondes*? Möglicherweise liegt die Erklärung in seiner eigenen Biografie – und Renouvin lehnte als Kriegsveteran den Faktor Emotionen ab, weil dieser der „Nichtkommunizierbarkeit extremer Erfahrungen" unterlag.[5]

Duroselle dagegen wies den Emotionen einen wichtigen Platz zu. Berühmt ist das neunte Kapitel seiner „Introduction à l'histoire des relations internationales", das der Persönlichkeit des „Staatsmannes" gewidmet ist, einem Schlüsselbegriff der Diplomatiegeschichte seit Leopold von Ranke, John R. Seeley und Albert Sorel. Duroselles Ansatz zielt darauf ab, die Wechselwirkungen zwischen dem „Temperament" des Staatsmannes und seinen Entscheidungen zu bewerten. Dieser Ansatz war multidisziplinär. Für seine Methodik verwendete Duroselle alles, was in dieser Zeit über Psychophysiologie,[6] Psychologie und Charakterologie geschrieben wurde. Insbesondere in der Anwendung der Charakterologie, die in ihren Ursprüngen auf Aristoteles und Hippokrates zurückgeht und die eine lange Entwicklung durchlaufen hatte, zeigt sich, dass Duroselles Ansatz noch stark von den universalistischen Überzeugungen des 19. Jahrhunderts geprägt war.

[3] Vgl. Gustave Le Bon: Psychologie des foules. Paris 1895.

[4] Pierre Renouvin: L'armistice de Rethondes. Paris 1968, S. 82–85, S. 97f.

[5] Benjamin Gilles: L'expérience de la guerre dans ses interstices. Pierre Renouvin et la création du fichier „Psychologie du combattant". In: Matériaux pour l'histoire de notre temps (2010) 100, S. 14–20.

[6] Harold Lasswell: Psychopathology and Politics. Chicago 1930; Jean Delay: La psycho-physiologie humaine. Paris 1945.

In der Tradition des Positivismus stehend, beabsichtigte er, die Staatsmänner zu klassifizieren und damit zu einer wissenschaftlich fundierten Typisierung zu gelangen. Besonders interessierte ihn dabei die charakterologische Einteilung. Hierbei griff er vor allem auf die Schriften des Philosophen René Le Senne und des von diesem beeinflussten Gaston Berger zurück.[7] Auf dieser Basis unterschied Duroselle zwischen „angeborenem Charakter" und „Persönlichkeit".[8] Letztere sei über die vererbten Eigenschaften hinaus geprägt durch Erfahrung und erworbenes Wissen und sei für den Historiker von vorrangigem Interesse. Zu den Merkmalen, die es ermöglichen, eine Taxonomie von Individuen zu erstellen, gehörte bei Duroselle die „Emotionalität" (émotivité).[9] Die Persönlichkeit des verantwortlichen Politikers, die sich ihrerseits in Abhängigkeit von der jeweiligen Situation entwickeln konnte, zu analysieren, war für ihn von vorrangiger Bedeutung.

Dies führte Duroselle dazu, eine Typologie der Staatsmänner der jüngsten Geschichte zu erstellen. Innerhalb seines theoretischen Rahmens bewertete er ihre Fähigkeit, „Emotionen zu beherrschen".[10] Allerdings konkretisierte er diese Überlegungen nicht. In seinen Büchern verwendete er das Konzept nur sehr selten. Und in seiner 1988 erschienen Biografie über Clemenceau kommt es praktisch nicht vor. Faktisch entwickelte Duroselle einen institutionellen Ansatz für die Analyse von Entscheidungsprozessen, der sich auf die Interaktionen des Entscheidungsträgers mit seinem persönlichen und administrativen Umfeld konzentriert.

Die folgende Fallstudie stellt sich einerseits in die Tradition Duroselles, indem sie die Funktionsweise der „diplomatischen Maschine" in den Blick nimmt; andererseits geht sie darüber hinaus, um die Rolle der Emotionen in der Wahrnehmung und in den *unspoken assumptions*[11] der politischen Entscheidungsträger während einer internationalen Krise zu untersuchen. Dabei wird davon ausgegangen, dass Herkunft, Bildung, soziale Netzwerke und die frühen Erfahrungen der Einzelnen einen Einfluss auf ihre Wahrnehmungen und Interpretationen der internationalen Ereignisse haben. Dies gilt auch für die im Folgenden untersuchte Krise, die durch die Geschehnisse auf dem Pekinger Platz des Himmlischen Friedens (Tian'anmen-Platz) im Frühjahr 1989 ausgelöst wurde.

Aufgrund der Gleichzeitigkeit von europäischen und asiatischen Aufstandsbewegungen im Jahr 1989 bilden die Ereignisse vom Tian'anmen-Platz ein interessantes globalgeschichtliches Forschungsobjekt. Ein Individuum, Michail Gorbatschow, als Mittler zwischen Europa und Asien, spielte auf europäischer Seite eine Schlüsselrolle. Auf chinesischer Seite verkörperte mit Zhao Ziyang, der auf dem

[7] René Le Senne: Traité de caractérologie. Paris 1946; Gaston Berger: Caractère et personnalité. Paris 1954.

[8] Pierre Renouvin/Jean-Baptiste Duroselle: Introduction à l'histoire des relations internationales. Paris 1964, S. 286.

[9] Ebd., S. 291.

[10] Ebd., S. 308. Zum ersten Typ gehörten, die „émotifs, actifs, secondaires (ou passionnés): Richelieu, Napoléon et Hitler" (ebd., S. 291).

[11] James Joll: 1914 – The Unspoken Assumptions. An Inaugural Lecture Delivered 25 April 1968 (The London School of Economics and Political Science). London 1968.

Tian'anmen-Platz Tränen vergoss, ein anderes Individuum das Schwanken des chinesischen Regimes. Der Blick auf die Emotionen, die diese Krise im Frühjahr 1989 weltweit hervorrief, erlaubt es, die Reichweite und die Grenzen der Transnationalisierung von Gefühlen am Ende des Kalten Kriegs aufzuzeigen.

Vor diesem Hintergrund entstand in Frankreich eine besondere Form der *emotional community*, die überdies durch den Verweis auf die Revolution von 1789 unterlegt war. Des Weiteren wird die These aufgestellt, dass der Ausdruck von Emotionen den Reifegrad der jeweiligen nationalen Öffentlichkeit in Europa und darüber hinaus widerspiegelt, und zugleich deren Fähigkeit, sich der eigenen Geschichte zu stellen. Abschließend soll gezeigt werden, dass die Intensität der in den EG-Staaten zum Ausdruck gebrachten Emotionen die Verabschiedung von Wirtschaftssanktionen begünstigte, dabei aber die bisherige China-Politik Frankreichs und der EG nicht grundsätzlich infrage gestellt wurde.

Information, Schutz und humanitäres Eingreifen: Diplomatie in Krisenzeiten

Um die Bedingungen zu begreifen, unter denen sich der französische Diskurs über die Ereignisse am Tian'anmen-Platz entwickelte, und dessen emotionale Dimension zu analysieren, muss man wissen, dass die französische Botschaft in Peking, wie immer bei schweren politischen Krisen, ihre Tätigkeit auf zwei klassische Aufgaben konzentrierte: die Aufrechterhaltung ihrer Informationskanäle zur Außenwelt und der Schutz von französischen Staatsangehörigen. Zudem musste sie auf eine relativ neue Lage reagieren. Diese ergab sich dadurch, dass die Vereinigung *Médecins sans Frontières* (MSF; „Ärzte ohne Grenzen") – die „Einzigen, die etwas versuchten",[12] wie der Vorsitzender der NGO, Rony Brauman, bei der Vollversammlung seiner Organisation am 4. und 5. November 1989 erklärte – auf chinesischem Boden aktiv wurde. Wie im Weiteren noch näher ausgeführt werden soll, kam dieses Eingreifen nicht ohne Schwierigkeiten zustande. Der Fall zeigt, dass NGOs in Krisenzeiten eine wesentliche Rolle spielten (und spielen) – nicht nur bei der Hilfe für Notleidende, sondern auch bei der Sammlung von Informationen.

Im Frühjahr 1989 konnte sich die französische Regierung auf eine gut funktionierende Botschaft in Peking verlassen. Die dortigen Diplomaten sprachen Chinesisch oder eine andere asiatische Sprache und die meisten von ihnen hatten am *Institut national des langues et civilisations orientales* (INALCO) studiert. Botschafter Charles Malo verfügte über große China-Erfahrung. Den größten Teil seiner Karriere hatte er im Fernen Osten absolviert: 1970 war er Erster Sekretär an der Vertretung in Peking geworden und bekleidete von 1982 bis 1986 ein erstes

[12] Rapport moral 1988–1989, der Vollversammlung vom 4. und 5. November 1989 vorgelegt von Dr. Rony Brauman, S. 12.

Mal das Amt des französischen Botschafters in China.[13] Im Januar 1989, einige Monate vor Beginn der Proteste, wurde Malo ein zweites Mal als Botschafter nach Peking entsandt. Schon vor den Ereignissen am Tian'anmen-Platz wies er in seinen Depeschen auf Unruhen in der chinesischen Gesellschaft hin. Als Gründe hierfür identifizierte er die massenhafte Zuwanderung der ländlichen Bevölkerung aus den Provinzen Hunan, Sichuan, Henan und Guanxi in die Städte und die aufstrebenden Küstenregionen sowie den Anstieg der Arbeitslosigkeit, der insbesondere Abiturienten und Arbeiter traf.[14] In seinen Berichten schilderte er die aufkommenden Forderungen nach Demokratisierung und den lauter werdenden Ruf nach politischen Reformen.[15] Zur Zeit der Krise im Frühjahr 1989 funktionierte die Kommunikation zwischen der Botschaft und der Asien-Abteilung des französischen Außenministeriums recht gut. Deren Leiter, der Sinologe Claude Martin, kannte die Botschaft, an der er von 1978 bis 1984 als Botschaftsrat tätig gewesen war, aus eigener Erfahrung und hatte in seiner Zeit in Peking die Öffnung Chinas miterlebt.

Der Tod von Hu Yaobangs, Veteran des „Langen Marschs" und rechte Hand Dengs, der (bis zu seiner Entmachtung wegen „ideologischer Nachlässigkeit") von 1981 bis 1987 Generalsekretär der Kommunistischen Partei Chinas gewesen war, am 15 April 1989 wirkte nach den Worten Charles Malos „als Katalysator des anschwellenden demokratischen Protests"[16]. Der Botschafter verfolgte die Ereignisse an der Universität Peking sowie die Versammlungen der Studierenden auf dem Tien'anmen-Platz, „wo üblicherweise der verstorbenen Würdenträger des Regimes gedacht wird",[17] genau. In der Nacht vom 21. auf den 22. April 1989, in der sich 200 000 Menschen auf dem Platz versammelten, erlebte die Protestbewegung einen ersten Höhepunkt.[18] Auch in Shanghai wuchs die Zahl der Demonstranten. Am 22. April, dem Tag nach dem Begräbnis Hus, kam es in Xi'an (Shaanxi) und Changsha (Hunan) zu gewalttätigen Aufständen.

Die Demonstrationen kamen der chinesischen Regierung auch zeitlich sehr ungelegen: Zum einen stand der 70. Jahrestag der „Bewegung vom 4. Mai 1919" bevor, der daran erinnerte, dass schon einmal Studenten am Pekinger Tian'anmen-Platz demonstriert hatten. Zum anderen besuchte Michail Gorbatschow die Volksrepublik – ein Ereignis, das die schlechten Beziehungen zwischen den bei-

[13] 5. Gespräch mit Charles Malo (2/2), AMEAE (LC), Archives orales, AO 57.

[14] Note du 9 mars 1989, Evolution de l'emploi en Chine, de Charles Malo, Ambassadeur de France en République populaire de Chine à la direction Asie-Océanie, AMEAE (LC), 2883 TOPO/3772, Chine 1987–1991.

[15] Télégramme de Charles Malo du 10 mars 1989, AMEAE (LC), 2883 TOPO/3772, Chine 1987–1991.

[16] Sous-chemise: obsèques de Hu Yaobang, mouvement étudiant, avril 1989, télégramme du 17 avril reçu le 17 avril à 9 h 41 de Charles Malo, AMEAE (LC), 2883 TOPO/3772.

[17] Télégramme du 18 avril reçu le 17 avril à 11 h 42 de Charles Malo, AMEAE (LC), 2883 TOPO/3772.

[18] Télégramme du 24 avril reçu le 24 avril à 8 h 42 de Charles Malo, AMEAE (LC), 2883 TOPO/3772.

den großen kommunistischen Staaten verbessern und ihre Versöhnung besiegeln sollte. Damit der sowjetische Staatschef den Demonstranten nicht begegnete, änderte die chinesische Regierung eigens das offizielle Programm des Besuchs.

Nach dem Besuch Gorbatschows kam es innerhalb der chinesischen Führung zwischen Zhao Ziyang, dem ehemaligen Regierungschef und späteren Vorsitzende der Kommunistischen Partei Chinas (KPC), und Li Peng, seinem Nachfolger als Regierungschef, zu einer Kontroverse über den Umgang mit den Protesten. Letzterer obsiegte und setzte in der Nacht vom 19. auf den 20. Mai 1989 schließlich das Kriegsrecht in Kraft.

Interessant erscheint die Frage, wie die Informations- und Kommunikationsnetzwerke zwischen China und Frankreich während der Krise funktionierten. Konkurrierten oder ergänzten sich die Netzwerke der Botschaft und die der Presse? Aufgrund der persönlichen Beziehungen überwog die Komplementarität: Anfang der 1980er-Jahre hatte Claude Martin den China-Korrespondenten der AFP, Francis Deron, kennengelernt.[19] Deron war 1989 in Peking und berichtete täglich für „Le Monde" über die Ereignisse und veröffentlichte noch im November desselben Jahres sein Buch „Cinquante jours à Pékin".[20] Ein Vergleich seiner Artikel mit den Depeschen der Botschaft macht deutlich, dass Francis Deron umfassend informiert war. Der Botschaft war dies von großem Nutzen, da sie mit der Verhängung des Kriegsrechts am 20. Mai 1989 kaum mehr auf ihre bisherigen chinesischen Informationsquellen zurückgreifen konnte. Dieser Verlust war umso schmerzlicher, hatte doch der Aufbau eines eigenen Informationsnetzes die französischen Diplomaten in den Jahren zuvor viel Mühe und Arbeit gekostet. Infolge der Niederschlagung der Proteste am Tian'anmen-Platz wurden die Beziehungen der Botschaft zu chinesischen Journalisten nun aber fast unmöglich. Anfang August stellte man in der französischen Vertretung fest, dass die „Worthülsen bei den üblichen chinesischen Gesprächspartnern wieder auftauchen", das Ausweichen und das Schweigen. „Uns blieb überlassen, dieses oder jenes Schweigen, Lächeln, diesen oder jenen Seufzer, diese oder jene Unterlassung zu deuten."[21] Aufgrund dieses Informationsdefizits wandte sich die Botschaft anderen Quellen zu – etwa den Nichtregierungsorganisationen (NGOs). Jacques Varet, wissenschaftlicher Rat der Botschaft, schätzte in seinem Bericht vom 1. Juni 1989 die Zahl der ausländischen, nicht französischen NGOs auf neun und die der französischen auf fünf.[22] Sie konnten nach Ansicht des Diplomaten eine Schlüsselfunktion einneh-

[19] Claude Martin: La diplomatie n'est pas un dîner de gala. La Tour d'Aigues 2018, S. 340.

[20] Francis Deron: Cinquante jours à Pékin. Chronique d'une révolution assassinée, 15 avril–3 juin 1989. Paris 1989. Vgl. auch die Rezension von Claude Roy in „Le Monde" vom 24. 11. 1989.

[21] Dossier politique intérieure, généralités, télégramme de Pékin du 9 août 1989, CADN, 513 PO 2004038.

[22] Note de Jacques Varet, conseiller scientifique de l'ambassade de France en Chine du 1er juin 1989, „Le sous-développement en Chine. Un champ d'action pour les organisations non-gouvernementales", CADN, 513 PO 2004038, 43, ONG-Droits de l'homme. Als nicht französische ausländische NGOs in China wurden genannt: Welthungerhilfe (Bundesrepublik Deutsch-

men: „Zu dieser Zeit, in der sich die offiziellen Institutionen zurückziehen, wird deutlich, dass die Vorgehensweise der NGOs einen interessanten Ersatz darstellen kann. Die NGOs können natürlich zur Entwicklungshilfe beitragen, aber auch der sich – trotz der Repression – entwickelnden chinesischen Demokratiebewegung den Rücken stärken, ihr Einfluss beschränkt sich selbstverständlich nicht auf die Städte".[23]

Die französische Diplomatie musste die humanitären Initiativen, die sofort nach der gewaltsamen Auflösung der Proteste unter dem Eindruck verschiedener Emotionen ergriffen worden waren, in geordnete Bahnen lenken. China hatte nach der Niederschlagung der Demonstrationen jegliches Eingreifen auf seinem Boden verboten. Die Angebote des Internationalen Komitees des Roten Kreuzes und des UNHCR waren abgelehnt worden. Trotzdem beschloss *Médecins sans Frontières*, auf chinesischem Boden aktiv zu werden. Als Gründe dafür führte sowohl die französische Botschaft als auch die NGO selbst die durch die Niederschlagung der Proteste hervorgerufenen Emotionen an. MSF-Vorsitzender Rony Brauman erklärte im Rückblick: „Kurz, Chaos und Entsetzen auf der einen Seite, Erschütterung auf der anderen, da abgesehen von den offiziellen Reaktionen keinerlei Initiative ergriffen wurde, keinerlei konkrete Handlung unternommen wurde", habe man sich entschlossen einzugreifen.[24]

Médecins sans Frontières war 1971 auf Initiative von vier Ärzten des Französischen Roten Kreuzes, die in Biafra[25] tätig waren, gegründet worden. Indem der Verein die öffentliche Meinung sensibilisierte, ebnete er in der Folge vielerorts den Weg für ein von den Behörden geleitetes humanitäres Eingreifen. Für die NGO hatte zunächst die Öffentlichkeitsarbeit Vorrang vor der medizinischen Aktion. Dabei ging es ihr darum, die eigene „medizinische Glaubwürdigkeit" herauszustellen und Wirksamkeit vor Ort zu steigern. Entsprechende Kampagnen konnten der Umsetzung der humanitären Ziele zuträglich sein, sie konnten aber auch mit der Aufgabe der politischen Neutralität einhergehen. Die Krise in China 1989 spiegelt die Zerrissenheit zwischen zwei Logiken wider: der Logik der Medienwirksamkeit einerseits und dem Bestreben, der lokalen Bevölkerung zu helfen, andererseits.

Médecins sans Frontières fasste den Entschluss zugunsten eines Eingreifens am Morgen des 6. Juni auf Initiative des Magazins „Le Nouvel Observateur", das eine humanitäre Intervention unterstützte. Das Chinesische Rote Kreuz, ganz auf der

land), *Novib* (Niederlande), *Oxfam* (Großbritannien), Caritas (Bundesrepublik Deutschland), *Conseil mondial des églises* (Ökumenischer Rat der Kirchen), *Adventist Development Relief Group*, *CARE Food for the Hungry International* (Japan) und die *Ford Foundation* (USA); als französische NGOs wurden aufgeführt: *Comité catholique contre la faim et pour le développement*, *Médecins sans Frontières*, *Frères des hommes*, *Santé Sud* und *Médecins du Monde*.

[23] Ebd.

[24] Rapport moral 1988–1989 (wie Anm. 12), S. 12.

[25] Marie-Luce Desgrandchamps: Revenir sur le mythe fondateur de Médecins sans frontières. Les relations entre les médecins français et le CICR pendant la guerre du Biafra (1967–1990). In: Relations internationales (2011) 146, S. 95–108.

Linie der Pekinger Staatsführung, wies jegliche auswärtige Hilfe zurück. Aber auch innerhalb von „Ärzte ohne Grenzen“ gab es Vorbehalte: Der Verwaltungsrat kritisierte Rony Brauman Ende Juni 1989 scharf, insbesondere wegen der Kooperation mit der Presse, die die Aktion „in eine Riesenmaschine“ verwandelt habe, „die anscheinend niemand imstande war aufzuhalten“.[26] Brauman wies auf die Zeitspanne zwischen der Entscheidung (6. Juni) und dem Abheben des Flugzeugs „L'Avion de la Vie“ (10. Juni) sowie den unterschiedlichen Informationsstand hin. Die Entscheidung sei gefasst worden angesichts „falscher Nachrichten, die über erhebliche Spannungen innerhalb der chinesischen Armee und der chinesischen Regierung berichteten, und die China auf dem Weg ins totale Chaos und in den Bürgerkrieg“ dargestellt hätten.[27] Bei Abflug habe sich die Lage normalisiert gehabt. Zwischen dem 10. Juni und dem 14. Juni ging man bei MSF davon aus, dass eine Verteilung von Arzneimitteln jenseits der offiziellen Kanäle möglich sein werde. Das Protokoll des MSF-Verwaltungsratssitzung hielt fest: Ein „deutscher Arzt (der Eigentümer der einzigen Privatklinik in Peking) [fühle] sich in der Lage, die Arzneien zu verteilen, ohne auf die offiziellen Kanäle zurückzugreifen“.[28]

Eine Depesche der französischen Botschaft in Peking vom 15. Juni enthielt Informationen über die Klinik und darüber, dass „‚Médecins sans Frontières‘ Kontakt zu Dr. Jaschke aufgenommen hat, mit dem Ziel, eine Kooperation aufzubauen“[29]. Diese deutsch-chinesische Polyklinik, die als nicht kommerzielles Privatunternehmen fungierte, war kurz zuvor von Manfred Jaschke, der mit einer Chinesin verheiratet war, und dem Allgemeinmediziner Gerd Ackermann gegründet worden. Fünf chinesische Ärzte waren dort angestellt. Sie war mit deutschen Geräten ausgerüstet und wurde von der chinesischen Akademie für traditionelle Medizin unterstützt.

Ein Sonderflug der *British Airways* im Auftrag von MSF brachte dem französischen Generalkonsulat in Hongkong[30] schließlich am 11. Juni 1989 24 Tonnen Arzneimittel sowie kleineres chirurgisches Material. Der *Quai d'Orsay*, der von Anfang an über das Vorhaben informiert war, hatte *Médecins sans Frontières* „vor den Schwierigkeiten, die ein solches Projekt mit sich bringt, insbesondere vor derjenigen, die gelieferten Güter nach Peking weiterzubefördern“, gewarnt.[31] Nun sah sich das Konsulat vor vollendete Tatsachen gestellt. „Es ist zu befürchten, dass der mediale Aspekt der Aktion und ihre mangelnde Professionalität kontraproduktiv sein können. Die einzige Möglichkeit, ihr zum Erfolg zu verhelfen, beruht

[26] Médecins sans Frontières: Procès-verbal du conseil d'administration du 30 juin 1989, S. 11.
[27] Ebd.
[28] Ebd.
[29] Dépêche du service scientifique de l'ambassade du 15 juin 1989 de Charles Malo à la DGRC-SCT, signée Jaques Varet, conseiller scientifique, AMEAE (LC), 2883 TOPO/3809, Politique extérieure, Relations avec les pays tiers Q à S, sous-dossier RFA.
[30] Télégramme du 10 juin 1989 de Hong-Kong, AMEAE (LC), 2883 TOPO/3774, Chine 1987–1991.
[31] Télégramme du cabinet de Roland Dumas du 10 juin 1989, AMEAE (LC), 2883 TOPO/3774, Chine 1987–1991.

wieder einmal auf absoluter Diskretion und auf chinesischen Mittelsmännern", schrieben die französischen Diplomaten aus Hongkong nach Paris.[32] Mitarbeiter des Konsulats trafen sich informell mit den zehn Mitgliedern der NGO und den elf Journalisten, die die Güter begleitet hatten, um sie über die „Schwierigkeiten, denen sie begegnen" würden, zu informieren. Das Konsulat sicherte MSF Unterstützung gegenüber den Hongkonger Behörden zu, bat aber darum, „Diskretion zu wahren".[33] Zugleich machten die Mitarbeiter des Konsulats gegenüber der NGO und den mitgereisten Journalisten klar, dass die Aktion „gerade wegen ihrer Spontaneität und der damit einhergehenden Improvisation unnütz scheint und sich als solche sowohl als sinnlos als auch problematisch erweisen könnte, trotz allen Wohlwollens der Hongkonger Behörden".[34] Es bleibe zu hoffen, dass die MFS-Initiative dem Image Frankreichs nicht allzu abträglich sei.

Am 14. Juni landete das Team von *Médecins sans Frontières* schließlich in Peking und wurde dort mit den harten Tatsachen konfrontiert: Ohne Zustimmung der chinesischen Behörden ließ sich nichts unternehmen. Von den 24 Tonnen Arzneimitteln und chirurgischem Material konnten nur 6 Tonnen in Shanghai und 1 Tonne in Kanton an Universitätskrankenhäuser übergeben werden. Rony Brauman beschloss, die übrigen 17 Tonnen Hilfsgüter nach Frankreich zurückzuschicken.[35]

Im Leitartikel des im Juli 1989 veröffentlichten MSF-Newsletters rechtfertigte der Vorsitzende der NGO sein Handeln: „Es geht in der Welt voran mit den humanitären Grundsätzen. Wie lange noch wird China sich dieser Entwicklung entziehen können?".[36] Die in China durchgeführte Aktion firmierte bei *Médecins sans Frontières* unter der Rubrik „Östliche Staaten". In einer Informationsbroschüre wurde sie nach den Initiativen in Georgien, Polen und der UdSSR vorgestellt. Vor der Vollversammlung im November 1989 führte Brauman aus: „Jedes Mal handelt es sich um Missionen, bei denen Medizin und Menschenrechte eng verbunden sind und insofern gehören sie, selbst wenn sie im Vergleich zu den Missionen, die wir in der Dritten Welt ausführen, atypisch sind, zur Welt von MSF. […] In dieser Rubrik, in der der Aspekt ‚Verteidigung der Menschenrechte' – im Verhältnis zum medizinischen Aspekt – vorherrscht, werde ich über unsere Aktion in China sprechen, die die Niederschlagung der studentischen Demonstrationen in diesem Frühjahr auslöste."[37] Obwohl er „Fehlentscheidungen" und „taktische Fehler" einräumte, erklärte Brauman, „diese Art von Solidaritätsaktionen" seien notwendig „als Symbol der Unterstützung der Verteidigung der Men-

[32] Télégramme du 11 juin 1989 de Hong-Kong (Soulé-Susbielles) en réponse au télégramme précédent, AMEAE (LC), 2883 TOPO/3774, Chine 1987–1991.
[33] Télégramme du 12 juin 1989 de Hong-Kong, AMEAE (LC), 2883 TOPO/3774, Chine 1987–1991.
[34] Ebd.
[35] Télégramme du 18 juin 1989, AMEAE (LC), 2883 TOPO/3774, Chine 1987–1991.
[36] Médecins sans frontières: Messages 31, 42, supplément A juin–juillet 1989, éditorial.
[37] Rapport moral 1988–1989 (wie Anm. 12), S. 11f.

schenrechte“ durch MSF.[38] Selbst wenn Emotionen der Auslöser der Aktion waren, wurden sie doch nicht als Beweggrund genannt. Wie der weitere Bericht deutlich werden lässt, wollte sich der Verein professionalisieren und propagierte eine rationale Vorgehensweise. Was die Kommunikation und die Mittelbeschaffung betraf, so wurde der Rückgriff auf Emotionen verworfen: „Denn es scheint erwiesen, sodass […] die Ratio ansprechbar ist, dass ‚der Fausthieb in den Magen‘ nicht mehr unerlässlich ist.“[39]

Indem *Médecins sans Frontière* versuchte, in China zu intervenieren, wurde die NGO zu einem Akteur und einer wichtigen Informationsquelle, während traditionelle Ressourcen versiegten. Tatsächlich war es der französischen Botschaft in Peking nicht gelungen, verlässliche Informationen etwa über die Anzahl der Opfer bei der Niederschlagung der Proteste zu erlangen und die kursierenden widersprüchlichen Gerüchte aufzuklären. Noch heute ist die Zahl der Todesopfer unbekannt. Immer wieder flammt die Debatte darüber auf. Am 22. Dezember 2017 veröffentlichte die „News Website HK 01“ ein Telegramm, das Alan Donald, der Botschafter des Vereinigten Königreichs in Peking, am 5. Juni 1989 seiner Regierung schickte und in dem unter Verweis auf ein Mitglied des chinesischen Staatsrats von „schätzungsweise mindestens 10 000 zivilen Opfern“ die Rede ist.[40] Die Berichte der französischen Botschaft sprachen am 4. Juni von „Dutzenden Toten“ sowie „Hunderten von Verletzten“ und am Folgetag unter Berufung auf Pekinger Krankenhäuser von „mehr als 1 400 Toten“ und „an die 10 000 Verletzten“.[41] Die *Direction d'Asie* nannte am 6. Juni 1989 über 1 500 Tote und mehr als 10 000 Verletzte, ohne näher zu erklären, ob die Opfer in anderen chinesischen Städten in diese Schätzungen einbezogen worden waren.[42] Im September 1989 hieß es in einer weiteren französischen Note, dass „Amnesty International in seinem letzten Bericht von 1 300 Toten“ spreche.[43] 10 000 Tote – diese Zahl nannte ein Bericht von *Médecins sans Frontières*, der bei der Vollversammlung des Vereins am 4. und 5. November vorgelegt wurde: „Zu dieser Zeit [unmittelbar nach der Niederschlagung der Proteste; Anm. der Verfasserin] wurde offensichtlich, dass das Land am Rande des Abgrunds stand, seine Regierung war verschwunden und seine Armee begann, sich zu zerfleischen; alle ausländischen Staatsangehörigen ergriffen die Flucht, es wurde blindlings auf die Beobachter geschossen, die Diplomaten wur-

[38] Ebd., S. 12.
[39] Ebd.
[40] Adam Lusher: At Least 10,000 People Died in Tiananmen Square Massacre, Secret British Cable from the Time Alleged, 23. 12. 2017, https://www.independent.co.uk/news/world/asia/tiananmen-square-massacre-death-toll-secret-cable-british-ambassador-1989-alan-donald-a8126461.html (letzter Zugriff am 30. 3. 2020).
[41] Télégramme de Pékin du 4 juin, L'assaut, et du 5 juin, Situation intérieure, CADN, 153 PO 2004038/6, dossier RPC VII.3.3.
[42] Note de Claude Martin du 6 juin 1989, AMEAE (LC), 2883 TOPO/3773.
[43] Note Asie-Océanie. Sous-direction Extrême-Orient (Pierre Andrieu) du 6 septembre 1989 a/s situation en Chine, CADN, 513 PO 2003038/5.

den angegriffen, den Verletzten wurde von der Armee der Garaus gemacht, es war die Rede von 10 000 Toten, 30 000 Verletzten …"[44].

Während der Krise war die französische Botschaft in Peking, wie die Vertretungen der anderen Staaten der Europäischen Gemeinschaft auch, vor allem mit der Betreuung und der Rückführung von eigenen Staatsangehörigen beschäftigt.[45] Die Anzahl der dauerhaft in China lebenden Franzosen wurde auf etwa 1 600 (von denen 1 477 registriert waren) geschätzt und derjenigen in Peking auf 700. Bis zum 12. Juni 1989 hatten fast alle Franzosen, die in Peking arbeiteten, die Stadt verlassen, ebenso die Mehrheit der französischen Studenten.[46]

Als neuer Akteur trat die Europäische Gemeinschaft auf den Plan. Im Namen der zwölf EG-Mitgliedstaaten gab der spanische Botschafter am 23. Juni eine Verbalnote heraus, in der er Informationen über die Angriffe auf die Diplomatenviertel Jianguomenwai und Qijiayuan erbat sowie die Verletzung der Artikel 29 und 44 der „Wiener Konvention über diplomatische Beziehungen" von 1961 verurteilte.

Emotionen als Spiegel der nationalen Identitäten

Die brutale Niederschlagung der Proteste in Peking rief international starke Emotionen hervor. Die Welle weltweiter Empörung erlebt zwei Höhepunkte: nach der „Säuberung" des Tian'anmen-Platzes am 4. und 5. Juni sowie nach der Hinrichtung von Studenten am 21. Juni 1989. Die französischen Politiker verwendeten in ihren öffentlichen Stellungnahmen nach den Ereignissen häufig das zu erwartende Vokabular der negativen Emotionen. Sie sprachen von „Betroffenheit", „Empörung", „Schrecken", „Chaos", „Grauen" und „Erschütterung".

Diplomatische Noten und Depeschen werden selten von denjenigen geschrieben, die sie unterzeichnen. Meist sind es Botschaftssekretäre oder Berater, die sie abfassen. Im Falle Frankreichs kann jedoch aufgrund der einheitlichen Ausbildung der französischen politischen Führung und Verwaltungselite an der *École nationale d'administration* (ENA) sowie des gemeinsamen Geschichtswissens von einer gewissen Homogenität ausgegangen werden. Angesichts der Ereignisse am Tian'anmen-Platz drückten französische Politiker und Spitzenbeamte Emotionen aus und bezogen sich nicht selten auf die als Bestandteil der französischen Identität anzusehende Revolutionsgeschichte des eigenen Landes. Dies geschah zu einer Zeit, in der sich Frankreich auf den 200. Jahrestag der Französischen Revolution vorbereitete. In den Reaktionen auf die Pekinger Ereignisse wurde der Kampf um die Freiheit betont. Im französischen Parlament befragt, stellte Außenminister

[44] Rapport moral 1988–1989 (wie Anm. 12), S. 12.

[45] Télégramme du 7 juin 1989 a/s Mesures de sécurité prises par les ambassades de la Communauté européenne, CADN, 153 PO 2004038/6, dossier télégramme du poste de Pékin (et Shanghai).

[46] Télégramme du 13 juin 1989 a/s Situation de la communauté française en Chine, CADN, 153 PO 2004038/6, dossier télégramme du poste de Pékin (et Shanghai).

Roland Dumas fest: „China hat sich, leider, in der Nacht von Samstag auf Sonntag, in die Liste der Länder eingereiht, in denen versucht wird, die Freiheit im Blut zu ersticken. […] Durch die Stimme seines Staatspräsidenten hat Frankreich vom ersten Tag an diesen Wind der Freiheit, der sich in Peking erhoben hatte, begrüßt, diesen Wind der Freiheit, für den unser Land, in dem Jahr, in dem wir den 200. Jahrestag der Revolution begehen, besonders empfänglich ist. […] Die Welt weiß sehr wohl, dass sich Frankreich überall, wo der Wind der Freiheit weht, wiedererkennt und sich weiterhin wiedererkennen wird."[47] Aber nicht nur die Äußerungen der französischen Spitzenpolitiker, auch das von den Diplomaten verwendete Vokabular war geprägt von Subjektivität: Botschafter Charles Malo bezeichnete die am 1. Juni von den Pekinger Demonstranten aufgestellte *Goddess of Democracy* (*Minzu nüshen*) als „Freiheitsstatue"[48]. Der Leiter der Asien-Abteilung im *Quai d'Orsay*, Claude Martin, interpretierte die Protestbewegung eschatologisch: „Die Studenten haben sich der Gelegenheit dieses 70. Jahrestages [der „Bewegung vom 4. Mai 1919"; Anm. der Verfasserin] bemächtigt, um ihrer Bewegung eine ganz andere Dimension zu verleihen. […] [Sie] haben eine weitere Stufe erklommen, indem sie die Fackel ergriffen, die die Geschichte ihnen nun bot."[49] Zudem wurden Analogien zum klassischen Drama hergestellt: Malo sprach am Morgen nach der Niederschlagung von einer Entwicklung „von einer Farce zur Tragödie"[50] und Martin erkannte in „Aufstieg", „Ohnmacht" und „Niederschlagung" der Protestbewegung „die drei Akte dieser Tragödie"[51]. Außerdem diente häufig die Sowjetunion als Bezugssystem für die Interpretation: Dumas sprach am 21. Juni in Bezug auf das chinesische Regime von einer „totalitären Maschine",[52] der systemkritische chinesische Astrophysiker Fang Lizhi wurde von der *Agence France Presse* als „chinesischer Sacharow" bezeichnet und „Le Monde" schrieb, dass man dieser Tage „der Geburt einer wirklichen Opposition, nach Art der Dissidentenorganisationen in Osteuropa" beiwohne. „Tian'anmen" wurde also in Frankreich unter Rückgriff auf französische und europäische Identifikationsmomente, die sowohl in der Vergangenheit als auch in der Gegenwart verankert waren, gedeutet.

Nicht nur Frankreich, auch andere west- und osteuropäische Staaten griffen auf solche und ähnliche Deutungssysteme zurück, jedoch gab es dabei große Unter-

[47] Première réponse de Roland Dumas lors de questions d'actualité à l'Assemblée nationale, 7 juin 1989, Situation en Chine, AMEAE (LC), 2883 TOPO/3774, Chine 1987–1991.

[48] Télégramme du 4 juin 1989 reçu le 4 juin à 2 h 30 de Charles Malo, AMEAE (LC), 2883 TOPO/3772.

[49] Note Claude Martin, a/s La crise en Chine, 13 juin 1989, AMEAE (LC), 2883 TOPO/3774, Chine 1987–1991.

[50] Télégramme du 4 juin 1989 reçu le 4 juin à 2 h 30 de Charles Malo, AMEAE (LC), 2883 TOPO/3772, Chine 1987–1991.

[51] Note Claude Martin a/s La crise en Chine, 13 juin 1989, AMEAE (LC), 2883 TOPO/3774, Chine 1987–1991.

[52] Bulletin d'information du 22 juin 1989. Réponse de Roland Dumas à une question d'actualité à l'Assemblée nationale, 21 juin 1989, AMEAE (LC), 2883 TOPO/3774, Chine 1987–1991.

schiede. Die gewaltsame Beendigung der Proteste in Peking am 4. Juni 1989 wurde von allen westlichen Ländern scharf verurteilt. Die britische Premierministerin Margaret Thatcher sagte, sie sei „zutiefst schockiert und bestürzt". Bundeskanzler Helmut Kohl prangerte „die barbarische Anwendung brutaler Gewalt"[53] an.

Ganz im Gegensatz dazu schlossen sich die DDR und Rumänien mit ihrer Unterstützung für die chinesische Regierung von vornherein aus dieser emotionalen Gemeinschaft aus.

Auf sowjetischer Seite waren die Reaktionen zweideutig. Die Nachrichtenagentur *Tass* erklärte: „Es ist nicht der Augenblick, Schlüsse zu ziehen und vorschnelle Erklärungen abzugeben. Wie sich die Leidenschaften auch manchmal entfesseln mögen, es gilt entsprechende Lösungen zu suchen, die den Zielen der Festigung der Gesellschaft verpflichtet sind."[54] Igor Obtchinikov, ein sowjetischer China-Experte, bezog in der „Prawda" vom 8. Juni hingegen deutlich Stellung: „Das Schauspiel der auf den Straßen patrouillierenden Panzer trifft den Nerv unserer eigenen Sorgen und Ängste",[55] schrieb er vor dem Hintergrund, dass erst zwei Monaten zuvor die sowjetische Armee in Tbilisi eine Demonstration gewaltsam niedergeschlagen hatte.

In zwei Staaten, in denen die Reformbewegungen schon weit gediehen waren, erregten die Ereignisse in China viel Mitgefühl, aber auch Besorgnis: In Ungarn erinnerte man an die Lehre aus der eigenen Geschichte, dass „aus Kanonen weder Gerechtigkeit noch Lösungen, sondern nur Tod" komme.[56] In Polen erklärte die Regierung lakonisch, dass es sich um eine innere Angelegenheit Chinas handele. Die dortigen Pressekommentare mahnten mit Blick auf das eigene Land zur Vorsicht. In der „Gazeta" schrieb am 7. Juni 1989 Adam Michnik: „Die Schüsse auf die Menge in Peking sind für uns ein Hinweis auf die Art der Gefahren, die wir unbedingt vermeiden müssen".[57] Auch die französische Botschaft in Warschau setzte die chinesischen Ereignisse in Bezug zu den Wahlen in Polen, bei denen erstmals die Oppositionsbewegung *Solidarność* stärkste politische Kraft geworden war. Nach Paris telegrafierte die diplomatische Vertretung: „Dahinter steht die Frage nach unkontrollierten demokratischen Bestrebungen, die heute in den kommunistischen Regimen ganz allgemein auftauchen könne, insbesondere in Polen im Lichte der Wahlen vom 4. Juni".[58]

Die Artikulation von Emotionen war kein Spezifikum der europäischen politischen Kultur, auch in der entstehenden Öffentlichkeit Chinas ließ sie sich beobachten. Emotionen bildeten hier den Nährboden für einen doppelten Kampf: einen politischen und einen nationalen. Es ging nicht mehr nur darum, den Staat von innen heraus zu reformieren, sondern darum, eine Zivilgesellschaft aufzu-

[53] Note a/s Les réactions internationales à la crise en Chine de la direction Asie-Océanie du 22 juin 1989, AMEAE (LC), 2883 TOPO/3773, Chine 1987–1991.
[54] Télégramme de Moscou du 7 juin 1989, AMEAE (LC), 2883 TOPO/3773, Chine 1987–1991.
[55] Ebd.
[56] Télégramme de Budapest du 6 juin 1989, AMEAE (LC), 2883 TOPO/3773, Chine 1987–1991.
[57] Télégramme de Varsovie du 7 juin 1989, AMEAE (LC), 2883 TOPO/3773, Chine 1987–1991.
[58] Ebd.

bauen.[59] Die Unfähigkeit des Regimes, sich selbst zu reformieren, drückte sich emotional in dem aus, was als „Zhao-Tränen-Episode" bezeichnet werden kann. Im Morgengrauen des 19. Mai 1989 hatten sich KP-Generalsekretär Zhao Ziyang und Ministerpräsident Li Peng auf den Tian'anmen-Platz begeben. „Offensichtlich berührt und den Tränen nahe", so berichteten französische Diplomaten, wandte sich Zhao an die Studenten, die seit sechs Tagen im Hungerstreik waren, und bat sie, wieder Nahrung zu sich zu nehmen.[60] „Wir kommen zu spät", erklärte er ihnen. Wie sollen die Tränen Zhaos interpretiert werden? In den Memoiren, die er 1989 veröffentlichte, erwähnte Zhao zwar seinen Besuch bei den streikenden Studenten, aber nicht seine Tränen.[61] Es scheint, als hätte innerhalb der chinesischen Regierung ein Kampf der Emotionen stattgefunden und als wäre die Rührung Zhaos Ausdruck des baldigen Scheiterns seiner Reformversuche gewesen. Nach der gewaltsamen Auflösung der Proteste lieferte die Pekinger Staatsführung ihre Version der Geschehnisse und ließ mittels Fernsehen und Broschüren die hierzu passenden Bilder in der Öffentlichkeit verbreiten. Diese zeigten angeblich von den Studenten begangene Sachbeschädigungen und Gräueltaten: brennende Autos sowie Leichen von verbrannten oder verstümmelten Soldaten.[62]

Entsprechend bezeichnete die französische Presse wie auch die französischen Diplomaten den 4. Mai 1989 als den „Geburtstag einer Öffentlichkeit"[63]. Es gab aber nicht nur eine chinesische Öffentlichkeit, sondern eine Vielzahl an Öffentlichkeiten, die sich idealtypisch an drei verschiedenen Orten lokalisieren lassen: in China selbst, in Hongkong und in der chinesischen Diaspora.

Im Mai und Juni 1989 umfasste die „öffentliche Meinung" auf dem chinesischen Festland verschiedene Gruppen von Akteuren: Zeitungen, Studenten, Intellektuelle.

Die Shanghaier Zeitung „World Economic Herald" hatte unmittelbar nach Hu Yaobangs Tod in einen Leitartikel dessen politische Rehabilitierung gefordert. Sofort griff auf Geheiß des KPC-Generalsekretärs, Yang Zemin, die Zensur ein und beschlagnahmte die Ausgabe. Die Zeitungen „People's Daily", „Youth's Daily" und „Clarté" ließen sich davon nicht einschüchtern: Sie veröffentlichten ausführliche Berichte über die Studentenproteste und stellten sich auch nach der Ausrufung des Kriegsrechts am 20. Mai 1989 gegen die offizielle Linie der Staatsführung.

[59] Nach der Niederschlagung verneinte die französische Sinologin Marie-Claire Bergère das Vorhandensein einer solchen Zivilgesellschaft, das heißt: „einer organisierten Gesellschaft, die über eigene, unabhängige Organe verfügt", in China. Marie-Claire Bergère: Tian'anmen 1989. In: Vingtième Siècle. Revue d'histoire 27, juillet–septembre 1990, S. 3–14, hier: S. 7.

[60] Télégramme de Pékin du 19 mai 1989, CADN, Ambassade de France à Pékin, 153 PO 2004038/6.

[61] Dossier de presse mai–juin 1989, CADN, Ambassade de France à Pékin, 153 PO 2004038/7; Zhao Ziyang: Un réformateur au sommet de l'Etat chinois. Paris 2011, S. 51 f.

[62] Télégramme de Pékin du 10 juin 1989, message de l'attaché militaire de France à Pékin, du 7 juin 1989 a/s situation à Pékin le 7 juin à 11 h 30, CADN, Ambassade de France à Pékin, 153 PO 2004038/6, dossier RPC, VII.3.3.

[63] Télégramme 5 mai 1989, AMEAE (LC), 2883 TOPO/3773, Chine 1987–1991.

Weitere Akteure waren die im 1989 demonstrierenden Studenten, die moderne westliche (*sit-ins*, Hungerstreiks),[64] aber auch hergebrachte (Blumenkränze und Plakate; Verlesen von Botschaften aus anderen Universitäten)[65] Protestformen aufgriffen.

Eine weitere Gruppe von Akteuren war die der Intellektuellen, die schon lange vor den Ereignissen des Frühjahrs 1989 für Reformen und Freiheitsrechte eingetreten waren. Am 6. Januar 1989 hatte etwa der Astrophysiker Fang Lizhi einen offenen Brief veröffentlicht, in dem er politische Amnestie für Wei Jingsheng, einen chinesischen Dissident, der nach einer Protestaktion verhaftet und 1979 zu 15 Jahren Gefängnis verurteilt worden war, forderte.[66] Auf dieses Schreiben folgte ein weiterer offener Brief an das Zentralkomitee und das Ständige Komitee des Nationalkongresses, in dem sich Intellektuelle und Künstler Fangs Forderungen anschlossen.[67] Auch in Paris hatte sich ein Wei-Komitee gegründet, dessen Forderungen etwa von der französischen Europaabgeordnete Simone Veil unterstützt wurden.

Der offene Brief Fangs vom 6. Januar nahm bereits auf drei Ereignisse Bezug, auf die wenig später auch die Demonstranten am Tien'anmen-Platz rekurrierten: Fang forderte „anlässlich des 40. Jahrestages der Gründung der Volksrepublik, des 70. Jahrestages der Bewegung vom 4. Mai 1919 und auch des 200. Jahrestages der Französischen Revolution" Amnestie für politische Häftlinge.[68] Die revolutionäre Geschichte Chinas erschien in dieser Begründung als „ein Block" im Sinne Georges Clemenceaus.[69] Der Brief Fangs nahm nicht nur Bezug auf Maos Machtergreifung 1949, sondern auch auf die Proteste von 3 000 Pekinger Studenten auf dem Tian'anmen zur Zeit der Pariser Friedenskonferenz 1919. Die damals entstandene „Bewegung vom 4. Mai" war Ausdruck eines erstarkenden patriotischen Bewusstseins gewesen, das sich sowohl gegen den Westen als auch gegen Japan richtete. Die Protestierenden hatten 1919 die „21 Bedingungen" angeprangert, die Japan der chinesischen Regierung unterbreitet hatte und die ihrer Ansicht nach auf eine Kolonisierung Chinas hinauslaufen würden. Insbesondere hatten sie sich gegen die Übereignung Shandongs an Japan sowie gegen Traditionen wie die Herrschaft der chinesischen Beamten und die Unterdrückung von Frauen gewandt.[70] Zudem rekurrierte Fang mit der Französischen Revolution auf einen universalen Bezugspunkt. Darüber hinaus ist aber auch erkennbar, dass die Chinesen über die sich gleichzeitig in Europa abspielenden Ereignisse informiert waren und die Entwick-

[64] Jean-Philippe Béjà: Tiananmen, dix ans après. Une rupture dans l'histoire de l'opposition en Chine. In: Perspectives chinoises 53 (1999), S. 4–12, hier: S. 8.
[65] Télégramme du 17 avril 1989, reçu le 17 avril à 9 h 41 de Charles Malo, AMEAE (LC), 2883 TOPO/3772, Chine 1987–1991.
[66] Dossier M. Wei Jingsheing, AMEAE (LC), 2883 TOPO/3772, Chine 1987-1991.
[67] Télégramme du 20 février 1989 de Pékin, AMEAE (LC), 2883 TOPO/3772, Chine 1987–1991.
[68] Télégramme du 20 février 1989 de Pékin, AMEAE (LC), 2883 TOPO/3772, Chine 1987–1991.
[69] Rede Georges Clemenceaus vor der Nationalversammlung am 29. Januar 1891.
[70] Vgl. Rana Mitter: A Bitter Revolution. China's Struggle with the Modern World. Oxford 2004, Kap. 1.

lungen im eigenen Land in den Kontext der weltpolitischen Geschehnisse stellten. Die Demonstranten hätten laut Claude Martin zu „einer chinesischen ‚Perestroika'" aufgerufen.[71] Und Charles Malo berichtete: „Ein junger Assistent rief an der Universität Beida zu einem Nachdenken über die in Osteuropa festgestellten Entwicklungen auf und erwähnte die direkten Wahlen in der UdSSR, die Legalisierung von Solidarnosc in Polen und die Ansätze zu einem Mehrparteiensystem. Andere bejubeln den Namen Michail Gorbatschows, der in einigen Wochen in Peking erwartet wird."[72] Am 13. Mai wurde ein von 6 000 Personen unterzeichneter Brief der sowjetischen Botschaft in Peking übergeben, in dem sowohl Gorbatschows Mut als auch seine Intelligenz hervorgehoben wurde. Der sowjetische Staatschef wurde aufgefordert, seine Erfahrungen als sozialistischer Reformator mit den Studenten zu teilen.[73] Und selbst nach Ausrufung des Kriegsrechts am 20. Mai 1989 widmet die „Volkszeitung" den Erklärungen des ungarischen Premierministers „über den groben Fehler, den der Einsatz der Armee in einer sozialistischen Demokratie darstellt",[74] besondere Aufmerksamkeit. Doch sind, um einen Gedanken von Marie-Claire Bergère aufzugreifen, diese Hinweise auf eine liberale chinesische öffentliche Meinung möglicherweise nur Ausdruck einer „westlich-liberalen" Interpretation der Ereignisse in China und entsprechen in Wahrheit gar nicht der Realität?[75] Kommt in den Berichten der französischen Diplomaten nicht primär ein europäischer Blickwinkel zum Ausdruck, der chinesische Spezifika missachtet?

In Bezug auf Hongkong, dem zweiten Ort, an dem sich eine Öffentlichkeit bildete, tritt indessen eine andere Lesart zutage. Der Sinologe Jean-Philippe Béja stellte 1999 fest, dass „1989 wirklich das Geburtsjahr des politischen Bewusstseins" gewesen sei.[76] So kam es etwa am Tage nach der Verkündung des Kriegsrechts zur Gründung des „Zusammenschlusses Hongkonger Bürger zur Unterstützung der patriotischen und demokratiefreundlichen chinesischen Bewegung"[77]. Bis dahin hatten die französischen Diplomaten den Hongkongern „Apathie" und „Gleichgültigkeit" attestiert. Nach dem 20. Mai 1989 allerdings hätten „Euphorie" gepaart mit „Sorge" vorgeherrscht. Für die französischen Diplomaten war dies jedoch weniger Ausdruck der Begeisterung für den Kampf um Demokratie, sondern eher eines Zusammengehörigkeitsgefühls. Sie sprachen von „chinesischem Patriotis-

[71] Projet de communication en Conseil des ministres du 22 mai 1989 de Claude Martin, AMEAE (LC), 2883 TOPO/3773.
[72] Télégramme du 21 avril 1989 reçu le 21 avril à 12 h 47 de Charles Malo, AMEAE (LC), 2883 TOPO/3772, Chine, 1987–1991.
[73] Sergey Radchenko: Unwanted Visionaries: The Soviet Failure in Asia at the End of the Cold War. Oxford 2014, S. 159–197.
[74] Ambassade de France en Chine. Service de Presse, Bilan 1989, 4 décembre 1989, AMEAE (LC), 2883 TOPO/3815, Chine 1987–1991.
[75] Bergère: Tian'anmen 1989 (wie Anm. 59), S. 8.
[76] Béja: Tiananmen (wie Anm. 64), S. 4.
[77] Télégramme du consul général de France à Hong-Kong du 30 mai 1989, CADN, Ambassade de France à Pékin, 153 POZ 004038/6.

mus" und stellten fest, dass sich in Hongkong zum ersten Mal spontan „ein Gefühl der Zugehörigkeit zum Festland, oder genauer gesagt zum Vaterland", äußere. Selbst die Hongkonger kommunistische Presse habe Kritik an der Niederschlagung der Proteste in Peking geübt, indem sie erklärte: „Man bekämpft sich nicht unter Chinesen."[78]

Der dritte Ort, an dem sich eine chinesische Öffentlichkeit herausbildete, war die Diaspora. Die chinesische Community war in Frankreich besonders aktiv. Sie gruppierte sich um verschiedene Organisationen: um den kurz nach dem Massaker gegründeten Verein „Koordinierung für Demokratie in China" (*Coordination pour la démocratie en Chine,* CDC), um den „Zusammenschluss für Demokratie in China" (*Fédération pour la démocratie en Chine,* FDC), der am 24. September 1989 auf Initiative von 164 chinesischen Dissidenten in Paris entstand, sowie um die „Hilfsorganisationen für die Opfer der Repression in China". Auf französischem Boden unterstützen zudem sieben Vereine chinesische Dissidenten. Einer davon, ALICE (*Association de liaison avec les intellectuels chinois en exil*), wurde auf Initiative französischer Diplomaten mit dem Ziel gegründet, die studentischen Anführer der Proteste aufzunehmen, die im Zuge der geheimen Operation „Colibri" aus dem Süden Chinas nach Hongkong gebracht worden waren. Großbritannien wollte, dass diese seine Kronkolonie möglichst schnell verlassen. Jedoch waren die USA, Australien und Japan nicht gewillt, den Betroffenen Visa auszustellen.[79] Auf französischer Seite wurde Claude Martins ehemaliger Presse-Attaché, Paul Jean-Ortiz, aktiv, der zu dieser Zeit in herausgehobener Stellung im Außenministerium tätig war und der in direktem Kontakt zu Jean-Pierre Montagne, dem französischen Vizekonsul in Hongkong, stand. Die Entscheidung, den jungen Chinesen Visa auszustellen, wurde wohl von Claude Martin und Paul Jean-Ortiz ohne Rücksprache mit dem zuständigen Minister getroffen: „Wir schickten auf eigene Faust ein Telegramm nach Hongkong. Wir hatten niemanden um Erlaubnis gebeten."[80]

Sowohl in China als auch in Frankreich speisten sich die Emotionen, die die Proteste auf dem Tian'anmen-Platz sowie deren Niederschlagung hervorriefen, einerseits aus historischen Bezügen, anderseits aus den aktuellen Ereignissen in Ostmitteleuropa. Nach der Repression kam die Hilfe für die Demonstranten hauptsächlich aus der westlichen Zivilgesellschaft. Im französischen Fall wurden entsprechende Initiativen von zwei Diplomaten (Claude Martin und Paul Jean-Ortiz) unterstützt, die über langjährige Verbindungen nach China verfügten und die chinesische Gesellschaft sehr gut kannten. Jenseits der von Politik und Öffentlichkeit innerhalb der Europäischen Gemeinschaft einstimmig geäußerten Empörung über die Niederschlagung der Proteste in China stellte sich jedoch die Frage, ob die EG-Staats- und Regierungschefs in der Lage waren, eine gemeinsame Ant-

[78] Note de François Soulé-Susbielles, consul général de France à Hong-Kong du 6 juin 1989, AMEAE (LC), 2883 TOPO/3773.
[79] Vgl. Martin: Diplomatie (wie Anm. 19), S. 581.
[80] Ebd.

wort in Form von Wirtschaftssanktionen zu finden, die ihrer Empörung angemessen war.

Zwischen Verteidigung der Menschenrechte und wirtschaftlichen Interessen – Europas Reaktionen auf die Ereignisse in China

Anhand der Tian'anmen-Krise kann herausgearbeitet werden, wie die internen politischen Beratungen zwischen den Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft funktionierten. Die EG-Staaten waren sich ihrer gemeinsamen Verantwortung gegenüber den osteuropäischen Gesellschaften, die sich 1989 im Prozess einer Destabilisierung befanden, bewusst. Die Entwicklung in China konnte als ein Pendant zu der im Ostblock angesehen werden. Doch war die Verteidigung nationaler wirtschaftlicher Interessen der europäischen Solidarität beim Umgang mit der chinesischen Krise nicht zuträglich, selbst wenn Franzosen und Deutsche ähnliche Maßnahmen trafen.

Die Beschlüsse der europäischen Regierungen im Juni 1989 zeichneten sich in erster Linie durch Zurückhaltung aus. Nach einigen symbolischen Entscheidungen begnügten sich die meisten Regierungen nach den Worten Charles Malos mit der Strategie „‚Wait and see'". So seien zum Beispiel offizielle Besuche in China abgesagt worden. Vor „allzu radikalen Sanktionen, besonders auf wirtschaftlichem Gebiet" scheute man allerdings zurück, da diese „die Gefahr mit sich brächten, die neuen Machthaber zu isolieren und sie zu einer aktiveren Zusammenarbeit mit der Sowjetunion und den Ostblockstaaten zu bewegen".[81] Hinzu traten zwei weitere Gründe: erstens die Befürchtung, ein ähnliches Massaker könnte bei starken Spannungen zwischen und innerhalb der Blöcke auch in Europa passieren, sowie, zweitens, der Wille, die wirtschaftliche Öffnung Chinas nicht infrage zu stellen.[82] Am 7. Juni, kurz nach den ersten freien Wahlen in Polen, umriss Roland Dumas vor der *Assemblée nationale* die Grenzen eines Vergleichs zwischen den Entwicklungen in China und Osteuropa: „Sie fragen mich, Herr Abgeordneter, indem Sie eine Parallele ziehen zwischen der Situation in China und in Polen: Warum eigentlich nicht? Ist es nicht dasselbe Bedürfnis nach Freiheit, das, wenn auch auf verschiedene Art, in beiden Fällen ausgedrückt wird? […] Aber es muss festgestellt werden, dass dem Gleichen, das heißt demselben Willen, demselben Schrei, demselben Streben, zwei verschiedene Antworten gegeben wurden. In China ist

[81] Télégramme de Pékin du 10 juin 1989, CADN Ambassade de France à Pekin 153 PO 2004038/6, dossier RPC, VII.3.3.

[82] Christian Nesshöver: Die Chinapolitik Deutschlands und Frankreichs zwischen Außenwirtschaftsförderung und Menschenrechtsorientierung (1989 bis 1997). Auf der Suche nach Balance. Hamburg 1999; ders.: Bonn et Paris face à Pékin (1989–1997). Vers une stratégie commune?. In: PE 64 (1999) 1, S. 91–106; Françoise Mengin: La politique chinoise de la France. Du mythe de la relation privilégiée au syndrome de la normalisation. In: Critique internationale 12 (2001) 3, S. 89–110.

die Antwort eine brutale Repression. In Polen ist es die Hoffnung."[83] Sein 2013 erfolgter rückblickender Kommentar lässt die seinerzeit empfundene Ambivalenz noch deutlicher zutage treten: „Der Westen erschrak, im Sinne von 1848, das heißt man hatte Angst, nicht zu wissen, was bevorstand."[84] Mit „1848" bezog sich Dumas auf einen gesamteuropäischen, keinen rein westlichen Referenzpunkt: auf den „Völkerfrühling" in Westeuropa *und* Ostmitteleuropa, dem das Scheitern beziehungsweise die Niederschlagung 1849 folgte.[85]

Die historische Erfahrung, dass Aufstände zumeist blutig niedergeschlagen worden waren, lastete 1989 auf der Geschichte Europas. Die Ereignisse vom Tian'anmen-Platz riefen entsprechende Erinnerungen wach. Zurückhaltung und Vorsicht bestimmten auch die Reaktionen der Westeuropäer auf die Demonstrationen in Leipzig und in anderen Städten der DDR im Herbst 1989. Das Bestreben, ein Massaker wie das vom Tian'anmen-Platz in Europa zu verhindern, durchzog die Stellungnahmen westlicher Politiker. Anlässlich des jeweils 40. Jahrestags der Volksrepublik China und der DDR im Oktober 1989 betonten beide Staaten ihr gutes Verhältnis zueinander. Erich Honecker sandte seinen designierten Nachfolger, Egon Krenz, nach Peking. Im Gegenzug schickte China eine Delegation unter Führung von Vize-Premierminister Yao Yilin in die DDR. Die französische Botschafterin in Ostberlin, Joëlle Timsit, berichtete, dass Vertreter beider Staaten sich ihre wechselseitige Unterstützung bei der Bekämpfung einerseits des „konterrevolutionären Aufruhrs in China" und andererseits „der gegen die DDR und andere sozialistische Staaten geführten Hasskampagnen" zugesichert hätten.[86] Nach der großen Leipziger Montagsdemonstration vom 9. Oktober 1989, an der 70 000 Menschen teilgenommen und „Wir sind das Volk!" skandiert hatten, tat Timsit in mehreren Telegrammen ans Pariser Außenministerium ihre Sorge kund. „Manche befürchten (trotz der Erleichterung, die gestern in Leipzig zu spüren war)", so die Diplomatin, „dass sich in der DDR eine Lage wie in China" entwickele.[87] Und weiter berichtete sie: „Viele glauben zu wissen, […] dass die Munition der Ordnungskräfte aufgestockt worden sei und dass in den Büros des Zentralkomitees Pläne zu einer Niederschlagung [der Demonstrationen; Anm. der Verfasserin] bereitlägen. Quasi manisch wird das chinesische Beispiel heraufbeschworen."[88]

Folgt man der Historikerin Mary Elise Sarotte, so hatte Erich Honecker tatsächlich über ein „deutsches Tian'anmen", die gewaltsame Niederschlagung der

[83] Deuxième réponse de Roland Dumas lors de questions d'actualité à l'Assemblée nationale, 7 juin 1989 – Situation en Chine, AMEAE (LC), 2883 TOPO/3774.
[84] Roland Dumas: La diplomatie sur le vif. Paris 2013, S. 260.
[85] Vgl. ebd.
[86] Télégramme reçu de Berlin du 10 octobre 1989, AMEAE (LC), 2883 TOPO/3809, Politique extérieure. Relations avec les pays tiers Q. à S., sous-dossier RDA.
[87] Ebd.
[88] Télégramme du 13 octobre 1989 de Joëlle Timsit, AMEAE (LC), Allemagne (1986–1990), 1935 INVA 6722 RDA, Vie politique intérieure – déroulement des événements février 1986–décembre 1989.

Proteste in Leipzig am 9. Oktober, nachgedacht. Die Stasi sprach sogar von einer „chinesischen Lösung". Dem Chef der Stasi, Erich Mielke, wurde befohlen, alle Mitarbeiter zu bewaffnen, die Krankenhäuser sollten zusätzliche Betten und Blutvorräte bereithalten, ausländische Journalisten wurden ausgewiesen. Und doch verlief der 9. Oktober 1989 unblutig. Sarotte erklärt den friedlichen Verlauf erstens mit der Entscheidung der UdSSR, sich nicht einzumischen, zweitens mit dem öffentlichen Aufrufe einflussreicher Leipziger Persönlichkeiten, „keine Gewalt" anzuwenden, sowie drittens mit dem persönlichen Ehrgeiz von Egon Krenz, Honecker als Generalsekretär abzulösen – was er schließlich wenige Tage später, am 18. Oktober, auch tat.[89] Der Historiker Sergey Radchenko zitiert in seinem 2014 erschienenen Buch über die sowjetische Politik in Asien am Ende des Kalten Kriegs den Gorbatschow zugeschriebenen Satz: „Ich möchte nicht, dass der Rote Platz Tian'anmen gleicht."[90] Radchenko hebt hervor, dass die Ereignisse in Peking von den europäischen Staatschefs sofort verinnerlicht worden seien.

Nach der Niederschlagung der Studentenproteste in Peking hielten sich die westeuropäischen Regierungen gegenüber der chinesischen Führung merklich zurück, da sie ihre nationalen Interessen, insbesondere die Wirtschaftsbeziehungen ihre Länder zum „Reich der Mitte", nicht gefährden wollten. In diesem Verhalten zeigte sich der Stellenwert, den die EG und ihre Mitgliedstaaten der Außenhandelspolitik beimaßen.[91]

Entsprechend verhielten sich auch Vertreter der französischen Wirtschaft und die französische Regierung – sowie andere westeuropäische Staaten. Gleichwohl musste man auf die staatliche Gewalt gegen Demonstranten in Peking reagieren. So veröffentlichten die zwölf Staats- und Regierungschefs der EG am 6. Juni 1989 eine erste Erklärung. Am selben Tag verkündete der französische Premierminister, dass die Beziehungen Frankreichs zu China eingefroren würden. Das einzige Gebiet, auf dem dies ohne Einschränkung wirksam wurde, war jedoch das der militärischen Kooperation. Sämtliche Verhandlungen, Unterzeichnungen von Verträgen sowie Lieferungen von Rüstungsgütern, inklusive denen, die schon über eine gültige Genehmigung der CIEEMG (*Commission interministérielle pour l'étude des exportations de matériels de guerre*) verfügten, wurden gestoppt. Zugleich stellte der interministerielle Krisenstab aber klar, dass „das Einfrieren die üblichen Wirtschafts- und Handelsbeziehungen nicht betrifft, auch nicht das laufende Programm zum Bau von Atomkraftwerken".[92]

Wenige Tage später berichtete die französische Botschaft aus Peking: „Der Rückzug der Experten, die zum Beispiel in gemischten Gesellschaften arbeiten, wird von unserem deutschen Kollegen als ‚nicht angebracht' beurteilt, ebenso wie

[89] Mary-Elise Sarotte: 1989. The Struggle to Create Post-Cold War Europe. Princeton 2009, S. 21.
[90] „I do not want Red Square to look like Tienanmen Square." Radchenko: Visionaries (wie Anm. 73), S. 163.
[91] Christian Nesshöver spricht von einer „zunehmende[n] Ökonomisierung", vgl. Nesshöver: Chinapolitik (wie Anm. 82).
[92] Note de compte rendu de la réunion de la cellule de crise du 7 juin 1989, AMEAE (LC), 2883 TOPO/3774.

die Infragestellung der Regierungskredite (Shanghaier Metro)."[93] Und auch andere europäische Länder vermieden den Abbruch der Wirtschaftsbeziehungen zu China. In Österreich war die Niederschlagung der Demonstrationen zwar verurteilt worden, Außenminister Alois Mock hatte gesagt, er sei „aufgewühlt", und einige österreichische Unternehmen wie die Vereinigten Österreichischen Eisen- und Stahlwerke (VÖEST) oder der Elektroanlagenbauer ELIN zogen sich aus Peking nach Hongkong zurück, doch wurde ein staatlicher Kredit in Höhe von 6 Milliarden Schilling, der China Mitte 1987 gewährt worden war und dessen Ziel die Förderung österreichischer Exporte und die Finanzierung von Infrastrukturprojekten war, nicht infrage gestellt.[94]

Hingegen riet in Paris Charles Malo, finanzielle Unterstützungen vorerst einzufrieren: „Es wäre meines Erachtens sinnvoller abzuwarten, bis wir eine bessere Übersicht haben, und dann im geeigneten Moment mit vollem Einsatz zurückzukommen, wie wir es in Polen tun werden, um unter günstigen politischen und wirtschaftlichen Bedingungen unsere Ausgangspositionen wiederzuerobern und sie, je nach unseren Mitteln, und unter Risikominimierung, schnell wieder auszubauen."[95] Frankreich und Deutschland beschlossen am 23. Juni 1989, Hermes- und Coface-Bürgschaften für Lieferantenkredite nach China auszusetzen. Darüber hinaus legte Frankreich die Prüfung neuer Garantieanträge zur Kreditversicherung auf Eis.[96] Gleichzeitig blieben „die privaten wirtschaftlichen Beziehungen dem Gutdünken der Unternehmen überlassen".[97] Ähnlich verhielt sich das Bonner Bundeswirtschaftsministerium. Es hatte drei Tage zuvor verlauten lassen: „Die deutschen Unternehmen sollten in eigener Regie ihre Strategie hinsichtlich Chinas bestimmen."[98] Langfristige Kooperationsverträge wurden auch in der Bundesrepublik nicht infrage gestellt.[99]

Auch beim Bau von Atomkraftwerken war Frankreich bestrebt, bestehende Verträge mit China weiter auszuführen: „[U]nsere Doktrin wird dieselbe sein wie bei den anderen zivilen Verträgen: Die Ausführung der Verträge muss normal weitergeführt werden (Kraftwerk von Daya Bay), die neuen Verträge sind ausgesetzt."[100] Doch stellte gerade das genannte Atomkraftwerk Daya Bay, 50 Kilometer von Hongkong entfernt, die französische Regierung vor eine politische Zwickmühle: Die Anlage befand sich 1989 aufgrund eines Vertrags zwischen *Framatome* und *Electricité de France* einerseits und der *Guangdong Nuclear Power*

[93] Télégramme de Pékin du 10 juin 1989, CADN, 513 PO 2004038/6, dossier RPC, VII.3.3.
[94] Télégramme de Vienne du 7 juin 1989, CADN, 513 PO 2004038/6, dossier RPC, VII.3.3.
[95] Télégramme de Pékin du 19 juin 1989, AMEAE (LC), 2883 TOPO/3774.
[96] Relevé de conclusions de la réunion interministérielle tenue le 23 juin 1989 à l'hôtel Matignon sous la présidence de M. Petit, conseiller technique au Cabinet du Premier ministre. Objet: Relations avec la Chine, AMEAE (LC), 2883 TOPO/3774.
[97] Note de la sous-direction d'Extrême-Orient du 29 juin 1989, AMEAE (LC), 2883 TOPO/3774.
[98] Télégramme de Bonn 20 juin 1989, AMEAE (LC), 2883 TOPO/3773.
[99] Ebd.
[100] Télégramme du 29 juin 1989 de Malo en vue de la réunion du comité directeur de l'Arrangement en matière de sûreté nucléaire prévu pour les 2–8 octobre 1989, AMEAE (LC), 2883 TOPO/3790, questions atomiques, centrale nucléaire de Daya Bay, 1987–1991.

Joint-Venture Company[101] im Bau. Diesem lag ein am 11. Dezember 1984 auf fünf Jahre geschlossenes Atomsicherheitsübereinkommen zugrunde. Im Zusammenhang mit der Tian'anmen-Krise stellte sich 1989 somit die Frage nach seiner Verlängerung dieses Vertrags. Der französische Botschafter in Peking warnte vor der „Gefahr, dass diese Verlängerung medienwirksam ausgeschlachtet"[102] werde. Die Entscheidung wurde schließlich hinausgezögert und statt einer offiziellen Vertragsverlängerung wurden Ende September diskret Briefe ausgetauscht.[103]

Die Ambivalenz der Haltung der europäischen Staaten ist auffällig. Sie bestand selbst nach den ersten Hinrichtungen fort. Die Regierung in Peking hatte eine Liste mit 21 meistgesuchten Studenten veröffentlicht und gab Mitte Juni 1989 die ersten Todesurteile bekannt.[104] Zu dieser Zeit schätzte *Amnesty International* die Zahl der Verhafteten auf mehr als eintausend.[105] Die Asienabteilung des französischen Außenministeriums fasste die internationalen Reaktionen zusammen und hob die allgegenwärtige „Bestürzung" hervor, stellte jedoch fest: „Diese Einstimmigkeit wurde aber de facto aufgegeben, als es darum ging, eine langfristigere Haltung auf politischem und besonders auf wirtschaftlichem Gebiet festzulegen".[106] Die Diplomaten in Paris betonten: „Unter unseren Partnern haben Italien und Japan die zweideutigste Haltung. Großbritannien ist gespalten zwischen gegensätzlichen Sorgen."[107] Ende Juni 1989 zeigte sich deutlich, dass es unter den Europäern unterschiedliche Positionen gab. Angesichts des Drucks der öffentlichen Meinung sowie seitens der NGOs konnte Brüssel nichts anderes tun, als eine „harte" Linie anzukündigen, die aber von den meisten Mitgliedstaaten flexibel umgesetzt wurde. Der Europäische Rat verabschiedet am 27. Juni 1989 in Madrid eine Erklärung über China, in der er „den Aufschub der Prüfungen neuer Anträge auf Kredit-Versicherungen und […] neuer Darlehen der Weltbank" empfahl. Bei der Konferenz der in China tätigen Generalkonsuln der großen Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft (Bundesrepublik Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Belgien, Italien) wurde jedoch deutlich, dass keiner von

[101] Vgl. Louise Fontaine: L'ouverture économique chinoise, un défi pour la France. L'émergence de différents acteurs au sein de la diplomatie économique française en Chine de 1978 à 2001 [Masterarbeit] Université Paris 1 Panthéon-Sorbonne 2017.

[102] Télégramme du 29 juin 1989 de Malo en vue de la réunion du comité directeur de l'Arrangement en matière de sûreté nucléaire prévu pour les 2–8 octobre 1989, AMEAE (LC), 2883 TOPO/3790, questions atomiques, centrale nucléaire de Daya Bay, 1987–1991.

[103] Vgl. Note du 18 septembre 1989 de la sous-direction des Questions atomiques et spatiales (Ph. Thiébaud) pour la direction d'Asie-Pacifique, AMEAE (LC), 2883 TOPO/3790, questions atomiques, centrale nucléaire de Daya Bay, 1987–1991.

[104] Rapports de la section française d'Amnesty International du 16 juin et du 28 juin 1989, CADN, 513 PO 2004038/43.

[105] Rapports de la section française d'Amnesty International du 19 juin 1989, CADN, 513 PO 2004038/43.

[106] Note a/s Les réactions internationales à la crise en Chine de la direction Asie-Océanie du 22 juin 1989, AMEAE (LC), 2883 TOPO/3773.

[107] Relevé de conclusions de la réunion interministérielle tenue le 23 juin 1989 à l'hôtel Matignon sous la présidence de M. Petit, conseiller technique au Cabinet du Premier ministre. Objet: Relations avec la Chine, AMEAE (LC), 2883 TOPO/3774.

ihnen „das Einfrieren der verschiedenen nationalen Prozeduren zur Unterstützung der Ausfuhren ernst zu nehmen schien. Jeder ging davon aus, dass die Solidarität der europäischen Gemeinschaft mittelfristig nicht funktionieren würde."[108] Italien etwa schien wegen der Rolle des chinesischen Marktes für seine kleineren und mittleren Unternehmen der Regierung in Peking gegenüber sehr versöhnlich eingestellt zu sein.

Die Agieren Frankreichs in der Tian'anmen-Krise war nicht zuletzt geprägt von einer doppelten nationalen und internationalen Agenda, deren Logiken einander entgegenliefen. Einerseits musste das Land – zu einer Zeit, in der der 200. Jahrestag der Revolution vorbereitet wurde – zeigen, dass es seiner Geschichte würdig war, andererseits erwiesen sich die laufenden internationalen Verhandlungen über einen Frieden für Kambodscha und die Notwendigkeit, „in dieser Angelegenheit, einen diskreten französisch-chinesischen Dialog […] aufrechtzuerhalten",[109] als Last. Innerhalb der EG fanden die Diskussionen über den weiteren Umgang mit China Ende des Sommers 1989 hauptsächlich innerhalb der Asien-Gruppe der Europäischen Politischen Zusammenarbeit (EPZ) statt.

Schon im Winter 1989/1990 bröckelte die Mauer der wirtschaftlichen Sanktionen. Anfang Dezember 1989 sprach sich das Politische Komitee der EPZ für eine Normalisierung der Kredit-Versicherungsverfahren aus. Am Rande des Treffens des Europäischen Rats am 8./9. Dezember 1989 in Straßburg wurde beschlossen, die in Madrid ausgearbeiteten Maßnahmen „mit der gebotenen Flexibilität" umzusetzen. Innerhalb der Asien-Gruppe der EPZ erklärte Frankreich, es werde sich „einer Flexibilität bis hin zur totalen Befreiung" nicht widersetzen, „falls sich eine Bewegung in dieser Richtung abzeichnen sollte".[110] Wie anderen Staaten stand die Regierung in Paris unter dem Druck von Industrie und Banken. Am Rande des Treffens des Europäischen Rates in Luxemburg am 22. Oktober 1990 beschlossen die zwölf EG-Mitgliedstaaten schließlich, ihre Beziehungen zu China zu normalisieren und wieder Darlehen zu gewähren.[111]

Fazit

In der hier vorgenommene Analyse wurde der Einfluss des emotionalen Faktors auf die französische China-Politik während der Tian'anmen-Krise anhand der Reaktionen der französischen Diplomaten und Politiker auf die Ereignisse in Peking in den Blick genommen. Die chinesischen Studentenproteste und deren Niederschlagung im Juni 1989 wurden weltweit von Emotionen begleitet – auch bei den untersuchten Akteuren.

[108] Télégramme de Shanghai du 30 juin 1989, CADN, 513 PO 2004038 TD.
[109] Télégramme du 20 juin 1989, AMEAE (LC), 2883 TOPO/3774.
[110] Télégramme du 12 janvier 1990 a/s Réunion du groupe de travail Asie de la CPE, CADN, 513 PO 2004038.31.
[111] Télégramme du 25 octobre 1990, CADN, 513 PO 2004038.31.

Die Emotionen, die durch die Ereignisse auf dem Tian'anmen-Platz ausgelöst wurden, deuten zwar auf ein bei den westeuropäischen Staats- und Regierungschefs der 1980er-Jahre vorhandenes starkes Bewusstseins für die Geschichte und die universelle Bedeutung von Demokratie und Freiheit hin. Jedoch ging dieses nicht so weit, dass die politische und wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Peking nach der blutigen Niederschlagung der Studentenproteste gänzlich infrage gestellt wurde. Dies ist umso bemerkenswerter, da im Sommer 1989 der 200. Jahrestag der Französischen Revolution feierlich begangen wurde und sich die Tian'anmen-Krise somit in einem Moment ereignete, in dem sich die französische Nation der eigenen Geschichte und des Engagements Frankreichs bei der Verteidigung der Menschenrechte erinnerte.

Abstract

Due to the simultaneous occurrence of the European and Asian uprisings in 1989, the events of Tian'anmen Square provide an interesting object for global historical research. The following case study builds on the tradition of Jean-Baptiste Duroselles in observing the functioning of the "diplomatic machine" and, in particular, the information available at the disposal of French diplomats, and goes beyond to examine the role of emotions in the perception and tacit assumptions of policy makers in contact with the emotions of civil society. A look at the emotions that this crisis evoked around the world in the spring of 1989 reveals the scope and limits of the transnationalization of feelings at the end of the Cold War. A special form of emotional community emerged in France, which was underpinned through reference to the Revolution of 1789. Access to the French archives provided a basis to argue that the expression of emotions reflects the degree of maturity of the respective national public spheres both within and outside Europe and, at the same time, their ability to come to face with their own histories. The paper lastly demonstrates that the intensity of the emotions expressed in the EC states favoured the adoption of economic sanctions, while not however fundamentally questioning the China policy pursued by France and the EC.

Claudia Kemper

„Wir können und dürfen diesen Wahnsinn nicht mehr dulden, wenn unsere Erde überleben soll“

Nichtregierungsorganisationen als „Emotionsagenturen“ im Kalten Krieg

Mitte der 1980er-Jahre zählte die *Union of International Associations* über 4 600 internationale Nichtregierungsorganisationen (NGOs).[1] In den Jahren zuvor war nicht nur ihre Zahl stark gestiegen, auch die Vielfalt dieser Organisationsform hatte infolge der Neuen Sozialen Bewegungen zugenommen. Dies stellte in der relativ kurzen Geschichte von NGOs eine neue Entwicklung dar, hatten doch noch bis zur Mitte des 20. Jahrhunderts zwischenstaatliche Organisationen das internationale Parkett dominiert. Erst nach 1945, als die UN ein eigenes Anerkennungsverfahren etablierte, nahm die Zahl nicht staatlicher Organisationen zu. Es dauerte wiederum bis in die 1990er-Jahre, bis NGOs angesichts neuartiger Kriegssituationen in die internationalen Beziehungen aktiv miteinbezogen und gezielt gefördert wurden, um in Konfliktgebieten humanitäre Hilfe oder Friedensarbeit zu leisten. Mithin ließe sich vermuten, dass NGOs erst in dieser Phase jene Bedeutung erreichten, die sie zu Transmittern sui generis nicht nur zwischen Geber- und Empfängerländern von Hilfsleistungen, sondern zwischen Staaten generell machten.

Nach dem Ende des Kalten Kriegs erweiterten sich die Handlungsräume nicht staatlicher Organisationen auch durch ihre Expansion in nicht westlichen Ländern, wo sie nach Meinung vieler westlicher Beobachter maßgeblich die Demokratisierung vorantreiben würden.[2] Bis dahin hatten sich NGOs an den machtpolitischen Konstellationen des Kalten Kriegs orientieren müssen, um international agieren zu können. Ihr Einflussradius beschränkte sich oftmals auf die UN, jener Organisation, in der die Machtblöcke auch in schwierigen Phasen miteinander kommunizierten und NGOs direkt vermittelnd auftreten konnten.[3]

[1] Madeleine Herren: Internationale Organisationen seit 1865. Eine Globalgeschichte der internationalen Ordnung. Darmstadt 2009, S. 112.
[2] So die These von Kim D. Reiman: A View from the Top. International Politics, Norms and the Worldwide Growth of NGOs. In: ISQ 50 (2006), S. 45–67.
[3] Beispielhaft Heike Wieters: The NGO CARE and Food Aid from America, 1945–1980. Manchester 2017.

https://doi.org/10.1515/9783110680522-019

Doch zeigt sich bei näherer Betrachtung, dass NGOs auch während des Kalten Kriegs die Möglichkeit hatten, Kommunikationswege zwischen den Blöcken zu nutzen, um Einfluss auszuüben. NGOs, die nach äußerem Anschein zwischen den Blöcken und neutral agierten, hatten zwar auf der einen Seite den Nachteil, politische Forderungen nur in moderater Form vortragen zu können. Auf der anderen Seite bot ihre offene Organisationsform aber die Möglichkeit, außerhalb der starren diplomatischen Regeln und zeitweise kaum beweglichen Mustern des internationalen Konflikts fluide zu agieren.[4] Da die außenpolitischen Beziehungen während des Kalten Kriegs zugleich ein hohes Maß an – sei es instrumentell eingesetztem oder auf persönlicher Ebene tatsächlich praktiziertem – Vertrauen erforderten,[5] boten sich einige NGOs beziehungsweise nicht staatliche Vereinigungen an, zusätzliche Vertrauenskanäle zu schaffen. Die Ost-West-Kooperationen im Wissenschaftsbereich zeigen beispielhaft, wie der Austausch auf einem vermeintlich nicht politischen Feld diplomatische Funktionen übernahm und Begegnungen ermöglichte. Solche Annäherungen produzierten auch emotionale Codes, die über den konkreten Anlass hinaus Wirkung entfalteten.[6] Es ist davon auszugehen, dass NGOs als „Agenturen" etwa in der Frage der Atombewaffnung zwischen Staaten oder zwischen innerstaatlichen Konfliktparteien vermitteln konnten. Im Folgenden soll deshalb der Frage nachgegangen werden, welchen Erkenntnismehrwert eine emotionshistorische Perspektive insbesondere auf friedenspolitisch engagierte Nichtregierungsorganisationen bietet. Zunächst werden NGOs in das Feld der Organisationsforschung eingeordnet, verbunden mit grundsätzlichen Überlegungen hinsichtlich der emotionalen Erwartungshaltung an NGOs und ihrer Möglichkeiten, diese zu nutzen. Gerade ihre machtpolitisch schwache Stellung während des Kalten Kriegs verstärkte ihre Rolle als „Emotionsagenturen". Ein Fallbeispiel soll dies näher beleuchten und verdeutlichen, dass NGOs nicht nur als Organisationen wahrgenommen wurden, die emotional berührende Themen auf emotionale Weise an die Weltöffentlichkeit brachten, sondern auch als Organisationen, die in der Lage waren, Emotionen zu produzieren sowie zu repräsentieren – und die somit institutionalisierte Emotionen anboten.[7]

[4] Akira Iriye: Global Community. The Role of International Organizations in the Making of the Contemporary World. Berkeley 2002, S. 149f.

[5] Reinhild Kreis (Hg.): Diplomatie mit Gefühl. Vertrauen, Misstrauen und die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland. Berlin/Boston 2015.

[6] Jens Niederhut: Grenzenlose Gemeinschaft?. Die „scientific community" im Kalten Krieg. In: Osteuropa 59 (2009), S. 57–68.

[7] Alle Institutionen entwickeln eine eigene Emotionskultur, darüber hinaus können Emotionen im Laufe institutioneller Entwicklungen wie Professionalisierung, Kommerzialisierung oder Medialisierung auch zu einem Bestandteil von Institutionen werden. Vgl. Timo Hoyer/Ulrich Beumer/Marianne Leuzinger-Bohleber (Hg.): Jenseits des Individuums – Emotion und Organisation. Göttingen 2011.

Nichtregierungsorganisationen emotionshistorisch

Nichtregierungsorganisationen nutzten schon immer sowohl Experten als auch Emotionen, um Wissen und politische Anliegen zu vermitteln – eine Kombination, die sich insbesondere nach 1945 als Legitimationsquelle für ihre Anerkennung erweisen sollte.[8] NGOs waren eine Form organisierter *soft power*[9] und als politische Akteure nicht an die strikten Regeln nationalstaatlich ausgerichteter Diplomatie gebunden. Vielmehr konnten NGOs wie das 1957 in den USA gegründete *Committee for a Sane Nuclear Policy* (SANE) oder die 1971 gegründete internationale Organisation *Greenpeace* glaubhaft vermitteln, dass sie ihre Anliegen in globale Zusammenhänge einordneten und analysierten, somit hauptsächlich aus Sorge um die Zukunft der Menschheit aktiv waren. Ihre Auftritte, Proteste oder Veröffentlichungen waren in einen emotionalen Stil gebettet,[10] der sich nicht nur deutlich von der machtpolitischen und bipolar organisierten Kommunikation des Kalten Kriegs unterschied, sondern hierzu einen performativ gestalteten Gegenentwurf bot, der Werte wie Verständnis und Solidarität in den Mittelpunkt stellte.[11]

Die von Anti-Atomkrieg-NGOs genutzten Handlungsspielräume zeichneten sich schon seit den 1950er-Jahren ab, als wissenschaftliche Sammlungsbewegungen das Wettrüsten kritisierten, ohne selbst als antagonistische Gegenspieler zu den „Kalten Kriegern“ aufzutreten. Vielmehr standen solche Bewegungen im engen Kontakt mit der Ebene der Regierungen. So etwa bei den internationalen wissenschaftlichen Kooperationen Anfang der 1950er-Jahre, als die Sowjetunion 1953 nun unter Führung von Nikita Chruschtschow ihre „Friedensoffensive“ einleitete und 1955 die von der US-Regierung präsentierte internationale Strategie *Atoms for Peace* folgte. Beide Annäherungsversuche wurden von der je anderen Seite misstrauisch beäugt. Indem die Regierungen Wissenschaftler integrierten, banden sie die wissenschaftliche *community* ein. Dies sollte schließlich einen blockübergreifenden Austausch jenseits der offiziellen Verhandlungsebene sicherstellen.[12] Vor

[8] Matthew Hilton u. a.: The Politics of Expertise. How NGOs Shaped Modern Britain. Oxford 2013; Matthias Kuhnert: Humanitäre Kommunikation. Entwicklung und Emotionen bei britischen NGOs 1945–1990. Berlin 2017, S. 5.

[9] Ulrike Wunderle: Die Genfer Atomkonferenz von 1955 und die Anfänge der Pugwash Conferences on Science and World Affairs. Zwei diplomatische Handlungsebenen US-amerikanischer Kernphysiker im Kalten Krieg. In: Christian Forstner/Götz Neuneck (Hg.): Physik, Militär und Frieden. Physiker zwischen Rüstungsforschung und Friedensbewegung. Wiesbaden 2018, S. 165–192, hier: S. 166.

[10] Benno Gammerl: Emotional Styles – Concepts and Challanges. In: Rethinking History 16 (2012), S. 161–175. Vgl. auch Kuhnert: Kommunikation (wie Anm. 8), S. 16.

[11] Juliane Riese: On Dynamic Processes of Framing, Counterframing, and Reframing: The Case of the Greenpeace Whale Campaign in Norway Chapter. In: Kathrin Fahlenbrach/Erling Sivertsen/Rolf Werenskjold (Hg.): Media and Revolt. Strategies and Performances from the 1960s to the Present. New York 2014.

[12] Wunderle: Atomkonferenz (wie Anm. 9), S. 166; Frank Schumacher: „Atomkraft für den Frieden“. Eine amerikanische Kampagne zur emotionalen Kontrolle nuklearer Ängste. In: SOWI 3 (2001), S. 63–71.

allem die US-Regierung unter Dwight D. Eisenhower strebten mit *Atoms for Peace* an, das Image der Atomenergie zu verbessern, indem die Vorteile ihrer zivilen Nutzung betont wurden.[13] Es kam darauf an, in der Öffentlichkeit die Überzeugung von der Sinnhaftigkeit der atomaren Rüstung aufrechtzuerhalten und zugleich eine verheißungsvolle Zukunft hinsichtlich des zivilen Sektors zu zeichnen. Wissenschaftler übernahmen hierbei die Funktion von Emotionsvermittlern, ging es doch zu einem Gutteil um die Abwägung von Angst und Optimismus. In dieser Phase bildete sich die unabhängige Pugwash-Bewegung als transnationales Forum, in dem Wissenschaftler unterschiedlicher Nationen über US-amerikanische und sowjetische Sicherheitsinteressen diskutierten, ohne dass Regierungsvertreter einer der beiden Seiten aufeinandertreffen mussten.[14] Während der Pugwash-Treffen kamen technikpessimistische aber auch -optimistische Experten zusammen, die in ihren Verlautbarungen auf die Ängste der Bevölkerung eingingen und zugleich durchaus die Interessen der politischen Elite antizipierten, indem sie die Potenziale ziviler Atomnutzung betonten.

Solche wissenschaftlich orientierten Vereinigungen wurden auf der internationalen Bühne zunächst und primär als reine Wissensvermittler wahrgenommen. Aber ähnlich wie die ab den 1970er-Jahre boomenden NGOs vermittelten auch lose wissenschaftliche Netzwerke wie Pugwash nicht nur Wissen, sondern auch Emotionen zwischen Politik und Öffentlichkeit. Darüber hinaus produzierten sie auch einen eigenen emotionalen Stil, der ihr Kollektiv insgesamt charakterisierte. So tagten die meist etablierten männlichen Wissenschaftler von Pugwash in der *Thinker's Lodge* im abgelegenen kanadischen Novia Scotia, vorrangig um ihre Neutralität und Unvoreingenommenheit zu demonstrieren. Die aus diesen Treffen entstandenen Verlautbarungen zu den Gefahren der atomaren Rüstung gaben nicht nur für Laien verständliche Prognosen ab, sondern transportierten auch rational begründete Sorge und Anteilnahme an den Ängsten in der Bevölkerung.[15]

Atomkritiker wie Pugwash oder die 1969 gegründete *Union of Concerned Scientists* wollten ihre Forderungen von den Regierungen erfüllt sehen. Die politische Elite wiederum konnte davon profitieren, dass durch den Austausch mit den Kritikern der nuklearen Bewaffnung das positive Image entstand, sie würde die Sorgen der Bevölkerung ernst nehmen. Auch wenn solche Kooperationen und Kontakte im Kalten Krieg in der Regel aus strategischen und interessengeleiteten Gründen eingegangen wurden, fungierten sie letztlich auch als Momente, in denen die auf Konfrontation angelegte emotionale Gesamtlage des Ost-West-Kon-

[13] Ulrike Wunderle: Experten im Kalten Krieg. Kriegserfahrungen und Friedenskonzeptionen US-amerikanischer Kernphysiker 1920–1963. Paderborn 2015.

[14] Die Initiative zur ersten *International Conference on Science and World Affairs* kam vonseiten der *Federation of American Scientists* (FAS) und ihrem britischen Pendant, der *Atomic Scientists' Association* (ASA) und wurde maßgeblich von Josph Rotblat vermittelt. Wunderle: Atomkonferenz (wie Anm. 9), S. 182.

[15] Alison Kraft/Carola Sachse (Hg.): Science, (Anti-)Communism and Diplomacy. The Pugwash Conferences on Science and World Affairs in the Early Cold War. Leiden 2019.

flikts abgeschwächt wurde.[16] Mit der zunehmenden Zahl an NGOs, die sich meist expertenbasiert gegen die Atomrüstung einsetzten, institutionalisierte sich diese Form emotionaler Vermittlung.

Um NGOs als „Emotionsagenturen“ in internationalen Konflikten zu diskutieren, bietet auch die Vereinigung *International Physicians for the Prevention of Nuclear War* (IPPNW) reichhaltiges Material. Denn die 1980 von Ärzten aus den USA und der Sowjetunion gegründete Nichtregierungsorganisation setzte sich gegen Atomrüstung ein und stand allein Medizinern offen, wodurch sie einen spezifischen emotionalen Stil entwickelte. Trotz ihrer faktischen Machtlosigkeit konnte sie sich als durchaus beachteter Akteur im internationalen System- und Atomkonflikt etablieren, indem sie auf professionsinterne Ressourcen zurückgriff, zu denen ein im medizinischen Bereich erprobtes emotionales Agieren zählte. Medizinisches Ethos und ärztliche Neutralität stellten sowohl eine Bezugsgröße für die Mitglieder dar, als auch einen charakteristischen Grundzug im Auftreten der Gesamtorganisation. Die normativen Leitwerte des Arztberufs wurden auf die Organisation übertragen und bildeten die Basis eines Vertrauensverhältnisses, das nach innen wie außen wirkte.[17]

Auf unterschiedlichen Ebenen der Organisation spielten Emotionen wie Vertrauen, Angst oder Zuversicht eine Rolle, wenn etwa in friedenspolitischen Vorträgen oder Veröffentlichungen über emotionale Zustände in der Bevölkerung aufgeklärt oder eigene Ängste kommuniziert oder performativ inszeniert wurden. In kürzester Zeit institutionalisierte die IPPNW diese „Emotionsarbeit“, mit der sie schließlich im vielfältigen Konflikt zwischen Ost und West eine spezifische Übersetzerrolle einnahm.[18]

[16] Matthew Evangelista: Transnational Organizations and the Cold War. In: Melvyn P. Leffler/Odd Arne Westad (Hg.): Cambridge History of the Cold War. Bd. 3: Endings. Cambridge 2010, S. 400–421.

[17] Claudia Kemper: Medizin gegen den Kalten Krieg. Ärzte in der anti-atomaren Friedensbewegung der 1980er Jahre. Göttingen 2016.

[18] Ebenfalls im Neoinstitutionalismus haben sich Konzepte entwickelt, die das Zusammenspiel von emotionalen Regeln und institutionellen Logiken in Organisationen zu erfassen suchen. Auf Mikroebene wird gefragt, wie Akteure im Umgang mit Institutionen ein für sie „sinnhaftes Handeln“ entwickeln: *institutional work* meint Motivation, Impetus, Ziele, Interessen, Werte, und auch Emotionen, die als Movens dienen, innerhalb von Organisationen zu agieren. Der Ansatz erinnert an Arlie Hochschilds Konzept der „Emotionsarbeit“, mit dem sie sowohl die „absichtsvolle Arbeit an den eigenen Gefühlen“ als auch die Beeinflussung von Gefühlen anderer in einen Begriff integrierte. Die vor allem auf marktwirtschaftlich agierende Organisationen bezogene „Emotionsarbeit“ kann auch in NGOs nachvollzogen werden. Denn auch hier prägen organisationsspezifische Emotionsregeln den Habitus der Organisationsvertreter, die zugleich Anhänger, Unterstützer oder Entscheider mit Emotionen beeinflussen wollen. Emotionen sind in dieser Doppelfunktion dann nicht mehr einfach nur Emotionen, sondern direkte Faktoren der institutionellen Logik. Vgl. Arlie Russell Hochschild: Das gekaufte Herz. Die Kommerzialisierung der Gefühle. Frankfurt a. M. 2006; Konstanze Senge: Die emotionale Säule von Institutionen. Entwicklungen, Potentiale und Probleme einer neo-institutionalistischen Deutung von Emotionen. In: Maja Apelt/Uwe Wilkesmann (Hg.): Zur Zukunft der Organisationssoziologie. Wiesbaden 2015, S. 205–225, hier: S. 208.

„Wir können und dürfen diesen Wahnsinn nicht mehr dulden, wenn unsere Erde überleben soll“[19] – diese Aussage, die in den 1980er-Jahren zum Repertoire der IPPNW gehörte, gibt auf sprachlicher Ebene erste Hinweise auf das emotional gestaltete und emotionalisierende Auftreten der IPPNW. Auf das vergemeinschaftende, inkludierende „Wir“ folgt die doppelte Zuweisung einer Fähigkeit und eines Imperativs („können und dürfen“). Sie wird gekoppelt mit einer Abgrenzung von der emotional beschriebenen destruktiven Dimension („diesen Wahnsinn“), die den „Kalten Kriegern“ und Aufrüstungsbefürwortern attestiert wurde. Das daran anschließende verneinte Verb „dulden“ signalisierte nicht nur Ablehnung, sondern durch das eingeschoben „mehr“ auch einen zeitlichen Hinweis, da offenbar bislang Schreckliches mit allzu großem Phlegma ertragen wurde, das nun in einem Moment der Bewusstwerdung beendet werden sollte. Der Nebensatz führt zum überwältigenden Argument: „Unsere Erde“ – eine Besitzanzeige des Planeten, die mit der Umweltbewegung der 1970er-Jahre zu einer Chiffre für ökologische Fragilität geworden war – „soll überleben“ – eine Verhaltensaufforderung von existenzieller Bedeutung. Damit drängt der Satz dazu, Lethargie und Ignoranz aufzugeben und zu handeln. Offenbar ging die IPPNW davon aus, dass Emotionen nicht nur ein Instrument der Öffentlichkeitsarbeit seien, sondern dass sie als grundlegender Handlungsimpuls verstanden werden müssten.[20]

Aus emotionshistorischer und -soziologischer Perspektive wird deutlich, dass die IPPNW – wie andere humanitäre und Anti-Atom-NGOs auch – nicht nur zivilgesellschaftliche Anliegen organisierte, professionalisierte und sie Teil einer medialisierten „Empörungs- und Mitleidsindustrie“[21] war, sondern dass sie in den internationalen Beziehungen auch die Rolle einer „Emotionsagentur“ übernahm, die sie während des Kalten Kriegs erproben und ausbauen konnte. Der Begriff „Emotionsagentur“ lehnt sich an jüngere neoinstitutionalistische Überlegungen[22] an, die isomorphischen Deutungen widersprechen, nach denen Organisationen gesellschaftliche Verhaltensmuster linear übernehmen, institutionalisieren und da-

[19] Unter anderem wurde der Satz in Anzeigen verwendet, vgl. Kemper: Medizin (wie Anm. 17), S. 217.

[20] So auch in der (neueren) neoinstitutionalistischen Organisationssoziologie, die mit emotionssoziologischen Ansätzen erklärt, wie Routinehandlungen mit affektiven Mustern gekoppelt sind, vgl. Senge: Säule (wie Anm. 18), S. 219.

[21] Linda Polman/Marianne Holberg: Die Mitleidsindustrie. Hinter den Kulissen internationaler Hilfsorganisationen. Frankfurt a. M. 2010.

[22] Der Neoinstitutionalismus setzt sich seit den 1970er-Jahren kritisch mit Rationalitätsthesen auseinander, nach denen Organisationen lange Zeit im Sinne von Max Webers Bürokratiemodell als Modernitätseffekte erklärt wurden und nach denen somit die Anzahl an Organisationen in einer Gesellschaft einen Rückschluss auf ihre Modernität zuließe. Anfangs hatte der Neoinstitutionalismus den Legitimationserwerb von Organisation fast ausschließlich mit Strukturbedingungen erklären wollen und hierbei Handlungsebenen und soziale Interaktionen vernachlässigt. Andrea Maurer: Organisations- und Wirtschaftssoziologie. Von einfachen Standortbestimmungen zu Querbezügen und neuen Fragen. In: Apelt/Wilkesmann (Hg.): Zukunft (wie Anm. 18), S. 123–139, hier: S. 131 f.

mit ihre Legitimität in der Gesellschaft steigern.[23] Vielmehr, so die neoinstitutionalistische Argumentation, übersetzen Organisationen externe Verhaltensmuster, Anforderungen oder Logiken, eignen sich diese auf spezifische Weise an und vermitteln sie an andere.[24] Indem sie Emotionen und emotionale Stile aus dem gesellschaftlichen und kulturellen Kontext übersetzen und sowohl an ihre Mitglieder als auch an ihre politischen Adressaten vermitteln, agieren Organisationen wie Agenturen.

Sicherlich besaßen NGOs keineswegs das Monopol, öffentliche Emotionen zu erzeugen und zu mobilisieren und ebenso sicher können auch andere Konfliktmuster des Kalten Kriegs emotionshistorisch eingeordnet werden. NGOs hatten zudem auch ein ganz instrumentelles Verhältnis zu Emotionalisierungsstrategien, um Aufmerksamkeit für ihre Kampagnen zu steigern.[25] Aber darüber hinaus ist es lohnenswert, der Frage nachzugehen, welche Gefühlsnormen NGOs übernahmen und sich spezifisch aneigneten, sodass sie „Gefühlsarbeit“ dort in den internationalen Beziehungen leisten konnten, wo andere diplomatische, kommunikative Kanäle und Verflechtungen eine Lücke ließen oder sogar versagten.

Organisationen – kein einheitliches Forschungsfeld

Eine Zeitgeschichte der NGOs ist noch nicht geschrieben und eine Einordnung ihrer Konjunkturen nach 1945 insbesondere im Kontext des Kalten Kriegs steht noch aus.[26] Systematische Untersuchungen kommen bislang vor allem aus dem Forschungsfeld der Internationalen Geschichte, wo das vieldeutige Konzept der *global governance* kritisch hinterfragt und historisiert wird. Hier standen bislang vor allem zwischenstaatliche Organisationen wie die UN[27] und ihre Rolle etwa in den Dekolonisierungsprozessen,[28] in der „Entwicklungspolitik“[29] oder im Kalten

[23] Cristina Besio: Organisation und Gesellschaft. Beiträge der Organisationssoziologie zum Verständnis ihrer Wechselwirkung. In: Apelt/Wilkesmann (Hg.): Zukunft (wie Anm. 18), S. 157–171, hier: S. 159.

[24] Ebd., S. 160; Stefan Kirchner u. a.: Wie geht es weiter mit dem soziologischen Neo-Institutionalismus? Eine kritische Auseinandersetzung. In: Apelt/Wilkesmann (Hg.): Zukunft (wie Anm. 18), S. 189–202, hier: S. 190.

[25] Nach wie vor instruktiv nachzulesen bei Sigrid Baringhorst: Politik als Kampagne. Zur medialen Erzeugung von Solidarität. Opladen 1998.

[26] Zu Großbritannien vgl. Nick J. Crowson/Matthew Hilton/James McKay (Hg.): NGOs in Contemporary Britain. Non-state Actors in Society and Politics since 1945. Basingstoke 2009.

[27] Eine Website mit laufend aktualisierter Bibliografie zum Forschungsfeld bietet der *Bloomsbury* Verlag an in Ergänzung zu Amy L. Sayward: The United Nations in International History. London 2017; The United Nations in International History, https://bloomsbury.com/cw/the-united-nations-in-international-history (letzter Zugriff am 2. 4. 2020).

[28] Eva-Maria Muschik: Managing the World: The United Nations, Decolonisation and the Strange Triumph of State Sovereignty in the 1950s and 1960s. In: JGH 12 (2018) 1, S. 122–144.

[29] Marc Frey/Sönke Kunkel/Corinna Unger (Hg.): International Organizations and Development 1945–1990. Basingstoke 2014.

Krieg[30] im Mittelpunkt des Interesses. Studien zu einzelnen NGOs konzentrieren sich vorrangig auf das weite Feld des Humanitarismus und der Sozialen Bewegungen.[31] Arbeiten der *Cold War Studies* thematisieren auch organisatorische Formen transnationaler Kooperationen, vor allem um die lange Zeit geltenden Deutungen einer durch die Supermächte dominierten binären internationalen Beziehungsgeschichte aufzubrechen.[32]

Trotz der augenfällig engen Verbindung zwischen sozialer Interaktion und emotionaler Codierung[33] und trotz einiger Vorarbeiten[34] blieb die historische Dimension des Emotionalen in der Internationalen Geschichte eher beschränkt. Vorrangig fanden systemtheoretische Ansätze Eingang, die Emotionen als Medium der Kommunikation definieren und mit der Sprache die Codes emotionaler Disposition untersuchen.[35] Eine praxeologische Erweiterung dieser Methode verweist darauf, dass Gefühlsordnungen nicht allein sprachlich normiert und vermittelt, sondern auch körperlich und situativ erlebt und angeeignet werden.[36] Normen und Regeln des Emotionalen prägen demnach nicht nur die sprachliche Äußerung von Gefühlen, sondern auch körperliche und materielle Dispositionen. Auf den Untersuchungsgegenstand „Nichtregierungsorganisationen" bezogen bedeutet das, die Funktion von Kommunikation, Emotionalisierungsstrategien und Performanz etwa in Kampagnen oder rituellen Praktiken, die in der Regel auf die Herstellung kollektiver und vermittelbarer Emotionen hinauslaufen, zu erkennen.[37] Denn Angst, Solidarität oder Empörung wurden im Verlauf des Kalten Kriegs sowohl vonseiten der politischen Eliten als auch von Protestbewegungen

[30] Michel Christian/Sandrine Kott/Ondřej Matějka: International Organizations in the Cold War. The Circulation of Experts Beyond the East-West Divide. In: AUC 17 (2018) 1, S. 35–60.

[31] Vgl. z. B. Tom Buchanan: „The Truth Will Set You Free". The Making of Amnesty International. In: JCH 37 (2002) 4, S. 575–597; Wieters: CARE (wie Anm. 3).

[32] Simo Mikkonen/Pia Koivunen (Hg.): Beyond the Divide. Entangled Histories of Cold War Europe. Oxford/New York 2015; Claudia Kemper: Fenster im Kalten Krieg. Über Grenzen, Alternativen und Reichweite einer binären Ordnungsvorstellung. In: MGZ 75 (2016) 2, S. 481–488.

[33] Jochen Kleres/Yvonne Albrecht (Hg.): Die Ambivalenz der Gefühle. Über die verbindende und widersprüchliche Sozialität von Emotionen. Wiesbaden 2015, S. 3.

[34] Patrick Bormann/Thomas Freiberger/Judith Michel (Hg.): Angst in den Internationalen Beziehungen. Göttingen 2010; Bernd Greiner/Christian Th. Müller/Dierk Walter (Hg.): Angst im Kalten Krieg. Hamburg 2009; instruktiv, aber auf die Bundesrepublik beschränkt vgl. Frank Biess: Republik der Angst. Eine andere Geschichte der Bundesrepublik. Bonn 2019.

[35] Monique Scheer: Are Emotions a Kind of Practices (and is That What Makes Them Have a History). A Bourdieuian Approach to Understanding Emotion. In: H & T 51 (2012), S. 193–220, hier: S. 195 mit Verweis auf Barbara H. Rosenwein: Worrying about Emotions in History. In: AHR 107 (2002), S. 821–845.

[36] Scheer: Emotions (wie Anm. 35), S. 199.

[37] Zu den Klassikern kollektiv bezogener Emotionsforschung zählt Émile Durkheim: Die elementaren Formen des religiösen Lebens. Frankfurt a. M. 1994 (EA 1912). Davon ausgehend verweisen Sven Ismer/Manuela Beyer/Christian von Scheve: Soziale Konsequenzen kollektiver Emotionen. Identifikationen und Solidarität nach innen sowie Abgrenzung nach außen?. In: Jochen Kleres/Yvonne Albrecht (Hg.): Die Ambivalenz der Gefühle. Über die verbindende und widersprüchliche Sozialität von Emotionen. Wiesbaden 2015, S. 83–100, auf einen weiteren Forschungsstrang zu Intergruppen-Emotionen, vgl. ebd., hier: S. 84.

und NGOs hergestellt, politisch kalkuliert und für die Legitimation eigener Argumente und Handlungen genutzt.[38]

Solche Emotionalisierungen beeinflussten auch den Habitus und das politische Agieren von NGOs und somit ihre politische Rolle in den internationalen Beziehungen und die mit ihr verbundenen *feeling rules*.[39] Das gilt nicht nur für die NGOs des 20. Jahrhunderts, sondern auch schon für ältere gemeinwohlorientierte Organisationen, die häufig mit einer spezifischen Mischung aus emotionaler und sachlich argumentierender Empörung auftraten. Eindrückliches Beispiel hierfür ist die Anti-Sklaverei-Bewegung, die organisatorisch auf die 1787 gegründete *Society for Effecting the Abolition System* zurückging. Quäker, Unitarier und Methodisten nutzten ihre kirchlichen Netzwerke[40] und intervenierten mithilfe von Petitionen an das *House of Commons* sowie mit Appellen an Moral und Zivilität. Das Argument „Zivilität“ wurde mit einer gebotenen „Moral“ eingerahmt, die wiederum auch Emotionen wie Mitgefühl einschloss. Den Abolitionisten gelang es, den politischen Diskurs zur Sklavereifrage mit diesem emotional gesättigten Argument zu durchziehen. Im Zusammenspiel mit einer Reihe an machtpolitischen Abwägungen[41] veränderten sich um 1800 die *feeling rules*, mit denen die britische und europäische Politik und Gesellschaft auf den „Rest“ der Welt schaute. Die Anti-Sklaverei-Bewegung hatte dazu beigetragen, dass die weiterhin betriebenen Zivilisierungsmissionen der Europäer nun auch mit den Emotionen Fürsorge und Mitgefühl ausgestattet sein konnten.

Anders als in der Geschichtswissenschaft sind NGOs schon lange ein Thema der Sozialwissenschaften.[42] Ein Blick auf die Geschichte der Organisationsforschung bietet eine Erklärung für die über lange Zeit große Erwartungshaltung gegenüber NGOs. Traditionell beschäftigte sich die Organisationsforschung mit Parteien, Verbänden, Unternehmen, Managementformen oder Verwaltungseinheiten – und somit vor allem mit Organisationsformen innerhalb staatlicher sowie bürokratischer Strukturen, die auf ihre Effizienz hinsichtlich Abläufe und Arbeitsteilung befragt wurden. Im Laufe der Zeit integrierte die Organisationsforschung psychologische Erklärungsansätze. Verhaltens-, Lern- und Sozialpsychologie sowie konflikttheoretische Modelle halfen etwa bei der Frage, wie sich aus Konflik-

[38] Kuhnert: Kommunikation (wie Anm. 8). Eine Verortung dieser Sichtweise im Forschungsfeld bei Deborah B. Gould: Emotion. In: Kathrin Fahlenbrach/Martin Klimke/Joachim Scharloth (Hg.): Protest Cultures. A Companion. New York 2016, S. 160–165.

[39] Arlie R. Hochschild: The Managed Heart. Commercialization of Human Feeling. Berkely 1983.

[40] Birgitta Bader-Zaar: Abolitionismus im transatlantischen Raum. Organisationen und Interaktionen der Bewegung zur Abschaffung der Sklaverei im späten 18. und 19. Jahrhundert. In: IEG (Hg.): EGO, 12. 3. 2010, http://www.ieg-ego.eu/baderzaarb-2010-de (letzter Zugriff am 2. 4. 2020).

[41] Bob Reinalda: Non-State Actors in the International System of States. In: ders (Hg.): The Ashgate Research Companion to Non-State Actors. Farnham 2011, S. 3–17, hier: S. 11–13. Matthias Schulz: Internationale Institutionen. In: Jost Dülffer/Wilfried Loth (Hg.): Dimensionen internationaler Geschichte. München 2012, S. 211–232, hier: S. 216.

[42] Reinalda (Hg.): Ashgate Research Companion (wie Anm. 41).

ten innerhalb von Organisationsabläufen konstruktive Effekte erzielen ließen. Von hier aus entwickelte die Organisationsforschung einen beratungsorientierten Output bis hin zu den zahlreichen Managementratgebern.[43] Während es dem organisationstheoretischen Konfliktmanagement vorrangig auf die Problemlösung ankam, bewirkte der psychotherapeutische Trend und Einfluss ab den 1980er-Jahren, dass in beratungsorientierten Arbeiten über Organisationen stärker auf Persönlichkeitsveränderungen innerhalb von Organisationen gezielt wurde statt auf Strukturveränderungen.[44] In ihrem Klassiker der Mediationsberatung aus den frühen 1990er-Jahren heben Robert A. Baruch Bush und Joseph P. Folger sogar hervor, dass organisations- und gruppeninterne „Probleme" vor allem Möglichkeiten seien „for moral growth and transformation" des Einzelnen.[45]

Diese Entwicklung in der Organisationsforschung sollte im Zusammenhang mit den zeitgleich stattfindenden gesellschaftlichen Diskussionen über Teilhabe und Selbstverwirklichung gesehen werden. Denn die Prämissen des pragmatistischen, mithin neoliberalen Strangs der Organisationsforschung, der zunehmend die Fähigkeiten und Ressourcen des einzelnen Organisationsmitglieds betonte und dieses in die Pflicht nahm, korrespondierten auf eigentümliche Weise mit denen der emanzipatorischen Bewegungen, die seit den 1960er-Jahren mit dem Begriff *empowerment* auf die Aktivierung individueller Machtfähigkeit abzielten.[46] Umwelt-, Bürgerrechts- oder Frauenbewegung griffen hierbei unter anderem auf wissenschaftliche Konzepte und Ideen des Kommunitarismus zurück,[47] denn *empowerment* bezog sich im Kern auf einen gemeinwohlorientierten Individualismus, dem es darum ging, einzelne Mitglieder zu stärken, um die Organisation des Kollektivs zu verbessern. In der öffentlichen Rezeption wurden die Ideen einer marktorientierten Persönlichkeitsentwicklung auf der einen und eines kommunitaristisch geprägten *empowerments* auf der anderen Seite aber nur selten voneinander unterschieden. Sie bildeten vielmehr die heterogene gleichwohl stabile Basis für Projekte und Organisationsformen, die in Form des Einzelengagements in der Gruppe entwickelt wurden – im linksalternativen Milieu idealerweise umgesetzt

[43] Lewis A. Coser machte in seiner 1956 veröffentlichten Studie „The Functions of Social Conflict" Simmels Idee vom integralen Moment des Streits populär und legte eine Basis für die Entwicklung von organisationsinternen Konfliktregelungsmustern. Aus einer psychologisch-ökonomischen Strömung entstand die Organisationsentwicklung u. a. durch Chris Argyris' „Personality and Organization" von 1957.

[44] Ulrich Bröckling: Technologien der Befriedung – über Mediation. In: Benjamin Ziemann (Hg.): Perspektiven der historischen Friedensforschung. Essen 2002, S. 226–249, hier: S. 239.

[45] Robert A. Baruch Bush/Joseph P. Folger: The Promise of Mediation. Responding to Conflict Through Empowerment and Recognition. San Francisco 1994, S. 81.

[46] Ulrich Bröckling: Empowerment. In: ders./Susanne Krasmann/Thomas Lemke (Hg.): Glossar der Gegenwart. Frankfurt a. M. 2004, S. 55–62.

[47] Populär gemacht von Charles Tayler, Michael Walzer oder Amitai Etzioni vor allem in den 1970er- und 1980er-Jahren. Etzionis Hauptwerk „Active Society" von 1968 stellt die gesellschaftliche Selbstregulation „von unten" als Hauptkraft politischer – mithin ziviler und konstruktiver – Entwicklung in den Mittelpunkt. Amitai Etzioni: The Active Society. A Theory of Social and Political Processes. London 1968.

in Landkommunen, Wohngemeinschaften oder selbstorganisierten Kinderläden.[48] Das Zusammengehen eines emanzipatorischen mit einem marktkonformen Individualismus kann hier nur knapp skizziert werden. Deutlich werden soll, dass vor diesem Hintergrund kollektiv getragenen Organisationen ein besonders hoher Wert zugeschrieben wurde, woraus sich auch die hohe Erwartungshaltung an Nichtregierungsorganisationen ergab. NGOs wurden deshalb über lange Zeit mit einem positiven emotionalen Stil in Verbindung gebracht.

Für das Entstehen und Agieren nicht staatlicher Organisationen stellen Emotionen also keineswegs nur nutzbar gemachte „weiche“ Faktoren dar. Zwar spielt in der Arbeit von NGOs auch ein instrumentelles Verständnis von Empathie eine wichtige Rolle, mit dem das Objekt der Fürsorge dem heimischen Unterstützermarkt nähergebracht werden soll.[49] Daneben sind Emotionen für Organisationen auch – um im Bild zu bleiben – „harte“ Faktoren, die das Zusammenspiel von Motivation der Unterstützenden, programmatischer Zielsetzung, politischer Strategie, Mitgliedschaft und internen Hierarchien überhaupt erst ermöglichen. Emotionen beziehungsweise die Verbindung von Wahrnehmung und positiver emotionaler Zuschreibung bilden für Nichtregierungsorganisationen eine existenzielle Grundlage. Daher waren (und sind) diese auch in der Lage, Emotionen in den internationalen Beziehungen zu managen.[50] Dies hat die jüngere Forschung zu internationalen Beziehungen und Konflikten erkannt, die sich in diesem Sinne zunehmend von positivistischen Zugängen absetzt und emotionale Dimensionen berücksichtigt: „If we accept the argument that emotion – like language – is a constitutive element of international politics, then we are able to re-examine the assumptions which underpin our interactions with others in situation of conflict. […] If political conflicts are underpinned by emotional dimensions then an inability to understand others’ feelings is likely to be a dynamic which contributes towards perpetuating mistrust and conflict.“[51]

[48] Sven Reichardt: Authentizität und Gemeinschaft. Frankfurt a. M. 2014.

[49] Luc Boltanski: Distant Suffering. Morality, Media and Politics. Cambridge 1999; Lilie Chouliaraki: The Spectatorship of Suffering. London 2006; Florian Hannig: Mitleid mit Biafranern in Westdeutschland. Eine Historisierung von Empathie. In: WerkstattGeschichte 68 (2015), S. 65–77. Zur notwendigen Narrativierung eines beobachteten Konflikts, die die Voraussetzung für Empathie bildet, vgl. Fritz Breithaupt: Kulturen der Empathie. Frankfurt a. M. 2009.

[50] Diese These ist der konstruktivistischen sozialwissenschaftlichen Forschung entlehnt, die davon ausgeht, dass Internationale Organisationen, darunter auch NGOs, Normen generieren und ihre Einhaltung überwachen können, somit sich „globale Ordnungsmuster“ etablieren könnten. Eugénia da Conceição-Heldt/Martin Koch/Andrea Liese: Internationale Organisationen als Forschungsgegenstand. Oder: „Über Blinde und die Gestalt des Elefanten“. In: dies. (Hg.): Internationale Organisationen. Autonomie, Politisierung, interorganisationale Beziehungen und Wandel. Wiesbaden 2015, S. 4–27, hier: S. 10. Vgl. auch Michael N. Barnett/Martha Finnemore: Rules for the World. International Organizations in Global Politics. Ithaca 2004; Michael Barnett/Martha Finnemore: The Politics, Power, and Pathologies of International Organizations. In: International Organization 53 (1999), S. 699–732; Margaret E. Keck/Kathryn Sikkink: Activists beyond Borders. Advocacy Networks in International Politics. Ithaca 1998.

[51] Naomi Head: Transforming Conflict. Trust, Empathy, Dialogue. In: Yohan Ariffin/Jean-Marc Coicaud/Vesselin Popowski (Hg.): Emotions in International Politics. Beyond Mainstream International Relations. Cambridge 2016, S. 358–379, hier: S. 363.

Während des Kalten Kriegs vermittelten und übersetzten NGOs nicht nur in emotional aufgeladenen Konfliktsituationen, vielmehr verband sich mit ihnen insbesondere ein emotionaler Nimbus, der einen Gegensatz bildete zum Bild einer rein technokratischen und penibel sachlich vorgehenden Diplomatie. Nichtregierungsorganisationen erfuhren in den 1970er-Jahren diese Aufwertung auch, weil ihre grundsätzlich globale Ausrichtung und ihre grenzüberschreitende Organisationsform eine besondere Problemlösungskompetenz zu bieten schien. Denn zur gleichen Zeit wurden in Wissenschaft und Politik zunehmend komplexe Problemlagen diskutiert,[52] galt die Gesellschaft als zunehmend vernetzt,[53] wuchsen soziale Bewegungen – und damit disparate Partizipationswünsche – an und kursierten globale Krisenbeschreibungen. Vor diesem Hintergrund konnten NGOs nicht nur wegen ihrer Themensetzung, sondern auch wegen ihres Organisationsverständnisses zu moralischen Imperativen aufsteigen.[54] Nichtregierungsorganisationen galten zunehmend – und befördert etwa durch die in den Umweltbewegungen vorgetragene Wachstumskritik (*Club of Rome*) – als kritische Korrektive nationaler und internationaler Politik.[55] Sie stellten jene unabhängige Organisationsform dar, in der sich das individuelle und kollektive Anliegen, in einer vernetzten Welt aktiv sein zu können, umsetzen ließ.

Nicht staatliche „Emotionsarbeit" im Kalten Krieg

Wie zahlreiche andere Friedensinitiativen und -organisationen zu Beginn der 1980er-Jahre konstituierte sich die IPPNW über die Berufskompetenz ihrer Mitglieder.[56] Gemäß der Absprache ihrer Co-Präsidenten, Bernard Lown aus den USA und Evgenij Chazov aus der Sowjetunion, sollte die IPPNW im hochpolitischen Atomkonflikt legitimiert werden, indem sie rein medizinisch argumentierte. Auch deshalb standen die meisten ihrer nationalen Sektionen nur Ärzten offen. Die IPPNW sollte sich „rein medizinisch" präsentieren, damit der Kooperation

[52] Ariane Leendertz: Das Komplexitätssyndrom. Gesellschaftliche „Komplexität" als intellektuelle und politische Herausforderung. In: dies./Wencke Meteling (Hg.): Die neue Wirklichkeit. Semantische Neuvermessungen und Politik seit den 1970er-Jahren. Frankfurt a. M. 2016, S. 94–131.
[53] Alexander Friedrich: Vernetzung als Modell gesellschaftlichen Wandels. Zur Begriffsgeschichte einer historischen Problemkonstellation. In: ebd., S. 35–62.
[54] Olaf Bach: Die Erfindung der Globalisierung. Entstehung und Wandel eines zeitgeschichtlichen Grundbegriffs. Frankfurt a. M. 2013, S. 145f.
[55] Hieraus erklärt sich auch die Differenz zwischen geschichtswissenschaftlichen Zugängen, die lange Zeit soziale Bewegungen und ihre Organisationen als Ausdruck positiv konnotierter Modernisierung zwischengesellschaftlicher Beziehungen erfassten, während sich Studien zur internationalen Geschichte fernab davon der staatlichen und ökonomischen Ebene und ihren Organisationen widmeten. Holger Nehring: Transnationale soziale Bewegungen. In: Dülffer/Loth (Hg.): Dimensionen (wie Anm. 41), S. 129–150, hier: S. 131.
[56] Ulrike C. Wasmuht: Die Perzeption der bundesdeutschen Friedensbewegung in den USA. In: Josef Janning/Hans-Josef Legrand/Ulrich Albrecht (Hg.): Friedensbewegungen. Entwicklung und Folgen in der Bundesrepublik Deutschland, Europa und den USA. Köln 1987, S. 212–223, hier: S. 217–219.

von Ärzten aus dem West- und Ostblock auch vonseiten staatssozialistischer Regierungen zugestimmt werden konnte. Um die postulierte Neutralität einhalten zu können, sollte die NGO als eine Art „Arzt in Organisationsform“ auftreten, als eine Einheit von Ärzten, die entsprechend des hippokratischen Eides nur ihrem Gewissen und medizinischem Wissen folgten. Auf dieser Ebene bildete die IPPNW eine Form von *emotional community* an der Schnittstelle zwischen der *scientific community* und der politischen Arena. Im Einzelnen lassen sich drei Komponenten identifizieren, aus denen sich diese emotionale Verbindung speiste und die die „Emotionsarbeit“ bestimmten. Erstens übertrugen die Mitglieder ihre normativen Vorstellungen des Arztberufes und des Arzt-Patienten-Verhältnisses auf ihre friedenspolitische Arbeit in der IPPNW, zweitens knüpften sie in ihren Diagnosen und Forderungen an aktuelle medizinische und vor allem psychotherapeutische Diskurse an und drittens boten sie auch eine medizinische Deutung der Gesamtsituation des Kalten Kriegs. Nicht nur Wissen und Habitus, sondern auch Emotionen, die die IPPNW schließlich nach außen vermittelte, gingen auf den beruflichen Kontext der Mitglieder zurück. Auch wenn es in der Praxis zu internen Konflikten und auch zu Anfeindungen von außen kam, lässt sich ein idealtypisches Vorgehen der IPPNW erkennen. Denn mit den verschiedenen Komponenten knüpfte sie an einen positiven „Emotionshaushalt“ von Patienten beziehungsweise Nichtmedizinern an, zu dem sowohl Genesungserfahrungen als auch Vertrauen gegenüber dem Arzt zählten.

Grundsätzlich unterschied sich dieses Vorgehen nicht von anderen Gruppierungen innerhalb der Friedensbewegung. Wenn Friedensgruppen *peace camps*, Menschenketten oder Workshops organisierten, inszenierten sie zugleich ihr Miteinander als einen demonstrativen Gegenentwurf zur internationalen Konfliktlage. Eine Besonderheit der IPPNW war, dass sie als eine Organisation neutral agierender Mediziner, die sich um die akute Notfallsituation „unserer Erde“ kümmerte, auftrat. Aus dem Arztberuf bekannte Diagnoseverfahren, ein medizinischer Habitus und Denkstil wurden in der IPPNW institutionalisiert. Zudem wurden zentrale Gefühlsnormen wie Vertrauen und Hoffnung, die die Grundlage eines idealen Arzt-Patienten-Verhältnisses bilden, genutzt. Für jeden leicht nachvollziehbar evozierte dies die Vorstellung von einem Arzt, der professionelle Verantwortung für das Wohlergehen des Patienten übernimmt.[57] In der „Emotionsarbeit“ der IPPNW galt Vertrauen als eine wichtige Voraussetzung im Kampf gegen die Krankheit „atomare Bedrohung“. Bemerkenswerterweise bezog sich das hier postulierte Vertrauen nicht auf eine mögliche Allwissenheit des Arztes respektive der NGO-Experten. Vielmehr rekurrierte die IPPNW auf den in dieser Zeit vielfach diskutierten Wandel des Ärztebildes. Denn schon seit den 1970er-Jahren, auch befördert durch alternative Gesundheitsbewegungen, hatte die Kritik am „Habitus der Halbgötter in Weiß“ ein Leitbild befördert,[58] nach dem der Arzt

[57] Eliot Freidson: Der Ärztestand. Berufs- und wissenschaftssoziologische Durchleuchtung einer Profession. Stuttgart 1979, S. 139.
[58] Michael Arnold u. a.: Der Beruf des Arztes in der Bundesrepublik Deutschland. Köln 1984.

nicht allwissend, sondern prognostizierend, zugleich abwägend und in aussichtsloser Lage vielleicht sogar nur hoffend auftrat und den verunsicherten, mitunter verängstigten Patienten auch emotional begegnete.[59]

Vertrauen im Sinne eines Gefühls der Richtigkeit oder auch eines *emotional belief* stand spiegelverkehrt zur Grundanlage des Kalten Kriegs, in dem auf diplomatischer Ebene über lange Zeit zwar viel von Vertrauen die Rede war, aber das grundsätzlich misstrauische Klima zwischen den Blöcken bestehen blieb. Aus Sicht der Friedensbewegungen verschanzten sich beiden Seiten geradezu in diesem Dilemma, indem sie einer fast fanatischen Kontrolle der eigenen Verteidigungsfähigkeit und des Angriffswillens des Gegenübers nachgingen und damit nur eine Vertrauens-*Rhetorik* betrieben. Einem solchen Imperativ des Vertrauens wollte die IPPNW ein positives Vertrauenskonzept entgegensetzen: Die moralische Empörung über die Anhäufung von Massenvernichtungswaffen wurde gekoppelt mit diagnostischer Empirie über die absehbaren Folgen eines Atomschlags. Die Person des Arztes, dem wiederum ein rational begründetes und emotional nachvollziehbares Vertrauen entgegengebracht werden konnte, bot einen Ausweg aus dieser Situation an.[60]

Die Vertrauensarbeit der IPPNW war zudem notwendig, weil die Organisation auf freiwillige Unterstützung, Spenden und Mitglieder angewiesen war. Ähnlich wie in Konflikten musste auch die Überzeugungsarbeit von NGOs wie die IPPNW damit umgehen, Außenstehende oder Kritiker weder allein mit „Fakten" noch mit moralischer Empörung überzeugen zu können. So wie in einer grundsätzlich konflikthaften Situation alle Beteiligten die präsentierten Fakten auf der Grundlage ihrer *emotional beliefs* wahrnehmen,[61] spielt auch die Rahmung eines Protestanliegens oder einer politischen Forderung eine wichtige Rolle, um zu mobilisieren.[62] Der Arztberuf bot der IPPNW eine solche Rahmung, die in Anzeigen und Kampagnen in einer Mischung aus betont sachlicher Argumentation und moralischem Anspruch gesetzt war, wie eine typische Anzeige von 1984 verdeutlicht.

[59] In dieser Form kam ein soziologisch klassischer Vertrauensbegriff zum Tragen: „Vertrauen, als die Hypothese künftigen Verhaltens, die sicher genug ist, um praktisches Handeln darauf zu gründen, ist als Hypothese ein mittlerer Zustand zwischen Wissen und Nichtwissen um den Menschen. Der völlig Wissende braucht nicht zu *vertrauen*, der völlig *Nicht*wissende kann vernünftigerweise nicht einmal vertrauen. Welche Maße von Wissen und Nichtwissen sich mischen müssen, um die einzelne, auf das Vertrauen gebaute praktische Entscheidung zu ermöglichen, das unterscheidet die Zeitalter, die Interessengebiete, die Individuen." Georg Simmel: Soziologie (1908). In: ders.: Gesamtausgabe. Bd. 11: Untersuchungen über die Formen der Vergesellschaftung. Hg. von Otthein Rammstedt. Frankfurt a. M. 1992, S. 393 f. (Hervorhebungen im Original).

[60] Wie wichtig sowohl *facts* als auch *moral grounds* seien, um Unterstützung zu bekommen, zeigte sich in der konkreten Aufklärungsarbeit regionaler Ärzteinitiativen: „We have found in working with the medical community that ‚facts' are essential. It is very hard to win friends and allies on ‚moral' grounds alone." Michael Steinberg, Chapter Baltimore, an Herb Abraham, Physicians for Social Responsibility, 11. 11. 1980, Swarthmore Peace Collection/PSR, Acc. 94A-073 Series II Box 102/1980.

[61] Head: Conflict (wie Anm. 51), S. 375.

[62] David A. Snow: Framing Processes, Ideology, and Discursive Fields, in: ders./Sarah Anne Soule/Hanspeter Kriesi (Hg.): The Blackwell Companion to Social Movements. Blackwell Companions to Sociology. Oxford 2004, S. 380–405.

Warum Ärzte vor der Atomrüstung warnen:

Auf unserem Planeten gibt es mehr Sprengstoff als Brot – 15 Tonnen TNT pro Kopf der Weltbevölkerung. Jeder zweite Wissenschaftler arbeitet für die Rüstung. Jede Sekunde werden 36 000 Mark für Waffen und Militär ausgegeben – und jede Sekunde verhungert ein Kind.

Wir können und dürfen diesen Wahnsinn nicht mehr dulden, wenn unsere Erde überleben soll!

Jeder Aufrüstungsschritt – auch die in der Bundesrepublik soeben gegen den Willen der Mehrheit durchgesetzte Raketenstationierung – hat bisher nur das Wettrüsten angeheizt. Der Nachrüstung folgt die Nach-Nach-Rüstung – und so weiter, und so fort.

Die Erfahrung lehrt: Zur Abrüstung gibt es nur einen einzigen Weg – **man muß damit anfangen.**

Als Wissenschaftler fühlen wir uns der Wahrheit verpflichtet, als Ärzte dem Leben. Wahr ist aber, daß das Überleben der Menschheit noch nie so gefährdet gewesen ist wie in unseren Tagen.
Wenn Schutz des Lebens unsere Aufgabe ist, kann uns nichts wichtiger sein als die Verhinderung des Atomkrieges. Ein Atomkrieg wird das Ende der Menschheit bedeuten! Da gibt es nichts mehr zu heilen – nur Vorbeugung kann uns retten.

Kundgebung in Mutlangen:

Samstag, 31. März, um 17.30 Uhr – Feldstraße vor der Schwimmhalle

Informationsveranstaltung

für die Bevölkerung von Schwäbisch Gmünd, Mutlangen und Umgebung am

Sonntag, dem 1. April, 20 Uhr, im „Prediger“
Es sprechen: Priv.-Doz. Dr. Harald Themi (Karlsruhe)
Professor Dr. Herbert Begemann (München)
und andere
Film: „Keiner hat eine Chance“

Veranstalter: Internationale Ärzte zur Verhütung des Atomkriegs (IPPNW)
Verantwortlich i. S. d. P.: Dr. Till Bastian, 6501 Heidesheim

Abb. 1: Anzeige der IPPNW in der Rems-Zeitung (Ostalbkreis) vom 31. März 1984[63]

In der an Ärzte und Öffentlichkeit gerichteten Anzeige aus dem Jahr 1984 (Abb. 1) begründeten die friedenspolitisch aktiven Mediziner ihre Zuständigkeit mit dem moralischen Imperativ „Als Wissenschaftler fühlen wir uns der Wahrheit verpflichtet, als Ärzte dem Leben“. Inhaltlich rückte die Anzeige „Normalität“ und

[63] Abgedruckt in Kemper: Medizin (wie Anm. 17), S. 217.

„Wahnsinn“ in den Mittelpunkt, indem die Gesellschaftssituation als gesund, die Politik aber als pathologisch diagnostiziert wurden. Die Pathologie der atomaren Rüstung fiel umso mehr ins Auge, als die Militärausgaben den Defiziten in der Welternährung gegenübergestellt wurden. Solche Kontrastierungen bildeten gängige Konkretisierungsverfahren, mit denen aktuelle Auswirkungen des Wettrüstens benannt wurden. Dem kritisierten „Radikalismus der automatischen Aufrüstung“ stellte der Anzeigentext ein aktives, selbstbestimmtes Bild des Arztes gegenüber – inklusive traditioneller bürgerlicher Tugend und ärztlichem Habitus in Form von Erfahrung und Räsonnement. Auf dieser Grundlage und nach Abwägung aller Fakten könne ein Arzt nur zu dem Schluss kommen, gegen einem Atomkrieg zu sein.

In einer anschließenden Komponente der „Gefühlsarbeit“ interpretierte die IPPNW den internationalen Konflikt „Kalter Krieg“ als einen krankhaften Zustand, der aus dem Mangel an emotionaler Erkenntnis der Beteiligten hervorgegangen sei. Die „Emotionsarbeit“ der IPPNW zielte darauf, der Fähigkeit zur individuellen emotionalen Äußerung eine politisch-rationale Funktion innerhalb des Atomkonflikts zuzuschreiben.[64]

Auch jenseits der IPPNW gehörte das emotionale Bekenntnis – vorrangig zur eigenen Angst – zum politischen Mittel und Protestreservoir der Friedensbewegungen.[65] Damit wurde den machtpolitischen Entscheidungen und der „kalten“ Logik der Politiker eine Form von Betroffenheit gegenübergestellt.[66] Die IPPNW diagnostizierte: Nur wer sich emotional auf die Bedrohungslage einstellen könne, sei auch in der Lage, vernünftige Entscheidungen zu treffen. Indem er den Horror der Atombombe, der in alle Lebensbereiche hineinwirke, und die monströse Deformation der Politik erkenne, sollte der Einzelne auch das eigene Leiden als Folge solcher Politik begreifen. Mit der Aussage „Wir werden euch nicht helfen können“, die die westdeutsche Sektion der IPPNW an den Anfang ihrer Kampagnen stellte, sollte sich für jeden Einzelnen die Notwendigkeit erschließen, eigene Verantwortung für die Lösung des Konflikts zu übernehmen. Um die Strukturen aufzulösen, die das nukleare Wettrüsten bedingten, müsse jeder auch an seinem Selbst und seinen Empfindungen arbeiten.[67]

[64] Claudia Kemper: „The Nuclear Arms Race is Psychological at its Roots“. Physicians and Their Therapies for the Cold War. In: Matthew Grant/Benjamin Ziemann (Hg.): Understanding the Imaginary War. Culture, Thought and Nuclear Conflict, 1945–90. Manchester 2016, S. 213–237.

[65] „Während die Fähigkeit zur Erfahrung und Artikulation von Angst in den 1970er Jahren noch als Ausdruck einer gesunden Subjektivität erschien, nahm Angst in den politischen Auseinandersetzungen um den Nato-Doppelbeschluss nun den Charakter einer höheren Form von Rationalität an.“ Frank Biess: Die Sensibilisierung des Subjekts: Angst und „Neue Subjektivität“ in den 1970er Jahren. In: WerkstattGeschichte 17 (2008), S. 51–71, hier: S. 70.

[66] Susanne Schregel: Konjunktur der Angst. „Politik der Subjektivität“ und „neue Friedensbewegung“, 1979–1983. In: Greiner/Müller/Walter (Hg.): Angst (wie Anm. 34), S. 495–520, hier: S. 504f.

[67] Claudia Kemper: Psychologische Abrüstung. Psychotherapeuten in der westdeutschen Friedensbewegung der frühen 1980er Jahre. In: Maik Tändler/Uffa Jensen (Hg.): Das Selbst zwischen Anpassung und Befreiung. Psychowissen und Politik im 20. Jahrhundert. Göttingen 2012, S. 168–185.

Unverkennbar schloss die IPPNW hier an Gefühlsnormen und populäre Ansätze der zeitgenössischen Psychotherapie an – eine weitere Komponente ihrer „Gefühlsarbeit“. Denn seit den 1960er-Jahren hatten sich psychotherapeutische und sozialpsychologische Fachdiskurse zunehmend mit gesellschaftlichen Debatten verflochten und ein Klima geschaffen, in dem Selbsterfahrungsgruppen, Projekte der Selbstverwirklichung und die entsprechende Ratgeberliteratur Konjunktur hatten. Eine breite „therapeutische Kultur“ rückte das Selbst und die Selbst-Sorge,[68] die nun auch durch zahlreiche engagierte Psychologen und Psychiater in die westliche Friedensbewegung gelangte,[69] in den Mittelpunkt. Eine der Grundannahmen, die in der Bewegung als Protestpraxis umgesetzt wurde, ging davon aus, individuelles Leid und Krankheit aus der Wechselwirkung mit gesellschaftlichen Strukturen und Unterdrückungsmechanismen ableiten zu können.[70] Nur wenn das Selbst in emotionaler Erkenntnis zur eigenen existenziellen Angst stehe, könne dieser pathologische Kreislauf offengelegt und überwunden werden.[71] Bekenntnisse des Emotionalen hatten also nicht nur einen politischen Zweck, sondern galten auch als eine Form der Therapie für hochmoderne Gesellschaften. Als Organisation, in der solchen Verdrängungsmechanismen auf professionelle Weise nachgegangen und diese mit Diagnosen des Kalten Kriegs verbunden wurden, vermittelte die IPPNW zwischen Experten und Laien, genauer gesagt zwischen dem laienhaften Verständnis von Betroffenheit und der medizinischen Sicht auf Emotionen.

Institutionalisierte Emotionen im Kalten Krieg

Der emotionale Stil beschränkte sich nicht auf die Mikroebene, sondern kam unter den besonderen Umständen des Kalten Kriegs auch auf internationaler Ebene zum Tragen. NGOs wurden zwar oft genug instrumentalisiert, konnten sich aber auch als Vermittler zwischen beiden Seiten anbieten. Während des Kalten Kriegs geschah dies unter besonderen Bedingungen, denn unabhängig von ihrer inhaltlichen Agenda gerieten sie oftmals in zentrale oder periphere – gleichwohl für die Systemkonkurrenz relevante – Konflikte. Religiös fundierte NGOs wie CARE,

[68] Lutz Raphael: Embedding the Human and Social Sciences in Western Societies, 1880–1980. Reflections on Trends and Methods of Current Research. In: Kerstin Brückweh u. a. (Hg.): Engineering Society. The Role of the Human and Social Sciences in Modern Societies, 1880–1980. Basingstoke 2012, S. 41–58.

[69] Etwa durch Horst Eberhard Richter, der als Psychotherapeut schon seit den 1970er-Jahren in Initiativgruppen und Projekten aktiv war. Sein gruppentherapeutisches Konzept fand in dieser Zeit weite Verbreitung. 1980 wandte er sich der Friedensbewegung zu und agierte im Vorstand und Beirat der westdeutschen IPPNW als intellektuelle Leitfigur. Vgl. auch Maik Tändler: Das therapeutische Jahrzehnt. Der Psychoboom in den 1970er Jahren. Göttingen 2016.

[70] Cornelia Brink: Grenzen der Anstalt. Psychiatrie und Gesellschaft in Deutschland, 1860–1980. Göttingen 2010, S. 453–454.

[71] Biess: Sensibilisierung (wie Anm. 65).

Christian Aid oder *World Vision* agierten meist als entwicklungspolitische Unterstützer,[72] säkulare NGOs wie die britische *War on Want* unterstützten postkoloniale Befreiungsbewegungen in Lateinamerika oder Afrika. In Konfliktregionen wie Biafra, Mosambik oder Vietnam konnten einzelne große NGOs vor Ort arbeiten, mussten sich aber, wie *Médicine sans Frontières*, strikt humanitär auf die Linderung des Leids von Zivilisten konzentrieren.[73] Die Sicherheitsdogmen des Kalten Kriegs ließen kaum zu, dass sich NGOs „in ein kriegführendes Land" hineinwagen konnten.[74] Aktives Engagement war vielfach nur unter Auflagen möglich. Wenn sich NGOs um eine friedenspolitische Konfliktmoderation bemühten, also um Schutzmaßnahmen, *bevor* das Leid eintrat, konnte es zudem passieren, dass ihre Arbeit von politischer Seite als Parteinahme verurteilt wurde.[75] Umso mehr hatten viele Friedens- und Anti-Atomwaffen-NGOs ein Interesse daran, eine Kommunikationsebene anzubieten, auf die sich staatliche Institutionen ohne Gesichtsverlust einlassen konnten. So erklärt sich der emotionale Stil gerade von expertenbasierten NGOs als eine Mischform aus Sachlichkeit und Empathie, mithin einer sachlichen Anteilnahme an gesellschaftlichen Ängsten, die für den politischen Diskurs sorgend-rational aufbereitet wurde.

Angesichts der politischen Bedingungen des Blockkonflikts und der ubiquitären atomaren Bedrohungslogik, konzentrierten sich viele Initiativen und Organisationen in den ersten Jahrzehnten des Kalten Kriegs auf Appelle und Aufklärungsarbeit von Europa und den USA aus. Wie gezeigt hatten sich vor allem Fachleute und Experten seit den 1950er-Jahren zu einer atom-kritischen, transnational agierenden Elite formiert, die gezielt den blockübergreifenden Dialog suchte. Zur Pugwash-Bewegung kamen ab Ende der 1970er-Jahre weitere Wissenschaftlervereinigungen hinzu, die sich vor allem beim Thema Rüstungskontrolle als Akteure etablierten – beispielsweise das 1970 gegründete *Natural Resources Defense Council* (NRDC)[76] oder die 1979 eingerichtete *National Academy of*

[72] Bob Reinalda: Routledge History of International Organizations. From 1815 to the Present Day. New York 2009, S. 500.

[73] Zwar sind Überlegungen, wie Zivilisten in Kriegs- und Gewaltkonflikten zu schützen seien, mindestens so alt wie die Anfänge des humanitären Völkerrechts, aber als ein Bereich praktischer Aktivitäten von NGOs ist der Schutz von Zivilisten „ein relativ neues Phänomen". Monika Krause: Das gute Projekt. Humanitäre Hilfsorganisationen und die Fragmentierung der Vernunft. Hamburg 2017, S. 205.

[74] Fiona Terry: Condemned to Repeat?. The Paradoxy of Humanitarian Action. Ithaca 2002, S. 28 – zitiert nach Krause: Projekt (wie Anm. 73), S. 206.

[75] Vgl. den gesamten Band und insbesondere die Aufsätze von Jörg Nagler und Thomas A. Schwartz in Norbert Frei/Dominik Rigoll (Hg.): Der Antikommunismus in seiner Epoche. Weltanschauung und Politik in Deutschland, Europa und den USA. Göttingen 2017.

[76] Das NRDC war eine NGO, die ursprünglich von Rechtsanwälten und Jurastudenten gegründet worden war. Zunächst konzentrierte sie sich auf Rechtsberatung, gab unter anderem „A Citizen's Handbook on Groundwater Protection" heraus. Nach und nach traten Experten weiterer Disziplinen ein. Während der 1980er-Jahre wurde das NRDC besonders bekannt durch seine Zuarbeit in der Rüstungskontrolle. In den „Nuclear Weapons Data Books" wurde detailliert, in endlosen Tabellen und kleinteiligen Grafiken, die Produktion von Atomwaffen in den USA dargelegt.

Sciences Committee on International Security and Arms Control (CISAC). Auch die IPPNW kann als Teil dieser Entwicklung angesehen werden, da sie sich strikt auf die Berufskompetenz ihrer Mitglieder bezog und aus dieser Ressource unter anderem ihren emotionalen Stil ableitete. Die „Emotionsarbeit“ der IPPNW stärkte die Friedensbewegung, indem medizinisch begründet wurde, warum den emotionalen Äußerungen der eigenen Ängste eine politisch-rationale Funktion zukam. Darüber hinaus bot sich die IPPNW auch als eine Agentur an, die Emotionen zwischen Ost und West übersetzbar machte. Emotionen wie Vertrauen, Empörung, Sorge, Zweifel, aber auch (Machbarkeits-)Optimismus waren eingebettet in einen medizinischen Begriffs- und Bezugsapparat und standen Mitgliedern wie involvierten Politikern aus dem West- und Ostblock für eine Kommunikation zur Verfügung. Die IPPNW legitimierte ihre Arbeit durch ihr gut nachvollziehbares Leitbild: Der empathische Arzt stand seinen Patienten – US-amerikanischen und sowjetischen Regierungsvertretern – auf dem Weg zur emotionalen Selbsterkenntnis aufklärend, umsichtig und fürsorgend zur Seite.

Da NGOs prinzipiell kein demokratisches Unterfangen sind, ihre Mitglieder von gesellschaftlicher Seite weder gewählt noch beauftragt werden, speist sich die Legitimation von NGOs aus anderen Zustimmungsvorgängen und -werten. Ein Blick auf die „Emotionsarbeit“ der IPPNW macht deutlich, wie die Organisation ihr Programm zustimmungsfähig machte, indem sie es mit dem emotionalen Vorverständnis in der Gesellschaft verknüpfte. „Emotionsarbeit“ leistet eine NGOs aber nicht nur, um zu mobilisieren, sondern auch, um einen alternativen Politikstil anzubieten und diesen zu unterfüttern. Das gilt für die Gegenwart wie für die Zeit des Kalten Kriegs. NGOs aus emotionshistorischer Perspektive zu untersuchen, dürfte deshalb nicht nur weitere Facetten der Konfliktmoderation im Kalten Krieg aufzeigen, sondern auch Informatives für die Gegenwart zutage fördern. Denn ähnlich wie dem Ideal der „Zivilgesellschaft“ erging es den NGOs nach dem Ende der Systemkonkurrenz und dem heftigen Aufprall nach der kurzen euphorischen Phase, in der westliche Demokratien als vermeintliche Sieger vom Platz gingen. Gewalteskalation und Bürgerkriege nahmen in den 1990er-Jahren sprunghaft zu und das internationale Staatensystem verlegte sich darauf, unterstützt von den Vereinten Nationen und der Weltbank, NGOs als Konfliktmanager zu fördern. Der ungeheure Emotionsüberschuss, mit dem nicht staatliche Organisationsformen in dieser Phase ausgestattet wurden, der bis in die jüngste Vergangenheit die Meinung nährte, mit diesen „Kräften des Guten“[77] entstehe nolens volens eine *Global Civil Society*,[78] lässt sich nur in Verbindung mit der Geschichte des Kalten Kriegs verstehen. Geht man dieser Spur nach, dürfte man einige Dilemmata unserer Gegenwart deutlicher erkennen.

[77] Vgl. John Boli/George M. Thomas (Hg.): Constructing World Culture. International Nongovernmental Organisations Since 1875. Stanford 1999; Patrice McMahon: The NGO Game. Post-Conflict Peacebuilding the Balkans and Beyond. Ithaca 2017, S. 20.

[78] Norbert Götz: Civil Society and NGO: Far from Unproblematic Concepts. In: Reinalda (Hg.): Ashgate Research Companion (wie Anm. 41), S. 185–196, hier: S. 185.

Abstract

Until the end of the Cold War, NGOs had to gear themselves to the era's constellation of power politics in order to be able to operate at the international level. Their radius of influence was often limited to the UN, where East and West were able to communicate with one another and NGOs could act as mediators even in difficult phases. At the same time they were able to develop alternative ways of communication between the blocks, for which in turn emotions played an important role on at least two levels. To begin with, the credibility and legitimacy of NGOs depended on the emotions with which their organisation was associated and was publicly perceived. The positive external presentation of NGOs therefore not only served to increase the willingness of people to contribute to their cause, but was also necessary to gain credibility with external actors. Personal exchanges were, moreover, advocated by cross-bloc NGOs in particular, not unlike how scientists were able to cooperate internationally. This led to encounters between people from East and West, which were only supposedly of a non-political character. They indeed also fulfilled diplomatic functions, especially in times when official diplomacy was tense. Such rapprochements also produced emotional codes that had an effect beyond the specific occasions. NGOs can be regarded as "agencies" here as they, for example, were able to mediate or translate emotions between states as well as parties to internal conflicts on the issue of nuclear weapons. The article takes a closer look at International Physicians for the Prevention of Nuclear War (IPPNW) and classifies the association in terms of emotional history in order to discuss NGOs as "emotional agencies" in international conflicts and during the Cold War in particular.

Kommentare

Reiner Marcowitz

Kommentar: „Vertrauen und Misstrauen“[1]

Die hier zu kommentierenden Aufsätze ergänzen sich insofern sehr gut, als sie mithilfe von Fallbeispielen aus unterschiedlichen Epochen sowie mit Blick auf verschiedene Akteure und Länder zeigen, dass die Emotionsgeschichte tatsächlich eine wichtige Ergänzung zu den sich in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten schon stark ausgefächerten Ansätzen zur Erforschung der Geschichte der internationalen Beziehungen bildet. Bereits seit den 1990er-Jahren lässt sich eine Renaissance der internationalen Geschichte feststellen, wobei sich ihre Erforschung in puncto Methodik und Erkenntnisinteresse weit von einer traditionellen Diplomatiegeschichte entfernt hat:[2] „Geschichte der internationalen Beziehungen“ oder „internationale Geschichte“ ist der Oberbegriff für ein breites thematisches Feld geworden, das sowohl die klassischen zwischenstaatlichen Verhältnisse umfasst als auch das weite Beziehungsgeflecht transnationaler und transkultureller Kontakte von staatlichen und nicht staatlichen Akteuren. Angesichts der Globalisierungstendenzen in der Gegenwart verbietet sich die traditionelle Staatsfixierung ohnehin. Überdies hat sich das methodische Instrumentarium stark ausdifferenziert. Dazu gehört die Verzahnung von Innen- und Außenpolitik: Beide Bereiche werden nicht mehr in einer Beziehung jeweils einseitiger Dependenz zueinander gesehen, sondern als interdependent verstanden. Eine adäquate Analyse nationaler Außenpolitik seit dem Beginn der – in den verschiedenen europäischen Staaten zeitlich versetzten – Demokratisierung der auswärtigen Beziehungen im 19. Jahrhundert als dem anbrechenden Zeitalter des „politischen Massenmarktes“ (Hans Rosenberg) darf die innenpolitischen Abhängigkeiten der internationalen Akteure von gesellschaftlichen Entwicklungen, dem jeweiligen politischen System oder sozio-kulturellen Prägungen nicht ausblenden. Stärker noch als früher ist auch die Frage nach der Wirkung unterschiedlicher Mentalitäten und gegenseitiger Wahrnehmung erkenntnisleitend. Ebenso werden seit einigen Jahren die kulturelle Repräsentation und das außenpolitische symbolische Handeln untersucht. Selbst-

[1] Kommentar zu den Beiträgen von Philipp Gassert, Dominik Geppert, Jessica Gienow-Hecht und Frederike Schotters.

[2] Eckart Conze/Ulrich Lappenküper/Guido Müller (Hg.): Geschichte der internationalen Beziehungen. Erneuerung und Erweiterung einer historischen Disziplin. Köln/Weimar/Wien 2004; Reiner Marcowitz: Von der Diplomatiegeschichte zur Geschichte der internationalen Beziehungen. Methoden, Themen, Perspektiven einer historischen Teildisziplin. In: Francia 32 (2005) 3, S. 75–100; Jost Dülffer/Wilfried Loth (Hg.): Dimensionen internationaler Geschichte. München 2012.

https://doi.org/10.1515/9783110680522-020

und Fremdwahrnehmung sowie die entsprechenden Reaktionen, aber auch die Instrumentalisierung von Gefühlen in performativen wie rhetorischen Akten stehen wiederum im Mittelpunkt der jüngeren Emotionsgeschichte der internationalen Beziehungen.

Dass dies eine wertvolle Ergänzung zur bisherigen Forschung darstellt, belegen alle vier, hier zu behandelnden Beiträge. Sie bearbeiten das Spannungsfeld von Vertrauen und Misstrauen in den zwischenstaatlichen Beziehungen und betonen hierbei übereinstimmend die Bedeutung des personalen Faktors: Die polaren Empfindungen von Vertrauen und Misstrauen sind zunächst einmal individuelle zwischenmenschliche Kategorien, die sich indes in dem Maße auch auf kollektive Akteure – bestimmte Gesellschaftsgruppen, ganze Staaten – ausweiten können, wie sie den historisch gewachsenen Empfindungen solcher Kollektive entsprechen beziehungsweise wie es Eliten und einzelnen ihrer Repräsentanten gelingt, ihre individuellen Empfindungen zur generellen gesellschaftlichen Norm und damit auch zur außenpolitischen Richtlinie der von ihnen repräsentierten Staaten zu machen. Jessica Gienow-Hecht zeigt dies am Beispiel der US-amerikanischen Außenpolitik. Sie betont das hier traditionell – und nicht erst seit jüngster Zeit – dominierende Misstrauen: Misstrauen gegenüber Kontrollabgabe, die immer schon als Kontrollverlust empfunden wurde, und damit gegenüber einer Grundvoraussetzung jeglichen Multilateralismus. Diese Präferenz für eine Politik des *cavalier seul* kontrastierte nach dem Zweiten Weltkrieg mit dem Wunsch, ja der Notwendigkeit, nach außen vertrauenswürdig zu wirken, weil dies unerlässlich war für die Konstruktion einer neuen, amerikanisch dominierten westlichen Sicherheitsstruktur, die eben sowohl auf dem Vertrauen in die amerikanische *hard power* – das nuklear unterfütterte Sicherheitsversprechen der USA – als auch auf der Attraktivität amerikanischer *soft power* – also der materiellen (*American way of life*) und moralischen (Verteidigung von Freiheit und Selbstbestimmung) Überlegenheit der USA – beruhte. Letztere sollte sich wiederum nicht nur innerhalb des eigenen Blocks entfalten, sondern auch auf die Menschen jenseits des „Eisernen Vorhangs“ und in der „Dritten Welt“ wirken.

Das strukturelle amerikanische Misstrauen prägte natürlich auch die Ost-West-Beziehungen und wurde, wie Gienow-Hecht zeigt, nur zeitweise durchbrochen, so im Zuge der Entspannungspolitik Ende der 1960er-/Anfang der 1970er-Jahre mit der doppelten amerikanischen Öffnung gegenüber der Sowjetunion und der Volksrepublik China. Indes wäre hier zu ergänzen, dass sich auch in diesem Trilateralismus Vertrauen mit Misstrauen paarte: Die Öffnung nach Peking war gewissermaßen eine Rückversicherungspolitik für den Fall, dass der westliche Vertrauensvorschuss gegenüber Moskau trog und wurde gleichzeitig wiederum durch die Ost-West-*Détente* ausbalanciert. Der Spiritus Rector dieses doppelten außenpolitischen Schwenks – Henry A. Kissinger – blieb letztlich ungeachtet seines antikommunistischen Idealismus der realistischen Schule der internationalen Beziehungen verbunden.[3] In diesem Zusammenhang muss aber auch an die durch-

[3] Niall Ferguson: Kissinger 1923–1968. The Idealist. London 2015.

gängige Paradoxie der internationalen Beziehungen während des Kalten Kriegs erinnert werden: Einerseits produzierte dessen Konfliktkonstellation ein starkes Misstrauen zwischen den beiden gegnerischen Supermächten und deren jeweiligen Verbündeten, auf beiden Seiten gepaart mit einer großen Angst, ausgelöst durch die massive gegenseitige Gewaltandrohung. Dabei hatte die Fähigkeit, sich gegenseitig nicht nur einmal, sondern gleich mehrfach zerstören zu können, stark irrationale Züge. Insofern handelt es sich auf den ersten Blick also um ein *emotional regime* (William Reddy), das durch Angst, Drohung, Misstrauen geprägt sowie hochemotional und letztlich destruktiv war. Andererseits verlangte diese Situation, sollte sie denn gerade nicht eskalieren und in jenes atomare Armageddon münden, das beide Seiten sich jeweils androhten, ein hohes Maß von Affektkontrolle und Rationalität, ja grundsätzlicher Verständigungsbereitschaft, vor allem in den „heißen“ Phasen des Kalten Kriegs. Das Verhalten des jeweils anderen musste so nüchtern wie möglich analysiert und die eigenen Interessen und auch die des Gegners sowie, daraus abgeleitet, die gegenseitigen Handlungsspielräume möglichst objektiv kalkuliert werden. Schließlich musste Vertrauen in die Überzeugung mobilisiert werden, dass auch der andere letztlich die Konsequenzen seiner ultimativen Drohung scheute. Insofern existierte in der Zeit des Kalten Kriegs auch ein zweites, ganz anderes Stimmungsset, eines, das diskursiv wie performativ geprägt war durch Empathie, Rationalität und Vertrauen. Man könnte dies geradezu als eine emotionale Gleichzeitigkeit des Ungleichzeitigen bezeichnen.

Daher sind Kalter Krieg und *Détente* eben auch nur bei vordergründiger Betrachtung zwei völlig voneinander getrennte historische Phasen der Ost-West-Beziehungen: einerseits eine konfliktuelle von 1947/48 bis 1962, andererseits, im Anschluss daran, eine durch Entspannung geprägte, die – ungeachtet des kurzen Intermezzos eines „Zweiten Kalten Kriegs“ zwischen 1979 (NATO-Doppelbeschluss und sowjetische Afghanistan-Invasion) und 1985 (Regierungsantritt von Michail Gorbatschow) – faktisch bis zum Ende der Sowjetunion andauerte. Die Wirklichkeit war sehr viel komplexer und der Ost-West-Konflikt weit weniger statisch, sondern vielmehr ein sehr dynamischer Prozess.[4] Selbst in Zeiten des Kalten Kriegs, des konfliktuellen Verhältnisses zwischen den USA und der Sowjetunion, gab es zumindest punktuelle Verständigungen und damit konsensuale Elemente. Umgekehrt galt dies auch für die vermeintlich reine *Détente*-Phase. Konflikt und Kooperation waren im Ost-West-Verhältnis also durchgehend komplementäre Elemente. Lediglich die Mischungsverhältnisse zwischen beiden wechselten. Angewendet auf die ersten gut anderthalb Jahrzehnte des Ost-West-Konflikts bedeutet dies, dass damals natürlich das antagonistische Element dominierte: Hierfür standen vor allem die beiden Berlin-Krisen und dann die Kubakrise. Allerdings wirkten die amerikanische und die sowjetische Regierung sogar in

[4] Reiner Marcowitz: Die Suezkrise von 1956. Ein Wendepunkt des französischen Selbstverständnisses und des globalen Mächtegleichgewichts. In: Carlos Collado Seidel (Hg.): Geheimdienste, Diplomatie und Krieg. Das Räderwerk der Internationalen Beziehungen. Münster 2013, S. 215–227.

dieser Phase zusammen, um eine Eskalation zu verhindern – etwa Ende Oktober/Anfang November 1956, um die Intervention Großbritanniens und Frankreichs am Suezkanal zu beenden. Fast zeitgleich nahmen die USA die Niederschlagung des Aufstands in Ungarn durch sowjetische Truppen hin, ebenso wie sie bereits 1953 die Unterdrückung der Opposition in der DDR akzeptiert hatten. In dieses ambivalente Reaktionsmuster ordnete sich schließlich auch die amerikanische Hinnahme des Einmarschs der Warschauer-Pakt-Staaten in die Tschechoslowakei 1968, um den Prager Frühling zu beenden, ein. In diesem Kontext muss aber auch an die philokommunistischen Strömungen in verschiedenen westeuropäischen Ländern und an die diversen *fellow travellers* erinnert werden, die bis in die 1960er-Jahre vor allem in die Sowjetunion reisten und von dieser ein positives, durch Empathie und Enthusiasmus für das kommunistische Gesellschaftsmodell geprägtes Bild zeichneten. Die Sowjetunion wiederum hatte bereits während der ersten Berlin-Krise von 1948/1949 tunlichst vermieden, auch die Luftkorridore nach Berlin zu schließen, geschweige denn die westliche Luftbrücke militärisch zu unterbinden, und sich mit einer Land- und Wasserblockade begnügt. In der zweiten Berlin-Krise hatte sich Nikita Chruschtschow dann, zur Enttäuschung Walter Ulbrichts, auf die kleinste Lösung beschränkt, den Bau der Mauer am 13. August 1961, der – wie auch schon zuvor diverse östliche Verstöße gegen den Viermächtestatus der Stadt – von der amerikanischen Regierung hingenommen worden war. In Kuba machte der sowjetische Staats- und Parteichef im Oktober 1962 wiederum gegen den Willen Fidel Castros einen Rückzieher, wobei der amerikanische Präsident John F. Kennedy ihm durch einen partiellen Raketenabzug aus Europa erlaubte, zumindest gegenüber dem eigenen Politbüro das Gesicht zu wahren. Gleichzeitig zogen beide Seiten hieraus die Schlussfolgerung, ihre punktuelle Zusammenarbeit nunmehr systematischer zu gestalten und von der dominierenden Konfliktphase in eine überwiegend durch Kooperation geprägte Ära einzutreten.

Dies war die Prämisse der *Détente*, die unmittelbar nach der Beendigung der Kubakrise mit der Unterzeichnung des Atomwaffenteststopps und der Einrichtung eines „heißen Drahts" zwischen Washington und Moskau, einherging.[5] Beides symbolisierte auf seine Weise nicht nur eine Zäsur in den „realen" Ost-West-Beziehungen, sondern auch in deren *emotional regime*: Der Atomwaffenteststoppvertrag bedeutete, dass beide Seiten einander einen gewissen Vertrauenskredit in puncto atomarer Abschreckung einräumten, insofern als sie nun glaubten, zumindest auf ein Element ihrer Abschreckungsstrategie – jeder Test bedeutete schließlich auch eine Machtdemonstration – und auf die Modernisierung ihres

[5] Reiner Marcowitz: Détente. Zum Durchbruch eines neuen Paradigmas der Ost-West-Beziehungen in den „langen" 1960er Jahren im Kontext der ménage à quatre Bundesrepublik Deutschland – Frankreich – USA – Sowjetunion. In: Johannes Großmann/Hélène Miard-Delacroix (Hg.): Deutschland, Frankreich und die USA in den „langen" 1960er Jahren. Ein transatlantisches Dreiecksverhältnis/La France, l'Allemagne et les Etats-Unis pendant les „longues" années 1960. Une relation triangulaire transatlantique/The United States, France and Germany during the „Long" 1960s. A Transatlantic Triangular Relationship. Stuttgart 2018, S. 97–108.

Nuklearsenals verzichten zu können. Der „heiße Draht“ wiederum signalisierte, dass man den Worten des jeweils anderen, ja dessen Zusagen zumindest nicht mehr grundsätzlich misstraute, also auch hier dem Gegenüber einen Vertrauensvorschuss einräumte. Dies entsprang der Einsicht, dass sich die andere Supermacht in der gerade beendeten Kubakrise nicht nur als Gegner, ja Feind, sondern auch als Verhandlungspartner erwiesen hatte, den man benötigte, um die Eskalation der Krise nicht bis zum Äußersten treiben zu müssen. Der „Gorbatschow-Faktor“ markierte schließlich den Kulminationspunkt dieser Entwicklung. Wie keinem seiner Vorgänger gelang es dem sowjetischen Generalsekretär Michail Gorbatschow, sich im Westen ein positives Image zu schaffen und mit dem amerikanischen Präsidenten Ronald Reagan ein besonderes Vertrauensverhältnis aufzubauen. Dass solche positiven persönlichen Emotionen in der internationalen Politik allein nicht ausreichen, belegt indes das Scheitern von Gorbatschows und Reagans Denuklearisierungsinitiative vom Herbst 1986 in Reykjavik.

Der west-östliche Paradigmenwechsel der 1960er-Jahre ließ logischerweise die Politik der beiden deutschen Satellitenstaaten nicht unberührt. Die Bundesrepublik Deutschland und die DDR waren in den 1960er-Jahren zunächst nur Zaungäste dieses Prozesses. Das Credo der westdeutschen Deutschland- und Ostpolitik war immer der Grundsatz „Entspannung durch Wiedervereinigung“ gewesen. Seit den Pariser Verträgen vom Oktober 1954 hatten die von Konrad Adenauer geführten Regierungen auf rasche deutschlandpolitische Konzessionen der Sowjetunion gehofft, weil sie davon überzeugt waren, dass der Westen fortan gegenüber der Sowjetunion an einer „Politik der Stärke“ festhalten werde: Nur in dem Maße, wie die sowjetische Regierung deutschlandpolitisch einlenkte, sollte sie auch in anderen Bereichen auf verbesserte Kontakte zum Westen hoffen dürfen. Bis dahin versuchte die westdeutsche Diplomatie die DDR durch die Hallstein-Doktrin international zu isolieren. Tatsächlich erwies sich dieses Kalkül aber bereits in der zweiten Hälfte der 1950er-Jahre als zunehmend illusorisch und dementsprechend betroffen stellten Politiker der CDU/CSU bereits 1955 fest, dass sich Westmächte und Sowjetunion jetzt faktisch auf eine „Koexistenz auf der Basis des geteilten Deutschlands“ zu einigen begannen.[6]

Die Nachfolger Adenauers mussten dann ab 1963 endgültig einsehen, dass sich ihr Land dem neuen internationalen Zeitgeist nicht dauerhaft verweigern konnte. Dabei ist es interessant, den emotionalen Subtext des Wandels der westdeutschen Ost- und Deutschlandpolitik zu verfolgen. Die Veränderung erfolgte nicht schlagartig, vielmehr kam die westdeutsche Politik, aber auch die Gesellschaft der Bundesrepublik nach und nach von bisherigen Überzeugungen und Verhaltensweisen zu neuen Einsichten und Praktiken auf diesem Politikfeld. Insofern handelte es sich hierbei nicht um taktisch bedingte oberflächliche Veränderungen der operativen Deutschland- und Ostpolitik der Bundesrepublik Deutschland, sondern um

[6] Heinrich Krone: Aufzeichnungen zur Deutschland- und Ostpolitik 1954–1969. In: Rudolf Morsey/Konrad Repgen (Hg.): Adenauer-Studien. Bd. 3: Untersuchungen und Dokumente zur Ostpolitik und Biographie. Mainz 1974, S. 134–201, hier: S. 136 (Aufzeichnung vom 5. 4. 1955).

einen tief greifenden mentalen und normativen Transformationsprozess. Die Tatsache, dass Alleinvertretungsanspruch, Wiedervereinigungsgebot sowie die Nichtanerkennung von DDR und Oder-Neiße-Linie in den ersten beiden Nachkriegsjahrzehnten durchgängig politischer Konsens in Westdeutschland waren, führt die Dimension der Veränderung eindrücklich vor Augen. Insofern ähnelte die deutschland- und ostpolitische Verwandlung Westdeutschlands in den „langen" 1960er-Jahren in mancherlei Hinsicht der sukzessiven, nicht nur politischen, sondern auch emotionalen Lösung Frankreichs von der Idee der *Algérie française* zwischen 1958 und 1962 – mit dem Unterschied, dass für Letztere vor allem ein Protagonist, Charles de Gaulle, politisch verantwortlich zeichnete, während es in der Bundesrepublik mehrerer Regierungen bedurfte, um das Land mittels einer Veränderung von Rhetorik und performativen Akten sukzessive an die neuen Realitäten heranzuführen.

Die entscheidende Zäsur bildete hierbei die erste sozial-liberale Koalition, die nach der Bundestagswahl vom September 1969 unter Führung des sozialdemokratischen Bundeskanzlers Willy Brandt und des FDP-Vorsitzenden Walter Scheel als Außenminister entstand.[7] Die Neue Ostpolitik lief auf eine völlige Aufgabe bisheriger deutschland- und ostpolitischer Glaubenssätze, oder, wie Brandt pointiert formulierte, von westdeutschen „Lebenslügen"[8] hinaus. Dies geschah im Zuge eines auch emotional äußerst schwierigen Ablösungsprozesses, von dem noch die dramatischen innenpolitischen Ratifizierungsdebatten über die Ostverträge Anfang der 1970er-Jahre zeugten. Die konkrete Verhandlungsstrategie der Regierung Brandt/Scheel mit der Sowjetunion und deren Satellitenstaaten lief darauf hinaus, die aus der Zeit des Zweiten Weltkriegs herrührenden historischen Hypotheken abzutragen und zu einer Normalisierung der Beziehungen zu gelangen. Brandts Kniefall vor dem Denkmal der Toten des Aufstands im Warschauer Ghetto am 7. Dezember 1970 war hierfür ein besonders eindringliches Beispiel und belegte, wie sehr seine Neue Ostpolitik auch bewusst Emotionen einsetzte, um Vertrauen zu erzeugen – und gleichzeitig Emotionen weckte, zustimmende, aber auch ablehnende. Brandts Geste war gleichermaßen Schuldeingeständnis und Bitte um Vergebung als unabdingbare Voraussetzung für einen Neuanfang in den Beziehungen Westdeutschlands zu den Staaten Ostmittel- und Osteuropas. Im Kontakt zur Sowjetunion kam interessanterweise noch ein weiteres, allerdings beiderseitig gesendetes Signal hinzu: Im September 1971 verbrachte Brandt mit dem sowjetischen KPdSU-Generalsekretär Leonid Breschnew ein Wochenende auf der Krim. Die hiervon verbreiteten Bilder sollten belegen, dass die neue Zusammenarbeit auch von einem persönlichen Einvernehmen der beiden Spitzenpolitiker getragen war. In diesem Zusammenhang ist erneut auf die Bedeutung der jeweiligen politischen Akteure zu verweisen. Misstrauen und Vertrauen sind primär individuelle Einstellungen. Insofern kommt dem Verhalten der jeweiligen

[7] Gottfried Niedhart: Durch den Eisernen Vorhang. Die Ära Brandt und das Ende des Kalten Kriegs. Darmstadt 2019.
[8] Willy Brandt: Erinnerungen. Frankfurt a. M. 1989, S. 156f.

politischen Führungspersönlichkeiten große Bedeutung zu: Sie können durch ihr Verhalten auf der diskursiven wie der performativen Ebene bestehende Ressentiments entweder verstärken oder aber, genau umgekehrt, Präzeptoren einer Veränderung des bis dahin vorherrschenden Stimmungssets sein. Dass daher politisches Charisma gerade in historischen Entscheidungs- und Umbruchsituationen hilfreich sein kann, steht außer Frage; allerdings setzen strukturelle Determinanten immer auch einen entsprechenden Handlungsrahmen: Selbst Brandt hatte sich erst unter dem Eindruck des Baus der Berliner Mauer zum Entspannungspolitiker entwickelt und profitierte dann als Bundeskanzler überdies von der umfassenden gesellschaftlichen Reformstimmung ab Ende der 1960er-Jahre. Gleichzeitig erklärt das starke personale Element der *Détente* und insbesondere der Neuen Ostpolitik auch die Brüchigkeit der Entspannungskonstellation der frühen 1970er-Jahre: An die Stelle des emotionalen Überschwangs trat schon bald eine starke Ernüchterung.

Gleichwohl wurden die Neue Ostpolitik und das sie begleitende Entspannungsvokabular eine nachhaltige Facette jenes Vertrauenstopos, der die politische Rhetorik aller Bundesregierungen von Adenauer bis Kohl prägte, wie Philipp Gassert anhand der Auswertung der „Großen (Inaugural-)Regierungserklärungen“ nachweist. Er zeigt, dass die entsprechende „rhetorische Strategie“ über die Jahrzehnte unterschiedliche Funktionen hatte: Werben um Zustimmung für innen- und außenpolitische Projekte der jeweiligen Regierung; Appell an die Verbündeten, mit einem historisch geläuterten Deutschland zusammenzuarbeiten; Kooperationsangebot an die Staaten des Ostblocks seit dem Durchbruch zur *Détente* in den 1960er- und 1970er-Jahren. Last, but not least war sie ein Mittel zur Herrschaftsstabilisierung der jeweiligen Amtsinhaber, die ihre Kanzlerschaft geradezu zur vertrauensbildenden Maßnahme und zum Inbegriff der Glaubwürdigkeit der Bundesrepublik Deutschland stilisierten. Mag die „Vertrauensrhetorik“ in der Regierungszeit Helmut Kohls auch auf ihrem Höhepunkt und „Teil der ‚sprachpolitischen Offensive‘ des Konservatismus seit den 1970er-Jahren“ gewesen sein, wie Philipp Gassert resümiert, bleibt doch festzuhalten, dass es für alle Bundesregierungen, ja für die gesamte politische Klasse der Bundesrepublik Deutschland, in ihren außenpolitischen Stellungnahmen strukturell unabdingbar war, implizit oder explizit auf diesen Wert zu rekurrieren: in den Gründerjahren angesichts der historischen Hypothek des „Dritten Reichs“ im Hinblick auf den vollzogenen Bruch mit der Vergangenheit und damit als notwendige Ressource für die Legitimierung des neuen Teilstaates; während des Ost-West-Konflikts, um die Unterstützung der Verbündeten gegenüber einer etwaigen Aggression des Ostblocks und zugunsten der deutschen Wiedervereinigungsforderung zu erhalten; in der Zeit der *Détente*, um sich auch mit den Staaten des Warschauer Pakts zu verständigen; 1990, um die internationale Zustimmung für die deutsche Vereinigung zu erhalten und schließlich in den Jahren danach, um Sorgen vor einer etwaigen neuen deutschen Hegemonie zu zerstreuen. Insofern bot das emotional hochaufgeladene Begriffsfeld „Glaubwürdigkeit“ und „Vertrauen“ auch den passenden semantischen Code für jene Politik der (militärischen) Zurückhaltung, die

die westdeutsche Außenpolitik bis 1990 charakterisierte und auch jene des vereinten Deutschlands bis heute prägt.[9]

Eine zumindest vordergründig besonders „vertrauensvolle" Beziehung, die Frederike Schotters mit Schwerpunkt auf die Jahre 1981 bis 1983 untersucht, stellte sich nach dem Zweiten Weltkrieg im Verhältnis zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Frankreich ein. Hierbei gilt oft der Deutsch-Französische Vertrag vom 22. Januar 1963, auf den auch sie rekurriert, als *big bang* der deutsch-französischen Verständigung, ja der Versöhnung zwischen beiden Ländern. Indes ist es geradezu ein doppelter Mythos, dass der Elysée-Vertrag bereits unter Konrad Adenauers und Charles de Gaulles nicht nur die Transformation einer alten „Erbfeindschaft" in eine neue „Erbfreundschaft" besiegelt habe, sondern von Beginn an auch ein allgemein geschätztes Instrument zur effektiven deutsch-französischen Zusammenarbeit gewesen sei.[10] Tatsächlich legten die Querelen um die deutsche Ratifizierung des Abkommens und der Streit zwischen westdeutschen „Atlantikern" und „Gaullisten" über die richtige Reaktion auf de Gaulles provokative Außenpolitik zunächst einmal eher ein Scheitern des Vertrags nahe und folglich leitete dieser keineswegs schon bei seiner Unterzeichnung eine *bonne entente* zwischen Deutschen und Franzosen ein. Zwar konnte der Deutsch-Französische Vertrag dank der durch ihn festgelegten regelmäßigen Kontakte einen „Bruch" zwischen beiden Ländern verhindern, indes nicht deren effektive Zusammenarbeit sichern. Die entstandene Pattsituation löste sich letztlich erst ab Mitte der 1970er-Jahre auf, dank der erfolgreichen deutsch-französischen Zusammenarbeit in einem veränderten internationalen Umfeld und wegen des sehr guten persönlichen Verhältnisses zwischen Valéry Giscard d'Estaing und Helmut Schmidt.

Gleichzeitig damit kam auf der diskursiven und der inszenatorischen Ebene ein neues Element auf, das zu einer regelrechten Neubewertung des Elysée-Vertrags beitrug: die Stilisierung der bilateralen Zusammenarbeit zur europapolitischen „Achse" beziehungsweise zum „Motor" der europäischen Einigung und jene des Spitzenpersonals zum im Gleichtritt die Weltpolitik durchmessenden „Paar" oder „Tandem". Das Besondere hieran war, dass diese neue Darstellung des deutsch-französischen Verhältnisses retrospektiv wie prospektiv wirkte: Rückblickend wurden die Beziehungen zwischen den beiden Ländern nach 1945 nun gerne in Gänze als ein einvernehmliches Zusammenspiel kongenialer Partner dargestellt, schon zur Zeit von de Gaulle und Adenauer, als dessen „Option für Paris" im eigenen Land sehr umstritten gewesen war. Insofern setzte ab den 1970er-Jahren eine starke Verklärung der deutsch-französischen Nachkriegsbeziehungen, einschließlich des Deutsch-Französischen Vertrags, ein. Dieser erschien immer mehr als der eigentliche Durchbruch zur deutsch-französischen Aussöhnung und Zusammenarbeit, was einen doppelten geschichtsverfälschenden Effekt hatte:

[9] Dominique Herbet/Hélène Miard-Delacroix/Hans Stark (Hg.): L'Allemagne entre rayonnement et retenue. Villeneuve d'Ascq 2016.

[10] Reiner Marcowitz/Hélène Miard-Delacroix (Hg.): 50 ans de relations franco-allemandes. Paris 2012.

Frühere Initiativen – insbesondere der Plan Jean Monnets und Robert Schumans zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl – drohten in Vergessenheit zu geraten, ebenso wie die Erinnerung an die deutsch-französischen und die inner-westdeutschen Spannungen anlässlich der Unterzeichnung des Elysée-Vertrags sowie in den ersten Jahren von dessen Bestehen. Mindestens ebenso bedeutsam war aber auch die zukunftsgewisse Konsequenz der Erfahrung des „Tandems“ Schmidt/Giscard d’Estaing: Diese schuf nämlich zum einen die Erwartungshaltung, dass ein gutes persönliches Verhältnis zwischen den jeweiligen deutschen und französischen Führungsspitzen von nun an der Normalfall sein werde; zum anderen setzte es diese Protagonisten selbst sowohl unter den medialen als auch den politischen Druck, dieser Erwartung gerecht zu werden. Damit aber entstand in den 1970er-Jahren eine spezifische deutsch-französische Pfadabhängigkeit. Dass diese Prämisse bis heute gültig ist, belegen auch die gerade in den vergangenen Jahren üblich gewordenen neologistischen Namensverschmelzungen der jeweiligen deutschen und französischen Spitzenrepräsentanten – von „Merkozy“ über „Sarkokel“ bis „Homer“, „Merkollande“ und „Mercron“.

Die demonstrativen Aussöhnungs- und Freundschaftsakte auf rhetorischer Ebene und – auch dies eine Besonderheit der deutsch-französischen Beziehungen[11] – in Form hochemotionaler performativer (Gedenk-)Akte können nicht kaschieren, dass sie auf beiden Seiten immer auch das Ergebnis eines nüchternen Kosten-Nutzen-Kalküls waren und bis heute sind. Die deutsch-französische Zusammenarbeit entstand schon für die Gründergeneration in der frühen Nachkriegszeit sowohl aus dem Willen, die Hypotheken des Zweiten Weltkriegs und der früheren deutsch-französischen Kriege abzutragen, als auch immer aus einem klar definierten nationalen Interesse: auf französischer Seite der Suche nach dauerhafter Sicherheit vor einem weiterhin als Bedrohung perzipierten Deutschland; auf westdeutscher Seite dem Wunsch, Sicherheit im westlichen Bündnis und gleichzeitig damit nationale Souveränität zu gewinnen. Mochte die praktische Erfahrung der sich zunehmend intensivierenden bilateralen Kooperation und die sie begleitende wachsende Verflechtung der beiden Gesellschaften die Erinnerung an die konfliktreichen Phasen des deutsch-französischen Verhältnisses zunehmend verdrängen, so blieben die deutsch-französischen Beziehungen doch immer auch von Misstrauen und Rivalität geprägt. Allerdings ist es wohl eines der Spezifika dieses Bilateralismus, dass bis heute beide Partner bereit sind, die notwendige Beziehungsarbeit zu leisten, um ihr Verhältnis produktiv zu halten. Dies verdeutlicht Frederike Schotters, indem sie einen Zeitraum untersucht und geradezu rehabilitiert, der normalerweise als eine Krisenphase der deutsch-französischen Beziehungen gilt: die ausgehende „Ära Schmidt“ und die beginnende „Ära Kohl“

[11] Vgl. Pars pro Toto die gemeinsamen hochsymbolischen Akte zum Gedenken an den Ersten Weltkrieg vgl. Reiner Marcowitz: Vers une mémoire franco-allemande de la Grande Guerre?. Les gestes symboliques, de Mourmelon (1962) au Hartmannswillerkopf (2014). In: Laurent Jalabert/Reiner Marcowitz/Arndt Weinrich (Hg.): La longue mémoire de la Grande Guerre. Regards croisés franco-allemands de 1918 à nos jours. Villeneuve d’Ascq 2017, S. 217–231.

beziehungsweise die ersten Jahre der Staatspräsidentschaft François Mitterrands von 1981 bis 1983. Insbesondere Helmut Schmidt und François Mitterrand gelten landläufig als persönlich und politisch inkompatibel. Tatsächlich belegt Schotters, wie sehr die damalige französische Regierungs-Equipe die unleugbaren Gegensätze zunächst durch eine systematische Analyse der Emotionen und Perzeptionen des deutschen Nachbarn und dann mittels der Überführung der entsprechenden Erkenntnisse in eine „strategische Gefühlspolitik" überwand. Hier wäre sicher interessant zu klären, inwiefern die westdeutsche Seite sich ähnlich bemühte, die Interessen, aber auch das emotionale Set der neuen französischen Führung zu verstehen. Auf jeden Fall resultierte aus der französischen Initiative offensichtlich eine neue deutsch-französische Solidarität, die im operativen Bereich einerseits auf der französischen Unterstützung für die westdeutsche Nachrüstung, andererseits auf einen Beitrag der Bundesrepublik Deutschland zur Stabilisierung des französischen Franc beruhte. Damit wurde die Basis für jene *relance européenne* gelegt, die die Folgejahre der engen Kooperation von François Mitterrand und Helmut Kohl prägte und die selbst die deutsch-französischen Irritationen während der Phase der deutschen Vereinigung überstand.

Wie wenig selbstverständlich eine solche aktive Beziehungsarbeit ist, belegen die deutsch-britischen Beziehungen im gleichen Zeitraum und das persönliche Verhältnis Helmut Kohls zu Margaret Thatcher, das Dominik Geppert untersucht. Dazu arbeitet Geppert heraus, wie sich vermeintliche Affinitäten letztlich geradezu in einen „emotionalen Antagonismus" verkehrten: Während Kohl seine provinzielle Herkunft als positiven Teil seiner Identität empfand, versuchte Thatcher die ihrige vergessen zu machen; beider konservative Verortung entpuppte sich als sehr unterschiedlich, insbesondere in Bezug auf die Wirtschaftspolitik, in der die britische Premierministerin einen strikt marktliberalen Kurs und ihre entsprechende „Thatcher-Revolution" selbst gegenüber starken innenpolitischen Widerständen durchsetzte, während Kohl sich im westdeutschen wirtschaftspolitischen Mainstream der „sozialen Marktwirtschaft" bewegte. Interessant ist dabei zu sehen, wie zumindest der Bundeskanzler dennoch versuchte, auch auf der emotionalen Ebene einen Zugang zur Gedankenwelt der britischen Premierministerin zu finden beziehungsweise diese mit seinen eigenen Gefühlen und Überzeugungen vertraut zu machen. Doch anders als im Verhältnis zu Mitterrand verpufften gegenüber Thatcher alle Rekurse auf den gängigen emotionalen Subtext der westdeutschen Außenpolitik, also der Hinweis auf den Bruch mit der deutschen Vergangenheit und auf die Notwendigkeit des europäischen „Friedensprojekts". Vielleicht sah die britische Premierministerin deutlicher als andere die handfesten deutschen Interessen, die sich hinter diesem idealistischen und vermeintlich altruistischen Diskurs versteckten oder aber sie reagierte hierauf nur unverblümter als andere außenpolitische Partner der Bundesrepublik. Offensichtlich war auf jeden Fall, dass Thatcher sich in ihren Beziehungen zu Kohl stark von ihren antideutschen Ressentiments leiten ließ und sich damit, anders als Mitterrand, spätestens angesichts der deutschen Wiedervereinigung völlig isolierte. Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang auch die Feststellung Dominik Gepperts, dass Thatchers

Entourage das deutsche Feindbild der Premierministerin entweder teilte oder aber aufgrund ihrer institutionellen Abhängigkeit nicht zu konterkarieren wagte.

Als Fazit bleibt festzuhalten, dass alle vier Fallstudien die Validität einer Emotionsgeschichte der internationalen Beziehungen belegen: Diese verfügt über ein beachtliches Erkenntnispotenzial und bildet damit eine wertvolle Ergänzung zu anderen Ansätzen der Erforschung der internationalen Beziehungen. Gleichzeitig zeigen die behandelten Texte auch, dass es unabdingbar ist, jede akteurszentrierte und auf den individuellen Gefühlshaushalt politisch Handelnder konzentrierte Untersuchung konsequent mit einer Analyse des jeweiligen strukturellen Kontexts zu verbinden. Dabei gilt es zum einen herauszufinden, inwiefern überpersonale Gegebenheiten bestimmte Emotionen und daraus abgeleitete Handlungen generieren, ja determinieren; zum anderen ist aber auch zu untersuchen, inwieweit einzelne Akteure solche Abhängigkeiten und Prägungen hinnehmen und ihnen entsprechend agieren oder sie konterkarieren und dadurch selbst den Wechsel von *emotional regimes* initiieren. Selbst im Falle eines nonkonformistischen Verhaltens wäre dabei aber auch zu fragen, ob vordergründige Pioniere einer emotionalen Neuorientierung tatsächlich echte Revolutionäre sind, die allein einem neuen Stimmungsset zum Durchbruch verhelfen, oder aber ob sie nicht tatsächlich nur eine sich bereits abzeichnende Ablösung alter Weltbilder und damit einen gesellschaftlichen Mentalitätswandel weiter vorantreiben, der auch ohne sie zur Veränderung bislang vorherrschender Emotionen geführt hätte.

Hermann Wentker

Kommentar: „Begeisterung und Empörung“[1]

Begeisterung und Empörung sind Gefühle, die im Gegensatz zu Angst und Sorge, Vertrauen und Misstrauen direkt auf andere Menschen oder Menschengruppen ausgerichtet sind. Beziehungen können von Vertrauen oder Misstrauen geprägt sein, nicht aber von Begeisterung und Empörung; diese gelten vielmehr etwa einer Sache, einem Ereignis, einer Person oder einem Regime. Daher scheint auf den ersten Blick die Untersuchung letztgenannter Emotionen weniger geeignet, neues Licht auf die internationalen Beziehungen im Kalten Krieg zu werfen, als die erstgenannter. Allerdings können Begeisterung und Empörung emotionale Gemeinschaften im Sinne von Barbara Rosenwein prägen. Rosenwein versteht darunter Personengruppen, „die von gemeinsamen oder ähnlichen Interessen, Werten, Emotionsstilen und Emotionsbewertungen zusammengehalten werden“.[2] Die entscheidende Frage ist, inwiefern solche emotionalen Gemeinschaften in den internationalen Beziehungen entstanden und welche Bedeutung ihnen zukam.

Lassen sich in den Beiträgen von Joachim Scholtyseck und Laurence Badel solche emotionalen Gemeinschaften identifizieren? Scholtyseck hat nach den Wirkungen von Dekolonisierung und revolutionären Befreiungskämpfen in der „Dritten Welt“ auf die Neue Linke in Westeuropa, die sich nach einigen Vorläufern in den 1960er-Jahren konstituierte, gefragt. Die Neue Linke, in der Bundesrepublik oft in Verbindung mit der Studentenbewegung der späten 1960er-Jahre gebracht, kennzeichnete eine doppelte Abgrenzung: von der parlamentarisch-demokratischen Linken, also der 1959 mit dem Godesberger Programm endgültig in der Bundesrepublik angekommenen SPD, die ihr zu „reformistisch“ war, und von der dogmatischen Linken, also zum Kommunismus, der in Ost- und Ostmitteleuropa die „realsozialistischen“ Staaten prägte.[3] Im Gegensatz dazu setzte sich die Neue Linke für die Befreiungsbewegungen in der „Dritten Welt“ ein und tat sich hier vor allem als Kritikerin des von den USA geführten Kriegs in Vietnam hervor.

[1] Kommentar zu den Beiträgen von Laurence Badel und Joachim Scholtyseck.

[2] So Barbara Rosenwein, zitiert nach Jan Plamper: Wie schreibt man die Geschichte der Gefühle?. William Reddy, Barbara Rosenwein und Peter Stearns im Gespräch mit Jan Plamper. In: WerkstattGeschichte 54 (2010), S. 39–69, hier: S. 56.

[3] Vgl. u. a. Axel Schildt: Neue Linke und Studentenbewegung, 9. 1. 2008, http://www.bpb.de/geschichte/deutsche-geschichte/68er-bewegung/51815/neue-linke?p=all (letzter Zugriff am 6. 4. 2020).

https://doi.org/10.1515/9783110680522-021

Eingehend schildert Scholtyseck die Begeisterung dieser Gruppe für die Befreiungsbewegungen: In den Ländern des globalen Südens sah sie Chancen für die Revolution, die sie sich auch für Westeuropa erhoffte. Diese Begeisterung speiste sich letztlich aus der Sehnsucht nach einer revolutionären Verwandlung der Welt, die nicht von Moskau, sondern von den ehemaligen Kolonien ausgehen sollte. Die besondere Aufmerksamkeit galt dabei Staaten und Bewegungen, die gegen die „imperialistischen Mächte" – vor allem gegen die Vereinigten Staaten – kämpften und sich zum Teil schon etabliert hatten: dem maoistischen China, Vietnam mit der dortigen Befreiungsfront gegen das südvietnamesische Regime, dem kommunistischen Kuba und den zahlreichen Befreiungsbewegungen in Lateinamerika. Da die begeisterte Hingabe an diese Kräfte Vertreter der Neuen Linken untereinander verband und auch ein Gemeinschaftsgefühl stiftete, lässt sich in diesem Zusammenhang durchaus von einer emotionalen Gemeinschaft sprechen. Wie Scholtyseck weiter zeigt, war eine Besonderheit der Neuen Linken weniger eine an Lenin angelehnte Vorgehensweise, der zufolge eine revolutionäre Partei konsequent einen sozialistischen Staat zu errichten hatte, sondern ein revolutionäres, romantisches Gefühl, das sie über den repressiven Charakter und die Opfer der von ihnen verehrten Regime von Mao, Hồ Chí Minh und Castro hinwegsehen ließ.

Doch welche Relevanz hatte die Begeisterung dieser emotionalen Gemeinschaft für die internationalen Beziehungen? Scholtyseck ist sicher zuzustimmen, wenn er die „realpolitischen Folgen der Dritte-Welt-Euphorie der Neuen Linken auf die bipolare Welt im Kalten Krieg [als] vernachlässigenswert" bezeichnet. In den 1960er-Jahren beeinflusste diese Einstellung zwar partiell das Meinungsklima in den westlichen Staaten. Aber die Außenpolitik der Bundesrepublik oder Frankreichs angesichts des Vietnamkriegs, gegenüber China, Kuba oder den lateinamerikanischen Staaten wurde im Wesentlichen von ganz anderen Faktoren bestimmt: etwa vom Verhältnis zu den Supermächten USA und Sowjetunion sowie ihren Beziehungen untereinander, vom Grad der Einbindung in die NATO und von wirtschaftlichen Interessen. Etwas anders gelagert ist der Fall, betrachtet man neben der internationalen Politik auch die transnationalen Beziehungen. Zwar beschränkten sich die Vertreter der Neuen Linken oftmals darauf, am „Entkolonialisierungskampf aus der Ferne teilzuhaben", doch bisweilen begaben sie sich selbst auch „an die fernen Gestade der ‚Dritten Welt'" (Scholtyseck). Allerdings habe sich durch die Begegnungen vor Ort kein Perzeptionswandel bei den Revolutionären aus Westeuropa, die nur ihr bestehendes Weltbild bestätigt sehen und verfestigen wollten, ergeben. Dies ist allerdings gerade im Hinblick auf den von Scholtyseck wiederholt zitierten Hans Magnus Enzensberger fraglich: Denn einerseits habe Enzensberger 1968 seine „rauschhafte Begeisterung" für die kubanische Revolution in den Inselstaat geführt, andererseits habe er sich bei dieser Gelegenheit „einen eigenen Eindruck vom katastrophalen Missmanagement Fidel Castros auf Kuba" verschafft. Vielleicht müsste man doch etwas systematischer den Berichten von Vertretern der Neuen Linken über ihre Erlebnisse und Begegnungen in den Ländern der „Dritten Welt" nachgehen.

Weiterführend wäre es auch gewesen, nicht apodiktisch zu behaupten, dass mit dem „Ende der Zuversicht“ im Jahr 1973 auch das Strohfeuer der Begeisterung der Neuen Linken für den globalen Süden erloschen sei. Der Sturz und die Ermordung Salvador Allendes im selben Jahr bildeten zwar insofern eine Zäsur, als erstmals der scheinbare Siegeszug des Sozialismus in Lateinamerika gestoppt wurde. Gleichwohl war damit die antiimperialistische Begeisterung für die „Dritte Welt“ in der Bundesrepublik nicht beendet. Der Putsch von Augusto Pinochet stürzte die politischen Beziehungen zwischen Westdeutschland und Chile in eine tiefe Krise; nicht zuletzt wegen der in weiten Teilen der Gesellschaft Anklang findenden Empörung über den militärischen Umsturz konnte Bonn gegenüber Santiago nicht einfach zur Tagesordnung übergehen. Das betraf nicht nur die Bundesrepublik, sondern auch andere westeuropäische Staaten, was auch auf den transnationalen Charakter dieser Empörung und auf die Mobilität der chilenischen Polit-Emigranten zurückzuführen ist.[4]

Dass die Begeisterung für die „Dritte Welt“ nicht mit 1973 aufhörte, sondern auch in den 1980er-Jahren in Westeuropa noch einmal aufgegriffen wurde, lässt sich vor allem an Nicaragua zeigen. Es ist bezeichnend, dass es in der Bundesrepublik vor allem die Grünen waren, die sich für eine Unterstützung dieses Landes durch zivilgesellschaftliches Engagement stark machten. In gewisser Weise waren sie die Erben der Neuen Linken, wenngleich man sie nicht darauf reduzieren kann. Nach dem Sturz des Diktators Anastasio Somoza durch die Sandinisten im Jahr 1979 avancierte das kleine mittelamerikanische Land zum Sehnsuchtsort vieler Linker in Westeuropa, und es bildeten sich Solidaritätsgruppen. In Nicaragua war scheinbar die Revolution gelungen, obwohl die Vereinigten Staaten durch ihre Unterstützung der Contras eine Stabilisierung der Lage verhinderten. Die Aktivitäten Washingtons in der Region gaben im grünen Milieu Anlass zur Empörung. Somit schufen Begeisterung und Empörung auch in den 1980er-Jahren die Grundlagen für eine emotionale Gemeinschaft – nicht nur im Westen, sondern auch im Osten: Sowohl die westdeutschen Sympathisanten als auch die ostdeutschen kirchlichen Solidaritätsinitiativen hatten die Hoffnung, „dass *Nicaragua Sandinista* nach einer gelungenen Revolution als Beispiel für Europa dienen könne“[5]. Die Auswirkungen auf die bundesdeutsche Nicaragua-Politik waren zwar äußerst begrenzt, aber die transnationalen Beziehungen zu dem zentralamerikanischen Land boomten. So kam es zum einen zu einem intensivierten Austausch zwischen dem rot-grün regierten Hessen und Nicaragua sowohl auf der Landes- als auch auf der kommunalen Ebene, was sich unter anderem in 24 Partnerschaften zwischen hessischen und nicaraguanischen Städten ausdrückte.[6] Zum

[4] Vgl. Georg Dufner: Partner im Kalten Krieg. Die politischen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Chile. Frankfurt a. M. 2014, S. 369f.

[5] So Stefanie Senger: Getrennte Solidarität?. West- und ostdeutsches Engagement für Nicaragua Sandinista in den 1980er Jahren. In: Frank Bösch/Caroline Moine/dies. (Hg.): Internationale Solidarität. Globales Engagement in der Bundesrepublik und der DDR. Göttingen 2018, S. 74.

[6] Vgl. Frank Bösch: Internationale Solidarität im geteilten Deutschland. Konzepte und Praktiken. In: ders./Moine/Senger (Hg.): Solidarität (wie Anm. 5), S. 30f.

anderen machten sich zahlreiche Sympathisanten aus Westeuropa in das Entwicklungsland auf, um vor Ort Hilfe zu leisten: Allein aus der Bundesrepublik besuchten zwischen 1979 und 1990 rund 15 000 Personen Nicaragua. Zwar war die Effektivität dieser Hilfe vor Ort begrenzt, aber das propagandistische Potenzial, das die Solidaritätsbrigaden in Westdeutschland und Westeuropa entfalteten, war erheblich. Das war der regierenden FSLN in Nicaragua, die die Brigadisten auch als Botschafter der sandinistischen Revolution in Europa betrachtete, durchaus bewusst.[7]

Im Mittelpunkt von Laurence Badels Beitrag steht die Empörung über ein Ereignis in der Schlussphase des Kalten Kriegs: das Massaker auf dem Tian'anmen-Platz am 4. Juni 1989. Sie gebraucht jedoch weniger das Wort Empörung, sondern spricht allgemein von der Emotion, die die Niederschlagung der Studentenproteste in Peking auslöste, und fragt nach den Konsequenzen sowohl für die europäische Staatengemeinschaft als auch für die Zivilgesellschaft beziehungsweise für ausgewählte zivilgesellschaftliche Akteure. Das Ereignis erschütterte die Weltöffentlichkeit vor allem deshalb so heftig, weil angesichts der von Gorbatschow initiierten und tolerierten Wandlungsprozesse in den kommunistischen Staaten und der scheinbaren Liberalisierung Chinas nach 1978 mit einem solch brutalen Vorgehen nicht gerechnet worden war. Badel, die sich auf die Perzeption des Ereignisses durch die französische Diplomatie und Politik konzentriert, nennt zwei Faktoren, die die Emotionalisierung der Wahrnehmung verstärkten: Erstens trugen dazu die Foto- und Filmaufnahmen des Geschehens bei. Sie wirkten sehr viel eindringlicher als eine rein verbale Berichterstattung und ließen die Betrachter nicht ungerührt. Zudem transportierten sie die Gefühle der Menschen auf dem Tian'anmen-Platz, unter anderem die Tränen des Generalsekretärs Zhao Ziyang bei dessen Rede vor den Studenten, direkt in die westlichen Wohnzimmer. Zweitens wurde die Wahrnehmung der Studentenproteste durch mehrfache historische Bezugnahmen emotional verstärkt: auf die sich zum 70. Mal jährenden Demonstrationen von mehr als 3 000 Studenten in Peking gegen den Versailler Vertrag am 4. Mai 1919, auf das in Frankreich besondere Aufmerksamkeit findende 200-jährige Jubiläum der Französischen Revolution sowie auf den 150. Jahrestag der europäischen Revolutionen von 1848/1849. Diese Faktoren hätten, so Badel, dazu geführt, dass das Geschehen in Peking von den staatlichen Akteuren in Frankreich vor allem als brutal beendeter Kampf für die Freiheit interpretiert worden sei. Der Freiheitstopos durchzog daher zusammen mit dem dazugehörigen Pathos die Interpretation der Geschehnisse auf dem Tian'anmen-Platz und trug zu einer verstärkt emotionalisierten Wahrnehmung bei.

Die Frage nach den Auswirkungen dieser Perzeption kann Badel am überzeugendsten im Hinblick auf die Zivilgesellschaft beantworten. Hier nennt sie die humanitären Initiativen, insbesondere den Einsatz der „Ärzte ohne Grenzen", die

[7] Vgl. Christian Helm: Reisen für die Revolution. Solidaritätsbrigaden als Praktik transnationaler Solidarität zwischen der Bundesrepublik und dem sandinistischen Nicaragua. In: Bösch/Moine/Senger (Hg.): Solidarität (wie Anm. 5), S. 35–63.

unter dem Eindruck der Bilder umgehend mit einem gecharterten und mit 24 Tonnen Arzneimitteln und chirurgischem Material beladenen Flugzeug nach Peking aufbrachen. Wenngleich aufgrund der negativen Reaktion der chinesischen Behörden 17 Tonnen davon wieder nach Frankreich zurückgeschickt werden mussten, blieb zumindest Badel zufolge für die „Ärzte ohne Grenzen“ die symbolische Unterstützung von einem gewissen Wert. Das mag zutreffen, aber die Selbst- und Fremdbestätigung, die diese NGO aus dem Einsatz zog, brachte den verletzten chinesischen Studenten keine Linderung ihrer Leiden.

Eine weitere, weniger durch die Emotionalität der Perzeption als durch die Brutalität der Niederschlagung hervorgerufene Reaktion in Westeuropa war die Befürchtung, die ostdeutsche Führung könne bei den in der DDR im Herbst ausbrechenden Unruhen ebenfalls auf eine „chinesische Lösung“ setzen. Westliche Politiker und Kommentatoren mahnten Ostberlin zu Zurückhaltung und Vorsicht. Zurückgeführt wurde die Furcht vor einer gewaltsamen Niederschlagung auch auf die wechselseitigen Besuche der ostdeutschen und chinesischen Führungen zu ihren jeweiligen 40-jährigen Staatsgründungsjubiläen im Oktober 1989 und auf den dadurch vermittelten Eindruck eines Bündnisses zwischen zwei realsozialistischen „Hardlinern“. Hier differierten Fremdwahrnehmung und Realität aber erheblich. Wie Bernd Schäfer nachgewiesen hat, wirkte der enge Zusammenschluss zwar bedrohlich, die SED-Führung verband damit jedoch keine „Drohbotschaft“ gegenüber der eigenen Bevölkerung, da sie nicht glaubte, in der DDR Vergleichbares wie in China befürchten zu müssen. Schäfer vertritt die überzeugende These, dass ohne die gewaltsame Lösung in China die Hemmschwelle für eine Gewaltanwendung in der DDR möglicherweise niedriger gewesen wäre. Die internationalen Reaktionen, insbesondere die Sanktionen gegenüber China, „machten der DDR-Führung deutlich, dass eine massive Gewaltanwendung nicht nur einen innenpolitischen, sondern auch einen hohen außenpolitischen und wirtschaftlichen Preis haben würde“.[8]

Das leitet über zu den staatlichen Reaktionen und der Frage, welche Rolle hierbei Emotionen spielten. Badel geht davon aus, dass Empörung, Entsetzen und Bestürzung über den chinesischen Militäreinsatz zur Bildung einer die westeuropäischen und die reformorientierten Ostblockstaaten umfassenden emotionalen Gemeinschaft geführt habe, während die DDR und Rumänien sich durch ihre Unterstützung der chinesischen Führung von vornherein aus dieser Gemeinschaft ausgeschlossen hätten. Ungarn und Polen reagierten eher vorsichtig, und in Westeuropa bewirkte die Empörung über das Massaker letztlich zweierlei: zum einen eine Abgrenzung von der Volksrepublik China im Deklaratorischen durch die nationalen Parlamente und auf der Ebene der Europäischen Gemeinschaft, zum anderen begrenzte Wirtschaftssanktionen – sowohl auf nationaler Ebene als auch im Rahmen der Europäischen Politischen Zusammenarbeit. Doch muss man für

[8] Bernd Schäfer: Die DDR und die „chinesische Lösung“. Gewalt in der Volksrepublik China im Sommer 1989. In: Martin Sabrow (Hg.): 1989 und die Rolle der Gewalt. Göttingen 2012, S. 153–172, Zitate: S. 163, S. 169.

die Erklärung dieses Verhaltens zum Konstrukt einer emotionalen Gemeinschaft greifen? Die EG verstand sich auch schon vor dem Juni 1989 als Wertegemeinschaft, die sich zur Einhaltung von Menschenrechten und Rechtsstaatlichkeit bekannte. Daher konnte sie als supranationale Organisation auch nicht zu den Vorgängen in China schweigen und weiter Handel mit Peking treiben, als wenn nichts gewesen wäre. Überdies erfuhren die Menschenrechte 1989 unabhängig von den Ereignissen in China erheblichen Zuspruch, was in Europa vor allem durch den KSZE-Prozess vorangetrieben worden war. Im Zuge dieses Prozesses hatten die westlichen Staaten auf dem im Januar 1989 mit einem Abschlussdokument beendeten KSZE-Nachfolgetreffen in Wien erreicht, dass ihre Deutung der Menschenrechte und der humanitären Dimension der Schlussakte auch von den allermeisten östlichen Staaten akzeptiert worden war. Dies verstärkte wiederum die Verpflichtung der Westeuropäer, solch massiven Menschenrechtsverletzungen wie in China nicht tatenlos zuzusehen.

Gleichwohl handelte es sich, wie Badel darlegt, bei den verhängten Sanktionen nicht um einen totalen Wirtschaftsboykott, sondern nur um selektive Maßnahmen. Überdies reagierten die westeuropäischen Staaten keineswegs einheitlich, was insbesondere ein vergleichender Blick auf die Bundesrepublik Deutschland und Frankreich zeigt. Bereits im Winter 1989/1990 lockerte die EG den ökonomischen Druck, um im Oktober 1990 die Normalisierung der Wirtschaftsbeziehungen zu China zu verkünden. Dass die Sanktionen nicht lange durchgehalten wurden, zeigt letztlich, dass die Empörung zwar zu einer kurzzeitigen, nicht aber zu einer längerfristigen Änderung der interessen- und vor allem wirtschaftsbasierten Außenpolitik gegenüber China führte.

Die beiden Aufsätze haben, erstens, gezeigt, dass Begeisterung und Empörung Erregungszustände sind, die sich – wenn überhaupt – eher kurz- als langfristig auf die internationalen Beziehungen als Staatenbeziehungen auswirken. Vermutlich ist ihr indirekter Effekt, etwa wenn sie die Mentalitäten wesentlicher Teile der Gesellschaft prägen, sehr viel größer, aber schwerer nachweisbar. Anders verhält es sich offensichtlich, wenn man, zweitens, einzelne transnationale Beziehungen in den Blick nimmt. Hier haben die vor allem dem grünen Milieu entstammenden Unterstützer für die „Dritte Welt“ gezeigt, dass Begeisterung und Empörung in Teilen der Gesellschaft auch zu nachhaltigem Engagement führen konnten, was für die oben vermutete längerfristige Prägung von Mentalitäten durch Gefühle bei unterschiedlichen Gruppen spricht. Und drittens ist – auch wenn Ute Frevert Staaten Gefühle zuspricht – Vorsicht geboten, bevor vorschnell ein Zusammenschluss von Staaten zu einer emotionalen Gemeinschaft erklärt wird. Auch wenn nicht ausgeschlossen werden kann, dass bei der Konstituierung solcher Gemeinschaften auch Gefühle eine Rolle spielen, sollte zunächst nach anderen Faktoren für die Begründung einer Staatengemeinschaft gefragt werden.

Ulrich Pfeil

Kommentar: „Humanität und Emotionen im Kalten Krieg“[1]

Zu Weihnachten 1970 wurde der damals 22-jährige Christian Peter Friese bei einem Fluchtversuch an der Sektorengrenze zwischen Berlin-Treptow und Berlin-Neukölln durch 98 Schuss aus den Gewehren von fünf DDR-Grenzposten getötet. Die Wut des Sprechers des Westberliner Senats war nicht zu überhören. Laut Westberliner „Tagesspiegel“ äußerte er: Der Vorfall lasse „erneut die ‚Machtbesessenheit eines Systems‘ deutlich werden, dem Humanität fremd sei“.[2] Die Berliner Mauer war vom ersten bis zum letzten Tag ihres Bestehens nicht nur das sichtbarste Symbol des Kalten Kriegs, sondern immer auch ein emotionaler Erinnerungsort.[3] Aus westlicher Perspektive stand sie für die Inhumanität der Teilung, den Bruch mit dem humanitären Völkerrecht und damit im Gegensatz zu den humanitären Normen der Menschenrechte, die sich das Abendland in einem „Prozess der Zivilisation“ (Norbert Elias) gegeben hatte. Der Osten bezeichnete die Mauer hingegen als „antifaschistischen Schutzwall“, also als eine Reaktion auf die aggressive und damit menschenunwürdige Haltung des westlichen Imperialismus. Der ideologische Gegensatz des Kalten Kriegs akzentuiert folglich unterschiedliche normative Inhalte von Humanität. Dies führt zu der Vermutung, dass das, was als Humanität angesehen wird, stets von der jeweiligen Perspektive abhängt.

Darüber hinaus ist bei einer Historisierung von Humanität zu bedenken, dass Konzepte, Wahrnehmungen und das Bewusstsein von Humanität seit der Antike politischen, historischen, sozio-kulturellen und semantischen Umcodierungen unterworfen waren. Das gilt im internationalen Vergleich, lässt sich jedoch auch immer bei innergesellschaftlichen Debatten etwa um ein menschenwürdiges Leben beobachten. In begriffsgeschichtlicher Perspektive ist es daher wichtig, sich wandelnde soziale Realitäten sowie neue individuelle und gesellschaftliche Vorstellungen von Humanität in ihrer Wirkung auf das politische Handeln in den

[1] Kommentar zu den Beiträgen von Laurence Badel, Agnes Bresselau von Bressensdorf, Corine Defrance und Claudia Kemper.

[2] Der Tagesspiegel, 29. 12. 1970; vgl. zu diesem Vorfall: Todesopfer. Christian Peter Friese, http://www.chronik-der-mauer.de/todesopfer/171353/friese-christian-peter (letzter Zugriff am 6. 4. 2020).

[3] Vgl. Nicole Colin u. a. (Hg.): Le Mur de Berlin. Histoire, mémoires, représentations. Bern 2016.

https://doi.org/10.1515/9783110680522-022

Blick zu nehmen, um die zeitgenössischen Bezugnahmen auf Humanität in Politik und Gesellschaft zu identifizieren, die Bedeutungen zu dekonstruieren und dem Verhältnis von Humanität und Emotion auf den Grund zu gehen.

Emotion, Humanität und historisches Gedächtnis

Bis ins 20. Jahrhundert galten Emotionen als irrationale, gefährliche Triebe. Der französische *Annales*-Historiker Lucien Febvre verstand sie in seinem Artikel „La sensibilité et l'histoire" aus dem Jahre 1941 als „primitive, basale Kräfte in uns". Sie waren für ihn der Gegenbegriff zu Vernunft und Humanität. Emotionen machte er für den Aufstieg des Faschismus in Europa mitverantwortlich.[4] Auffallend ist bis heute, dass Akteure aus Politik, Zivilgesellschaft und Medien in Momenten bedeutender historischer Veränderungen gerne auf ihr vernunftgeleitetes – will heißen: emotionsloses – Handeln verweisen, um ihrer Politik einen Anschein von Seriosität zu verleihen. Sie setzen dabei auf ihre sicherlich nicht falsche Überzeugung, dass in der öffentlichen Meinung Emotion und Vernunft immer noch als Gegensatz angesehen wird.[5]

Die aktuelle Forschung geht hingegen nicht mehr von diesem Antagonismus aus. William Reddy steht dabei stellvertretend für einen langsamen Paradigmenwechsel in der Emotionsforschung seit den 1960er-Jahren; Emotionen wurden nun nicht mehr abgewertet, sondern eher als „Ingredienzen eines affektiv-kognitiven Weltzugangs"[6] beschrieben, die uns Erfahrungen haben machen lassen und unseren Blick auf die Umwelt bestimmen. Darüber hinaus hat Reddy das Konzept der „emotionalen Regime" in die Diskussion eingeführt, die er als „die Reihe normativer Emotionen und die offiziellen Rituale, Praktiken und *emotives*, die diese ausdrücken und einprägen; eine notwendige Grundlage eines jeden stabilen politischen Regimes" definiert.[7] Auch wenn Gefühle zuerst einmal individuell sind, so werden sie doch durch ein Set sich verändernder normativer Rahmungen, Gefühlsnormen beziehungsweise Gefühlskulturen beeinflusst. Gesellschaftliche Großgruppen, die oftmals die öffentliche Meinung über die Medien dominieren, wirken auf die Informationsverarbeitung und die Gefühlsempfindung von Individuen.

Emotionen sind somit sowohl das Ergebnis individueller als auch kollektiver Werte und Wertungen, die wiederum bei der Entstehung von *emotional commu-*

[4] Vgl. Lucien Febvre: La sensibilité et l'histoire. Comment reconstituer la vie affective d'autrefois?. In: AHS 3 (Janvier–Juin 1941) 1/2, S. 5–20.

[5] Vgl. Ute Frevert: Rationalität und Emotionalität im Jahrhundert der Extreme. In: Martin Sabrow/Peter Ulrich Weiß (Hg.): Das 20. Jahrhundert vermessen. Signaturen eines vergangenen Zeitalters. Göttingen 2017, S. 115–140, hier: S. 119.

[6] Jakob Tanner: Das Rauschen der Gefühle. Vom Darwinischen Universalismus zur Davidsonschen Triangulation. In: Nach Feierabend 2 (2006), S. 129–152, hier: S. 142.

[7] William M. Reddy: The Navigation of Feeling. A Framework for the History of Emotions. Cambridge 2001, S. 129.

nities eine entscheidende Rolle spielen. Mit diesem Konzept bezeichnet Barbara Rosenwein soziale Gruppen, „die dieselben Bewertungen von Emotionen und Vorstellungen, wie diese auszudrücken seien, vertreten“.[8] Diese sozialkonstruktivistischen Ansätze bindet Ute Frevert zusammen. Für sie sind Gefühle „bei aller Natürlichkeit, in hohem Maße kulturell und sozial geprägt. Wer was fühlte und wie zum Ausdruck brachte, hing ab von den jeweiligen Lebensumständen, von der Bildung, vom Alter und Geschlecht, aber auch vom allgemeinen Entwicklungsstand und der politischen Verfasstheit einer Gesellschaft.“[9]

So kann die These aufgestellt werden, dass es im Rahmen des Ost-West-Konflikts unterschiedliche emotionale Regime und Gemeinschaften gab, deren „bestimmendes Strukturprinzip sowohl des Alltagslebens als auch des Bewusstseins“[10] zwar der Kalte Krieg war, deren Ordnungsvorstellungen und Werte aber diametral zueinanderstanden. Unterschiedliche Vorstellungen von Humanität erklären sich folglich auch aus divergierenden Interessen, Werten, Emotionsstilen und -bewertungen verschiedener emotionaler Gemeinschaften. Die begriffs-, diskurs- und emotionsgeschichtliche Analyse von Humanität in den Jahrzehnten des Kalten Kriegs ermöglicht Rückschlüsse auf die unterschiedlichen Gefühlssysteme in den beiden Lagern, sollte aber auch berücksichtigen, dass in einer Großgruppe verschiedene emotionale Gemeinschaften koexistieren können, auch in Diktaturen.

Menschliches Handeln innerhalb von emotionalen Gemeinschaften ist unter anderem durch die emotionale „Verknüpfung von Erfahrung und Erwartung“[11] bedingt. Menschen nehmen aktuelle politische Ereignisse oftmals durch den Filter ihres historischen Gedächtnisses wahr, das ihnen eine Orientierung für die Zukunft geben soll. In der Zeit des Kalten Kriegs war zum Beispiel bei französischen Diplomaten und Politikern die Französische Revolution ein wichtiger historischer Identifikationspunkt. Corine Defrance zitiert in ihrem Beitrag aus der Zeitung „Le Parisien Libéré“ zur Zeit der Berlin-Blockade den Satz „Berlin ist unsere Bastille“ und kann herausarbeiten, dass viele Franzosen den Fall der Berliner Mauer mit dem Sturm auf die Bastille gleichsetzten. Auch Laurence Badel unterstreicht die Bedeutung des nationalen historischen Erfahrungsraumes für die Be-

[8] Barbara Rosenwein: Problems and Methods in the History of Emotions. In: Passions in Context 1 (2010), online zugänglich unter: http://www.passionsincontext.de/uploads/media/01_Rosenwein.pdf (letzter Zugriff am 6. 4. 2020), S. 1.

[9] Ute Frevert: Gefühle definieren. Begriffe und Debatten aus drei Jahrhunderten. In: dies. u. a. (Hg.): Gefühlswissen. Eine lexikalische Spurensuche in der Moderne. Frankfurt a. M. 2011, S. 9–39, hier: S. 32; vgl. auch Jan Plamper: Geschichte und Gefühl. Grundlagen der Emotionsgeschichte. München 2012.

[10] Ulli Jäger: Friedenspädagogik in Zeiten des Kalten Krieges (1945–1989). Herausforderungen, Etappen, Erfahrungen. In: Till Kössler/Alexander J. Schwitanski (Hg.): Frieden lernen. Friedenspädagogik und Erziehung im 20. Jahrhundert. Essen 2014, S. 39–52, hier: S. 45; vgl. auch Birgit Volmerg u. a.: Kriegsängste und Sicherheitsbedürfnis. Zur Sozialpsychologie des Ost-West-Konflikts im Alltag. Frankfurt a. M. 1983.

[11] Frank Biess: Republik der Angst. Eine andere Geschichte der Bundesrepublik. Reinbek 2019, S. 31.

urteilung politischer Ereignisse, nahmen die französischen Diplomaten die Demonstrationen in China 1989 doch nicht nur vor dem Hintergrund der revolutionären Ereignisse in Osteuropa wahr. Im Jahr des *Bicentenaire* der Französischen Revolution richtete sich ihr Blick vor allem auf den Kampf um die Freiheit, sodass das „Land der Menschenrechte" viel Sympathie für die revolutionären chinesischen Studenten aufbrachte.

Diese Beispiele unterstreichen die These, dass nicht nur Überzeugungen, Werte und Normen von Emotionen mitgesteuert werden, sondern auch das historische Gedächtnis.[12] Es muss als integraler Bestandteil rationalen und interessengeleiteten Handelns in der Menschenrechtspolitik mitgedacht werden: „Im Allgemeinen regulieren Emotionen außer Wahrnehmungen auch das Gedächtnis, das ständig von Affekten beeinflusst wird. Vergangene Gefühle prägen nicht nur das Denken und Verhalten, sondern sie filtern auch Erinnerungen."[13]

Emotionen und humanitäre Lernprozesse

Die verschiedenen Kriege des 20. Jahrhunderts veranschaulichen deutlich, wie eng Emotionen und (In-)Humanität zusammengehören. Die „Todesmühle von Verdun" als Folge nationalistischer Emotionen vor 1914, das Gefühl nationaler Schmach in Deutschland nach 1918/1919 als Katalysator für den Zweiten Weltkrieg und die Angst vor dem *day after* angesichts eines potenziellen atomaren Overkills im Kalten Krieg[14] provozierten Hass, Rachsucht, Misstrauen, Intoleranz und Feindseligkeit, die humanitäre Normen außer Kraft setzten.

Das nach 1945 immer wieder bemühte Bild von Hitler als „Bestie" verweist auf die primäre Bedeutung von Humanität, das heißt: auf die Frage, was den Menschen vom Tier unterscheidet. Diese beschäftigte schon den Dichter und Philosophen Johann Gottfried Herder, der in der Tradition des Humanismus Überlegungen anstellte, „was den Menschen ausmache": „Humanität ist der *Charakter unsres Geschlechts*; er ist uns aber nur in Anlagen angeboren und muß uns eigentlich angebildet werden. Wir bringen ihn nicht fertig auf die Welt mit; auf der Welt aber soll er das Ziel unsres Bestrebens, die Summe unsrer Übungen, unser *Wert* sein; denn eine *Angelität* im Menschen kennen wir nicht, und wenn der Dämon, der uns regiert, kein humaner Dämon ist, werden wir Plagegeister der Menschen. Das *Göttliche* in unserm Geschlecht ist also *Bildung zur Humanität*; alle großen

[12] Vgl. Reinhild Kreis: Arbeit am Beziehungsstatus. Vertrauen und Misstrauen in den außenpolitischen Beziehungen der Bundesrepublik Deutschland. In: dies. (Hg.): Diplomatie mit Gefühl. Vertrauen, Misstrauen und die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland. Berlin u. a. 2015, S. 7–16, hier: S. 8 f.

[13] Arnd Bauerkämper: Emotionen im Gedächtnis. Erinnerungskonflikte über den Zweiten Weltkrieg zwischen Deutschland und Italien (1949–1979). In: Historische Mitteilungen 26 (2013/14), S. 319–340, hier: S. 321.

[14] Vgl. Bernd Greiner/Christian Th. Müller/Dierk Walter (Hg.): Angst im Kalten Krieg. Hamburg 2009.

und guten Menschen, Gesetzgeber, Erfinder, Philosophen, Dichter, Künstler, jeder edle Mensch in seinem Stande, bei der Erziehung seiner Kinder, bei der Beobachtung seiner Pflichten, durch Beispiel, Werk, Institut und Lehre hat dazu mitgeholfen. Humanität ist der Schatz und die Ausbeute aller menschlichen Bemühungen, gleichsam die *Kunst unsres Geschlechtes.* Die Bildung zu ihr ist ein Werk, das unablässig fortgesetzt werden muß, oder wir sinken, höhere und niedere Stände, zur rohen Tierheit, zur *Brutalität* zurück.“[15]

So galt es nach der Shoah, den Gründen für die Entstehung dieser Gewalt nachzugehen[16] und die Antriebe zu verstehen, die Deutsche im „Dritten Reich“ dazu bewegt hatten, Mitmenschen Leid anzutun und auf diese Weise das gemeinsame Menschsein zu negieren.[17] Dass Deutschland in diesen Jahren den Weg der Humanität verlassen hatte, war schon der schwedischen Kinderbuchautorin Astrid Lindgren am 10. Mai 1940 aufgefallen: „Deutschland gleicht einer bösartigen Bestie, die in regelmäßigen Abständen aus ihrer Höhle hevorgestürzt kommt, um über ein neues Opfer herzufallen. Mit einem Volk, das im Abstand von etwa 20 Jahren so gut wie die ganze übrige Menschheit gegen sich aufbringt, kann etwas nicht stimmen.“[18]

Die von Deutschen zwischen 1939 und 1945 begangenen Verbrechen gegen die Menschlichkeit erforderten auf individueller, gesamtgesellschaftlicher und internationaler Ebene neue humanitäre Normen jenseits von Krieg und Gewalt.[19] Im Sinne von Herders Prinzip „Bildung zur Humanität“ standen Politiker, Intellektuelle, Künstler und Pädagogen vor der Aufgabe, Lernprozesse anzustoßen, um negative Emotionen und Gefühlshaltungen zwischen Menschen zu überwinden. Es galt, Gesellschaften zu befrieden, aber auch Humanität wieder zu einem Grundprinzip der internationalen Beziehungen zu machen.[20] Ziel musste die mentale Demobilisierung sein, das heißt: der Abbau von Feindbildern in den Köpfen der Menschen, um die „Normen eines ‚zivilisierten‘ Verhaltens“[21] wiederherzustellen.

[15] Johann Gottfried Herder: Briefe zur Beförderung der Humanität. Dritte Sammlung, 27. Absatz, http://www.zeno.org/Literatur/M/Herder,+Johann+Gottfried/Theoretische+Schriften/Briefe+zur+Bef%C3%B6rderung+der+Humanit%C3%A4t/Dritte+Sammlung (letzter Zugriff am 6. 4. 2020) (Hervorhebungen im Original).

[16] Vgl. Jörg Baberowski (Hg.): Moderne Zeiten?. Krieg, Revolution und Gewalt im 20. Jahrhundert. Göttingen 2006; ders./Gabriele Metzler (Hg.): Gewalträume. Soziale Ordnungen im Ausnahmezustand. Frankfurt a. M. 2013; Martin Sabrow (Hg.): Das Jahrhundert der Gewalt. Leipzig 2014; Axel T. Paul/Benjamin Schwalb (Hg.): Gewaltmassen. Über Eigendynamik und Selbstorganisation kollektiver Gewalt. Hamburg 2015.

[17] Vgl. Niall Ferguson: Welt im Krieg. Was ging schief im 20. Jahrhundert?. Berlin 2006.

[18] Astrid Lindgren: Die Menschheit hat den Verstand verloren. Tagebücher 1939–1945, Berlin 2015.

[19] Vgl. Stefan-Ludwig Hoffmann u. a. (Hg.): Seeking Peace in the Wake of War. Europe, 1943–1947. Amsterdam 2015.

[20] Vgl. Thomas Kühne (Hg.): Von der Kriegskultur zur Friedenskultur. Zum Mentalitätswandel in Deutschland seit 1945. Münster 2000; Corine Defrance/Ulrich Pfeil (Hg.): Verständigung und Versöhnung nach dem „Zivilisationsbruch“?. Deutschland in Europa nach 1945. Brüssel 2016.

[21] John Horne: Guerres et réconciliations européennes au 20e siècle. In: Vingtième siècle 104 (2009) 4, S. 3–15, hier: S. 8.

Ein erster Schritt war die „Achtung der Menschenrechte“, die bei den Müttern und Vätern der am 16. November 1945 verabschiedeten Verfassung der UNESCO im Vordergrund stand. Diese unterstreicht eine Konzeption von Frieden, der nicht alleine die Abwesenheit von Krieg war: „Friede muss – wenn er nicht scheitern soll – in der geistigen und moralischen Solidarität der Menschheit verankert werden.“ Wie schon Herder setzten auch die Gründerinnen und Gründer der UNESCO auf Bildung und Erziehung als Mittel der Verständigung, um humanitäre Normen in den Köpfen der Menschen neu zu justieren: „Da Kriege im Geist der Menschen entstehen, muss auch der Frieden im Geist der Menschen verankert werden.“[22]

In einem konstruktivistischen Ansatz ist also Frieden, aber auch Humanität machbar.[23] Folgt man den Thesen Reddys, dann sind genauso Gefühle machbar, denn sie sind für ihn das Ergebnis von individuellen und kulturellen Lernprozessen,[24] in denen die Menschen vermittelt bekommen, was Gefühle sind und zu welchem Zweck sie dienen, welche Gefühle es gibt, „welche Rhetorik der Gefühle im je verschiedenen sozialen Miteinander angebracht ist, ob und wie Gefühle bearbeitet werden können“. Dabei wird heute immer deutlicher, dass es sich bei Emotionen um „historisch geprägte Fühlweisen“[25] handelt; sie sind – wie auch die Vorstellungen von Humanität – nicht historisch kontingent und auch nicht gänzlich determiniert, sondern werden in einer diachronen Perspektive immer neu konstruiert und können sich, etwa in bilateralen Beziehungen, wandeln.

So konstatiert Corine Defrance eine Veränderung der Emotionen zwischen Deutschen und Franzosen in Berlin während der Luftbrücke, wirkte der direkte Kontakt in dieser Notsituation doch vertrauensbildend und legte die ersten vorsichtigen Grundlagen für die deutsch-französische Verständigung. Die Erinnerung an Krieg und Besatzung war nicht verschwunden, doch die Hoffnung auf eine friedliche Zukunft entwickelte sich zum Erwartungshorizont und ebnete humanitären Aktionen und versöhnlichen Gedanken einen neuen Platz.

Humanität und Menschenrechte: Emotionale Umcodierungen im Kalten Krieg

„Mit dem, was in Auschwitz geschah – Auschwitz als Metapher für den Holocaust als Ganzes –, wurden die Grundvoraussetzungen zivilisatorischen Handelns und Verhaltens zerbrochen. Das heißt, in Auschwitz geschah etwas, das weit über

[22] Verfassung der UNESCO verabschiedet in London am 16. 11. 1945, zuletzt geändert von der 30. UNESCO-Generalkonferenz am 1. 11. 2001, https://www.unesco.de/mediathek/dokumente/verfassung-der-organisation-fuer-bildung-wissenschaft-und-kultur (letzter Zugriff am 6. 4. 2020).
[23] Zu den Anfängen im 19. Jahrhundert vgl. Fabian Klose: „In the Cause of Humanity“. Eine Geschichte der humanitären Intervention im langen 19. Jahrhundert. Göttingen 2019.
[24] Vgl. Reddy: Navigation (wie Anm. 7).
[25] Bettina Hitzer: Krebs fühlen. Eine Emotionsgeschichte des 20. Jahrhunderts. Stuttgart 2020, S. 14f.

das hinausreichte, was gemeinhin mit Formen des Tötens, des Vernichtens, ja sogar des Genozids einherging. In Auschwitz hat man etwas getan, was jenseits auch einer ganz funktionalen Rationalität und Vernunft angesiedelt ist.“[26]
Mit diesen Worten definierte Dan Diner den von ihm Mitte der 1980er-Jahre eingeführten Begriff des „Zivilisationsbruchs“.[27] Er sah in der systematischen Ausrottung der europäischen Juden „die äusserste Entfremdung von allem, was die Idee der Humanität zu vermitteln weiss“.[28] Diese rassisch motivierten Verbrechen gegen die Menschlichkeit und die oftmals ideologisch legitimierten innergesellschaftlichen Konflikte ließen Eric Hobsbawm vom „Zeitalter der Extreme“ sprechen. Die leidenschaftliche Eskalation der Gewalt bewog Marc Mazower, seiner Studie zu Europa im 20. Jahrhundert den Titel „Der dunkle Kontinent“ zu geben.[29] Und Christoph Cornelißen fand berechtigte Gründe, die „Geschichte Europas über das Phänomen massenhafter Gewalt zu erfassen“, glich der Kontinent doch 1945 einem „Massengrab“.[30]

Dieser tiefe Einschnitt in der Menschheitsgeschichte führte nach dem Zweiten Weltkrieg zu der Frage, auf welche Weise es durch die Institutionalisierung einer universellen Ordnung zukünftig gelingen könnte, Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu verhindern und die allgemeine Menschenwürde zu garantieren.

Eine der ersten Institutionen waren die Vereinten Nationen, die mit ihrer am 26. Juni 1945 unterzeichneten Charta nicht nur auf den unterschiedlichsten Ebenen dafür sorgen wollten, mithilfe des Prinzips funktionaler Universalität einen neuen Krieg zu verhindern,[31] sondern die vor allem auch „auf die allgemeine Achtung und Verwirklichung der Menschenrechte“ (Art. 55) hinarbeiten wollten. Auf der Charta baute dann die am 10. Dezember 1948 verabschiedete Allgemeine Erklärung der Menschenrechte auf, die sich ebenfalls dem Schutz der Menschenrechte verpflichtete. Als normative Konsequenz aus den Verbrechen des Zweiten Weltkriegs entstand des Weiteren die am 4. November 1950 vom Europarat in Straßburg unterzeichnete Europäische Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten, in deren Einleitung sich die Unterzeichner entschlossen zeigten, „als Regierungen europäischer Staaten, die vom gleichen Geist beseelt sind und ein gemeinsames Erbe an politischen Überlieferungen, Idealen, Achtung der Freiheit und Rechtsstaatlichkeit besitzen, die ersten Schritte auf dem Weg zu

[26] Professor Dr. Dan Diner (Historiker) im Gespräch mit Jochen Kölsch, 6. 5. 2015, ARD-alpha, https://www.br.de/fernsehen/ard-alpha/sendungen/alpha-forum/dan-diner-gespraech-102~attachment.pdf? (letzter Zugriff am 6. 4. 2020).
[27] Vgl. Dan Diner (Hg.): Zivilisationsbruch. Denken nach Auschwitz. Frankfurt a. M. 1988.
[28] Martin Meyer: Der Schatten von Auschwitz. In: NZZ, 1. 7. 2008, online zugänglich unter: https://www.nzz.ch/der_schatten_von_auschwitz-1.773267?reduced=true (letzter Zugriff am 6. 4. 2020).
[29] Mark Mazower: Der dunkle Kontinent. Europa im 20. Jahrhundert. Berlin 2000.
[30] Christoph Cornelißen: Vom Schreiben einer Geschichte Europas im 20. Jahrhundert. Perspektiven und Herausforderungen. In: ZeitRäume 2012/2013, S. 65–86, hier: S. 65.
[31] Vgl. Georg Schwarzenberg: Power Politics: A Study of International Society. London ^{2}1951, S. 430.

einer kollektiven Garantie bestimmter in der Allgemeinen Erklärung aufgeführter Rechte zu unternehmen".[32]

Bis Anfang der 1950er-Jahre hatte sich ein Politikfeld herausgebildet, auf dem „Menschenrechtsschutz als Säule eines effektiven internationalen Sicherheitssystems"[33] galt. Gerade in der unmittelbaren Nachkriegszeit war es dabei zeitweise noch gelungen, die Gräben des mittlerweile ausgebrochenen Ost-West-Gegensatzes zu überbrücken. Gleichwohl muss gerade im Hinblick auf die Menschenrechtserklärung konstatiert werden, dass sie nicht in allen Unterzeichnerstaaten zur Maxime der Politik wurde, sodass Gewaltherrschaft, Unterdrückung und Krieg nicht vom Erdball verschwanden. Dies galt insbesondere, als der Kalte Krieg endgültig zur „Matrix der Weltgeschichte"[34] wurde. Nun kam die Menschenrechtspolitik unter die Räder dieses ideologischen Systemkonflikts. Der Kalte Krieg verhinderte eine stärkere internationale Kooperation, sodass die Arbeit der institutionalisierten Menschenrechtsforen nur wenig praktische Konsequenzen hatte.[35] Die Diskrepanz zwischen dem oftmals idealistischen Anspruch und der realpolitischen Wirklichkeit führte zwar zu vielen Enttäuschungen, doch lässt sich auch mit Heinrich August Winkler argumentieren: „Aber die Erklärung gewann mit der Zeit eine normative Autorität, an der sich zumindest die Staaten orientierten, die Wert darauflegten, als Rechtsstaaten anerkannt zu werden."[36]

Da sowohl die USA als auch die Sowjetunion für ihre Weltsicht universale Geltungsansprüche erhoben, verkamen die Debatten vor der UNO-Generalversammlung zu einer Symbolpolitik, um die Überlegenheit der eigenen politischen und gesellschaftlichen Ordnungsentwürfe und ihre dauerhafte Attraktivität zu demonstrieren. Beiden Seiten ging es darum, eine emotionale Grundlage zu schaffen, die das eigene System legitimieren und den Gegner auf der anderen Seite des Eisernen Vorhangs diskreditieren sollte. Die Geschichte der Menschenrechte nach 1945 war folglich keine kontinuierliche Fortschrittsgeschichte und konnte gerade in den ersten Jahrzehnten nur wenig Veränderungskraft entwickeln, wie Jan Eckel unterstreicht: „Beide Seiten verfolgten mit ihren Vorstößen in den Vereinten Nationen nahezu ausschließlich das Ziel, die Mängel des gegnerischen Systems zu denunzieren, um damit ihr Arsenal an propagandistischen Waffen im ‚Kalten Krieg' zu erweitern."[37]

[32] Europäische Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten, online zugänglich unter: https://www.bpb.de/nachschlagen/gesetze/menschenrechtskonvention/ (letzter Zugriff am 6. 4. 2020).

[33] Jan Eckel: Vieldeutige Signatur. Menschenrechte in der Politik des 20. Jahrhunderts. In: Martin Sabrow/Peter Ulrich Weiß (Hg.): Das 20. Jahrhundert vermessen. Signaturen eines vergangenen Zeitalters. Göttingen 2017, S. 284–304, hier: S. 286.

[34] Ulrich Herbert: Geschichte Deutschlands im 20. Jahrhundert. München 2014, S. 592.

[35] Vgl. grundlegend: Jan Eckel: Die Ambivalenz des Guten. Menschenrechte in der internationalen Politik seit der 1940ern. Göttingen 2014.

[36] Heinrich August Winkler: Geschichte des Westens. Vom Kalten Krieg zum Mauerfall. München 2014, S. 134.

[37] Eckel: Signatur (wie Anm. 33), S. 289.

Die anfänglich noch kursierende Idee eines demokratischen Weltfriedens musste aufgegeben werden und machte Platz für einen „Frieden durch Abschreckung und/oder Entspannung“.[38]

Nicht zuletzt durch die Pakte der UNO über bürgerliche und politische Rechte sowie über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte (1966), und durch die Konventionen über das Verbot der Rassendiskriminierung (1966) bekam die Menschenrechtsdiskussion in den 1970er-Jahren neuen Elan. Mit dieser Fortentwicklung des menschenrechtspolitischen Normbestands gingen auch verschiedene westliche Regierungen dazu über, „den Menschenrechtsschutz konzeptionell wie auch institutionell fest in ihrer auswärtigen Politik zu verankern“.[39] Dass sich die internationale Politik in diesen Jahren verwandelte und Menschenrechtsfragen eine Bühne erhielten, lag vor allem am öffentlichen Druck, den die neuen Protestbewegungen unter anderem in den USA, Großbritannien und den Niederlanden in den 1960er-Jahren aufgebaut hatten: „Ein ausgeprägtes Verflechtungsbewusstsein, der Wunsch, die manichäische Weltsicht des Kalten Kriegs zu überwinden, eine gesteigerte Sensibilität für ‚fernes‘ Leid, das Bedürfnis, Politik moralisch zu grundieren – all dies waren wichtige Triebkräfte des zivilen Menschenrechtsengagements.“[40]

Als Folge wachsender transnationaler Mobilität, weltweiter Migrationsströme und der Wahrnehmung grenzüberschreitender Problemlagen wie Umwelt- und Klimabedrohungen erfuhren ab den 1960er-Jahren auch die NGOs eine neue Konjunktur (Gründung von *Amnesty International* 1961). Nach Aussage von Claudia Kemper werteten sie emotionale Motive in der Politik und in den internationalen Beziehungen auf, was sie in Interaktion von Emotion und Ratio zu einem Korrektiv im Zusammenspiel von Politik und Zivilgesellschaft machte.[41]

Der Kampf für die Menschenrechte wurde in zunehmendem Maße auch in den Medien geführt, sodass das Individuum als internationaler Akteur stärker in den Fokus rückte. Dies galt gerade auch für die Figur des Opfers, dessen Bild sich im 20. Jahrhundert wandelte und das vor allem in den 1980er-Jahren mit den Attributen „passiv“ und „unschuldig“ versehen wurde, nachdem seine Position lange mit Vorbehalten behaftet und ihm oftmals eine „irgendwie geartete Mitschuld“[42] für seine Situation gegeben worden war.

[38] Norbert Götz: Universeller oder spezieller Frieden?. Demokratie als Kriterium der Mitgliedschaft in den frühen Vereinten Nationen. In: Jost Dülffer/Gottfried Niedhart (Hg.): Frieden durch Demokratie?. Genese, Wirkung und Kritik eines Deutungsmusters. Essen 2011, S. 167–186, hier: S. 169.

[39] Eckel: Signatur (wie Anm. 33), S. 294.

[40] Ebd., S. 295.

[41] In diesem Kontext sollte die Forschung gerade für die 20 Jahre nach Kriegsende ein Hauptaugenmerk auf das Verhältnis zwischen NGOs und Nachrichtendiensten legen, sammelten diese doch nicht nur Informationen über die zivilgesellschaftlichen Hilfsorganisationen, sondern versuchten auch Einfluss auf jene zu gewinnen; vgl. Jan Eckel: Utopie der Moral, Kalkül der Macht. Menschenrechte in der globalen Politik seit 1945. In: AfS 49 (2009), S. 437–484, hier: S. 445.

[42] Svenja Goltermann: Opfer. Die Wahrnehmung von Krieg und Gewalt in der Moderne. Frankfurt a. M. 2017, S. 177.

Wachsende Empathie und steigendes Interesse an internationaler Solidarität schufen eine universell gültige Rahmung für Humanität und damit eine emotionale Gemeinschaft, für die unterlassene Hilfe als unmenschlich galt. Ein Bewusstsein für die Notwendigkeit eines international verantworteten Menschenrechtsschutzes war geweckt, was die Emotionalisierungsstrategien zur Generierung materieller Unterstützung für humanitäre Hilfe erleichterte, aber auch zu einem Wettbewerb um Ressourcen zwischen den sich ausbreitenden NGOs führte. Agnes Bresselau von Bressensdorf weist zu Recht darauf hin, dass es im Rahmen des *emotional turns* für die künftige historische Forschung unabdingbar ist, das „sozio-kulturelle und normative Gefühlswissen" der Akteure und deren politisches, soziales und kulturelles Wertesystem zu identifizieren – Faktoren, an die Emotionalisierungsstrategien andocken konnten.

Die Diskussion um die Menschenrechte blieb nicht auf den Westen beschränkt, auch wenn die Interessenlage im Osten anders war. Der KSZE-Prozess und die Schlussakte von Helsinki (1975) setzten die Achtung von Menschenrechten als Standard beziehungsweise als verbindliches Prinzip in den internationalen Beziehungen,[43] sodass Dissidenten und Menschenrechtsgruppen wie „Charta 77" in der Tschechoslowakei Argumente für ihre Forderungen in die Hand erhielten und sich in ihren Aktionen ermutigt fühlten.[44]

Indem die Menschenrechtspolitik den Weg in die außenpolitischen Konzepte westlicher Regierungen gefunden hatte, indem zivilgesellschaftliche Aktivisten ihr Handeln mit ihr begründeten und indem Medien über Menschenrechtsverletzungen in der Welt berichteten, entstand eine globale „menschenrechtspolitische Fundamentalsensibilisierung",[45] die autoritäre Regime in die Defensive brachte. Sie wurden von außen zu einem Mehr an Rechtsstaatlichkeit und Demokratie gedrängt und von innen zu immer neuen Reformen veranlasst, was einen Druck erzeugte, dem der real existierende Sozialismus im Osten schließlich Ende der 1980er-Jahre nicht standhalten konnte.

Das Beziehungsverhältnis zwischen Humanität und Emotion im Kalten Krieg bestätigt die These von Bernd Greiner, für den die „totale Politik" dieses Konflikts „tief in die Poren der beteiligten Gesellschaften"[46] eingedrungen ist. Auch wenn die Geschichte der Menschenrechte und der humanitären Hilfe nicht vollends der Chronologie und den Konjunkturen des Kalten Kriegs folgt, so zeigt

[43] Wilfried Loth: Helsinki, 1. August 1975. Entspannung und Abrüstung. München 1998; Oliver Bange/Gottfried Niedhart (Hg.): Helsinki 1975 and the Transformation of Europe. New York 2008; Matthias Peter/Hermann Wentker (Hg.): Die KSZE im Ost-West-Konflikt: Internationale Politik und gesellschaftliche Transformation 1975–1990. München 2012; Yuliya von Saal: KSZE-Prozess und Perestroika in der Sowjetunion. Demokratisierung, Werteumbruch und Auflösung 1985–1991. München 2014.

[44] Vgl. Annabelle Lutz: Dissidenten und Bürgerbewegung. Ein Vergleich zwischen DDR und Tschechoslowakei. Frankfurt a. M. 1999.

[45] Eckel: Signatur (wie Anm. 33), S. 300.

[46] Bernd Greiner: Kalter Krieg und „Cold War Studies". In: Docupedia-Zeitgeschichte, 11. 2. 2010, https://docupedia.de/zg/Cold_War_Studies (letzter Zugriff am 6. 4. 2020).

doch die Ressourcenakquise der NGOs vor 1989/1990, dass sich die Chancen auf Erfolg verbesserten, wenn die Organisationen den semantischen „Regeln“ dieses ideologischen Antagonismus folgten. Selektive Darstellungen gehörten dabei zu den Argumentationsstrategien, genauso der bewusste Einsatz von Schlüsselwörtern (zum Beispiel „Freiheit“/*freedom*), um sich auf der „richtigen“ Seite zu positionieren, dem zumeist binären Lagerdenken zu entsprechen und sich damit zu legitimieren, wie Claudia Kemper herausgearbeitet hat.

Das Bild der sich antagonistisch gegenüberstehenden Blöcke wird jedoch auch durch den emotionsgeschichtlichen Ansatz nuanciert, denn die Perzeption von Ereignissen des Kalten Kriegs wie die Berliner Luftbrücke, die Niederschlagung der Demonstrationen in Peking, der Krieg in Afghanistan sowie die atomare Bedrohung wurde in der Regel durch nationale historische Bezugsrahmen dominiert. Dabei fällt im deutsch-französischen Vergleich auf, dass das Gefühlswissen westlich des Rheins auch in den 1980er-Jahren an keine Erinnerungsorte des Kalten Kriegs gebunden war, sondern vor allem an die Revolution von 1789, während die Deutschen mit Berlin über einen emotionalen Brennpunkt des Ost-West-Konflikts verfügten,[47] der immer wieder historische Anknüpfungspunkte für die Gegenwart bot.

„Frieden unmöglich, Krieg unwahrscheinlich“, diese berühmte Formel des französischen Philosophen Raymond Aron zum Charakter des Kalten Kriegs bestimmte das Verhältnis von Humanität und Emotion in dieser Epoche. Da die nukleare Abschreckung einen „heißen Krieg“ nur wahrscheinlich unwahrscheinlich machte, blieb stets ein Rest Unsicherheit, welche die Menschen in einer permanenten Angst hielt, an die man sich mehr schlecht als recht gewöhnte. Gleichzeitig verhinderte der Kalte Krieg den Weg zu einem positiven Frieden im Sinne von Johan Galtung, sodass es weiterhin strukturelle Gewalt, soziale Ungerechtigkeit und Ungleichheit gab. Sicherheit, Freiheit und Recht waren durch den Kalten Krieg eingeschränkt, und damit auch die volle Entfaltung der Menschenrechte. Ihre Verwirklichung blieb ein permanenter Kampf, der gerade durch narrative Emotionalisierungsstrategien und den Verweis auf historische Parallelen auch zu gewissen Erfolgen führte. Dass nicht mehr möglich war, lag aber insbesondere an macht- und realpolitischen Erwägungen auf beiden Seiten des Eisernen Vorhangs, dominierte den Kalten Krieg doch vor allem die Angst vor einem allgemeinen Kontrollverlust. Dementsprechend soll US-Präsident John F. Kennedy den Bau der Berliner Mauer gegenüber engen Beratern zwar als „keine sehr schöne Lösung“ bezeichnet haben, „aber sie ist immerhin besser als Krieg“.[48] Trotz der Verstöße des Ostens gegen die Menschenrechte erachtete Kennedy angesichts des Atomraketenpotenzials auf beiden Seiten eine zurückhaltende Reaktion des Westens auf den Mauerbau daher für angemessen.

[47] Vgl. Corine Defrance/Bettina Greiner/Ulrich Pfeil (Hg.): Die Berliner Luftbrücke. Erinnerungsort des Kalten Krieges. Berlin 2018.

[48] Zum Kontext vgl. Frederick Kempe: Berlin 1961. Kennedy, Chruschtschow und der gefährlichste Ort der Welt. München 2011.

Kurzbiografien der Autorinnen und Autoren

Prof. Dr. Birgit Aschmann ist seit 2011 Professorin für Europäische Geschichte des 19. Jahrhunderts an der Humboldt-Universität zu Berlin. Sie studierte Medizin, Deutsch, Geschichte und Spanisch in Kiel und wurde 1998 mit einer Arbeit zu den deutsch-spanischen Beziehungen der Adenauer-Ära promoviert. Nach der Promotion war sie als wissenschaftliche Mitarbeiterin am Lehrstuhl für Neuere und Neueste Geschichte an der Universität Kiel tätig. Im Jahr 2006 folgte die Habilitation zum Thema „Preußens Ruhm und Deutschlands Ehre. Zum nationalen Ehrdiskurs im Vorfeld der französisch-preußischen Kriege im 19. Jahrhundert". Nach einer Lehrstuhlvertretung nahm sie 2010 den Ruf an die Humboldt-Universität an. Ihre Forschungsschwerpunkte sind die Geschichte Deutschlands und Spaniens im 19. und 20. Jahrhundert, Religions- und Monarchiegeschichte sowie Emotionsgeschichte. Sie ist Principal Investigator an der Graduiertenschule „Moral Economies of Modern Societies" am Max-Planck-Institut für Bildungsforschung. Aktuell arbeitet sie an einer Emotionsgeschichte des katalanischen Nationalismus im 19. und 20. Jahrhundert.
E-Mail: birgit.aschmann@hu-berlin.de

Prof. Dr. Laurence Badel ist seit 2012 Professorin für Geschichte der internationalen Beziehungen an der Universität Paris 1 Panthéon-Sorbonne. Sie studierte Geschichte in der Ecole normale supérieure (rue d'Ulm) und an der Sorbonne und wurde 1989 mit einer Arbeit über „Die Arbeitgeberverbände der Kaufhäuser und die europäische Einigung von den 1920er- bis 1950er-Jahren" promoviert. 1997 bis 2009 war sie als Hochschuldozentin an der Universität Paris 1 Panthéon-Sorbonne tätig. Nach der Habilitation 2008 wurde sie ordentliche Universitätsprofessorin an der Universität Straßburg, bis sie 2012 den Ruf an der Sorbonne bekam. Ihre Forschungsschwerpunkte sind die Geschichte der europäischen Integration, die Geschichte der Handelsdiplomatie, die Geschichte der internationalen Beziehungen im 20. und 21. Jahrhundert sowie die Geschichte der europäischen diplomatischen Praktiken.
E-Mail: badel@univ-paris1.fr

Prof. Dr. Frank Bösch ist Direktor des Leibniz-Zentrums für Zeithistorische Forschung (ZZF) in Potsdam und Professor für europäische Geschichte des 20. Jahrhunderts an der dortigen Universität. Zuvor war er wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Universität Göttingen, Juniorprofessor an der Universität Bochum und Professor an der Universität Gießen. Schwerpunkte seiner For-

https://doi.org/10.1515/9783110680522-023

schungen sind die transnationale Geschichte der Bundesrepublik, die Geschichte von Parteien und Vereinen sowie die Mediengeschichte. Derzeit untersucht er den bundesdeutschen Umgang mit weltweiten Diktaturen seit 1949.
E-Mail: boesch@zzf-potsdam.de

Dr. Agnes Bresselau von Bressensdorf ist wissenschaftliche Geschäftsführerin des Berliner Kollegs Kalter Krieg am Institut für Zeitgeschichte München–Berlin. Zu ihren Forschungsschwerpunkten zählen die Geschichte des Kalten Kriegs, die der inter- und transnationalen Beziehungen der Bundesrepublik Deutschland sowie die Geschichte von Flucht, Migration und Entwicklung seit den 1970er-Jahren.
E-Mail: bressensdorf@ifz-muenchen.de

Prof. Dr. Corine Defrance ist Directrice de recherche beim CNRS am Forschungsinstitut Sirice, Paris, und lehrt an der Université de Paris 1 Panthéon-Sorbonne. Sie studierte Geschichte und Geografie an der Sorbonne und wurde 1993 mit einer Arbeit über die französische Kulturpolitik im besetzten Deutschland nach 1945 promoviert. Von 1995 bis 2002 forschte sie am Centre d'Etudes Germaniques de Strasbourg (CNRS-Université Robert Schuman) und habilitierte sich 2002 in Strasbourg. Sie ist Alumni des Instituts für Europäische Geschichte in Mainz und der Alexander von Humboldt-Stiftung. 2011/2012 war sie Gastprofessorin an der Freien Universität Berlin. 2019 wurde sie mit dem Gutenberg Research Award der Johannes Gutenberg-Universität Mainz ausgezeichnet. Corine Defrance erforscht unter anderem Versöhnungsprozesse in Europa im 19. und 20. Jahrhundert.
E-Mail: Corine.Defrance@univ-paris1.fr

Prof. Dr. Jost Dülffer ist emeritierter Professor für Neuere Geschichte an der Universität zu Köln. Er studierte 1962 bis 1969 Geschichte, Latein, politische Wissenschaften sowie Soziologie an den Universitäten Hamburg und Freiburg im Breisgau. Er wurde an der Universität Freiburg promoviert und 1979 an der Universität zu Köln, an der er zwischen 1972 und 1982 als wissenschaftlicher Assistent tätig war, habilitiert. Von 1982 bis 2008 hatte er dort eine Professur für Neuere Geschichte mit dem Schwerpunkt Historische Friedens- und Konfliktforschung inne. Seine Forschungsschwerpunkte liegen in diesem Bereich sowie in dem der Internationalen Geschichte.
E-Mail: duelffer@uni-koeln.de

Dr. Thomas Freiberger ist Leiter der Volkshochschule Kamen-Bönen. Von 2003 bis 2016 war er wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl für Neuere und Neueste Geschichte der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn. Seine Forschungsschwerpunkte umfassen die Geschichte des Kalten Kriegs, die der US-Außenpolitik sowie die Geschichte Großbritanniens nach 1945 und die der Emotionen in den internationalen Beziehungen.
E-Mail: thomas.freiberger@onlinehome.de

Prof. Dr. Dr. h.c. Ute Frevert ist seit 2008 Direktorin am Berliner Max-Planck-Institut für Bildungsforschung, wo sie den Forschungsbereich „Geschichte der Gefühle“ leitet. Ihre Publikationen zur Sozial-, Kultur- und Politikgeschichte wurden in zahlreichen Sprachen veröffentlicht.
E-Mail: frevert@mpib-berlin.mpg.de

Prof. Dr. Philipp Gassert ist seit Februar 2014 Inhaber des Lehrstuhls für Zeitgeschichte an der Universität Mannheim. Zuvor lehrte und forschte er am Deutschen Historischen Institut in Washington, an der Universität Heidelberg, der Ludwig-Maximilians-Universität München, der University of Pennsylvania und der Universität Augsburg. Philipp Gassert hatte Gastprofessuren in Haifa und Wien inne. Er forscht im Bereich der deutschen und europäischen Zeitgeschichte sowie der transatlantischen Geschichte und der US-Außenpolitik des 20. und 21. Jahrhunderts.
E-Mail: gassert@uni-mannheim.de

Prof. Dr. Dominik Geppert ist seit 2018 Professor für Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts an der Universität Potsdam. Er studierte an der Freien Universität Berlin und an der Albert-Ludwigs-Universität in Freiburg im Breisgau Geschichte, Philosophie und Teilgebiete des Rechts. Im Jahr 2000 wurde er an der Freien Universität Berlin promoviert und 2006 dort habilitiert. Von 2010 bis 2018 hatte er den Lehrstuhl für Neuere Geschichte an der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn inne. Zu seinen Forschungsschwerpunkten zählen die internationale Geschichte, insbesondere die Geschichte der europäischen Einigung, die Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien sowie die Universitäts- und Intellektuellengeschichte.
E-Mail: dominik.geppert@uni-potsdam.de

Prof. Dr. Jessica Gienow-Hecht ist Direktorin des John-F.-Kennedy-Instituts für Nordamerikastudien und Leiterin der dortigen Abteilung Geschichte. Darüber hinaus ist sie Principal Investigator des Exzellenzclusters „Contestations of the Liberal Script“ an der Freien Universität Berlin, Co-Koordinatorin (mit Steffen Mau, Humboldt-Universität) der dortigen Research Unit „Borders“ sowie Principal Investigator des DFG-Forschungsprojektes „The Quest for Harmony: Classical Music, Emotion, and the Discourse on Human Rights in the United States since World War II“. Sie studierte an der Rheinisch-Westfälische Technische Hochschule Aachen, promovierte an der University von Virginia und habilitierte sich an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg im Fach Geschichte. Von 2009 bis 2013 hatte sie die Professur für Internationale Geschichte an der Universität zu Köln inne. Ihr besonderes Forschungsinteresse liegt auf der Repräsentation von Emotion, Kultur und Humanität in den internationalen Beziehungen.
E-Mail: j.gienow@fu-berlin.de

PD Dr. Bernhard Gotto ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Zeitgeschichte München–Berlin. Er habilitierte sich 2016 mit einer Studie über „Enttäuschung in der Demokratie. Erfahrung und Deutung von politischem Engagement in der Bundesrepublik Deutschland in den 1970er und 1980er Jahren". Zu seinen Forschungsinteressen zählen die Geschichte des Nationalsozialismus, die Geschichte der Demokratie, die Gefühlsgeschichte und die Verwaltungsgeschichte im 20. Jahrhundert. Derzeit arbeitet er an einer Studie über den Wandel der demokratischen Kultur in Bayern am Beispiel des bayerischen Finanzministeriums zwischen 1918 und 1968.
E-Mail: bernhard.gotto@ifz-muenchen.de

PD Dr. Claudia Kemper ist derzeit wissenschaftliche Mitarbeiterin der Handelskammer Hamburg. 2015 wurde sie an der Universität Hamburg mit einer Studie über Ärzte in der anti-atomaren Friedensbewegung der 1980er-Jahre habilitiert. Ihre Forschungsschwerpunkte sind die Geschichte von Organisationen und Neuen Sozialen Bewegungen, Biografien, die Wissens- und Expertengeschichte, die Geschichte von Friedens- und Umweltbewegungen und -debatten, die Geschlechter- und Mediengeschichte sowie Cold War Studies.
E-Mail: claudia.kemper@uni-hamburg.de

Prof. Dr. Reiner Marcowitz ist seit 2007 Professor für Deutschlandstudien mit Schwerpunkt Neuere und Neueste Geschichte an der Universität Lothringen. Er studierte Germanistik, Geschichte und Erziehungswissenschaften an der Universität zu Köln und wurde 1992 mit der Arbeit „Option für Paris? Unionsparteien, SPD und Charles de Gaulle 1958 bis 1969" promoviert. 1992 bis 2005 war er zunächst als wissenschaftlicher Assistent, dann als Hochschuldozent an der Technischen Universität Dresden tätig. 1999 habilitierte er sich hier mit der Studie „Großmacht auf Bewährung. Die Interdependenz französischer Innen- und Außenpolitik und ihre Auswirkungen auf Frankreichs Stellung im Europäischen Konzert 1814/15–1851/52". 2006 war er Gastwissenschaftler am Deutschen Historischen Institut in Paris. Seine Forschungsschwerpunkte sind die Geschichte der internationalen Beziehungen im 19. und 20. Jahrhundert, die europäische Integrationsgeschichte sowie die Geschichte von Amerikanisierung, Europäisierung und Globalisierung.
E-Mail: reiner.marcowitz@univ-lorraine.fr

Prof. Dr. Hélène Miard-Delacroix ist seit 2008 Professorin für Deutschlandstudien mit Schwerpunkt Neuere und Neueste Geschichte an der Sorbonne Université. Sie studierte Germanistik, Geschichte und Politikwissenschaft in Paris und wurde 1989 mit einer Arbeit über Bundeskanzler Helmut Schmidt und Frankreich promoviert. 1990 bis 2003 war sie als Hochschuldozentin an der Pariser Sorbonne tätig. Nach der Habilitation 2002 wurde sie ordentliche Universitätsprofessorin an der Ecole Normale Supérieure in Lyon, bis sie 2008 den Ruf an die Sorbonne erhielt. Ihre Forschungsschwerpunkte sind die Geschichte der Bundes-

republik, die der internationalen Beziehungen im 20. und 21. Jahrhundert sowie die der deutsch-französischen Beziehungen. 2017 wurde sie mit dem Internationalen Forschungspreis der Max Weber Stiftung beim Historischen Kolleg geehrt. Aktuell forscht sie zu den Emotionen in den internationalen Beziehungen am Beispiel des Jahres 1989/1990.
E-Mail: helene.miard-delacroix@sorbonne-universite.fr

Dr. Ilse Dorothee Pautsch ist seit 2000 wissenschaftliche Leiterin der Edition der Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland (AAPD) und leitet die Abteilung des Instituts für Zeitgeschichte München–Berlin im Auswärtigen Amt. Von 1990 bis 2000 war sie wissenschaftliche Mitarbeiterin der AAPD. Ihr Forschungsinteresse gilt den internationalen und transnationalen Beziehungen.
E-Mail: pautsch@ifz-muenchen.de

Prof. Dr. Ulrich Pfeil ist seit 2010 Professor für Deutschlandstudien mit Schwerpunkt Neuere und Neueste Geschichte an der Université de Lorraine (CEGIL-Metz). Er studierte Erziehungswissenschaften, Französisch und Geschichte an der Universität Hamburg und wurde 1995 mit einer Arbeit über den Aufstieg der NSDAP in Heide (Holstein) promoviert. Von 1996 bis 2002 war er DAAD-Lektor an der Université Paris 3 Sorbonne-Nouvelle. Nach der Habilitation 2002 wurde er wissenschaftlicher Mitarbeiter am Deutschen Historischen Institut in Paris (bis 2009) und erhielt 2005 einen Ruf an die Université Jean Monnet in Saint-Etienne. Seine Forschungsschwerpunkte sind die deutsche Geschichte im 19. und 20. Jahrhundert, die Geschichte des Kalten Kriegs und der deutschen Teilung sowie die der deutsch-französischen Beziehungen. Aktuell forscht er zu Versöhnungsprozessen in Europa seit dem 19. Jahrhundert.
E-Mail: ulrich.pfeil@univ-lorraine.fr

Prof. Dr. Krzysztof Ruchniewicz ist Historiker und Publizist. Er leitet das Willy-Brandt-Zentrums für Deutschland- und Europastudien der Universität Wrocław und ist dort Lehrstuhlinhaber für Zeitgeschichte. Seit 2019 ist er Vorsitzender der Disziplin Geschichte der Universität Wrocław. Seine Forschungsschwerpunkte sind: die Geschichte Deutschlands und der deutsch-polnischen Beziehungen im 20. Jahrhundert, die Geschichte der europäischen Integration sowie die Geschichte der Polen in Deutschland. Zudem beschäftigt er sich mit Fragen der Geschichtskultur und -politik, mit Public und Visual History sowie mit der internationalen Schulbuchforschung.
E-Mail: ruchniewicz@wbz.uni.wroc.pl

Prof. Dr. Joachim Scholtyseck ist seit 2001 Professor für Neuere und Neueste Geschichte an der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn. Er studierte von 1980 bis 1991 Geschichte, Politische Wissenschaft, Kunstgeschichte und Soziologie an der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn. 1991 promovierte er dort mit einer Arbeit zu den deutsch-italienischen Beziehungen in der

Bismarckzeit. 1998 folgte seine Habilitation an der Universität Karlsruhe mit einer Monografie über Robert Bosch und den liberalen Widerstand gegen den Nationalsozialismus. Zu seinen Lehr- und Forschungsschwerpunkten zählen die Unternehmens- und Bankengeschichte, die Geschichte des deutschen Kaiserreichs sowie die italienische Geschichte im 19. und 20. Jahrhundert. Außerdem forscht und lehrt er zur amerikanischen Geschichte im 20. Jahrhundert sowie zum Faschismus, Nationalsozialismus und Widerstand, zum Kalten Krieg und zur Außenpolitik der DDR.
E-Mail: jscholtyseck@web.de

Dr. Frederike Schotters ist seit 2017 wissenschaftliche Mitarbeiterin am Seminar für Neuere Geschichte der Eberhard Karls Universität Tübingen. Zwischen 2006 und 2013 studierte sie Geschichtswissenschaft und Germanistik an der Universität Duisburg-Essen und der Université Nice Sophia Antipolis. 2013 bis 2017 war sie wissenschaftliche Mitarbeiterin im DFG-Graduiertenkolleg „Vorsorge, Voraussicht, Vorhersage. Kontingenzbewältigung durch Zukunftshandeln" der Universität Duisburg-Essen, wo sie 2017 mit der Arbeit „Frankreich und das Ende des Kalten Krieges. Gefühlsstrategien der équipe Mitterrand 1981–1990" promoviert wurde.
E-Mail: frederike.schotters@neueregeschichte.uni-tuebingen.de

Prof. Dr. Martin Schulze Wessel hat seit 2002 den Lehrstuhl für Ost- und Südosteuropäische Geschichte an der Ludwig-Maximilians-Universität München inne und leitet seit 2003 das Münchner Collegium Carolinum, Forschungsinstitut für die Geschichte Tschechiens und der Slowakei. Seit 2017 ist er Kuratoriumsvorsitzender des Historischen Kollegs. Martin Schulze Wessel studierte Osteuropäische und Neuere Geschichte sowie Slawistik in München, Moskau und Berlin. Seine Dissertationsschrift zur russischen Preußenpolitik und -rezeption zwischen 1697 und 1947 verteidigte er 1992 an der Freien Universität Berlin. 2002 habilitierte er sich an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg mit einer Studie über den russisch-orthodoxen Klerus im Russischen Reich und den römisch-katholischen Klerus in den böhmischen Ländern als Träger religiösen und politischen Wandels. 2012 bis 2016 war er Vorsitzender des Verbands der Historiker und Historikerinnen Deutschlands. Seine Forschungsschwerpunkte sind unter anderem die Imperiengeschichte, die Religionsgeschichte und die Zeitgeschichte des östlichen Europa.
E-Mail: martin.schulzewessel@lmu.de

Dr. habil. Pierre-Frédéric Weber ist Zeithistoriker und Associate Professor am Historischen Institut der Geisteswissenschaftlichen Fakultät der Universität Szczecin. Zu seinen Forschungsschwerpunkten gehören die deutsch-polnischen Beziehungen im internationalen Kontext, die Normalisierungs- und Versöhnungsprozesse in Europa seit 1945 sowie die Rolle der Emotionen in den internationalen Beziehungen.
E-Mail: pierre.weber@usz.edu.pl

Prof. Dr. Hermann Wentker ist seit 1998 Leiter der Forschungsabteilung Berlin des Instituts für Zeitgeschichte München–Berlin. Er studierte Geschichte und Germanistik an den Universitäten Erlangen-Nürnberg und Bonn. 1990 wurde er an der Universität Bonn mit einer Arbeit zum Thema „Die britischen Kriegsziele im Krimkrieg" promoviert. 1990 bis 1993 war er Assistent am Lehrstuhl für Neuere und Neueste Geschichte der Universität Bayreuth und ist seit 1994 Mitarbeiter am Institut für Zeitgeschichte München–Berlin. Nach seiner Habilitation an der Universität Leipzig im Jahr 2001 war er dort von 2006 bis 2015 außerplanmäßiger Professor für Neuere und Neueste Geschichte. Nach einer Umhabilitation ist er seit 2016 außerplanmäßiger Professor an der Universität Potsdam. Seine Forschungsschwerpunkte sind die britische Außenpolitik im 19. Jahrhundert, die internationalen Beziehungen im 20. Jahrhundert sowie die Geschichte der SBZ/DDR, insbesondere die Geschichte der Parteien, der Justiz und der Außenpolitik.
E-Mail: wentker@ifz-muenchen.de

Prof. Dr. Andreas Wirsching ist seit 2011 Direktor des Instituts für Zeitgeschichte München–Berlin und Inhaber des Lehrstuhls für Neueste Geschichte an der Ludwig-Maximilians-Universität München. Er studierte Geschichte und evangelische Theologie, wurde 1988 an der Universität Erlangen promoviert und habilitierte sich 1995 im Fach Neuere und Neueste Geschichte an der Universität Regensburg. Von 1996 bis 1998 lehrte er als Professor für Neuere und Neueste Geschichte Westeuropas an der Universität Tübingen. Von 1998 bis März 2011 war er Inhaber des Lehrstuhls für Neuere und Neueste Geschichte an der Universität Augsburg. Zu seinen Forschungsschwerpunkten zählen die Geschichte der Weimarer Republik und des Nationalsozialismus, die vergleichende deutsche und französische Geschichte im 20. Jahrhundert sowie die deutsche und europäische Geschichte seit den 1970er-Jahren.
E-Mail: wirsching@ifz-muenchen.de

Personenregister

Abdullah (König von Saudi-Arabien) 41
Abelshauser, Werner 213
Ackermann, Gerd 348
Adenauer, Konrad 101, 104–110, 112 f., 115, 119 f., 121, 129–132, 135–137, 171, 176 f., 181, 289, 391, 393 f.
Adjubej, Alexej 168
Adorno, Theodor 299
Akihito (Tenno) 41
Albertz, Heinrich 114
Allen, Danielle 96
Allende, Salvador 292, 302, 401
Alphand, Hervé 143
Aly, Götz 299
Amis, Kingsley 260
Amrehn, Franz 128, 131
Anders, Günther 283
Andropow, Juri 217
Argyris, Chris 374
Ariffin, Yohan 82
Aristoteles 342
Armitage, David 204
Aron, Raymond 290, 415
Aschmann, Birgit 2, 14 f., 81
Auclères, Dominique 148
Augstein, Rudolf 176
Austin, John 81
Badel, Laurence 21, 400, 402–405, 407
Badia, Gilbert 152
Bahr, Egon 92–94, 113
Bakunin, Michail 280, 299
Balavoine, Daniel 153 f.
Ball, George 169, 171 f.
Barnet, Richard J. 209
Barzel, Rainer 112 f.
Baudouin, Paul 34
Baumann, Bommi 287
Beattie, Amanda Russell 220
Beitz, Wolfgang 328 f., 331 f.
Béja, Jean-Philippe 356
Benecke, Otto 328 f.
Bérégovoy, Pierre 244 f.
Berg, Fritz 174
Berger, Gaston 343
Bergère, Marie-Claire 354, 356
Bergsdorf, Wolfgang 267
Bidault, Georges 146
Biden, Joseph 210
Biess, Frank 162, 324
Bismarck, Otto von 31 f., 37
Bleiker, Roland 77
Bloch, Ernst 116, 283
Blun, Georges 148
Bluntschli, Johan Caspar 28–30, 32
Böhm, Franz 93
Böll, Heinrich 283
Borodziej, Włodzimierz 185
Bösch, Frank 20
Botrot, Jean 148
Bouchet, Christophe 154
Bozo, Frédéric 156
Brandt, Willy 10–12, 42, 94, 102, 105, 108, 110–114, 116, 118, 121, 131, 136–138, 151, 153, 177 f., 181, 188, 197, 392 f.
Brauman, Rony 344, 347–349
Brentano, Heinrich von 127–131, 133 f., 138
Breschnew, Leonid 1, 8, 10, 15, 64–67, 71–74, 171, 217, 392
Bresselau von Bressensdorf, Agnes 20, 405, 414
Brewer, Paul 203
Briand, Aristide 264
Brouillard, André = Nord, Pierre
Brown, Archie 218
Bucharin, Nikolai 280
Bulganin, Nikolai 229
Bullard, Julian 266–269
Bülow, Bernhard von 36, 38
Burleigh, Michael 294
Bush, Barbara 115
Bush, George Herbert Walker 96, 115, 256
Bush, George W. 213
Bush, Robert A. Baruch 374
Caligula 260
Campbell, John 263
Camphausen, Wilhelm 31
Canetti, Elias 298
Cannadine, David 259

Cardenal, Ernesto 305–307, 312
Carell, Rudi 89
Carr, Edward H. 235
Carstens, Karl 128
Carter, Jimmy 327
Castro, Fidel 67, 281, 285, 288, 291f., 294, 300, 302, 390, 400
Černovenko, Stepan 66
Chalfont, Alun Jones 174
Chamberlain, Austen 268
Chamberlain, Neville 71
Chamorro, Pedro 307f.
Chamorro, Violeta 319
Chavez, Hugo 293
Chazov, Evgenij 376
Che Guevara 281f., 294, 300, 302
Chomenei, Ayatollah 89
Chomsky, Noam 283
Chruschtschow, Nikita 10, 40, 42, 126f., 150, 168, 216f., 229, 367, 390
Churchill, Winston 34f., 227, 230, 257
Císář, Čestmír 73
Clark, Julian 99
Clay, Lucius D. 135, 137, 139f., 147, 151
Clemenceau, Georges 33, 343, 355
Clinton, Bill 41
Cohn-Bendit, Daniel 296
Conquest, Robert 294
Coppik, Manfred 314
Corcelle, Charles 148f.
Cornelißen, Christoph 411
Coser, Lewis A. 374
Crémer, Victoriano 56
Cuevas, Tomasa 54
d'Annunzio, Gabriele 288, 299
d'Escoto, Miguel 315
Dahm, Georg 29
Dahrendorf, Ralf 118
Damasio, Antonio 224
Daum, Andreas W. 138
Davis, James H. 219
Davis, Kenneth 207
De Gasperi, Alcide 265
Debray, Régis 283
Debré, Michel 95
Defrance, Corine 17, 405, 407, 410
Delors, Jacques 251, 271
Deng Xiaoping 304, 345
Deron, Francis 346
Dillon, C. Douglas 230
Diner, Dan 411
Doering-Manteuffel, Anselm 49
Donald, Alan 350
Douglas-Home, Alec 169
Dowling, Walter Cecil 129
Dubček, Alexander 1, 10f., 63–67, 69–74
Duckwitz, Georg Ferdinand 131, 134
Dülffer, Jost 17
Dulles, John Foster 226, 229
Dumas, Roland 352, 358f.
Durand, Pierre 151f.
Durkheim, Émile 297, 372
Duroselle, Jean-Baptiste 4, 341–343, 364
Dutschke, Rudi 282, 285, 288f., 296
Ebert, Friedrich 289
Eckel, Jan 412
Eco, Umberto 234f.
Eden, Anthony 226–230
Eisenhower, Dwight D. 1, 18f., 40, 59, 216f., 223f., 226–232, 236, 368
Eitler, Pascal 80
Ekman, Paul 11, 78, 223
Elias, Norbert 298, 405
Enzensberger, Hans Magnus 281, 283, 289, 291, 293, 400
Eppler, Erhard 140
Erhard, Ludwig 105–110, 112, 118, 120f., 168, 269
Etheridge, Brian 209f.
Etzioni, Amitai 374
Falk, Richard A. 209
Fang Lizhi 352, 355
Fanon, Frantz 280, 285
Febvre, Lucien 4, 35, 42, 406
Fechter, Peter 152
Feltrinelli, Giangiacomo 283
Flassan, Gaëtan de Raxis de 76
Folger, Joseph P. 374
Forster, Hermann 127
Foucault, Michel 233
Fourier, Charles 280
Fox, Jonathan 221
Franco, Francisco 2, 14f., 45f., 48–50, 52, 57–62
Frank, Robert 146
Franzen, Günther 295
Freiberger, Thomas 18
Freitag, Armin 89
Freud, Sigmund 297
Frevert, Ute 14, 77, 80, 103f., 117, 119, 207f., 214, 232, 241, 246, 404, 407
Fried, Erich 313
Friedman, Max 212
Friedrich der Große 197
Friese, Christian Peter 405
Fröberg Idling, Peter 297

Furet, François 294
Gaddis, John Lewis 214, 235
Galante, Pierre 152
Galtung, Johan 415
Gammerl, Benno 161
Ganeval, Jean 152
Garve, Christian 35
Gassert, Philipp 16, 387, 393
Gaulle, Charles de 34f., 94, 108f., 135, 150f., 165, 169–171, 176, 180, 392, 394
Gaus, Günter 289
Geertz, Clifford 234f.
Gelberg, Karl-Ulrich IX
Genscher, Hans-Dietrich 96f., 114, 117f., 120, 309, 315f., 329, 331f., 334, 336
George III. 211, 213
Geppert, Dominik 19, 387, 396
Gerlach, Helmut von 187
Gicquel-Bourlet, Catherine 341
Giddens, Anthony 208
Gienow-Hecht, Jessica 18, 387f.
Gierek, Edward 190f.
Gilpatric, Roswell 179
Giscard d'Estaing, Valéry 113, 242, 244, 394f.
Goebbels, Joseph 34, 298
Goethe, Johann Wolfgang 89
Gökmen, Oguz 97
Gollwitzer, Helmut 283
Gomułka, Władysław 67f., 188, 190
Gorbatschow, Michail 8, 10, 12, 18, 117, 217–219, 256, 264, 343, 345f., 356, 360, 389, 391, 402
Gotto, Bernhard 15, 240, 258
Gramont, Antoine de 37
Greiner, Bernd 414
Grewe, Wilhelm 75f., 91, 126, 128f., 132–136, 138
Gromyko, Andrei 172f., 176
Gross Stein, Janice 240
Gruenther, Alfred 226, 231
Gruhle, Hans Walter 50
Guillaume, Günter 111
Gula, Sharbat 331
Guldi, Jo 204
Gummer, John 267
Habermas, Jürgen 166, 283
Hall, Todd 78, 208
Hallstein, Walter 97, 110, 265, 391
Hamm-Brücher, Hildegard 116
Hannig, Florian 323, 334
Hartung, Wilhelm 177
Heath, Edward 113
Heerten, Lasse 301f.
Heinrich IV. 42
Hepp, Marcel 178f.
Herder, Johann Gottfried 408–410
Hildebrand, Klaus 283
Hippokrates 342, 377
Hitler, Adolf 34, 57f., 114, 147f., 172, 179, 307, 408
Hồ Chí Minh 284f., 294, 301, 400
Hobbes, Thomas 26, 204
Hobsbawm, Eric 283, 411
Hochschild, Arlie 369
Hodscha, Enver 293
Holtkamp, Jürgen 281
Honecker, Erich 89f., 190, 359f.
Horlemann, Jürgen 284
Hosking, Geoffrey 205, 207f.
House, Edward 34
Howe, Geoffrey 270
Hu Yaobang 345, 354
Hugo, Victor 32
Huizinga, Johan 298
Humphrey, George 229
Hurd, Douglas 268
Hus, Jan 10, 66, 68f., 71
Hutchinson, Emma 77
Illouz, Eva 270
Ismay, Hastings 226, 230f.
Jarausch, Konrad 292
Jaschke, Manfred 348
Jean-Ortiz, Paul 357
Jefferson, Thomas 211
Jillions, Andrew 208
Johannes Paul II. 198
Johnson, Lyndon B. 109, 113, 135–138, 140, 151, 168, 171–173, 176, 180, 215
Johnson-Laird, Philipp 83
Johnstone, Stephen 208
Jones, Alun 99
Jover, Remedios 61
Julien, Élise 147, 149
July, Serge 155
Juppé, Alain 158
Kádár, János 67–69, 72
Kaldor, Mary 164
Karasek, Hellmuth 116
Karmal, Babrak 326
Kästner, Erich 283
Keating, Vincent Charles 208
Kemper, Claudia 21, 405, 413, 415
Kempff, Günther 130, 134, 137–139
Kempowski, Walter 292
Kennedy, John F. 10, 40, 108f., 113, 132, 135–137, 151, 158, 168–171, 203, 216, 390, 415

Ketteler, Clemens von 36
Kiesinger, Kurt Georg 104–106, 108–113, 118, 120f., 174, 177f., 181
Kinkel, Klaus 96
Kissinger, Henry A. 113, 216, 219, 388
Klein, Günter 131
Klimke, Martin 209
Knowland, William 228
Koberstein, Bernhard 314
Koenen, Gerd 288, 295
Kohl, Helmut 10, 19, 96, 102–106, 109, 114–118, 120f., 156, 159, 242, 245f., 249, 251f., 255–258, 260–274, 317, 353, 393, 395f.
Kohl, Michael 92–94
Kohler, Foy David 127, 132, 134
Kohout, Pavel 69f.
Kolko, Gabriel 214
Kornienko, Georgi 170
Koselleck, Reinhart 75, 240, 250
Kossygin, Alexei 113
Kraepelin, Emil 50
Kraske, Erich 76
Kraushaar, Wolfgang 284
Kreis, Reinhild 240f.
Krenz, Egon 359f.
Kretschmer, Ernst 50
Kriegel, František 68f., 73
Kuhnert, Matthias 323
Kunzelmann, Dieter 296
Kürten, Josef 330
Kydd, Andrew 213, 219
LaFeber, Walter 214
Laloy, Jean 127
Langhoff, Matthias 155
Lappenküper, Ulrich 156
Larson, Deborah Welch 220
Lawrence, Mark 215
Lawson, Nigel 262
Le Bon, Gustave 297f., 342
Le Senne, René 343
Lebel, Claude 133
Leffler, Melvyn P. 209, 214, 217
Leibniz, Gottfried Wilhelm 26, 225
Lellouche, Pierre 157
Lemmer, Gerd Ludwig 131
Lenin, Wladimir Iljitsch 67, 218, 280, 293, 400
Lerner, Tom 170
Li Peng 346, 354
Lindgren, Astrid 409
Livet, Pierre 144
Lochner, Robert 152
Lorenz, Max 30
Löwenthal, Gerhard 338
Löwenthal, Richard 291f., 299
Lown, Bernard 376
Lubbers, Ruud 259
Ludwig XIV. 32
Luhmann, Niklas 6, 119, 183, 199, 206, 213, 240, 243
Luise von Mecklenburg-Strelitz (Königin Luise von Preußen) 31
Lumumba, Patrice 280
Lutsch, Andreas 164
Luxemburg, Rosa 280
Macmillan, Harold 135, 151, 169, 226f.
Malo, Charles 344f., 352, 356, 358, 361
Mann, Golo 165
Mao Zedong 67, 216, 281f., 284f., 291, 293, 294, 300, 304, 355, 400
Marcowitz, Reiner 22
Marcuse, Herbert 288
Marighella, Carlos 284
Marinetti, Filippo Tommaso 299
Marshall, George C. 213, 219
Martin, Claude 345f., 352, 356f.
Marx, Karl 15, 47, 50–53, 55, 65, 67f., 218, 280, 283f., 290, 292f., 310, 317
Mayer, Roger 218f.
Mazower, Marc 411
Mazowiecki, Tadeusz 191
McCarthy, Joseph 206
McCurry, Steve 331
McGhee, Howard 172
McNamara, Robert 215
McNaughton, John 215
Mergel, Thomas 83
Miard-Delacroix, Hélène 146, 156f., 243, 246
Michel, Johann 197
Michel, Thorsten 220f.
Michnik, Adam 353
Mielke, Erich 360
Misztal, Barbara 205
Mitterrand, François 19, 115, 155–157, 159, 237, 239, 241–254, 256, 260f., 267, 271f., 396
Mock, Alois 361
Mohl, Robert von 27
Mohler, Armin 165f., 173, 178
Mola, Emilio 49f.
Möllemann, Jürgen 334
Mollet, Guy 229
Monnet, Jean 395
Monroe, James 211f.
Monroe, Marilyn 260
Montagne, Jean-Pierre 357
Moore, Charles 259
Morawska, Anna 190

Morgensen, Kirsten 209
Morgenthau, Henry 173, 176, 180
Mudra, Peter 152
Mueller, John 179
Müller, Heiner 155
Müller, Hermann 34
Müller-Roschach, Herbert 89
Mussolini, Benito 288
Myrdal, Jan 283
Naftali, Tim 214
Napoleon I. 31
Napoleon III. 31f., 36
Nasser, Gamal Abdel 225
Naumann, Friedrich 315
Nesshöver, Christian 360
Neumann, Volker 333
Nguyên Giáp 284
Nick, Stanko 75
Nicolson, Harold 34
Niemöller, Martin 283
Nietzsche, Friedrich 42
Nirumand, Bahman 284
Nixon, Richard 41, 113, 216, 219
Nkrumah, Kwame 98
Noir, Thierry 154
Nöldeke, Wilhelm 76
Nolte, Ernst 165
Nord, Pierre 152f.
Novotný, Antonín 63, 66
Oatley, Keith 83
Obama, Barack 41
Obtchinikov, Igor 353
Offergeld, Rainer 314
Öhman, Arne 223f.
Ortega y Gasset, José 298
Ortega, Daniel 311, 319
Padilla, Heberto 291
Parkinson, Cecil 259
Paulmann, Johannes 330
Pautsch, Ilse Dorothee 16
Pétain, Philippe 34f., 148
Pfeil, Ulrich 22, 155
Pflaum, Albrecht 314
Pinochet, Augusto 302, 304, 401
Pius XII. 58
Pla y Deniel, Enrique 52
Planck, Max 76
Pol Pot 294, 296
Powell, Charles 257f., 267, 269
Proll, Astrid 295
Putin, Wladimir 39
Radchenko, Sergey 360
Rakowski, Mieczyslaw 191
Ramírez, Sergio 312
Ranke, Leopold von 342
Rapacki, Adam 172
Rass, Rudolf 152
Rathenau, Walter 111, 298
Reagan, Ronald 10, 12, 18, 115, 217–219, 259f., 313, 391
Reddy, William M. 2, 6, 14f., 22, 47–49, 54, 56, 62, 81f., 100, 125f., 140f., 161f., 195, 239, 254f., 277, 303, 323, 389, 406, 410
Reich-Ranicki, Marcel 295, 299
Reiss, Jürgen 152
Renan, Ernest 32
Renouvin, Pierre 4, 341f.
Retterath, Jörn IX
Reuter, Ernst 136f., 147
Richter, Hans Werner 290f.
Richter, Horst Eberhard 381
Richthofen, Oswald von 36, 39
Riehl, Wilhelm Heinrich 30
Risse-Kappe, Thomas 217
Rogge, Bernhard 32
Röhl, Klaus Rainer 284
Roschtschin 174
Rosenbach, Harald IX
Rosenberg, Hans 387
Rosenwein, Barbara H. 2, 22, 83, 141, 145, 161, 268, 325, 399, 407
Rossmeisl, Rudolf 188
Rothfels, Hans 165
Rotteck, Carl von 26
Rovirosa, Guillermo 59, 61
Ruchniewicz, Krzysztof 3, 17
Rusk, Dean 138, 172
Ruth, Friedrich 98
Ruzicka, Jan 208
Sabahi, Borzu 28
Sacharow, Andrei 352
Saint-Simon, Henri de 280
Särchen, Günter 190
Sarkozy, Nicolas 158f.
Sarotte, Mary Elise 359f.
Sartre, Jean-Paul 33, 281
Satow, Ernest Mason 75
Sauvy, Alfred 279
Schabert, Tilo 156
Schäfer, Bernd 403
Schanetzky, Tim 292
Scheel, Walter 113, 392
Scheer, Monique 6, 80
Scheuch, Erwin 291
Schick, Kate 220
Schiller, Karl 95

Schiller, Margrit 289
Schmid, Carlo 42
Schmidt, Helmut 89, 105f., 108, 110f., 113f., 118, 120f., 242, 245, 260, 294, 395f.
Schmierer, Joscha 296
Schmitt, Carl 165
Schneider, Peter 153, 296
Schnibben, Cord 283
Schoenfeld, Karl-Heinz 174
Scholtyseck, Joachim 2, 19f., 399f.
Schoorman, David 218
Schotters, Frederike 19, 387, 394–396
Schröder, Gerhard 105, 117
Schulze Wessel, Martin IX, 15
Schuman, Robert 101, 265, 395
Schwarz, Hans-Peter 130
Searle, John 81
Seeley, John R. 342
Seydoux de Clausonne, François 129, 147
Shuckburgh, Evelyn 127
Smirnow, Andrej A. 129, 132, 136
Smyser, William R. 139
Sofsky, Wolfgang 183
Somoza Debayle, Anastasio 302, 304f., 307–309, 314, 317, 320f., 401
Sorel, Albert 342
Soutou, Georges-Henri 150
Spaak, Paul-Henri 265
Sperber, Manès 290
Spiers, Ronald 170
Springer, Axel 176, 180
Stalin, Josef 172, 184f., 189f., 288f.
Stearns, Carol 1, 206
Stearns, Peter 1, 206
Steel, Christopher Eden 129
Steiner, George 232
Steininger, Rolf 130
Stercken, Hans 337
Steward, Bill 309
Stiglitz, Joseph 203
Stoltenberg, Gerhard 178, 330
Stone, Isidor Feinstein 281
Strauß, Franz Josef 95, 108, 120, 173, 176, 178, 180, 304
Stresemann, Gustav 264
Stüwe, Klaus 104
Sugiyama, Akira 36
Sunay, Cevdet 171
Tarbé de Saint-Hardouin, Jacques 147
Tayler, Charles 374
Thatcher, Denis 266
Thatcher, Margaret 19, 255–274, 353, 396
Tian, Paul 157
Timsit, Joëlle 359
Todenhöfer, Jürgen 332f., 336–338
Tomala, Mieczysław 188
Tournier, Michel 153
Treitschke, Heinrich von 27, 30, 43
Trotha, Adolf von 33
Trotzki, Leo 293
Truman, Harry S. 59, 212
Trump, Donald 119, 204
Tschernenko, Konstantin 217
Ulbricht, Walter 188, 190, 390
Vallejo-Nágera, Antonio 48, 50–55, 60, 62
Vallejo-Nájera, Antonio = Vallejo-Nágera, Antonio
van Ess, Hans IX
Varet, Jacques 346
Vattel, Emer de 27f., 43
Védrine, Hubert 243
Victoria 227
Vogel, Bernhard 330
Vogel, Hans-Jochen 117
Walther, Gebhard von 138
Walzer, Michael 374
Washington, George 211f.
Watzlawick, Paul 96
Weber, Max IX, 297, 370
Weber, Pierre-Frédéric 3, 17
Wechmar, Rüdiger von 267f.
Wehler, Hans-Ulrich 278, 294
Wei Jingsheng 355
Wentker, Hermann 22
Werner, Anton von 32
Widmer, Paul 75f.
Wiegrefe, Klaus 114
Wilhelm I. 31, 36f., 76
Wilhelm II. 38
Wilson, Harold 168, 176
Wilson, Woodrow 212, 342
Windelen, Heinrich 329, 331
Winiewicz, Jozef 172
Winkler, Heinrich August 412
Wirsching, Andreas 341
Wittgenstein, Ludwig 232, 235
Wittner, Larry 167
Wojtyła, Karol = Johannes Paul II.
Yagüe Blanco, Juan 46
Yang Zemin 354
Yao Yilin 359
Zeißig, Florian 203, 209
Zhao Ziyang 343, 346, 354, 402
Zhou Enlai 216, 219